einblick

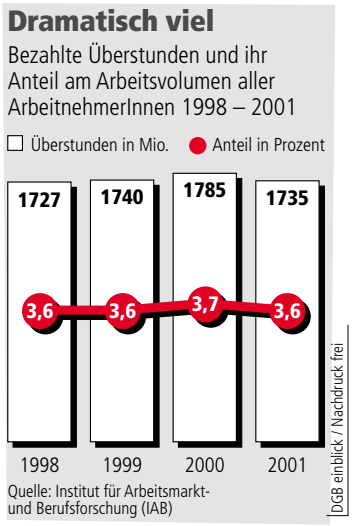
gewerkschaftlicher Info-Service vom 21.01.2002 1/02

Bündnis für Arbeit

In der Bewährungsprobe

Keine intensiven Vorgespräche, kein Austausch von Kommuniqués mit Bundesregierung und Arbeitgeberverbänden im Vorfeld: Die Gewerkschaften gehen „gesprächsoffen" ins achte Spitzentreffen der Bündnispartner, heißt es beim DGB. Die Zeit ist reif. Zuletzt hat die Runde im März 2001 getagt. Sie verspricht vor dem Hintergrund der anstehenden Metalltarifverhandlungen und der steigenden Arbeitslosenzahlen spannend zu werden.

Vor drei Jahren ist das Bündnis aus der Taufe gehoben worden – verbunden mit der Erwartung, die Arbeitslosenzahl deutlich unter 4 Millionen zu drücken, neue Arbeitsplätze zu schaffen und jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Tatsächlich hat sich die Zahl der Erwerbstätigen seit 1998 um 1,3 Millionen auf 38,8 Millionen (2001) erhöht. Auch die Zahl der Ausbildungsplätze ist – allerdings nur in Westdeutschland – derart gestiegen, dass diese zumindest rechnerisch die Nachfrage übersteigen. Sogar die Zahl der Arbeitslosen ist von 1998 bis 2001 im Jahresdurchschnitt um 428 000 gesunken, die Arbeitslosenquote um 1,7 auf 9,4 Prozent. Ist das Bündnis für Arbeit besser als sein Ruf?



Weit über 1,7 Milliarden Stunden allein an bezahlter Mehrarbeit haben die ArbeitnehmerInnen 2001 geleistet – trotz steigender Arbeitslosigkeit. Grund für den minimalen Rückgang der Überstundenquote um 0,1 Prozentpunkte gegenüber 2000 waren nicht Neueinstellungen, sondern die konjunkturelle Wachstumsschwäche.

Sein Klassenziel hat es jedenfalls nicht erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Dezember vergangenen Jahres wieder auf 3,96 Millionen geklettert. Das aber kreiden die Gewerkschaften nicht Rot-Grün an. Verantwortlich dafür seien „die bis vor kurzem stark gestiegenen Ölpreise, die Schwäche der Weltkonjunktur und die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank", so der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte im dpa-Interview.

Gleichwohl haben sich die Gewerkschaften von der im Bündnis für Arbeit 2001 verabredeten Einstellungsoffensive mehr versprochen. Zumal sie ihren Part erfüllt und eine beschäftigungsorientierte, moderate Tarifpolitik betrieben haben. Vollzugsdefizite sehen sie vor allem auf Unternehmerseite. Dass die Arbeitgeber trotz mehrfacher Zusagen die Mehrarbeit nicht abgebaut haben, bringt selbst den IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt in Rage: „Die Wirtschaft hat Wortbruch begangen", sagte er der *Welt*. Wenn sie sich künftig nicht an Vereinbarungen halte, „dann stellt sich die Frage, ob das Bündnis für Arbeit noch Sinn macht".

ver.di und IG Metall fordern von der Regierung eine gesetzliche Beschränkung der Mehrarbeit. Nach Auffassung von DGB-Chef Schulte muss das „nicht unbedingt" sein. Jedoch erwartet er vom Bundeskanzler in dieser Frage „mehr als einen Appell" an die Adresse der Arbeitgeber. Vielleicht appelliert der Kanzler an beide Tarifparteien. Denn nach Auffassung von Schmoldt ist hier nicht der Gesetzgeber gefragt: „Es wäre sinnvoll, wenn alle Branchen in der kommenden Tarifrunde vereinbaren würden, dass Überstunden grundsätzlich nicht mehr bezahlt, sondern in Freizeit ausgeglichen werden." •

plusminusBERLIN

+ ***Bildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) will den Verzicht auf Studiengebühren „bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss" gesetzlich festschreiben. Die Diskussion um Studiengebühren wirke auf Abiturienten wie Eltern „abschreckend". Deutschland brauche aber mehr Studenten.***

– ***Finanzminister Hans Eichel (SPD) will bis zu zwei Milliarden Euro bei den Mitteln für die Regionalzüge und S-Bahnen streichen. Die Begründung: Laut Gutachten von Wirtschaftsprüfern würden die Länder seit Jahren einen Teil der Bundesmittel für den Schienenverkehr zweckentfremdet einsetzen.***

inhalt

Seite 3

Besser werden, nicht teurer

ver.di, IG Metall und DGB planen Kampagnen zum Erhalt der paritätisch finanzierten Krankenversicherung

Seite 5

Die Riester-Rente ist nur der Anfang

Hans-Jürgen Dannheisig, einer der künftigen Geschäftsführer der BHW Invest FT GmbH, sieht eine wachsende Nachfrage nach privater Vorsorge und Vermögensbildung

Seite 7

Orte der Identifikation

Dem Bekenntnis des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte zum Erhalt der Jugendbildungszentren Hattingen und Oberursel muss konkretes Handeln folgen, meinen Barbara Kröger und Birigitt Grieb

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.warentest.de/webdateien/riesterrechner.xls

Excelrechner zur Förderrente: So können die Gesamtkosten eines Vertrags ermittelt werden

Im Faxabruf

0211 / 43 01 676

Stellungnahme des DGB zur Reform des Aktien- und Bilanzrechts (Auszüge)

Firmenübernahme

Experten fordern keine Neutralität

Beim Versuch der feindlichen Übernahme eines Unternehmens soll dessen Management nicht zur Neutralität verpflichtet werden. Das fordert eine hochrangige ExpertInnengruppe in ihrem Bericht zur Problematik von Firmenübernahmen. Die EU-Kommission hatte ihn angefordert, nachdem das Europaparlament einen entsprechenden Gesetzentwurf der Kommission am 4. Juli 2001 abgelehnt hatte (*einblick* 13/01). Allerdings soll nach Auffassung der ExpertInnen die Leitung des angegriffenen Unternehmens Abwehrmaßnahmen nur dann ergreifen können, wenn die Hauptversammlung diesen „nach Ankündigung des Angebots" zugestimmt hat. Das heißt, der Vorstand eines Unternehmens dürfte sich nicht mit so genannten Vorratsbeschlüssen gegen die Übernahme zur Wehr setzen. Die Entscheidung müsse „letztlich von den Anteilseignern getroffen werden". •

Allein Erziehende

Karlsruhe soll sich selbst korrigieren

Der Widerstand gegen die seit Jahresanfang wirksame Streichung der Haushaltsfreibetrags für allein Erziehende wächst. Deren Steuerlast steigt sprunghaft, weil Ein-Eltern-Familien trotz Kind künftig steuerlich wie Singles behandelt werden (*einblick* 21/01). Der Verband allein erziehender Mütter und Väter (VAMV) sieht hierin einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und will am 15. Februar Verfassungsklage einreichen. Sie soll die steuerliche Benachteiligung von Ein-Eltern-Familien, die durch eine Karlsruher Grundsatzentscheidung zum Schutz der Familie ausgelöst wurde, wieder zu Fall bringen.

Auch in der Regierungskoalition gibt es erste Anzeichen für eine Gesetzeskorrektur. Allein Erziehende mit Kindern müssten „steuerlich stärker begünstigt werden als bislang", so die Fraktionsvorsitzenden Peter Struck (SPD) und Rezzo Schlauch (Bündnis 90/Grüne) am Rande einer Pressekonferenz zur Arbeitsmarktpolitik am 15. Januar. •

Urheberrechtsreform

Verfassung gewahrt

Die geplante Änderung des Urheberrechts, mit der die Rechte von AutorInnen, JournalistInnen und KünstlerInnen gestärkt werden sollen, steht nicht im Widerspruch zum Grundgesetz. Zu diesem Schluss kommt ein von ver.di und dem Deutschen Journalisten-Verband (DJV) in Auftrag gegebenes Gutachten der Professoren Bernhard Schlink und Ralf Poscher. Das neue Urheberrecht begrenze die Vertragsfreiheit lediglich auf das „im redlichen Geschäftsverkehr ohnehin übliche". Das vollständige Gutachten steht im Internet: www.verdi.de/downloadpool/ urh-gutachten.pdf •

wiewardiewoche?



Gustav Wilden, 48, wechselte 1991 vom Sessel des *`ran*-Chefredakteurs zur ÖTV Düsseldorf. Seit 1992 ist er Geschäftsführer des damaligen ÖTV- und heutigen ver.di-Bezirks. Dort wird seit dem 5. Dezember von den Beschäftigten der Rhein-Bus ein erbitterter Arbeitskampf geführt. Die BusfahrerInnen des privaten Bus-Unternehmens fordern „gleichen Lohn für gleiche Arbeit".

Momentan ist meine Zeit ganz wesentlich vom Streik der Kolleginnen und Kollegen bei Rhein-Bus in Düsseldorf bestimmt. Der Streik läuft schon seit dem 5. Dezember. Hintergrund ist das Scheitern der Verhandlungen zwischen ver.di und dem Arbeitgeberverband für das private Busgewerbe. Um den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" durchzusetzen, fordert ver.di eine Anhebung der Busfahrerlöhne bei den Privaten auf das Niveau des Spartentarifvertrags. Denn während die Fahrer im öffentlichen Dienst in NRW in der ersten Stufe mit 1655,51 Euro beginnen, soll ein Rhein-Bus-Fahrer mit 1480 Euro im Monat zurechtkommen. Doch statt über einen vernünftigen Tarifeinstieg mit uns zu verhandeln, hat Rhein-Bus im September einen Tarifvertrag mit der GÖD abgeschlossen, einem Ableger des Christlichen Gewerkschaftsbundes, der so gut wie keine Mitglieder in diesem Bereich vorweisen kann. Die Rhein-Bus, die zu 49 Prozent der kommunalen Rheinbahn und zu 51 Prozent der Taeter-Gruppe, einer Tochter des französischen Konzerns connex, gehört, wollte mit diesem Gefälligkeits-Tarifvertrag die KollegInnen unter Druck setzen: Schriftlich sollten sie erklären, dass sie den Billig-Tarifvertrag anerkennen, dann erst sollte es mehr Geld geben. Die 220 KollegInnen haben das am 3. und 4. Dezember bei der Urabstimmung mit einem deutlichen Votum beantwortet. 84 Prozent entschieden sich für Streik.
Wir sind aber natürlich gesprächsbereit. Wenn connex will, dann verhandeln wir, aber da müssen schon entsprechende Angebote vorausgehen.

geplant... beschlossen

Der DGB will allen Beschäftigten, die seit 1996 eingestellt und nicht mehr in der Unterstützungskasse (UK) der Gewerkschaften angemeldet worden sind, ein Angebot zur zusätzlichen Altersvorsorge unterbreiten. Das haben der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte und Personalvorstand Günter Dickhausen in einem Schreiben an die Beschäftigten erklärt. Der DGB reagiert damit auf eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 11. Dezember vergangenen Jahres, in der die so genannte Unterstützungs-Richtlinie 1988 für rechtmäßig befunden wurde. Gegen diese Richtlinie hatten zwei langjährige DGB-Beschäftigte geklagt, weil sie zu einer Absenkung ihrer Betriebsrente um rund 25 Prozent führt.
In der Vergangenheit hatte der DGB mehrfach erklärt, dass vor der Zusage einer betrieblichen Altersversorgung für die ab 1996 eingestellten Beschäftigten Rechtssicherheit über die Änderung der UK-Richtlinien für die Altbeschäftigten bestehen müsse, um die sich daraus ergebenden Verpflichtungen kalkulieren zu können. In welchem Umfang die zusätzliche Altersvorsorge der Neubeschäftigten liegt, müsse jetzt „anhand der Finanzsituation des DGB geprüft werden", so Hermann Fischer, Abteilungsleiter Personal des DGB.
Zudem will der DGB allen Beschäftigten ein Angebot machen, wie sie die Riester-Rente nutzen können.

Reform des Gesundheitswesen

Besser werden, nicht teurer

Der Schock wirkt nach. Noch einmal wollen sich die Gewerkschaften nicht – wie bei der Rentenreform – vom Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung einer Sozialversicherung überraschen lassen. Deshalb planen ver.di, IG Metall und DGB jetzt schon Kampagnen zum Erhalt der solidarisch finanzierten Krankenversicherung.

Die Gefechtslage ist unübersichtlich. Die Bundesregierung hat bislang nur angekündigt, 2003 das Gesundheitssystem zu reformieren. Wie, weiß sie selbst noch nicht. Die rot-grüne Koalition könne kein „konsistentes Bild einer konzeptgetragenen Gesundheitspolitik" vermitteln, stellt DGB-Gesundheitsexpertin Kerstin Kreuger süffisant fest. Auf Deutsch: Berlin wurschtelt sich durch und doktert herum.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) befürwortet zwar die paritätische Beitragsfinanzierung und lehnt eine Aufsplittung der Kassenleistungen in Grund- und Wahlleistungen ab, das heißt in den wichtigsten Punkten vertritt sie gewerkschaftliche Positionen, aber sie besitzt nicht die Meinungsmacht. Weder in ihrer Partei noch in ihrem Ministerium. Noch schwieriger einzuschätzen sind die aus gewerkschaftlicher Sicht begrüßenswerten Thesen des rheinland-pfälzischen Gesundheitsministers Florian Gerster (SPD): „Es fehlt dem Gesundheitswesen nicht an Geld, sondern an Effizienz und Qualität." Ist Gerster Solotänzer oder sagt er, was der Kanzler und Parteivorsitzende denkt?

Auf dem SPD-Parteitag im November sind alle Anträge zur Gesundheitspolitik auf den Wahlparteitag im Mai verschoben worden. Die Grünen lassen ebenfalls ein aktuelles Reformprogramm vermissen, ihr Parteiratsbeschluss von Ende 2000 lässt jedoch nichts Gutes ahnen: Er leistet der Privatisierung des Krankheitsrisikos Vorschub. CDU und FDP machen es dem Publikum leichter; sie favorisieren die Zweiteilung des Leistungskatalogs der Krankenkassen in Grund- und Wahlleistungen, was die CSU interessanterweise ablehnt, „da niemand in der Lage ist, plausibel einen Grundsicherungskatalog aufzustellen und diesen von disponiblen Leistungen abzugrenzen".

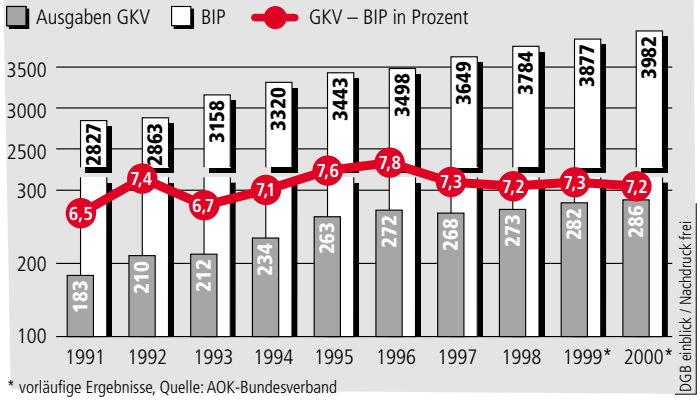
Der DGB und die Gewerkschaften haben es geschafft, erste gemeinsame Positionen zur Gesundheitsreform zu erarbeiten: www.einblick.dgb.de (Hintergrund, *einblick* 19/01). ver.di und IG Metall haben – im Wesentlichen deckungsgleiche – Vorschläge veröffentlicht: www.verdi.de (Nachrichten, Pressearchiv 7.12.) und www.igmetall.de/pressedienst/2001/132

Gemeinsam fordern sie eine Verbesserung der Versorgungsqualität, der Prävention und Gesundheitsförderung, eine Stärkung der Patientenrechte sowie mehr Wirtschaftlichkeit im Gesundheitssystem. In diesem Punkt wissen die Gewerkschaften den Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen auf ihrer Seite. Der hat nämlich festgestellt, dass im deutschen Gesundheitswesen trotz überdurchschnittlicher Ressourcen nur mittelmäßige Leistungen erbracht werden.

Zur Finanzierung erklärt der DGB: „Am Prinzip der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung muss festgehalten werden." Ein Einfrieren des Arbeitgeberanteils oder dessen Umwidmung in einen Arbeitnehmerbeitrag lehnt der DGB ab; ebenso die Idee, auch Einkommen aus Vermietung und Kapitalvermögen beitragspflichtig zu machen. Andererseits solle die Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der Krankenversicherung (3375 Euro) auf das Niveau der BBG in der Rentenversicherung West (4500 Euro) angehoben und die Erweiterung des Versicherungspflicht auf Selbstständige und Beamte geprüft werden. •

Mythos Kostenexplosion

Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd. DM 1991 – 2000



* vorläufige Ergebnisse, Quelle: AOK-Bundesverband

Die Ausgaben der Krankenkassen betragen seit Jahren rund sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dennoch sind die Beitragssätze auf durchschnittlich 14 Prozent gestiegen. Ursache dafür ist aber keine Kostenexplosion, sondern ein massives Problem auf der Einnahmenseite: Weil der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen sinkt, verringert sich auch das Beitragsaufkommen. Und um diese Lücke zu schließen, erhöhen die Kassen die Beiträge.

Großes Tauziehen

Anfang Februar startet die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ihre Kampagne zur Gesundheitsreform. Unter dem Motto: „Unser Gesundheitssystem – solidarisch finanziert". Die besondere Herausforderung, der sich ver.di dabei stellt: Sie muss nicht nur die Interessen der Versicherten formulieren, sondern auch die der Beschäftigten aller Leistungserbringer im Gesundheitswesen – der gesetzlichen und privaten Krankenkassen, des Pharma-Großhandels und der Krankenhäuser.

ver.di, IG Metall und DGB wollen ein breites Bündnis mit Kirchen, Wohlfahrtverbänden und PatientInnengruppen schmieden, um das große Tauziehen in Sachen Gesundheitsreform für sich zu entscheiden. In der Mitgliedschaft gilt das Thema jedenfalls als hoch sensibel, weil alle – ob nur Versicherte oder auch Beschäftigte – individuell betroffen sind.

Ein Höhepunkt aller Kampagnen ist der 22. September. Denn in diesem Punkt stimmen DGB und Gewerkschaften mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) überein: „Die nächste Wahl wird zu einer Richtungsentscheidung in der Gesundheitspolitik."

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Bildungswerk

Zuwanderung kompakt

Das geplante Zuwanderungsgesetz wird eines der Topthemen des Bundestagswahlkampfs. Was Rot-Grün im Detail plant, hat das DGB-Bildungswerk in den *Mitteilungen zur Migrationspolitik* zusammengefasst. Unter dem Titel „Zuwanderung sozial gestalten" wird der Kabinettsentwurf kritisch beleuchtet, ausführlich kommentiert und mit gewerkschaftlichen Positionen verglichen. Die *Mitteilungen* können kostenlos beim „Setzkasten" bestellt werden (Art.-Nr. 4100) oder im Internet runtergeladen werden (www.migration-online.de). •

Der Setzkasten
Fax 0211 / 408 00 80

Hans-Böckler-Stiftung

Fitte Städte

Die Löcher in den Stadtkassen wachsen genauso schnell wie die Anforderungen der Bürger an ihre Verwaltung. Erfolg versprechende Reformideen bündelt die Broschüre „Modernisierung des öffentlichen Sektors – Forschungsinitiativen zur Stimulierung kommunaler Innovation" (Bestellnummer 30214). Das Heft der Hans-Böckler-Stiftung ist kostenlos. •

Der Setzkasten
Fax 0211 / 408 00 80
lavista@setzkasten.de

Arbeit und Leben

Britisches Lebensgefühl

Englische Europa- und Sozialpolitik steht auf dem Programm einer Studienfahrt nach London. Die Reise vom 13. bis 19. April mit dem Titel „Großbritannien und Europa – eine herausragende Beziehung" wird organisiert von der Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben" im Kreis Unterelbe. Bei Stadttour, Museumsbesuch und Vorträgen lernen die TeilnehmerInnen Geschichte und Lebensgefühl der Inseleuropäer kennen. Die Fahrt kostet 715 Euro, Anmeldeschluss ist der 23. Februar. •

Arbeit und Leben
c/o DGB-Region Unterelbe
Schulstraße 3
25335 Elmshorn
Tel. 0 41 21 / 42 60 11

Hans-Böckler-Stiftung

Wahlhilfe per Mausklick

Einen elektronischen Terminkalender für die Betriebsratswahl hat die Hans-Böckler-Stiftung ins Netz gestellt. Nach zwei Minuten Runterladen geht's los: Einfach den Wahlzeitraum angeben, schon ermittelt das kostenlose Programm alle wichtigen Termine – von den Fristen für Wahlvorschläge, über die Bekanntmachung der Ergebnisse bis zur ersten Sitzung des neuen Betriebsrats. Weitere Anwendungen im Netz und auf CD-ROM sollen folgen. •

www.boeckler.de/service/mbf/betriebsraete/index.htm

DGB-Bildungswerk

Seminare in Hattingen

Mit fünf Seminaren rund um Gesellschaft, Wirtschaft und Zeitgeschehen startet das DGB-Bildungszentrum Hattingen ins neue Jahr. Los geht's vom 12. bis 15. Februar zum Thema „Industrielle Revolution – Sozialistische Utopie – Digitaler Kapitalismus: Gibt es noch eine Arbeiterbewegung?" In der Kostenbeteiligung von 60 Euro ist auch ein Besuch des Industriemuseums in Oberhausen enthalten. •

DGB-Bildungszentrum Hattingen
Am Homberg 46-50
45529 Hattingen
Tel. 0 23 24 / 50 80
Fax 0 23 24 / 50 83 00
hattingen@dgb-bildungswerk.de

DGB-Bundesvorstand

Erfolge im Bündnis für Arbeit

Arbeitsvermittlung, Jobrotation oder Berufschancen älterer ArbeitnehmerInnen – in wichtigen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik haben die Gewerkschaften auf den Gesetzgeber eingewirkt. Die Erfolge im Detail zeigt die Broschüre „Bündnis für Arbeit: Beschlüsse zur Arbeitsförderung und gewerkschaftliche Erfolge zum Job-Aqtiv-Gesetz". Das kostenlose Heft des DGB-Bundesvorstandes ist Teil der Reihe „ISA Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik" (Ausgabe 7/2001). •

Online-Bestellung: www.dgb.de, mit Klick auf „DGB-direkt", „Material" und Rubrik „ISA"

Workshop Zukunft

Ökologisch produzieren

„Saubere Arbeit! Umweltverträglich produzieren" ist der Titel des aktuellen Themenhefts des Projekts „Workshop Zukunft". LehrerInnen finden darin praxistaugliche Unterrichtshilfen zu den Themen Abfall, Verkehr, Energie, Ernährung, Textilindustrie sowie Berufen im Umweltschutz. Das Projekt bezahlen DGB und Bundesbildungsministerium. Das Heft kann kostenlos bestellt oder im Internet heruntergeladen werden. •

Universum Verlagsanstalt
Taunusstraße 54
65183 Wiesbaden
www.workshop-zukunft.de

interregio

••• Beim ***DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg*** läuft noch bis Anfang Februar eine ***Postkartenaktion für mehr Zivilcourage.*** Unter dem Motiv „Von wegen feige" rufen die in Clubs und Kneipen ausliegenden Karten dazu auf, Menschen für das „Band für Mut und Verständigung" zu nominieren. Ausgezeichnet werden zwei Preisträger: Ein Band gibt es für „spontanes, mutiges Eingreifen" und Zivilcourage, ein weiteres für „ehrenamtliches Engagement zur Verständigung zwischen Menschen". Das Band wird vom „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit" verliehen, an dem sich neben dem DGB auch die Sozialverbände und die Ministerpräsidenten von Berlin und Brandenburg beteiligen. Mehr Infos: *www.berlin-brandenburg.dgb.de*



••• „ArbeitsZeitRäume" heißt ein ***Projekt für SchülerInnen*** in Nordrhein-Westfalen, das gemeinsam vom ***DGB*** und dem ***Arbeitsministerium des Landes*** getragen wird. Es soll SchülerInnen lange vor der Unterzeichnung ihres eigenen Ausbildungsvertrags einen ersten Einblick in den Arbeitsalltag und dessen eigenen Zeitrhythmus bieten. Während der Schulalltag meist im immer gleichen 45-Minuten-Takt verläuft, lernen die SchülerInnen in dem drei Monate dauernden Projekt spielerisch andere, innovative Formen der Arbeitszeitgestaltung kennen. Und sie erfahren, wie unterschiedliche Interessen zwischen den Beschäftigten und der Unternehmensleitung austariert werden können. Teilnehmen können die 8. bis 10. Klassen allgemeinbildender Schulen. Mehr Infos: *www.workshop-zukunft.de/arbeitszeitraeume*

Interview mit Hans-Jürgen Dannheisig, BHW Invest FT GmbH

Die Riester-Rente ist nur der Anfang

Um sich Marktanteile auf dem Wachstumsmarkt der privaten, betrieblichen und überbetrieblichen Altersvorsorge zu sichern, haben die BGAG, die BHF-Bank sowie der BHW-Konzern ein Joint Venture vereinbart. Die neue Kapitalanlagegesellschaft soll den Namen BHW Invest FT GmbH tragen. Im einblick-Interview: Hans-Peter Dannheisig, einer der künftigen Geschäftsführer. Dannheisig ist überzeugt: Mit der Riester-Rente wird das Thema Vermögensbildung insgesamt stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung rücken.

■ Wann geht das neue Unternehmen an den Start?

■ *Wir wollen möglichst bald in Produktion gehen. Wann genau, das entscheidet das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, das die Genehmigung erteilen muss.*

■ BHW Invest FT ist ein Joint Venture von drei Firmen, warum prägt die BHW-Gruppe den Namen?

■ *Wichtig bei dem Namen ist, dass man schnell einen hohen Bekanntheitsgrad erzielt und klar wird, wo die Heimat ist. Der BHW-Konzern hat seine Strategie stark auf die Vorsorge ausgerichtet. Was wir betreiben, passt dazu. Uns geht es gleichermaßen um die private wie um die betriebliche Altersvorsorge. Dafür sind die unternehmerische Führung durch BHW und der Zugriff auf den Stammvertrieb mit 3600 Mitarbeitern von großer Bedeutung.*

■ Welchen Marktanteil wollen Sie?

■ *Wir wollen ein großer Wettbewerber auf dem Markt der privaten und betrieblichen Altersvorsorge werden. Unser Ziel ist, in ein paar Jahren Anlagen im Wert von einigen Milliarden Euro zu managen.*

■ Ihr Unternehmensziel?

■ *Wir wollen ein qualitativ sehr hochwertiger Anbieter von Investment-Produkten sein.*

■ Qualität zu produzieren behaupten andere auch.

■ *Wir haben als neues Unternehmen den Riesenvorteil, von vornherein modernstes Asset-Management betreiben zu können, etablierte Unternehmen müssen ihre Strukturen erst den Anforderungen heutiger Vermögensverwaltung anpassen. Wir werden in einer offenen Architektur arbeiten und fremde Investmentgesellschaften als Berater akzeptieren.*

■ Was hat der Kunde davon?

■ *In solchen Strukturen sind die Gestaltungsmöglichkeiten größer. Es geht für den Investor nicht nur um die Entscheidung, wer seinen Fonds insgesamt betreiben soll, sondern um die Frage, welches Segment an welchen Manager geht. Das ist vor allem bei Pensionsfonds wichtig, die eine solche Dimension haben, dass sie gar nicht in eine Hand allein gelegt werden sollten. Auf diese Weise kommt viel mehr Transparenz in das Kosten- und Leistungsgefüge der Fonds.*

■ Welche Anlagestrategie verfolgt BHW Invest FT?

■ *Ich bin überzeugt davon, dass Pensionsfonds nur dann gegenüber einer Pensionskasse Sinn machen, wenn sie hohe Aktienquoten haben – deutlich über 35 Prozent. Der Gesetzgeber hat uns ja völlige Freiheit gegeben, ein Fonds kann bis zu 100 Prozent seines Kapitals in Aktien anlegen. Trotzdem muss Kapitalsicherung betrieben werden. Das ist eine Kernforderung der Gesetzgebung. Die Sicherheit des Kapitals der ArbeitnehmerInnen hat einen sehr hohen Stellenwert. Meine Aufgabe ist es im Moment, die finanzmathematischen Konzepte dafür zu erstellen. Ich bin niemand, der schreit: Aktien über alles.*

■ Wie wollen Sie denn Chancen und Risiken eines derart irrationalen Marktes wie dem Aktienmarkt wissenschaftlich fundiert auf die Spur kommen?

■ *Ich halte den Aktienmarkt nicht für irrational. Er ist ein ineffizienter Markt. Und Ineffizienzen lassen sich immer erfolgreich managen. Es geht darum, sehr genau die Relationen von Chancen und Risiken zu ermitteln. Das muss ein ständiger Prozess sein. Es geht darum, eine Risikoausrichtung zu finden, die dem Kunden entspricht. Da sind wir Berater, liefern Daten, benennen den schlimmstmöglichen Fall.*



Hans-Jürgen Dannheisig, 43, ist einer der künftigen Geschäftsführer der BHW Invest FT GmbH. Er war zunächst bei der BfG Bank AG, heute SEB, danach bei der Berenberg Bank, Deutschlands ältester Privatbank, zuständig für institutionelle Kunden. Seit 1985 ist Dannheisig Gewerkschaftsmitglied, jetzt bei der IG BCE.

■ Sind ethische Aspekte der Geldanlage für Sie nachgeordnete Kriterien?

■ *Keinesfalls. Ihre Berücksichtigung ist ein Ergebnis des Meinungsbildungsprozesses mit dem Investor. Da wird festgelegt, welche Kriterien gelten. Die einzuhalten ist dann unsere Pflicht, und dabei effizient zu arbeiten unsere Aufgabe. Wir werden nicht ideologisch mitdiskutieren. Das ist nicht unser Job.*

■ Über die geschäftsträchtige Riestersche Rentenreform müssten Sie doch eigentlich jubeln.

■ *Altersvorsorge ist nur ein Teil der Vermögensbildung. Natürlich hoffen wir, uns über die Altersvorsorge einen Zugang zur Vermögensbildung der deutschen Haushalte zu verschaffen. Riester hat mit seiner Reform einen wichtigen Impuls zu einer höheren Sparneigung in Deutschland gegeben, er hat das Bewusstsein geschärft, dass es eine Notwendigkeit zur Vorsorge gibt. Man wird aber dazu übergehen müssen, von einer privaten Vermögensbildung zu reden und nicht nur von einer Altersvorsorge, weil die Riester-Rente nur eine ersetzende Versorgung ist. Das heißt: Zunächst wird nur ein Ersatz dafür geschaffen, dass in der gesetzlichen Rente etwas wegfällt. Aber darüber hinaus muss jeder prüfen, welches Polster er zusätzlich benötigt, um seinen Lebensstandard zu halten.* •

Joint Venture zur Altersvorsorge

Die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG), Frankfurt/M., und der niederländische Finanzkonzern ING wollen mit einem Joint Venture auf dem Markt der „Riester-Produkte" stärker zusammenarbeiten. Anteilseigner der neuen Gesellschaft BHW Invest FT mit Sitz in Frankfurt/M. sind die BGAG, die zur ING-Gruppe gehörende BHF-Bank, Frankfurt/M., sowie die BHW-Gruppe, Hameln, die bereits am Versorgungswerk Metall-Rente beteiligt ist. Die BGAG hält 34,2 Prozent an der BHW Holding AG.

Die BHW Invest FT soll vor allem institutionelle Kunden in der Altersversorgung betreuen. Dies sind neben Versorgungswerken etwa Pensionskassen und -fonds. Ein Schwerpunkt wird auf den tariflichen Einrichtungen zur ergänzenden Altersversorgung liegen.

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 681
Langfassung des Interviews

kurz&bündig

Die Stadt Stuttgart mietet für 19 Monate das Gebäude der ehemaligen ÖTV-Hauptverwaltung als „Ersatzrathaus". Das eigentliche Rathaus wird in dieser Zeit saniert. Insgesamt zahlt die Stadt eine Miete in Höhe von 2,8 Millionen Euro.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft will ihre Mitglieder künftig dreimal pro Jahr mit einem Newsletter über die Fortschritte im Organisationsreformprozess informieren. Erste Zwischenergebnisse sollen bis Juni vorliegen, dann will der Hauptvorstand über die Aufgaben der Bildungsgewerkschaft entscheiden.

Die IG Metall beteiligt sich in Zukunft an der Entwicklung neuer Studiengänge. Als Mitglied der „Akkreditierungsagentur für Studiengänge der Ingenieurwissenschaften und der Informatik" will sie sich dafür einsetzen, dass Studiengänge praxisnäher gestaltet werden. Neben der IG Metall ist die IG BCE bereits seit längerem an der Entwicklung von Studiengängen beteiligt.

Die Abteilung Organisation des DGB hat eine Broschüre über die „Ehrenamtlichen Binnenstrukturen der DGB-Regionen" zusammengestellt. Die Broschüre zieht eine erste Zwischenbilanz der Pilotprojekte zur Organisationsreform im DGB.

DGB-Reform

Wahl-Marathon in den Bezirken

Mit einem regelrechten Wahl-Marathon schließt der DGB zwischen dem 19. Januar und 23. Februar die zweite Stufe der Organisationsreform ab: In 14 Delegiertenversammlungen soll entschieden werden, wer an der Spitze der neun DGB-Bezirke steht, die aus den bislang zwölf Landesbezirken gebildet werden. Zudem entscheiden die Delegierten dort, wo mehrere Landesbezirke zu einem Bezirk zusammengelegt werden, über den Landesvorsitzenden, der den DGB gegenüber der jeweiligen Landesregierung vertritt.

In den sechs Bezirken, die nur aus einem Landesbezirk hervorgehen, sollen die bisherigen Landesbezirksvorsitzenden als Bezirksvorsitzende gewählt werden. In den drei Bezirken, die aus mehreren Landesbezirken gebildet werden – in Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt, Hessen/Thüringen sowie im aus Rheinland-Pfalz und Saarland gebildeten neuen Bezirk West – sollen die Vorsitzenden des jeweils größten Landesbezirks als Vorsitzende gewählt werden. Stellvertreter sollen jeweils die Vorsitzenden des kleineren Landesbezirks werden. Das haben der geschäftsführende Bundesvorstand und die Landesbezirksvorstände vorgeschlagen. Für vier der 18 Führungspositionen sind Frauen nominiert.

Vorgeschlagen sind in Baden-Württemberg als Bezirksvorsitzender Rainer Bliesener und als Stellvertreterin Leni Breymaier, in Bayern Fritz Schösser und Heide Langguth, in Berlin-Brandenburg Dieter Scholz und Bernd Rissmann, in Hessen/Thüringen Stefan Körzell und Frank Spieth, in Niedersachsen/Bremen/ Sachsen-Anhalt Hartmut Tölle und Jürgen Weißbach, im Bezirk Nord Peter Deutschland und Ingo Schlüter, in Nordrhein-Westfalen Walter Haas und Brigitte Grosse, in Sachsen Hanjo Lucassen und Iris Kloppich und im Bezirk West Dietmar Muscheid und Eugen Roth. Landesvorsitzende sollen Stefan Körzell in Hessen, Frank Spieth in Thüringen, Hartmut Tölle in Niedersachsen/Bremen, Jürgen Weißbach in Sachsen-Anhalt und Eugen Roth im Saarland werden. In Rheinland-Pfalz ist Dietmar Muscheid bereits am 8. Dezember gewählt worden. •

Highlights 2002: Das Gewerkschaftsjahr auf einen Blick

19.1. – 23.2.	Bildung der DGB-Bezirke, Wahl der Bezirks- und Landesvorsitzenden
1.3. – 31.5.	Betriebsratswahlen 2002
1.5.	Tag der Arbeit: „Globalisierung gerecht gestalten"
27. – 31.5.	DGB-Bundeskongress, Berlin
22.9.	Bundestagswahl
7. –10.10.	Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei, Magdeburg

Drei Ereignisse stehen neben der Tarifpolitik für die Gewerkschaften 2002 im Vordergrund: die Betriebsratswahlen vom 1. März bis zum 31. Mai, bei denen erstmals das neue Betriebsverfassungsgesetz bundesweit zur Anwendung kommt, der DGB-Bundeskongress Ende Mai in Berlin, auf dem der DGB-Bundesvorstand gewählt wird und die Organisationsreform beendet werden soll, und die Bundestagswahl am 22. September.

Mehr Termine im Internet: www.einblick.dgb.de – im Faxabruf: 0211 / 43 01 684

?...nachgefragt



Wie steht der israelische Gewerkschaftsbund Histadrut zu den blutigen Konflikten zwischen Israelis und Palästinensern? Das fragte *einblick* den Histadrut-Vorsitzenden Amir Peretz, 49, Gast des DGB-Bundeskongresses im Mai in Berlin.

Nicht die Palästinenser sind unsere Feinde, sondern der Terrorismus und der Fanatismus. Den höchsten Preis für die fürchterlichen und sinnlosen Akte unglaublicher Gewalt zahlen Unschuldige. Die Israelis leben in ständiger Angst vor Terroranschlägen, weil Busse und Restaurants in die Luft fliegen. Auch die Palästinenser beklagen ihre Toten und leiden zusätzlich darunter, nicht in Israel arbeiten zu dürfen. Dabei ist eine starke Wirtschaft im Interesse beider Seiten, sie ist eine wesentliche Voraussetzung für den Frieden. Noch wichtiger aber ist das Recht zu leben. Das müssen wir vor allem schützen.

Ich verstehe, wenn von mir erwartet wird, gegen die Aussperrung palästinensischer Arbeitnehmer aus Israel zu kämpfen. Aber wer will die Verantwortung dafür übernehmen, wenn sich unter den Tausenden von Arbeitnehmern ein fanatischer Terrorist verbirgt? Ich unterstütze die Forderung der palästinensischen Arbeitnehmer nach gleichen Rechten. Aber je länger der Terror anhält, desto weniger kann ich dafür tun. Ich rufe die Vorsitzenden der palästinensischen, jordanischen und ägyptischen Gewerkschaften auf: Bekämpft den Terrorismus! Als Vertreter der Arbeitnehmer sollten wir eine stärkere Rolle übernehmen beim Versuch, die Atmosphäre des Hasses abzubauen. Die Intifada muss endlich beendet werden, wir müssen zurückkommen zu Verhandlungen. Wir träumen alle vom Frieden; die Zeit ist reif, diesen Traum Wirklichkeit werden zu lassen.

Gewerkschaftliche Jugendbildungsstätten

Als Orte der Identifikation unverzichtbar

Auf der DGB-Bundesjugendkonferenz Ende November sicherte der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte den Erhalt der Jugendbildungszentren in Hattingen und Oberursel zu. Birgitt Grieb, Leiterin des Hauses der Gewerkschaftsjugend Oberursel, und Barbara Kröger, Pädagogische Leiterin des DGB-Jugendbildungszentrums Hattingen, hoffen, dass der politischen Absichtserklärung konkrete Lösungsschritte folgen.

Gewerkschaftliche Jugendbildung ist auf Bundesebene mit dem Haus der Gewerkschaftsjugend (HDGJ) in Oberursel und auf regionaler Ebene in Nordrhein-Westfalen mit dem Jugendbildungszentrum Hattingen verbunden. **Für viele Jugendliche – und für Generationen von GewerkschaftsfunktionärInnen – sind diese beiden Häuser mit ersten politischen Bildungserfahrungen und einem Teil ihrer Persönlichkeitsentwicklung verknüpft.** Auch deshalb wird die Debatte um den Erhalt der Häuser sehr emotional geführt.

Uns geht es um eine sachliche Diskussion und um die Entwicklung tragfähiger Konzepte für die langfristige Sicherung der Jugendbildungszentren. Erinnern wir uns: Durch die Einsparung von 1 Million Mark und die anschließende „Auflösung" des Geschäftszwecks der Gesellschaft für Jugendheime (GFJ) als Träger der Einrichtungen der Jugendarbeit wurde für alle Jugendbildungszentren der GFJ eine den unterschiedlichen örtlichen Rahmenbedingungen angepasste neue Trägerstruktur gefunden. Flecken Zechlin war von der GFJ bereits an einen Trägerverein vermietet worden, die Bildungsstätten in Fulda und Stuttgart wurden Anfang 1996 an aus der Not heraus gegründete Träger vermietet worden, Hattingen wurde 1997 an das DGB-Bildungswerk übergeben. Andere Häuser wurden verkauft.

Die Probleme, mit denen die verbliebenen Häuser seither kämpfen, sind:

- hohe Mietzahlungen bei Eigenverantwortlichkeit für Reparaturen, Erneuerungsbedarf und Investitionen (Hattingen bezahlt 481 000 Mark Miete)
- die Schwierigkeit, die Miete zu erwirtschaften, da die vereinbarten Belegungspreise politische Preise sind, die die Kosten auch bei hundertprozentiger Auslastung nicht decken
- keine verbindliche Klärung der Defizitabdeckung. Die Träger übernehmen diese Verantwortung nicht, der DGB-Bundesvorstand muss bei Bedarf darüber entscheiden.

Für die GFJ sind die Mieten Voraussetzung für ihre Verpflichtungen gegenüber der Unterstützungskasse. **Dies führt zu sich jährlich wiederholenden Diskussionen um die finanzielle Verlustabdeckung.**

Oberursel wird zum 1. April 2002 aus der Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstandes „outgesourct" und ebenfalls dem Bildungswerk zugeordnet. **Damit werden die Probleme des Hauses der Gewerkschaftsjugend nicht gelöst.** Die dringend nötige Sanierung der Seminargebäude kann auch vom Bildungswerk nicht finanziert werden. Die Erhöhung der Miete um 10 Prozent seitens der VTG (August 2001) auf 549 465 Mark wird zu Kürzungen im Personal- und Seminaretat des HDGJ führen. Die Novellierung des Kinder- und Jugendplans (KJP), nach der künftig keine Personalkostenzuschüsse (bislang 4 Stellen im HDGJ) mehr gewährt werden, hat zur Folge, dass der eigentliche politische Bildungsauftrag des HDGJ, der im Bereich der Fort- und Weiterbildung für MultiplikatorInnen sowie der internationalen Jugendpolitik liegt, nur noch entsprechend der Anzahl der Teilnehmertage gefördert wird. Dies führt zu weiteren dramatischen Einnahmeverlusten, die lediglich durch die Ausweitung der Gastbelegungen ausgeglichen werden können. Damit wäre jedoch eine Reduzierung des eigenen Seminarangebotes verbunden, da die Mehrkosten nicht an die TeilnehmerInnen weitergegeben werden können.

Über die erstmalige politische Willenserklärung zum Erhalt der Jugendbildungsstätten in Hattingen und Oberursel haben wir uns gefreut. Die Verantwortung des DGB endet jedoch nicht mit der Übergabe an einen neuen Träger. Das Outsourcen verlagert das Problem lediglich auf einen anderen Träger, ohne dass eine langfristig tragfähige politische Lösung in Sicht wäre. Jugendbildungsarbeit braucht Planungssicherheit und angemessene Rahmenbedingungen für die Orte, an denen sich die Identifikation mit der Gewerkschaftsjugend manifestiert. **Gewerkschaftliche Jugendbildung braucht den politischen Willen und das konkrete Handeln der Verantwortlichen im DGB.** •



Birgitt Grieb, 45, arbeitet seit 14 Jahren im Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel, seit 1994 als dessen Leiterin.



Barbara Kröger, 41, Pädagogische Leiterin des DGB-Jugendbildungszentrums Hattingen, ist seit elf Jahren in Hattingen beschäftigt.

Das Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel wurde 1954 als zentrale Bildungsstätte der DGB-Jugend gegründet. Infos zum Haus und Programm: www.hdgj.de

In der DGB-Jugendbildungsstätte Hattingen, 1974 gegründet, finden fast ausschließlich Seminare der Gewerkschaftsjugend statt, davon rund ein Drittel Seminare der DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen. Infos zum Haus: www.jugendbildungszentrum.de Programm: www.dgb-jugend-nrw.de

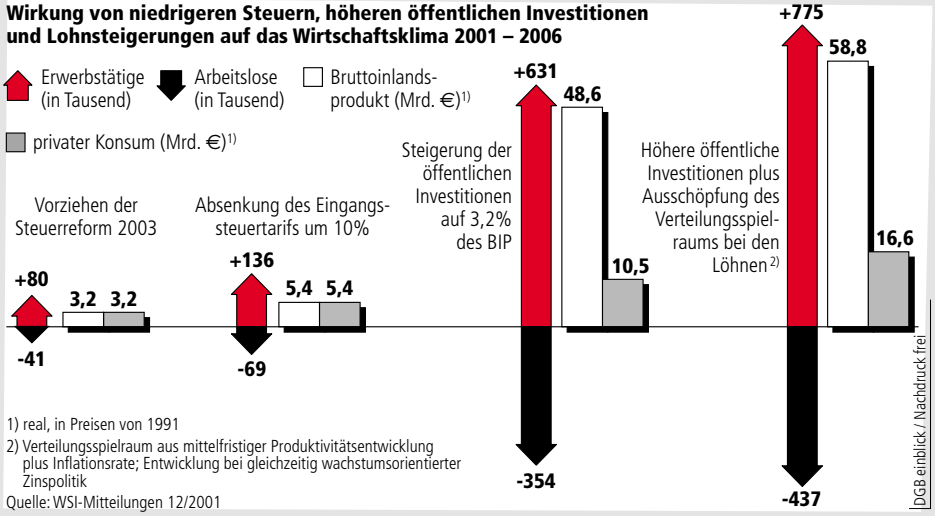
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSPLÄTZE: Öffentliche Investitionen bringen am meisten

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird die Zahl der Arbeitslosen durch die bundesweite Ausdehnung des Mainzer Modells zur Subventionierung von Niedriglohnarbeit um maximal 20 000 sinken. Durch eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen auf 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis 2006 und eine Ausschöpfung des Verteilungsspielraums bei den Löhnen ließe sich die Zahl der Arbeitslosen dagegen um 437 000 reduzieren. Das hat das WSI in der Hans-Böckler-Stiftung errechnet.



personalien

••• ***Petra Grundmann,*** 44, Diplompädagogin und stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern, ist seit dem 1. Januar Schatzmeisterin der GEW. Sie folgt ***Ulrich Pithan,*** 60, der im Mai vergangenen Jahres verstorben ist.

••• ***Thomas Lenius,*** 38, Umweltreferent beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), ist seit dem 1. Januar Abteilungsleiter für Umwelt-, Bau- und Verkehrspolitik in der neu eingerichteten Hauptabteilung Politik und Grundsatzfragen beim Bundesvorstand der IG Bauen-Agrar-Umwelt.

••• ***Volker Scharlowsky,*** 49, Referatsleiter für die Modernisierung des öffentlichen Dienstes beim DGB, ist seit dem 1. Januar Abteilungsleiter Bildung des DGB.

••• ***Hans-Otto Hemmer,*** 55, Chefredakteur der *Gewerkschaftlichen Monatshefte*, ist seit dem 15. Januar Referatsleiter Medienpolitik in der Grundsatzabteilung des DGB. Er bleibt in seiner neuen Funktion Chefredakteur der *Gewerkschaftlichen Monatshefte.*

••• ***Tamara Kellberg,*** 34, hat zum 1. Januar die im Bund-Verlag neu geschaffene Leitung Buchvertrieb und neue Medien übernommen. Sie folgt in dieser Funktion ***Dieter Bund,*** 41, der die Geschäftsleitung Marketing und Vertrieb in der Büchergilde Gutenberg übernommen hat.

••• ***Valena Momsen,*** 34, Pressesprecherin des Bund-Verlags, ist ab dem 1. Februar Pressesprecherin der Sabine Groenewold Verlage, Hamburg, zu denen die Europäische Verlagsanstalt, der Rotbuch Verlag und der Verlag Die Hanse gehören.

14 TAGE

28.1. Start der Kampagnen-Homepage des DGB zur Betriebsratswahl (www.besser-mit-betriebsrat.dgb.de)

28.1. Beschluss des IG Metall-Vorstands zur Tarifforderung 2002, Frankfurt/M.

29.1. IG BCE, Pressekonferenz zur Tarifrunde 2002, Hannover

1.2. DGB und SPD, Konferenz „Nachhaltige Entwicklung. Chance für Mitbestimmung, Qualifikation und Beschäftigung", Berlin

2.2. DGB-Landeskonferenz Hessen, DGB-Landeskonferenz Thüringen und DGB-Bezirkskonferenz Hessen-Thüringen, Bad Hersfeld

2.2. DGB-Bezirkskonferenz Nord, Lübeck

2.2. DGB-Bezirkskonferenz Sachsen, Görlitz

8.2. DGB-Landeskonferenz Niedersachsen/Bremen, Braunschweig

9.2. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt, Braunschweig

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„In Bayern sagt man, mit vollen Hosen lässt sich gut stinken."

Der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser am 15. Januar 2002 im Deutschlandfunk auf die Frage, ob die niedrige Arbeitslosenquote im Freistaat ein Verdienst von Edmund Stoiber sei.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 04.02.2002 2/02

DGB

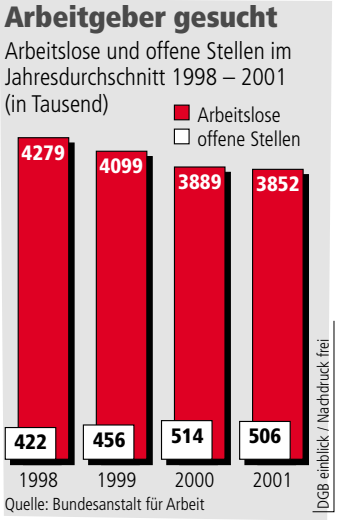
Offene Stellen

Unternehmer informieren mangelhaft

Diese Fußnote macht stutzig: Zum Thema offene Stellen verweist die Bundesanstalt für Arbeit in ihrer Arbeitsmarktstatistik darauf, dass ihr nur 33 Prozent des gesamten Stellenangebots gemeldet werden.

Diese Feststellung geht zurück auf die letzte jährliche Repräsentativbefragung von 7500 Betrieben und Verwaltungen durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Danach waren Ende 2000 in Wirklichkeit knapp 1,5 Millionen Stellen unbesetzt, obwohl die Statistik nur gut 500 000 ausweist. So niedrig war die Meldequote seit zehn Jahren nicht. Obwohl für Ende 2001 eine wesentlich bessere erwartet wird (das Bundesarbeitsministerium rechnet nur noch mit einer Million offener Stellen): Viele Unternehmen wollen neue Jobs innerbetrieblich besetzen, lehnen Arbeitslose von vornherein ab oder erwarten vom Arbeitsamt keine qualifizierten Angebote. „Da mischt sich vieles", so Eugen Spitznagel vom IAB.

Das Image der bundesweit 181 Arbeitsämter ist nach wie vor mies. Die Arbeitsvermittlung gilt vielen Betrieben als verschlafene Bürokratie. Dabei kann sich ihre Vermittlungsbilanz durchaus sehen lassen. Sie hat allein im vergangenen Jahr über drei Millionen Arbeitssuchenden eine Stelle vermittelt. Dabei gewinnen der Arbeitgeber-Informations-Service (AIS) und der Stellen-Informations-Service (SIS) zunehmend an Bedeutung.



Nur ein Drittel der offenen Stellen wird den Arbeitsämtern gemeldet. Im Jahresdurchschnitt 2001 waren es 506 000. Ende Dezember hatten die Arbeitsvermittler 389 000 „im Bestand": 55 000 in Ostdeutschland und 334 000 in Westdeutschland.

Das Meldeverhalten der Arbeitgeber ist jedoch nicht nur quantitativ mangelhaft, sondern auch qualitativ. Sie melden ihre offenen Stellen nicht nur viel zu selten, sondern konkretisieren ihre Angebote auch häufig nicht. DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy: „Nur 20 bis 25 Prozent der Angebote sind mit konkreten Angaben zu den Arbeits- und Einkommensbedingungen verknüpft." Das erschwert die Vermittlungsarbeit unnötig.

Wiederholt hat das Bündnis für Arbeit an alle Betriebe appelliert, der Bundesanstalt für Arbeit möglichst viele offene Stellen zu melden. „Das würde keine müde Mark kosten", drängt Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD). Das mache sogar dann Sinn, wenn diese Stellen nicht sofort besetzt werden könnten, wirbt DGB-Experte Adamy: „Erst dann weiß die Bundesanstalt, wo welcher Bedarf existiert und kann zielgenau qualifizieren."

Mit ihrem am 1. Januar in Kraft getretenen Job-Aqtiv-Gesetz hat die rot-grüne Koalition nach eigener Darstellung „die größte Vermittlungsoffensive seit Bestehen der Bundesanstalt für Arbeit" gestartet. 3000 zusätzliche Vermittler sollen jetzt verstärkt offene Stellen ausfindig machen und die individuelle Vermittlung von Arbeitslosen erheblich intensivieren. Jeder dritte Vermittler stammt allerdings aus der Bundesanstalt, vorzugsweise den Leistungsabteilungen, wo deshalb künftig mit Engpässen zu rechnen ist. Zudem ist die gesamte Offensive auf drei Jahre befristet. Von ihr sind deshalb nach DGB-Auffassung „keine Wunder zu erwarten". •

plusminusBERLIN

+ ***Die innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Ulla Jelpke, will im V-Leute-Skandal des NPD-Verbotsverfahrens „keine Scheinheiligkeit" einreißen lassen. Sie erinnert daran, dass CDU/CSU-Politiker im Vorfeld „sogar offentlich" verlangt haben, V-Leute in das Verfahren einzubringen.***

– ***Der Haushaltspolitiker Oswald Metzger (Bündnis 90/Die Grünen) formt eine Schelte in ein Lob um: Eine Verwarnung Deutschlands durch die EU-Kommission wegen des hohen Haushaltsdefizits sei „eine Unterstützung des Konsolidierungskurses der rot-grünen Koalition".***

inhalt

Seite 3
DGB fordert Bundesrahmengesetz
Die Gewerkschaften wollen den Staat in die Pflicht nehmen, die Qualität der beruflichen Weiterbildung zu verbessern

Seite 5
Freier Zugang ins Netz
ver.di startet Online-Kampagne für Online-Rechte der Beschäftigten

Seite 7
Bayern vor – noch ein Tor?
Die Gewerkschaften machten es sich zu einfach, wenn sie den Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber in die Ecke der „sozialen Kälte" stellen, warnt Bayerns DGB-Chef Fritz Schösser

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.demotrans.de
Infos über Beschäftigung und neue Tätigkeiten für ältere ArbeitnehmerInnen

Im Faxabruf
0211 / 43 01 683
„Keine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe" Stellungnahme des DGB (Auszüge)

wiewardiewoche?



Seit über einem Jahr werden die beiden von der EU-Kommission überarbeiteten Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe in den Ausschüssen des EU-Parlamentes behandelt. Am 17. Januar stimmte das EU-Parlament in erster Lesung über die Entwürfe ab.
Helmut Kuhne, 52, Diplomsoziologe und ver.di-Mitglied, ist seit 1994 SPD-Abgeordneter im EU-Parlament und unter anderem im Industrieausschuss zuständig für die beiden Richtlinien.

Die „klassische" Richtlinie soll die Vergabe von Aufträgen in den Bereichen Bau, Dienstleistungen und Lieferungen regeln, die Sektoren-Richtlinie in den Bereichen Wasser, Verkehr, Energie. Gemessen an dem, was die Kommission ursprünglich vorlegte, ist das, was jetzt in erster Lesung beschlossen wurde, ein Fortschritt, aber ein Rückschritt gegenüber der Position des Industrieausschusses. Verbesserungen gab es unter anderem bei den Umweltkriterien, für kleine und mittlere Unternehmen und in der Einbeziehung von Unternehmen, die von öffentlichen Auftraggebern kontrolliert werden. Kaum Fortschritte dagegen gab es bei den sozialen Kriterien: So konnte bei der klassischen Richtlinie als Nachweis der Leistungsfähigkeit eines Unternehmens zwar die Beschreibung seiner Umweltmanagement-Praktiken durchgesetzt werden, eine Tariftreueerklärung als weiteren Nachweis lehnte die konservativ-liberale Parlamentsmehrheit jedoch ab.

Im Industrieausschuss hatten wir dagegen erreicht, die Einhaltung der tarif-, arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften und Gesetze, die im jeweiligen Mitgliedsstaat – am Ort der Erbringung der Leistung – gelten, in die Vergabekriterien aufzunehmen. Das entspricht den Forderungen der Gewerkschaften und dem geplanten deutschen Vergabegesetz.
Schade, es wäre mehr drin gewesen. Hier zeigen sich wieder einmal die Folgen davon, dass viele ArbeitnehmerInnen die Bedeutung des EU-Parlamentes immer noch unterschätzen. Wie oft habe ich vor der letzten Europawahl gehört: Ich gehe nur zu wichtigen Wahlen. Das Ergebnis: Bei der Wahl kippte die linke Mehrheit. Das rächt sich jetzt – schließlich sind die EU-Richtlinien ja keine unverbindlichen Empfehlungen, sondern haben für die Mitgliedsstaaten Gesetzescharakter.
Enttäuscht bin ich vom Abstimmungsverhalten der CSU-Abgeordneten im EU-Parlament. Zu Hause betonen sie den sozialen Charakter ihrer Partei durch den Verweis auf das bayerische Vergabegesetz, das die Tariftreue beinhaltet, und schüren Ängste gegen die EU-Erweiterung in Bezug auf Sozialdumping. Aber auf europäischer Ebene torpedieren sie Tarifbindungen.
Noch ist aber nichts verloren. Wenn die Bundesregierung im Ministerrat Tariftreueklauseln in den so genannten „Gemeinsamen Standpunkt" einbringt, dann können wir in der zweiten Lesung des Parlaments die Konservativen und Liberalen möglicherweise ausbremsen.

geplant... beschlossen

„Neue Zeiten. Neue Chancen. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit": Unter diesem Motto soll der DGB-Bundeskongress vom 27. – 31. Mai 2002 in Berlin stehen. Das hat der DGB-Bundesvorstand in seiner Klausursitzung Ende Januar beschlossen.
Dort hat außerdem der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte (IG Metall) erklärt, nicht für eine weitere Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Auch Personalvorstand Günter Dickhausen (ver.di) kandidiert nicht mehr. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer (ver.di) sowie die Vorstandsmitglieder Heinz Putzhammer (GEW) und Ingrid Sehrbrock (ver.di) treten erneut an.
Bis zur März-Sitzung des Bundesvorstands soll der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg einen Vorschlag präsentieren, wie nach dem Ausscheiden des IG Metall-Mitglieds Schulte die Industriegewerkschaften im künftigen Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand vertreten sein sollen.

Tariftreue

Vergabegesetz zügig verabschieden

Die Gewerkschaften haben das Vorhaben der Bundesregierung begrüßt, mit einem Vergabegesetz sicherzustellen, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarife am Ort der Leistungserbringung einhalten (*einblick* 17/01). Anlässlich der ersten Lesung des geplanten Gesetzes im Bundestag am 25. Januar forderte DGB-Vorstand Heinz Putzhammer, trotz der Kritik der Opposition und Teilen der Grünen, das Vorhaben zügig voranzubringen. Kritisiert wurde im Bundestag unter anderem, dass ostdeutsche Baubetriebe ihren einzigen Vorteil, zu anderen Konditionen anbieten zu können, verlieren würden. Klaus Wiesehügel, IG BAU-Vorsitzender und SPD-Abgeordneter, hielt dem entgegen, dass die „schweren strukturellen Probleme der Baubranche im Osten nicht durch einen niedrigeren Lohn beseitigt" würden. Auch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) hat kürzlich in Schwerin erklärt, dass Ostdeutschland langfristig als Niedriglohnland keine Chance im Wettbewerb habe. In den Bundesländern, in denen die Tariftreue bereits praktiziert würde, zum Beispiel in Bayern, habe dies, so Putzhammer, zur Stabilisierung sozialversicherungspflichtiger Arbeit beigetragen. Für den 25. Februar sind eine Bundestagsanhörung, für März die zweite und dritte Lesung geplant. •

www.tarifvertrag.de

Betriebsübergang

Mehr Infos für Beschäftigte

Bei einem Betriebsübergang nach Paragraph 613a des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) sollen die Beschäftigten künftig besser informiert werden. Darauf hat sich der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales verständigt. In Zukunft muss beim Verkauf von Betrieben oder Betriebsteilen der bisherige Arbeitgeber oder der neue Inhaber die Beschäftigten in „Textform" zum Beispiel darüber informieren, welche rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Übergang für sie hat oder welche Maßnahmen hinsichtlich der Beschäftigten geplant sind. Innerhalb von vier Wochen sollen die Beschäftigten dem Übergang schriftlich widersprechen können. Die Änderungen im Paragraph 613a BGB sollen am 1. Juli in Kraft treten. •

Berufliche Weiterbildung

DGB fordert Bundesrahmengesetz

52 Milliarden Euro fließen jedes Jahr in die berufliche Weiterbildung. Doch es gibt weder allgemein gültige Qualitätsstandards noch einen Zugang zur Weiterbildung für alle. Ende Mai wollen die Gewerkschaften deshalb auf dem DGB-Kongress diskutieren, wie die berufliche Weiterbildung besser organisiert werden kann.

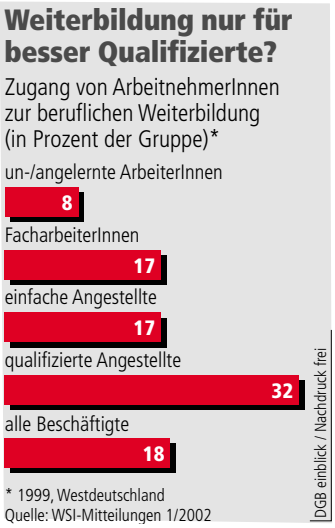
Ausgangspunkt der Debatte soll ein Leitantrag sein, der unter dem Titel „Zukunftsprojekt Bildung: Eine Weiterbildungsoffensive" die Reformvorschläge der Gewerkschaften bündelt. „Der Antrag ist ein Signal, dass sich die Gewerkschaften an der Debatte über das Zukunftsthema Bildung beteiligen, und kein abschließender Forderungskatalog", betont Volker Scharlowsky, Abteilungsleiter Bildung des DGB. Für fertige Antworten sei es in der gerade erst beginnenden, neuen Bildungsdiskussion ohnehin zu früh. Trotzdem wollen die Gewerkschaften auf ihrem Kongress in Berlin erste Positionen markieren: Bildung sei mehr als arbeitsplatzbezogenes Wissen. Sie dürfe sich – aller Globalisierung zum Trotz – nicht auf eine Stärkung der beruflichen Weiterbildung beschränken, sondern müsse auch zur politischen und kulturellen Beteiligung befähigen, lautet eine der Kernbotschaften des Leitantrags. Die Zugangsschwellen bei der Weiterbildung müssten beseitigt werden, lautet eine andere.

In Deutschland verlässt jeder zehnte Jugendliche die Schule ohne Abschluss. 15 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine Berufsausbildung. Und nur neun Prozent der über 18-Jährigen ohne Berufsabschluss bilden sich weiter.

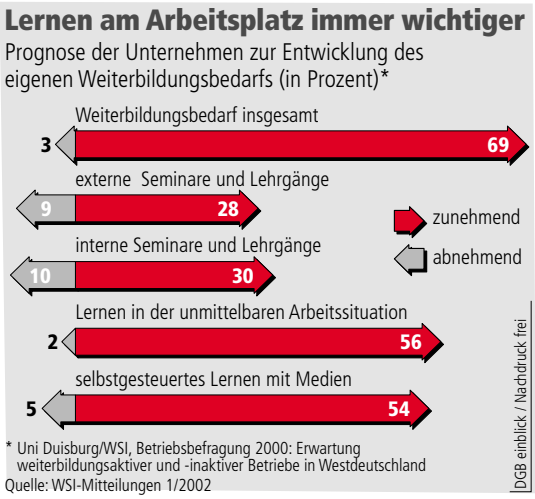
Um diesen Trend umzukehren, wollen die Gewerkschaften der Weiterbildung künftig einen größeren Stellenwert in der Tarifpolitik einräumen. Und sie wollen den Betriebsräten Instrumente an die Hand geben, damit sie die Unternehmen verpflichten können, allen Beschäftigten einen Zugang zur betrieblichen Weiterbildung zu ermöglichen. Aber auch der Staat soll in die Pflicht genommen werden. Durch ein neues „Bundesrahmengesetz für Weiterbildung" soll er einen Beitrag zur Durchsetzung von Mindeststandards beim Zugang zur Weiterbildung und zur Qualitätssicherung leisten. Zudem müsse sich der Staat stärker bei der Kofinanzierung politischer Bildung und bei der Entwicklung von Weiterbildungsangeboten für nicht Erwerbstätige engagieren.

Ob es zur Durchsetzung von Qualitätsstandards verbindlicher Gesetzesnormen bedarf, ist in den Gewerkschaften allerdings umstritten. „Die Tarifparteien können dieses Ziel allein nicht stemmen", meint Klaus Heimann, Abteilungsleiter Berufsbildung der IG Metall. Die IG BCE setzt dagegen auf die Initiative der Unternehmen. „Wir müssen ein Klima schaffen", so Bildungsexperte Martin Weiss, „in dem die Betriebe von selbst aktiv werden."

Auch die Frage, wie die Weiterbildung stärker professionalisiert werden kann, ist strittig. Während die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf die Durchsetzung von allgemeinen Qualitätsstandards drängt, um die oft prekäre Einkommenssituation der Beschäftigten der freien Bildungsträger zu verbessern, setzen die Industriegewerkschaften andere Akzente. Für sie steht die berufsbegleitende Qualifizierung im Betrieb im Vordergrund. Betriebspraxis sei oft wichtiger als ein normierter Qualitätsstandard. •



Die Chance, an Maßnahmen zur betrieblichen Weiterbildung teilzunehmen, hängt stark von der Qualifikation der ArbeitnehmerInnen ab. Während bei den qualifizierten Angestellten fast jeder Dritte von betrieblicher Weiterbildung profitiert, gilt das nur für 8 Prozent der un- und angelernten ArbeiterInnen.



69 Prozent aller Betriebe gehen von einem wachsenden Weiterbildungsbedarf aus, nur drei Prozent von einem Rückgang. Den stärksten Zuwachs erwarten die Unternehmen beim Lernen in der unmittelbaren Arbeitssituation sowie beim selbstgesteuerten Lernen.

Ungeregelt

Es gibt keinen Markt, in dem Jahr für Jahr ähnlich hohe Umsätze erzielt werden und für den es gleichzeitig kaum gesetzliche Regelungen gibt, wie den Weiterbildungsmarkt. Weil das Fehlen staatlicher Regelungen den ungleichen Zugang zu den Bildungs- und Arbeitsmarktchancen fördert, fordern die Gewerkschaften von der Bundesregierung ein Bundesrahmengesetz zur Weiterbildung.

Es soll für mehr Transparenz und Qualität auf dem Weiterbildungsmarkt sorgen sowie Mindeststandards bei der Qualifikation des Weiterbildungspersonals und bei der institutionellen Verlässlichkeit der Bildungsträger durchsetzen. Zudem soll sich der Staat stärker an der Finanzierung von Bildungsangeboten außerhalb der betrieblichen Weiterbildung beteiligen und eine kontinuierliche Bildungsberichterstattung aufbauen.

Ferner fordern die Gewerkschaften Änderungen am bestehenden Bildungsurlaubsgesetz. Der Anspruch auf Bildungsurlaub müsse auch für längerfristige Weiterbildungsangebote verwendbar sein und inhaltlich breiter genutzt werden können. Das wird in einem Antrag für den DGB-Kongress in Berlin vorgeschlagen.

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Bildungswerk

Der Weg zum deutschen Pass

Die deutsche Staatsangehörigkeit bringt MigrantInnen viele Vorteile. Den komplizierten Weg zum deutschen Pass hat das DGB-Bildungswerk verständlich erklärt. Die kostenlose Broschüre „Wahljahr 2002: einbürgern – wählen – mitentscheiden!" zeigt, was man über Sprachkenntnisse, Aufenthaltsdauer oder Gebühren wissen muss. •

Der Setzkasten
Tel. 0211 / 408 00 88
Fax 0211 / 408 00 80
www.migration-online.de

anders reisen

Neuer Katalog

Auf einem Öko-Bauernhof in Polen Gemüse ernten, mit dem Rad von Wien nach Budapest strampeln oder einfach am spanischen Strand in der Sonne braten. Mit 26 Reisezielen macht der neue Katalog von „anders reisen" Lust auf Urlaub. Die Angebote der DGB-Jugend NRW richten sich an junge Leute zwischen 11 und 20 Jahren. •

Tel. 0251 / 136 72 75
andersreisen@dgb.de
www.dgb-andersreisen.de

connexx.av

Serviceangebot erweitert

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) weitet ihr Innovationsprojekt connexx.av personell sowie finanziell aus. Zu den bisherigen Projektstandorten Berlin, Hamburg, München und Köln kommt Leipzig hinzu. Das zentrale Projektbüro bleibt in Frankfurt/M. „Mit der Ausweitung ist neben der ‚Ersten Hilfe' auch eine kontinuierliche Betreuungsarbeit möglich", so Frank Werneke, Leiter des ver.di-Fachbereichs Medien. Durch schnelle Hilfe, branchenspezifische Ansprache und flexible Arbeitsstrukturen sei es bereits gelungen, Vorurteile gegen gewerkschaftliche Aktivitäten abzubauen. Bisher leistete connexx.av bei der Bildung von etwa 40 Betriebsräten in Multimedia-Betrieben Geburtshilfe. •

www.connexx-av.de

IG Metall

Blick in die Zukunft

Die Gewerkschaftsarbeit von Morgen steht im Mittelpunkt des „IG Metall-Zukunftsreports". Die



kostenlose Broschüre mit beigelegter CD-ROM bündelt auf knapp 100 Seiten die Erkenntnisse von acht Forschungsteams. Die ExpertInnen haben sich im Auftrag von Otto-Brenner- und Hans-Böckler-Stiftung kritisch mit den Perspektiven von Arbeit, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Gewerkschaften auseinander gesetzt. Der Report kann aus dem Internet geladen werden. •

Der Setzkasten
Tel. 0211 / 408 00 88
Fax 0211 / 408 00 80
lavista@setzkasten.de
www.ig-metall.de

Betriebsratswahl-Kampagne

Arbeitshilfen für die Wahlen

Mit einer Auftaktveranstaltung am 27. Februar in Berlin soll die heiße Phase der DGB-Kampagne zu den Betriebsratswahlen eingeläutet werden. Mehr Infos zur Kampagne „Ich arbeite gut. Besser mit Betriebsrat" und den regionalen Projekten gibt's im Internet sowie in einem Newsletter, der erstmals der nächsten Ausgabe des *einblick* beiliegen wird. Um die Vorbereitung der Wahlen zu erleichtern, hat der DGB außerdem jeweils eine Wahlhilfe für Betriebe mit bis zu 50 sowie mit mehr als 50 Beschäftigten erstellt. Sie erläutern Schritt für Schritt den Ablauf der Wahl nach der neuen Betriebsverfassung und stellen zahlreiche Vordrucke für Terminpläne, Formulare, Beschlüsse oder Checklisten bereit. Sie kosten jeweils 1,50 € (+ Versandkosten). •

toennes satz+druck
Fax 0211 / 920 08 38
Die Kampagne im Internet:
www.besser-mit-betriebsrat.dgb.de

Jugendinstitut

Datenbank zum Berufsstart

Infos zu 200 Projekten rund um die berufliche Förderung von Jugendlichen hat das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in einer Datenbank gespeichert. Zugang zur Sammlung mit dem Titel „Praxismodelle – Jugend in Arbeit" (PRAXIMO) gibt's über das Internet oder für 1,53 € Porto per CD-ROM. •

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Regionale Arbeitsstelle Leipzig
Teubnerstraße 11
04317 Leipzig
Tel. 0341 / 566 54 16
Fax 0341 / 566 54 47
www.dji.de (Link PRAXIMO)

ver.di

Wie geht's der Medienbranche?

Stagniert die Konjunktur, trifft das als erste die, die mit Werbung Kasse machen. Wie es wirtschaftlich um die Medien in Deutschland bestellt ist, sagt der Reader „Medienökonomie". Erstmals betrachtet ver.di in dem Bericht ausführlich den Handel mit Film- und Sportrechten. Mitglieder von ver.di bekommen das Heft kostenlos, alle anderen bezahlen 13 €. •

ver.di-Bundesvorstand
Ressort 14
Potsdamer Platz 10
10785 Berlin
martin.dieckmann@verdi.de

interregio

••• Für den ***DGB Saar*** hat das musikalische Duo „d´hemm" eine „komödiantische Version" von „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" aufgenommen. Mit der ***CD-Sonderedition*** hat sich der DGB Saar bei seinen durch die Bildung des neuen Bezirks West ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern bedankt. Der Gag: Die Interpreten „Jupp" und „Kaal" haben zwar den Text des Liedes vergessen, erinnern sich aber im saarländischen Dialekt an etliche Bruchstücke. Für Ende März plant der DGB Saar eine weitere CD des Duos. Außerdem tritt „d´hemm" am 8. März und am 1. Mai in Saarbrücken auf. Infos: Thomas Schulz, Tel. 0681 / 40 00 119

••• Der ***DGB Nord*** hat mit der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern eine ***Zielvereinbarung*** zur Personalentwicklung im öffentlichen Dienst unterzeichnet. Das Ziel: Trotz „objektiver Haushaltszwänge" soll die „Leistungsfähigkeit im öffentlichen Dienst" unter frühzeitiger Beteiligung der ArbeitnehmerInnen gesteigert werden. Unabhängig vom bereits geplanten Stellenabbau verpflichtet sich die Landesregierung, möglichst vielen jungen Leuten einen Berufsstart im öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Ein weiteres Ziel der Vereinbarung ist es, betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern. Infos: Alfons Grundheber-Pilgram, Tel. 040 / 28 58 222

Erste Online-Kampagne von ver.di

Freier Zugang ins Netz

Immer mehr Menschen arbeiten an Computern und verbringen einen zunehmenden Teil ihrer Arbeitszeit im Netz. Die steigende Bedeutung von Internet und Intranet wirkt sich auf Arbeitsplätze, Unternehmen und Kommunikation aus. Dieser Wandel muss gestaltet werden. Deshalb will sich ver.di mit einer Online-Kampagne für die Online-Rechte von Beschäftigten einsetzen.

Die Kampagne „Online-Rechte für Beschäftigte" ist die erste ver.di-Kampagne im Netz. Offizieller Start ist der 8. März. ver.di knüpft damit an die Kampagne „Online-rights for Online-workers" an, die 1998 vom internationalen Gewerkschaftsdachverband FIET, Vorläuferorganisation von UNI (Union Network International), initiiert wurde.

Nach wie vor sind die Online-Rechte der Beschäftigten kaum geregelt, und noch immer gibt es beispielsweise kein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz. Mit der Kampagne will ver.di erreichen, dass das Thema Online-Rechte für Beschäftigte endlich auf die politische Agenda kommt. Ziel ist es, bei der Nutzung von Inter- und Intranet eine ähnliche Kultur wie beim Telefonieren zu entwickeln. Die Beschäftigten sollen auch während der Arbeitszeit die neuen Online-Wege nutzen können. Dies schaffe einen geregelten, gerechten und fairen Zugang aller ArbeitnehmerInnen zu Intra- und Internet.

Die Kampagne startet rechtzeitig vor den Betriebsratswahlen, um auf den Bedarf von Betriebs- und Personalräten zu reagieren, die die neuen Kommunikationswege jenseits der traditionellen Formen betrieblicher Kommunikation nutzen wollen.

Der Zugang zu Online-Netzen ist vor allem für die Europäischen Betriebsräte wichtig. Ausdrückliches Ziel der EU-Richtlinie, die die Einführung der Euro-Betriebsräte regelt, ist die „Verbesserung des Rechts auf Information und Konsultation der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweiten Unternehmen und Gruppen von Unternehmen". Die Euro-Betriebsräte können dieses Recht aber nur nutzen, wenn sie in der Lage sind, sich über Grenzen hinweg auszutauschen und die Beschäftigten über ihre Beratungen und Aktionen zu informieren. Dazu brauchen sie Zugang zu den E-Mail-Netzen der Unternehmen und zu Online-Informationsdiensten.

In den Betrieben wird zudem die private Nutzung von E-Mail und Internet sehr unterschiedlich gehandhabt. Einige verfügen über keine Regelungen, andere verhängen Verbote oder kontrollieren mittels Software das Online-Verhalten der Beschäftigten. Die arbeitsgerichtliche Rechtsprechung befindet sich noch in den Anfängen.

Sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Arbeitgebern herrscht große Unsicherheit. Geregelt werden könnten die Online-Rechte in einem Arbeitnehmerdatenschutzgesetz. Die ver.di-Kampagne soll dem Gesetzgebungsverfahren neue Impulse geben, verbunden mit dem Aufruf, das Gesetz in der nächsten Legislaturperiode zu verabschieden. Solange es keine gesetzliche Grundlage gibt, sind die betrieblichen InteressenvertreterInnen gefordert, mit Betriebs- und Dienstvereinbarungen zur Nutzung von Intra- und Internet klare Regelungen zu schaffen. •



Fragen an ...

Michael Sommer, 50, im ver.di-Vorstand zuständig für den Bereich Innovations- und Technologiepolitik.

■ Welchen Handlungsbedarf gibt es für Online-Rechte?

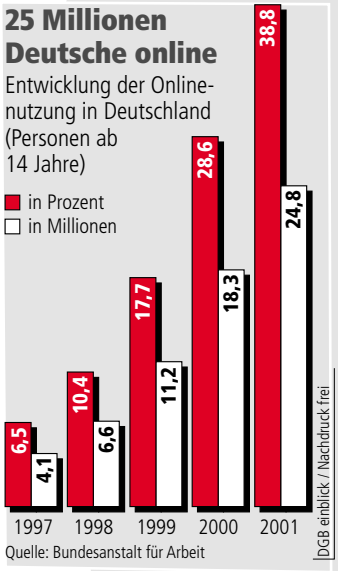
■ *Immer mehr Menschen arbeiten am Computer, gehen online. Dies wirkt sich auch auf die Kommunikation und die Informationsbeschaffung aus. Weil sich tendenziell herkömmliche betriebliche Strukturen auflösen, brauchen wir neue Kommunikationsmöglichkeiten, um den Kontakt der Beschäftigten zum Betriebsrat und zu den Gewerkschaften zu erhalten. Wir brauchen Rechtssicherheit für die Beschäftigten.*

■ Was ist Ziel und wer ist Zielgruppe der Kampagne?

■ *Wir wollen den freien Zugang zu Intra- und Internet für Beschäftigte, Betriebs- und Personalräte und Gewerkschaften. Wir wollen, dass die technischen Kontrollmöglichkeiten der Arbeitgeber reglementiert werden. Und wir wollen das Thema auf die politische Tagesordnung setzen. Wir brauchen endlich ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.*

■ Was müsste in dem Gesetz geregelt werden?

■ *Die Persönlichkeitsrechte aller Beschäftigten müssen geschützt werden, denn in vielen Betrieben werden Unmengen an personenbezogenen Daten erfasst. Außerdem ist die private Nutzung von E-Mail und Internet bisher gesetzlich nicht geregelt. In manchen Betrieben gibt es keine Regelungen, in anderen wiederum Kontrollen und Verbote. Ein Gesetz muss Klarheit und Sicherheit schaffen.*



22 Prozent der über 14-jährigen InternetnutzerInnen haben nur am Arbeitsplatz oder an der Ausbildungsstätte Zugang zum Netz, 32 Prozent gehen sowohl zu Hause als auch am Arbeitsplatz ins Netz.

Plattform im Netz

Die Kampagnen-Plattform wird am 8. März unter www.onlinerechte-fuer-beschaeftigte.de geöffnet. Dort wird es Unterschriftenlisten, weitere Infos, einen Chatroom und Rechtstipps geben. Ein Online-Newsletter informiert regelmäßig über Aktionen.

Durchgeführt wird die Kampagne vom ver.di-Projekt OnForTe (OnlineForumTelearbeit), einem virtuellen ExpertInnen-Netzwerk, in Zusammenarbeit mit dem ver.di-Bereich Innovations- und Technologiepolitik sowie der Wegewerk Medienlabor GmbH, Berlin.

Kontakt zum Projekt OnForTe:
Claudia Schertel
E-Mail: recht@onforte.de
Tel. 0 61 03 / 92 30 88
www.onforte.de
Infos zur UNI-Kampagne „Online-rights for Online-workers":
www.union-network.org/UNIsite/Sectors/IBITS/ICT/online.htm

kurz&bündig

IG Metall-Vorstand und Gesamtbetriebsrat haben eine Betriebsvereinbarung zur Altersteilzeit abgeschlossen. Danach können Beschäftigte ab 55 Jahren ihre Arbeitszeit halbieren. Ihr Einkommen wird auf 85 Prozent des Nettoentgelts aufgestockt, ihr Rentenbeitrag auf 100 Prozent des Bruttoentgelts.

ver.di hat mit der amerikanischen IT-Gewerkschaft CWA ein Kooperationsabkommen geschlossen. Erstes Ziel ist die gemeinsame gewerkschaftliche Organisation von Unternehmen wie Vodafone, Telekom und IBM.

Die GEW hat Bund und Länder aufgefordert, Opfer von Berufsverboten im öffentlichen Dienst zu rehabilitieren. 30 Jahre nach dem so genannten Extremistenbeschluss von 1972 sei eine „angemessene Wiedergutmachung" überfällig. 1995 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Berufsverbote für rechtswidrig erklärt.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will ihre Zentrale in der Nähe des Berliner Ostbahnhofs errichten. Der an der Spree gelegene 74 Millionen Euro teure Neubau soll neben den Arbeitsräumen für die rund 800 ver.di-Beschäftigten auch Platz für Konferenzen bieten. Geplanter Umzugstermin ist der 30. Juni 2004. Der Gewerkschaftsrat muss dem Vorhaben noch am 27./28. Februar zustimmen.

Gewerkschaftsmedien

Es rauscht im Blätterwald

Bei den gewerkschaftlichen Medien tut sich was. Neugründungen und konzeptionelle Überarbeitungen sollen den Blättern einen neuen, frischeren Anstrich verpassen.

Ab Februar erscheint die *einigkeit*, das Basismedium der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten, im Newsletter-Format. Der achtseitige Infoservice soll die Mitglieder schneller über die Politik der NGG und ihre Dienstleistungen informieren. Statt langer Beiträge über betriebliche Auseinandersetzungen und Tagungsberichten soll das gesamte Spektrum der NGG-Arbeit präsentiert werden. Als feste Rubriken sind neben Tarif- und Brancheninfos auch Nachrichten aus Landesbezirken, aus der Jungen NGG oder zur Frauenpolitik geplant. Kern der Blattreform ist die enge Vernetzung zwischen Printprodukt und Internetauftritt der Gewerkschaft. Hintergrundinfos zu aktuellen Kampagnen der NGG, zur Tarif- und Arbeitsmarktpolitik gibt es künftig unter *www.ngg.net*.

Auch *Der Grundstein*, die Mitgliederzeitschrift der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), wurde runderneuert. Nach dem Umbau der IG BAU zu einer Branchengewerkschaft bietet das Magazin nun mit neuer Struktur sowie erweitertem Umfang mehr Platz für die Berichterstattung aus den Branchen.

Mit gleich zwei neuen Produkten macht ver.di auf sich aufmerksam. Zehn Mal pro Jahr erhalten die 2,8 Millionen Mitglieder der weltgrößten Einzelgewerkschaft *ver.di-Publik*. Ein knappes Jahr nach dem ver.di-Gründungskongress hat die Redaktion ein erstes Heft im Zeitungsformat vorgelegt, das sich sehen lassen kann. Schwerpunkte der ersten Ausgabe sind neben einer Zwischenbilanz des Gründungsprozesses die neue Betriebsverfassung und die anstehenden Betriebsratswahlen. Die Redaktion setzt auf einen breiten Themen-Mix. Das zeigt die Palette der weiteren Beiträge: Ausbildung, Frauen gegen Frauenhandel, Job-Aqtiv-Gesetz und Sexualität. Ergänzt wird das Printprodukt durch eine eigene Homepage: *www.verdi-publik.de*

Martin Kempe, Kommunikationsmanager und Chefredakteur, ist mit der ersten Ausgabe „im Prinzip zufrieden". Bei einer Zeitungskritik müsste er aber „handwerkliche und sonstige Fehler durchaus eingestehen". Wie etwa das Verbreiten von Weisheiten wie dieser: „Seit es Frau und Mann gibt, zeugen sie Kinder; sonst gäbe es den Menschen nämlich nicht mehr." An der Verbesserung von *ver.di-Publik* arbeite man.

Die zweite von ver.di herausgegebene Publikation heißt *ver.di-News*. Dieser Newsletter erscheint vierzehntäglich in einer Auflage von zunächst 250 000 Exemplaren und richtet sich an Ehren- und Hauptamtliche. Drei Monate lang werden sie mit dem neuen Blatt beliefert, dann müssen sie sich entscheiden: Wer *ver.di-News* weiter lesen will, kann zwischen Print- und E-Mail-Version wählen. Ein Manko merkt man der ersten Ausgabe an: Die Redaktion von *ver.di-news* ist mit derzeit eineinviertel Stellen deutlich unterbesetzt. •

?...nachgefragt



Wie ist derzeit die Lage der palästinensischen ArbeitnehmerInnen? Das fragte *einblick* Shaher Sae'd, den Generalsekretär des palästinensischen Gewerkschaftsbundes PGFTU, der Mitte Januar Gast des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Brüssel war und auch zum DGB-Kongress in Berlin eingeladen ist.

Die Lage der palästinensischen ArbeitnehmerInnen hat sich in den letzten 14 Monaten seit Beginn der Al-Aksa-Intifada sehr verschlechtert. Durch die hermetische Abriegelung der Palästinensergebiete und die über 10 000 israelischen Militärposten in unserem Land leben wir wie in einem Gefängnis. Es gelangen weder medizinische Grundversorgung noch Rohstoffe zu uns, unsere Industrie liegt danieder. Viele ArbeitnehmerInnen gelangen schon seit Monaten nicht zu ihren Arbeitsplätzen in Israel oder in anderen Teilen Palästinas. Wir haben inzwischen eine Arbeitslosenrate von über 50 Prozent – die Situation ist unvorstellbar: Zwei Millionen Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze. Auch unsere Gewerkschaftsarbeit ist sehr erschwert, da wir wegen der Einschränkung unserer Reisefreiheit keine Treffen abhalten können.

Wir fordern Israel auf, endlich die UNO-Resolutionen 242 und 338 anzuerkennen und sich aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzuziehen. Wir brauchen dringend internationale und vor allem europäische Solidarität – und wir brauchen internationale Präsenz. Wir hoffen, dass die EU auf die USA Druck ausüben wird und vor allem auch auf Israel direkt, etwa durch Handelssanktionen.

Ich hoffe, auf dem DGB-Kongress Gelegenheit zu Kontakten mit der Histadrut-Führung zu haben. Wir wollen unsere Unabhängigkeit, wir wollen zurück an unsere Arbeitsplätze, und wir wollen einen umfassenden und gerechten Frieden.

Kanzlerkandidat Stoiber

Bayern vor – noch ein Tor?

Kaum hatte die Union Edmund Stoiber als Kanzlerkandidaten nominiert, meldeten die ersten Zeitungen, der DGB flirte mit der CSU. Was die Gewerkschaften von einem Kanzler Stoiber zu erwarten hätten, hat einblick den bayerischen DGB-Vorsitzenden gefragt.



Fritz Schösser, 54, ist Vorsitzender des DGB Bayern und Bundestagsabgeordneter der SPD.

1994 – die Landtagswahlen in Bayern waren gerade gelaufen, die absolute Mehrheit der CSU in Bayern war wieder gesichert, die Amigo-Krise überwunden – da fragte mich ein Journalist: „Wie erklären Sie sich, dass es der SPD wieder nicht gelang, die absolute Mehrheit der CSU zu brechen?" Meine Antwort: „Die CSU hatte das Glück, dass Stoiber und Wiesheu wie **zwei Lichtgestalten aus dem schwarzen Amigo-Sumpf** hervortraten und in der Lage waren, das Ruder noch einmal herumzureißen." Der Großteil dieser Aussage wurde in der Presseberichterstattung bald unterschlagen – übrig blieb das Wort „Lichtgestalt". Was ist nun dran an der Gestalt Edmund Stoiber?

Die K-Frage der Union ist entschieden. Stoiber und Bayern stehen im Fokus der Medien: Wie wird Bayern regiert? Was ist das besondere Geheimnis? Was tut Stoiber, was andere nicht tun? Die Arbeitslosigkeit ist gering, die Wirtschaftsentwicklung gut, und der Beschäftigungspakt funktioniert. Ja, und die grandiose Idee, das schöne Alpenambiente nach Bayern zu holen, haben die anderen Bundesländer auch nicht gehabt.

Trotz aller Superlative, in Bayern wird auch nur mit Wasser gekocht! Das Gefälle zwischen Nord- und Südbayern ist groß. Die Strukturveränderungen in der Glas- und Porzellanindustrie, der Textil- und Lederindustrie sind noch lange nicht überwunden. Der Strukturwandel in Nürnberg, in Schweinfurt und in der mittleren Oberpfalz (Maxhütte) schwelt vor sich hin. Bayern hat es trotz einer guten volkswirtschaftlichen Gesamtbilanz **nicht geschafft, gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen** in allen Landesteilen **sicherzustellen.** Die Wirtschaftslokomotive steht in München, die Waggons in den Regionen; ein Teil dieser Waggons ist nicht einmal an die Lokomotive angekoppelt. Stoiber macht Politik in einer relativ heilen Welt. Die günstige Nachkriegsentwicklung in Bayern, die im Vergleich zu anderen Bundesländern überschaubaren Strukturprobleme und der warme Regen aus Privatisierungserlösen von 5 Mrd. Euro seit 1996 haben ihm nahezu paradiesische Verhältnisse beschert und ihm das Image des „Machers" eingebracht. In der Krise und **unter dem Druck schwieriger Verhältnisse musste sich Stoiber noch nie beweisen** – das ist auch die Schwäche, die schon nach 14 Tagen Kandidatenschaulauf deutlich wird. Stoiber spielte bisher nur in der Regionalliga, in der Champions League wird auch für ihn das Klima rauer.

Entscheidend für die Kraft der CSU ist die tiefe und traditionelle Verankerung in der bayerischen Gesellschaft. Die CSU ist in Verbindung mit dem „Christlichen" ein System, das die Menschen von der Wiege bis zur Bahre begleitet. Natürlich birgt ein solches System auch Gefahren in sich. Dazu zählen Postenschacher und Spezlwirtschaft. Unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Max Streibl hätte dies fast zum Supergau geführt. Saludos, Amigos!

Seinem Nachfolger Edmund Stoiber gelang es 1993 in wenigen Wochen, sein Image zu ändern – vom Mitmacher zum Saubermacher! Dazu gehört auch, dass die Staatsregierung **ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften geändert hat.** Bis Mitte der 90er Jahre hatte die CSU-geführte Staatsregierung mit dem DGB wenig am Hut. Im Gegenteil: Unter Franz Josef Strauß wurden die christlichen Gewerkschaften hofiert und strategisch gegen den DGB ins Feld geführt. Arbeiterkammern sollten die Gewerkschaftsmacht brechen, und mit einer Diffamierungskampagne sollte der bayerische DGB ins Abseits gedrängt werden. Das alles wurde in der CSU-Parteizentrale ausgekocht. Der dortige Chefkoch hieß Edmund Stoiber. Das haben wir nicht vergessen – und trotzdem: Es ist **zu plump, Stoiber einfach in die Ecke der „sozialen Kälte" oder des „Rechtspopulisten" zu stellen.**

Stoiber ist ein konservativer und wirtschaftsliberaler Ideologe. Bei den Themen Betriebsverfassungsgesetz, Rentenreform, Arbeitsmarktpolitik, Migrationspolitik trennen uns Welten. Aber da gibt es auch den Pragmatiker Stoiber. Der weiß, dass es ganz ohne Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nicht geht, der nicht über Industriepolitik redet – sie aber macht –, der ein heißer Verfechter der Deregulierung ist, aber mit den Gewerkschaften im Beschäftigungspakt schon 1996 eine Vereinbarung zur Tariftreue bei öffentlichen Bauvergaben getroffen hat.

Mein Fazit: Überschätzen sollte man Stoiber nicht, unterschätzen jedoch auch nicht. •

Falsche Freunde?

22 Prozent der DGB-Mitglieder haben bei der Bundestagswahl 1998 die CDU/CSU gewählt. Mehr als jeder Fünfte. Trotzdem hat die Ankündigung des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte, den Kanzlerkandidaten der Union nicht gleich auszugrenzen, sondern auszuloten, wo es Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Edmund Stoiber gibt, ein heftiges Medienecho ausgelöst. „Vielleicht finde ich in ihm einen Verbündeten in den Bereichen, in denen die Bundesregierung zu lahm ist", hatte Schulte erklärt – für die Medien war der Satz ein Flirtversuch.

Signale kamen auch aus den Mitgliedsgewerkschaften. Wenn die Gewerkschaften außerhalb der Bundesregierung Unterstützung für eine offensive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erhielten, sei das „begrüßenswert", erklärte IG Metall-Sprecher Claus Eilrich. Auch ver.di-Vize Margret Mönig-Raane will erst „abklären, wo gleiche oder nahe beieinander liegende Strategien in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vorhanden sind."

Zugleich markieren führende Gewerkschafter die Grenzen der Kooperationsbereitschaft. „Wenn Stoiber die Verbesserungen beim Betriebsverfassungsgesetz und andere wichtige Reformen rückgängig machen will", warnte Schulte, „muss er mit unserem erbitterten Widerstand rechnen."

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

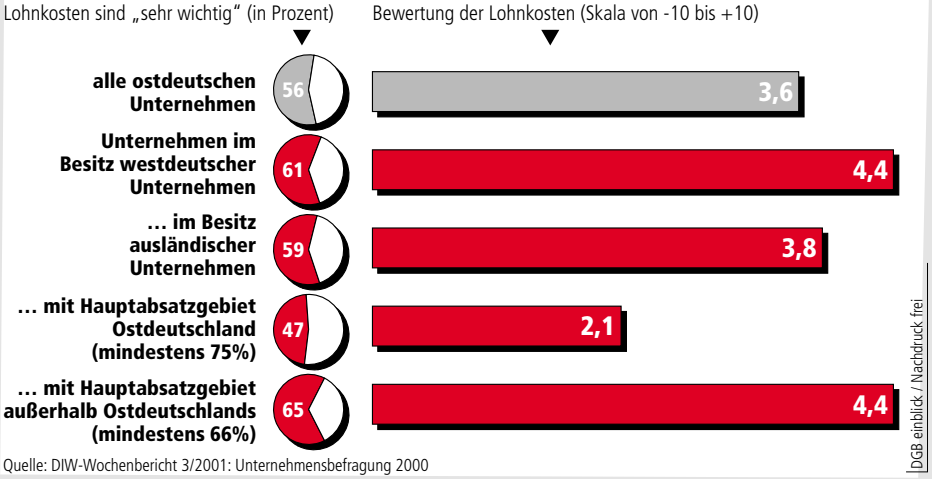
DIES & DAS

die DGB grafik

NIEDRIGE OSTLÖHNE: Westunternehmen profitieren am meisten

Für die ostdeutschen Unternehmen sind die niedrigen Löhne ein wichtiger Standortfaktor: 56 Prozent halten sie für „sehr wichtig". Bei Unternehmen in westdeutschem Besitz sind es sogar 61, bei Unternehmen mit überregionalem Absatz 65 Prozent. Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelt. Dass Unternehmen mit Stammsitz in Westdeutschland zufriedener sind, habe einen einfachen Grund: Sie müssten außerhalb Ostdeutschlands „meist höhere Löhne zahlen als in den ostdeutschen Zweigbetrieben".

Bewertung der ostdeutschen Lohnkosten durch die Unternehmen



Quelle: DIW-Wochenbericht 3/2001: Unternehmensbefragung 2000

Tipp

Buch: *Thomas Breisig, Susanne König, Peter Wengelowski,* ***Arbeitnehmer im Mitarbeitergespräch, Grundlagen und Tipps für den Erfolg,*** *Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2001, 240 Seiten, 15,29 €*

Mitarbeitergespräche liegen im Trend. Für das Management sind sie ein Instrument, um das Wissen der Beschäftigten über die Arbeitsabläufe zu nutzen und sie zu höherer Leistung zu motivieren. Der Austausch mit den Vorgesetzten soll ihnen das Gefühl geben, mit ihren eigenen Problemen und Wünschen ernst genommen zu werden. Aber Mitarbeitergespräche sind nicht nur dialogorientiert. Sie sind auch ein Machtinstrument, dessen Spielregeln die Beschäftigten kennen müssen, wenn sie ihre Ziele erfolgreich vertreten wollen.

Worauf es dabei ankommt, zeigt der Praxisratgeber. In vier Kapiteln vermitteln die AutorInnen Grundlagen der Kommunikationstechnik und erläutern den rechtlichen Hintergrund von Mitarbeitergesprächen. Der Ratgeber hilft Beschäftigten, eigene Gesprächsstrategien zu entwickeln und sich gegen mögliche Fallstricke zu wappnen.

14 TAGE

7.2. DGB Niedersachsen/Bremen, „Das Gesundheitswesen vor der Reform", Lüneburg

8.2. DGB-Landeskonferenz Niedersachsen/Bremen, Braunschweig

9.2. DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen/Bremen-Sachsen-Anhalt, Braunschweig

15.2. DGB-Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg, Potsdam

15./16.2. DGB-Bezirkskonferenz Nordrhein-Westfalen, Dortmund

16.2. DGB-Bezirkskonferenz West, Trier

20./21.2. TRANSNET, Konferenz „Mitbestimmung als Herausforderung der Unternehmenskultur der europäischen Bahnen", Berlin

personalien

••• ***Wille Bartz,*** 49, Berater am Standort Hamburg des ver.di-Projekts connexx.av, ist seit dem 1. Januar Projektleiter von connexx.av.

••• ***Barbara Hemkes,*** 38, Leiterin des Projekts für Arbeitnehmerorientierte Qualifizierung für Umweltmanagement (AQU) im DGB-Bildungswerk, und ***Sven Harder-sen,*** 38, Umweltberater im AQU-Team, arbeiten ab Mai als CIM-Berater in einem Forschungsinstitut der Bekleidungs- und Textilgewerkschaft von Südafrika (SALRI). Ihre Funktion im AQU-Team übernehmen ***Claudia Steffens,*** 36, als Bildungsreferentin und ***Martin Tilke,*** 40, als Projektleiter im Bereich E-Learning.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Es lohnt sich noch nicht zu fragen, ob in diesem Jahr beim DGB schon am 28. Mai Sommer-Anfang ist."

DGB-Pressesprecher Hans-Jürgen Arlt während der Pressekonferenz des DGB am 24. Januar, auf der Dieter Schulte seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur als DGB-Vorsitzender bekannt gegeben hat. In den Medien gilt der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Michael Sommer als Favorit für die Wahl des neuen DGB-Vorsitzenden am 28. Mai.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 18.02.2002 3/02

DGB

Jobvermittlung

DGB: Mit Privaten stärker kooperieren

Der DGB denkt um, die stellvertretende Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer plädiert für eine bessere Zusammenarbeit der Arbeitsämter mit den privaten Jobvermittlern. Bisherige Bedenken gegen sie sollten zurückgestellt werden, erklärte sie gegenüber *einblick:* „Damit kommen wir nicht mehr durch."

Bisher lief die Zusammenarbeit auf Sparflamme: Von Anfang 1998 bis Ende 2001 konnten die Arbeitsämter so genannte Dritte, d.h. auch private Agenturen, mit der Vermittlung von Arbeitslosenhilfe-Beziehern beauftragen. Besonders erfolgreich war dieses Sonderprogramm der Bundesanstalt für Arbeit (BA) nicht; zu groß waren die Widerstände auf Seiten der Arbeitsämter. Deren Bereitschaft, das Programm umzusetzen, sei „sehr unterschiedlich ausgeprägt", klagte die BA in einem Runderlass Anfang 2000. Dabei seien Konkurrenzdenken und Berührungsängste gegenüber den Privaten „im Interesse des vom Sonderprogramm erfassten Personenkreises nicht angebracht", mahnte BA-Verwaltungsdirektor Günter Weinziel.



Quelle: Bundesverband Personalvermittlung (BPV), Wiesbaden

Dem Bundesverband Personalvermittlung (BPV) sind bundesweit 900 Vermittlungsbüros angeschlossen, das sind knapp 20 Prozent aller zugelassenen privaten Arbeitsvermittler. Gegründet wurde der BPV 1994 – damals fiel das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit.

Seit In-Kraft-Treten des Job-Aqtiv-Gesetzes am 1. Januar haben alle Arbeitslosen nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit einen Rechtsanspruch darauf, dass Dritte mit ihrer Vermittlung beauftragt werden. Hier müsste die von DGB-Vize Engelen-Kefer ins Spiel gebrachte Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen amtlichen und privaten Jobvermittlern ansetzen. Der Bundesverband Personalvermittlung (BPV) ist dazu bereit, er wertet das Job-Aqtiv-Gesetz als „komplett neue Herausforderung", so die BPV-Sprecherin Sieglinde Schneider. Gespräche darüber, wie sie bewältigt werden könne, seien bereits mit der BA verabredet.

Schneider warnt jedoch vor überhöhten Erwartungen; die privaten Vermittler seien zwar „recht flexibel", könnten aber „keine riesigen Zahlen" liefern. Niemand im BPV sei so vermessen zu behaupten, private Vermittler könnten die amtlichen ersetzen. Schneider: „Man muss die Kirche im Dorf lassen." Das Zauberwort lautet zwar derzeit „Privatisierung", tatsächlich gehe es aber um „ein besseres Miteinander". Die Zusammenarbeit müsse „schneller, effizienter und bedarfsgenauer" werden.

Den Vorwurf, die privaten Jobvermittler kümmerten sich nicht um die schwer vermittelbaren Arbeitslosen, sondern betrieben „Rosinenpickerei", kontert die BPV-Sprecherin geschickt: „Das müssen sie." Private Vermittler seien Unternehmer, die sich am Markt behaupten müssten. „Bezahlt wird nur der Erfolg."

Noch sind die neuen Möglichkeiten des Job-Aqktiv-Gesetzes nicht einmal erprobt, da kursieren in Berlin schon Überlegungen, der Anspruch Arbeitsloser auf Vermittlung durch Dritte solle bereits ab dem ersten Tag der Arbeitslosigkeit gelten. Eine Sprecherin des Bundesarbeitsministeriums wollte das jedoch weder bestätigen noch dementieren: „Wir überlegen sehr vieles." •

plusminusBERLIN

+ ***Bundesjugendministerin Christine Bergmann (SPD) will die zahlreichen Altersgrenzen im Jugendschutzgesetz anheben oder ganz beseitigen. Die Reform soll „mit Rücksicht auf gesellschaftliche Gegebenheiten" erfolgen. Jugendliche sollen ab 14 Jahre auch ohne die Begleitung Erwachsener bis 23 Uhr in die Disco gehen können.***

– ***Rainer Brüderle (FDP) fordert in einem Fraktionsantrag die Auflösung des Arbeitsministeriums. Die Zuständigkeit für die Arbeitsmarktpolitik, das Banken- und Versicherungswesen und die internationale Finanz- und Währungspolitik sollen an das Wirtschaftsministerium fallen. Die Rest soll an ein neues Ministerium für Gesundheit und Soziales gehen.***

inhalt

Seite 3
Gewerkschaften kontra Senat
In Berlin spitzt sich die Auseinandersetzung um das rot-rote Sparpaket zu

Seite 5
Verbandsklage bei Tarifbruch
DGB-Arbeitsrechtsexpertin Helga Nielebock über die Erwartungen der Gewerkschaften an die künftige Bundesregierung

Seite 7
Lohnzurückhaltung nützt nichts
Konjunkturforscher Joachim Volz, DIW, warnt vor den negativen Folgen einer unzureichenden Nutzung des Verteilungsspielraums

BETRIEBSRATSWAHLEN
„Ich arbeite gut. Besser mit Betriebsrat." Das Kampagnen-Info des DGB

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.wer-wird-revolutionaer.de
Die ultimative Quiz-Alternative zur RTL-Fernsehshow „Wer wird Millionär?"

Im Faxabruf
0211 / 43 01 673
Memorandum des DGB Berlin-Brandenburg für eine Tariftreuegesetz

Metall-Rente

Angebote liegen im Februar vor

Die ersten Altersvorsorgeprodukte des Versorgungswerks Metall-Rente liegen „in der zweiten Februarhälfte" vor. Das hat der Geschäftsführer der gemeinsamen Einrichtung von IG Metall und Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Heribert Karch, gegenüber *einblick* erklärt.

Metall-Rente bietet drei Durchführungswege der betrieblichen und überbetrieblichen Altersvorsorge an: die Pensionskasse, die Direktversicherung und den Pensionsfonds. Zudem gibt es jede dieser Formen in zwei Varianten: gefördert und ungefördert, sprich als Netto- oder Bruttoentgeltumwandlung. Bislang haben sich dem Versorgungswerk die Metall- und Elektroindustrie, die Holz- und Kunststoffindustrie sowie die westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie angeschlossen. Die Metall-Rente steht jedoch auch anderen Branchen – auch außerhalb des Organisationsbereichs der IG Metall – offen. •

Mehr Infos: 0 18 02 / 22 29 94

BGAG-Stiftung

Jugendprojekte als Schwerpunkt

Die 1996 in Frankfurt/M. gegründete „Walter-Hesselbach-Stiftung" hat ihren Namen geändert und ihren Stiftungszweck ausgeweitet. Künftig firmiert die Stiftung unter „BGAG-Stiftung Walter Hesselbach" und fördert jetzt auch Maßnahmen, die der Jugend, Bildung und Völkerverständigung sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zugute kommen. Möglich wurde die Erweiterung durch eine Zustiftung der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften von 5 Millionen Euro.

Insbesondere soll neben der Fortführung der bisherigen Maßnahmen – vor allem der Förderung wissenschaftlicher Projekte in Israel – das Engagement junger Menschen unterstützt werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Stiftung wird auf der Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern liegen. Für Aktivitäten, die den Stiftungszielen entsprechen, können sowohl Einzelpersonen als auch Gruppen, KünstlerInnen wie WissenschaftlerInnen, Organisationen oder Unternehmen finanzielle Zuwendungen erhalten. •

BGAG-Stiftung Walter Hesselbach, Oliver Richter, Savignystraße 43, 60325 Frankfurt/M. oliver.richter@bgag.de

wiewardiewoche?



Ulrich Dalibor, 48, Leiter der ver.di-Fachgruppe Einzelhandel, ist den Zeitdieben auf der Spur. Mit der Ende Januar gestarteten Kampagne „Stopp die Zeitdiebe!" will die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Beschäftigten im Einzelhandel für die tatsächlichen Arbeitszeiten in ihrer Branche sensibilisieren, um gemeinsam bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

„Wir sind die Unmodernen." Wenn Ulrich Dalibor von Journalisten gefragt wird, was er denn gegen die „längst überfällige Verlängerung der Ladenöffnungszeiten" habe, kommt er gleich zur Sache. Verlängerte Öffnungszeiten sind für ihn „kein Serviceinstrument", sondern ein „Instrument des Verdrängungswettbewerbs" in einem ohnehin unerbittlichen Markt. Die Beschäftigten im Einzelhandel seien bereit, auch zu anderen Zeiten zu arbeiten, wenn das notwendig ist. Aber darum gehe es bei der zurzeit wieder hochkochenden Ladenschlussdebatte gar nicht. Genauso wenig, wie es um die Wünsche der Kunden gehe. Wenn es trotzdem für Journalisten „unmodern" sei, gegen einen ruinösen Wettbewerb auf Kosten der Beschäftigten anzugehen, sei er eben „gerne unmodern".

„VerkäuferInnen", betont Dalibor, „sind hoch motiviert, sie haben eine sehr hohe Identifikation mit ihrem Beruf" – doch der hat sich in den vergangenen Jahren tief greifend gewandelt: „Im Einzelhandel gibt es fast keine gemeinsamen Pausenzeiten mehr, keine Möglichkeit mehr zum Austausch mit den KollegInnen über die Arbeit." Es gibt nicht nur einen wachsenden Trend zu „Jahresarbeitszeiten", mit denen die großen Handelsketten den Arbeitskräftebedarf kontinuierlich an die saisonal schwankende Nachfrage anpassen, sondern auch einen Teilzeitanteil von bereits über 50 Prozent. Und es gibt einen Frauenanteil von 75 Prozent: Frauen, die nicht nur durch ständig wechselnde Arbeitszeiten, sondern oft auch durch Familienarbeit belastet sind.

Genau hier setzt die ver.di-Kampagne an: Statt fertige Rezepte zu präsentieren, wollen die GewerkschafterInnen erst einmal zuhören. „Wir sind ganz Ohr", betont Dalibor. „Die Menschen sollen selbst ihre Situation einschätzen lernen. Sie sollen ein Gespür dafür entwickeln, was für sie neben ihrer Arbeit und ihren anderen Verpflichtungen, von der Familienarbeit bis zur Fahrtzeit, noch an eigener Zeit übrig bleibt." Um dieses Ziel zu erreichen, steht den GewerkschaftssekretärInnen vor Ort und den Betriebsräten eine Fülle unterschiedlichster Kampagnenmaterialien zur Verfügung: vom Motivationsplakat bis zum Wochenplan, in den jede VerkäuferIn ihre eigenen Arbeitszeiten selbst eintragen kann.

Drei Monate lang wollen die Kampagnenmacher eine Diskussion anstoßen. Im Mai, wenn die ersten Ergebnisse der Diskussionen vorliegen, wollen sie Bilanz ziehen und Schlussfolgerungen aus den Kampagnenergebnissen für die Tarifpolitik formulieren und gegebenenfalls politische Forderungen an den Gesetzgeber ableiten.

geplant... beschlossen

Ab März wird der DGB-Bundesvorstand erstmals mit verkleinerter Teilnehmerzahl tagen. Neben den fünf Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstands (GBV) sowie den Vorsitzenden der acht DGB-Gewerkschaften gehören dem Gremium künftig nur noch die neun Bezirksvorsitzenden des DGB mit beratender Stimme an. Bislang galt dies für die zwölf Landesbezirksvorsitzenden.

Auch der Kreis der sonstigen Teilnehmer wird verkleinert. Zu ihm gehören künftig nur noch die fünf Vorstandssekretäre, der Büroleiter Vorsitzender sowie die Abteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit und Grundsatz.

Um trotz der Verkleinerung des Gremiums den Informationsaustausch mit den Bezirks- und den Landesvorsitzenden (LV) zu stärken, gibt es künftig vor jeder Bundesvorstandssitzung eine GBV/LV-Sitzung, an der neben den GBV-Mitgliedern und den neun Bezirksvorsitzenden auch die drei Landesvorsitzenden teilnehmen, die nicht Bezirksvorsitzende sind.

Diese Straffung der Gremien hatte der DGB-Bundesvorstand bereits im vergangenen Jahr im Rahmen der Organisationsreform beschlossen.

Wirtschaftsstandort Berlin

Gewerkschaften kontra Senat

Kaum mehr als zehn Jahre nach der Wiedervereinigung steht die noch junge Bundeshauptstadt vor einem finanziellen Desaster. Ein Schuldenberg, der gefährlich nahe an die Hundertmilliardengrenze rückt, zwingt zur Haushaltssanierung. Wie DGB und Gewerkschaften befürchten, in zu hohem Maße auf dem Rücken der Beschäftigten.

Die Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS lag kaum auf dem Tisch, da warnte der DGB-Landesbezirk: „Die vorherrschenden Politikkonzepte ignorieren eine offensive Wachstums- und Beschäftigungspolitik und verhindern nachhaltiges Wachstum. Stattdessen wird einer Senkung der Staatsquote, Privatisierung, Deregulierung und einer Konsolidierung öffentlicher Haushalte bei gleichzeitiger Steuersenkung und Lohndisziplin das Wort geredet." Der DGB fürchtet massive Umverteilung von unten nach oben, soziale Destabilisierung und Verstärkung der Massenarbeitslosigkeit.

Nicht ohne Grund: Seit 1992 sind 52 000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst der Bundeshauptstadt abgebaut worden, nun droht der Wegfall weiterer zigtausender Arbeitsplätze. Mit unübersehbaren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die gesamte Region: So sind die Chancen für junge Leute auf einen Ausbildungsplatz im öffentlichen Dienst schon heute nicht rosig, zukünftig, so ist zu befürchten, wird es noch schlechter werden.

Die Einschnitte sind aber nicht nur ein Problem für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, auch die BürgerInnen sind betroffen. Kaum eine Stadt im Bundesgebiet, in deren Rathäusern ähnliche Menschenschlangen auf ihre amtlichen Dokumente warten. Schon heute sind viele Schulen näher am Verfall als an einem intakten Zustand. Nun sollen die dringend notwendigen Arbeiten weiter aufgeschoben werden, Kindertagesstätten will die rot-rote Koalition privatisieren, Hallen- und Freibäder schließen, landeseigenes Vermögen im großen Stil privatisieren. Neoliberale Politikkonzepte, die, da sind sich die Arbeitnehmerorganisationen im Land einig, einzig der Entstaatlichung und der Privatisierung im großen Umfang dienen.

„Keine Konzeption" sieht Bernd Rissmann, stellvertretender Vorsitzender des DGB-Landesbezirks und Verhandlungsführer bei den Gesprächen mit dem Senat, denn auch auf der anderen Seite. Den Gewerkschaften sei lediglich mitgeteilt worden, dass man kurzfristig mit dem Abbau von 15 000 Arbeitsplätzen beginnen wolle, 20 Prozent seien im Bereich der Hauptverwaltung einzusparen: mit einer Arbeitszeitverlängerung, die Westberlins Beamten wieder die 40 Stunden abfordert. Eigentlich sollten, so wollte es der zwischen Senat und Gewerkschaften vereinbarte Beschäftigungssicherungstarifvertrag, zu Beginn des Jahres in Ost und West gleiche Konditionen herrschen. Zu Westbedingungen.

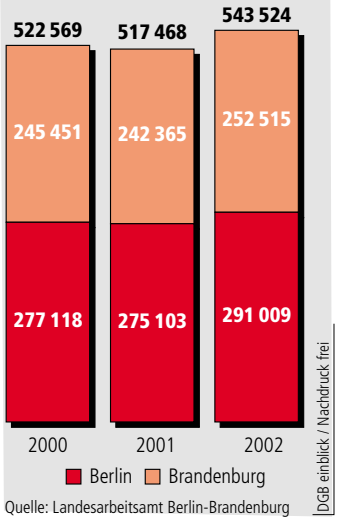
Susanne Stumpenhusen, die Leiterin des ver.di-Landesbezirks, hält die Pläne von SPD und PDS, die Personalkosten im öffentlichen Dienst Berlins in fünf Jahren um 2 Milliarden Mark zu senken, für völlig unrealistisch. Sie droht mit Widerstand: Einschnitte in den Flächentarif, Lohnkürzungen oder Eingriffe in vereinbarte Arbeitszeitregelungen ohne Zustimmung der Betroffenen und ihrer Gewerkschaften werde man „nicht kampflos hinnehmen", angesichts der drohenden Privatisierung der Kindertagesstätten verwies sie auf den wochenlangen Kita-Streik 1989.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) befürchtet zwischenzeitlich „starke wirtschaftliche Verwerfungen und negative Effekte" angesichts der Schuldenlast. So gäbe Berlin jährlich 2,2 Milliarden Mark für Hochschulen aus, die wiederum Investitionen von rund 7 Milliarden Mark in der Stadt auslösten. Wenn da der Rotstift radikal angesetzt wird, dann, so DIW-Haushaltsexperte Dieter Vesper, läuft die Stadt Gefahr, „den Ast abzusägen, auf dem sie sitzt."

DGB und Gewerkschaften fordern nun zum wiederholten Mal, dass die neue Landesregierung ihre Hausaufgaben macht. Bernd Rissmann: „Die beteiligten Senatoren sollen jetzt erstmal ihre Zahlen untereinander abgleichen, dann muss ein Zeitplan für alles Weitere her. Wie der Senat angesichts dieser Situation im März seinen Haushaltsplan vorlegen will, ist mir schleierhaft." •

Rekordverdächtig

Arbeitslose im Bereich des Landesarbeitsamtes Berlin/Brandenburg im Januar



Quelle: Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg

Für einen Minusrekord seit der Wende hat die Konjunkturflaute schon im vergangenen Monat gesorgt. Die Arbeitslosenquote stieg von 18,3 auf 19,1 Prozent. Die Gewerkschaften fürchten einen rasanten Anstieg.

Berliner Horrorliste

Für das laufende Haushaltsjahr rechnet Berlin mit mindestens 3 Milliarden Euro Neuverschuldung. Allein die in den vergangenen Jahren aufgelaufenen Zinszahlungen belaufen sich auf rund 20 Milliarden Euro.

Der Schuldenberg der Bundeshauptstadt ist im vergangenen Jahrzehnt von knapp 16 auf heute über 75 Milliarden Mark gewachsen:

1991	15,8 Milliarden Mark
1992	20,6 Milliarden Mark
1993	26,7 Milliarden Mark
1994	31,7 Milliarden Mark
1995	42,1 Milliarden Mark
1996	48,7 Milliarden Mark
1997	53,0 Milliarden Mark
1998	57,5 Milliarden Mark
1999	61,6 Milliarden Mark
2000	65,4 Milliarden Mark
2001	74,9 Milliarden Mark

Der Senat plant massive Eingriffe:

- ***1 Milliarde Euro will er im öffentlichen Dienst einsparen – beim Personal***
- ***Privatisierung von Kindertagesstätten***
- ***Schließung von Bäderbetrieben***
- ***Fusion der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) mit der S-Bahn bzw. Privatisierung der BVG***
- ***Privatisierung von 400 Landesbeteiligungen***
- ***Streichung von 1000 Stellen in der Polizeiverwaltung***
- ***Auflösung der Berliner Reiterstaffel***
- ***Verkauf von landeseigenen Wohnungen***
- ***Veräußerung von Landesvermögen***
- ***Ungeachtet aller PISA-Studien weitere Einsparungen im Bildungsbereich.***

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Bundesvorstand

Kurzer Prozess

Schnelle und einfache Gerichtsverfahren sollen sie bringen, die seit Jahresbeginn gültigen Novellen verschiedener Gerichtsordnungen. Was sich dadurch an der Arbeit der Prozessvertreter und der ehrenamtlichen Richter der Gewerkschaften ändert, hat der DGB-Bundesvorstand in zwei Heften der Reihe „Informationen zum Arbeitsrecht" zusammengefasst. Die Titel: „Änderungen des Sozialgerichtsgesetzes und der Verwaltungsgerichtsordnung" sowie „Änderungen der Zivilprozessordnung und des Arbeitsgerichtsgesetzes". Die Hefte kosten jeweils 1,50 Euro plus Porto und Mehrwertsteuer. •

toennes satz & druck
Fax 0211 / 920 08 38

DGB-Bildungswerk

Seminare zum Umweltschutz

Zwei Seminare des DGB-Bildungswerks machen Betriebs- und Personalräte fit für den Umweltschutz. Eine Einführung gibt „Wenn der Gutachter kommt: Grundlagen für Umweltmanagement" (17. bis 20. März, Hattingen, 845 Euro). Wie sich Sicherheit und Ökologie vereinen lassen, zeigt „Aus zwei mach eins: Integration von Arbeits- und Umweltschutz im Betrieb" (10. bis 13. März, Hamburg, 860 Euro). Ohne Kost und Logis kosten die Seminare jeweils 590 Euro. •

DGB-Bildungswerk
Projekt AQU
Fax 0211 / 43 01 500

Nord-Süd-Netz

Position zur Globalisierung

Welche Position sollen die Gewerkschaften in der Globalisierungsdebatte vertreten? Das diskutieren die TeilnehmerInnen des Seminars „Dafür, aber nicht dabei?! – Gewerkschaften und globale Protestbewegungen". Der internationale Workshop vom 8. bis 10 März im österreichischen Linz wird mitveranstaltet vom Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks. Die Teilnahme ist kostenlos. •

Nord-Süd-Netz
Tel. 0211 / 43 01 258
Fax 0211 / 43 01 500

IMK Lage-Hörste

Kreativ am Computer

Internetseiten bauen, Fotos bearbeiten, Plakate entwerfen – wer kreativ mit dem PC arbeitet, für den ist dauerhaftes Lernen Pflicht. Kenntnisse wichtiger Anwendungen vermittelt das Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK) der Gewerkschaft ver.di in Lage-Hörste. Los geht's mit einem Seminar zur „Grafischen Gestaltung für das World Wide Web mit Dreamweaver und Fireworks" vom 8. bis 12. April. ver.di-Mitglieder zahlen 800 Euro (Nichtmitglieder 900 Euro). •

Tel. 0 52 32 / 98 34 64

Technologieberatung

Neue ISO 9000

Unternehmen, die den Standard ihres betrieblichen Qualitätsmanagements nachweisen wollen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, müssen nach ISO 9000 zertifiziert sein. Zu den Vergabekriterien des Siegels gehört seit Ende 2000 auch die Verpflichtung der Betriebe zu einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess in der Betriebsorganisation und zu mehr Kundenorientierung. Worauf es sonst noch ankommt, und wie Betriebs- und Personalräte sich am Zertifizierungsprozess ihres Unternehmens beteiligen können, zeigt die Broschüre „Die neue ISO 9000, das EFQM-Modell und andere Qualitätsmanagementsysteme", den die Technologieberatungsstelle (TBS) in NRW herausgegeben hat. Kosten: 4 Euro. •

TBS NRW, Lothringer Str. 62
46045 Oberhausen
Fax: 0208 / 820 76 41

Ruhrfestspiele

Don Juan muss leiden

Rund um das Thema „Sehnsucht" dreht sich das 12. Europäische Festival der Ruhrfestspiele Recklinghausen. Darsteller und Tänzer aus 13 Ländern stehen vom 1. Mai bis zum 16. Juni im Rampenlicht. Im Zentrum der 27 Produktionen stehen immer wieder Liebe und Eros: „Romeo und Julia" schmachten zur Ballettmusik von Sergej Prokofjew, die Tänzer von „Copes Tango Copes" lassen es lateinamerikanisch knistern und in Ödön von Horváths „Don Juan kommt aus dem Krieg" muss zur Abwechslung mal der Frauenheld gehörig leiden. Karten gibt es über viele Betriebs- und Personalräte, in Reisebüros über das Ticketsystem START und direkt bei den Ruhrfestspielen. •



Martinistraße 28
45657 Recklinghausen
Tel. 0 23 61 / 92 18 0
Fax 0 23 61 / 92 18 18
www.ruhrfestspiele.de

Bildungswerk NRW

Studienreise nach Schweden

Der Wandel des schwedischen Sozialstaats steht im Mittelpunkt der Studienfahrt „Volksheim ade? Das neue Schweden". Während der Veranstaltung vom 16. bis 23. Juni in Göteborg diskutieren die TeilnehmerInnen außerdem mit deutschsprachigen Volvo-Betriebsräten über Gewerkschaftsarbeit und erfahren Details zur Einwanderungspolitik des Landes. Das Seminar des DGB-Bildungswerks NRW kostet inklusive Anreise und Halbpension 470 Euro. •

DGB-Bildungswerk NRW
Fax 0211 / 36 83 161

interregio

••• Die ***DGB-Jugend NRW*** bietet für Jugendliche mit Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen einen ***Bewerbungs-Check*** an: Die Unterlagen werden auf allgemeinen Eindruck und Vollständigkeit sowie auf Grammatik und Sprachstil geprüft. Der Clou: Wenn die Unterlagen per E-Mail an jobpoint@dgb.de geschickt werden, garantiert die DGB-Jugend eine Antwort innerhalb von einer Woche. Die Möglichkeit zum Bewerbungs-Check gibt es auch per Fax unter 0211 / 36 83 159 oder auf dem Postweg: DGB-Jugend NRW, Stichwort: Bewerbungs-Check, Postfach 10 19 55, 40010 Düsseldorf.

••• Die ***IG Metall Bayern*** hat gegen die „Abriegelung" des Münchener Gewerkschaftshauses durch die Polizei während der „Münchener Sicherheitskonferenz" am 2. Februar ***protestiert:*** Anlass der Polizeiaktion war eine Diskussion im Gewerkschaftshaus über die Folgen der Globalisierung, die zeitgleich zur Sicherheitskonferenz stattfand. Begründet wurde die Abriegelung von der Polizei damit, dass „aus der Veranstaltung heraus Vorbereitungen für mögliche Straftaten getroffen werden" könnten.

Interview mit DGB-Arbeitsrechtsexpertin Helga Nielebock

Verbandsklage bei Tarifbruch verankern

Sieben Monate vor dem Wahltermin ist der Bundestagswahlkampf bereits voll im Gange. DGB-Expertin Helga Nielebock erklärt im einblick-Interview, was die Gewerkschaften in Sachen Arbeitsrecht von der jetzigen und der künftigen Bundesregierung erwarten.

■ Wie sieht die DGB-Bilanz von Rot-Grün aus, was die Arbeitnehmerrechte betrifft?

■ *Die Bilanz kann sich sehen lassen. Positiv war zum Beispiel, dass Rot-Grün gleich nach der Wahl die Verschlechterungen im Kündigungsschutz, bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall sowie bei der Anrechnung von Abfindungen auf das Arbeitslosengeld zurück genommen hat.*

■ Welche Reformen sind den Gewerkschaften besonders wichtig?

■ *Da könnte ich einiges aufzählen – das Job Aqtiv Gesetz, die Verbesserungen im Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Teilzeitgesetz, die Fortschritte in Sachen Altersteilzeit, die verbesserten Rechte für Erziehende und Schwerbehinderte, die Verfahrensbeschleunigung bei Arbeitsgerichtsprozessen und sofort. Ein dickes Pfund ist natürlich die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetz. Schon jetzt zeigt sich, dass das vereinfachte Wahlverfahren für kleinere Betriebe gut angenommen wird – auch von Arbeitgebern. Sie stimmen in der Praxis dem vereinfachten Verfahren in Betrieben mit 50 bis 100 Beschäftigten zu. Die Arbeitsmöglichkeiten der Betriebsräte wurden verbessert, einige Mitbestimmungsrechte erweitert. Zum Beispiel besitzen Betriebsräte jetzt ein Initiativrecht bei Qualifizierungsmaßnahmen.*

■ Reicht euch das?

■ *Nein, wir hätten uns schon mehr gewünscht. So sind die Mitbestimmungsrechte bei befristeten Beschäftigungen unzureichend. Die Bundesregierung hat nur ein schmales Mitbestimmungsrecht eingeräumt, mit dem Brücken zur Dauerbeschäftigung für bereits befristet Beschäftigte geschaffen werden können. Wir hätten uns ein generelles Mitbestimmungsrecht zur Befristung gewünscht, damit Betriebsräte stärker auf die Personalentwicklung einwirken können. Dennoch: Die Rückmeldungen aus den Betrieben sind positiv, die Betriebsräte nutzen das neue Recht, um befristet Beschäftigten eine Perspektive zu bieten.*

■ Deine Bilanz klingt gut. Gibt es kein Haar in der Suppe?

■ *Doch. So konnte sich der DGB zum Beispiel mit seinen Vorstellungen zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit und Befristung nicht durchsetzen. Bei Befristung sind nur Kettenarbeitsverträge eingeschränkt worden. Dennoch: Insgesamt hat die Politik der rot-grünen Koalition den bestehenden Reformstau aufgelöst.*

■ Wo besteht noch dringender Handlungsbedarf?

■ *Aus unserer Sicht fehlen zum Beispiel noch Korrekturen bei den arbeitsrechtlichen Einschnitten im Insolvenzfall. Auch müssen Arbeitszeitkonten bei Firmenpleiten abgesichert werden. Rot-Grün hatte außerdem in der Koalitionsvereinbarung versprochen, die Änderungen im alten § 116 AFG, jetzt § 146 SGB III zurückzunehmen. Der schränkt bekanntermaßen die Zahlung von Kurzarbeitergeld bei Flächenstreiks ein. Wir setzen darauf, dass die Koalition ihr Versprechen hält. Eine entscheidende Lücke sehen wir vor allem bei der gesetzlichen Verankerung der Verbandsklage bei Tarifbrüchen. Auch dieses Gesetzesvorhaben war in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen.*

■ Werden die Chancen, das durchzusetzen, nicht immer schlechter? Die Arbeitgeberverbände fordern derzeit eher Einschränkungen der Tarifautonomie.

■ *Das ist richtig. Die Arbeitgeber wollen mit Gegenforderungen die Verbandsklage verhindern. Sie wollen die Tarifautonomie durch einzelvertragliche Erpressungsvereinbarungen mit Dumpinglöhnen und -arbeitsbedingungen unterhalb des Tarifvertrags aufweichen.*

■ Ginge mit solchen Regelungen nicht auch die Ordnungsfunktion des Tarifvertrags verloren?

■ *Ja. Deshalb ist diese Taktik auch aus Sicht der Arbeitgeber widersinnig. Tarifverträge sichern ja auch ihre Wettbewerbsfähigkeit. Bei jeder Öffnung nach unten wird die Dumping-Spirale in Gang gesetzt. Im Fall Holzmann haben sich deshalb auch die Bau-Arbeitgeber gegen den Holzmann-Sanierungstarifvertrag ausgesprochen.*

■ Aufgrund der katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt mehren sich die Stimmen aus dem Arbeitgeberlager, aber auch aus der Opposition, es müsste noch mehr dereguliert werden.

■ *Die Forderungen, den Kündigungsschutz einzuschränken, lassen nichts Gutes vermuten. Dabei ist es ein Ammenmärchen, dass durch den Abbau des Kündigungsschutzes mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine vergleichende OECD-Studie belegt, dass es keinen Zusammenhang zwischen einem guten Kündigungsschutz und hoher Arbeitslosigkeit gibt. Der Kündigungsschutz ist ein Herzstück unserer Grundordnung. Wer Angst hat, er könnte auf der Abschussliste stehen, macht seine Rechte nicht geltend. Im übrigen hängt die Motivation von Arbeitnehmern, Umstrukturierungen mit zu tragen, auch von ihrer Perspektive und der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes ab.*

■ Was heißt das konkret?

■ *Ein Beispiel: Die Informationstechnologien bringen den Arbeitnehmern unerwünschte Rationalisierungseffekte, sie bedeuten aber auch berufliche Entwicklungschancen. Hier ist es wichtig, dass das Vertrauen gestärkt wird und etwa der Arbeitnehmerdatenschutz klar gesetzlich geregelt wird. Das setzt Innovationen frei. Der Standort Deutschland wird im Wettbewerb nur bestehen können, wenn das Potenzial der Beschäftigten ausgeschöpft wird. Das gelingt nur, wenn diese sich sicher sein können, dass die neuen Arbeitsplätze Chancen bieten und ihre Rechte gewahrt werden.* •

Wahlkampfthema Arbeitnehmerrechte



Helga Nielebock, 42, ist Leiterin der Abteilung Arbeits-, Sozial- und Mitbestimmungsrecht beim DGB-Bundesvorstand.

Kaum hatte die Union ihren Kanzlerkandidaten gekürt, da verkündete Edmund Stoiber (CSU) schon, dass er im Falle seines Wahlsieges die Reform der 325-Euro-Jobs zurücknehmen wolle, auch das gerade novellierte Betriebsverfassungsgesetz solle überarbeitet werden.

Mit diesen Äußerungen habe sich Stoiber „nicht gerade als Freund der Gewerkschaften gezeigt", erklärte kurz darauf der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer ergänzte: „Wenn Stoiber das Rad der Geschichte zurückdrehen und die Rechte der Beschäftigten einschränken will, dann hat er sie gegen sich". Die Gewerkschaften erwarteten, so der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg, dass die Beschneidung von Arbeitnehmerrechten wie „die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Verschlechterung des Kündigungsschutzes, nicht mehr auf den Tisch kommen".

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 675
Langfassung des Interviews

kurz&bündig

ver.di

Das ver.di-Projekt „quid!" und die TÜV Informationstechnik GmbH haben einen Kooperationsvertrag zur Vergabe des Datenschutzsiegels „quid!" geschlossen. Das quid!-Zeichen wird an Produkte und Dienstleistungen verliehen, die personenbezogene Daten besonders schützen.

GdP

Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg hat wegen des geplanten Einsatzes deutscher Polizisten in Afghanistan eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Polizei gefordert. Die Situation sei auch deshalb angespannt, weil gleichzeitig fast 600 deutsche Polizisten in Bosnien und im Kosovo im Einsatz sind, sowie weitere 800 für die Task-Force der EU eingeplant werden.

ver.di

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske hat in der TV-Diskussionsrunde „Phoenix-Talk" die Wiedereinführung der Vermögenssteuer gefordert. Reichtum könne nicht unangetastet bleiben, wenn die öffentlichen Kassen leer sind.

IG Metall

Neben ver.di hat auch die IG Metall ein Kooperationsabkommen mit der amerikanischen IT-Gewerkschaft CWA geschlossen. Schwerpunkt des seit November vergangenen Jahres bestehenden Kooperationsvertrags ist die Koordination der Gewerkschaftsarbeit in internationalen Konzernen wie IBM, Microsoft, Siemens und Vodafone.

Personennahverkehr

TRANSNET sucht Kooperation mit ver.di

Die Gewerkschaft TRANSNET will in der Tarifpolitik für den öffentlichen Personennahverkehr mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di kooperieren. Die Zusammenarbeit beider Gewerkschaften soll verhindern, dass es im Zuge der Regionalisierung des Bahnverkehrs zu einem „Dumping-Wettbewerb" der Anbieter kommt. Als ersten Schritt will sich TRANSNET mit ver.di auf tarifvertragliche Mindeststandards verständigen. Auch die Bildung gemeinsamer Tarifkommissionen sei „perspektivisch denkbar", so TRANSNET-Pressesprecher Michael Klein.

Auch ver.di-Pressesprecher Harald Reutter hält eine Zusammenarbeit bei der Durchsetzung von Tarifstandards für „sinnvoll". Sie sei notwendig, um das Tariftreuegesetz im Verkehrssektor zu nutzen. Zugleich widerspricht Reutter der These von TRANSNET, dass beide Gewerkschaften „gleichermaßen für die Verkehrswirtschaft zuständig" seien. Der Verkehrssektor falle – mit Ausnahme der Deutschen Bahn – in die Zuständigkeit von ver.di. •

DGB-Reform

Neue Personalstruktur

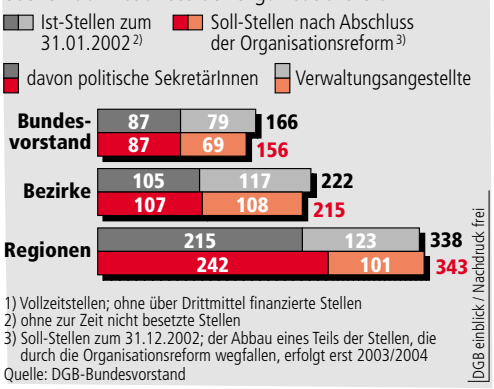
Mit der Wahl des Bezirksvorsitzenden von Baden-Württemberg am 23. Februar endet die zweite Stufe der Organisationsreform des DGB. Parallel zur organisatorischen Neustrukturierung – der Ausgliederung des Rechtsschutzes 1998, der Zusammenlegung der 139 DGB-Kreise zu 94 Regionen 2001 und der Umgestaltung der zwölf DGB-Landesbezirke zu neun Bezirken Anfang 2002 – hat der DGB in den vergangenen vier Jahren auch eine neue Personalstruktur erhalten. Gleichzeitig wurde die Zahl der Beschäftigten um fast 25 Prozent reduziert.

Während der DGB 1998 noch 1048 Stellen hatte, waren es Ende Januar 2002 nur noch 913 Mitarbeiterinnen. 730 davon sind Voll-, 183 Teilzeitbeschäftigte. Das entspricht umgerechnet 794 Vollzeitstellen. Davon werden 726 Stellen über den DGB-Haushalt finanziert, die übrigen 68 Stellen über Drittmittel, vor allem im Jugendbereich.

Auch nach Abschluss der Organisationsreform arbeitet fast jeder zweite DGB-Beschäftigte vor Ort: 343 der 714 DGB-Stellen sind für die Vorsitzenden, die OrganisationssekretärInnen und die Verwaltungsangestellten in den Regionen vorgesehen.

Jeder Zweite in der Region

DGB-Beschäftigte auf Bundes-, Bezirks- und Regionalebene nach Abschluss der Organisationsreform[1]



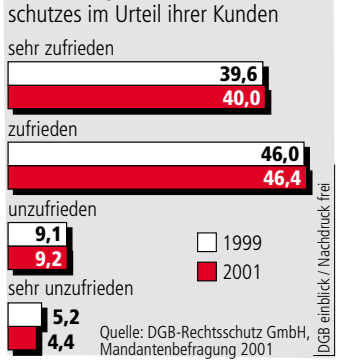
1) Vollzeitstellen; ohne über Drittmittel finanzierte Stellen
2) ohne zur Zeit nicht besetzte Stellen
3) Soll-Stellen zum 31.12.2002; der Abbau eines Teils der Stellen, die durch die Organisationsreform wegfallen, erfolgt erst 2003/2004
Quelle: DGB-Bundesvorstand

Trotz der Konzentration der Ressourcen arbeitet auch nach Abschluss der Organisationsreform fast jeder zweite DGB-Beschäftigte vor Ort in einer der 94 Regionen. Im Schnitt hat jede DGB-Region 3,5 Stellen: Neben dem/der Regionsvorsitzenden sind das jeweils eine OrganisationssekretärIn und eine Verwaltungsmitarbeiterln. Hinzu kommt eine halbe Organisationssekretärsstelle für die Binnenstruktur der Regionen, über deren Verteilung unter den Regionen die Bezirke entscheiden.

In den neun Bezirken, der mittleren DGB-Ebene, schwankt die Personalstärke zwischen 16,75 und 30 Stellen: Sachsen hat als kleinster Bezirk 8,5 Stellen für politische SekretärInnen sowie 8,25 Verwaltungsstellen. Niedersachsen/Bremen – Sachsen-Anhalt hat als flächenmäßig größter Bezirk 16 Stellen für politische SekretärInnen und 14 für Verwaltungsangestellte. •

Überwiegend positiv

Die Leistungen des DGB-Rechtsschutzes im Urteil ihrer Kunden



Quelle: DGB-Rechtsschutz GmbH, Mandantenbefragung 2001

86 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder, die im vergangenen Jahr vom DGB in rechtlichen Auseinandersetzungen vertreten worden sind, bewerten die Leistung des Rechtsschutzes positiv („sehr zufrieden" bzw. „zufrieden"), 13,6 Prozent fühlen sich weniger gut vertreten („unzufrieden" bzw. „sehr unzufrieden"). Das hat die DGB-Rechtsschutz GmbH durch eine Kundenbefragung ermittelt. 1999 hatten in einer gleich lautenden Umfrage noch 14,3 Prozent Kritik am Rechtsschutz geäußert. Befragt nach Verbesserungsvorschlägen, haben 5,4 Prozent der Rechtsschutzkunden eine „schlechte und zum Teil unpersönliche Beratung" genannt. 4,9 Prozent bemängelten einen „fehlenden Kontakt zum Rechtsschutz" und „lange Wartezeiten".

Tarifrunde 2002

Lohnzurückhaltung nützt nichts

2002 wollen die Gewerkschaften erstmals wieder deutliche Lohn- und Gehaltssteigerungen durchsetzen. 6,5 Prozent fordert die IG Metall, 5,5 Prozent die IG BCE. Schaden deutliche Lohnsteigerungen dem Wirtschaftswachstum?, hat einblick Joachim Volz, Konjunkturforscher und Frankreich-Experte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), gefragt.



Joachim Volz, 57, ist wissenschaftlicher Referent des DIW in Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung und der Beschäftigungs- und Finanzpolitik in den EU-Ländern.

Deutschland weist im Vergleich eine ungünstige Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung auf. So nahm im Zeitraum 1997 bis 2001 in Frankreich bei einem Wirtschaftswachstum von 12,6 Prozent (Deutschland 7,7 Prozent) die Zahl der Erwerbstätigen mit knapp 8 Prozent doppelt so rasch zu wie in Deutschland; gleichzeitig konnte die Arbeitslosenquote um 4 Prozentpunkte, und damit doppelt so stark wie in Deutschland, gesenkt werden. Der Preisanstieg fiel dennoch in Deutschland mit 5,9 Prozent stärker aus als in Frankreich mit 4,8 Prozent. Ein Vergleich mit der Europäischen Währungsunion insgesamt zeigt, dass nicht die bessere Entwicklung in Frankreich, sondern **die deutsche Entwicklung eine Sonderstellung einnimmt.**

Nicht verantwortlich hierfür kann die Geldpolitik sein, da sie seit 1997 innerhalb der EU einheitlich ist. Die Finanzpolitik andererseits war in Frankreich etwas expansiver, jedoch kann dies nur einen Teil der Wachstumsdifferenz erklären. Welche Rolle hat nun die Lohnpolitik gespielt? Sowohl von der Arbeitgeberseite als **auch von der Regierung ist in Deutschland die Lohnzurückhaltungsthese propagiert worden.** Sie besagt, dass es bei einer – auf Grund von Lohnzurückhaltung – steigenden Gewinnquote zu einem entsprechenden Anstieg der Investitionsquote und des Arbeitsvolumens kommt. Lohnzurückhaltung wird dabei verstanden als eine nur teilweise Nutzung des Verteilungsspielraumes, der sich aus dem mittelfristigen Produktivitätszuwachs und dem von der Geldpolitik angestrebten Wert für den Anstieg des Verbraucherpreisindexes errechnet.

Obwohl die Lohnzurückhaltung in Deutschland wesentlich größer war als in Frankreich – dort wurde der Verteilungsspielraum weitgehend ausgeschöpft –, verläuft die Entwicklung von Gewinn-, Investitions- und Arbeitslosenquote ganz anders, als es nach der Lohnzurückhaltungsthese sein müsste: **Gewinne und Investitionen laufen keineswegs parallel.** In Frankreich stieg bei fallender Gewinnquote die Investitionsquote, und die Arbeitslosigkeit ging bei kräftig steigendem Arbeitsvolumen deutlich zurück. Entscheidend hierfür war, dass die Binnennachfrage in Frankreich wesentlich schneller als in Deutschland gestiegen ist. Die These, durch Lohnzurückhaltung könne man international so wettbewerbsfähig werden, dass der Mangel an Binnennachfrage durch eine relativ höhere Auslandsnachfrage kompensiert wird, wird **durch den Vergleich von Deutschland und Frankreich nicht gestützt.** Die Exportentwicklung war in beiden Ländern ähnlich. Zu den Wachstums- und Beschäftigungserfolgen in Frankreich hat eine Lohnpolitik beigetragen, die den Verteilungsspielraum stärker ausschöpfte und den privaten Konsum und die Investitionen kräftig anregte, ohne dass es zu einem stärkeren Preisanstieg kam. Unterstützt wurde die Entwicklung durch eine stärker antizyklisch ausgerichtete Finanzpolitik und Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (Beschäftigungsprämie, Arbeitszeitverkürzung).

Für die Tarifpolitik der Gewerkschaften können daraus bestimmte Schlussfolgerungen abgeleitet werden: Der **Verteilungsspielraum sollte aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ausgeschöpft werden.** Für die Berechnung des Spielraumes sind der von der Europäischen Zentralbank mit ihrer Geldpolitik tolerierte Anstieg des Verbraucherpreisindexes (rund 1,5 Prozent) zuzüglich des mittelfristigen Anstiegs der Produktivität (im Durchschnitt der neunziger Jahre ebenfalls 1,5 Prozent) anzusetzen, um konjunkturelle Überzeichnungen im Auf- und Unterzeichnungen im Abschwung zu vermeiden. Der sich so ergebende Lohnerhöhungsspielraum von rund 3 Prozent ist seit Mitte der neunziger Jahre bei weitem nicht mehr ausgeschöpft worden. Zwischen einzelnen Bereichen mit sehr unterschiedlicher Produktivitätsentwicklung sind Abweichungen zulässig, wobei im Durchschnitt der gesamtwirtschaftliche Verteilungsspielraum als Richtlinie dienen sollte. Im Übrigen kann eine Überschreitung des Verteilungsspielraumes im Prinzip ebenso unerwünschte Wirkungen hervorrufen wie eine unzureichende Nutzung. Dies bedeutet aber auch, dass unzureichende Lohnerhöhungen später kaum nachzuholen sind. •

Magere Bilanz

Um ganze 2,1 Prozent sind die Löhne und Gehälter im vergangenen Jahr in Deutschland gestiegen. 1,4 Prozent weniger, als der Verteilungsspielraum aus Wachstum der Arbeitsproduktivität (1 Prozent) und Preisanstieg (plus 2,5 Prozent) betragen hat. Selbst in den Branchen mit den absolut höchsten Tarifsteigerungen, im Versicherungs- und Kreditgewerbe (3,2 Prozent), im Handel (2,8 Prozent) und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (2,7 Prozent), blieben die Lohn- und Gehaltszuwächse unterhalb des Verteilungsspielraums von 3,5 Prozent.

Ursache der niedrigen Tariferhöhungen waren zum Teil die langen Laufzeiten der bestehenden Tarifverträge: Während die DGB-Gewerkschaften 2001 für rund 5,7 Millionen Beschäftigte neue Tarifverträge abgeschlossen haben, gab es für weitere 13,2 Millionen nichts zu verhandeln: Für sie traten die Erhöhungen in Kraft, die bereits 2000 oder früher vereinbart wurden.

Genutzt hat den Gewerkschaften die von Wirtschaft und Regierung im Bündnis für Arbeit eingeforderte Lohnzurückhaltung bislang wenig. Statt der in Aussicht gestellten zusätzlichen Arbeitsplätze ist die Arbeitslosigkeit sogar gestiegen: allein im vergangenen Monat von 3 964 000 Arbeitslosen im Dezember 2001 auf 4 290 000 im Januar 2002.

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

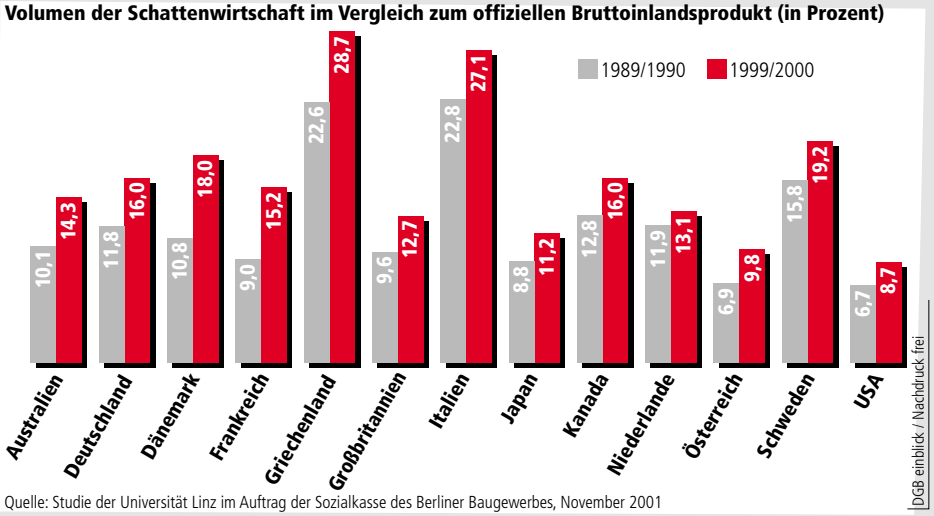
DIES & DAS

die DGB grafik

SCHATTENWIRTSCHAFT: Deutschland holt auf

Die Schattenwirtschaft breitet sich in Deutschland weiter aus. Nach einer Studie der Uni Linz wurden im vergangenen Jahr rund 336,4 Milliarden Euro an den Finanzämtern vorbei erwirtschaftet, acht Milliarden mehr als im Jahr zuvor. Dies entspricht 16 Prozent des offiziellen Bruttoinlandsproduktes. Im internationalen Vergleich befindet sich Deutschland mit seiner Schattenwirtschafts-Quote im Mittelfeld. Allerdings, so die Studie, sei Deutschland „eines der wenigen Länder, wo die Schattenwirtschaft noch wächst".

Volumen der Schattenwirtschaft im Vergleich zum offiziellen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)



Quelle: Studie der Universität Linz im Auftrag der Sozialkasse des Berliner Baugewerbes, November 2001

Tipp

***Buch:* Jörg Abel, Peter Ittermann (Hrsg.), Mitbestimmung an den Grenzen? Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Europa, Rainer Hampp Verlag, München und Mering 2001, 194 Seiten, 24,80 €**

Das System der deutschen Arbeitsbeziehungen steht unter einem enormen Anpassungsdruck. Globalisierung und Strukturwandel, neue Erwerbsformen und der neoliberale Paradigmenwechsel stellen die bisherige Form der deutschen Mitbestimmung in Frage. Das die Mitbestimmung dennoch weder ein „Auslaufmodell" ist, noch ein „Opfer der Globalisierung" werden muss, zeigen die Beiträge des von Jörg Abel und Peter Ittermann herausgegebenen Bandes.

Allerdings dürften sich deren Akteure nicht allein auf die durch das neue Betriebsverfassungsgesetz verbesserten Möglichkeiten zur Wahl von Betriebsräten in Kleinbetrieben verlassen. Erforderlich sei auch eine „Flexibilisierung der Institutionen der Mitbestimmung", eine Öffnung für neue Formen der „direkten Partizipation" und eine Ergänzung um „transnationale Lösungsmodelle".

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

14 TAGE

19.2. DGB Sachsen, Berufsbildungskonferenz, Dresden

19./20.2. ver.di-Zeitkonferenz „Im Griff der Zeit? Zeit im Griff!", Berlin

20./21.2. TRANSNET, Konferenz „Mitbestimmung als Herausforderung der Unternehmenskultur der europäischen Bahnen", Berlin

22.2. DGB-Bezirkskonferenz Bayern, Germering/München

22./23.2. DGB Niedersachsen/Bremen, Forum zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, Hustedt

23.2. DGB-Bezirkskonferenz Baden-Württemberg, Ludwigsburg

25.2. DGB Nord, „Projekte und Strategien gegen Rechtsextremismus und Gewalt", Lüneburg

AUSSCHREIBUNG DGB

des 17. Ordentlichen Bundeskongresses gemäß § 7 Ziff. 7 der Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Der **17. Ordentliche Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes** findet vom **27. – 31.05.02** im Internationalen Congress Centrum, ICC, Berlin statt.
Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. **Eröffnung**
2. **Konstituierung**
3. **Geschäftsbericht des Bundesvorstandes**
4. **Beratung der Anträge zur Satzung**
5. **Wahlen**
6. **Referat der/des Vorsitzenden**
7. **Beratung der Anträge**
8. **Schlussansprache**

Schlusspunkt

„Inwieweit trifft es zu, dass aufgrund der Pflegeversicherung immer mehr WuppertalerInnen in die Pflegeversicherung kommen, die besonders pflegebedürftig sind?"

Anfrage des Wuppertaler Stadtverordneten Arnold Norkowsky (CDU) vom 30. Januar an die dortige Stadtverwaltung

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 04.03.2002 4/02

DGB

Bundesanstalt für Arbeit

Reformpläne: DGB radikaler als Riester

Ein bisschen schneller und radikaler: Schon am Tag bevor Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) seinen Zweistufenplan zum Umbau der Bundesanstalt für Arbeit präsentierte, veröffentlichte der DGB seine – allerdings weitgehend unbeachtet gebliebenen – Reformvorstellungen. Und während das Ministerium nur die fehlerhafte Vermittlungsstatistik neu konzipieren will, fordert der DGB, „alle Statistiken zu überprüfen und extern zu zertifizieren".

Selbst Riesters Idee, der Nürnberger Behörde eine privatwirtschaftliche Führungsstruktur zu verpassen, war zu dem Zeitpunkt keine wirkliche Neuigkeit mehr. „Ich persönlich könnte mir vorstellen", sagte tags zuvor DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer der *Süddeutschen Zeitung*, „dass statt eines Präsidenten künftig drei Geschäftsführer die Bundesanstalt leiten."

Im Papier des Arbeitsministeriums ist zwar auch davon die Rede, die Aufgaben der Arbeitsämter auf vier Kernbereiche (Arbeits- und Ausbildungsvermittlung, aktive Arbeitsmarktpolitik und Auszahlung von Lohnersatzleistungen) zu konzentrieren. Bei der konkreten Ausgestaltung geht der DGB aber weiter als das Ministerium. Er will nicht nur überprüfen lassen, ob die Bundesanstalt von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wie der Kindergeldauszahlung und der Bekämpfung illegaler Beschäftigung entlastet werden kann. Er fordert zusätzlich zu prüfen, ob nicht die gesamte Datenverarbeitung ausgegliedert werden soll. Klar ist für den DGB bereits, dass die Vermittlung von Nichtleistungsempfängern und die Umsetzung des Mainzer Niedriglohnmodells an Dritte übertragen werden sollte.

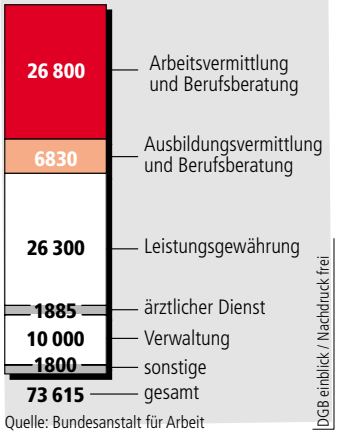
Übereinstimmend fordern DGB und Ministerium ein Beschwerdemanagement für Arbeitslose, Arbeitgeber und Beschäftigte. Einer Meinung sind beide Seiten auch hinsichtlich der 181 Arbeitsämter. Sie sollen personell und finanziell gestärkt, ihr Ermessensspielraum soll erweitert werden.

Zumindest keine krassen Differenzen gibt es in puncto „mehr Wettbewerb". Der DGB hat sich bereits für eine stärkere Kooperation mit privaten Arbeitsvermittlern ausgesprochen (*einblick* 3/02). Daraus dürfe nur „keine Lizenz zum Gelddrucken" werden, so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Eine Wartefrist, bis private Vermittler beauftragt werden können, müsse eingehalten werden. Gegen eine Verkürzung der im Job-Aqtiv-Gesetz verankerten Wartefrist von sechs Monaten hätte der DGB prinzipiell nichts einzuwenden.

Ob die Selbstverwaltung der Arbeitsvermittlung unter den Berliner Umbauplänen leiden wird, bleibt abzuwarten. Zwar heißt es in Riesters Papier, „die Verantwortung der Sozialpartner für den Arbeitsmarkt bleibt bestehen", doch die Berufung des neuen Chefs in Nürnberg, Florian Gerster, ohne Rücksprache mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden hält der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte für „bedenklich". •

Die meisten vermitteln

Planstellen der Bundesanstalt für Arbeit nach Aufgaben 2001



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Die relativ meisten Planstellen der Bundesanstalt für Arbeit dienen der Vermittlung in Arbeit und Ausbildung sowie der Berufsberatung.

plusminusBERLIN

+ ***Ilja Seifert,** behindertenpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion, will Zivildienststellen in einem „vernünftigen Übergangsprozess" in „tariflich entlohnte Arbeitsplätze" umwandeln. Die Schaffung dieser Stellen könne mit einer Milliarde Euro gefördert werden, die zurzeit an die Zivis gezahlt wird.*

– ***Der CDU-Vorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern Eckhardt Rehberg will nur noch älteren Erwerbslosen ABM-Stellen vermitteln. Jüngere sollen eine „zielorientierte Weiterbildung" erhalten. „Wir müssen Prioritäten setzen", so der „Ostberater" von Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU).***

inhalt

Seite 3

Arbeitslosigkeit Ost auf Rekordniveau

Mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen lebt in den neuen Bundesländern – Tendenz steigend

Seite 5

Auch der DGB ist gefordert

Gewerkschafterinnen fordern, dass der DGB die Chancengleichheit von Männern und Frauen in der privaten Wirtschaft 2003 zu einem Topthema macht

Seite 7

Diskussion mit gezinkten Karten

Ostdeutschland ist kein Beispiel für verfehlte Arbeitsmarktpolitik, meint Burkart Lutz vom Zentrum für Sozialforschung Halle

BETRIEBSRATSWAHLEN
„Ich arbeite gut. Besser mit Betriebsrat." Das Kampagnen-Info des DGB

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.br-pr-portal.verdi.de
Betriebsrätebefragung zur Nutzung des Internets

Im Faxabruf

0211 / 43 01 653
Tarifbericht 2001 des Bundesarbeitsministeriums

Malaysia

DGB unterstützt Menschenrechtler

Auf seiner jüngsten Asienreise hat sich der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte in Gesprächen mit der malaysischen Regierung nachdrücklich für den seit April 2001 inhaftierten Menschenrechtsaktivisten Chua Tian Chang eingesetzt. Tian Chang ist nach den Maßgaben des „Gesetzes zur Inneren Sicherheit" (ISA) verhaftet worden. Es gibt den malaysischen Behörden die Möglichkeit, Personen unbefristet ohne Prozess oder Anklage zu inhaftieren. Das Gesetz steht in eklatantem Widerspruch zu grundlegenden Menschenrechten. Schulte forderte die malaysische Regierung auf, Tian Chua freizulassen oder ihn vor einem Gericht anzuklagen. •

wiewardiewoche?



Gespräche mit Bundesarbeitsminister Walter Riester und ver.di-Chef Frank Bsirske, Konferenzen mit den Personalräten und den Direktoren der Arbeitsämter, Reisen zwischen Nürnberg und Berlin sowie Dutzende Interviews: Der Wirbel um die fehlerhaft gebuchten Arbeitsvermittlungen der Bundesanstalt für Arbeit lässt auch dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats, Eberhard Einsiedler, 48, keine ruhige Minute.

Die politischen Entscheidungen sind getroffen. Jetzt geht es darum, das Beste daraus zu machen. Von Florian Gerster, dem neuen Leiter der Bundesanstalt für Arbeit, erwarten wir eine konsequente Umsetzung des Reformprogramms „Arbeitsamt 2000". Da ist vieles schon längst auf einem guten Weg: In den 60 bereits neu organisierten Arbeitsämtern arbeiten schlagkräftige Teams für unsere fünf so genannten Kundengruppen Arbeitsmarkt, Ausbildungsmarkt, Behinderte, Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Kindergeld – damit nicht die Arbeitslosen wandern, sondern die Akten. Es gibt Zielvereinbarungen mit Nürnberg, ständiges Controlling und Benchmarking.
Dass der Prozess an manchen Stellen noch hakt, hängt nicht an den Beschäftigten, sondern an manchen Führungskräften, die den roten Faden in diesem Prozess noch nicht gefunden haben. Das wird Florian Gerster sehr schnell merken; ebenso, dass die motivierten Arbeitsamtbeschäftigten und die Personalvertretung für weitere konsensfähige Überlegungen stets zur Verfügung stehen.
Die Konkurrenz der privaten Arbeitsvermittler scheuen wir nicht. Weil wir besser sind. Vorausgesetzt, die Rahmenbedingungen stimmen. Unsere Arbeitsvermittler ersticken ja an Vorschriften, Ausführungsbestimmungen und Weisungen, die dringend entrümpelt werden müssen. Das war ja das Unerträgliche der letzten Tage: Wir setzen nur um, was die Politik uns eingebrockt hat – und gleichzeitig drischt sie auf uns ein. Mit der Folge, dass wir vor Ort beschimpft werden: „Na, stören wir beim Betrügen?" Die Betroffenen sind zu Recht wütend, in den Ämtern herrscht eine explosive Stimmung.
Dass Bernhard Jagoda als Sündenbock herhalten muss, ist verrückt. Er war der erste Präsident, der Reformen eingeleitet hat, die diesen Namen auch verdienen. Er war eine Integrationsfigur – eine sehr wichtige Funktion, die jetzt vom neuen Vorstand übernommen werden muss.

?...nachgefragt



Wochenlang haben sich die Ministerpräsidenten von Bayern und Nordrhein-Westfalen, Edmund Stoiber (CSU) und Wolfgang Clement (SPD), um die Verteilung der Bundesmittel für den Transrapid gestritten. Eine „Geisterdebatte", wie die Eisenbahnergewerkschaft TRANSNET meint. Der Transrapid bringe weder einen Vorteil für die Kunden, noch sei er finanzierbar. Ist der Transrapid noch zu verhindern? hat *einblick* den TRANSNET-Vorsitzenden Norbert Hansen, 49, gefragt.

Noch ist das Geld für den Transrapid gar nicht da. Der Bundeszuschuss soll erst nächstes Jahr in den Haushalt eingestellt werden, zudem soll die Hälfte der Transrapid-Kosten privat finanziert werden. Ob das gelingt, ist mehr als zweifelhaft. Es gibt bislang keine Zusagen für die restliche Finanzierung, immerhin noch einmal 2,5 Milliarden Euro. Von der Privatwirtschaft kommen nur Lippenbekenntnisse.
In dem „Un-Machbarkeitspapier", das TRANSNET zeitgleich mit der Entscheidung des Bundeskabinetts über die geplante Verteilung des Bundeszuschusses auf Bayern und NRW präsentiert hat, haben wir im Detail nachgewiesen, dass die Machbarkeitsstudien der Transrapid-Befürworter in vielen Punkten fehlerhaft sind. Wie will ich Autofahrer zum Umstieg auf den Metrorapid bewegen, wenn sich die reine Fahrzeit zwischen Dortmund und Düsseldorf gerade mal um 13 Minuten reduziert, es gleichzeitig im Metrorapid aber weder genügend Sitzplätze für alle gibt noch einen Parkplatz, um das Auto am Bahnhof abzustellen? Zudem wird die Fahrzeit für die meisten wegen der wenigen Haltepunkte länger, nicht kürzer. Was wir deshalb fordern, ist eine faire Debatte: Warum werden nicht diejenigen an der Entscheidung beteiligt, die etwas von Verkehr verstehen? Auch der Teil der Gewerkschaften, der eher die Chancen des Transrapid betont, muss unsere Argumente zur Kenntnis nehmen.

Im Faxabruf: 0211/43 01 668
„Un-Machbarkeitspapier Metro-/Transrapid" der Gewerkschaft TRANSNET

EU-Gipfel

EGB plant Demo

40 000 TeilnehmerInnen erwartet der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zu der Demonstration, die er für den Vortag des Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 15. bis 16. März in Barcelona/Spanien organisiert. Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Mehr Europa! Für Vollbeschäftigung und soziale Rechte". Der größte Teil der DemonstrantInnen kommt aus Spanien sowie den Nachbarländern Portugal, Frankreich und Italien. Die meisten Mitgliedsorganisationen des EGB – darunter auch der DGB – entsenden Delegationen. •

geplant... beschlossen

Innerhalb des DGB gelten künftig an Stelle der Landesbezirke die neu gegründeten Bezirke als Betrieb im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes. Weitere Betriebe sind die Bundesvorstandsverwaltung mit ihren Verbindungsstellen sowie – bis zu Ihrer Auflösung – die bisherige Bundesvorstandsverwaltung in Düsseldorf. Darauf haben sich der Geschäftsführende Bundesvorstand und der Gesamtbetriebsrat des DGB in einer Betriebsvereinbarung verständigt.

Neue Bundesländer

Arbeitslosigkeit steigt auf Rekordniveau

Die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Lage in den neuen Bundesländern ist fatal: Von Mecklenburg-Vorpommern im Norden bis nach Sachsen im Süden ist die Arbeitslosenquote auf neue Rekordhöhen gestiegen. Und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) fürchtet, dass die Zahl der Arbeitslosen auch im Osten weiter zunehmen wird.

Mit 1,3 Millionen registrierten Arbeitslosen allein in Ostdeutschland rechnet das IWH in diesem Jahr – und damit wird die Arbeitslosenquote erstmals seit der Wiedervereinigung im Jahresdurchschnitt über 18 Prozent liegen. Grund dafür sei die schwache Konjunktur. Letzten Berechnungen zufolge habe es 2001 in den neuen Ländern bereits Minuswachstum gegeben. Glaubt man den Prognosen aus Halle, soll die Zahl der Erwerbstätigen im Osten im laufenden Jahr um weitere rund 100 000 Personen abnehmen – zu Deutsch: Das IWH rechnet mit mindestens 100 000 weiteren Arbeitslosen in nächster Zukunft, ein großer Teil davon im Baugewerbe.

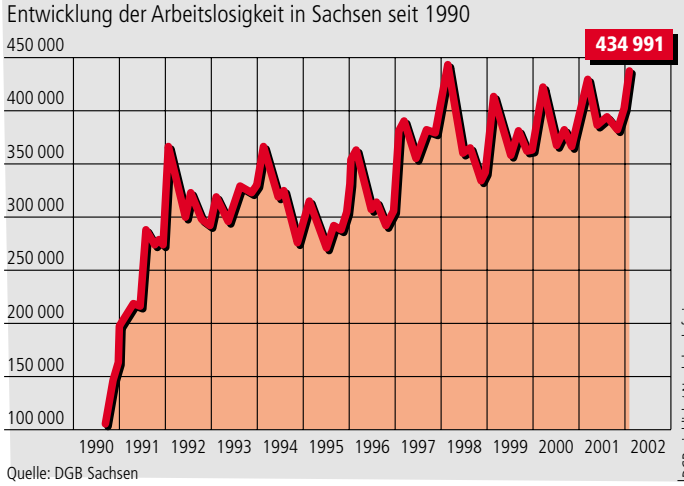
Nirgends kommt die wirtschaftliche Entwicklung voran, von einem Aufholprozess kann kaum noch die Rede sein. 35 Prozent aller Arbeitslosen im Bundesgebiet kommen aus den östlichen Bundesländern. Und zu den Rekordmarken der Arbeitslosenstatistik gesellt sich der nach wie vor große Produktivitätsrückstand. Eine Angleichung der Lebensverhältnisse liegt in weiter Ferne.

Und dennoch: „Das Glas ist halbvoll!", betonte Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), unlängst bei der Präsentation des Positionspapieres „Zur zukünftigen Förderung des Aufbaus in den neuen Bundesländern". Verschiedene Regionen wie etwa Leipzig, Dresden und Jena seien auf gutem Wege. Insgesamt allerdings findet Rogowski, sei die Lage problematisch. Aus Sicht des BDI sei zunächst die Verbesserung der Rahmenbedingungen erforderlich. Und en detail füllte Rogowski den Wunschzettel für künftige Wahlkämpfe:

- mittelfristiger Abbau steuerlicher Belastungen
- Flexibilisierung und Öffnung bestehender Tarifverträge
- Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes und
- die „Runderneuerung der Sozialsysteme".

Stetig ansteigend

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Sachsen seit 1990



Quelle: DGB Sachsen

In Anlehnung an den DAX macht der DGB Sachsen mit dem SAX, dem sächsischen Arbeitslosenindex, auf die typische Situation in den neuen Ländern aufmerksam. Wie der DAX in seinen besten Zeiten schwingt sich der SAX im ganzen Osten von einer Rekordmarke zur nächsten. In Sachsen hat sich seit der Wende die Zahl der Arbeitslosen vervierfacht.

Kein Zweifel – wer den Lenker des Industriellenverbandes seit seinem Amtsantritt beobachtet hat, weiß was von einer derartigen „Runderneuerung" zu erwarten ist. Und was die „Sozialsysteme" angeht, denen Rogowski nur zu gerne den Geldhahn zudrehen würde – dieses Geld ist in seinen Augen schlicht für anderes notwendig: Der sonst so gerne gegen staatliche Einmischung und Alimentierung wetternde BDI-Präsident fordert, die Subventionierung der Industrie im Osten fortzusetzen.

Positiv setzt sich der BDI für eine Fortsetzung staatlicher Zuschüsse vor allem für die Verkehrsinfrastruktur in den neuen Ländern ein und lobt die Bundesregierung dafür, dass industrielle Forschung und Entwicklung zum bevorzugten Förderziel erklärt wurden. Investition und Innovation – darauf müsse sich künftig die Förderpolitik der Bundesregierung konzentrieren.

Die Arbeitsmarktsituation findet der BDI wohl auch unbefriedigend – aktive Arbeitsmarktpolitik allerdings wird zu Gunsten Gewinn bringender Investitionsförderungen abgelehnt. Und dann findet der BDI auch noch einen Vorteil in den östlichen Ländern, den er gerne erhalten wüsste: „Neben der Stärkung der Investitionen kommt es darauf an, die Standortvorteile, die die neuen Länder heute noch in Bezug auf Arbeitskosten und -zeit haben, unbedingt zu erhalten. Je besser dies gelingt, um so weniger Arbeitsmarktmaßnahmen sind erforderlich." •

Personalabbau

Im Vergleich zum Vorjahr entwickelte sich im vierten Quartal 2001 die Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. Für die neuen Länder von herausragender Bedeutung: Nach wie vor verringerte sich die Erwerbstätigkeit im Baugewerbe besonders stark (-177 000 Personen oder -6,4 %).

Aber auch ohne das Baugewerbe hat sich der seit dem dritten Quartal 2001 im Produzierenden Gewerbe wieder einsetzende Personalabbau im Vorjahresvergleich weiter beschleunigt (-66 000 Personen oder -0,8 %).

In der Land- und Forstwirtschaft waren 28 000 Personen (-2,9 %) weniger erwerbstätig als im vierten Quartal 2000. Dagegen nahm die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen zwar weiter zu, allerdings fielen die Beschäftigungsgewinne mit 193 000 Personen (+0,7 %) nur noch gut halb so hoch aus wie im ersten Quartal 2001 (+369 000 Personen oder +1,4 %).

Im Internet

www.destatis.de/indicators/d/vgr010ad.htm

www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrueb1.htm

Im Faxabruf

0211 / 43 01 682

Zur zukünftigen Förderung des Aufbaus in den neuen Bundesländern, Positionspapier des BDI

PROJEKTE UND PARTNER

Projekt int.unity

Gewerkschaften treffen sich im Netz

Mit dem Projekt int.unity wollen ver.di, die britische Gewerkschaft CWU (Communication Workers Union) und der Dachverband UNI Europa (Union Network International – Europa) neue Wege der internationalen Zusammenarbeit testen. int.unity steht für „building up an international trade union community in the net". Es geht dabei um den Aufbau einer Internetplattform, auf der die beteiligten Gewerkschaften in einem „virtuellen Arbeitsraum" zusammenkommen und mit Hilfe einer automatischen Sprachübersetzung kommunizieren.

Über drei Themen wollen sich die Gewerkschaften im Netz austauschen: Gewerkschaften und Internet, Gewerkschaften und neue Wirtschaft, Gewerkschaften und europäische Betriebsräte. Die Federführung hat jeweils eine der gewerkschaftlichen Partnerorganisationen. ver.di wird das Thema Gewerkschaften und neue Wirtschaft moderieren. Die öffentliche Projektplattform wird voraussichtlich ab März zugänglich sein unter *www.intunity.org* •

DGB-Bildungswerk

Gute Jobs für Migrantenkinder

Die Zahl ausländischer Azubis sinkt seit Jahren. Wenn sie eine Lehre machen, dann oft in Jobs mit miesen Arbeitsbedingungen und hohem Entlassungsrisiko. Was man dagegen tun kann, klärt die Tagung „Berufliche Qualifizierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund" am 21. und 22. März in Potsdam. Organisiert wird die kostenlose Veranstaltung vom DGB-Bildungswerk. •

DGB-Bildungswerk
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Arbeit und Leben

Unterschiede nutzen

Männer und Frauen lernen anders. Wie sich diese Unterschiede konstruktiv in Seminare und Workshops einbeziehen lassen, zeigt das Faltblatt „Empfehlungen zur geschlechtergerechten Bildungsarbeit". Die Tipps für die politische Jugendbildung gibt die Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben" von DGB und Volkshochschulen. Das Faltblatt ist in kleineren Stückzahlen kostenlos. •

Tel. 0211 / 43 01 150
Fax 0211 / 43 01 103
bildung@arbeitundleben.de

Infobrief „Frau geht vor"

Girls' Day

Statt der Mädchen müssten die Berufe verändert werden, sagt die Pädagogikprofessorin Doris Lemmermöhle in der neuen Ausgabe des DGB-Infobriefes *Frau geht vor.* Schwerpunkt



ist der Girls' Day 2002, der Mädchen-Zukunftstag am 25. April, zu dem die Bundesministerien für Bildung und Frauen, die Initiative D 21, die Arbeitgeberverbände und der DGB aufrufen. An diesem Tag sollen Unternehmen den Schülerinnen der fünften bis zehnten Klasse ihre Labors, Büros und Werkstätten öffnen. Das Ziel: Mädchen neugierig auf „Zukunftsberufe" machen, damit die „am besten ausgebildete Frauengeneration" (Edelgard Bulmahn) nicht im beruflichen Abseits landet.

Ein Jahresabo von *Frau geht vor* kostet 13 €, Einzelhefte gibt es für einen mit 0,77 € frankierten Rückumschlag (DIN C 4). •

DGB Abteilung Frauenpolitik,
Postfach 11 03 72, 10833 Berlin
Mehr Infos zum Girls' Day:
www.girls-day.de

Multimedia

Faktor Mensch

Unter dem Titel „Zwischen Technik und (Er-)Leben: der Faktor Mensch" lädt die Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften für die Region Hannover/Hildesheim am 12. März zu ihrem ersten „Science D@y" ein. Am Vorabend der CeBIT 2002 diskutieren VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Hochschule und Gewerkschaften darüber, welche Kompetenzen in der IT- und Multimedia-Welt gefordert sind. Prominentester Gast ist Bundesbildungsministerin Edelgrad Bulmahn (SPD). Die Veranstaltung beginnt um 12 Uhr im Kurt-Schwitters-Forum der Fachhochschule Hannover. •

Tel. 0511 / 76 21 97 85
ines.plewe@zew.uni.hannover.de

AWO-Akademie

Politik für Familien

Über Kindergeld und Erziehungszeiten, Stadtplanung und Ganztagsschulen diskutieren die TeilnehmerInnen der „Familienpolitischen Fachtagung" der Akademie der Arbeiterwohlfahrt in Remagen. Das Podium am 29. und 30. April ist bestens besetzt: Unter den TeilnehmerInnen sind Familienministerin Christine Bergmann (SPD), ihre NRW-Kollegin Birgit Fischer (SPD) und Katharina Spiess vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Anmeldeschluss für die kostenlose Tagung ist der 15. April. •

Tel. 0228 / 66 85 144
Fax 0228 / 66 85 211

Arbeitsschutz

Gesunde Büroarbeit

Die Arbeit der 17 Millionen Büroangestellten will die kostenlose Broschüre „Wohlbefinden im Büro" erleichtern. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin präsentiert darin praktische Hinweise zu Körperhaltung, Zimmergestaltung und Stressvermeidung. Checklisten zeigen Schwachstellen am eigenen Schreibtisch. •

Fax 0231 / 90 71 524
kaufmann.gisela@baua.bund.de

interregio

••• Die ***DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main*** will ihre ***Zusammenarbeit*** mit den Gewerkschaften in den europäischen Großstädten Mailand, Lyon und Barcelona ausbauen. Als Teil der Zusammenarbeit haben die Gewerkschaften der vier Städte Anfang Februar auf einer gewerkschaftlichen Metropolen-Konferenz in Barcelona eine Resolution zur Stärkung des öffentlichen Dienstes verabschiedet. Für dieses Jahr sind zwei weitere Metropolen-Konferenzen über „Neue Armut" und „Verkehr" in Mailand und Frankfurt/M. geplant. Mehr Infos: Rainer Hohner, Tel. 0 61 08 / 81 968

••• Der ***DGB Hamburg*** will am 1. Mai mit einer ***Motorradfahrt*** für mehr Arbeit und höhere Löhne demonstrieren. Erwartet werden zu dem bereits zum dritten Mal organisierten „Alster-Korso" rund 1000 TeilnehmerInnen. Organisiert wird die Zweiraddemo von einem gewerkschaftlichen „Motorradstammtisch" des DGB.
Mehr Infos: Andreas Fischer, andan@t-online.de

Chancengleichheit in der privaten Wirtschaft

Auch Gewerkschaften sind gefordert

Die Chancengleichheit von Männern und Frauen in der privaten Wirtschaft sollte 2003 ein politischer Schwerpunkt von DGB und Gewerkschaften werden. Das fordert der Bundesfrauenausschuss in einem Antrag an den DGB-Kongress, der im Mai in Berlin tagt.

Für Chancengleichheit zu sein, gehört in Politik und Wirtschaft zum guten Ton. Sicher ist: In den nächsten Monaten wird es im Wahlkampf noch viele Versprechungen dazu geben. Nach der Wahl sieht es dann oft anders aus: So ist vom Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft, einem der zentralen Projekte im rot-grünen Koalitionsprogramm „Frau und Beruf", nur eine unverbindliche Vereinbarung zwischen der Regierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft übrig geblieben (*einblick* 21/01). Darin sichern die Arbeitgeberverbände lediglich zu, ihren Mitgliedern „betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie der Familienfreundlichkeit zu empfehlen". Eine erste Bilanz der Vereinbarung soll 2003 gezogen werden. Fällt die Erfolgskontrolle negativ aus, „kommt das Gesetz", verspricht Bundesfrauenministerin Christine Bergmann (SPD).

Nachprüfbare Kriterien für die Umsetzung existieren aber bisher nicht. Die Gewerkschaften werden „genau beobachten, was in Sachen Gleichstellung in den Betrieben tatsächlich umgesetzt wird", so ver.di-Vize Margret Mönig-Raane.

Doch nicht nur Arbeitgeber und Gesetzgeber sind gefordert, auch Betriebsräte und Gewerkschaften. Nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) zählt zu den Aufgaben der Betriebsräte, die Durchsetzung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern (§ 80 BetrVG). Auch wurden ihre Möglichkeiten erweitert, Gleichstellung durchzusetzen. Mit dem Hinweis auf das geplante Gleichstellungsgesetz verzichtete Rot-Grün allerdings darauf, ein echtes Mitbestimmungsrecht bei der betrieblichen Gleichstellungspolitik zu verankern. Da das Gesetz gescheitert ist, „kommt es nun umso mehr auf die Betriebsräte an", so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer.

Auch auf die Gewerkschaften: Um alle Möglichkeiten des neuen BetrVG nutzen zu können, brauchen die Betriebsräte deren Beratung und Unterstützung. Zum Beispiel durch ein „Gleichstellungspolitisches Aktionsprogramm", wie es der DGB-Bundesfrauenausschuss in seinem Antrag vorschlägt. „Der DGB-Bundeskongress fordert den DGB-Bundesvorstand auf", heißt es darin, „im Jahr 2003 einen politischen Schwerpunkt auf Chancengleichheit für Frauen und Männer zu legen und dazu ein ‚Gleichstellungspolitisches Aktionsprogramm' zu beschließen."

Als „zentrale Handlungsfelder" schlägt der Bundesfrauenausschuss neben Bereichen wie Entgeltgleichheit, Berufsausbildung, Weiterbildung oder Arbeitszeitgestaltung auch innergewerkschaftliche Felder vor, wie den Rechtsschutz und die gewerkschaftliche Bildung.

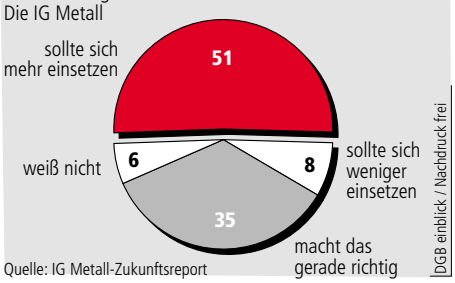
Mehr Druck der Gewerkschaften in Sachen Gleichstellung sei schon deshalb notwendig, so Anne Jenter, DGB-Abteilungsleiterin Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand, weil bisher „höchstens fünf Prozent aller Betriebe Gleichstellungsmaßnahmen" auf ihrer Agenda haben. Zudem könnten „der DGB und die Gewerkschaften mit dem Aktionsprogramm einen eigenen Beitrag zur Herstellung der Chancengleichheit in zentralen Handlungsfeldern leisten". NGG-Vorstandsmitglied Frauke Dittmann hofft, dass der DGB „seine bisherige Zurückhaltung in Sachen Chancengleichheitspolitik aufgibt und im Zusammenwirken mit den Mitgliedsgewerkschaften das Thema Gleichstellung im nächsten Jahr zu einem Topthema macht".

Bei der Formulierung des Aktionsprogrammes müssten DGB und Gewerkschaften nicht bei Null anfangen. Erste Vorstellungen dazu hat der Bundesfrauenausschuss im Oktober 2001 erarbeitet. Sie wurden auf der DGB-Bundesfrauenkonferenz im November weiterentwickelt. Anders als in manch anderem Aktionsprogramm des DGB schwebte den Gewerkschaftsfrauen dabei vor, sich nicht nur auf die Analyse und einen Forderungskatalog zu beschränken. Sie wollen die Maßnahmen derart konkretisieren, dass der Erfolg auch messbar wird. •

Mehr Einsatz für Gleichstellung

Umfrage der IG Metall unter Mitgliedern und Nichtmitgliedern im Organisationsbereich der IG Metall (in Prozent)

Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben: Die IG Metall



Quelle: IG Metall-Zukunftsreport

Erwartet wird von den Gewerkschaften, sich für die Gleichstellung in der Arbeitswelt einzusetzen. Das zeigen die Befragungen im Rahmen der IG Metall-Zukunftsdebatte. Bei den Themen, bei denen mehr Einsatz erwünscht ist, rangiert die Gleichstellung zwar nur im Mittelfeld, aber immerhin erwarten das 51 Prozent.

„ChancenGleich! … und alles ist anders!"

Das ist das Motto der Gewerkschaften für den 8. März 2002, dem Internationalen Frauentag. Die Gewerkschaftsfrauen fordern, „Chancengleichheit nicht auf die lange Bank zu schieben". In allen Politikfeldern seien kreative Maßnahmen erforderlich. Weiter heißt es im Aufruf: Noch immer

- ***begünstigen die Sozialversicherungs- und Steuersysteme das männliche Ernährermodell***
- ***fehlen Ganztagseinrichtungen für Kinder und Jugendliche***
- ***bietet die Arbeitszeit Eltern nicht den Spielraum, den sie brauchen***
- ***existieren große Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen für gleichwertige Arbeit***
- ***stoßen Frauen an gläserne Decken, wenn sie sich im Beruf weiterentwickeln wollen***
- ***ist der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit hoch***

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 680
Chancengleichheit in der Privatwirtschaft
- *Antrag des DGB-Bundesfrauenausschusses für ein Aktionsprogramm des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften*
- *Beratungsergebnisse der Bundesfrauenkonferenz*

kurz&bündig

Der DGB fordert die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf, Einspruch gegen die im Versorgungsänderungsgesetz vorgesehenen Einsparungen bei den Beamtenpensionen zu erheben. Die Neuregelung sei „verfassungsrechtlich bedenklich". Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock kündigte Musterprozesse an.

Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt hat sich gemeinsam mit der Wirtschaft gegen den von der EU-Kommission geplanten Handel mit „Emissions-Zertifikaten" ausgesprochen. Nach der geplanten Verordnung sollen Unternehmen, die ihren eigenen Kohlendioxid-Ausstoß nicht senken, verpflichtet werden, von anderen Unternehmen Zertifikate über deren Emissions-Senkung zu kaufen.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat eine Kampagne für bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie gestartet. Unter dem Motto „Zeit im Griff!" fordert ver.di variable Arbeitszeitmodelle und Ganztagsschulen als Regelangebot.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat den Angriff des israelischen Militärs auf die Zentrale des palästinensischen Gewerkschaftsbundes PGFTU verurteilt. Bei einem Luftangriff am 17.Februar wurde das Gebäude zu einem Drittel zerstört.

Gewerkschaftsjugend und attac

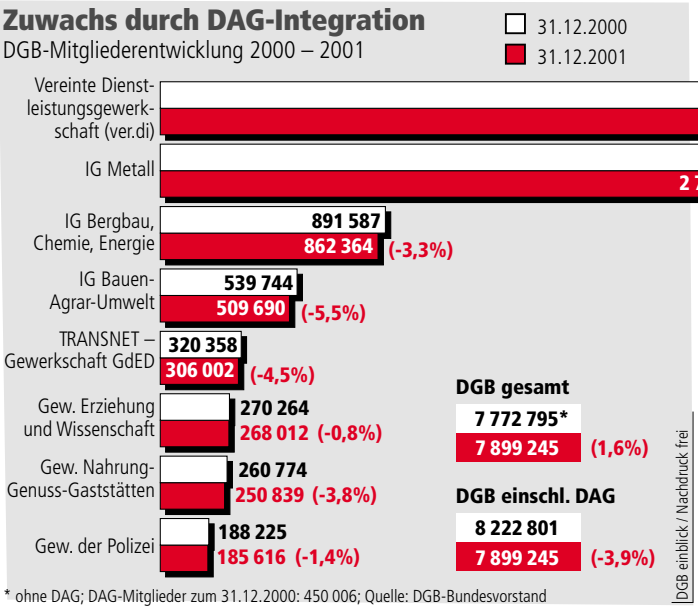
Gesundheit ist keine Ware

Gemeinsam mit dem globalisierungskritischen Netzwerk attac plant die Gewerkschaftsjugend eine Kampagne für Ausbildung und Gesundheit. Für den 14. September 2002 rufen Gewerkschaftsjugend und attac zu einem gemeinsamen Aktionstag in Köln auf. „Unsere Forderungen an Politik und Wirtschaft gehen in die gleiche Richtung. Wir stehen gemeinsam für gesellschaftlich sinnvolle Investitionen und gegen die Schönredner der neoliberalen Ideologie", heißt es in der gemeinsamen Erklärung.

Unter dem Motto „Her mit dem schönen Leben!!!" setzt sich die Gewerkschaftsjugend von ver.di, IG Metall, NGG, TRANSNET und IG BAU – wie schon 1998 – für eine „Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten" ein. Die Unternehmen erzielten Rekordgewinne, zahlten aber kaum noch Steuern, Berufsschulen seien in einem erbärmlichen Zustand, so Ringo Bischoff von der ver.di-Jugend. Dem Trend zur allgemeinen Deregulierung müsse entgegengetreten werden.

Ein weiteres Ziel ist der Erhalt des paritätisch finanzierten Gesundheitssystems. Hier seien mit Blick auf die vermeintliche Kostenexplosion Privatisierungen zu erwarten. Für den attac-Gesundheitsexperten Stephan Hersel sind gestiegene Kosten kein Thema: „In den letzten 15 Jahren sind die Ausgaben für Gesundheit gerade mal von 6,2 auf 6,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen." Für ihn gilt: „Gesundheit ist keine Ware." Die Gewerkschaftsjugend unterstützt eine „Globalisierung von unten". Bischoff: „Die notwendige Umverteilung des Reichtums ist eine internationale Frage." Zum Aktionstag in Köln werden 20 000 TeilnehmerInnen erwartet. Inhaltliche Schwerpunkte werden bei einem Vorbereitungstreffen am 20. April in Heidelberg entwickelt. •

www.hmdsl.de



* ohne DAG; DAG-Mitglieder zum 31.12.2000: 450 006; Quelle: DGB-Bundesvorstand

Durch die Integration der DAG ist die Zahl der DGB-Mitglieder im vergangenen Jahr um 126 450 gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von 1,6 Prozent. Die Zahl aller in einer DGB-Gewerkschaft und zuvor in der DAG organisierten ArbeitnehmerInnen ist dagegen gesunken: um 323 556 oder 3,9 Prozent. Ursache des Mitgliederrückgangs sind vor allem Reibungsverluste durch den Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Hierauf entfällt mit 181 868 Mitgliedern mehr als die Hälfte aller Rückgänge. Stärkere Mitgliederverluste gab es zudem im Bereich von IG BAU und von TRANSNET, wo in großem Umfang Arbeitsplätze abgebaut wurden. Trotz des erneuten absoluten Mitgliederrückgangs zeichnet sich insgesamt eine vorsichtige Trendwende ab: Dort, wo die Gewerkschaften in Mitgliederwerbung und Service investieren, wie im Jugendbereich der IG Metall und bei den Neuen Medien, konnten sie im vergangenen Jahr Zuwächse verbuchen.

BetrVG-Reform

Erste Wirkungen

Das Interesse von Beschäftigten in Kleinbetrieben, einen Betriebsrat zu gründen, ist gestiegen. Das hat das Büro für Sozialforschung Kassel festgestellt. Seit Inkrafttreten des reformierten Gesetzes Ende Juli 2001 erhielten die örtlichen Sekretäre des DGB und der Gewerkschaften Hunderte von Anfragen aus Kleinbetrieben. Wolfram Wassermann und Wolfgang Rudolph vom Büro für Sozialforschung führen dieses neue Interesse weniger auf einzelne Gesetzesänderungen wie das vereinfachte Wahlverfahren zurück. Entscheidend sei, dass wie niemals zuvor eine öffentliche Diskussion über das Für und Wider von Betriebsräten in Kleinbetrieben geführt wurde. In 112 von 140 untersuchten Kleinbetrieben, in denen im Organisationsbereich der IG Metall bereits im vereinfachten Verfahren gewählt wurde, fand die Wahl zum ersten Mal statt. Neue Betriebsräte wurden vor allem in Industrie- (41 Prozent) und in Handwerksbetrieben (42 Prozent) gegründet. Fast jede zehnte Wahl wurde im IT- bzw. High-Tech-Bereich registriert. •

Mehr zur Studie in
Arbeitsrecht im Betrieb, 3/02
Bestellungen:
Tel. 069 / 79 50 10 51

Arbeitsmarktpolitik

Diskussion mit gezinkten Karten

Das zentrale Problem der Arbeitsmarktpolitik sind nicht die fehlenden Vermittlungserfolge der Arbeitsämter, sondern ist die noch immer doppelt so hohe Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands. Sie wird gezielt missbraucht, um die Arbeitsmarktpolitik insgesamt zu diskreditieren, warnt Burkart Lutz.

Der deutsche Arbeitsmarkt ist nach wie vor zweigeteilt: Der Zusammenbruch der DDR und die – in vieler Hinsicht überstürzte – Wirtschafts- und Währungsunion lösten einen massiven Arbeitsplatzabbau aus, dessen Folgen bis heute nicht überwunden sind. Die Arbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland anhaltend etwa **doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern.** Ostdeutschland stellt zwar nicht einmal ein Fünftel aller Einwohner, aber mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen. Auf die neuen Länder entfällt – aus gutem Grund – ein weitaus größerer Teil an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspräche. Schließlich bildet sich derzeit in Ostdeutschland eine für Deutschland ganz neuartige, bedrückende und in vieler Hinsicht dramatische Problemlage heraus – dass nämlich Jahr für Jahr viele Zehntausende Jugendliche trotz erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung vor den verschlossenen Toren des Arbeitsmarktes stehen.

Man sollte erwarten, dass dies seit längerem zumindest in der Fachöffentlichkeit eine lebhafte Diskussion über Ursachen und Lösungswege ausgelöst hätte, die sicherlich auch wertvolle Anregungen und Anstöße für die mehr als 30 Jahre nach der Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes dringend notwendige Neuorientierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik in ganz Deutschland liefern könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Über die Probleme des ostdeutschen Arbeitsmarktes **wird der Mantel des Schweigens gebreitet.**

Dies ist wohl nicht nur Desinteresse und Unkenntnis, sondern hat offenbar Methode, lassen sich doch unter der Hand aus den ostdeutschen Daten sehr griffige Argumente für eine arbeitsmarktpolitische Polemik schmieden.

Hierfür mögen zwei Beispiele genügen.

Erstens: Zwischen 1990 und 1992 verschwanden in Ostdeutschland rund 3,5 Millionen Arbeitsplätze. Mit dem Vergleich der gesamtdeutschen Beschäftigungszahlen am Beginn und am Ende der neunziger Jahre lässt sich deshalb ohne Mühe das Bild einer miserablen jobperformance in Deutschland konstruieren.

Dass dieses Bild in erster Linie den einigungsbedingten Arbeitsplatzabbau in Ostdeutschland widerspiegelt und sehr **wenig mit einem verkrusteten Arbeitsmarkt und einer falschen Arbeitsmarktpolitik zu tun hat,** wird ebenso verschwiegen wie die recht eindrucksvolle Zahl von Arbeitsplätzen, die nach 1992 – allerdings ganz überwiegend in Westdeutschland – neu entstanden sind.



Burkart Lutz, 76, leitet seit 1996 das Zentrum für Sozialforschung (ZSH) an der Universität Halle-Wittenberg.

Zweitens: In Ostdeutschland gibt es viele Hunderttausende Männer und vor allem Frauen, die ihren letzten sicheren Arbeitsplatz in den frühen neunziger Jahren verloren, noch keinen Anspruch auf Rente, aber auch kaum Chancen haben, je wieder einen „normalen" Arbeitsplatz zu finden. Für diese Menschen gibt es dort, wo sie und ihre Familien leben, **auch zu sehr niedrigen Löhnen kaum Beschäftigungsmöglichkeiten,** auch bei guter Qualifikation. Sie lebten und leben bisher recht und schlecht „vom Arbeitsamt", im Wechsel von Arbeitslosigkeit und Teilnahme an Maßnahmen.

Wer diese Konstellation zu einem Rundumschlag gegen jegliche Form aktiver Arbeitsmarktpolitik benutzt, spielt mit gezinkten Karten. Dabei geht es nicht nur um die – für die Betroffenen und für viele Regionen in Ostdeutschland allerdings überlebensentscheidende – Frage, wovon diese Menschen, die in mehr als einer Hinsicht Opfer der deutschen Einheit sind und sich ihr Schicksal sicherlich nicht selbst ausgesucht haben, denn sonst leben sollten, wenn der stillschweigende Gesellschaftsvertrag von 1990 aufgekündigt wird.

Diese Form der **Polemik mit manipulierten Daten und verkürzten Schlussfolgerungen** ist nicht dazu angetan, die Reform der Arbeitsmarktpolitik zu fördern, die gerade aus ostdeutscher Sicht dringend notwendig ist. Sie dient nur dazu, den Blick dafür zu verstellen, was im Interesse Ostdeutschlands und im Interesse des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes getan werden müsste und getan werden könnte. Wer zukunftsstabile Lösungen will, muss sich etwas mehr Mühe machen.

PS: Im Übrigen gibt es **in Ostdeutschland seit Jahren einen großen Niedriglohnsektor.** Warum hat sich noch niemand daran gemacht, einmal am ostdeutschen Exempel zu überprüfen, wieweit die Hoffnung trägt, außerhalb der prosperierenden Ballungszentren durch niedrige Löhne zusätzliche Beschäftigung zu schaffen? •

Kontinuierlicher Rückgang

Jeder dritte Arbeitslose kommt aus den neuen Ländern. Im Januar galt dies für 1 498 600 der bundesweit 4 289 900 arbeitslos gemeldeten Beschäftigten. Die Arbeitslosenquote stieg auf 20,6 Prozent. Zugleich fließt in die fünf ostdeutschen Bundesländer, in denen nur ein Fünftel der Bevölkerung lebt, ein Drittel der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik. 41 570 von bundesweit 128 710 ABM-Stellen und 9939 von 51 292 Maßnahmen zur Strukturanpassung (SAM) betreffen die neuen Ländern.

Kritiker der aktiven Arbeitsmarktpolitik verweisen gerne auf die dennoch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit im Osten und fordern das Ende der staatlichen Interventionen. Dabei übersehen sie nicht nur die noch immer massiv wirksamen Folgen des Zusammenbruchs der ostdeutschen Wirtschaft infolge des rasanten Vereinigungsprozesses, sondern auch die Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes selbst. 1992, auf dem Höhepunkt des Strukturumbruchs, wurde der ostdeutsche Arbeitsmarkt durch die aktive Arbeitsmarktpolitik um mehr als 1,8 Millionen Beschäftigte entlastet. Heute sind noch nicht einmal 400 000 Ostdeutsche in Arbeitsbeschäftigungs- oder Strukturanpassungsmaßnahmen.

einblick 4/02

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

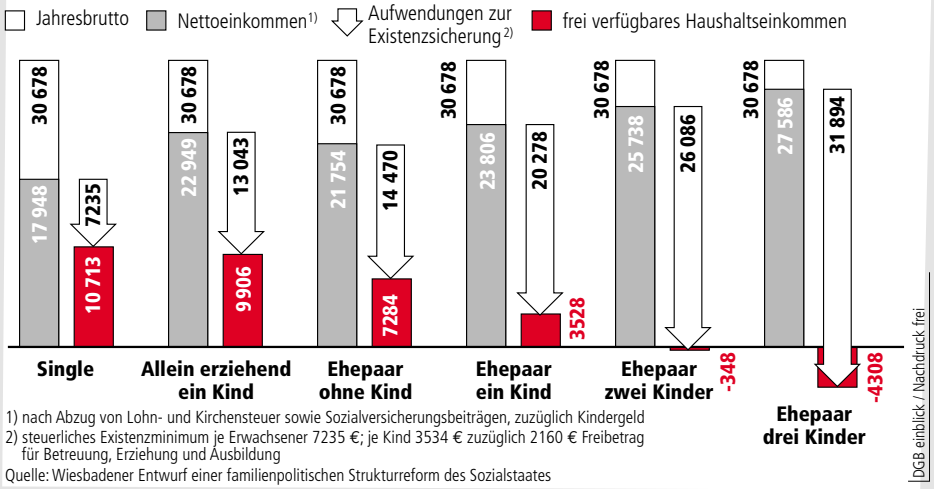
DIES & DAS

die DGB grafik

FAMILIEN: Existenzminimum nicht gesichert

Familien mit einem durchschnittlichen Erwerbseinkommen und einem Kind haben nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie des zur Existenssicherung notwendigen Aufwands ein frei verfügbares Einkommen von lediglich 3528 Euro pro Jahr. Familien mit einem Durchschnittseinkommen und drei Kindern haben 4308 Euro weniger zur Verfügung, als zur Existenzsicherung notwendig ist. Das hat der Darmstädter Sozialrichter Jürgen Borchert in einem Gutachten für die hessische Landesregierung ermittelt.

Verfügbares Einkommen von Singles und Familien mit durchschnittlichem Erwerbseinkommen



1) nach Abzug von Lohn- und Kirchensteuer sowie Sozialversicherungsbeiträgen, zuzüglich Kindergeld
2) steuerliches Existenzminimum je Erwachsener 7235 €; je Kind 3534 € zuzüglich 2160 € Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung
Quelle: Wiesbadener Entwurf einer familienpolitischen Strukturreform des Sozialstaates

14 TAGE

5.3. DGB-Bundesvorstand, Nominierung des künftigen DGB-Vorsitzenden, Berlin

5.3. DGB Nord, Workshop zum Aufbau eines Netzwerks von Hochschulen und Sozialpartnern im Ostseeraum, Hamburg

5./6.3. IG Metall, Tarifpolitisches Symposium, Kassel

6.3. DGB-Bundesausschuss, Berlin

7.-9.3. GEW, Bildungsarbeitskonferenz, Bad Hersfeld

8.3. Internationaler Frauentag

8./9.3. IG BCE, Halterner Gespräche über Energie, Haltern

13./14.3. GdP, Bundesfrauenkonferenz, Potsdam

personalien

••• ***Gunter Barnbeck,*** 55, Personalentwickler der Philips GmbH in Hamburg, seit 1989 Projekt-, später Bezirkssekretär der IG Metall Küste, wechselt zum 1. April zum DGB-Bundesvorstand. Nach dem Ausscheiden von ***Hermann Fischer,*** 58, übernimmt er in der zweiten Jahreshälfte 2002 dessen Funktion als Leiter der Abteilung Organisation/Personal.

••• Mit der Bezirkskonferenz Baden-Württemberg hat der DGB am 23. Februar die Zusammenlegung und Umbenennung der 13 Landesbezirke zu neun Bezirken beendet. Gewählt wurden in Baden-Württemberg als Bezirksvorsitzender ***Rainer Bliesener,*** 51, als Stellvertreterin ***Leni Breymaier,*** 41, in Bayern ***Fritz Schösser,*** 54, und ***Heide Langguth,*** 57, in Berlin-Brandenburg ***Dieter Scholz,*** 55, und ***Bernd Rissmann,*** 56, in Hessen-Thüringen ***Stefan Körzell,*** 39, und ***Frank Spieth,*** 54, in Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt ***Hartmut Tölle,*** 48, und ***Jürgen Weißbach,*** 63, in Nord ***Peter Deutschland,*** 57, und ***Ingo Schlüter,*** 41, in Nordrhein-Westfalen ***Walter Haas,*** 60, ***Brigitte Grosse,*** 60, in Sachsen ***Hanjo Lucassen,*** 57, und ***Iris Kloppich,*** 49, und in West ***Dietmar Muscheid,*** 45, und ***Eugen Roth,*** 44. Zudem ist der DGB künftig in drei der fünf Bezirke, die mehrere Bundesländer umfassen, mit eigenen Landesvorsitzenden präsent. Parallel zu seiner Bezirksfunktion ist Stefan Körzell auch DGB-Landesvorsitzender in Hessen, Frank Spieth in Thüringen, Dietmar Muscheid in Rheinland-Pfalz, Eugen Roth in Saar, Hartmut Tölle in Niedersachen, Jürgen Weißbach in Sachsen-Anhalt. ***Helga Ziegert,*** 56, Vorsitzende der Region Bremen/Bremerhaven, wurde zur Landesvorsitzenden Bremen gewählt.

••• ***Norbert Schäpe,*** 51, ist ab dem 1. April Mitglied der Geschäftsführung des Bund-Verlags. Nach Funktionen bei Ullstein, Ravensburger sowie Hoffman & Campe war Schäpe in den vergangenen zehn Jahren als Marketingfachmann in der Aufbau-Verlagsgruppe in Berlin tätig, zuletzt auch als Geschäftsführer des Audio-Verlags DAV.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Die Politik der Mitte ist nicht rot, sondern blutleer."

Klaus Lang, Leiter der Abteilung 1. Vorsitzender/Politische Planung der IG Metall, am 1. Februar 2002 in seinem Referat vor der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) über die derzeitige SPD-Politik

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 18.03.2002 5/02

DGB

inhalt

Seite 3
Zeugnisse gibt's im Sommer
Die Stiftung Warentest vergleicht die Riester-Policen. Mitte des Jahres liegen die Ergebnisse vor. Klar ist, dass die Betriebsrente mehr Rendite bringt

Seite 5
Werte jenseits der Börse
Interview mit dem designierten DGB-Vorsitzende Michael Sommer über gewerkschaftliche Werte, die Gleichstellung der Geschlechter und die Rolle des DGB

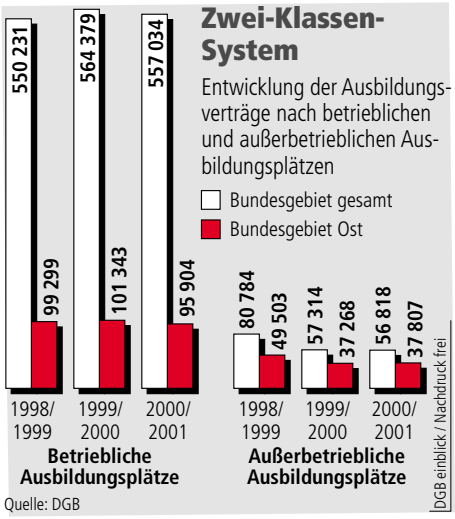
Seite 7
Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit
Jupp Legrand zieht eine erste Bilanz der Zukunftsdebatte der IG Metall

Ausbildungsbilanz 2001

Duale Ausbildung auf dem Prüfstand

Alljährlich wird im ersten Quartal Ausbildungsbilanz gezogen. Und mit schöner Regelmäßigkeit ähneln sich die Ergebnisse. Vor allem im Osten ist die Situation „dramatisch". Auf einen Ausbildungsplatz kommen im Schnitt zehn BewerberInnen. An der grundsätzlichen Situation hat sich nicht viel geändert. Jahr für Jahr sorgen öffentliche Sonderprogramme dafür, dass überhaupt noch ein paar tausend Ausbildungsplätze übrig bleiben.

Immer weiter wurde die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze in den vergangenen Jahren zurückgefahren. „Die Verabredungen aus dem Ausbildungskonsens des Bündnisses für Arbeit werden von Arbeitgeberseite nicht eingelöst", sagt DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock. Die Unternehmer wollten die Probleme wohl bis zu dem erwarteten demographischen Knick 2007 hinausschieben, weil dann die Schulabgängerzahlen ohnehin zurückgehen werden. Das allerdings sei kurzsichtig, bei dem zu erwartenden Fachkräftemangel schnitten sich die Unternehmer ins eigene Fleisch.



Quelle: DGB

Trotz anders lautender Meldungen über die Erfolge auf dem Ausbildungsmarkt: Die Zurückhaltung der Wirtschaft ist konstant, ein guter Teil der Ausbildung wird dem Staat überlassen. Dabei hat die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmer im Osten (mit 51 statt 66 Azubis pro 1000 Beschäftigte) leicht zugenommen, während sie im Westen deutlich zurückgegangen ist (von 71 auf 56 Azubis pro 1000 Beschäftigte).

Das konstante Defizit an betrieblicher Ausbildung und die damit einhergehenden überbetrieblichen Angebote nahm Sehrbrock zum Anlass, das duale Ausbildungssystem insgesamt in Frage zu stellen. Längst habe es sich „wildwüchsig zu einem pluralen System weiterentwickelt", klagt das GBV-Mitglied. Was als Notlösung geplant war, sorge nun regelmäßig dafür, dass viele Jugendliche mit dem Makel einer zweitklassigen Ausbildung behaftet seien. Und da Bund und Länder 40 Prozent der betrieblichen Ausbildungsplätze öffentlich bezuschussen, ist die „Verstaatlichung" der Berufsausbildung ohnehin in vollem Gange. Es gelte, das weit verbreitete Imageproblem in den Griff zu bekommen. Nur etwa ein Viertel der Jugendlichen mit außerbetrieblicher Ausbildung findet einen Job im regulären Arbeitsmarkt.

Bei Teilen der Gewerkschaftsjugend dürfte Ingrid Sehrbrock wohl auf Widerstand stoßen. Die Jugendverbände von ver.di, IG Metall, IG BAU, TRANSNET und NGG haben unter dem Motto „Her mit dem schönen Leben" zu einer Veranstaltung im September in Köln aufgerufen. Die Forderungen: Ausbildung und Berufsschule unter qualitativen Gesichtspunkten durchforsten, das Berufsbildungsgesetz reformieren und „Umlagefinanzierung Jetzt!" Lediglich die Jugend der IG BCE unterstützt den Kurs Ingrid Sehrbrocks. Deren Bundesjugendsekretär Ralph Becker: „Die dezentralen und branchenspezifischen Probleme müssen dezentral und branchenspezifisch gelöst werden." •

plusminusBERLIN

+ ***Die grüne Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus Sibyll Klotz und elf weitere Fraktionsmitglieder fordern von der Bundesregierung, das Tariftreuegesetz ohne Ausnahmeregelungen zu verabschieden. Besonders in Ostdeutschland verliere das Gesetz sonst „an Wirkung".***

– ***Die FDP-Abgeordnete Marita Sehn will den Einsatz von Pestiziden erleichtern. Schließlich sei die Möglichkeit, Obst und Gemüse zu sehr günstigen Preisen anzubieten, „auch eine Form des praktizierten Verbraucherschutzes", erklärte sie bei einer Veranstaltung des Deutschen Bauernverbandes.***

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.arbeitsamt.de/hst/services/rca/index.html
Infos und Tipps zum Thema Chancengleichheit im Beruf auf der Homepage der Bundesanstalt für Arbeit

Im Faxabruf
0211 / 43 01 652
Vor der Landtagswahl: Thesen des DGB Sachsen-Anhalt zur Wirtschaftspolitik

Ostdeutschland

Investitionen vorziehen

Der DGB hat die Bundesregierung aufgefordert, die im Solidarpakt II vorgesehenen Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur Ostdeutschlands vorzuziehen. Die für die Jahre 2011 bis 2019 eingeplanten 51 Milliarden Euro kämen zu spät, so DGB-Vorstand Heinz Putzhammer. Der DGB sieht seine Forderung durch ein Gutachten des Berliner Wirtschaftswissenschaftlers Jan Priewe gestützt, der die Gründe der seit 1997 ins Stocken geratenen Annäherung der ostdeutschen Lebensverhältnisse an den Westen untersucht hat.

Ziel sei eine Steigerung der ostdeutschen Wertschöpfung von derzeit 61 auf 80 Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner, so der DGB. Neben einem Vorziehen öffentlicher Investitionen wird dazu in dem Gutachten eine stärkere Konzentration der Wirtschaftsförderung auf bereits entwickelte, wettbewerbsfähige Regionen vorgeschlagen sowie ein langsameres Tempo bei der Angleichung des Lohnniveaus. Die Löhne könnten im Osten zwar stärker steigen als im Westen, aber ein Teil des höheren Produktivitätswachstums im Osten müsse als Standortfaktor genutzt werden. •

Im Faxabruf: 0211/43 01 657
Ostdeutschland 2010. Die Schlussfolgerungen des DGB-Gutachtens zur Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern

Arbeitszeitverkürzung

Weniger als 35 Stunden

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will die Arbeitszeitverkürzung wieder auf die gewerkschaftliche Tagesordnung setzen. Langfristig sollen die ArbeitnehmerInnen „weniger als 35 Stunden arbeiten", so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske gegenüber der *Welt*. Arbeitszeitverkürzung sei „ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit". In der aktuellen Tarifauseinandersetzung spielt die Arbeitszeitverkürzung hingegen wie in den Vorjahren keine Rolle: Nach Berechnungen des WSI-Tarifarchivs sank die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 1993 bis 2001 lediglich von 37,7 auf 37,4 Stunden im Westen und von 39,7 auf 39,1 Stunden im Osten. In einzelnen Branchen, vor allem im öffentlichen Dienst, ist die Arbeitszeit in den letzten Jahren sogar wieder gestiegen. In Ostdeutschland gilt die 40-Stunden-Woche neben dem öffentlichen Dienst auch in Teilen des Großhandels, in der chemischen Industrie, im Braunkohlebergbau und in der Landwirtschaft.

Bewegung in der Arbeitszeitfrage gibt es auch bei der Gewerkschaft TRANSNET. Sie hat den Jahresarbeitszeittarifvertrag gekündigt, um die Bahn zum Abbau des Überstundenbergs von 14 Millionen Stunden zu zwingen. Zudem will TRANSNET die Regelarbeitszeit von 38 Stunden für Arbeiter bzw. 38,5 Stunden für Beamte auf 35 Stunden reduzieren. „Notfalls auch mit Arbeitskampfmaßnahmen", so Tarif-Vorstand Alexander Kichner. •

geplant... beschlossen

Die DGB Rechtsschutz GmbH erhält für die Jahre 2002 bis 2005 aus dem Solidaritätsfonds der Gewerkschaften 20,5 Millionen Euro für ein Innovationskonzept zur Effizienz- und Qualitätssteigerung. Das hat der DGB-Bundesausschuss am 6. März auf Grundlage der im vergangenen Jahr vorgelegten Empfehlungen der Lang-Kommission zur Zukunft des Rechtsschutzes (einblick 13/01) beschlossen. Zur Sicherung der Flächenpräsenz bekommt die Rechtsschutz GmbH in den kommenden Jahren zudem ein festes Budget von mindestens 58,8 Millionen Euro. Falls die Einnahmen des DGB sinken und die Grundfinanzierung des Rechtsschutzes den 40-Prozent-Anteil an den DGB-Einnahmen übersteigt, wird die Differenz ebenfalls über den Solidaritätsfonds finanziert.

Fragen an...



Foto: Jürgen Seidel

ver.di-Vorstand Isolde Kunkel-Weber, 48, ist Mitglied der „Hartz-Kommission" zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit (BA). Sie soll der Bundesregierung bis Mitte August Konzepte für den neuen Aufgabenzuschnitt der BA vorlegen.

■ Willst du den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit vorantreiben oder das Schlimmste verhindern?

■ *Mein Selbstverständnis ist ambivalent: Einerseits begreifen wir die Reform, die wir aktiv unterstützen, als Herausforderung, andererseits habe ich die Sorge, Widerstand organisieren zu müssen gegen irgendeine Art von Zerschlagungspolitik, sprich gegen Personalabbau oder die Ausgliederung von Aufgaben.*

■ Gibt es Tabus für dich?

■ *Ja. Erstens die beabsichtigte Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, weil das ein Systembruch wäre, denn Arbeitslosenhilfe ist eine Versicherungs-, Sozialhilfe aber eine Fürsorgeleistung. Und weil die Gefahr bestünde, dass die Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe gedrückt wird. Zweitens die viel diskutierte Kürzung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose. Diese Menschen sind arbeitslos, weil Arbeitsplätze fehlen – nicht deshalb, weil der Druck fehlt, einen Job zu finden.*

■ ver.di hat ein Positionspapier zur Reform der Bundesanstalt vorgelegt. Da steht aber nichts wirklich Neues drin.

■ *Warum auch? Warum etwas Neues erfinden, wenn es schon etwas Gutes gibt? Wir haben gemeinsam mit den Personalräten – und gegen erhebliche Widerstände in der Bundesanstalt – das Reformprojekt „Arbeitsamt 2000" angestoßen, Stichwort „ganzheitliche Betreuung von Arbeitslosen". Ein Drittel der 181 Arbeitsämter arbeitet bereits danach, und die Rückmeldungen sind positiv. Darüber hinaus enthält unser Positionspapier sehr wohl weitere Reformansätze: zum Beispiel die Forderungen nach Entbürokratisierung und effizienten Führungs- und Ablaufstrukturen.*

■ Wird die Selbstverwaltung gestärkt oder geschwächt aus der Reform hervorgehen?

■ *Die Arbeitslosenversicherung wird von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert – und wer bezahlt, bestimmt die Musik. Die Selbstverwaltung ist deshalb richtig. Aber sie muss sich verändern, von der Größe ihrer Gremien bis hin zu ihren Kompetenzen. Wir brauchen klare Anforderungsprofile und müssen ihre Mitglieder stärker unterstützen.*

Im Faxabruf: 0211/43 01 654
Die Forderungen von DGB, ver.di und IG Metall zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit

Riester-Rente

Zeugnisse gibt's im Sommer

Im Sommer wird die Stiftung Warentest ihren ersten Vergleich von Altersvorsorgeprodukten veröffentlichen, benotet mit „sehr gut" bis „mangelhaft". Das erklärte die Stiftung Warentest auf einblick-Anfrage. Zumindest bis dahin sollte noch das Motto der Verbraucherschützer gelten: abwarten, sich gründlich informieren und keinesfalls übereilt Riester-Verträge abschließen.

3500 Versicherungspolicen, Fonds- und Banksparpläne sind bereits zertifiziert und werden vom Staat mit Zulagen und Steuervergünstigungen gefördert. Dahinter verbergen sich zwar nur rund 350 verschiedenartige Produkte, aber auch das ist eine so große Zahl, dass „der Einzelne gar nicht vergleichen kann", so Thomas Bieler, Finanzexperte der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen.

Einen Tipp hat Verbraucherschützer Bieler dennoch: „Wer die Möglichkeit hat, eine Betriebsrente abzuschließen, sollte diesen Weg an erster Stelle prüfen – und sich erst dann auf dem freien Markt umsehen." Denn die Betriebsrente habe im Vergleich zur Privatrente „eine wesentlich günstigere Kostenstruktur". Koste die eine nur rund fünf Prozent der Beiträge, verschlinge die andere Abschluss- und Verwaltungsgebühren von 15 bis 20 Prozent (ein Excelrechner hilft, die vielfach versteckten Kosten zu ermitteln: www.warentest.de/webdateien/riesterrechner.xls).

Zu einem ähnlichen Urteil kommt Barbara Sternberger-Frey, Autorin des DGB-Ratgebers „Optimal vorsorgen": Entgeltumwandlungen zu Gunsten einer Betriebsrente brächten „oft" mehr Rendite als die private Vorsorge. Lege der Arbeitgeber noch einen Zuschuss obendrauf, sei die Betriebsrente „immer" erste Wahl. „Günstiger können Arbeitnehmer nicht in den Genuss einer Zusatzrente kommen!"

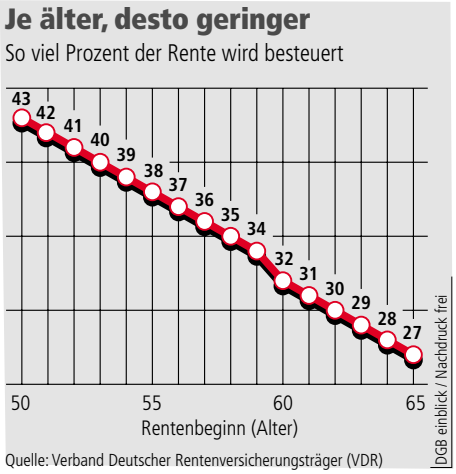
Voraussetzung dafür ist allerdings ein Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung. Und solche Verträge haben die Gewerkschaften seit Beginn der Rentenreform im Mai 2001 „recht flott abgeschlossen", so der WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck. Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums gelten sie bereits für 14 Millionen ArbeitnehmerInnen (Ende 2001), das sind fast 60 Prozent aller Beschäftigten.

Der Bund der Versicherten (BdV) empfiehlt allen ArbeitnehmerInnen, abzuwarten, bis ihre Arbeitgeber eine geförderte betriebliche Altersvorsorge anbieten. Diese meist günstigeren Angebote kämen in der zweiten Jahreshälfte auf den Markt. Im Ausland hätten solche Anlageformen regelmäßig Renditen „von neun bis zehn Prozent" erbracht. „Versicherungen sind generell nicht das richtige Riester-Produkt", urteilt BdV-Geschäftsführer Hans Dieter Meyer, laut dpa „einer der profiliertesten Kritiker der deutschen Versicherungswirtschaft". Der wissenschaftliche Beirat des BdV hält sogar einen Vermittlungsstopp von privaten Riester-Verträgen für angebracht, „bis die lukrativeren betrieblichen Angebote auf dem Markt sind".

So weit geht die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) nicht, kritisiert aber, dass der Verkauf von Riester-Renten durch branchenfremde Anbieter erfolgen kann. Er müsse unter die Kontrolle des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (BAV) gestellt werden, fordert ver.di-Bundesvorstand Hinrich Feddersen. Es wäre fatal, wenn sich ArbeitnehmerInnen im Rentenalter „als Geprellte" fühlen müssten.

1,5 Millionen private Abschlüsse liegen bereits vor. Und „allmählich mehren sich die Stimmen, die auf die gewagten Renditeversprechen der Assekuranz hinweisen", beobachtet die Berenberg Capital Management GmbH, Hamburg.

Übereilt abgeschlossene Verträge können gekündigt werden. Die Verbraucherzentralen helfen mit Musterbriefen: www.vz-nrw.de oder *einblick*-Faxabruf 0211/43 01 685 •



Bislang müssen RentnerInnen nur die Zinserträge ihrer Rentenbeiträge versteuern, d. h. steuerpflichtig ist nur der so genannte Ertragsanteil. Er wird einmalig bei Rentenbeginn bestimmt und ist abhängig vom Alter – je jünger der Rentner/die Rentnerin, desto höher ihr steuerpflichtiger Ertragsanteil. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur unterschiedlichen Besteuerung von Renten und Pensionen (Aktenzeichen 2 BvL 17/99) muss die Bundesregierung ab 1. Januar 2005 eine Neuregelung treffen. Wie hoch die Rente in Zukunft besteuert wird, ist noch nicht entschieden. Aber bereits jetzt ist sicher, dass die Renten dadurch weiter sinken werden und der Zwang, selbst fürs Alter vorzusorgen, wächst.

Optimal vorsorgen

So viel Gutes ist selten umsonst: Der DGB-Bundesvorstand gibt eine Broschüre zum Thema Rente heraus – kostenlos. Titel: „Optimal vorsorgen – Die neue private und betriebliche Altersvorsorge". Das Heft ist rund 80 Seiten dick und prall gefüllt mit Infos zur staatlich geförderten Rente, mit Entscheidungshilfen, Checklisten und Mustertexten, Adressen, Ansprechpartnern und einem Literaturverzeichnis.

Geschrieben hat den Text die Journalistin Barbara Sternberger-Frey – schnörkellos und leicht verständlich, sachkundig und kritisch wertend: eine beachtliche Leistung angesichts der komplizierten Materie, und gleichzeitig bitter nötig. So schreibt Sternberger-Frey in der Einführung: „Wer keinen Spielraum für private Vorsorge hat oder glaubt, auf die freiwillige Zusatzversorgung verzichten zu können, wird sich künftig ernsthaft fragen müssen, wovon er im Alter leben soll."

Bestellungen:
DGB-Bundesvorstand
Fax 0211/43 01 111
E-Mail: andrea.luciani@bundesvorstand.dgb.de

Im Internet
www.ihre-vorsorge.de
Eine der besten Websites zum Thema Rente überhaupt – eine Initiative der Landesversicherungsanstalten (LVA)

PROJEKTE UND PARTNER

ver.di und Arbeiterkammer Bremen

Arbeit in Call-Centern verbessern

Schlechte Bezahlung, Dauerstress und ungeregelte Arbeitszeit machen Jobs im Call-Center zur Belastungsprobe. Wie es um die Arbeit der Profi-TelefonistInnen bestellt ist, soll das Projekt „Soziale Gestaltung der Arbeit in Call-Centern" (soCa) zeigen. Bundesweit sollen für das von ver.di und der Arbeiterkammer Bremen getragene Projekt rund 2000 Call-Center-Agenten befragt werden. Nicht Einzelphänomene wie Tarife oder Belastungen sollen unter die Lupe genommen werden, vielmehr geht es darum, eine Art „soziales Benchmarking" zu entwickeln, das alle für die Arbeitssituation der Beschäftigten wichtigen Kriterien umfasst. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung über dreieinhalb Jahre gefördert und hat einen Etat von knapp 1,4 Millionen Euro. Bundesweit arbeiten zwischen 150 000 und 240 000 Beschäftigte in dem boomenden Sektor. Die Dienstleistungen reichen von einfachen Auskunftsdiensten bis hin zu komplizierter Beratung. •

hans-joachim.schulz@verdi.de

DGB-Jugend München

Workshops gegen Faschismus

Zum 20. Mal sind junge Menschen zwischen 16 und 26 Jahren zur Internationalen Jugendbegegnung nach Dachau eingeladen. „Erinnern – Begegnen – Verstehen – Zukunft gestalten" ist das Motto der vier Workshops zwischen dem 26. Juli und dem 16. August. Veranstalter ist neben kirchlichen Organisationen u.a. die DGB-Jugend München. •



www.jugendbegegnung-dachau.de

Technologieberatung

Ergonomieprüfer für die PC-Arbeit

Um die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen, müssen Bildschirmarbeitsplätze möglichst benutzerfreundlich eingerichtet werden. Die Broschüre „Ergonomieprüfer", die die Technologieberatungsstelle (TBS) in Oberhausen herausgegeben hat, bietet viele Tipps zur ergonomischen Gestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen.

Mit Hilfe zahlreicher Fragebögen können Betriebs- und Personalräte neben technischen Problemen auch die psychischen Belastungen erfassen. Zum Ergonomieprüfer gehört eine CD-ROM, mit der Beschäftigte ihren Arbeitsplatz analysieren und Verbesserungsvorschläge erarbeiten können. Kosten: 16 Euro plus Versandkosten. •

Fax: 0208 / 820 76 41

Workshop

E-Müll entsorgen

E-Mails und Internet bringen neben wichtigen Infos auch Berge von Datenmüll auf den Schreibtisch. Wie sich die „steigende Informationsflut am Arbeitsplatz" eindämmen lässt, zeigt der gleichnamige Workshop der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). Die Veranstaltung am 20. März in Dresden ist kostenlos. •

Tel. 0351 / 80 62 464
thorke.regina@baua.bund.de

Studie

Kurzarbeit zum Joberhalt

Nicht nur große Konzerne, auch der Mittelstand in der Metall- und Elektroindustrie nutzt im Krisenfall die Möglichkeit, Arbeitszeit und Lohn zu senken, um Entlassungen zu vermeiden. Das hat eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie der Universität Bremen ergeben. Danach hat rund jedes zehnte Unternehmen der Branche vom „Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung" (TVBesch) Gebrauch gemacht und Lohn sowie Arbeitszeit vorübergehend reduziert. •

www.zwe.uni-bremen.de/publica_weitere.php3

DGB-Bildungswerk

Umweltschutz im Betrieb

Wertstoffe trennen, Strom sparen oder Abfall vermeiden – wie man KollegInnen vom grünen Arbeiten überzeugt, zeigt das Seminar „Umweltschutz muss gelebt werden: Motivation und Qualifizierung für den betrieblichen Umweltschutz". Die Veranstaltung des DGB-Bildungswerks am 15./16. April in Niederpöcking kostet 490 Euro plus Kost, Logis und Mehrwertsteuer. •

Tel. 0211 / 43 01 329
aqu@dgb-bildungswerk.de

Hans-Böckler-Stiftung

Bündnisse im Betrieb

Betriebsinterne Regelungen zur Jobsicherung hat die Hans-Böckler-Stiftung unter die Lupe genommen. Neben zahlreichen Fallbeispielen zeigt die Broschüre „Bündnisse für Arbeit im Betrieb", welche Faktoren den Erfolg der Abkommen sichern. Die Studie (Bestell-Nr. 13061) hat 122 Seiten und kostet 11 Euro. •

Bestellungen: Der Setzkasten
Fax 0211 / 408 00 80

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** hat im Rahmen seiner ***Kampagne „Gute Besserung"*** eine Online-Befragung zur Gesundheitsreform gestartet. Seit Anfang Februar läuft die DGB-Kampagne „für eine solidarische Gesundheitspolitik". Sie setzt sich unter anderem mit einer Unterschriftenaktion an die Bundesregierung für den Erhalt der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems und für stärkere Präventionsmaßnahmen ein. Infos: www.dgb-bw.de/gutebesserung

••• Die ***DGB-Jugend Hessen*** ruft gemeinsam mit anderen Gruppen zur Beteiligung an einem gewerkschaftlichen ***Netzwerk von Studierenden und SchülerInnen*** auf. Unter dem Namen „scudag-Netzwerk" werben die Unterzeichner des sogenannten „Frankfurter Aufrufs" für die Gründung örtlicher scudag-Gruppen. Hintergrund der Initiative ist, dass inzwischen zwei Drittel aller Studierenden und eine immer größere Zahl von SchülerInnen jobben. scudag strebt für diese beiden Gruppen eine Form der „gewerkschaftlichen Selbstorganisation" an und will noch in diesem Jahr die „Voraussetzungen für eine Verbandsgründung" schaffen. Infos: Matthias Körner, Tel.: 069 / 27 30 05 57.

••• Regionale Initiativen, Behörden und Schulen unterstützt das ***„Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen"*** (MOBIT). Anfang des Monats haben die SozialarbeiterInnen in den Regionalbüros in Saalfeld und Gotha ihre Arbeit aufgenommen. Unterstützt wird das Projekt auch vom ***DGB Thüringen.*** DGB-Landesvorsitzender Frank Spieth gehört zum Vereinsvorstand des mit Bundesmitteln geförderten Projekts. Infos: Anna Spangenberg, Tel.: 0151 / 12 12 90 33

einblick-Interview

Werte jenseits der Börse

Am 28. Mai stellt sich ver.di-Vize Michael Sommer, 50, als Nachfolger des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte auf dem DGB-Kongress in Berlin zur Wahl.

Im Mai bewirbst du dich um den DGB-Vorsitz. Was sind deine Ziele?

■ *Bislang bin ich nicht gewählt, sondern Kandidat. Vor der Wahl möchte ich mich bei den Gewerkschaften vorstellen. Dort werde ich mich auch zu aktuellen Fragen äußern, allerdings nicht in der Öffentlichkeit: Der DGB hat einen gewählten DGB-Vorsitzenden, und der heißt bis zum 28. Mai Dieter Schulte. Meine konkreten Ziele möchte ich zuerst den Delegierten vorstellen.*

Die Medien schreiben, du stehst für Innovation und Jugend.

■ *Ich stehe dafür, dass die Idee der Gewerkschaft, zusammenzustehen und einander zu helfen, wieder stärker in das Bewusstsein rückt. Wir sind in der perversen Situation, dass mittlerweile die Interessen der Unternehmen für das Gemeinwohl gehalten werden. Aber es gibt Werte, die liegen jenseits der Börse. Dazu zählt für mich Gerechtigkeit. Diesem Wert wieder Geltung zu verschaffen – das wäre für mich eine zentrale Aufgabe als gewählter DGB-Vorsitzender. Ich will, dass sich das gesellschaftliche Klima ändert, weg von dieser DAX-Logik, hin zu einer Logik von Menschlichkeit. In der Debatte um Werte und Ziele einer menschlicheren Gesellschaft sollten wir die Proteste junger Menschen gegen die Auswüchse der Globalisierung ernst nehmen. Außerdem müssen wir in Sachen Gleichstellung von Mann und Frau endlich Ernst machen. Wir debattieren seit Jahrzehnten darüber, die Zeit des Redens ist vorbei.*

Als DGB-Vorsitzender musst du die Vorstellungen von acht Gewerkschaften bündeln.

■ *Der DGB muss nicht nur Mittler sein, sondern auch Motor. Er muss Themen anstoßen. Dazu muss er den inhaltlichen Zusammenhalt der Gewerkschaften fördern und muss mithelfen, Streitigkeiten und Konkurrenz untereinander abzubauen.*

Wenn der DGB auch Motor ist, muss er dann nicht bei bestimmten Themen die Meinungsführerschaft übernehmen?



■ *Der DGB ist der politische Arm der Gewerkschaften. Das heißt natürlich nicht, dass die Gewerkschaften keine Politik machen, aber der DGB hat eine Verallgemeinerungsfunktion. Diese Aufgabe muss er in Zukunft wesentlich stärker wahrnehmen, insbesondere in Hinblick auf Europa. Ich glaube nicht, dass die Durchschlagskraft der deutschen Gewerkschaften größer wird, wenn wir dort als vielstimmiger Chor auftreten. Auch auf europäischer Ebene brauchen wir einen starken DGB, der Autorität hat. Die hat er aber nur, wenn er die unterschiedlichen Positionen in den Gewerkschaften zu einem gemeinsamen politischen Konzept bündelt.*

Es gibt eine Reihe von politischen Positionen, die mit dir verbunden sind. Zum Beispiel hast du in Sachen Gleichstellung bereits bei der DPG einiges ins Rollen gebracht.

■ *Ja, und da bin ich auch stolz drauf. Aber das war ich nicht allein.*

Wie sah das Konzept bei der DPG aus? Es gab ja auch Gender-Trainings für den Vorstand.

■ *Ja, ich bin sowieso zu Hause in einem permanenten Gender-Training – meine Frau und meine Tochter sorgen schon dafür. Unter anderem haben wir bei der DPG auch ein Mentoring-Programm entwickelt, das sehr erfolgreich war. Und wir haben ein eigenes Personalentwicklungskonzept erarbeitet, das von ver.di weitergeführt wird. Für den DGB-Kongress haben wir einen Antrag zur Personalpolitik der Gewerkschaften auf den Weg gebracht, bei dem die gezielte Förderung von Frauen eine große Rolle spielt. Gleichstellung ist im Übrigen kein Frauenthema. Die DPG-Frauen haben lange für die Gleichstellung im Arbeitsleben, aber auch in ihrer Gewerkschaft gestritten – leider ohne durchschlagenden Erfolg. Besser gelaufen ist es erst, als auch die DPG-Spitze gesagt hat, wir machen jetzt Ernst.*

Welche Rolle spielt für dich die Präsenz des DGB vor Ort?

■ *Eine große. Wir müssen uns darauf zurückbesinnen, welchen Wert die Flächenstruktur des DGB hat, für den DGB selbst und für die Gewerkschaften. Wir müssen das große Pfund einer Flächenorganisation mit immerhin noch 96 hauptamtlich besetzten Regionen nutzen. Und ich finde es wichtig, das Angebot für Ehrenamtliche zu erweitern. Die Kolleginnen und Kollegen, die in den Regionen arbeiten, sind demokratisch legitimiert. Sie stellen etwas dar in ihrer Region. Warum nutzen wir dieses Potenzial nicht offensiv politisch?*

Vor vier Jahren hat der DGB den Bundestagswahlkampf mit der Kampagne „Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" begleitet. Wäre es nicht auch 2002 notwendig, dass die Gewerkschaften sich stärker einmischen?

■ *Einmischen werden wir uns auf jeden Fall. Ob mit oder ohne Kampagne – das muss der Bundesvorstand entscheiden. Wichtiger ist für mich, dass wir uns politisch treu bleiben und das, wofür wir 1998 gestritten haben, auch 2002 fordern und danach Kandidaten und Parteien bewerten. Es geht dabei um unsere Glaubwürdigkeit, das ist ein unendlich hoher Wert.* •

Die Kandidaten

Fünf Mitglieder hat der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV), der am 28. Mai vom DGB-Bundeskongress gewählt wird. Wenn die Delegierten dem Vorschlag des DGB-Bundesvorstands folgen, werden dem neuen GBV mit Ursula Engelen-Kefer (ver.di), Heinz Putzhammer (GEW) und Ingrid Sehrbrock (ver.di) drei alte und mit Michael Sommer (ver.di) und Dietmar Hexel (IG Metall) zwei neue Mitglieder angehören.

Michael Sommer, 50, ist seit März 2001 stellvertretender ver.di-Vorsitzender. Nach einem Politikstudium in Berlin war Sommer zunächst Referent am Bildungszentrum der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) in Gladenbach, bevor er 1982 in die Vorstandsverwaltung kam. 1993 wurde Sommer in den Hauptvorstand der DPG gewählt, 1997 zum DPG-Vize.

Dietmar Hexel, 52, ist seit 1991 Leiter der Abteilung Organisation der IG Metall. Der ausgebildete Chemielaborant war zunächst Jugendsekretär im DGB in Frankfurt/M., dann im Bezirk Hessen der IG Chemie-Papier-Keramik, bevor er 1980 in deren Vorstandsverwaltung ging. 1986 wechselte Hexel zur IG Metall.

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 686
Langfassung des einblick-Interviews

kurz&bündig

Die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) und die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) wollen einen Branchenarbeitskreis für den Bereich Facility-Management einrichten. Der Arbeitskreis, an dem auch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di beteiligt werden soll, wird die Tarif- und Betriebspolitik in Unternehmen des Gebäudemanagements und der -reinigung koordinieren.

Als erste DGB-Gewerkschaft wird die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Fördermitglied von attac. Das hat ihr Hauptvorstand Anfang März beschlossen. attac ist Teil der weltweiten Protestbewegung gegen die neoliberale Globalisierung.

Die Fotografin Donata Scholz hat beim Fotowettbewerb zum Projekt „fairteilen" von IG Metall und dem Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit den ersten Platz belegt. Insgesamt musste die Jury fast 250 Einsendungen aus fünf Ländern bewerten. Die besten 60 Arbeiten sind unter *www.fair-teilen.de* ***online.***

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert, dass Cannabis in begrenzten Mengen frei in Apotheken verkauft wird. Der Verkauf von Joints zu staatlich kontrollierten Preisen könne dazu beitragen, kriminelle Händlerstrukturen zu zerschlagen.

Online-Mitgliedschaften

Herzlich Willkommen?

Internet-Präsenz ist Pflicht bei den Gewerkschaften. Die Frage nach dem „Wozu" beantwortet sich nicht wirklich.

Neue internetbasierte Beteiligungsformen sind in aller Munde. Virtuelle Ortsvereine machen Parteien-Wahlkampf, politische Diskussionen und Parteitage finden in virtuellen Räumen statt. Nach und nach passen sich die Kommunikations- und Organisationsstrukturen dem veränderten Medienverhalten an – nicht so bei den Gewerkschaften.

Immer noch sind weite Teile gewerkschaftlicher Internetnutzung durch „Einwegkommunikation" geprägt. Lediglich vereinzelt finden in geschlossenen Foren, zu denen der Zugang beschränkt ist, Diskussions- und Organisationsprozesse statt. Häufiger stehen interessierte Internetnutzer vor rein deskriptiven Internetauftritten oder müssen sich mit vielfältigen Medienbrüchen auseinander setzen. Beispiel: „online Mitglied werden".

Durchweg alle Gewerkschaften arbeiten hier mit dem schönen Schein. Mit Ausnahme der IG Metall bieten alle ein Beitrittsformular nur zum Herunterladen an. Potenzielle Mitglieder können es ausdrucken, ausfüllen und via Post oder Fax an das regional zuständige Büro schicken. Die Adresse des Büros muss man selbst suchen: Wer etwa Mitglied der GEW werden möchte, wird mit Glück im Service-Bereich fündig.

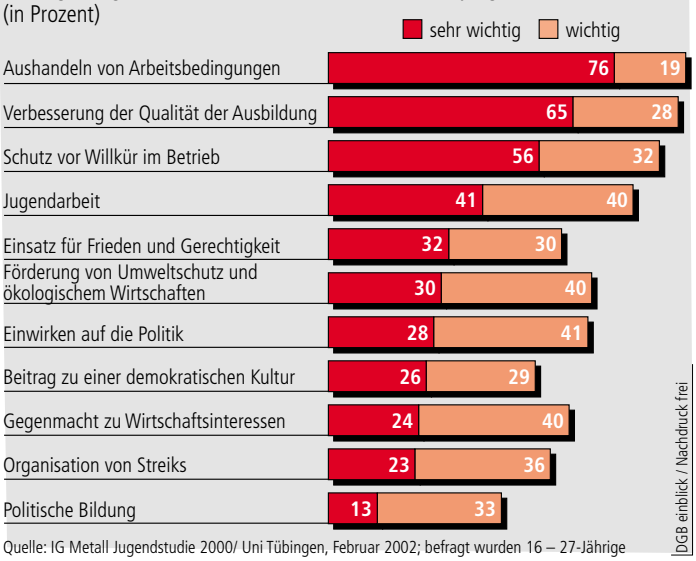
Gerade beschlossen ist die Online-Mitgliedschaft bei der IG Bergbau, Chemie, Energie. Aber auch beim Internet-Primus, der IG Metall, ist in Sachen Online-Mitgliedschaft längst nicht alles Gold, was glänzt: So werden die Daten beitrittswilliger Online-Nutzer in der Frankfurter Zentrale noch am Tag der Eingabe an die regionale Verwaltungsstelle übermittelt, die sich des Neulings annehmen soll. Die Unterschrift unter das Beitrittsformular und die jeweiligen Bankdaten muss real erfolgen. 1231 Online-Beitritte hat die Abteilung Organisation so im vergangenen Jahr gezählt. Tatsächlich realisiert davon wurden nur 80 Prozent. Eine Diskrepanz, die sich der für die lokalen Internetauftritte verantwortliche Dieter Wesp nicht erklären kann. „Woran das liegt, prüfen wir zurzeit. Was man bereits sagen kann, ist aber, dass es organisationspolitische Schwachstellen gibt, die nur durch eine entsprechende Online-Offline-Betriebsorganisation in den Griff zu bekommen sind." •



Nur vier Klicks, einen Druckvorgang und einen Gang zum nächsten Briefkasten bis zum Gewerkschaftsbeitritt: „Wer noch kein Mitglied ist, füllt am besten gleich diese Beitrittserklärung aus. Dazu benötigen Sie den Adobe-Acrobat-Reader, den Sie hier kostenlos herunterladen können. Das ausgefüllte Beitrittsformular senden Sie bitte an den für Sie zuständigen ver.di-Bezirk. Sie finden ihn in verdi :vor ort. Vorher sollten Sie sich die Satzung anschauen, mit wichtigen Informationen zur Organisation, zu Beiträgen, Leistungen und Rechten in ver.di."

Traditionelle Erwartungen

Wichtige Aufgaben von Gewerkschaften aus der Sicht junger ArbeitnehmerInnen (in Prozent)



Quelle: IG Metall Jugendstudie 2000/ Uni Tübingen, Februar 2002; befragt wurden 16 – 27-Jährige

DGB einblick / Nachdruck frei

Die Erwartungen junger ArbeitnehmerInnen an die Gewerkschaften sind eher traditionell. Das ist eines der Ergebnisse der neuen IG Metall-Jugendstudie 2000. Die ureigenste Aufgabe der Gewerkschaften, bessere Arbeitsbedingungen auszuhandeln, halten 95 Prozent der Befragten für wichtig oder sehr wichtig. 93 Prozent erwarten von den Gewerkschaften die „Verbesserung der Qualität der Ausbildung", 88 Prozent den „Schutz vor Willkür im Betrieb". Insgesamt befragten die JugendforscherInnen von der Uni Tübingen (Projektleitung: Prof. Josef Held) bundesweit 1024 junge ArbeitnehmerInnen zwischen 16 und 27 Jahren. Ein Drittel der Befragten ist Mitglied einer Gewerkschaft, nur etwas mehr als ein Zehntel gab an, sich schon in den Gewerkschaften engagiert zu haben. Dennoch sehen die JugendforscherInnen keine Hinweise darauf, dass sich Jugendliche von den Gewerkschaften abwenden. Nur 31 Prozent derjenigen, die sich nicht engagieren, führten an, nichts von Gewerkschaften zu halten, 65 Prozent dagegen, zu wenig über Gewerkschaften zu wissen.

Zukunftsdebatte der IG Metall

Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit

Wie können die Gewerkschaften ihre eigenen Politik so modernisieren, dass ihre Zukunftsentwürfe eine neue Mehrheit in der Gesellschaft finden? Das ist die zentrale Leitfrage der Zukunftsdebatte der IG Metall. Projektkoordinator Jupp Legrand zieht eine erste Zwischenbilanz.



Jupp Legrand, 43, ist Referent der Abteilung 1. Vorsitzender und Koordinator des Projekts Zukunftsdebatte der IG Metall.

Die Geschichte der Gewerkschaften ist nicht frei von Niederlagen und Fehlentwicklungen. Aber unterm Strich bleiben viele Erfolge, die Bestand haben werden. Nur: Historische Errungenschaften garantieren keine Zukunft. Wer sich nicht vom Mythos der großen Zahl (fast acht Millionen Mitglieder) ablenken sowie von früheren Erfolgen blenden lässt und sich nicht in alten Gewissheiten sicher wähnt, weiß, dass die Gewerkschaften heute in der **schwierigsten Umbau- und wichtigsten Umbruchphase nach 1945** stehen. Es geht nicht darum, unkritisch dem Zeitgeist zu folgen oder Beliebigkeit zum Programm zu machen. Gerade in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels haben Gewerkschaften als Wertegemeinschaften wichtige Integrationsaufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten. Erforderlich sind dafür allerdings **eine kreative Anpassung an neue Realitäten und die Suche nach innovativen Konzepten,** die neue Antworten geben auf die großen Herausforderungen der Zeit.

Organisationspolitisch muss der tief greifende Wandel in der Arbeitswelt nachvollzogen werden. Tarif- und betriebspolitisch muss der Wirklichkeit in den Betrieben und den differenzierten Entwicklungen auch in den Branchen stärker Rechnung getragen werden. Gesellschaftspolitisch steht die Gestaltungsfähigkeit der Gewerkschaften auf dem Spiel. Ihre Glaubwürdigkeit als Vertreterinnen des Gemeinwohls ist angekratzt. Die Mitgliederstrukturen spiegeln längst nicht mehr die Struktur der Beschäftigten wider. In einer Mediengesellschaft, in der Imagefragen immer mehr über Top oder Flop entscheiden, haben die Gewerkschaften keinen leichten Stand.

Es sind aber nicht diese Realitäten, die über die Zukunft der Gewerkschaften entscheiden. Die Art und Weise, **wie sie damit umgehen, wird über die gesellschaftliche Rolle** und die betriebliche Stärke **der Gewerkschaften entscheiden.** Es gibt keine einfachen Lösungen. Aber es gibt einige Ansätze, sich den Herkulesaufgaben der programmatischen Erneuerung, der strukturellen Reform, der stärkeren Mitgliederorientierung und der gesellschaftlichen Öffnung zu stellen.

Der Weg der IG Metall ist eine neue Zukunftsdebatte, die als beteiligungsorientierter Prozess angelegt ist. Wir sind **nicht mit fertigen Konzepten und schlüssigen Erklärungen gestartet,** sondern mit offenen Fragen. Diskussion, Beteiligung und Mitwirkung lauten die Schlüsselbegriffe der ersten Phase. Mitglieder und Nichtorganisierte wurden befragt, wissenschaftliche Debatten ausgewertet und gesellschaftliche Diskussionen aufgegriffen. Als Ergebnis dieser Erkundungsphase liegt seit Anfang des Jahres ein „Zukunftsreport" vor.

Ziel unserer Zukunftsdebatte ist jedoch nicht, bei dem stehen zu bleiben, was die Erhebungen ans Tageslicht gebracht haben. Die notwendige Erarbeitung, auch der mögliche Streit über politische Orientierungen kann nicht durch die Ergebnisse empirischer Untersuchungen ersetzt werden. Aber sie bleiben der Ausgangspunkt für alle weiter gehenden Überlegungen. Deshalb wurden die wichtigsten Befunde zu neuen Themen „zugespitzt" und **Diskussionsanreize formuliert, die zum „Weiter denken" einladen.**

Die Befragungen haben etwa den hohen Stellenwert des Flächentarifvertrages bestätigt. Gleichzeitig ist der Wunsch der Beschäftigten nach betriebsnahen Lösungen erkennbar. Wenn wir darauf keine Antwort finden, **werden andere „Auswege" suchen, die uns nicht stärken werden.** Die Qualifikationsbereitschaft der Menschen ist geringer als die Bedeutung, die sie Weiterbildung und lebenslangem Lernen für ihr berufliches Fortkommen zuschreiben. Soll die IG Metall nur vom Staat und den Unternehmen Angebote fordern oder selbst als Anbieter auftreten und die Beschäftigungsfähigkeit fördern? Welches arbeitszeitpolitische Konzept verfolgen wir angesichts des geringen Stellenwerts, den eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei den Befragten hat?

Am Ende dieser Diskussionsphase soll im Sommer **ein „Zukunftsmanifest" stehen, das unter dem Motto „Zukunft leben" Antworten gibt,** Schlussfolgerungen vorschlägt und ihre politisch-programmatische Umsetzung durch den nächsten Gewerkschaftstag einleitet. •

Zukunftskongress im Juni

Die Gewerkschaften sind in der Defensive. Statt selbstbewusst politische Themen zu besetzen und eigene Zukunftsentwürfe in die Debatte zu bringen, verlieren sie sich in Abwehrschlachten. Die IG Metall will diesen Trend umkehren. In ihrer Zukunftsdebatte stellt sie nicht nur eigene Gewissheiten auf den Prüfstand, sondern sucht nach neuen Politikformen.

Unter dem Titel „Neue Wege wagen" will die IG Metall vom 13. bis 15. Juni auf einem Kongress in Leipzig eine Bilanz ihrer im Herbst 2000 gestarteten Zukunftsdiskussion ziehen. Der Kongress soll ohne die Rituale eines Gewerkschaftstages und ohne formale Beschlussfassung ein Forum für Diskussionen bieten.
Er soll die Reformfähigkeit der IG Metall unterstreichen und Hinweise geben, wie die Gewerkschaften ihre Politik und ihre Programmatik modernisieren müssen, um neue politische Gestaltungskraft zu gewinnen.

Den „Zukunftsreport" der IG Metall mit den Ergebnissen der ersten Phase der Zukunftsdebatte gibt es sowohl im Internet als auch in gedruckter Fassung mit CD-ROM. IG Metall, Abteilung 1. Vorsitzender, Marén Rüger, Lyoner Straße 32, 60528 Frankfurt/M.

Im Internet
www.igmetal.de/zukunft
Mehr Infos zur Zukunftsdebatte der IG Metall

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

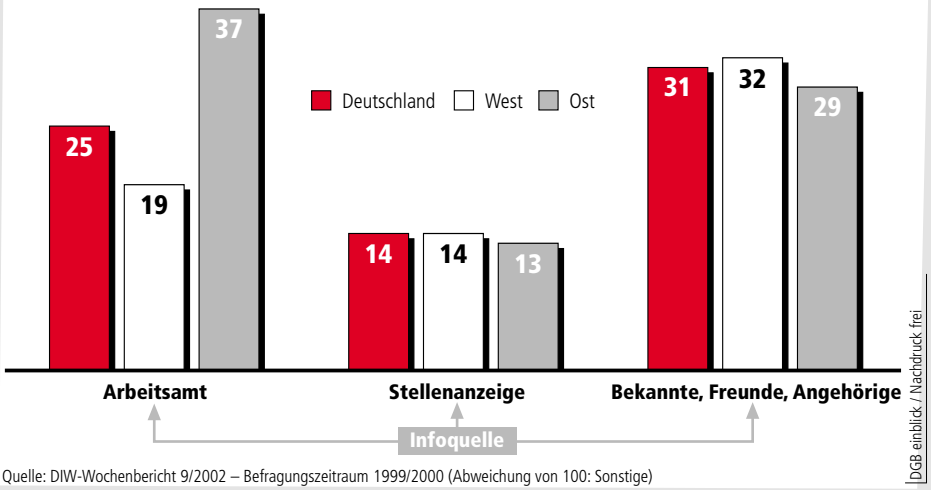
DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSLOS: Nur jedem Vierten hilft das Arbeitsamt

Nur ein Viertel aller Arbeitslosen erfährt über das Arbeitsamt vom neuen Job. Das hat eine Repräsentativbefragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ergeben. Selbst unter Berücksichtigung eines Stichprobenfehlers kam höchstens in 30 Prozent aller Fälle der entscheidende Tipp vom Arbeitsamt. Die wichtigsten Informationsquellen sind Bekannte, Freunde und Angehörige. Anders im Osten: Dort finden 37 Prozent der Arbeitslosen einen neuen Job übers Arbeitsamt.

Wie haben Arbeitslose von ihrer neuen Arbeitsstelle erfahren? (in Prozent)



Quelle: DIW-Wochenbericht 9/2002 – Befragungszeitraum 1999/2000 (Abweichung von 100: Sonstige)

personalien

••• ***Heiner Schäffer,*** 54, ist von seiner Funktion als Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats (GBR) des DGB zurückgetreten. Die Geschäfte des GBR werden bis zur Neuwahl von der stellvertretenden GBR-Vorsitzenden und Betriebsratsvorsitzenden des DGB Bayern, ***Margot Bengl,*** 53, geführt.

••• Die Gesellschafter der DGB-Rechtsschutz GmbH haben neun neue Mitglieder für den von 12 auf 15 Personen erweiterten Aufsichtsrat der Rechtsschutz GmbH berufen. Als Vertreter der Anteilseigner wurden ***Horst Schmitthenner,*** 61, IG Metall, ***Dietmar Schäfers,*** 46, IG BAU, ***Fritz Kollorz,*** 56, IG BCE, ***Werner Weck,*** 54, NGG, ***Gerd Nies,*** 58, ver.di, ***Konrad Freiberg,*** 51, GdP, ***Heiko Gosch,*** 49, GEW, ***Regina Rusch-Ziemba,*** 46, TRANSNET, sowie als zusätzlicher Arbeitnehmervertreter ***Frank Ott,*** 38, berufen. Unverändert gehören dem Aufsichtsrat zudem auf der Seite der Anteilseigner der DGB-Vorsitzende ***Dieter Schulte,*** 62, und der Aufsichtsratsvorsitzende ***Dr. Rainer Sielck,*** 63, sowie als ArbeitnehmervertreterInnen ***Anja Gierschke-Bauer,*** 46, ***Siegfried Engel,*** 47, ***Klaus Isensee,*** 58, und ***Helmut Krabbe-Rachut,*** 51, an. Ausgeschieden sind die Gewerkschaftsvorsitzenden ***Frank Bsirske,*** 50, ***Franz-Josef Möllenberg,*** 48, ***Hubertus Schmoldt,*** 57, ***Klaus Wiesehügel,*** 48, und ***Klaus Zwickel,*** 62, sowie ver.di-Vize ***Margret Mönig-Raane,*** 53.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

14 TAGE

19.3. DGB Nord, Fachkonferenz zu den Auswirkungen der Versorgungsreform, Schwerin

20.3. DGB-Jugend Nord, Fachkonferenz „Frischer Wind im Klassenzimmer", Perspektiven für Berufsschulen, Hamburg

21.3. DGB-Jugend West, Start des Wettbewerbs „Kreativ statt primitiv" gegen rechte Gewalt

28.3. Ende der Friedenspflicht in der Metall- und Elektroindustrie

Tipp

Buch: Bertelsmann Stiftung/Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Mitbestimmung in der digitalen Wirtschaft – (k)ein Widerspruch,
Verlag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2002
166 Seiten, 13 Euro

Auch in der New Economy werden immer mehr Betriebsräte gewählt. Das „Forum Mitbestimmung und Unternehmen" ist in seiner Untersuchung in IT-, Multimedia- und Biotech-Pionierunternehmen auf eine große Vielfalt an Interpretationen des Mitbestimmungsgedankens gestoßen. Fazit: Die Beteiligung der MitarbeiterInnen fördert die Wettbewerbsfähigkeit.

Schlusspunkt

„Auch Gnadenlosigkeit braucht ihre Zeit"

Hans-Jörg Heims in der Süddeutschen Zeitung vom 13. März über die Probleme der SPD, mit der versprochenen rückhaltlosen Aufklärung der Kölner Spendenaffäre schnell voranzukommen

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 02.04.2002 6/02

DGB

Volksentscheid

Mehr Demokratie wagen

„Mehr Demokratie wagen" – unter diesem Motto steht ein Gesetzesentwurf der Regierungskoalition, der in erster Lesung den Bundestag passierte.

Der DGB fordert ihn in seinem Grundsatzprogramm, zahllose weitere Organisationen unterstützen die Einführung, selbst die CDU hat ihn in den Ländern eingeführt, in denen sie regiert: Der Volksentscheid soll künftig auf Bundesebene möglich sein, so will es die rot-grüne Regierungskoalition. Doch ist dafür eine Änderung des Grundgesetzes mit der absoluten Mehrheit der Abgeordneten erforderlich. Und hier wird's dann absurd. Die CDU verweigert dem vorgeschlagenen Modell der direkten Demokratie die Zustimmung.

Die Begründung fällt dürftig aus. 1998 hatte der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber angekündigt, eine entsprechende Regierungsinitiative werde von ihm unterstützt. Jetzt, als Kanzlerkandidat, mag er sich daran nicht erinnern.

Dem Entwurf der Bundesregierung zufolge sollen die BürgerInnen zunächst mit Hilfe des „Volksentscheids" die Möglichkeit bekommen, ein Anliegen in das Parlament zu tragen. Dafür sind 400 000 Unterschriften erforderlich. Hat der Bundestag nach acht Monaten das Anliegen nicht aufgegriffen, können die InitiatorInnen ein Volksbegehren einleiten. Fünf Prozent der Stimmberechtigten müssten zustimmen. Danach hat der Bundestag erneut sechs Monate Zeit, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden. Geschieht dies nicht, kann es zum Volksentscheid kommen. Dann müssen sich mindestens 20 Prozent der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligen, eine einfache Mehrheit muss zustimmen, damit der jeweilige Entwurf Gesetzeskraft erlangt.

Zwischenzeitlich hat „Menschen für Volksentscheide", ein breites Bündnis aus über 80 Organisationen von Arbeiterwohlfahrt bis ver.di-Nordrhein-Westfalen, den Entwurf der Regierung zwar als verbesserungswürdig bezeichnet, grundsätzlich aber für unterstützenswert befunden. Unter dem Veranstaltungsmotto „Licht an! Das Volk ist kein Gespenst." wurden CDU-Bundestagsabgeordnete in ihren jeweiligen Wahlkreisen zu Diskussionen eingeladen. Gekommen ist keiner. •

Volkes Stimme

Entwurf und bereits bewährtes Gesetz im Vergleich – z.B. Bayern

Entwurf für ein Bundesgesetz (SPD/Grüne)	Gesetzgebung in Bayern
Volksinitiative Der Bundestag muss sich mit einem Gesetz befassen, dass von mindestens 400 000 Wahlberechtigten unterzeichnet ist.	**Antrag** auf Zulassung eines Volksbegehrens. 25 000 Unterschriften (von Stimmberechtigten)
Volksbegehren Fünf Prozent der Stimmberechtigten müssen dem eingeleiteten Volksbegehren innerhalb von sechs Monaten zustimmen.	**Volksbegehren** 10 Prozent der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl. Eintragungsfrist 14 Tage – persönliche Unterschrift
Volksentscheid Kommt es auch dann nicht zu einem entsprechenden Gesetzgebungsverfahren im Bundestag, entscheidet innerhalb von sechs Monaten das Volk. Dabei gewinnt die Mehrheit, eine Mindestbeteiligung von 20 Prozent ist vorgesehen.	**Volksentscheid** Abstimmung mit „ja" oder „nein"
	Seit 1946: **11 Volksbegehren** **7 Volksentscheide**

DGB einblick / Nachdruck frei

„Zur Festigung der Demokratie und zur Stärkung der durch Verfassung und Wahlen legitimierten Organe treten wir für mehr Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen ein. Volksbefragungen und Volksentscheid können in bestimmten politischen Feldern eine Ergänzung der parlamentarischen Demokratie sein."
(aus dem DGB-Grundsatzprogramm)

plusminusBERLIN

+ ***Die SPD erwägt, die Schaffung von Betriebskindergärten finanziell zu fördern. Die stellvertretende Parteivorsitzende Renate Schmidt sagte, die SPD denke darüber nach, „wie man den Betrieben finanzielle Anreize bieten kann, damit sich ein solches Engagement auch steuerlich lohnt".***

– ***Der frühere SPD-Chef Oskar Lafontaine hat sich auch dafür ausgesprochen, die Zuwanderung zum Wahlkampfthema zu machen. Er liegt damit voll auf der Linie von CSU-General Thomas Goppel. Befürchtet wird, dass ein Ausländer-Wahlkampf Rechtsextreme ermutigt.***

inhalt

Seite 3
Aufschwung mit Haken
Der Konjunkturaufschwung ist da, birgt aber Risiken

Seite 5
Profit auf Kosten der Arbeitslosen?
Interview mit DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer zum Berufsfortbildungswerk (bfw)

Seite 7
Raus aus der Rekrutierungsfalle
Ulrich Mückenberger zur Zukunftsdebatte der IG Metall

BETRIEBSRATSWAHLEN
„Ich arbeite gut. Besser mit Betriebsrat." Das Kampagnen-Info des DGB

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.netzeitung.de
Tageszeitung online

Im Faxabruf
0211 / 43 01 659
Pisa lässt grüßen: Zu wenige Betriebe setzen auf Weiterbildung. WSI-Papier (Zusammenfassung)

Zuwanderungsgesetz

DGB fordert Bundesamt für Migration

Der DGB hat die umstrittene Zustimmung des Bundesrats zum Zuwanderungsgesetz begrüßt. Die Länderkammer habe damit einen wichtigen Schritt hin zu einem modernen Einwanderungsrecht getan, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer. Unbefriedigend sei jedoch die Reduzierung des Kindernachzugs. Für notwendig hält es der DGB, „jetzt rasch ein Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einzurichten", Integrationsprogramme zu entwickeln und die Anwerbung von Engpassarbeitskräften in einer Rechtsverordnung zu regeln.

Der DGB Hessen warnte den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU), die Einwanderung erneut zum Wahlkampfthema zu machen. Die Unterschriftenkampagne der CDU im Landtagswahlkampf 1999 habe nicht zum besseren Zusammenleben von Deutschen und Ausländern beigetragen, so der hessische DGB-Vorsitzende Stefan Körzell. Falls Koch wiederum eine solche Kampagne starte, müsse sich der DGB überlegen, ob er weiter im Integrationsbeirat Hessen mitarbeite. Dieser Rat habe nämlich „dann nur eine Alibifunktion".

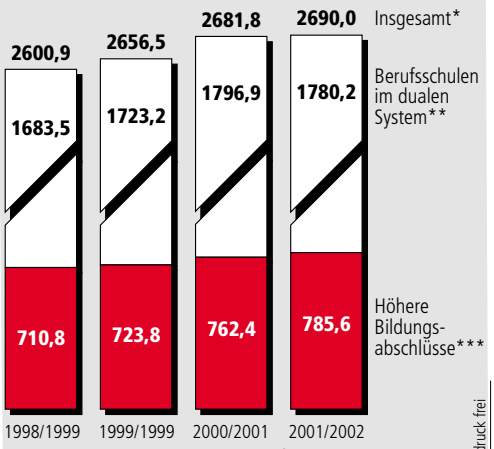
Der DGB Saar ermunterte den saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller, seine ursprüngliche Meinung zur Einwanderung zu vertreten und sich „nicht ‚wegstoibern' zu lassen". DGB-Landesvorsitzender Eugen Roth: „Wer hoch qualifizierte Manager ins Saarland holen will, muss damit werben können, dass er in Zuwanderungsfragen an der Spitze der Toleranzdebatte steht."

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske warf den Unionsparteien vor, in erster Linie an ausländerfeindliche Emotionen zu appellieren. Bsirske nach der von Tumulten der Union begleiteten Bundesratsentscheidung zum rot-grünen Zuwanderungsgesetz wörtlich: „Das Schmierentheater der parteipolitischen Eitelkeiten muss beendet werden." •

Die SchülerInnenzahl an Berufsschulen ist fast unverändert; sie nahm im Vergleich zum Vorjahr insgesamt nur um 8200 oder 0,3 Prozent zu. Im Unterschied dazu weisen die Schularten, die zur Hochschulreife oder Fachhochschulreife führen, relativ hohe Zuwachsraten auf – höhere Bildungsabschlüsse liegen damit weiterhin im Trend.

Höhere Bildungsabschlüsse im Trend

SchülerInnen nach Berufsschularten (in 1000)



* Hier nicht gesondert ausgewiesen: Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form, Fachakademien, Berufsaufbauschulen und Kollegschulen.
** Einschließlich Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form.
*** Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachgymnasien, Fachoberschulen und Berufsoberschulen/Technische Oberschulen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

DGB einblick / Nachdruck frei

geplant... beschlossen

Das Foyer des DGB-Bundesvorstands in Berlin wird umgestaltet. Blickfang des neuen Eingangsbereichs wird eine vom britischen Künstler John Davies gestaltete Skulptur des ersten DGB-Vorsitzenden Hans Böckler sein. Die Skulptur soll die Prägung der Gewerkschaften durch die Werte der Arbeiterbewegung symbolisieren und zugleich den Aufbruch des Bundes der Gewerkschaften ins 21. Jahrhundert. Teil der Neugestaltung ist ein Touchscreen, der Besuchern und Gästen der unmittelbar am Hackeschen Markt gelegenen DGB-Zentrale einen virtuellen Zugang zu den Gewerkschaften ermöglicht.

wiewardiewoche?



Anna Spangenberg, 31, ist Projektkoordinatorin des „Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Thüringen" (Mobit), einer gemeinsamen Initiative der Jüdischen Landesgemeinde, der Evangelischen Landeskirche, der IG Metall und des DGB. Vorsitzender des Vereins Mobit e.V. ist der thüringische DGB-Vorsitzende Frank Spieth.

„Unserem Projekt vorausgegangen sind die Diskussionen um die Themen Rassismus und Rechtsextremismus im Sommer 2000. Im September letzten Jahres haben wir von Erfurt aus begonnen, unsere Beratungsstellen im Land aufzubauen. Mitte März wurde das regionale Büro in Saalfeld eröffnet, Ende März war Gotha an der Reihe.

Ziel des gemeinsamen Projektes ist die Beratung vor Ort: Mobit e.v. soll für lokale Initiativen und Bündnisse ansprechbar sein, um zivilgesellschaftliches Engagement aufzugreifen, zu stützen und zu fördern. Wir greifen Impulse auf und versuchen, gemeinsam mit den lokalen Initiativen nachhaltige Gegenstrategien zu entwickeln. Ein weiterer Aspekt unserer Arbeit sind Analyse und Dokumentation rechtsextremer und rassistischer Aktivitäten. Erfahrungen müssen nicht immer wieder aufs Neue gemacht werden – unsere insgesamt sechs BeraterInnen bringen umfangreiche Erfahrungen aus den Bereichen Bildungsarbeit, offene Jugend- und Sozialarbeit sowie aus der Beschäftigung mit den historischen und aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus mit. Dabei heißt die Auseinandersetzung mit Rechts für uns nicht, dass wir uns auf rechte Gewalt konzentrieren. Rechtsextremismus ist kein Gewaltproblem, sondern ein gesellschaftliches Problem. So liegt uns im Moment die Anfrage eines Schuldirektors vor, der um unsere Unterstützung bittet. Die LehrerInnen sind unsicher, trauen sich nicht, solche Themen im Unterricht anzusprechen. Gemeinsam konzipierten wir eine Qualifizierung für die Lehrkräfte, eine Fortbildungsreihe, die ganz bewusst auf Kontinuität und auf Nachhaltigkeit setzt. Zentral ist dabei die Überlegung, dass diese Fortbildungen nicht isoliert stehen, sondern immer in ein Maßnahmenbündel weiterer Aktivitäten vor Ort eingebettet sein sollten oder zumindest den Anstoß für derartige Aktivitäten geben können."

Konjunktur

Aufschwung mit Haken

Der Aufschwung ist da, birgt aber erhebliche Risiken. Als Achillesferse der Konjunktur könnten sich ausgerechnet die USA und der Dollarkurs erweisen.

Zuerst kam die Wende in den Köpfen: Nach dem Terrorschock vom 11. September, der die Stimmung in vielen Unternehmen weltweit auf einen Tiefpunkt drückte, weisen die Stimmungsindikatoren wieder nach oben. Laut Ifo-Geschäftsklimaindex sind die Zukunftserwartungen der Unternehmen im März sogar kräftiger gestiegen als erwartet.

Jetzt folgen auch die Konjunkturforscher. Fast täglich flattern neue Prognosen auf den Tisch. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle setzt seine Wachstumsprognose für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2001 von 0,6 Prozent auf 0,8 Prozent herauf. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft wagt sich weiter vor und rechnet nun mit einem Wachstum der deutschen Wirtschaft von 1,2 Prozent in diesem und 2,7 Prozent im nächsten Jahr.

Otmar Issing, Chefökonom der Europäischen Zentralbank (EZB), bekräftigt die Erwartung der Notenbank, die Wirtschaft der Euro-Zone könne in diesem Jahr gar um 2,5 Prozent wachsen. Weltweit, davon gehen zumindest die Kieler Wirtschaftsforscher aus, werde die Wirtschaft sogar Zuwachsraten von 2,7 Prozent (2002) und 4,1 Prozent (2003) vorweisen.

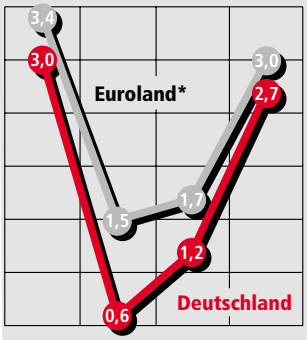
Am Konjunkturhimmel herrscht wieder eitel Sonnenschein. Doch Erwartungen und Stimmungen, die sich auch im Auf und Ab der Börsen widerspiegeln, sind eine Sache, harte Fakten eine andere.

Nun gibt es in der Tat harte Fakten, die die Erwartungen der Konjunkturauguren solide untermauern. Da sind einmal die niedrigen Notenbankzinsen, die in den USA mit 1,75 Prozent sogar das niedrigste Niveau seit über 40 Jahren erreicht haben. Sie stimulieren die Investitionen. Der niedrige Ölpreis des vergangenen Winters belässt den Verbrauchern mehr Geld in der Tasche und steigert den privaten Verbrauch.

Tatsache ist aber auch, dass die Weltkonjunktur ihre wichtigsten Anstöße aus den USA bekommt. Dort mehren sich zwar ebenfalls seit Monaten die Anzeichen dafür, dass die Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad eingeschwenkt ist;

Aufwärts

Entwicklung des Bruttoinlandprodukts 2000 – 2003 (in Prozent)



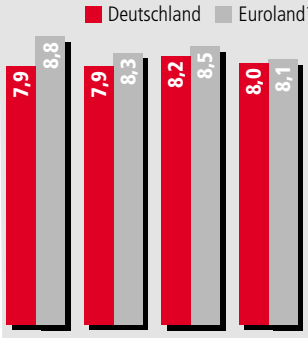
*Europäische Union ohne Großbritannien, Schweden und Dänemark
Quelle: Kieler Institut für Weltwirtschaft

DGB einblick / Nachdruck frei

Am Konjunkturhimmel herrscht eitel Sonnenschein, die Auguren korrigieren ihre Wachstumsprogrosen nach oben ...

Stillstand

Entwicklung der Arbeitslosenquote 2000 – 2003 (in Prozent)



*Europäische Union ohne Großbritannien, Schweden und Dänemark
Quelle: Kieler Institut für Weltwirtschaft

DGB einblick / Nachdruck frei

... positive Auswirkungen auf die Arbeitslosenquote versprechen sie aber nicht.

dort aber ist der Aufschwung mit ein paar Fragezeichen mehr versehen als im alten Europa.

Da sind zum einen die Verbraucher, die trotz hoher Verschuldung ihre Konsumausgaben noch einmal kräftig gesteigert haben. Niedrige Zinsofferten des Handels, insbesondere im Automobilhandel, dürften hierbei den Ausschlag gegeben haben. Selbst optimistische Konjunkturforscher rechnen kaum mehr damit, dass vom privaten Konsum, der zwei Drittel der amerikanischen Wirtschaft ausmacht, noch weitere Wachstumsimpulse ausgehen können.

Da ist zum anderen das hohe Leistungsbilanzdefizit, das im Aufschwung wohl noch weiter steigen und zu einem weiteren Anstieg der ohnehin schon rekordhohen Auslandsverschuldung führen wird. „Die Weltmacht USA ist vom Rest der Welt so abhängig wie kaum ein anderes Industrieland", hieß es dazu kürzlich in der Wochenzeitung *Die Zeit*. Schon seit Anfang der achtziger Jahre geben die Amerikaner mehr Geld aus, als sie erwirtschaften. Das kann nach allen ökonomischen Lehrweisheiten auf Dauer nicht gut gehen.

Es wäre nicht das erste Mal, dass die Finanziers der US-Wirtschaft angesichts des wachsenden Schuldenbergs kalte Füße bekämen und wenigstens einen Teil ihres Kapitals aus der Neuen Welt abziehen würden. Solche Vorsichtsmaßnahmen würden die europäische Wirtschaft teuer zu stehen kommen, wären sie doch mit einem Rückgang des Dollar-Wechselkurses verbunden – oder anders ausgedrückt: mit einer Aufwertung des Euro.

Die europäische Wirtschaft profitiert schon seit Jahren in erheblichem Umfang von dem gegenwärtig niedrigen Kurs des Euro. Die Exportrekorde sind dafür ein klares Anzeichen. Steigt der Euro gegenüber dem US-Dollar, so führt dies zu einer Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produkte auf dem Weltmarkt. Eine Abschwächung der Exportdynamik wäre wohl die Folge. •

Positive Bilanz

Lange Zeit wurde die Bundesrepublik reicher und reicher: Bis Ende der achtziger Jahre gaben die Bundesbürger Jahr für Jahr weniger aus, als sie einnahmen. Vor allem der Außenhandel sorgte mit wachsenden Überschüssen für eine positive Leistungsbilanz. Im Jahr 1989 erreichte der Überschuss einen Spitzenwert von über 100 Milliarden Mark. In gleicher Höhe investierten die Deutschen Kapital im Ausland.

Nach der Wiedervereinigung wendete sich das Blatt rapide. Der Nachholbedarf Ostdeutschlands führte zu hohen Importen. Der Außenhandelsüberschuss schrumpfte, die Leistungsbilanz erreichte 1994 einen Negativrekordwert von fast 40 Milliarden Mark. Das bedeutet: In gleicher Höhe schrumpfte die Vermögensposition des Landes gegenüber dem Ausland.

Im Krisenjahr 2001 nun haben die Deutschen den Gürtel enger geschnallt und weniger importiert. Dank des günstigen Euro-Wechselkurses konnten sie bei den Ausfuhren aber das hohe Niveau des Vorjahres noch übertreffen. Das reichte erstmals seit 1990 wieder für einen Überschuss in der Leistungsbilanz.

Im Internet

www.bmwi.de

Startseite des Bundeswirtschaftsministeriums

PROJEKTE UND PARTNER

Stiftung Warentest

Ebbe an den Jobbörsen

Kostenlose Jobbörsen im Internet bieten meist nur wenige offene Stellen. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung der Stiftung Warentest unter 15 Suchdiensten, nachzulesen in der Zeitschrift *Test*. Ein Lichtblick für die Tester war indes die Seite der Bundesanstalt für Arbeit unter www.arbeitsamt.de. Das Angebot sei zwar wenig komfortabel, spucke aber zahlreiche Treffer aus. Gut abgeschnitten hatten auch *www.versum.de* und *www.worldwidejobs.de*. •

DGB-Bildungswerk

Wie läuft die Integration?

In zahlreichen Unternehmen sollen Betriebsvereinbarungen die Integration von Ausländern erleichtern. Die Erfahrungen mit solchen Abkommen will das DGB-Bildungswerk in einer Dokumentation zusammentragen. Die AutorInnen suchen jetzt nach Praxisbeispielen aus Unternehmen. •

DGB-Bildungswerk
Tel. 0211 / 43 01 198
michaela.daelken@
dgb-bildungswerk.de

TIB Hamburg

Weiterbildung mitbestimmen

Die neue Betriebsverfassung gibt Betriebsräten mehr Mitspracherechte rund um die Fortbildung der Beschäftigten. Was möglich ist, zeigt das Seminar „Personalentwicklung und Weiterbildung" der Technologie- und Innovationsberatung für Arbeitnehmer (TIB) am 16. und 17. Mai in Hamburg. Die Teilnahmegebühr beträgt 500 Euro. •

TIB
Tel. 040 / 23 51 98 40
Fax 040 / 285 86 51



Auto Club Europa

Renovierter Webauftritt

Autotests, Länderinfos sowie Tabellen über Maut und Straßenverhältnisse im Ausland gibt's kostenlos auf den Internetseiten des Auto Club Europa (ACE). Das runderneuerte Webangebot bietet außerdem eine Datenbank mit Gebrauchtwagenpreisen sowie ein schwarzes Brett für Mitfahrgelegenheiten. •

www.ace-online.de

BAuA

Arbeitsschutz im Mittelstand

Regelmäßig muss ein Chef das Unternehmen auf Gefahrenquellen checken. Doch vor allem der Mittelstand tut sich damit schwer. Wie Gefährdungsbeurteilung auch in Kleinbetrieben klappt, zeigt die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) mit der Broschüre „Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach dem Arbeitsschutzgesetz – bewährte Praxisbeispiele". Das Heft gibt's für 14 Euro. •

Wirtschaftsverlag NW
Postfach 10 11 10
27511 Bremerhaven

Bundeszentrale

Braucht Bush Verstärkung?

Die Bedeutung der Nato-Partner für die Außenpolitik der USA steht im Mittelpunkt der internationalen Tagung „Unilateral oder Multilateral? Die EU und die USA im Streit um eine neue Weltordnung". Vom 29. April bis 1. Mai debattieren in Brühl unter anderem der Bonner Politologe Christian Hacke und der Frankfurter Konfliktforscher Harald Müller. Veranstalter sind die Bundeszentrale für politische Bildung und das US-Generalkonsulat NRW. Die Teilnahme ist kostenlos. •

Bundeszentrale für
politische Bildung
Tel. 0 18 88 / 629 82 40

Gewerkschaft NGG

Gentechnik in der Küche

Chancen und Risiken genmanipulierter Nahrungsmittel diskutieren die TeilnehmerInnen des Workshops „Gentechnik im Lebensmittelbereich – Technologie im Dunkeln?" der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Während der Veranstaltung am 8. Mai in Oberjosbach werden auch die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Kennzeichnung von Designerfood unter die Lupe genommen. •

NGG-Hauptverwaltung
Fax 040 / 38 01 32 20

TBS Niedersachsen

Datenschutz auf dem Amt

Der Datenschutz ist Schwerpunkt im Seminarprogramm 2002 der Technologieberatungsstelle Niedersachsen. Spannend für Personalräte ist beispielsweise der Workshop „Datenschutz in der Behörde" vom 6. bis 8. Mai in Visselhövede. Anmeldeschluss ist der 8. April. Die Teilnahme kostet 495 Euro plus 120 Euro für Kost und Logis. •

TBS Niedersachsen
Tel. 0511 / 163 04 0

Arbeitsämter

Mehr Infos für Frauen

Die Bundesanstalt für Arbeit bietet auf ihrer Homepage zusätzliche Infos für Frauen, zum Beispiel zum Job-Aqtiv-Gesetz, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Rückkehr in den Beruf. •

www.arbeitsamt.de
(unter „Spezielle Angebote")

interregio

••• Der ***DGB Thüringen*** lädt für den 20. April nach Erfurt zum ***4. Thüringer DGB-Forum zur Gesundheitsreform*** ein. Neben ExpertInnen von Krankenkassen und Gewerkschaften kommen auch Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen sowie VertreterInnen aller Bundestagsfraktionen zu Wort. Es sollen Anforderungen an eine Weiterentwicklung des Gesundheitssystems formuliert werden. Mehr Infos und Anmeldung: Andreas Möller, Tel. 0361 / 59 61 421

••• Der ***DGB Thüringen*** verteilt im Rahmen seiner Kampagne für ein Thüringer Tariftreuegesetz ein ***„Tariftreue-Memorandum"*** (abrufbar unter *www.dgb-thueringen.de)*. Darin wird die Landesregierung des Freistaats aufgefordert, das Tariftreuegesetz im Bundesrat zu unterstützen. Besonders im Bau- und Verkehrsgewerbe habe Lohndumping „verheerende Folgen". Der DGB fordert außerdem, die Vergabe öffentlicher Aufträge auf EU-Ebene an die Tariftreue zu koppeln. Mehr Infos: Rolf Düber, Tel. 0361 / 59 61 440

••• Die Vertrauensleute der ***ver.di Kreisverwaltung Märkischer Kreis*** haben die GewinnerInnen ihres ***Jugendwettbewerbs gegen Rechts*** gekürt. Insgesamt beteiligten sich 18 Schulen mit Projekten zum Thema „Aufstehen gegen rechtsradikale Gewalt, für Menschenrechte und Toleranz". Die Collagen, Videos, Dokumentationen und Musikbeiträge wurden mit Preisen im Gesamtwert von 7500 Euro prämiert. Mehr Infos: Bernd Benscheidt, Tel. 0 23 51 / 966 61 52.

Berufliche Weiterbildung

Dienstleister trägt Risiko

Im Zuge der Diskussionen um die Reform der Bundesanstalt für Arbeit (BA) gerät auch die vom Arbeitsamt finanzierte berufliche Weiterbildung ins Kreuzfeuer der Kritik. Gewerkschaften und Arbeitgeber machten über ihre Weiterbildungsträger Profit auf Kosten der Arbeitslosen – so beschreibt der stern (12/02) die nach Sozialgesetzbuch (SGB) III finanzierte berufliche Weiterbildung. Was ist dran an den Vorwürfen? Das wollte einblick von DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer wissen.

Der *stern* hat schweres Geschütz gegen das bfw aufgefahren.

■ *Das kann man wohl sagen.*

Geschäftemacherei mit der Arbeitslosigkeit lautet ein Vorwurf.

■ *Das ist völlig unberechtigt. Die stern-Autoren gehen davon aus, dass sich gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen, aber auch die der Arbeitgeber, an Geldern, die die Selbstverwaltung der BA bewilligt, bereichern. Das geht beim bfw überhaupt nicht. Das bfw ist eine gemeinnützige Einrichtung: Sollte es tatsächlich Überschüsse erwirtschaften, dürfen diese nicht an die Gewerkschaften ausgeschüttet werden. Selbst das von den Gewerkschaften zur Verfügung gestellte Stammkapital wird den Gesellschaftern nicht verzinst.*



Ursula Engelen-Kefer ist stellvertretende Vorsitzende des DGB.

Kann man überhaupt mit Weiterbildung Geld verdienen?

■ *Generell schon. Wie sonst wäre zu erklären, dass immer mehr Einrichtungen – nicht zuletzt mit Dumping-Angeboten – auf den Weiterbildungsmarkt drängen? Beim bfw hingegen waren schon immer Qualitätsstandards ausschlaggebend. Das bfw arbeitet zum Beispiel mit viel mehr fest angestelltem Personal und mit wesentlich weniger Honorar- und Zeitkräften als andere Einrichtungen.*

Oder stimmt die Angebotspalette des bfw nicht?

■ *Ein Bildungsinstitut, das sich vorrangig an zahlungskräftige Kunden richtet, hat es einfacher, wirtschaftlich zu arbeiten. Unsere Zielgruppe besteht vor allem aus schwer zu vermittelnden Gruppen auf dem Arbeitsmarkt. Damit bewegt sich das bfw in einem Marktsegment, das wenig lukrativ ist.*

Das sieht der *stern* anders.

■ *Und operiert dabei mit völlig aus der Luft gegriffenen Zahlen. Die Ausgaben der BA für berufliche Weiterbildung betragen nicht 22 Milliarden Euro, sondern lagen 2001 bei rund 6,9 Milliarden. Davon entfielen allein 4,2 Milliarden auf das Unterhaltsgeld, mit dem die Teilnehmer ihren Lebensunterhalt bestreiten. Die Aufwendungen für die Lehrgänge betrugen 2,2 Milliarden Euro.*

Auch kein Pappenstiel.

■ *Richtig. Aber man muss dabei sehen, dass das wirtschaftliche Risiko für die Durchführung der Maßnahmen der BA allein bei den Weiterbildungsträgern liegt. Es ist ja nicht so, dass das Arbeitsamt eine Maßnahme beschließt und ein Etat an das ausgewählte Institut fließt. Die Arbeitsämter finanzieren die Lehrgänge personengebunden, mit festgelegten Teilnehmer- und Stundensätzen. Ist ein Lehrgang nicht ausgelastet, geht das ausschließlich zu Lasten des Bildungsträgers. Auch Planungsunsicherheiten oder das Risiko, dass Teilnehmer abspringen, trägt das Institut.*

Dennoch: Die SGB-III-Maßnahmen machen beim bfw 75 Prozent des Umsatzes aus. Schwer zu glauben, dass sie nicht lukrativ sind.

■ *Das bfw hat sich immer als Dienstleister für die BA verstanden. Doch gerade der hohe Anteil an öffentlich geförderten Maßnahmen war in der Vergangenheit oft problematisch. Jede Schwankung in der öffentlichen Förderung schlug unmittelbar auf die Ergebnisse des Unternehmens durch. So schnell kann man ja kaum gucken, wie sich die Politik in diesem Bereich ändert. Das bfw musste im Laufe seines Bestehens lernen, flexibel auf neue Entwicklungen zu reagieren. Deshalb bemüht sich das bfw, neue Kundenkreise zu erreichen, wie Selbstzahler, Betriebe und Verwaltungen. Einfach ist das nicht, wir müssen uns gegen starke Wettbewerber behaupten.*

Kritisiert wird, dass es keine systematische Erfolgskontrolle der BA-Maßnahmen gibt. Die Eingliederungsquote von Arbeitslosen, die an solchen Maßnahmen teilnehmen, interessiert nicht.

■ *Doch. Bereits vor dem Job-Aqtiv-Gesetz waren die Bildungsträger verpflichtet, die Eingliederung der Teilnehmer in den Arbeitsmarkt festzuhalten. Diese Quote war ein Kriterium für die Arbeitsämter, um weitere Maßnahmen gleicher Art zu genehmigen. So gibt es im bfw zum Beispiel Altenpflege-Lehrgänge mit einer Vermittlungsquote von über 90 Prozent, IT-Lehrgänge mit über 80 Prozent oder Umschulungen im gewerblich-technischen Bereich mit fast 75 Prozent.*

Wieso engagieren sich die Gewerkschaften überhaupt in diesem Bereich, wenn das so schwierig ist?

■ *Viele TeilnehmerInnen unserer Maßnahmen würden sonst durchs Raster fallen, ohne Qualifizierung haben Langzeitarbeitslose oder Jugendliche ohne Schulabschluss keinerlei Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Leider stellen wir auch fest, dass die Unternehmen im Rahmen des Kosten-Nutzen-Denkens oft kein Interesse daran haben, zukunftsorientierte Qualifizierung zu finanzieren. Und schließlich wird die berufliche Weiterbildung aus den Beiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bezahlt.* •

Das bfw

wurde 1953 als Berufsfortbildungswerk des DGB gegründet und gehört heute mit einem Umsatz von rund 230 Mio. Euro und 3100 Beschäftigten ins obere Mittelfeld der bundesweit agierenden Weiterbildungsträger (jährlich ca. 70 000 TeilnehmerInnen in 4000 Lehrgängen).

Seine Gesellschafter sind die VTG des DGB mbH und die BGAG Info+Know GmbH. Deren Vertreter im Aufsichtsrat sind: Ursula Engelen-Kefer (Vorsitzende), Rolf-J. Freyberg (stellvertretender Vorsitzender), Heinz Putzhammer, Norbert Haak, Gottfried Feichtinger und Christian Paulsen.

Neben Qualifizierungen führt das bfw vor allem Integrations- und Beratungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose, Jugendliche und gering Qualifizierte durch.

Das bfw berät außerdem Personal- und Betriebsräte bei Umstrukturierungen oder Entlassungen und unterstützt die Gründung von Transfergesellschaften.

Zum Job-Aqtiv-Gesetz hat das bfw spezielle Beratungs- und Qualifizierungsangebote entwickelt. Ein Ziel dabei ist, vor Ort die Grundlagen für eine neue, präventive Arbeitsmarktpolitik zu legen.

Im Internet
www.bfw.de

kurz&bündig

Die ver.di-Tochter IPSO hat die Arbeitsbedingungen bei der Europäischen Zentralbank kritisiert. In einem Brief an die EU-Regierungschefs beklagt IPSO vor allem die mangelnde Beteiligung der Arbeitnehmervertretung und die Behinderung gewerkschaftlicher Aktivitäten. DAG und ÖTV hatten IPSO als Vertretung für Beschäftigte internationaler Organisationen mit Sitz in Deutschland gegründet.

Die Gewerkschaft TRANSNET fordert für den Eurospeedway (Lausitzring) in Brandenburg einen eigenen Bahnanschluss. Um die Zufahrtsstraßen zu entlasten, müsse lediglich eine Nebenstrecke reaktiviert werden. Die Deutsche Bahn habe bereits Unterstützung signalisiert.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske hat die schnelle Einführung der geplanten Positivliste für Arzneimittel gefordert. Kassen dürften nur noch Medikamente zahlen, die von einem Expertengremium auf die Liste gesetzt wurden.

Die Bundesregierung hat sich mit dem Verband der Chemischen Industrie und der IG BCE auf eine gemeinsame Position zur europäischen Chemiepolitik verständigt, die sie gegenüber der EU-Kommission vertreten will. Die Kommission will noch in diesem Jahr den Entwurf einer Richtlinie für Chemikalien vorlegen.

DGB-Reform

GdP fordert klare Rollenverteilung

Die Gewerkschaften müssen in zentralen, alle ArbeitnehmerInnen betreffenden Fragen stärker mit einer Stimme sprechen. Sie müssen ihre Organisationsgrenzen in den Bereichen überprüfen, in denen Interessenvertretungen außerhalb des DGB verstärkt Zulauf erhalten haben. Und sie müssen ihre Ressourcen im Bereich Beamtenpolitik verstärken. Das sind die Kernaussagen eines Briefs, den der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, am 18. März an die Vorsitzenden der anderen sieben DGB-Gewerkschaften geschrieben hat. Freiberg, der an der Spitze der mit 186 000 Mitgliedern kleinsten DGB-Gewerkschaft steht, fürchtet, dass der DGB ohne Klärung seiner künftigen Rolle zwischen den großen Gewerkschaften zerrieben wird.

Hintergrund der Initiative von Freiberg ist die in den vergangenen Jahren entstandene Schwerpunktverschiebung innerhalb des DGB: Während in der GdP Beamte nach wie vor die Kerngruppe der Mitglieder stellen, hat sich deren Stellenwert innerhalb des DGB in Folge der ver.di-Gründung und der Privatisierung von Bahn und Post stark verringert. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen vor allem in Hinblick auf die aktuelle Gesetzgebung ist die GdP, die als DGB-Mitglied kein eigenständiger Spitzenverband und deshalb auch nicht an Gesetzesanhörungen beteiligt ist, auf die Unterstützung des DGB angewiesen. Hinzu kommt, dass die GdP bei der Gewinnung neuer Mitglieder mit dem Deutschen Beamtenbund konkurriert, der nicht nur über erheblich größere finanzielle Ressourcen verfügt, sondern auch als Spitzenverband auftritt. Ein bereits im vergangenen Jahr gestarteter erster Vorstoß der GdP, diesen strukturellen Nachteil gegenüber dem Beamtenbund durch die Verlagerung von Ressourcen innerhalb des DGB zumindest zu verringern, ist bislang ohne Ergebnis geblieben. •

?...nachgefragt



Die Ankündigung von Bundesarbeitsminister Walter Riester, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) Ost kritisch zu überprüfen, hat in den neuen Ländern einen Aufschrei der Empörung ausgelöst. Bei den Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder stieß sie durchweg auf Ablehnung. Was halten die Gewerkschaften von Riesters Plänen, hat *einblick* den sächsischen DGB-Vorsitzenden Hanjo Lucassen, 57, gefragt.

In Ostdeutschland werden ABM ständig überprüft. Allein seit Januar 2001 wurden 40 000 ABM-Stellen im Osten abgebaut. Obwohl sie eine große gesellschaftliche Bedeutung haben. Mit ABM werden dauerhafte Werte geschaffen. Die Sanierung der Braunkohlelandschaften zum Beispiel war und ist ohne sie nicht möglich. Durch die Rekultivierung von Industriebrachen haben viele Städte in Ostdeutschland an Lebensqualität gewonnen. Oder die sozialen Dienste: Sie sind für kleine Vereine oft die einzige Möglichkeit, ein soziales Netzwerk aufrechtzuerhalten. Umgekehrt hätte der weitere schnelle Abbau von ABM-Stellen dramatische Folgen. Im gleichen Zeitraum, wie sie im Osten abgebaut wurden, ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 30 000 gestiegen. Schon jetzt ist weit mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Arbeit. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind für viele von ihnen die einzige Möglichkeit, wieder am Erwerbsleben teilzunehmen. Ihre Zahl noch weiter zu drücken wäre unverantwortlich.

Vorruhestand

IG Metall verliert erneut

Die Vorruhestandsregelung der IG Metall ist unzulässig, weil Frauen nur bis zum 60., Männer aber bis zum 63. Lebensjahr von ihr profitieren. Dieses Urteil des Arbeitsgerichts Frankfurt/M. vom Frühjahr 2001 (*einblick* 7/01) hat das Landesarbeitsgericht (LAG) Hessen bestätigt. Gleichzeitig hat das LAG die Revision beim Bundesarbeitsgericht zugelassen. Die IG Metall hat sich jetzt entschieden, in Berufung zu gehen. Geklagt hatten ehemalige Mitarbeiterinnen. •

DGB-Bildungswerk

Mehr Migranten in die Ämter

Im öffentlichen Dienst sind ausländische Auszubildende und Beschäftigte sehr stark unterrepräsentiert. Deshalb hat das DGB-Bildungswerk das Projekt „Fremdenfreundliche öffentliche Betriebe und Verwaltungen" gestartet. Es soll Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zur Beschäftigung im öffentlichen Dienst erleichtern und – umgekehrt – den Ämtern helfen, besser auf Kunden mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen einzugehen. Angeboten werden ein interkulturelles Training und eine Begleitung dieses Qualifizierungsprozesses über drei Jahre. •

Renate.Huppertz@dgb-bildungswerk.de

IG Metall-Zukunftsdebatte

Raus aus der Rekrutierungsfalle

Die IG Metall will ihre Politik und Programmatik von Grund auf modernisieren. Der Prozess ist beteiligungsorientiert und offen, hat Jupp Legrand im einblick betont.[1] Ulrich Mückenberger sagt, wie sich die Gewerkschaften verändern müssen, um nicht länger mit dem Rücken zur Wand zu stehen.

„Die Gewerkschaften stehen in der schwierigsten Umbauphase nach 1945" schreibt Jupp Legrand – vor der Notwendigkeit der programmatischen Erneuerung, der strukturellen Reform und der stärkeren Mitgliederorientierung. Das Kernproblem findet sich im Zukunftsreport: „Die IG Metall spiegelt in ihrer Mitgliederstruktur die bundesrepublikanische Industriegesellschaft der 60er bzw. der 70er Jahre wider". Das Problem lautet ganz einfach: **Wie können die Gewerkschaften ihre Mitgliederstruktur auf die Höhe der Zeit bringen?**

Es geht um die Bewältigung der „Rekrutierungsfalle": Die Politik von Organisationen – auch gewerkschaftlichen – wird von dominierenden Teilgruppen bestimmt. **Die unterlegenen Teilgruppen finden sich in der Politik der Organisation nicht wieder –** sie treten aus oder gar nicht erst ein. Dadurch wird die Organisation in ihrer dominanten Interessenorientierung verfestigt. Dieser Teufelskreis wird dramatisch, wenn sich die Kluft zwischen Mitglieder- und Beschäftigtenstruktur weiter öffnet. Davon müssen wir heute – besonders im Metallsektor – ausgehen. Die Gewerkschaften müssen deshalb alles daran setzen, dieser Rekrutierungsfalle zu entkommen.

Der Mitgliederrückgang des DGB allgemein ist bekannt. Dramatisch ist dabei

- das Alter: Bei der IG Metall sind rund 22 Prozent der Mitglieder Rentner, der Anteil von Mitgliedern unter 25 sinkt seit Jahren auf heute ca. 7 Prozent. Bei ver.di sind 16,7 Prozent über 60 und nur 5 Prozent unter 28 Jahre alt.
- die Geschlechterdimension: Die IG Metall ist eine männlich geprägte Organisation – gewiss mehr als ver.di. Die Zukunft der Erwerbsarbeit ist zwar nicht weiblich dominiert, aber doch weiblich geprägt.
- Status und Bildungsprofil: In der IG Metall sind überproportional viele Arbeiter. Mit 17 Prozent Angestellten liegt die IG Metall weit unter dem Branchendurchschnitt, die Zukunft gehört aber den Angestellten und den höher Qualifizierten.

Wege aus der Rekrutierungsfalle erfordern **energische gewerkschaftliche „Vorleistungen" mit Blick auf Jugendliche, Frauen und hoch Qualifizierte.** Es gibt spezifische Anforderungen, von deren Berücksichtigung die Organisationsbereitschaft dieser Teilgruppen abhängt. Jugendliche verlangen in der IT- und Wissensgesellschaft mehr Weiterbildung, lebenslanges Lernen. Frauen wollen gleiche berufliche Chancen der Geschlechter bei stärkerer Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Beruf und außerberuflicher Lebensführung. Hoch qualifizierte Angestellte sind eher für flexible und dynamische als für standardisierte Arbeitszeitmodelle.

Solche Anforderungen **fügen sich nicht einfach zu einem gewerkschaftlichen Politikmodell zusammen.** Sie lassen sich nicht ohne



Ulrich Mückenberger, 57, lehrt Arbeitsrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg (HWP) und ist Mitglied des Wissenschaftlerforums „Hattinger Kreis".

weiteres mit bewährten Politikmustern unter einen Hut bringen – die Forderungen nach lebenssichernden Einkommen, festen, verlässlichen Arbeitszeiten und klarer Trennung von Arbeit und außerberuflichem Leben sind ja nicht einfach hinfällig. Nur klar ist: Wenn diese neuen Prioritäten nicht zu **überzeugend vorgetragenen Bestandteilen gewerkschaftlicher Politik** werden, werden die Gewerkschaften noch weniger Anklang finden. Dann setzt sich die Rekrutierungsfalle fort – und die Gewerkschaften werden sich als Element der Industriegesellschaft der sechziger und siebziger Jahre erschöpft haben.

Die Gewerkschaften müssen **ihren Arbeits- und Interessenbegriff erweitern und ihr Vertretungsmandat neu definieren,** um bei jungen, bei besser qualifizierten, vor allem auch bei bisher gewerkschaftsabstinenten Arbeitnehmerinnen „anzukommen". Dabei geht es um die Entwicklung neuer Leitbilder von Arbeit und Leben, die Erprobung neuer, dezentraler Organisations- und Partizipationsformen, um die Ausbildung von kommunikativer und sozialer Kompetenz und um die Bereitschaft zur Öffnung für andere Organisationskulturen.

Es gibt **keine Alternative zwischen „Kerngeschäft" und „Zusatzgeschäft" der Gewerkschaften.** Nur wenn die Gewerkschaften ihre erweiterte Aufgabenstellung akzeptieren, werden sie – selbst im Kernbereich – noch zu effektiver Betätigung in der Lage sein. •

1 Jupp Legrand, Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit, *einblick* 5/02

Vergessenes Potenzial

Das Image der Gewerkschaften ist besser als ihr Organisationsgrad. Selbst bei den bislang kaum organisierten Arbeitnehmergruppen, bei den Jüngeren, Frauen und IT-Beschäftigten, wäre ein Drittel aller Nicht-Mitglieder bereit, einer Gewerkschaft beizutreten, wenn sie angesprochen würden. Bei den 16- bis 24-Jährigen würden diesen Schritt 6 Prozent „sicher" und 30 Prozent „vielleicht" machen.
Bei den Frauen trifft das auf 31 Prozent (2 % „sicher", 29 % „vielleicht") und im IT-Bereich auf 30 Prozent (5 % „sicher", 25 % „vielleicht") aller Nicht-Mitglieder zu. Das hat die IG Metall im Rahmen ihrer Zukunftsdebatte ermittelt.

Aber ein höherer Organisationsgrad setzt einen Wandel der Gewerkschaften voraus: Nur 16 Prozent aller befragten Beschäftigten meinen, dass die IG Metall klare Konzepte für die Zukunft hat, 42 Prozent glauben das nur mit Abstrichen. Fast ein Drittel (28 %) hält die IG Metall hingegen für eine „veraltete und schwerfällige Organisation". Diesen Spagat zu überwinden ist das Ziel der noch bis Juni laufenden „Zukunftsdebatte" der IG Metall.

Im Internet
www.igmetall.de/zukunft
Beiträge zur Zukunftsdebatte der IG Metall

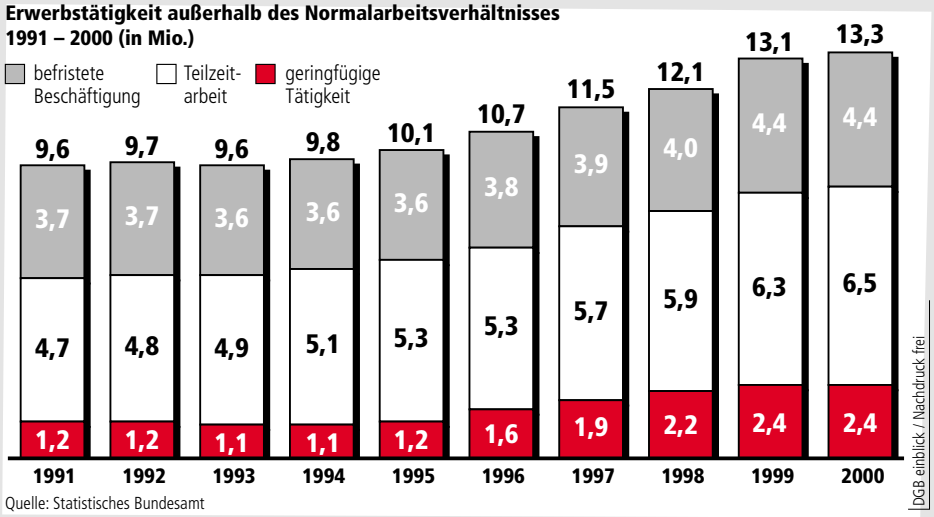
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

ERWERBSARBEIT: Neue Arbeitsformen gewinnen an Gewicht

Während die Zahl der Erwerbstätigen in den vergangenen zehn Jahren mit 30 Millionen im Jahr 2000 gegenüber 29,7 Millionen 1991 nahezu konstant geblieben ist, stieg die Zahl der Erwerbstätigen außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses um mehr als ein Drittel: von 9,6 auf 13,3 Millionen. Den stärksten Zuwachs gab es mit plus 50 Prozent bei den geringfügig Beschäftigten und bei der Teilzeitarbeit. Sie wuchs in den vergangenen zehn Jahren um fast 2 Millionen Beschäftigte: von 4,7 auf 6,5 Millionen.



Quelle: Statistisches Bundesamt

personalien

••• ***Marion Tetzner,*** 49, Redakteurin und zuletzt Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des IT-Dienstleisters Teles AG in Berlin, ist seit dem 1. April verantwortliche Redakteurin der GdP-Zeitschrift *Deutsche Polizei*.

••• ***Jochen Leibig,*** 29, Herstellungsassistent und Online-Redakteur bei der Büchergilde Gutenberg, ist seit dem 15. März für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Büchergilde verantwortlich.

••• ***Wolfgang Pieper,*** 48, leitet seit 1. März das Büro des Bundesvorstandes der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Er folgt Walter Eberhardt, der in Altersteilzeit gegangen ist

14 TAGE

10./11.4. Bundesseniorenkonferenz der GdP, Bayreuth

11.4. DGB und IG BCE Saar, Energiekonferenz „Unsere Kohle kann mehr", Saarbrücken

11.-13.4. TRANSNET, Vier-Länder-Treffen der deutschsprachigen Eisenbahnergewerkschaften, Kirchberg (Tirol)

14.-16.4. DGB West, Beteiligung an der Frauenprojektmesse, Zweibrücken

15.4. Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Kommune im Wettbewerb", Detmold

17.4. DGB Niedersachsen, Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsrates Ems-Nord-Niederlande, Groningen

Tipp

***Buch:* Sylvia Honsberg, Frauenlos, Geschlechterverhältnisse in den Gewerkschaften, VSA-Verlag, Hamburg 2001, 174 Seiten, 12,80 €**

Programmatisch hat sich die Gewerkschaftswelt längst gewandelt, geht auch Gewerkschaftern das Bekenntnis zur Frauenförderung mühelos über die Lippen. Selbst das anfangs gemiedene „Gender Mainstreaming" darf inzwischen in keiner 1.-Mai-Rede mehr fehlen. Doch die Realität in den Gewerkschaften sieht oft anders aus. Noch immer wirken dort die subtilen Mechanismen der Ausgrenzung, wird Frauen der Zugang zu Führungspositionen erschwert, sind sie bei Wahlfunktionen mehr als nur unterrepräsentiert.

Wie Frauen ihre eigene Ausgrenzung erleben und welche Strategien sie entwickelt haben, um in der männlich dominierten Gewerkschaftswelt Karriere zu machen, hat Sylvia Honsberg am Beispiel der IG BAU untersucht. Eine Gewerkschaft, die nicht nur mit dem Bauhauptgewerbe eine Branche organisiert, in der es bis vor wenigen Jahren ein faktisches Arbeitsverbot für Frauen gab, sondern die mit dem Gebäudereinigerhandwerk auch für eine jener vermeintlichen Frauendomänen zuständig ist.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Das 21. Jahrhundert muss ein Jahr der Bildung werden."

Titel eines Antrags der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, zitiert aus den Unterlagen der Antragsberatungskommission für den DGB-Bundeskongress vom 27. bis 31. Mai in Berlin.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 15.04.2002 7/02

DGB

inhalt

Seite 3
Folgenschwere Kehrtwende
Immer mehr Arbeitslose werden an Leiharbeitsfirmen vermittelt

Seite 5
GATS – ein Kürzel mit Sprengkraft
Privatisierung aller Dienstleistungen – wie die Globalisierung in Deutschland Einzug hält

Seite 7
Das Schicksal entscheidet sich in der Fläche
Peter Deutschland zieht eine Bilanz der Organisationsreform des DGB

BETRIEBSRATSWAHLEN
30. April, 12 – 14 Uhr
Telefon-Hotline mit DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer
0180/2340000

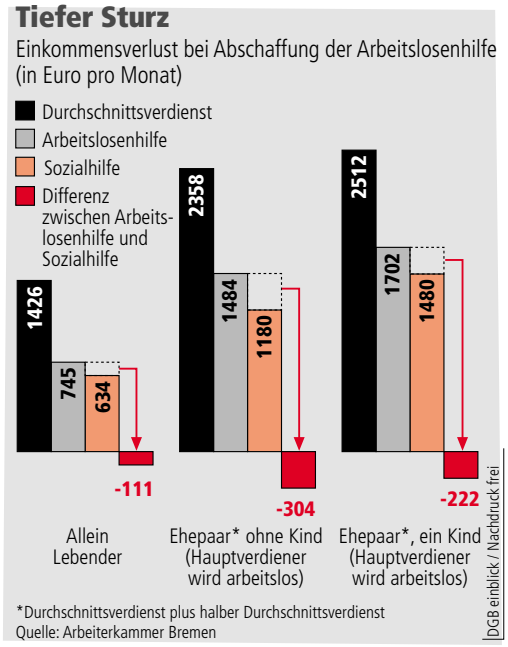
Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

Kooperation ja, Systembruch nein

Rot-Grün ist abgetaucht, Regierung und Koalitionsfraktionen üben sich in Geheimniskrämerei: Dass SPD und Grüne nach der Bundestagswahl Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe verschmelzen wollen, bestreiten sie zwar nicht mehr. Ob die geplante Zusammenlegung beider Leistungen aber – wie vom DGB befürchtet – früher oder später auf eine Kürzung oder gar auf die völlige Abschaffung der Arbeitslosenhilfe hinausläuft, das verschweigt die Bundesregierung. Doch ihr Schweigen ist beredt: Niemand dementiert überzeugend die von gewerkschaftlicher Seite geäußerte Befürchtung.

SPD-Generalsekretär Franz Müntefering behauptet zwar, die Zusammenlegung würde die Vermittlung der Bezieher von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in den Arbeitsmarkt verbessern. Nur wirkt er wenig glaubwürdig. Bei der Vermittlung unterscheiden die Arbeitsämter schon jetzt nicht zwischen beiden Gruppen.

Dass Arbeitsämter und Sozialämter besser kooperieren müssen, wird vom DGB nicht bestritten, im Gegenteil. Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy: Der Doppelbezug von Arbeitslosenhilfe (Alhi) und Sozialhilfe – das betrifft allerdings nur 15 Prozent der 1,5 Millionen Alhi-Bezieher – führe „unbestreitbar" dazu, dass sich keine der beiden Institutionen ausreichend für die Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt engagiere. Deshalb solle die Verzahnung beider Ämter weiterentwickelt werden, um ihre jeweiligen Kernkompetenzen besser zu nutzen; das eine sei in arbeitsmarktpolitischen, das andere in sozialen Fragen kompetenter.



Fiele die Arbeitslosenhilfe weg, müsste ein Arbeitsloser nach zwölf Monaten Arbeitslosengeld-Bezug sofort mit 634 Euro Sozialhilfe auskommen. Das wären 111 Euro weniger als die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe. Für ein Ehepaar ohne bzw. mit einem Kind beträge dieser Zusatzverlust 304 bzw. 222 Euro im Monat. Mehr Infos und Modellrechnungen: *www.labourcom.uni-bremen.de/~jsteffen/sozialpolitik*

Noch weiter als Rot-Grün gehen CDU/CSU und FDP. Sie haben bereits im Bundestag beantragt, die Arbeitslosenhilfe durch „eine einheitliche Leistung" zu ersetzen, also abzuschaffen.

Die Folgen wären dramatisch: Bezieher von Arbeitslosengeld würden übergangslos in die Sozialhilfe fallen, kein Kindergeld mehr erhalten und keine Rentenansprüche mehr erwerben. Der Druck auf die finanzschwachen Kommunen würde wachsen und zur weiteren Absenkung der Sozialhilfe führen. Auch der Druck, jede Arbeit anzunehmen, würde erhöht – und damit der Druck auf Löhne und Gehälter verschärft. Letztlich stünden Akzeptanz und Legitimation der Arbeitslosenversicherung insgesamt auf dem Spiel, wenn trotz jahrzehntelanger Beitragszahlung nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit nur noch Anspruch auf Fürsorgeleistung bestünde. •

plusminusBERLIN

+ ***Ein weltweites völkerrechtliches Verbot des Klonens von menschlichen Embryonen fordert die Bundestagsabgeordnete Monika Knoche, Bündnis 90/Die Grünen. Ein parteienübergreifender Gruppenantrag dazu sei in Vorbereitung.***

– ***Kassenpatienten sollten, damit sie nicht unnötig zum Arzt gehen, niedrigere Beiträge zahlen, wenn sie die Behandlungskosten zum Teil selbst übernehmen. Dafür plädiert Gerald Weiß, Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion.***

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.riester-produkte.de
Beste Website in Sachen Förderrente (Testergebnis der Zeitschrift „Der Wirtschaftsjournalist")

Im Faxabruf
0211 / 43 01 659
„Globalisierung gerecht gestalten" Mai-Aufruf des DGB

Mai-Aufruf

CDA kopiert DGB

Zum ersten Mal verzichtet die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) in diesem Jahr auf einen eigenen Aufruf zum 1. Mai. Statt dessen übernehmen die Sozialauschüsse den Mai-Aufruf des DGB von 1998. Damals hatten die DGB-Gewerkschaften unter dem Motto „Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" für einen Politikwechsel geworben. Dieser Aufruf sei angesichts des dramatischen Ausmaßes der Arbeitslosigkeit „heute brandaktuell", so die CDA. Besonders gefallen hat ihr offenbar dieser Satz im seinerzeitigen DGB-Aufruf: „Entweder machen die Regierenden eine andere Politik, oder andere Politikerinnen und Politiker müssen kommen." •

Fragenan ...



Foto: Rüdiger Möller

Hans-Jürgen Arlt, 54, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des DGB, war einer der Verantwortlichen für die „K´98", die Kampagne des DGB zur Bundestagswahl 1998, mit der die Gewerkschaften unter dem Slogan „Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" für einen Politikwechsel eingetreten sind.

■ Du hast den DGB-Mai-Aufruf des Jahres 1998 mitgeschrieben, mit dem die DGB-Kampagne 1998 gestartet ist. Wie gefällt es dir, dass sich die CDA den Text für 2002 zu Eigen macht?

■ *Sehr gut, pfiffige politische Ideen gefallen mir immer. Verdorben wird das Vergnügen, weil ich noch im Ohr habe, wie gewerkschaftsfeindlich und kohlgläubig die CDA 1998 auf den Aufruf reagierte. Die Scheinheiligkeit der CDA wird nur von ihrer Bedeutungslosigkeit übertroffen.*

■ Apropos Wahlkampf: Ist der DGB nun für oder gegen Schröder? Und was hält er von Stoiber?

■ *Ob die Gewerkschaften Reden schwingen oder schweigen, ob sie ein paar Millionen Euro oder keinen Cent für Wahlkampf-Kommunikation ausgeben, immer werden die politischen BeobachterInnen unterstellen, wir würden es für oder gegen jemanden tun. Das ist normal. Aber wir müssen nicht mitspielen, jedenfalls nicht so, wie in den letzten Wochen: heute hü, morgen hott, übermorgen Hottentott.*

■ Aber der DGB muss doch wissen, ob er mehr für den Kandidaten oder den Kanzler ist?

■ *Die Wählerinnen und Wähler müssen das am 22. September wissen. Der DGB muss seine eigenen politischen Ziele kennen, seine zentralen Themen setzen und entscheiden, wo er mitmacht oder wann er protestiert – ohne nach links oder rechts zu schielen.*

■ Der DGB hält sich also im Wahlkampf zurück?

■ *Im Gegenteil, die Gewerkschaftspolitik nimmt im Wahlkampf keine Auszeit. Die Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit darf gerade in dieser politisierten Atmosphäre nicht zu überhören sein. Niemandes Vormund sein wollen, keinem nach dem Mund reden und das Maul in eigener Sache weit aufmachen, das könnte unsere Wahlkampfmaxime sein.*

Duale Berufsausbildung

IG Metall kritisiert Bundesregierung

Die duale Berufsausbildung ist ein Erfolgsmodell, dem die politische Unterstützung durch die Bundesregierung fehlt. Diesen Vorwurf hat IG Metall-Vorstand Erwin Vitt, zuständig für die Bereiche Jugend und berufliche Bildung, während einer Vertrauensleutetagung Ende März erhoben. Nicht die duale Ausbildung sei überholt, sondern eine Politik, die sich vor den notwendigen Problemlösungen drücke.

In den neunziger Jahren sei es zwar mit der Entwicklung von rund 40 neuen Berufen zu einem regelrechten „Entwicklungsschub" des dualen Systems gekommen. Dies sei aber nicht auf die Initiative der Bundesregierung zurückzuführen, sondern auf die Innovationsfähigkeit des von neoliberalen Kritikern oft gescholtenen „korporatistischen Systems der Sozialpartner". Zu den vordringlichen Aufgaben der Politik zählt Vitt neben einem Bundesrahmengesetz für die Weiterbildung die Reform des Berufsausbildungsgesetzes. Obwohl heute die meisten Auszubildenden bereits bei Ausbildungsbeginn volljährig seien, gelte das Gesetz eigentlich nur für Jugendliche bis 18 Jahre. Zudem fordert Vitt die Einführung einer Ausbildungsabgabe. •

wiewardiewoche?



Katharina Jendis, 36, ist Jugendbildungsreferentin im Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern des DGB-Bezirks Nord. Seit Wochen kennt sie fast nur noch ein Thema: die Vorbereitung der Job Parade am 1. Mai in Schwerin.

„Momentan nimmt die Vorbereitung der Job Parade in Schwerin sehr viel meiner Zeit in Anspruch. So trifft sich die Arbeitsgruppe Job Parade regelmäßig, inhaltlich und organisatorisch muss eben alles bis ins Detail stehen. Die Plakate liegen gedruckt vor und müssen verteilt werden, wir müssen über Aktionen während der Job Parade sprechen, und nicht zuletzt steht nun auch die Reihenfolge der beteiligten Wagen fest. Insgesamt hatten wir 70 Anfragen, aber nur 20 können an der Parade teilnehmen.

Mit dem NDR-Team treffen wir uns die Woche noch vor Ort, weil natürlich auch die einstündige Live-Sendung vorbereitet sein muss. Zwei Ehrenamtliche und die ehemalige Landesjugendsekretärin Lisanna Straka begleiten die Übertragung der Schweriner Job Parade als ModeratorInnen. Redaktionelle Arbeiten stehen auch noch für die Schweriner Volkszeitung auf dem Programm. Die acht Seiten umfassende Beilage in der Tageszeitung der Landeshauptstadt bietet Raum für unsere Werbung – aber sie muss eben auch unterhaltsam und informativ sein. Gemeinsam mit Redakteuren füllen wir diese Seiten.

Wir müssen zum Beispiel auch über Sonderzüge aus den neuen und erstmals auch den alten Bundesländern informieren.

Ihren Abschluss findet die Woche mit meinem ‚Kassentag': unschwer zu erkennen, dass es da um Finanzen geht, um das Thema Sponsoren und öffentliche Mittel. IG Metall Küste, AOK und die Sparkasse Schwerin, das Landesjugendamt, der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und die Stadt Schwerin helfen mit, dass die Veranstaltung für den DGB Mecklenburg-Vorpommern überhaupt finanzierbar bleibt."

Arbeitsvermittlung

Kehrtwende bei den Arbeitsämtern

Von der Öffentlichkeit nahezu unbeachtet, vollzieht die Bundesanstalt für Arbeit (BA) eine folgenschwere Kehrtwende: Immer mehr Arbeitslose werden an Leiharbeitsfirmen vermittelt, müssen somit auch Jobs zweiter Klasse annehmen.

Untersuchungen zeigen: LeiharbeitnehmerInnen arbeiten häufiger als andere unter Bedingungen, die ihre Gesundheit gefährden, und sind öfter in Unfälle verwickelt. Sie verdienen zudem vielfach weniger als vergleichbare Beschäftigte in den Betrieben, an die sie ausgeliehen werden. Laut einer Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sind die Löhne und Gehälter von Unternehmen, die Arbeitskräfte verleihen – die Branche selbst spricht vornehm von „Zeitarbeit" – um 30 bis 40 Prozent niedriger als die vergleichbaren Entgelte in der Gesamtwirtschaft. Die Tarifverträge der Unternehmen, an die LeiharbeitnehmerInnen ausgeliehen werden, gelten für diese nicht.

Zu Zeiten des früheren Arbeitsförderungsgesetzes (AFG), also bis 1998, galt Leiharbeit auch für die Nürnberger Bundesanstalt in der Regel als Arbeit zweiter Klasse. So hieß es in der damals geltenden Durchführungsanweisung zu Paragraph 103 AFG: „Die Tätigkeit als Leiharbeitnehmer ist wegen des häufigen Wechsels des Arbeitsplatzes mit besonderen Erschwernissen verbunden." Die BA folgerte daraus: Ist eine Vermittlung in eine den Fähigkeiten des Arbeitslosen besser angepasste Beschäftigung möglich, liegt kein rechtswirksames Arbeitsangebot vor. Im Klartext: In der Regel galt die Vermittlung in Leiharbeit als nicht zumutbar.

Doch das änderte sich. In einem Runderlass vom 14. Juli 2000 stellt die Bundesanstalt fest: „In vielen Arbeitsamtsbezirken wird bereits mit Verleihern gut und erfolgreich zusammengearbeitet, in anderen hingegen ist dies noch nicht so. Oftmals bestehen noch Vorbehalte." Diese Vorbehalte sollen – so der erklärte Wille der BA – ausgeräumt werden. Daher hat sie zusammen mit dem Bundesverband Zeitarbeit „Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und Verleihern" erarbeitet. Wichtigstes Ergebnis aus Verleiher-Sicht ist dabei deren Gleichstellung mit „normalen" Firmen: „Verleiher sind Arbeitgeber, die am Beschäftigungsmarkt mit einer besonderen Dienstleistung, der Überlassung von Arbeitnehmern, agieren. Sie werden deshalb bei der Arbeitsvermittlung wie jeder andere Arbeitgeber behandelt", erklären Verleiher und BA übereinstimmend.

Dementsprechend besteht inzwischen ein immer größerer Anteil der Vermittlungsangebote der Arbeitsämter aus Jobs bei Leiharbeitsunternehmen. In manchen Arbeitsamtsbezirken sind es bereits knapp 20 Prozent – Tendenz steigend. Umgekehrt ist aus der Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern für viele Verleihfirmen mittlerweile die wichtigste Quelle ihrer Personalbeschaffung geworden. Zum Problem werden Jobs für Arbeitslose bei Verleihfirmen vor allem dann, wenn nicht klar ist, wie viel diese Firmen zahlen und wo ihr Einsatzort ist. Dieses Problem wird von der Bundesanstalt für Arbeit und dem Bundesverband Zeitarbeit schlicht ignoriert. •

?...nachgefragt



Wie beurteilen die Gewerkschaften die zunehmende Vermittlung von Arbeitslosen in Leiharbeit? Das fragte *einblick* Wilhelm Adamy, 52, den Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Die Vermittlung von Arbeitslosen an Verleihfirmen kann zu Lohndumping und Deregulierung führen. Deshalb ist hier Transparenz besonders wichtig. Über die angebotenen Löhne und Arbeitsbedingungen sollten die Ämter genau Bescheid wissen und die Verleiher umfassend informieren. Der DGB hat mit dem Job-Aqtiv-Gesetz zumindest durchsetzen können, dass den Leiharbeitnehmern nach zwölf Monaten Einsatz im Entleihbetrieb die gleichen Löhne gezahlt werden müssen wie vergleichbaren Beschäftigten dieses Betriebes. Grundsätzlich dürfen Arbeitnehmer jetzt bis zu 24 Monate – statt vorher zwölf Monate – an ein und dasselbe Unternehmen verliehen werden.
Welche weiteren gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen zum Schutz der Leiharbeitnehmer notwendig sind, wird demnächst auf dem DGB-Bundeskongress entschieden. Der DGB begrüßt den Richtlinien-Entwurf der EU-Kommission, der eine weitgehende Gleichberechtigung zwischen den Beschäftigten bei Ver- und Entleihfirmen vorsieht. Die Verleiher sollten auch mehr für die Aus- und Weiterbildung tun. In Frankreich sind die Verleihbetriebe zum Beispiel verpflichtet, zwei Prozent ihrer Lohn- und Gehaltssumme für die Weiterbildung auszugeben. Bei uns erfolgt diese Fortbildung leider oft auf Kosten der Arbeitsämter und Beitragszahler – wenn Leiharbeiter nach ihrem ersten Einsatz bei einem Entleiher wieder entlassen werden.

Tipps für Arbeitslose

Nach der Vereinbarung der Bundesanstalt für Arbeit mit dem Bundesverband Zeitarbeit können Arbeitslose nur dann an einen Verleiher vermittelt werden, wenn dieser ein konkretes Arbeitsangebot hat. Es muss stets ein schriftlicher Arbeitsvertrag abgeschlossen werden. Die Laufzeit darf – außer beim ersten Einsatz – nicht auf die Dauer der Beschäftigung beim Entleihbetrieb beschränkt werden. Das bestimmt das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG).

Der Lohn muss vom Verleiher auch dann weitergezahlt werden, wenn es gerade keinen Einsatz gibt. Löhne unterhalb des Arbeitslosengeldes sind zumindest nicht zumutbar. Wenn Verleihfirmen gegen diese und andere Schutzbestimmungen verstoßen oder mit sonst wie fragwürdigen Praktiken arbeiten, können sich die Betroffenen bei den Referaten für gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung der zuständigen Landesarbeitsämter beschweren.

Weitere Hinweise für Betroffene enthält das Kapitel „Wenn das Arbeitsamt Leiharbeit anbietet" im DGB-Ratgeber „111 Tipps für Arbeitslose", dessen aktualisierte Neuauflage mit den neuesten Gesetzesänderungen Ende April erscheint (Bund-Verlag, Frankfurt/M., 256 Seiten, 9,90 Euro).

PROJEKTE UND PARTNER

„DASNetz"

Netzwerk für außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit

Die IG Metall bietet GewerkschafterInnen, die in der außerbetrieblichen Arbeit tätig sind, seit Januar eine Plattform zum Informationsaustausch im Internet. Mit „DASNetz" will sie KollegInnen vernetzen, die in Arbeitsloseninitiativen arbeiten oder in der Seniorenarbeit aktiv sind. Mittlerweile nutzen rund 100 TeilnehmerInnen von München bis Kiel das Angebot.

„Mit dem Netzwerk wollen wir die Kommunikation zwischen den Kollegen forcieren", sagt Gisela Pieper von der IG Metall, die die Internet-Seiten betreut. So können nun die GewerkschafterInnen per Mausklick miteinander diskutieren, sich zu ihren Veranstaltungen einladen, Fragen und Anregungen ins Netz stellen.

Zudem soll die Plattform auch die politische Arbeit der GewerkschafterInnen erleichtern. Ein Moderatorenteam bestückt die Seiten mit aktuellen Infos, die speziell für die außerbetriebliche Arbeit interessant sind – etwa über die Auswirkungen der Riester-Rente für Arbeitslose oder die neuen Änderungen in der Arbeitslosenhilfeverordnung.

Wer die Plattform nutzen möchte, muss sich vorher anmelden und sich von den Netzwerk-Betreuern ein Passwort geben lassen – auch das funktioniert natürlich via Mail. •

Gisela.Pieper@igmetall.de

Fachkongress

Zukunft der Berufsbildung

Was muss die „Berufsbildung für eine globale Gesellschaft" leisten? Diese Frage diskutieren die TeilnehmerInnen eines Fachkongresses in Berlin, organisiert vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Insgesamt 44 Arbeitskreise schauen vom 23. bis 25. Oktober in die Zukunft der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Wer sich bis 31. Juli anmeldet, ist mit 195 Euro dabei. •

Tel. 0228 / 107 28 29
Fax 0228 / 107 29 82
www.bibb.de/fachkongress2002

DGB-Broschüre

In der Krise Jobs retten

Fehlen in der Rezession die Aufträge, versuchen Unternehmen durch Jobabbau Kosten zu senken. Wie Betriebsräte kurzfristige Entlassungen verhindern können, zeigt die DGB-Broschüre „Wenn Personalabbau droht". Berücksichtigt sind darin auch die Vorschriften des neuen Job-Aqtiv-Gesetzes. Die Handlungshilfe ist 130 Seiten stark und kostet 3,60 Euro. •

toennes satz & druck
Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath
Fax 0211 / 920 08 38

Arbeitslosengruppen

Aktionen für den Wahlkampf

Die von der Bundesregierung geplante Fusion von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wollen die gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen nicht hinnehmen. Mögliche Aktionen für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf stehen deshalb im Mittelpunkt der Tagung „Arbeitslosenhilfe abschaffen?" vom 29. Mai bis 2. Juni in der IG Metall-Bildungsstätte Bad Orb (Hessen). Die Teilnahme kostet 81,50 Euro. Anmeldeschluss ist der 30. April. •

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen
Marktstraße 10, 33602 Bielefeld
Fax 0521 / 967 84 22

Arbeitsschutz

Was kosten Krankentage?

Güter und Dienstleistungen im Wert von 65 Milliarden Euro konnten 1999 nicht erstellt werden, weil die Beschäftigten krank waren. Doch häufig sind die Arbeitsbedingungen selbst an den Produktionsausfällen schuld. Wie oft, das erklären Experten der Betriebskrankenkassen (BKK) während der Tagung „Kosten arbeitsbedingter Erkrankungen – Was folgt für die Prävention?" der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) am 25. April in Dortmund. •

BKK-Team Gesundheit
Rellinghauser Straße 93
45128 Essen
Fax 0201 / 179 10 30

DGB-Bildungswerk

Arbeiten am Kap

Spannenden Einblick in die Arbeitswelt Südafrikas gibt das Heft „Im Spagat in die Zukunft – Südafrika zwischen Weltmarkt und African Renaissance" des DGB-Bildungswerks. Schwerpunkt sind die lokale Arbeiterbewegung und das Engagement deutscher Unternehmen in dem Schwellenland. Einzelexemplare der Broschüre kosten drei Euro. •

DGB-Bildungswerk
nord-sued-netz@
dgb-bildungswerk.de

www.sicherheitsNet.de

Das Portal für Arbeitsschutz

Rund um den Arbeitsschutz im Betrieb informiert das kostenlose Internet-Angebot der sicherheitsNet GmbH: Ein Newsletter bringt Neuigkeiten per E-Mail auf den Bildschirm, wichtige Gesetzestexte sind online abrufbar, eine Linkliste zu Berufsgenossenschaften und Fachverlagen eröffnet ein zusätzliches Informationsspektrum. Umsatz bringen soll der virtuelle Buchladen, in dem gegen Bares Bücher und CD-ROMs bestellt werden können. •

www.sicherheitsnet.de

interregio



••• Die ***DGB-Jugend Baden-Württemberg*** lädt für den 17. bis 20. Mai zum ***Pfingstcamp 2002*** an den Bodensee ein. In Kooperation mit dem Camp-Verein Markelfingen bietet die Gewerkschaftsjugend vier Tage Familienfreizeit: Für die „Großen" werden neben Diskussionen zur Globalisierung oder zum solidarischen Gesundheitssystem ein kubanischer Abend und eine Filmnacht geboten, die „Kleinen" erwartet über Pfingsten ein „Kinderprogramm von morgens bis abends". Kinder unter sechs Jahren campen umsonst, alle anderen kostet das lange Wochenende zwischen 10 und 50 Euro. Mehr Infos und Anmeldung: Markus Kling, Tel. 0711 / 20 28 226

••• Die ***DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen*** veranstaltet am 1. Mai zum zweiten Mal die ***Job Parade NRW*** in Dortmund. Insgesamt 20 Techno- und House-Trucks ziehen am Tag der Arbeit unter dem Motto „Move 4 Future" vom Westfalenpark in Richtung Friedensplatz. Musikalisches Highlight auf dem Abschlusskonzert sind die Briten Phats&Small. Als Partner für die Parade konnte die DGB-Jugend dieses Jahr außerdem den Musiksender VIVA und das WDR-Jugendradio EinsLive gewinnen. Mehr Infos: www.jobparadenrw.de

Privatisierung aller Dienstleistungen

Stiller Ausverkauf

Weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit plant das Bundeswirtschaftsministerium in Abstimmung mit der Wirtschaft die internationale Liberalisierung deutscher Dienstleistungen. Im Hintergrund stehen dabei die Welthandelsorganisation (WTO) und ihr Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services), kurz GATS genannt – ein Kürzel mit Sprengkraft.

Auf der Postkarte ist der Umschlag einer Rechenfibel erkennbar – eindeutig gestaltet in den rotweißen Farben und der typischen Schrift von „Marlboro", darunter steht der Satz: „Was, wenn ein Zigarettenkonzern die Primarschule übernähme?" Was witzig daherkommt, ist ernst gemeint: Schweizer Globalisierungskritiker bringen so ein hochkompliziertes politisches Thema auf den Punkt, nämlich die – möglicherweise verheerenden – Auswirkungen der so genannten GATS-Verhandlungen.

Gemeint ist die weltweite Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Alle 143 Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) müssen bis Ende Juni kundtun, zu welchen ausländischen Dienstleistungsmärkten ihre nationalen Unternehmen Zugang haben wollen. Und nachdem diese Marktzugangsforderungen („requests") bekannt sind, müssen die WTO-Staaten bis Ende März 2003 erklären, welche Marktöffnungsangebote („offers") sie – umgekehrt – ausländischen Staaten beziehungsweise Investoren machen.

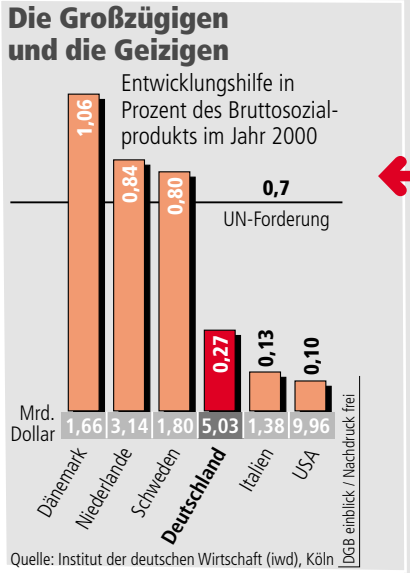
Sinn und Zweck dieser Aktionen: Handelsschranken einreißen, liberalisieren und deregulieren, kurzum: fast alle nationalen Dienstleistungsbereiche dem globalen Wettbewerb ausliefern. Das GATS-Abkommen listet zwölf Bereiche auf – auch Bildungsdienstleistungen, medizinische, soziale Dienstleistungen und Umweltdienstleistungen wie Abwasserbeseitigung und Müllabfuhr. Im Prinzip umfasst das GATS sämtliche Dienstleistungen; ausgeschlossen von der Privatisierung sind nur solche, die „in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht" werden (Art. I), wie das Militär und die Zentralbanken. Die WTO-Staaten müssen zwar nur in den Sektoren ihre Märkte öffnen, bei denen sie es für opportun halten. Sind sie aber einmal Liberalisierungsverpflichtungen eingegangen, dürfen diese nicht einmal mehr eingeschränkt werden.

Damit greift GATS sehr weit in innerstaatliche Regulierungsbereiche ein – bis hinunter auf die kommunale Ebene. Die Globalisierung hat nicht mehr nur Auswirkungen in der Dritten Welt, sondern wird zu einem lokalen Phänomen.

Dennoch wiegelt die Bundesregierung ab. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion behauptet sie, dass Befürchtungen, wonach auch Dienstleistungen der Daseinsfürsorge liberalisiert werden könnten, „im Wesentlichen unbegründet" seien (Bundestagsdrucksache 14/6702).

Der PDS-Fraktion ist das sauer aufgestoßen. Die Sozialisten möchten jetzt von der Regierung wissen, wie sie begründet, dass diese Befürchtungen unbegründet seien. Die Antwort steht noch aus. Und nicht nur diese Antwort. Die PDS-Abgeordnete Ulla Lötzer kritisiert, dass die Regierung bislang ihre GATS-Pläne „weder parlamentarisch beraten noch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht" habe.

Befürchtungen haben auch die Gewerkschaften. DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer warnt: „Das gesamte staatliche Bildungswesen könnte unter Liberalisierungsdruck geraten." Denn auch öffentliche Leistungen der Daseinsfürsorge gehörten „sehr wohl" zum Regelungsumfang von GATS.



0,7 Prozent seiner Wirtschaftskraft soll jedes Industrieland für die Entwicklungshilfe ausgeben, fordert die UN. Mit 0,27 Prozent ist Deutschland davon weit entfernt. Im Unterschied zu Dänemark, den Niederlanden und Schweden. Alle OECD-Länder haben 2000 nur 0,22 Prozent ihres Nationaleinkommens für den Süden abgezweigt, 1990 waren es noch 0,33 Prozent.

Dass die Gewerkschaften in die GATS-Verhandlungen nicht einbezogen werden, hat der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) unlängst sogar „verurteilt".

Dass die Gewerkschaften außen vor bleiben, dürfte seinen Grund haben: Das GATS-Abkommen ist Liberalisierung pur – die Verankerung internationaler Arbeits- und Sozialnormen fehlt. Dem halten die Neoliberalen in Politik und Wirtschaft entgegen, dass der Freihandel wohlfahrtssteigernd wirke. Davon ist der Kasseler Uni-Professor Christoph Scherrer jedoch nicht überzeugt. „Sowohl in theoretischer als auch in empirischer Hinsicht sind Zweifel an der generellen Annahme von liberalisierungsbedingten Wohlfahrtseffekten berechtigt, und zwar nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch für die Gesamtwirtschaft", schreibt Scherrer in einer druckfrischen Studie („GATS 2000 – Arbeitnehmerinteressen und die Liberalisierung des Dienstleistungshandels") im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. •

DGB entdeckt die Globalisierung

„Globalisierung gerecht gestalten" lautet nicht nur das Motto des DGB am 1. Mai. Auch in einem Leitantrag zum DGB-Kongress Ende Mai beschäftigen sich die Gewerkschaften mit diesem Thema. Die möglichen positiven Seiten weltweiter Vernetzung könnten sich nicht entfalten, heißt es darin, „solange die Bedingungen der Globalisierung allein von Finanzmarktakteuren und multinationalen Konzernen gesetzt werden".

Gefordert wird die Halbierung der weltweiten Armut bis 2015 und die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Öffentliche Dienste und wichtige soziale Dienstleistungsbereiche wie Bildung und Gesundheit sollten vom Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) ausgenommen werden.

Im Internet

www.attac-netzwerk.de
Infos und Links zum Thema Globalisierung

www.icftu.org (englisch)
Internationaler Bund Freier Gewerkschaften

Im Faxabruf

0211 / 43 01 677
„Solidarität und soziale Gerechtigkeit in einer globalen Wirtschaft" – Leitantrag zum DGB-Kongress (Auszüge)

kurz&bündig

TRANSNET Gewerkschaft GdED

Die Gewerkschaft TRANSNET unterstützt den Betriebsrat der Berliner S-Bahn bei den Aktionen, mit denen dieser verhindern will, dass Neonazis die S-Bahn für einen geplanten Aufmarsch am 1. Mai nutzen. Es sei keinem Fahrkartenverkäufer zuzumuten, auf einem Bahnsteig voller Neonazis Tickets zu verkaufen.

DGB

Die DGB Rechtsschutz GmbH hat 2001 insgesamt 725 Millionen Euro für Gewerkschaftsmitglieder erstritten und war an einem Viertel aller Arbeitsrechtsprozesse beteiligt. Damit ist die Rechtsschutz GmbH der größte Anbieter von Dienstleistungen im Arbeits- und Sozialrecht in Deutschland.

IG

Die IG Metall Baden-Württemberg hat mit den Metallgewerkschaften aus Österreich und der Schweiz eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Konkrete Ziele sind ein verbesserter Service für die wachsende Zahl der „Grenzgänger" unter den Gewerkschaftsmitgliedern und eine Abstimmung der Lohnpolitik.

GdP

GdP-Vorstandsmitglied Jörg Radek hat eine „Aufwertung" der Zollfahndung zu einer Bundesfinanzpolizei angeregt. Als Bundesfinanzpolizisten könnten die Zollfahnder enger mit der Polizei des Bundes und der Länder bei der Bekämpfung der internationalen Wirtschaftskriminalität kooperieren.

Bundestagswahl

IG Metall will sich einmischen

Die IG Metall wird sich „aktiv in den bevorstehenden Bundestagswahlkampf einmischen" und „für mehr Arbeit und soziale Gerechtigkeit kämpfen". Das hat der Vorstand der IG Metall nach einer mehrwöchigen, auch in anderen Gewerkschaften geführten Debatte am 9. April beschlossen. Grundlage des Beschlusses ist ein 14-seitiges Positionspapier, in dem die größte deutsche Industriegewerkschaft detailliert ihre Forderungen an die künftige Bundesregierung darstellt.

Das unter dem Titel „Wahl entscheiden. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit." stehende Positionspapier knüpft an die DGB-Kampagne zur Bundestagswahl 1998 an. Damals hatten die Gewerkschaften mit dem Slogan „Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" für einen Politikwechsel geworben. „Nach 16 Jahren kohlscher Politik sollten Arbeit und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des politischen Handelns auf der Bundesebene gerückt werden", heißt es dazu im IG Metall-Beschluss. Diese Ziele seien „auch im Wahljahr 2002 Grundlage für das wahlpolitische Engagement der Gewerkschaften". CDU/CSU und Teile der konservativen Journalisten hatten dem DGB seinerzeit „parteipolitische Einseitigkeit" vorgeworfen. Dem hält die IG Metall in ihrem Positionspapier entgegen, dass die Gewerkschaften „eine ehrliche Bilanz ziehen" müssten – „der Regierungs- ebenso wie der Oppositionstätigkeit". Unter der rot-grünen Bundesregierung seien „gemessen an der Politik der Kohl-Regierung" zwar „deutliche Verbesserungen" erreicht worden, aber „gemessen an den gewerkschaftlichen Maßstäben und den rot-grünen Reformankündigungen" seien die Erwartungen „nicht erfüllt" worden. Die Bilanz der Politik der Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP fällt aus der Sicht der IG Metall allerdings noch negativer aus: Deren Politik hätte sich seit der Ära Kohl „nicht wirklich verändert". Sie sei „nicht geeignet, mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen" und „soziale Gerechtigkeit zu vergrößern". Besonders hart kritisiert die IG Metall die Forderung von Kanzlerkandidat Stoiber, den Vorrang von Tarifverträgen vor betrieblichen Regelungen aufzuheben. Damit werde „die vom Grundgesetz garantierte Tarifautonomie abgeschafft".

Zu den konkreten Forderungen an die künftige Bundesregierung zählen aus Sicht der IG Metall die Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine auf die Vermeidung von Ausgrenzung orientierte Erneuerung des Sozialstaates, eine umfassende Bildungsreform, die Förderung der Gleichstellung sowie eine Stärkung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte durch den weiteren Ausbau der Mitbestimmung und die Einführung eines Verbandsklagerechts gegen Tarifbruch. •

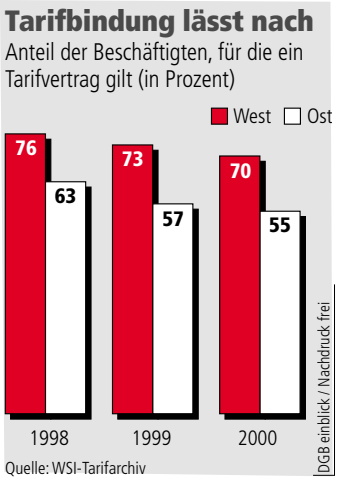
Im Faxabruf
0211/43 01 688
„Wahlen entscheiden. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit."
Positionspapier der IG Metall zur Bundestagswahl 2002

Chemie-Pensionsfonds

Genehmigungshürde genommen

Als ersten Pensionsfonds hat das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen Anfang April den „Chemie-Pensionsfonds" genehmigt. Der von der Hypo- und Vereinsbank gemanagte Fonds basiert auf dem zwischen der IG BCE und dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) im vergangenen Jahr vereinbarten Chemie-Tarifvertrag für Altersvorsorge. Der Pensionsfonds nutzt den neuen, so genannten fünften Durchführungsweg zur zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge. Pensionsfonds sind vor allem wegen der geringen Verwaltungskosten und der einfachen Durchführung interessant. Im Gegensatz zu privaten Altersvorsorgeverträgen fallen beim Chemie-Pensionsfonds zudem keine Provisionen bei Vertragsabschluss an. Um eine kritische Größe am Markt zu erreichen, haben IG BCE und BAVC Chemie ihren Fonds auch für die Beschäftigten anderer Branchen geöffnet. •

Noch sind Arbeitsbedingungen sowie Löhne und Gehälter der meisten Beschäftigten tarifvertraglich geregelt, in Westdeutschland häufiger als in Ostdeutschland. Allerdings ist der Trend seit Jahren rückläufig. Das bestätigen die jüngsten Zahlen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). In den alten Bundesländern besteht eine Tarifbindung noch für 70 Prozent, in den neuen Ländern nur noch für 55 Prozent der ArbeitnehmerInnen.



Organisationsreform des DGB

Das Schicksal entscheidet sich in der Fläche

Auf dem DGB-Kongress Ende Mai in Berlin wird die Organisationsreform des DGB auch formal mit den letzten Satzungsbeschlüssen beendet. einblick hat Peter Deutschland, den Vorsitzenden des bereits 1999 gebildeten DGB-Bezirks Nord, nach seiner Bilanz gefragt.



Foto: Manfred Witt

Peter Deutschland, 57, ist seit 1999 Vorsitzender des DGB-Bezirks Nord. Zuvor war er DGB-Vorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern.

Seit Jahren befinden sich die deutschen Gewerkschaften und der DGB als Dachverband in einem permanenten Veränderungsprozess. Das hat sich auch auf der Ebene der Landesbezirke niedergeschlagen. Der DGB Nord war 1999 der erste Bezirk, der aus der Zusammenlegung von zwei Landesverbänden (Nordmark und Mecklenburg-Vorpommern) hervorging. Ich habe mich als erster DGB-Landesbezirksvorsitzender für eine solche Zusammenlegung stark gemacht. Die Mitgliederverluste der Gewerkschaften waren ein Grund dafür. Aber **auch andere Argumente spielten eine wichtige Rolle:** Zum einen haben die meisten Gewerkschaften im Norden länderübergreifende Strukturen. Zum anderen ist der Norden eine eng zusammenhängende Wirtschaftsregion mit Zehntausenden von Pendlern zwischen Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg. Ob Struktur-, Verkehrs- oder Industriepolitik, in dieser insgesamt strukturschwachen Region hängt – abgesehen vom Zentrum Hamburg – buchstäblich alles mit allem zusammen. Deshalb war die Bildung des DGB Nord die logische Antwort auf diese Rahmenbedingungen.

Das **Modell des länderübergreifenden DGB-Bezirks ist das Modell der Zukunft –** vor allem für die kleinen und mittelgroßen Flächenländer. Und das gilt auch und vor allem für die jetzt aus mehreren Landesbezirken gebildeten neuen Bezirke, die sich damit noch schwer tun.

Natürlich bringen Zusammenschlüsse zu Beginn Reibungsverluste mit sich. Politische Zuständigkeiten müssen geklärt, unterschiedliche Organisationsabläufe aufeinander abgestimmt werden, und nicht zuletzt müssen Kolleginnen und Kollegen mit unterschiedlichem Lebenshintergrund zueinander finden.

Für den Bezirk Nord kann ich feststellen, dass dieses Zusammenwachsen gut vorangekommen ist. **In anderen Bezirken gibt es Probleme, aber diese werden sich mit der Zeit lösen.** Voraussetzung dafür ist aber eine Solidarität innerhalb der neuen Bezirke. Länderspezifische Interessen werden auch weiterhin bestehen, ihnen muss Rechnung getragen werden. Aber gleichzeitig müssen wir uns **um die Entwicklung einer länderübergreifenden Solidarität bemühen, ohne die die Neugliederung der Bezirke nur Makulatur bleibt.** Hier hatte es der DGB Nord von Anfang an leichter, weil wir keine Länderstrukturen haben.

Problematisch waren auch für uns in den letzten Jahren die finanziellen Einschnitte und die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Personalsituation. **Die Bezirke sind mittlerweile an ihre Grenzen gekommen,** wenn sie denn überhaupt noch eine politische Funktion wahrnehmen sollen. Denn nach wie vor werden an uns hohe Erwartungen gestellt. Wir agieren und reagieren gegenüber den jeweiligen Landesregierungen, wir sind das Sprachrohr aller Gewerkschaften. Gleichzeitig bilden die Bezirke die entscheidende Schnittstelle zwischen den Regionen und der Bundesebene.

Ohne einen schlagkräftigen DGB auf Bezirksebene ist die Umsetzung von Reformkonzepten in der Fläche nicht möglich. Diese Einsicht wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Zum Beispiel kann das Konzept der ehrenamtlichen vierten Ebene nur mit Hilfe der Bezirke verwirklicht werden. Das aber erfordert **eine entsprechende Mittelausstattung, sonst droht das Konzept zu scheitern.** Auch die Jugendarbeit des DGB hat nur dann eine Chance, wenn sie auf nachhaltige Bezirksstrukturen zurückgreifen kann.

Auf der Landesebene gilt: **Wer, wenn nicht die Bezirke, soll als Sprachrohr der Gewerkschaften Einfluss nehmen** auf die Politik der Landesregierungen, die – beispielsweise über Haushaltsentscheidungen – Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitssituation vor Ort haben? Wer, wenn nicht die Bezirke, soll die Aktivitäten der Regionen koordinieren?

Zu gut ausgestatteten Bezirken und einer effektiven gewerkschaftlichen Interessenvertretung auf Länderebene gibt es keine Alternative. •

Vier Ebenen

Noch stehen die letzten formalen Satzungsänderungen aus, aber in der Praxis steht die neue DGB-Struktur. Statt in zwölf Landesbezirke gliedert sich der DGB seit Anfang des Jahres in acht zum Teil mehrere Bundesländer umfassende Bezirke. Statt mit 139 Kreisen ist der DGB jetzt nur noch mit 94 Regionen vor Ort präsent.

Intern ist um diese Konzentration der Ressourcen lange und heftig gestritten worden. Sie sei ein Rückzug aus der Fläche, lautete der Vorwurf. Das Ergebnis dieser Debatte ist ein Kompromiss:

- ***Um die Präsenz des DGB am Sitz der Landesregierungen zu stärken, die nicht Sitz eines Bezirks sind, können unterhalb der Bezirksebene Landesvorsitzende als Repräsentanten des DGB gewählt werden.***
- ***Um die Präsenz des DGB auch unterhalb der Ebene der Regionen zu stärken, können innerhalb der Regionen ehrenamtliche Kreisvorsitzende gewählt werden. Das ist die neue vierte Ebene des DGB.***

Ob der Kompromiss auf Dauer trägt, muss die Praxis zeigen. Die Bezirke Hessen/Thüringen, Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt und West haben von der Möglichkeit, zusätzlich eigene Landesvorsitzende zu wählen, Gebrauch gemacht. Die Gründung ehrenamtlicher Kreise ist in den meisten Bezirken erst angelaufen.

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

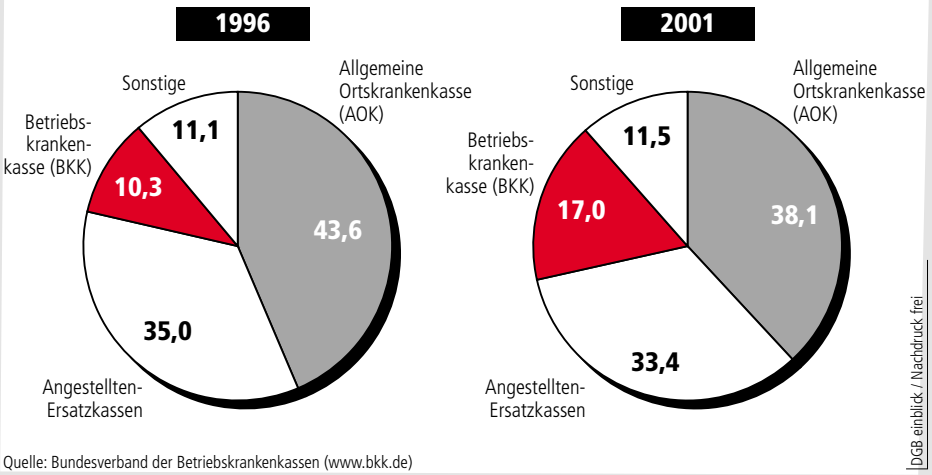
DIES & DAS

die DGB grafik

KRANKENKASSEN: Das Wechselfieber lässt kräftig nach

3,7 Millionen Krankenversicherte haben sich seit In-Kraft-Treten des Kassenwahlrechts 1996 für den Wechsel in eine Betriebskrankenkasse (BKK) entschieden (Mitgliederstand Anfang 2002: 8,9 Mio.). Deren Marktanteil erhöhte sich bis Anfang 2001 auf 17 Prozent – zu Lasten der AOK und der Angestellten-Ersatzkassen. Die Zuwachsraten der BKKs sinken aber: 2000 plus 1,2 Mio., 2001 plus 490 000 Mitglieder. Ein Grund: Auch ihre Beiträge sind gestiegen – im Schnitt auf 13 Prozent (insgesamt beträgt der Beitragssatz im Schnitt 14 %).

Marktanteile der gesetzlichen Krankenversicherungen 1. Januar 1996 und 1. Januar 2001 (in Prozent)



Quelle: Bundesverband der Betriebskrankenkassen (www.bkk.de)

personalien

••• ***Dr. Wolfgang Lutterbach,*** 48, Referatsleiter Europapolitik des DGB, ist ab dem 15. April Leiter der Abteilung Internationale und europäische Gewerkschaftspolitik. Er folgt ***Karl Feldengut,*** 55, der die Koordination des politischen Zukunftsprojekts EU-Osterweiterung im DGB übernimmt.

••• ***Ingo Schwope,*** 60, Pressesprecher der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Außenstelle Hamburg, zuvor Sprecher der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG), geht am 1. Mai in Altersteilzeit.

••• ***Margret Mönig-Raane,*** 53, stellvertretende Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, ist als Vertreterin der größten DGB-Gewerkschaft zur Vorsitzenden der Antragsberatungskommission für den DGB-Kongress im Mai in Berlin gewählt worden.

••• ***Wolfgang Römisch,*** 50, Büroleiter des niedersächsischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, ist ab dem 15. Mai Leiter des Verbindungsbüros der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zur Bundesregierung.

14 TAGE

15./16.4. ver.di, Netzwerk „Kommunen der Zukunft", Fachtagung „Kommune im Wettbewerb", Detmold

18.4. WSI, Fachtagung „Arbeitszeiten – Familienzeiten", Düsseldorf

18.4. DGB Niedersachsen/Bremen, Otto-Brenner-Forum zur Wertediskussion, Hannover

18.4. DGB Berlin-Brandenburg, Tagung „Innovative Arbeitsgestaltung – Zukunft der Arbeit", Berlin

21.4. Landtagswahl Sachsen-Anhalt

25.4. 5. Thüringer DGB-Forum „Druck von Rechts: alte und neue Rechte – ist Berlusconi bald überall?", Weimar

25./26.4. Otto-Brenner-Stiftung, Tagung „Die EU-Osterweiterung und ihre Folgen für die Sozialpartner in den Beitrittsländern", Berlin

Tipp

Buch: ***Hermann Bueren, Weiteres Fehlen wird für Sie Folgen haben! Fehlzeitenmanagement und Belegschaftsinteressen, Kellner-Verlag, Bremen 2001, 158 S., 16,90 €***

Immer mehr Beschäftigte, die nach einer Krankheit an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, müssen ihre Krankheitsgründe ihrem Vorgesetzten darlegen. Als „Fürsorge gegenüber den Mitarbeitern" deklariert, wird das „Fehlzeitenmanagement" zunehmend als Druckinstrument gegenüber ganzen Belegschaften eingesetzt. Der Ratgeber zeigt, wie Betriebsräte das verhindern können.

Schlusspunkt

„Mit einer Mund-zu-Rüssel-Beatmung hat der Pfleger Dieter Schulte im Zoo von Hannover ein neugeborenes Tapir-Baby gerettet. Mutter Conchita und ihre Tochter Carmina sind wohlauf."

Meldung im Berliner Tagesspiegel am 9.4.2002

In einem Streitgespräch mit dem früheren BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel erntete DGB-Vorsitzender Dieter Schulte kürzlich folgenden Vorwurf aus dem Publikum: ***So wie er das Maul aufreißt, könne er bei Nilpferden Mund-zu-Mund-Beatmung machen.***

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 29.04.2002 8/02

DGB

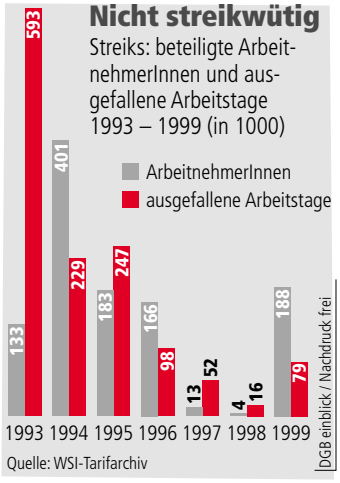
Metalltarifrunde 2002

Countdown zum Flexi-Streik

Die wichtigste Frage – die nach der Streikbereitschaft der MetallerInnen – ist keine: Selbst gewerkschaftskritische Medien bezweifeln nicht, dass die 3,6 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie hinter der Forderung der IG Metall nach 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt stehen. Auch wenn diese Gewerkschaft als straff organisiert gilt – Belegschaften zur Jagd tragen oder auf die Straße treiben kann sie nicht.

Sie muss es auch nicht, aus der Tarifverhandlung ist längst eine Tarifbewegung geworden. Seit Anfang April haben über 900 000 Beschäftigte aus knapp 3500 Betrieben an Warnstreiks teilgenommen, also jeder vierte.

Der überraschend hohe Chemie-Abschluss von insgesamt 3,6 Prozent nutzt der IG Metall. Unterhalb von Chemie kann und will sie nicht abschließen – ihrer Branche geht's besser. Zudem hat das Scheitern der Verhandlungen im Pilotbezirk Baden-Württemberg am Arbeitgeberangebot von umgerechnet 3,25 Prozent die Erwartungen der ArbeitnehmerInnen erhöht. Dort und in Berlin-Brandenburg dürften weit



Streiks sind in Deutschland eher die Ausnahme.

mehr als die nötigen 75 Prozent der MetallerInnen in der Urabstimmung für den Arbeitskampf votieren.

Bis zum geplanten Streikbeginn am 6. Mai will sich die IG Metall nicht mehr mit Gesamtmetall an einen Tisch setzen. „Nichts" könne den Zug stoppen, behauptet ihr Vize Jürgen Peters. Was so verbalradikal daherkommt, hat einen simplen Grund: Die IG Metall kann es sich nicht leisten, Urabstimmungen zu Befragungen zu entwerten. Dennoch mündet eine Urabstimmung nicht zwangsläufig in den Streik. 1994 sprachen sich in Niedersachsen zwar über 90 Prozent der MetallerInnen dafür aus, dennoch kam es noch vor Streikbeginn zu einem Abschluss, dem in einer weiteren Urabstimmung über 60 Prozent zustimmten.

Die Wahrscheinlichkeit – wenn sie denn ein Kriterium wäre – spricht gegen einen Streik: Seit 1954 ist es in der Metallindustrie nur neun Mal „zu größeren, jedoch meist regional begrenzten Arbeitskämpfen gekommen", so Reinhard Bispinck vom WSI-Tarifarchiv, das die Tarifrunde 2002 tagesaktuell dokumentiert (www.tarifvertrag.de). Auszuschließen ist allerdings, dass die IG Metall der rot-grünen Koalition zuliebe auf einen Streik verzichtet – die Tarifautonomie ist ihr heilig.

Probleme könnte der IG Metall die Frage bereiten, was denn einen Streik um ein paar Zehntel Prozent rechtfertigt. Diese Frage stellt sich allerdings der Arbeitgeberseite auch – und hebt damit ihre Brisanz auf.

Zu Konflikten führen könnte das nicht eingelöste Versprechen der Koalition, den Anti-Streikparagraphen 146 SGB III (früher 116 AFG) abzuschaffen. Das heißt, noch immer erhalten Beschäftigte außerhalb des Streikgebiets, die durch den Arbeitskampf arbeitslos werden, kein Kurzarbeitergeld.

Mit ihrem neuen Flexi-Streik-Konzept will die IG Metall diese Fernwirkungen eines Streiks beherrschbar machen: Die Streiks dauern jeweils nur einen oder ein paar Tage, beginnen bei den Endproduzenten – und bevor die Zulieferer die Auswirkungen spüren, werden auch sie in den Streik gerufen. Für die Arbeitgeber wird der Streik unkalkulierbar. •

plusminusBERLIN

+ *Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) hat die Arbeitgeber durch eine Änderung der Arbeitsstättenverordnung zu „wirksamen Schutzmaßnahmen" für Nichtraucher verpflichtet. Sie gelten erstmals ausdrücklich für alle Arbeitsstätten, „nicht nur für Pausenräume".*

– *Ex-Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) will erneut der Lohnfortzahlung zu Leibe rücken. Schon 1996 war unter der Regierung Kohl eine 20-prozentige Kürzung im Krankheitsfall durchgesetzt worden. Rexrodt: „Unser Gesetz hatte Sinn und Verstand."*

inhalt

Seite 3
Unternehmen zahlen kaum Steuern
Die Finanzämter haben 2001 mehr Körperschaftssteuer erstattet als eingenommen

Seite 5
Kann Gewerkschaft Sünde sein?
ver.di will bei den Kirchen das Streikrecht durchsetzen

Seite 7
Tarifoffensive gestartet
Das Tarifrecht im öffentlichen Dienst muss reformiert werden

BETRIEBSRATSWAHLEN
Das Kampagnen-Info des DGB
30. April, 12 – 14 Uhr
Telefon-Hotline mit DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer
0180 2 / 34 00 00

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.behc.de.vu
Die Kommunikationszentrale für behinderte und nicht behinderte Menschen

Im Faxabruf
0211 / 43 01 661
Altersvorsorge geht vor Mitarbeiterbeteiligung
Stellungnahme des DGB zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Vermögensbildung zu stärken

Weißrussland

Gewerkschaften unterdrückt

In Belarus (Weißrussland) geraten die Gewerkschaften zunehmend unter politischen Druck. Die Vorsitzenden der belarussischen Gewerkschaften haben deshalb bei einem Deutschlandbesuch auch den DGB um Unterstützung gebeten. Er will sich auf der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) im Juni dafür einsetzen, dass sich die belarussische Regierung an die IAO-Resolution zur Vereinigungsfreiheit hält. Die katastrophalen politischen Verhältnisse in Weißrussland sollen demnächst im Bundestag diskutiert werden. •

Gesundheitsreform

DGB schließt Konsens aus

Ein Konsens über eine einvernehmliche Gesundheitsreform ist nach Einschätzung des DGB nicht in Sicht. Die Interessengegensätze zwischen den Beteiligten seien zu groß, erklärte die stellvertretende Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer. Sie plädiert dafür, den Krankenkassen eine stärkere Rolle bei der Sicherstellung der ambulanten Versorgung zu übertragen – zu Lasten der Kassenärztlichen Vereinigungen. Den Überlegungen, zur Besserung der Kassen-Finanzen die Patienten stärker an den Behandlungskosten zu beteiligen und die Beiträge der Arbeitgeber zu deckeln, erteilte sie erneut eine Absage. Das wäre „ein Schritt in Richtung Zwei-Klassen-Medizin". Mit der SPD hofft Engelen-Kefer zu „gemeinsamen Lösungsfindungen" zu kommen. •

in eigener Sache

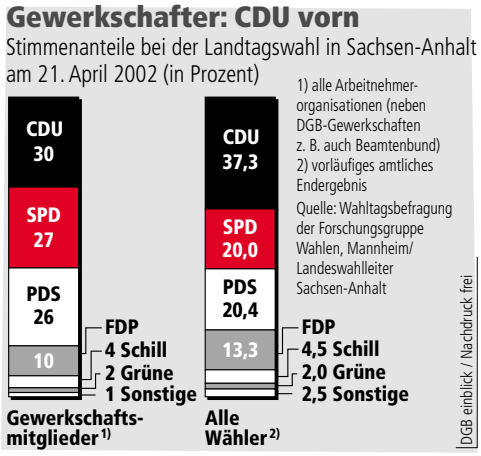
Umsonst, aber nicht von selbst. Dieses Prinzip stand bereits, als am 19. Januar 1998 der erste *einblick* erschien. Die ersten acht Ausgaben kamen frei Haus, zum Kennenlernen und Lesen, aber auch zum Bestellen. Wer nach diesen acht Ausgaben nicht reagiert hatte, bekam den *einblick* nicht mehr. Denn der neue Info-Service des DGB sollte nützlich sein. Wer ihn nicht für seine Arbeit gebrauchen konnte, sollte ihn nicht ungefragt erhalten.

Diese Ausgabe ist der 100. *einblick*. Die Auflage ist von geplanten 8000 auf 13 951 Abonnenten gestiegen. Doch bei dem Grundprinzip ist es allen anderen Veränderungen zum Trotz geblieben. Auch heute bekommt den *einblick* nur, wer ihn ausdrücklich haben will.

Zwei Erfahrungen hat die *einblick*-Redaktion in diesen vier Jahren gemacht. Die erste ist der immer wieder gehörte Satz „Ihr werdet sogar gelesen". Das Zweite ist die Erfahrung, dass man im *einblick* nichts verstecken kann, auch keine Fehler. Auch dabei soll es bleiben.

Nach einhundert *einblick*-Ausgaben übergibt **Hans-Jürgen Arlt** Ende April seine Funktion als einer der beiden Geschäftsführer der einblick Verlagsgesellschaft an **Hermann Fischer.** Für journalistische Ratschläge und als Autor bleibt er uns erhalten.

Gewerkschaftsmitglieder im Trend: Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ist auch bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen die CDU stärkste Partei geworden. 30 Prozent von ihnen votierten für die Union, 27 Prozent für die SPD. Gegenüber der Landtagswahl 1998 hat die SPD bei den Gewerkschaftsmitgliedern 13 Prozent verloren, die CDU dagegen zwölf Prozent gewonnen. Überdurchschnittlich zugelegt hat auch die FDP – von vier Prozent 1998 auf zehn Prozent 2002.



wie war die woche?



Raffaella Vitulano,
39, lebt und arbeitet als Journalistin in Rom. Sie ist zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit beim italienischen Gewerkschaftsdachverband CISL.

Die zurückliegende Woche in Rom war außerordentlich hart. Während der Vorbereitungen zum landesweiten Generalstreik trudelten permanent alle möglichen Neuigkeiten ein, die mit dem bevorstehenden Streik zu tun hatten. Da ich in meinem Job als Tageszeitungsredakteurin zuständig für das Ausland bin, erreichten mich Solidaritätsbotschaften aus allen Teilen der Welt: aus Deutschland, Frankreich und England ebenso wie aus den Vereinigten Staaten, aus Finnland und Polen.

Dann war es so weit: Am 16. April gingen 13 Millionen Menschen auf die Straße. Acht Stunden lang ging nichts mehr, schlossen sich Millionen dem Protest der Gewerkschaften gegen die so genannten Reformpläne von Ministerpräsident Berlusconi an. Gemeinsam hatten CGIL, CISL und UIL zu diesem Streik aufgerufen, der sich gegen die geplante Änderung des Kündigungsschutzartikels 18 richtete und gegen die Angriffe der Regierung auf die Sozialversicherung.

CGIL, CISL und UIL – sonst politisch völlig unterschiedlich ausgerichtete Dachverbände – haben über Presse, Rundfunk und Fernsehen alle Möglichkeiten genutzt, um die BürgerInnen Italiens für den 16. April zu mobilisieren und über die Absichten der Regierung zu informieren. Entsprechend der Entscheidung der jeweiligen regionalen Bündnisse gab es in jeder italienischen Stadt große Demonstrationen gegen die Veränderung des Kündigungsschutzes. Mit seiner Reform von Artikel 18 will Staatspräsident Silvio Berlusconi ein Gesetz aus dem Jahre 1970 aufheben, das Arbeitgeber zwingt, bereits entlassene Mitarbeiter wieder einzustellen, wenn ein Gericht den Kündigungsgrund als ungerechtfertigt ansieht. Savino Pezzotta, Generalsekretär der CISL, des italienischen Dachverbandes der Gewerkschaften der Arbeiter: „Die Regierung hat die Gespräche mit uns abgebrochen, indem sie uns erst zum Runden Tisch eingeladen hat. Dann hieß es plötzlich, die Gespräche seien nun beendet. Sie haben uns so zu verstehen gegeben, dass die Beziehungen zu den Gewerkschaften für sie eher marginal und nicht besonders wichtig sind."

Steuerpolitik

Unternehmen zahlen kaum Steuern

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank haben die Finanzämter 2001 mehr Körperschaftssteuer erstattet als eingenommen.

Angenommen, ein Arbeitnehmer entschließt sich, etwas für die Altersvorsorge zu tun. Er einigt sich mit seinem Arbeitgeber über den Abschluss einer Direktversicherung, deren Beiträge im Wege der Gehaltsumwandlung vom Arbeitgeber gezahlt werden. Und weil der Arbeitnehmer dabei erfährt, dass die Beiträge zu dieser Direktversicherung nur mit 20 Prozent pauschal zu versteuern sind, ärgert er sich darüber, dass er eine solche Regelung nicht schon viel früher getroffen hat. Gern würde er auch für die vergangenen fünf Jahre rückwirkend Beiträge entrichten und sich die zu viel gezahlten Steuern vom Finanzamt erstatten lassen. Doch da macht der Fiskus nicht mit. Rückwirkend geht so etwas nicht.

Bei Kapitalgesellschaften geht Ähnliches durchaus. In der Vergangenheit mussten sich die Unternehmen gut überlegen, ob sie ihre Gewinne an die Eigentümer ausschütten oder im Unternehmen behalten. Für ausgeschüttete Gewinne, zum Beispiel Aktiendividenden, mussten 30 Prozent Körperschaftssteuer gezahlt werden, für einbehaltene 45 Prozent (seit 1999: 40 Prozent).

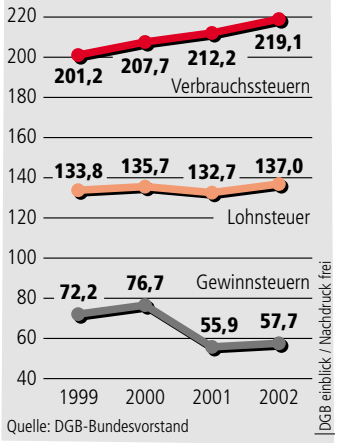
Heute, nach der Steuerreform 2000, gilt für Gewinne der Kapitalgesellschaften ein einheitlicher Steuersatz von 25 Prozent. Entschließt sich nun ein Unternehmer, die einbehaltenen Gewinne aus den Jahren vor der Steuerreform doch noch auszuschütten, kann er den Unterschiedsbetrag zwischen den einst gezahlten 40 oder 45 Prozent Körperschaftssteuer und dem heute gültigen Satz von 25 Prozent vom Fiskus zurückverlangen.

Das lassen sich Unternehmer natürlich nicht zweimal anbieten. Seit 2001 schütten sie alte Gewinne aus, was das Zeug hält. Und die Finanzämter müssen zusehen, wie ihnen das Geld zwischen den Fingern zerrinnt.

Von einem „Milliarden-Desaster" spricht der *Spiegel*. Und das *Handelsblatt* stellt fest: „Kapitalgesellschaften leisten überhaupt keinen Beitrag mehr zur Staatsfinanzierung."

Umverteilung von unten nach oben

Entwicklung der Arbeitnehmersteuern und der Unternehmenssteuern 1999 – 2002 (in Milliarden Euro)



Quelle: DGB-Bundesvorstand

Um 20 Prozent sind die Gewinnsteuern zwischen 1999 und 2002 eingebrochen.

Das liegt natürlich nicht allein an den Körperschaftssteuer-Erstattungen bei der Ausschüttung von Gewinnen aus früheren Jahren. Die Steuerreform 2000 enthält vielmehr noch eine ganze Reihe von Punkten, die die Steuerlast von Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, GmbHs) erheblich mindern:

- **Verluste** können jetzt zeitlich unbegrenzt mit zukünftigen Gewinnen steuersparend verrechnet werden, nicht mehr wie früher nur wenige Jahre.
- **Gewinne beim Verkauf** von Beteiligungen bleiben ab 2002 steuerfrei.
- **Verluste beim Wiederverkauf** von Beteiligungen konnten die Konzerne 2001 letztmalig steuermindernd geltend machen, wovon viele Firmen regen Gebrauch machten; schließlich hatten viele Tochterfirmen durch den Börsencrash erheblich an Wert verloren.

Hinzu kommt der Konjunktureinbruch, der zu weiteren ungeplanten Steuermindereinnahmen führt. Zusammen mit der politisch gewollten Absenkung der Körperschaftssteuersätze hat all dies nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums dazu geführt, dass die Einnahmen des Fiskus aus den Gewinnsteuern von 76,7 Milliarden Euro im Jahr 2000 innerhalb eines Jahres um mehr als 20 Milliarden Mark auf knapp 56 Milliarden Euro eingebrochen sind.

Allein die Körperschaftssteuereinnahmen, die im Jahr 2000 noch 23,6 Milliarden Euro ausmachten, haben sich bis auf 1,7 Milliarden Euro in 2001 praktisch verflüchtigt. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank, die sich auf dieselbe Quelle – das Bundesfinanzministerium – beruft, mussten die Finanzämter 2001 sogar 426 Millionen Euro mehr an Körperschaftssteuer erstatten, als sie eingenommen haben.

Ganz anders geht die Bundesregierung mit Arbeitnehmern als Steuerzahler um. Zwar profitieren auch sie von der Steuerreform 2000 bei der Lohnsteuer, deren Aufkommen 2001 vorübergehend leicht zurückgegangen ist. Berücksichtigt man dagegen auch die indirekten Verbrauchssteuern, die letztlich vor allem von den Arbeitnehmern getragen werden, so fallen die Steuerlastunterschiede zwischen Lohn- und Gewinneinkommen noch krasser aus.

Während die Unternehmenssteuern von 1999 bis 2002 laut Schätzung des Bundesfinanzministeriums um 20,1 Prozent sinken, steigen die Lohnsteuereinnahmen des Staates im gleichen Zeitraum um 2,4 Prozent und die Einnahmen aus Verbrauchssteuern um 8,9 Prozent. •

Korrektur rot-grüner Steuerpolitik

Die Wirtschaft verabschiedet sich langsam aus dem Kreis der Steuerzahler. Dieser Trend muss gebrochen werden, fordert der DGB. „Die Unternehmen müssen wieder mehr Steuern zahlen", so DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer. Bei der Entwicklung des Unternehmenssteuerrechts dürften nicht nur die Interessen der Wirtschaft, sondern müssten auch die des Sozialstaates berücksichtigt werden. Für Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften sollte „wenigstens ein Mindeststeuersatz" erhoben werden.

Die FDP und CDU/CSU-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber haben diesen Ball aufgenommen: Im Falle eines Wahlsieges bei der Bundestagswahl am 22. September wollen sie die Steuerbefreiung der Gewinne aus Beteiligungsverkäufen wieder rückgängig machen. Erfreut kommentierte DGB-Vorstand Putzhammer: „Fast könnte man glauben, Stoiber hätte seine Idee aus unseren Papieren übernommen."

Im Internet

www.dgb.de/idaten/steuern.pdf

„Arbeitnehmersteuern hoch – Unternehmenssteuern runter" – DGB-Studie zu den Hintergründen und Konsequenzen des Einbruchs der Gewinnsteuern

PROJEKTE UND PARTNER

Arbeitslosenarbeit

KOS kämpft ums Überleben

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit (KOS) in Bielefeld steht vor dem Aus. Ihren fünf MitarbeiterInnen ist zur Jahresmitte gekündigt worden. Der Hintergrund: Die Koordinierungsstelle wird maßgeblich vom Bundesarbeitsministerium und der Bundesanstalt für Arbeit finanziert. „Diese Finanzierung läuft zur Jahresmitte aus, und eine Anschlussfinanzierung ist nicht in Sicht", so KOS-Sprecher Uwe Kandelhardt.

Seit 15 Jahren fördert die Koordinierungsstelle das gewerkschaftliche Engagement Arbeitsloser. Über 80 Prozent der 1100 Erwerbslosenprojekte haben inzwischen gewerkschaftliche Bindungen aufgebaut.

Der DGB und die Gewerkschaften haben seit 1987 im Schnitt ein Drittel der Kosten getragen. Um das Überleben der Koordinierungsstelle zu sichern, wäre die Übernahme von 50 Prozent des Jahresetats – sprich 260 000 Euro – nötig. Drei Anträge auf dem DGB-Kongress Ende Mai fordern deshalb, dass der DGB diese Grundfinanzierung übernimmt. Antragsteller sind ver.di sowie die DGB-Bezirke Sachsen und Hessen-Thüringen. Zum Überleben beitragen können auch eine Mitgliedschaft im Förderverein und Spenden. •

Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V.
Markstraße 10, 33602 Bielefeld
www.erwerbslos.de

Nord-Süd-Netz

Brasilien im Aufbruch

Um gewerkschaftliche und demokratische Projekte in Brasilien geht es bei der Tagung „Aufbruch zu mehr Gerechtigkeit" vom 7. bis 9. Juni in Hattingen. Zu der Kooperationsveranstaltung der Evangelischen Akademien und des Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks werden auch brasilianische Gäste erwartet. Die Teilnahme an der Tagung kostet 50 Euro. Anmeldeschluss ist der 24. Mai. •

Fax 0211 / 43 01 500
manfred.brinkmann@dgb-bildungswerk.de

Christliche Metaller

Tariffähigkeit abgesprochen



Mit den Christlichen Gewerkschaften (CGM/CGD) geht die IG Metall hart ins Gericht. „Sie können nur billig – Christliche Gewerkschaften und wie sie Arbeitnehmerinteressen verkaufen" lautet der Titel einer Broschüre der IG Metall, in der sie diesen Verbänden mangelhafte Arbeit nachweist und die Tariffähigkeit abspricht. Die rund 120 Seiten starke, kostenlose Argumentationshilfe gibt's beim Vorstand und in jeder Verwaltungsstelle der IG Metall. •

IG Metall
Lyoner Straße 32
60528 Frankfurt/M.
Fax 069 / 66 93 21 28
maria.peitz@igmetall.de

Erwerbslos

Tipps zum Joberhalt

Outplacement, Transfersozialplan, Strukturkurzarbeitergeld – komplizierte Begriffe, die der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit in der Broschüre „Ideenbörse – Handlungshilfe zur präventiven Arbeitsmarktpolitik und zum Job-Aqtiv-Gesetz" leicht verständlich erklärt. Klar wird, wie Jobs auch Krisenzeiten überstehen und im Ernstfall Arbeitslosigkeit so kurz wie möglich bleibt. Das 60 Seiten starke Heft kostet drei Euro. •

Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V.
Markstraße 10, 33602 Bielefeld
Fax 0521 / 967 84 22
info@erwerbslos.de
www.erwerbslos.de

Hans-Böckler-Stiftung

Kongress zur neuen Arbeit

Soziale Verantwortung, Gesundheitsschutz und der Wandel der Erwerbstätigkeit stehen im Mittelpunkt des Kongresses „Neue Qualität der Arbeit" am 16. und 17. Juni in Berlin. Die Rednerliste ist mit Bundesarbeitsminister Walter Riester, IG-Metall-Chef Klaus Zwickel und Telekom-Vorstand Heinz Klinkhammer prominent besetzt. Die Veranstaltung wird unter anderem von der Hans-Böckler-Stiftung und der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) der Uni Dortmund organisiert. •

Universität Dortmund, INQA
Tel. 0231 / 755 41 50
Fax 0231 / 755 65 01
kongress-inqa@orgapsy.uni-dortmund.de

Ferien vom Krieg

Erholung sponsern

Im neunten Jahr schickt das Kölner „Komitee für Grundrechte und Demokratie" Kriegskinder in die „Ferien vom Krieg". Was es dazu braucht, sind Spenden. Finanziert durch Patenschaften, machten im vergangenen Jahr unter anderem serbische und albanische Kinder zusammen am Ohrid-See Urlaub und bauten wechselseitige Vorurteile ab. Eine Ferienpatenschaft kostet 130 Euro. •

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
Aquinostraße 7–11, 50670 Köln
grundrechtekomitee@t-online.de

Edition Büchergilde

Verlag gegründet

Die Büchergilde Gutenberg wird künftig mit einem eigenen Verlag auch normale Buchhandlungen beliefern. Der Philosophie der Buchgemeinschaft getreu, soll sich die „Edition Büchergilde" mit kunstvoll gearbeiteten und vor allem kritischen Lesestoff im Massenmarkt bewähren. Im Herbst werden voraussichtlich fünf Titel im neuen Verlag erscheinen. •

www.buechergilde.de

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Bayern*** hat ein ***Video zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus*** produziert. Die Kassette dokumentiert eine Diskussionsveranstaltung der DGB-Jugend. Teilnehmer waren unter anderem der stellvertretende Vizepräsident des Zentralrats der Juden Michel Friedman und der bayerische Innenminister Günther Beckstein. Das Video ist auch als Unterrichtsmaterial für die Bildungsarbeit einsetzbar. Mehr Infos: Stephan Doll, Tel. 0911 / 2 49 16 82

••• Die ***DGB-Jugend Mittelbaden*** lädt gemeinsam mit dem Stadtjugendausschuss Karlsruhe am 4. Mai zu einer ***Jugend-Parade*** ein. Unter dem Motto „Grenzenlos" werden im Rahmen der Karlsruher Europawoche Musikwagen, Tanz- und Fußgruppen sowie ein Fahrradkorso durch die Stadt ziehen. Anliegen der Parade ist es, möglichst vielen Jugendgruppen ein Forum „gegen Rassismus und Ausgrenzung in jeder Form" zu bieten. Mehr Infos: Marek Hintsches, Tel. 0721 / 9 37 77 35

Arbeiten bei der Kirche

Das Ende des kollektiven Bettelns

1,3 Millionen Beschäftigte arbeiten bei der Evangelischen und der Katholischen Kirche, bei der Caritas und der Diakonie. Die Kirchen sind nicht nur einer der größten Arbeitgeber, sondern mit über 50 Milliarden Euro Umsatz auch eines der größten Wirtschaftsunternehmen. Und trotzdem gelten hier wesentliche Arbeitnehmerrechte nicht, finden weder Tarifverträge Anwendung, noch das Betriebsverfassungsgesetz. ver.di will das mit einer Kirchen-Kampagne ändern.

100 000 Mitglieder hat ver.di bei den beiden Kirchen, einige tausend sind in anderen DGB-Gewerkschaften organisiert, bei der GEW oder der IG BAU – nicht viel angesichts von 1,3 Millionen Beschäftigten. Und trotzdem ist Günter Busch, Leiter der ver.di-Fachgruppe Kirchen und Diakonie, optimistisch. „Wir sind einer der wenigen Bereiche, die in den letzten Jahren beständig gewachsen sind" – ein Mitgliederzuwachs von immerhin ein bis zwei Prozent pro Jahr.

Zulauf erhalten die Gewerkschaften, die erst in den sechziger Jahren die Kirchen als Organisationsgebiet entdeckt haben, verstärkt, seitdem kirchliche Einrichtungen begonnen haben, massiv die Gehälter ihrer Beschäftigten zu reduzieren. Plötzlich funktioniert der lange von den Kirchen selbst gelobte „Dritte Weg" einer eigenständigen, nur für den Kirchenbereich geltenden Tariffindung nicht mehr.

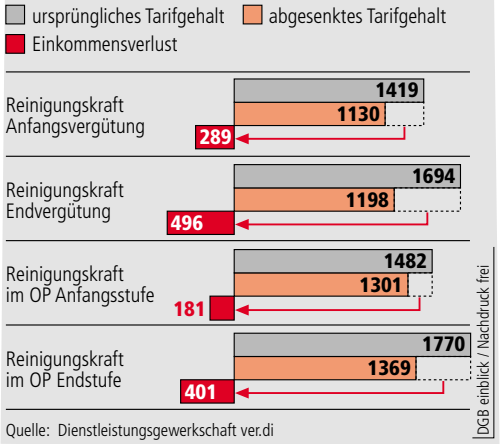
Möglich war das Ausscheren der Kirchen aus der allgemeinen Tarifpolitik, weil im Grundgesetz nicht nur die Religionsfreiheit verbrieft ist, sondern auch das Recht der Kirchen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Die Folge: Mit Ausnahme der beiden Evangelischen Landeskirchen Nordelbien und Berlin-Brandenburg und einigen wenigen Einrichtungen wie dem Christlichen Jugenddorf gibt es für den gesamten Kirchenbereich praktisch keine eigenständigen Tarifverträge („Zweiter Weg"). Stattdessen werden alle relevanten Fragen, vom Einkommen bis zur Arbeitszeit, von der Eingruppierung bis zum Kündigungsschutz, von „Arbeitsrechtlichen Kommissionen" entschieden („Dritter Weg"). Zwar sind die Kommissionen paritätisch besetzt, Tarifverträge ersetzen können ihre Beschlüsse trotzdem nicht: Dazu fehlt ihnen die Verbindlichkeit. Im Kirchenbereich kann jede juristisch eigenständige Einrichtung auch abweichende Standards beschließen. Weil die Kirchen nicht nur im Pastoralbereich tätig sind, sondern im Sozial- und Gesundheitssektor als Konkurrenz zu anderen Trägern auftreten, treffen die negativen Folgen der dort durchgesetzten Niedriglöhne oft auch die Beschäftigten außerhalb der Kirche: Ihre Tarifeinkommen geraten unter Druck. Zudem haben die Kirchen in manchen Regionen ein Monopol auf dem Arbeitsmarkt: In Nordrhein-Westfalen sind 80 Prozent der Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft, in Bayern 70 Prozent der Kindergärten.

„Kann Gewerkschaft Sünde sein?", dieser Slogan der ver.di-Kampagne trifft den Nerv der Kirchenbeschäftigten. Alte Berührungsängste scheinen verflogen zu sein, seitdem immer mehr Beschäftigte um Arbeit und Einkommen fürchten. „Trotzdem ist es ein weiter Weg, im Kirchenbereich Tarifverträge durchzusetzen", warnt Kirchenexperte Busch vor überzogenen Erwartungen. Wie in anderen Betrieben mit geringem Organisationsgrad brauchen die Gewerkschaften einen langen Atem. Erst muss die Zahl der Mitglieder erhöht werden, dann kann die Gewerkschaft mit gut vorbereiteten Warnstreiks in einzelnen Einrichtungen den Druck auf die Kirchen erhöhen, das Streikrecht auch in ihrem Bereich anzuerkennen.

Zwei Warnstreiks hat Busch seit dem Kampagnenstart bereits mit organisiert, beim Simeonsstift in Vlotho und bei der Diakonie Neuendettelsau. Noch reagieren die Kirchen auf die neue Strategie verunsichert. Busch ist sich sicher: „Entweder erkennen die Kirchen das Streikrecht an, oder es gibt einen Musterprozess bis hin zum Bundesverfassungsgericht". •

Auf dem Weg zum Niedriglohnsektor

Tarifabsenkung für Reinigungskräfte beim Diakonischen Werk durch Änderung der Arbeitsvertragssrichtlinie (in Euro)



Quelle: Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Der wachsende Kostendruck im Sozial- und Gesundheitsbereich hat in den vergangenen Jahren zu massiven Lohnsenkungen bei den kirchlichen Einrichtungen geführt. Allein durch die am 1. September 1998 eingeführte neue Arbeitsvertragsrichtlinie (AVR) sank beim Diakonischen Werk das Einkommen von MitarbeiterInnen mit einfacher Tätigkeit um bis zu 29 Prozent (Reinigungskraft, Endstufe).

Vorrang der Koalitionsfreiheit

Jahrzehnte lang haben die Kirchen Einkommen und Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten faktisch unter Ausschluss der Gewerkschaften geregelt. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will das mit ihrer Kirchen-Kampagne ändern und unter dem Slogan „Kann Gewerkschaft Sünde sein?" Tarifverträge für die 1,3 Millionen Beschäftigten durchsetzen. Dabei geht es auch um einen Verfassungsstreit:

Während sich die Kirchen auf das im Grundgesetz verbriefte Recht berufen, ihre Angelegenheiten „in den Schranken des für alle geltenden Rechtes selbst zu regeln", und auf ihren „christlichen Auftrag" verweisen, der ihnen eine Aussperrung der Beschäftigten auch bei Streiks verbiete, verweist ver.di auf den Vorrang des Grundrechts auf Koalitionsfreiheit.

Die Gewerkschaft sieht sich dabei durch ein von ihr in Auftrag gegebenes Gutachten des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Jürgen Kühling bestätigt. Darin argumentierte er, dass sich auch Religionsgemeinschaften „nicht über Grundprinzipien der Verfassung hinwegsetzen" dürfen. Der von den Kirchen entwickelte „Dritte Weg" der Lohnfindung gleiche den „weitgehenden Verlust der Koalitionsfreiheit" in den Kirchen nicht aus.

kurz&bündig

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg fordert bei Lebensmitteln klare Angaben über den Herstellungsort auf der Verpackung. Die Angabe des Verpackungsortes reiche nicht. Hier müsse Verbraucherministerin Künast „mutiger werden".

Das ver.di-Projekt connexx.av hat mit der Schweizer Mediengewerkschaft comedia eine Kooperation vereinbart: ArbeitnehmerInnen der Multimedia- und IT-Branche, die zwischen Deutschland und der Schweiz pendeln, können den gemeinsamen Service der beiden Gewerkschaften beiderseits der Grenze nutzen. Unter www.connexxnet.ch bietet comedia in Deutsch Informationen zum gemeinsamen Projekt. Eine französische und eine italienische Version sollen folgen.

Die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange fordert, dass LehrerInnen künftig stärker zu „pädagogischen Profis" ausgebildet werden. Es reiche nicht, wenn LehrerInnen als Wissenschaftler „Profis für ihr Fach" seien. Auch die Lehrerausbildung müsse auf die PISA-Studie reagieren.

TRANSNET will in der Tarifpolitik enger mit der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) und der Verkehrsgewerkschaft GDBA zusammenarbeiten. Anfang Mai soll ein Vertrag über eine „verbindliche Kooperation" unterzeichnet werden.

EGB in Palästina

Israel verhindert Gewerkschaftertreffen

Das israelische Militär hat ein Treffen von Vertretern des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) mit der Spitze des palästinensischen Gewerkschaftsbundes PGFTU verhindert. Das berichtete EGB-Generalsekretär Emilio Gabaglio nach der Rückkehr aus Israel und Palästina Mitte April. Die EGB-Delegation, der auch der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), Guy Ryder, angehörte, hatte sich während ihres viertägigen Besuchs mit lokalen PGFTU-Vertretern im Gaza-Streifen treffen können, auch mit dem Vorsitzenden des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadrut, Amir Peretz, nicht aber mit dem PGFTU-Generalsekretär Shaher Sae'd im belagerten Nablus (Palästina). Aufgrund der Belagerung ist auch dessen Teilnahme am DGB-Bundeskongress Ende Mai in Berlin gefährdet. •

DGB-Kongress

Umzugsbeschluss geplant

94 politische Anträge umfasst das Antragsberatungspaket, das in den kommenden Tagen an die 400 Delegierten des 17. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses Ende Mai in Berlin verschickt wird. Schwerpunkte der Beratung sollen Leitanträge zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung, zur Zukunft der Arbeit, zur Gleichstellungspolitik und zur Solidarität und Globalisierung im 21. Jahrhundert sein. Ein gutes Dutzend Anträge beschäftigt sich auch mit den Strukturen des DGB: von der Forderung nach einer langfristig angelegten Personalplanung im Jugendbereich über die Anwendung des Gender-Mainstreaming-Konzepts auf den DGB, bis zur Modernisierung der Gewerkschaftshäuser.

Hinzu kommen 85 Satzungsanträge. Sie betreffen vor allem sprachliche Anpassungen der Satzung an die im Zuge der Organisationsreform veränderten Strukturen. Kreise müssen in Regionen, Landesbezirke in Bezirke umbenannt werden. Außerdem steht ein formaler Beschluss aus, den Sitz des DGB nach Berlin zu verlegen. Denn trotz des bereits 1999 erfolgten Umzugs des DGB-Bundesvorstands weist die Satzung noch immer Düsseldorf als DGB-Sitz aus. Voraussichtlich ab dem 8. Mai werden alle Anträge auch auf der DGB-Homepage stehen: *www.dgb.de* •

Fragenan ...

Die Gehälter der rund 900 DGB-Beschäftigten sollen in diesem Jahr um sechs Prozent steigen, fordert der Gesamtbetriebsrat (GBR) des DGB. *einblick* hat Margot Bengl, 54, Vorsitzende des GBR und des DGB-Betriebsrates Bayern, nach der Begründung gefragt.



■ Orientiert sich der Gesamtbetriebsrat an den hohen Tarifforderungen der Gewerkschaften?

■ *Wir orientieren uns an den Tariferhöhungen für die Beschäftigten bei den Gewerkschaften, nicht an Branchenabschlüssen. Und da gibt es erheblichen Nachholbedarf. Beim DGB hat es eine Strukturreform gegeben, wir haben eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen und Sozialpläne zur Abfederung des Personalabbaus – all das hat die Tariferhöhungen der vergangenen Jahre niedrig ausfallen lassen.*

■ Wie hat der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) reagiert?

■ *Wir haben unsere Forderung am 12. März präsentiert. Bislang hat der GBV noch nicht reagiert. Erst am 8. Mai ist die erste Verhandlung.*

■ Kurz nach dem GBR hat auch der Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB) seine Forderung präsentiert. Er will acht Prozent.

■ *Das hat mich sehr gewundert. Eigentlich wäre es angebracht gewesen, dass der VGB, wenn er sich schon Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten nennt, seine Forderung mit dem Betriebsrat abstimmt. Ich frage mich, wer die Verhandlungspartner des VGB sind. Ich kann doch nicht ohne Legitimation durch die Beschäftigten Tarifforderungen aufstellen. Zudem hat der VGB seine Mitglieder vor allem im Rechtsschutz, aber kaum unter den DGB-Beschäftigten.*

■ Ihr verhandelt mit dem DGB auch über eine neue Gehaltsstruktur.

■ *Wir verhandeln bereits seit fast zwei Jahren, aber in den entscheidenden Punkten sind wir nicht weitergekommen. Der DGB will eine Leistungsbeurteilung einführen, wir lehnen das ab, weil sie als Mittel zur Disziplinierung missbraucht werden kann.*

■ Gibt es trotzdem eine Chance auf Einigung?

■ *Nur wenn wir das Problem der Leistungsbeurteilung vom Tisch kriegen. Wichtig ist, dass wir klare Anforderungsprofile definieren, dass wir uns über Qualifizierungsmaßnahmen und über ein Konzept zur Personalentwicklung verständigen. Solange dazu vom Arbeitgeber nichts vorliegt, geht das nicht. Und es geht auch nicht, dass neue Beschäftigte niedriger eingruppiert werden, ohne dass eine neue Gehaltsstruktur vereinbart worden ist. Der Betriebsrat Bayern wird dies gerichtlich klären lassen.*

ver.di-Tarifoffensive für den öffentlichen Dienst

Die Reform ist überfällig



Tobias Schürmann, 46, ist im ver.di-Tarifsekretariat zuständig für den öffentlichen Dienst.

Die ver.di-Bundestarifkommission hat am 18. April ein Konzept für die Reform des bereits 40 Jahre alten Tarifsystems im öffentlichen Dienst vorgelegt. Tobias Schürmann, Tarifsekretär beim ver.di-Vorstand, glaubt, dass das Reformkonzept auch für die im Herbst beginnenden Tarifverhandlungen hilfreich ist.

Durch ein politisches Grundsatzgespräch mit den Arbeitgebern soll zunächst deren Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen für ein einheitliches Tarifrecht im öffentlichen Dienst geklärt werden. Noch vor der Sommerpause wird sich zeigen, ob es gelingen kann, mit den öffentlichen Arbeitgebern eine Prozessvereinbarung zu verabreden. Die Bundestarifkommission hat sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Mehr als zehn Stunden haben wir noch einmal alle Argumente diskutiert – auch die Frage, ob ein Reformvorstoß zum jetzigen Zeitpunkt unsere Forderung nach einer deutlichen Einkommenssteigerung schwächt. Dass ein **einheitliches und inhaltlich grundlegend erneuertes Tarifrecht** für den öffentlichen Dienst überfällig ist, stand dabei für die große Mehrheit von Anfang an fest. Am Ende siegte die gemeinsame Überzeugung: ver.di will nach drei mageren Jahren in der ab November anstehenden Tarifrunde ausschließlich über die **dringend notwendige Gehaltsanpassung** verhandeln.

Angesichts drastischer Einnahmeeinbrüche bei den öffentlichen Haushalten besteht aber die Gefahr einer Neuauflage des fast schon gewohnten „Horrorkatalogs" der Arbeitgeber nach einer weiteren Aushöhlung des bestehenden Tarifsystems. ver.di will die **überfällige Reform des Tarifrechts** im öffentlichen Dienst. Mögliche Forderungen nach „Kompensationen" für die Lohn- und Gehaltssteigerungen laufen ins Leere. Wenn wir zu festen Verabredungen über Verhandlungen für ein neues Tarifrecht kommen, machen Kompensationen keinen Sinn.

Die Notwendigkeit der Erneuerung des Tarifrechts ist von den ver.di-Gründungsorganisationen oft analysiert worden. Nur passiert ist in den letzten zehn Jahren wenig. Mit unserem Beschluss setzen wir ein deutliches Signal: Dem Vorwurf, wir würden notwendige Reformen blockieren, setzen wir den **Entwurf eines modernen, zeitgemäßen Tarifrechts** entgegen. Dabei ist uns bewusst, wie sehr die Begriffe „Reform" und „Modernisierung" gerade im öffentlichen Sektor für den neoliberalen Abbau von Beschäftigtenrechten missbraucht wurden. Aber das hält uns nicht davon ab, unsere eigenen Reformkonzepte zu präsentieren. Allerdings wäre es eine Überforderung, den Modernisierungsprozess mit allem Wünschenswerten zu verbinden und gleichzeitig die Bezahlung der Beschäftigten erheblich verbessern zu wollen. Deshalb wäre schon viel gewonnen, wenn es gelingt:

- eine Reihe von offensichtlichen Ungleichbehandlungen bei Arbeitsbedingungen, Eingruppierung und Bezahlung zu beseitigen;
- ein Tarifrecht im öffentlichen Dienst zu schaffen, das dem Gedanken der Geschlechtergerechtigkeit durchgängig folgt;
- das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes einfacher, verständlicher und nachvollziehbarer zu machen und vom (oft unberechtigten) Vorwurf der Rückständigkeit und Beamtenbezogenheit zu befreien.

ver.di ist im letzten Herbst mit der massiven Forderung der Arbeitgeber nach **Sparten-Tarifverträgen** konfrontiert worden. Das Gleiche gilt für Krankenhäuser, Sparkassen, Bodenverkehrsdienste und die Abfall- und Entsorgungswirtschaft. Wenn wir darauf eingehen würden, hätten wir bald neben den bisher sieben „allgemeinen" Mantelwerken, den zwei bereits bestehenden Sparten-Mänteln (Versorgungsbetriebe und Nahverkehr) und den jetzt bereits sechs verschiedenen Tabellen-Niveaus (Arbeiter, Pflege, Angestellte VKA, Angestellte Bund/Länder, die beiden „Sparten" – dazu Ost) bald noch weitere unterschiedliche Mäntel und Tabellen.

Zwischen all diesen Niveaus und Mänteln einen Tarifverbund bei Lohn und Vergütung herzustellen, wäre nicht mehr darstellbar. Hinzukommt, dass aus der Unterschiedlichkeit der Mäntel auch eine unterschiedliche Rechtsprechung folgen würde. Die Folge wäre ein **Zerfall des Tarifzusammenhangs des öffentlichen Dienstes.** Dass über die dann notwendigen Spartenverhandlungen materielle Verbesserungen für die Beschäftigten durchgesetzt werden könnten, ist mehr als unwahrscheinlich. Zudem zeichnet sich die Gefahr einer Spaltung der Belegschaften ab, neu Eingestellte müssten drastische Verschlechterungen hinnehmen. Deshalb muss das Tarifrecht zusammengeführt und vereinfacht werden. Es geht um ein überzeugendes **Gegenkonzept zur Arbeitgeberstrategie der Zerschlagung des Tarifrechts** des öffentlichen Dienstes in einzelne Sektoren. •

Eckpunkte für ein neues Tarifrecht

ver.di geht in die Offensive. Frühzeitig vor der im öffentlichen Dienst erst im November beginnenden Tarifrunde 2002 hat die Gewerkschaft ein Konzept zur Reform des Tarifsystems im öffentlichen Dienst präsentiert. Die wichtigsten Forderungen:

- ***Das Tarifrecht ist einfach, klar, verständlich und nachvollziehbar auszugestalten.***
- ***Es muss ein einheitliches Tarifrecht für Arbeiter und Angestellte gelten, die Gründe für ein unterschiedliches Tarifrecht sind überholt.***
- ***Die diskriminierende Aufspaltung in Ost- und Westtarife ist zu überwinden.***
- ***Das neue Tarifrecht ist konsequent unter dem Leitgedanken Gender Mainstreaming auszugestalten.***
- ***Das Tarifrecht muss weg vom Beamtenrecht.***
- ***Unterschiedliche Regelungen für Kommunen sowie für Bund und Länder sind abzuschaffen, sie machen das Tarifrecht undurchschaubar.***

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Fax-Abruf:
0211 / 43 01 687
Einheitliches Tarifrecht im öffentlichen Dienst – Forderungen der Gewerkschaft ver.di für die Reform des Tarifsystems im öffentlichen Dienst

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

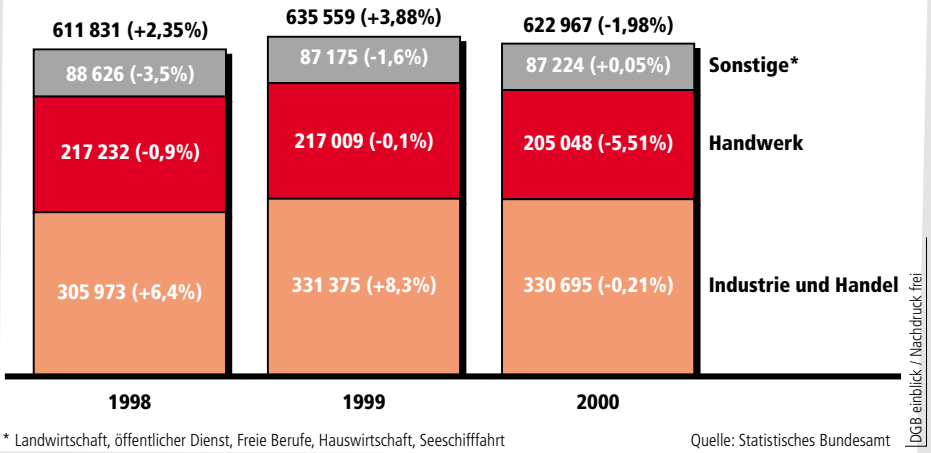
DIES & DAS

die DGB grafik

BERUFSBILDUNG: Die Auszubildenden werden bald knapp

Anlässlich der Verabschiedung des Berufsbildungsberichts hat Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn die Wirtschaft aufgefordert, qualifiziertes Personal „auf Vorrat" auszubilden. Die Betriebe müssten ihre Ausbildungsbereitschaft heute deutlich steigern. In den neuen Bundesländern wird es bereits in fünf Jahren zu einem drastischen Mangel an Auszubildenden infolge sinkender Schulabgängerzahlen kommen. Insbesondere das Handwerk hat in den letzten Jahren immer weniger Jugendliche ausgebildet.

Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Ausbildungsbereichen und Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent



* Landwirtschaft, öffentlicher Dienst, Freie Berufe, Hauswirtschaft, Seeschifffahrt

Quelle: Statistisches Bundesamt

DGB einblick / Nachdruck frei

personalien

••• ***Christian Hülsmeier,*** 44, verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift *Soziale Sicherheit*, ist seit dem 1. April Chef vom Dienst der IG BCE-Mitgliederzeitschrift *magazin*. Bis zur Entscheidung über seinen Nachfolger betreut er weiterhin auch die *Soziale Sicherheit*.

••• ***Ulf Birch,*** 47, Pressesprecher des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, ist ab dem 1. Mai Pressesprecher des ver.di-Landesbezirks Niedersachsen/Bremen.

••• ***Sigrid Wolf,*** 39, stellvertretende Pressesprecherin der Stadt Rommerskirchen und zuvor stellvertretende Leiterin der Abteilung Sozialpolitik beim DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen, ist seit dem 22. April Pressesprecherin des DGB-Bezirks NRW. Sie folgt ***Elke Hülsmann,*** 38, die nun Leiterin eines KPFM-Projekts zur Mittelstandsförderung bei der Stadt Dortmund ist.

14 TAGE

30.4. DGB-Hotline mit DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer zur Betriebsratswahl, 12.00 – 14.00 Uhr, 0180 2 / 34 00 00

1.5. Zentrale Mai-Kundgebung des DGB mit Bundeskanzler Schröder, Leipzig

Job Parade, DGB Nord, Schwerin

Job Parade, DGB NRW, Dortmund

1.5. Eröffnung der Ruhrfestspiele 2002, Recklinghausen

6.5. Gewerkschaftliches Diskussionsforum Rhein-Main-Runde, „Europa auf dem Weg zu einer Kultur der Mitbestimmung?", Frankfurt/M.

8.5. GEW, Verleihung des Heinrich-Wolgast-Preises an die Schriftstellerin Virgina E. Wolff, Hannover

9.-12.5. GEW, Mai-Meeting, Nordseeakademie Leck

13.-15.5. Bundesjugendkonferenz der GdP, Lüneburg

16.5. DGB-Bildungswerk Berlin-Brandenburg, DGB-Bundesvorstand, Fachtagung „Gentests und Drogenscreening im Spannungsfeld zwischen Gesundheits- und Datenschutz", Berlin

Tipp

***Buch:* Klaus Dörre, Kampf um Beteiligung, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002, 439 Seiten, 32,90 €**

Direkte Partizipation wird zunehmend als Rationalisierungsressource genutzt, Humanisierungsversprechen bleiben indessen auf der Strecke. Anhand von Fallstudien analysiert der Autor die Ursachen dieser Entwicklung und wirft die Frage nach dem selektiven Zugriff auf das Beteiligungsvermögen von Beschäftigten auf. Seine Schlussfolgerung: Um demokratische Beteiligungsrechte in Unternehmen zu stärken, müssen sie institutionell abgesichert werden.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Mit Schulte geht einer meiner Lieblings-'Gegner' vom Feld"

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt im Unternehmermagazin ***impulse*** *vom 19. April 2002*

einblick

gewerkschaftlicher Info-Service vom 13.05.2002 9/02

DGB

DGB-Trendbarometer 2002

Jeder Dritte hat Angst um seinen Job

Die ArbeitnehmerInnen in Deutschland sind pessimistisch. Nur ein Viertel von ihnen bewertet die allgemeine Wirtschaftslage positiv, drei Viertel sehen sie kritisch. Und die meisten gehen davon aus, dass sich an der schlechten Lage in absehbarer Zeit nichts ändern wird. 36 Prozent sorgen sich sogar um ihren Arbeitsplatz. Das sind die ersten Ergebnisse des Trendbarometers 2002, einer vom DGB in Auftrag gegebenen repräsentativen Befragung durch das Meinungsforschungsinstitut polis, München.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Sicherung der Arbeitsplätze zum wichtigsten Ziel gewerkschaftlicher Politik erklärt wird. Die ohnehin schon sehr ausgeprägten Erwartungen an die Kooperationsbereitschaft von Gewerkschaften und Unternehmen sind deshalb noch einmal gewachsen: 81 Prozent (2000: 76%) sind der Meinung, beide Seiten sollten „ohne Vorbedingungen" zusammenarbeiten, um die Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft zu lösen.

Dazu passt, dass nach wie vor zwei Drittel der ArbeitnehmerInnen das Bündnis für Arbeit für unerlässlich halten, obwohl nur ein Fünftel mit den bisher erzielten Ergebnissen zufrieden ist.

Den meisten Erwerbstätigen erscheinen folgende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit plausibel (auch wenn sie deren Erfolgsaussichten skeptisch beurteilen): Bekämpfung illegaler Beschäftigung (80%), Rente mit 60 (69%), Senkung der Lohnnebenkosten (64%), Umverteilung der Arbeit (61%), mehr Ausbildungsplätze durch Umlagefinanzierung (57%), Verbot von Überstunden (54%).

Die Bindungen der gewerkschaftlich organisierter ArbeitnehmerInnen an die Gewerkschaften sind enger geworden. Der Anteil derjenigen, die sie für unverzichtbar und eine Mitgliedschaft für notwendig erachten, „ist deutlich angestiegen", hat polis festgestellt. Gleichzeitig habe die Zahl der Mitglieder, die sich einen Austritt vorstellen können, deutlich abgenommen.

Knapp die Hälfte (46%) der ArbeitnehmerInnen beurteilt die Arbeit der Gewerkschaften positiv, nicht ganz 40 Prozent äußern sich kritisch. Allerdings zeigen sich in West- und Ostdeutschland gegenläufige Trends: Die Zustimmung im Westen ist deutlich rückläufig (von 51% im Jahr 2000 auf 44% im Jahr 2002), im Osten hingegen ist sie stark gestiegen (von 41% auf 53%).

Bemerkenswert ist auch diese Veränderung: Hatten im Jahr 2000 noch 62 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder es für „sehr wichtig" gehalten, dass die Gewerkschaften eine Gegenmacht zu den Arbeitgeberverbänden bilden, teilen zwei Jahre später nur noch 46 Prozent diese Auffassung. Gleichwohl halten die Befragten Streiks unverändert für notwendig. •



Von den politischen Zielen der Gewerkschaften sind aus Sicht der ArbeitnehmerInnen vier Themen besonders wichtig: sichere Arbeitsplätze, die Bereitstellung von ausreichend vielen Ausbildungsplätzen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Sicherung der Altersversorgung. Mit 72 Prozent rangiert der Erhalt der Arbeitsplätze deutlich vor allen anderen Zielen.

plusminusBERLIN

+ ***Die Union will die von der Bundesregierung eingeführte Steuerfreiheit bei Unternehmensverkäufen abschaffen. Ihr Kanzlerkandidat Edmund Stoiber: Wenn die Veräußerungsgewinne „in Milliardenhöhe" den Unternehmern „null Steuern" kosten, „dann stimmt für mich die Logik nicht mehr".***

– ***Die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund fordert für den Besuch des US-Präsidenten am 22./23. Mai in Berlin ein Demonstrationsverbot. Ihr Berliner Landeschef Rolf Taßler begründete diese Forderung damit, dass „linke Chaoten im Internet zu gewalttätigen Ausschreitungen aufrufen".***

inhalt

Seite 3

Schlusslicht Deutschland

Nirgendwo in der EU ist das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen so groß wie in Deutschland. Das belegt der Lohngleichheitsbericht der Bundesregierung

Seite 5

Breite Zustimmung erwartet

Nur drei der 94 Anträge zum DGB-Kongress Ende Mai in Berlin werden den Delegierten zur Ablehnung empfohlen

Seite 7

Auf jeden Fall das kleinere Übel

Im direkten Vergleich hat die rot-grüne Bundesregierung deutliche Vorteile gegenüber der schwarz-gelben Herausforderung,

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://european-convention.eu.int

Die Website des Europäischen Konvents zur Verfassungsdebatte in der EU

Im Faxabruf

0211 / 43 01 667

Alle 94 DGB-Regionen und hauptamtlich besetzten Büros auf einen Blick (aktualisierte Adressen)

Gemeinsamer Aufruf

Allianz für Menschenrechte

Die Bundesregierung, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), das Forum Menschenrechte, der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) haben eine gemeinsame Erklärung „Internationaler Schutz der Menschenrechte und Wirtschaftstätigkeit" verabschiedet. Die beteiligten Organisationen haben seit Oktober 2001 an der Erklärung gefeilt, mit der sie ihrem Willen Ausdruck geben, „den konstruktiven Dialog fortzusetzen, um konkrete Schritte für einen umfassenden Schutz der Menschenrechte zu entwickeln.

Der DGB hofft, mit der Erklärung Regierungen und weltweit agierende Unternehmen zur Einhaltung grundlegender Menschen- und Arbeitsrechte zu ermutigen. Dazu gehören das Recht auf Vereinigungsfreiheit und auf Tarifverhandlungen, die Beseitigung aller Formen von Zwangsarbeit, die Abschaffung der Kinderarbeit sowie die Beseitigung von Diskriminierungen in Beschäftigung und Beruf. •

Im Faxabruf: 0211/43 01 656
Gemeinsame Erklärung von BDI, BDA, DGB und Forum Menschenrechte

Gesundheitsreform

IG BCE-Konzept

Ende April hat die IG BCE auf einem Gesundheitsforum von gewerkschaftlichen Fachleuten, Vertretern der Bundesregierung, Arbeitgeberverbänden und Wirtschaft sowie der Betriebskrankenkassen in Hannover eigene gesundheitspolitische Eckpunkte diskutiert. Die wichtigste Aussage: In der nächsten Legislaturperiode sei eine umfassende Gesundheitsreform notwendig. Es gehe nicht um das Ob einer Reform, sondern um das Wie, um die Schwerpunkte der Reform.

Auf dem Forum erklärte die IG BCE, dass sie einen grundlegenden Systemwechsel in Richtung Privatisierung des Gesundheitsrisikos nicht mitmachen werde. „Eine solidarische Gesundheitspolitik muss auch weiterhin jedem, unabhängig von Alter, Einkommen, Familienstand und Lebenslage, den Zugang zu medizinisch notwendigen und angemessenen Leistungen garantieren", so IG BCE-Vorstandsmitglied Fritz Kollorz. Aus Sicht der IG BCE geht es bei der Gesundheitsreform insbesondere darum, die medizinische Versorgung zu verbessern. In einigen Bereichen herrsche die paradoxe Situation einer gleichzeitigen Über-, Unter- und Fehlversorgung.

Es mache daher aktuell überhaupt keinen Sinn, noch mehr Geld in ein nicht wirtschaftlich arbeitendes System zu pumpen. Vielmehr müssten zunächst Wirtschaftlichkeitsreserven erschlossen und Effizienzpotenziale genutzt werden. Im Übrigen sei klar, dass alle Leistungsanbieter im Gesundheitswesen einen Beitrag zum Gelingen der Reform zu leisten haben.

Aus ordnungspolitischen Gründen setzt die IG BCE dabei eher auf freiwillige Selbstverpflichtungen als auf staatlich vorgegebene Lösungen. Dies bedeute allerdings auch, dass sich die Akteure – wie beispielsweise die pharmazeutische Industrie – an gegebene Zusagen halten müssten. •

wiewardiewoche?



17 Menschen sind am 26. April dem Amoklauf im Erfurter Gutenberg-Gymnasium zum Opfer gefallen. Richard Schaefer, 51, Pressereferent der GEW Thüringen, hilft Erfurter LehrerInnen und SchülerInnen, mit den Folgen der Tat fertig zu werden.

Ich mache für das Bürgerradio die Sendung „Aus der Schule geplaudert". Am 25. April hatte ich drei Kunsterzieherinnen eingeladen. Eine davon war am nächsten Tag eines der ersten Opfer. Sie war eines der vier GEW-Mitglieder unter den Toten.

Gegen 11:20 Uhr Ich hatte ich im Radio gehört, dass es an einem Erfurter Gymnasium eine Schießerei gegeben hat. Ich habe sofort angefangen rumzutelefonieren, auch um zu erfahren, was mit meiner Tochter ist. Als ich wusste, dass es das Gutenberg-Gymnasium ist, habe ich meine beiden Kolleginnen informiert, die ihre Kinder dort haben. Ab da hatten wir das Gutenberg-Gymnasium bei der GEW im Haus. Es hat lange gedauert, bis sich wenigstens eine der beiden Töchter mit ihrer Freundin vom Gymnasium hierhin durchschlagen konnte. Die beiden waren völlig aufgelöst und haben Schreckliches berichtet. Erst später hat sich auch die zweite Tochter über das Handy einer Freundin gemeldet. Der Junge meiner Kollegin saß sogar bis zum Nachmittag im Physikraum fest. Er hat sich dort verbarrikadiert, bis die Polizei kam. Erst später, als ich die Liste der Opfer gesehen habe, wusste ich, dass auch meine ehemalige Mentorin unter den Toten war.

Wir haben das ganze Wochenende mit den anderen Gewerkschaften zusammengesessen und überlegt, was wir tun können. Anfangs hatten wir eine Demo geplant, aber diese Idee haben wir schnell wieder aufgegeben, um den Angehörigen Ruhe zu geben, zu sich selbst zu finden. Auch die 1.-Mai-Kundgebung haben wir abgeblasen. Statt dessen haben wir mit einer Trauerkundgebung der Opfer gedacht. Und wir haben überlegt, was wir für unsere Mitglieder tun können. Bereits am Montag nach der Tat haben wir im Kreisbüro eine Beratungsstelle eingerichtet, wo unser KollegInnen bis 22 Uhr anrufen konnten, auch am 1. Mai. Das waren keine Zwei- oder Drei-Minuten-Gespräche, sondern oft 40 Minuten, in denen die LehrerInnen einfach nur gehört werden wollten. Hinzu kommt die ganze Pressearbeit und die Teilnahme an Veranstaltungen. Das sind schon ziemlich harte Tage.

Auch wenn jetzt die Trauerarbeit im Vordergrund steht, fragen wir uns natürlich, wie konnte es dazu kommen? Darauf gibt es keine einfache Antwort. Man muss viele kleine Bausteine zusammentragen, die zu dieser schrecklichen Tat geführt haben. Dass die Schule dieses Problem allein nicht lösen kann, sieht man schon daran, dass der Schüler, der das Blutbad angerichtet hat, dort nicht mehr Schüler war. Man muss deshalb auch über andere Ursachen reden, über den Zugang zu Waffen und über das Thüringer Schulgesetz. Wenn ein Schüler in Thüringen das Abitur versaut, hat er nichts. Nicht einmal den Hauptschulabschluss. Diese Sonderregelung führt zu einem enormen Druck. Auf der Trauerkundgebung am 1. Mai haben die SchülerInnen beklagt, sie seien nur noch Zahlen und Nummern. Nur ihre Punkte würden zählen, nicht der Mensch.

Spenden für die Hinterbliebenen:
Spendenkonto „Erfurt"
SEB-Sonderkonto 26 04 02, BLZ 820 101 11

Lohngleichheit

Schlusslicht Deutschland

Frauen haben aufgeholt – keine Frage. Immer mehr Frauen sind erwerbstätig, und in der Bildung sind sie an den Männer vorbeigezogen. Dennoch: Nach wie vor werden Frauen in nahezu allen Bereichen des Arbeitslebens systematisch diskriminiert. Das zeigt der gerade veröffentlichte Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern.

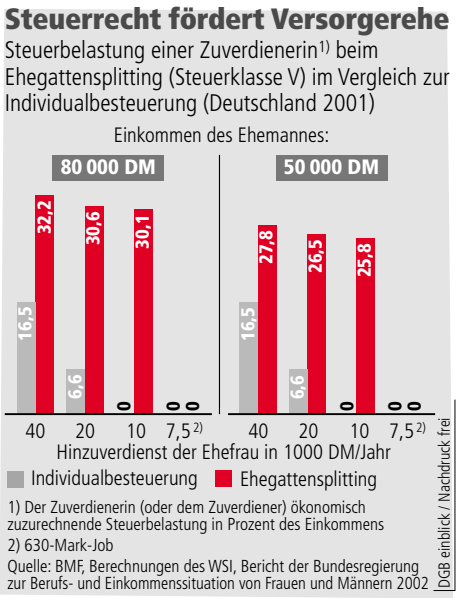
Als „entscheidende Voraussetzung für eine gleichberechtigte Arbeitsteilung" sieht DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer die Entgeltgleichheit zwischen Mann und Frau. Solange Männer im Durchschnitt mehr verdienen als Frauen, solange bliebe die traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter in öffentliche Erwerbs- und private Sorgearbeit bestehen.

Was das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen betrifft, sind die Zahlen des Berichtes düster. Im Westen erhalten Vollzeit arbeitende Frauen im Schnitt 75 Prozent der Gehälter von Männern, im Osten 94 Prozent. Je qualifizierter die Arbeit ist, umso größer sind die Einkommensunterschiede. Zwar gleichen sich die Einkommen allmählich an, doch das Tempo ist nicht berauschend: Gerade mal um 2, 8 Prozent hat sich die Differenz im Westen innerhalb von 20 Jahren verringert.

Deutschland gehört in Sachen „Equal Pay" zu den Schlusslichtern in Europa. Im letzten Jahr hat die EU-Kommission bei ihrer Bewertung der Beschäftigungspolitik hierzulande „eines der höchsten geschlechtsspezifischen Lohngefälle in der EU und relativ wenig Kinderbetreuungseinrichtungen" ausgemacht und die Bundesregierung aufgefordert, für Abhilfe zu sorgen.

Der Ausbau eines flächendeckendes Netzes von Schulen und Tageseinrichtungen für Kinder und Jugendliche mit verlässlichen Öffnungszeiten und mehr Ganztagsangeboten ist eine wichtige Maßnahme für mehr Chancengleichheit. Darüber sind sich Regierung, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften bei der Bewertung der Studie einig. Ganz anders sieht es bei der Analyse der Einkommensunterschiede aus. Die AutorInnen zeigen: Nicht nur mangelnde Kinderbetreuung, die daraus resultierenden unsteten Erwerbsbiographien oder Beschäftigung in weniger qualifizierten Berufen sind die Ursachen. Zahlreiche Tarifverträge genügten nicht den europäischen und deutschen Rechtsnormen zur Entgeltgleichheit. Eine Feststellung, der die Bundesregierung allerdings nicht folgen mag. Das ExpertInnenteam ziehe „voreilige Schlüsse auf angebliche Rechtswidrigkeit von Tarifverträgen", heißt es in ihrer Stellungnahme. Auch die Arbeitgeberverbände wenden sich entschieden gegen diese Einschätzung. Insgesamt sei der Bericht „in weiten Teilen einseitig" und im „wissenschaftlichen Wert zweifelhaft". Eine „direkte Lohndiskriminierung der Frauen ist empirisch nicht nachzuweisen", stellen sie fest.

Dabei belegt die Studie anhand von Beispielen, dass „männerdominierte" wie „frauendominierte" Berufe in Tarifverträgen keineswegs nach gleichen Kriterien bewertet werden. Bei der Arbeitsbewertung fehlten oft Anforderungen, die für frauendominierte Tätigkeiten typisch sind. So würden etwa bei Sekretärinnen geforderte organisatorische oder kommunikative Fähigkeiten nicht bewertet und damit nicht entlohnt. Entsprechend erhält eine Schreibkraft in der Druckindustrie in Bayern als tarifliches Einstiegsentgelt 153 Euro weniger als ein Lagerarbeiter, obwohl sie im Gegensatz zu ihm eine abgeschlossene Ausbildung vorweisen muss. Solche „mittelbaren Diskriminierungen" finden sich in vielen Tarifverträgen, sagen die AutorInnen. Starker Tobak auch für die Gewerkschaften – schließlich sind auch sie Tarifpartei. Auch in den Gewerkschaften setzt sich nur langsam das Bewusstsein für die Problematik durch *(einblick 22/01)*. „Die von der EU vorgegebene Entgeltgleichheit muss auch in Tarifverträgen sichergestellt werden", macht ver.di-Vize Gerd Nies klar. „Wir werden dies strategische Ziel mit Nachdruck in Betrieben, Verwaltungen, Gerichtssälen und vor allem am Verhandlungstisch verfolgen." •



Nach wie vor setzt auch das Steuerrecht starke Anreize für Ehefrauen, nicht oder nur geringfügig beschäftigt zu sein. Das Ehegattensplitting „bestraft" die Berufstätigkeit der Frau. Je höher das Einkommen des Mannes, des „Ernährers", ist und je geringer der „Zuverdienst" der Frau, umso größer ist die Steuerersparnis. Arbeitet die Frau dennoch, wird ihr in der „Frauensteuerklasse" V besonders viel abgezogen.

Der Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern ist die erste umfassende Analyse zum Stand der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, die eine Bundesregierung vorlegt. Die Studie wurde von einem WissenschaftlerInnen-Team unter Leitung des WSI in der Hans-Böckler-Stiftung erarbeitet und am 24. April im Kabinett behandelt.

„Eine solch qualifizierte Analyse der sozialen und ökonomischen Ungleichheit der Geschlechter in Deutschland von höchst offizieller Seite stand den politisch Verantwortlichen noch nie direkt zur Verfügung", begrüßt DGB-Vize Urslua Engelen-Kefer den Bericht und fordert, mindestens alle drei Jahre in dieser Form Bilanz zu ziehen.

Unter dem Titel „Diskriminierung mit System" ist der Bericht Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe des DGB-Infobriefes „Frau geht vor". Ein Jahresabo kostet 13 € Einzelhefte gibt es für einen mit 0,77 € frankierten Rückumschlag.

DGB
Abteilung Frauenpolitik
Postfach 11 03 72
10833 Berlin

Den Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern gibt's als Download im Internet.
www.bmfsfj.de

Gewerkschaften im Arbeitsamt

Jobsuchende über Zeitarbeit informiert

Neue Wege in der Betreuung von Jobsuchenden haben die Gewerkschaften in Südniedersachsen eingeschlagen. Anlass war der „Tag der Zeitarbeit", zu dem das Göttinger Arbeitsamt Ende April Arbeitslose und Zeitarbeitsfirmen eingeladen hatte. Neben den Berufsberatern des Arbeitsamtes und 13 Verleihfirmen waren auch Göttinger GewerkschafterInnen mit einem Stand vor Ort. Von den Zeitarbeitsfirmen misstrauisch beäugt, informierten sie mehrere Hundert Erwerbslose über rechtliche Bestimmungen zur Zeitarbeit. Heiß begehrt war ein selbst erstelltes Merkblatt mit wichtigen Einzelheiten zur Leiharbeit wie Zumutbarkeit, Vergütung, Arbeitsschutz und betriebliche Interessenvertretung. Deutlich geworden sei, erklärten die Initiatoren, wie viel Beratungsbedarf in der Zeitarbeitsbranche bestehe. Darüber hinaus seien während des Aktionstags Menschen angesprochen worden, die von den Gewerkschaften sonst nur schwer erreicht werden könnten. •

www.dgb-goettingen.de

Arbeit und Leben

Infos zur Nazi-Szene

Über Gedankengut, Symbolik und Organisation der Nazi-Szene in Deutschland wissen Außenstehende meist wenig. Einblicke in deren Strukturen vermitteln eine mobile Ausstellung und eine Multimedia-CD mit dem Titel „Rechte Jugendkulturen – zwischen Lifestyle, Clique und Partei". Herausgeberin dieser Materialien ist die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen. Die CD-ROM kostet inklusive Versand 6,50 Euro, die Ausstellung kann für 250 Euro pro Woche gemietet werden. •

Arbeit und Leben Niedersachsen
Bohlweg 55
38100 Braunschweig
Fax 0531 / 123 36 55
www.arug.de

AiB-Kongress

Basisinfos für Betriebsräte

Mit dem neuen Betriebsverfassungsgesetz hat sich die betriebliche Mitbestimmung verändert. Alles Wichtige vermittelt der Kongress „Grundlagen der Betriebsratsarbeit" am 5. und 6. Juni in Köln. Veranstalter ist der Verlag „Arbeitsrecht im Betrieb" (AiB). Geballte Fachkompetenz garantieren die Referenten, darunter Bertram Zwanziger, Richter am Bundesarbeitsgericht in Erfurt, und Peter Wedde, Professor für Arbeitsrecht in Frankfurt/M. Zwei Tage Kongress kosten inklusive Mehrwertsteuer 1218 Euro. Ein einzelner Tag liegt bei 696 Euro. •

AiB-Verlag, Martina Voiss
Hansestraße 63a, 51149 Köln
Fax 0 22 03 / 935 25 41
martina.voiss@aib-verlag.de

DGB-Bildungswerk

Kurse gegen Rassismus

Rassismus im Büro kommt oft unbemerkt daher. Sensibel im Umgang mit ausländischen KollegInnen machen zwei kostenlose Seminare des Bereichs Migration im DGB-Bildungswerk: „Diskriminierung von MigrantInnen am Arbeitsplatz – aktiv werden für Gleichbehandlung" trainiert den fairen Umgang mit AusländerInnen im Job (23. bis 28. Juni, Hattingen). Die Kontrolle eigener Verhaltensmuster und das Einüben neuer Umgangsformen ermöglicht der Kompaktkurs im „Anti-Rassismus-Training" (9. bis 14. Juni, Saalfeld). •

DGB-Bildungswerk
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Fax 02 11 / 43 01 134
www.migration-online.de

Erwerbslose

Bundesweiter Aktionstag

Zum dezentralen Aktionstag unter dem Motto „Hände weg von der Sozialhilfe!" ruft der Förderverein Gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit auf. Überall in Deutschland sollen am 7. Juni Erwerbslose auf ihre schlechten Lebensbedingungen aufmerksam machen. Ziel des Aktionstags ist der Protest gegen die öffentlich diskutierte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Entstanden ist die Idee am bundesweiten Runden Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen. •

www.erwerbslos.de



Was haben die Tarifabschlüsse des vergangenen Jahres den Beschäftigten gebracht? Von „ArzthelferInnen" bis „Wohnungswirtschaft" bündelt das „Tarifhandbuch 2002" alle wichtigen Vereinbarungen in rund 50 Branchen. Die Daten hat das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung gesammelt. Schwerpunktthema ist in diesem Jahr die Tarifsituation älterer ArbeitnehmerInnen. Eine Einführung in das komplexe Thema sowie ein Glossar machen auch Neulingen die Lektüre leicht. Das Buch ist im Bund-Verlag erschienen und kostet 14,90 Euro. *Bund-Verlag, Postfach 90 01 68, 60441 Frankfurt/M., Fax: 069 / 79 50 10 10*

interregio

••• Der ***DGB Hamburg*** und ***ver.di Hamburg*** haben ***zwei Volksinitiativen*** gestartet: Unter dem Motto „Sonntag ist nicht alle Tage" wenden sich die Gewerkschaften gemeinsam mit den Kirchen gegen Pläne des Senats, Ladenöffnungen an vier Sonntagen pro Stadtbezirk und Jahr zu genehmigen. Mit der Initiative „Gesundheit ist keine Ware" soll der Verkauf der Mehrheit am Hamburger „Landesbetrieb Krankenhäuser" (LBK) verhindert werden. Bis Pfingsten müssen nun 10 000 Unterschriften zusammenkommen. Sollte der Senat nicht einlenken, könnten zwei Volksbegehren und anschließend ein Volksentscheid angestrengt werden. Mehr Infos zu beiden Initiativen gibt es werktags unter der ver.di-Hotline: Tel. 040 / 28 58 691

••• Das ***Netzwerk der Kooperationsstellen von Hochschulen und Gewerkschaften*** in Niedersachsen – Bremen lädt für den 19. Juni zur ***Tagung*** „Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe" ein. Ihre Themen reichen vom „Selbst organisierten Lernen" über Innovationspolitik bis zum VW-Projekt „5000 x 5000". Das Netzwerk von sechs Kooperationsstellen Hochschulen – Gewerkschaften will außerdem eine Bilanz der bisherigen Zusammenarbeit ziehen.
Mehr Infos: Kooperationsstelle Göttingen, Tel. 0551 / 39 47 56

DGB-Kongress 2002

Breite Zustimmung erwartet

Weitgehend im Konsens hat die Antragsberatungskommission ihre Empfehlungen zu den 94 politischen Anträgen für den DGB-Kongress vom 27. bis 31. Mai in Berlin ausgesprochen. Knappe Mehrheiten sind auf dem DGB-Kongress deshalb nicht zu erwarten, wohl aber spannende Debatten über die Zukunft der Arbeit, das Aktionsprogramm für Chancengleichheit und die geplante Weiterbildungsoffensive sowie – mit Blick auf die Bundestagswahl – die Themen Arbeitslosen- und Sozialhilfe und Gesundheitspolitik.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt „die wichtigste innenpolitische Gestaltungsaufgabe", heißt es im Antrag des DGB-Bundesvorstands zur Zukunft der Arbeit (Nr. 23). Der DGB fordert deshalb eine Geldpolitik, die auch Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung übernimmt, eine Ausweitung staatlicher Investitionen, eine beschäftigungsorientierte Arbeitszeitpolitik und „eine ausgewogene Verteilungspolitik".

Als Kernelemente künftiger Tarifpolitik gelten ein neues Verständnis von Arbeitszeitmanagement, die altersgerechte Gestaltung der Arbeitszeit sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Künftige Unternehmensstrategien zur Flexibilisierung der Arbeitszeit müssten der Erkenntnis folgen, „dass betriebliche Anforderungen und individuelle Ansprüche keinen Widerspruch darstellen". Die altersgerechte Gestaltung der Arbeitszeit müsse „den Beschäftigten eine befriedigende und verkraftbare Tätigkeit bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters ermöglichen". Der Ausbau von qualifizierten und bezahlbaren Ganztagsbetreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen sei „eine zentrale Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt".



Alle Anträge des DGB-Kongresses und den Geschäftsbericht des Bundesvorstands gibt es zum Download im Internet: www.dgb.de

Der Bundesfrauenausschuss beantragt (Nr. 24), im Jahr 2003 „einen politischen Schwerpunkt auf Chancengleichheit für Frauen und Männer" zu legen sowie ein „Gleichstellungspolitisches Aktionsprogramm" zu beschließen. Begründung: Die Frauenerwerbsquote liegt mit 64 Prozent weiterhin deutlich unter der der Männer (80 Prozent). Außerdem verdienen die Frauen in Westdeutschland 25 Prozent und in Ostdeutschland 6 Prozent weniger als die Männer.

Mit „Zukunftsprojekt Bildung" ist Antrag Nr. 81 des DGB-Bundesvorstands überschrieben, mit dessen Annahme eine Weiterbildungsoffensive gestartet werden soll. Die Gewerkschaften müssten ihre Anforderungen an Weiterbildung „überdenken und neu ausrichten", heißt es darin. Der DGB fordert deshalb u. a., „zeitliche Mindestansprüche für Lernphasen auf tarifvertraglicher und gesetzlicher Ebene zu sichern", „Arbeitszeitmodelle zum Kompetenzaufbau der Beschäftigten zu entwickeln" und „die Verpflichtung der Betriebe, bisher benachteiligte Beschäftigtengruppen bei der Weiterbildung bevorzugt zu behandeln".

Alle Bestrebungen, Arbeitslosen- und Sozialhilfe in einem neuen Fürsorgesystem zusammenzufassen, werden vom DGB „entschieden abgelehnt", heißt es in Antrag Nr. 72. Sonst würde sich der Weg vom Arbeitnehmer zum Sozialhilfeempfänger für Arbeitslose enorm beschleunigen und für Langzeitarbeitslose zum Normalzustand werden. Gleichzeitig unterstützt der DGB „alle Bestrebungen zur Kooperation zwischen Arbeits- und Sozialämtern", um die Vermittlungschancen erwerbsloser Sozialhilfeempfänger zu verbessern.

Eindeutig positioniert sich der DGB auch in der Debatte um die Reform des Gesundheitswesens. Privatisierungen wie die Aufteilung des Leistungskatalogs in Grund- und Wahlleistungen oder das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags zur Krankenversicherung lehnt er ab. Er setzt sich vielmehr dafür ein, „dass der gleiche Zugang zu Gesundheitsleistungen unabhängig vom Einkommen erhalten bleibt". •

Kampagne für Mindesteinkommen

Gleich drei Gewerkschaften fordern auf dem DGB-Kongress 2002 eine öffentlichkeitswirksame Kampagne für existenzsichernde Erwerbseinkommen: die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG). Damit soll auf die zunehmende Verbreitung von Niedriglöhnen aufmerksam gemacht und der stillschweigenden Akzeptanz von Billigjobs der Boden entzogen werden. Zudem wollen die Antragsteller Verbündete für die Durchsetzung existenzsichernder Einkommen gewinnen, das Phänomen der arbeitenden Armen müsse eingedämmt werden.

Dreimal „Ablehnung" empfohlen

Drei der 94 Anträge zum DGB-Kongress 2002 werden von der Antragsberatungskommission zur Ablehnung empfohlen: zwei Anträge (Nr. 7 und 22) des Bundesjugendausschusses und ein Antrag des DGB Berlin-Brandenburg (Nr. 33).

Die Gewerkschaftsjugend fordert, der DGB müsse seine Unabhängigkeit von den Parteien „zurückgewinnen" und sich stärker als „außerparlamentarische" Kraft positionieren. Außerdem lehnt die DGB-Jugend es ab, dass im Falle der Abschaffung der Wehrpflicht soziale Pflichtdienste für junge Männer und Frauen eingeführt werden.

Der DGB Berlin-Brandenburg will von den Delegierten eine Bilanz des Bündnisses für Arbeit beschließen lassen, in der es heißt, das Bündnis sei „bis heute seinem Namen nicht gerecht geworden". Es unterstütze vielmehr „eine Politik, die Beschäftigung behindert".

Keine neue Rentendebatte

Nur als „Material" angenommen werden soll der Antrag der IG Bauen-Agrar-Umwelt zur – erneuten – Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Nr. 68). Darin fordert die IG BAU eine „Versicherungspflicht für die gesamte Wohnbevölkerung ab dem vollendeten 16. Lebensjahr".

kurz&bündig

ver.di wird voraussichtlich sechs seiner siebzehn Bildungseinrichtungen schließen. Über Zahl und Standort der betroffenen Einrichtungen entscheidet der Gewerkschaftsrat am 22./23. Mai. Durch die geplanten Schließungen soll das jährliche Defizit der Bildungseinrichtungen reduziert werden. Bis 2007 soll es keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

Der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel fordert, den europäischen Stabilitätspakt um einen Beschäftigungspakt zu ergänzen. Europa werde nur dann akzeptiert, wenn die EU wirksam die Arbeitslosigkeit bekämpfe. Zudem müssten die „strengen Kriterien zur Haushaltskonsolidierung" gelockert werden, um mehr öffentliche Investitionen zu ermöglichen.

Der TRANSNET-Vorsitzende Norbert Hansen hält einen Börsengang der Bahn AG langfristig für unrealistisch. Auch Vorschläge, nur die profitablen Teile an den Kapitalmarkt zu bringen, seien ein „Fiasko". Das Bahn-Netz sei ein „hochkomplexes System" und dürfe nicht zerschlagen werden.

Die IG Metall hat ihre Vorstandsverwaltung in Frankfurt/M. umstrukturiert. Statt 30 Abteilungen gibt es seit dem 1. Mai 18 Funktionsbereiche sowie zwei Stabsstellen für das Justiziariat und die Innere Revision.

DGB-Modernisierung

Mehr Mitglieder durch Kooperation

Mehrere zehntausend Gewerkschaftsmitglieder wechseln jedes Jahr in eine andere Branche. Einige tausend gehen dabei regelmäßig verloren, weil die Mitglieder vergessen, mit dem Branchenwechsel auch die Gewerkschaft zu wechseln, und weil die Gewerkschaften noch immer eifersüchtig um jedes Mitglied kämpfen. Das zu ändern ist eines der Ziele des von IG BCE, IG Metall und ver.di eingebrachten Antrags zur „DGB-Modernisierung".

Damit dem Bekenntnis zu mehr Kooperation Taten folgen, fordert der Antrag über die Einrichtung eines „Fluktuationscenters" hinaus eine Reihe von Einzelmaßnahmen: Statt acht verschiedener Gewerkschaftsausweise soll es künftig einen gemeinsamen Mitgliedsausweis geben. Ob „langfristig eine gemeinsame Datenbank entstehen kann", soll geprüft werden. Außerdem soll das Prinzip, dass der DGB für die politische Interessenvertretung und die Gewerkschaften für die Tarifpolitik und die Mitglieder zuständig sind, ergänzt werden. Für „Mitgliedergruppen außerhalb der Betriebe, für Senioren, Arbeitslose und RentnerInnen" soll der DGB künftig „eine Plattform für Aktivitäten auf regionaler Ebene" bilden können. Zudem sollen die Gewerkschaften ihre Bemühungen verstärken, Abgrenzungsstreitigkeiten intern zu lösen. Sie werden aufgefordert, die 2000 beschlossene Schiedsgerichtsordnung in ihrer Satzung zu verankern. •

Tarifpolitik für Azubis

Nur begrenzt erfolgreich

Die Auswirkungen der tariflichen Regelungen zur Ausbildungsförderung sind „begrenzt geblieben". Das geht aus einem Forschungsprojekt des WSI-Tarifarchivs hervor. Untersucht wurden Vereinbarungen zum Ausbau der betrieblichen Ausbildungskapazität und zur Übernahme der Auszubildenden. Entsprechende Tarifbestimmungen existieren in mehr als 50 Wirtschaftszweigen. Als Ursachen für ihre begrenzte Wirksamkeit nennt das Forscherteam: Unverbindlichkeit und mangelnde Präzision der Regelungen, unzureichende Kontrolle sowie mangelndes Interesse der Verbände und Betriebe an der Umsetzung. •

?...nachgefragt



Der Bundestag hat Ende April endlich das Tariftreuegesetz verabschiedet. Die Gewerkschaften begrüßen das neue Gesetz, obwohl es hinter dem ersten Regierungsentwurf und der Regelung in Bayern zurückbleibt. Zudem droht das Gesetz im Bundesrat zu kippen. Sind die Gewerkschaften in einem ihrer zentralen politischen Projekte für diese Legislaturperiode gescheitert? *einblick* fragte den IG BAU-Vorsitzenden und SPD-Bundestagsabgeordneten Klaus Wiesehügel, 49.

Sollte der Bundesrat seine Zustimmung zum Tariftreuegesetz verweigern, wäre dies tatsächlich eine herbe Enttäuschung, vor allem für die IG BAU, die IG Metall, ver.di und TRANSNET, die die Arbeitnehmer in den vom Tariftreuegesetz erfassten Branchen – Baugewerbe im weiteren Sinne, öffentlicher Personennahverkehr – organisieren. Wir haben aber die Hoffnung noch nicht aufgegeben. So rufen ver.di und IG BAU zu einer Demo am 31. Mai in Berlin auf. An diesem Tag wird der Bundesrat über das Gesetz beraten. Selbst wenn er nicht zustimmt, ist das Gesetz noch nicht endgültig gescheitert. Denn dann muss der Vermittlungsausschuss versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Gerade weil auch einige CDU/CSU-geführte Bundesländer wie Bayern und Saarland selbst Landesgesetze zur Tariftreue haben, wäre es kaum verständlich, wenn diese Länder im Bundesrat gegen ein bundeseinheitliches Tariftreuegesetz stimmten. Auch der Wahlkämpfer Stoiber dürfte ein solch schizophrenes Verhalten niemandem erklären können. Richtig ist, dass das Gesetz zum Teil hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurückbleibt. So ist der Auftragswert, ab dem das Gesetz greift, zu hoch. Schlimmer noch ist, dass nach dem Gesetz die Auftragnehmer erst ab 2005 verpflichtet werden, die am Leistungsort geltenden Tarifentgelte in voller Höhe zu zahlen. Beide Regelungen waren der Preis für die Zustimmung einiger Bundestagsabgeordneter – insbesondere bei den Grünen. Andererseits haben wir gegenüber dem Regierungsentwurf auch wesentliche Verbesserungen durchsetzen können, zum Beispiel bei der Einbeziehung der Subunternehmer. Grundlegend für uns ist, dass dadurch alle öffentlichen Auftraggeber – auch in den Bundesländern, die bisher kein Tariftreuegesetz haben, sowie in den Kommunen – verpflichtet werden, Wettbewerbsverzerrungen durch Lohndumping und illegale Beschäftigung nicht mehr wie bisher durch die Vergabe an den billigsten Anbieter billigend in Kauf zu nehmen.

Bundestagswahl 2002

Auf jeden Fall das kleinere Übel

„Die Politik der Mitte ist nicht rot, sondern blutleer", mit dieser These hat IG Metall-Vorstandssekretär Klaus Lang Anfang Februar eine Debatte über das Verhältnis der Gewerkschaften zur SPD angestoßen. „Sollen sich die Gewerkschaften in den beginnenden Bundestagswahlkampf einmischen?" hat ihn einblick gefragt.

Selbstverständlich melden sich Gewerkschaften auch im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 zu Wort. Es ist überaus wichtig, dass die Gewerkschaften von einer künftigen Regierung über den alltäglichen Pragmatismus hinaus Konzepte zur Gestaltung fundamentaler Zukunfts- und Gerechtigkeitsfragen erwarten. Denn Politikverdrossenheit und fehlende Alternativen zwischen den Volksparteien **drohen zur Wahlenthaltung in der Arbeitnehmerschaft zu führen.** Dagegen müssen Gewerkschaften angehen.

Am 9. April hat der IG Metall-Vorstand seine Anforderungen an die Politik einer künftigen Bundesregierung formuliert: Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und eine andere Verteilung der Arbeit müssen ins Zentrum der Politik rücken. Die Erneuerung des Sozialstaates muss die bestehende Gerechtigkeitslücke schließen. Die Ganztagsbetreuung von Kindern, die soziale Durchlässigkeit der Bildungswege, der Ausbau der Weiterbildung sind Schlüsselfragen für unsere Zukunftsfähigkeit. Die Gleichstellung von Frauen muss entscheidend vorangebracht werden. Und schließlich müssen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte gesichert und ausgebaut werden.

Wer sich zur Wahl stellt, muss sich auch an seinen Taten messen lassen. **Die Arbeit der Bundesregierung ist zwiespältig zu beurteilen.** Auf der einen Seite sind wichtige Fortschritte im Vergleich zur Regierungszeit Helmut Kohls unbestritten. Der Kahlschlag Kohls ist zurückgenommen, die soziale Regelung der Arbeitsverhältnisse ist verbessert, die Mitbestimmung im Betrieb ausgeweitet worden. In diesen Bereichen stimmt die grundsätzliche Richtung. Hier haben die Bundesregierung und insbesondere die SPD-Fraktion gute Arbeit geleistet. Aber bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit gibt es gravierende Defizite. Dies gilt auch in den Bereichen Haushalt, Steuern und soziale Sicherungssysteme.

Das politische Urteil über die Unionsparteien ist einfach und eindeutig: Ihre Politik steht in zentralen Punkten **in klarem Gegensatz zu Arbeitnehmerinteressen** und Gewerkschaftsforderungen. Das gilt sowohl für die Taten in der Vergangenheit als auch für die Aussagen über die Zukunft. Geht es nach der Union, dann soll der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit aufgehoben und die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes teilweise zurückgenommen werden. Leiharbeit soll attraktiv gemacht und der Abschluss befristeter Beschäftigungsverhältnisse erleichtert werden. Diese Positionen sind vom Kanzlerkandidaten der Union, Edmund Stoiber, aufgegriffen und bekräftigt worden.

Eine vergleichende Bewertung zeigt, **dass die rot-grüne Alternative deutliche Vorteile gegenüber den schwarzgelben Herausforderern hat:** Die zentralen Forderungen der Unionsparteien und ihres Kanzlerkandidaten zielen auf eine radikale Verschlechterung der industriellen Beziehungen und des kollektiven Arbeitsrechts. Die Positionen in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik sind meilenweit von denen der Gewerkschaften entfernt. Die rot-grüne Regierungskoalition hat dagegen das Tarifrecht nicht angetastet, das gesetzliche Arbeitsrecht im Arbeitnehmerinteresse verbessert und die betriebliche Mitbestimmung ausgeweitet.



Klaus Lang, 58, ist Leiter des Bereichs Vorsitzender der IG Metall.

Das ist in einer Zeit von Deregulierungswahn und Mitbestimmungsfeindschaft eine nicht hoch genug einzuschätzende Leistung. Aber richtig ist auch: Im Mittelpunkt der Regierungspolitik standen nicht Arbeit, Gerechtigkeit und Innovation, sondern die Spar- und Konsolidierungspolitik.

Eine SPD-geführte Bundesregierung ist auf jeden Fall das kleinere Übel gegenüber einer CDU/CSU-dominierten. 1998 haben die Gewerkschaften in einer SPD-geführten Bundesregierung die eindeutig größere Chance für ein sozial-ökologisches Reformprojekt gesehen, eine Alternative zu einer Politik unter der Hegemonie des neoliberalen Zeitgeistes. Das wurde nicht eingelöst. Aber die SPD hat unverändert die Chance, einige der genannten Projekte in ihrem Regierungsprogramm aufzugreifen. Sie könnte deutlich erkennen lassen, dass sie zu einem modernen sozialdemokratischen Konzept von Wohlfahrtsgesellschaft als einer strukturellen und normativen Alternative zum Neoliberalismus bereit ist. **Dann wäre sie in der Tat nicht nur das kleinere Übel, sondern auch 2002 die größere Chance.** •

Einmischen in die Politik

„Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" – unter diesem Slogan haben die Gewerkschaften bei der Bundestagswahl 1998 für eine andere Politik geworben. Die „K´98" war eine der erfolgreichsten Gewerkschaftskampagnen überhaupt. Nicht nur weil sie mit dazu beigetragen hat, dass ein Politikwechsel möglich geworden ist, sondern weil sie deutlich gemacht hat, dass die Gewerkschaften ein ernst zu nehmender Faktor sind. Dass sie die Interessen der ArbeitnehmerInnen formulieren, an denen sich jede Bundesregierung messen lassen muss.

Zugleich war die „K´98" eine der am stärksten umstrittensten Kampagnen. Mit ihr würden die Gewerkschaften zu Gunsten der SPD in den Wahlkampf eingreifen, lautete der von der CDU/CSU formulierte Vorwurf.

Auch 2002 wollen sich die Gewerkschaften in den Wahlkampf einmischen. In dieser Ausgabe startet einblick mit dem Beitrag von Klaus Lang eine Debatte über die Frage, welche Forderungen die Gewerkschaften bis September auf die politische Tagesordnung setzen wollen.

Im Fax-Abruf:
0211 / 43 01 688
„Wahlen entscheiden"
Positionspapier der IG Metall zur Bundestagswahl 2002

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

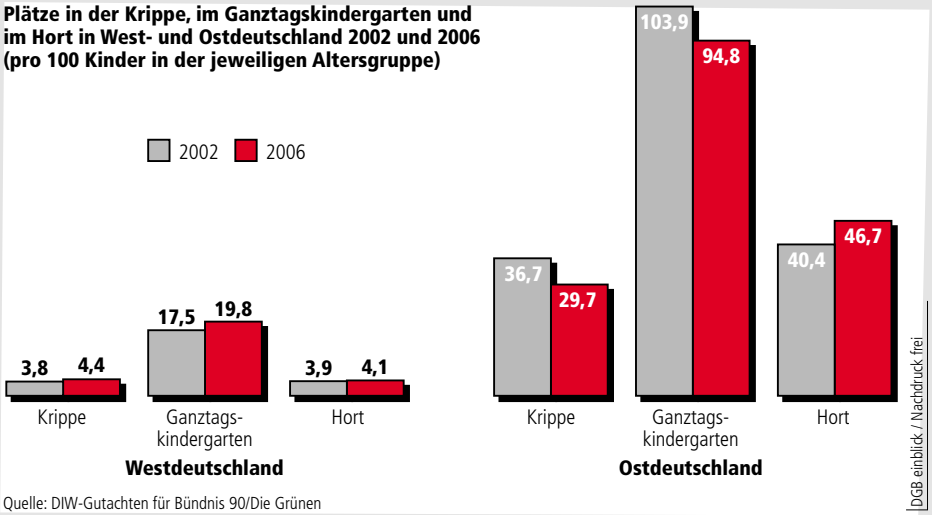
DIES & DAS

die DGB grafik

KINDERBETREUUNG WEST: Nicht bedarfsgerecht

In Westdeutschland ist und bleibt die Versorgung mit Krippen- und Hortplätzen „sehr gering und nicht bedarfsgerecht", falls für die Kinderbetreuung nicht erheblich mehr Geld aufgewendet wird. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einem so genannten Status-quo-Szenario. Für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesstätten wären nach Berechnungen des DIW Mehrausgaben zwischen 4,4 und 18,7 Milliarden DM (2,2 bzw. 9,6 Milliarden Euro) erforderlich.

Plätze in der Krippe, im Ganztagskindergarten und im Hort in West- und Ostdeutschland 2002 und 2006 (pro 100 Kinder in der jeweiligen Altersgruppe)



Quelle: DIW-Gutachten für Bündnis 90/Die Grünen

personalien

••• ***Jürgen Hecker,*** 59, Referatsleiter Besoldungsrecht für den öffentlichen Dienst beim DGB-Bundesvorstand, ist am 11. April in Altersteilzeit gegangen.

••• ***Silvia Tewes,*** 36, Journalistin in der Pressestelle der niederländischen Botschaft in Bonn und zuletzt wissenschaftliche Mitarbeiterin des Hauses der Geschichte in Bonn, ist sei dem 1. April Redakteurin der Publikationen *einigkeit* und *Infodienst* der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten.

••• ***Rolf Plake,*** 44, seit 1991 Unternehmensberater der ISA CONSULT Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit GmbH, Bochum, ist seit dem 1. Mai Geschäftsführer von ISA CONSULT. Er folgt den bisherigen Geschäftsführern ***Dr. Martin Wolmerath,*** 40, und ***Christian Paulsen,*** 40.

14 TAGE

17.5. Hans-Böckler-Stiftung, Konferenz „Lokale Arbeitsmärkte und kommunale Beschäftigungspolitik", Berlin

17.5. „Übersetzen. Freie Fahrt voraus", Fachtagung des ver.di-Projekts „Effiziente Organisations- und Führungsformen zur betrieblichen Gesundheitsförderung", Berlin

19.5. DGB-Jugend Berlin – Brandenburg, Beteiligung am „Karneval der Kulturen", Berlin

22.5. DGB Niedersachsen – Bremen, „Forum Berufliche Bildung" in Niedersachsen, Hannover

23.5. DGB Nordrhein-Westfalen, Dialog 2010, „Chancengleichheit durch Bildung – Illusion oder realistische Perspektive?", Düsseldorf

27.-31.5. 17. Ordentlicher DGB-Bundeskongress, Congress Centrum ICC, Berlin

29.5.-2.6. „Hände weg von der Arbeitslosenhilfe. Wir aktivieren den Sozialstaat!", Arbeitstagung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Bad Orb

31.5. Demonstration von IG BAU und ver.di zum Tariftreuegesetz, Berlin

Tipp

Buch: ***Adi Grewenig/ Margret Jäger (Hrsg.), Medien in Konflikten, DISS, Duisburg 2000, 290 S., 29 DM***

Medien greifen regulierend in unseren Alltag ein, produzieren Vorgaben, die für die Wirklichkeit entscheidend sind – nicht zuletzt auch in Erfurt. Die Beiträge der AutorInnen widmen sich lange vor Erfurt den (un-)gewollten Auswirkungen medialer Darstellungen an nicht minder prominenten Beispielen wie etwa der Wehrmachtausstellung oder dem ersten Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Schlusspunkt

„Ich bin doch kein Gewerkschaftsfresser"

Der bayerische Ministerpräsident und CDU/CSU-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber in einem Interview für die Mai-Ausgabe der IG Metall-Zeitschrift metall

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 27.05.2002 10/02

DGB

inhalt

Seite 2
DGB-Kongress 2002
Die Kandidaten für die Wahl des DGB-Vorstands stellen sich vor – und ihr wichtigstes Projekt für die kommenden vier Jahre

Seite 5
Das unterschätzte Potenzial
ÄltereArbeitnehmerInnen kämpfen gegen Vorurteile

Seite 7
Fair und konstruktiv
Bei der Bundestagswahl entscheidet sich, ob der von Rot-Grün eingeleitete Reformprozess fortgeführt wird. Meint Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG BCE

DGB-Trendbarometer 2002

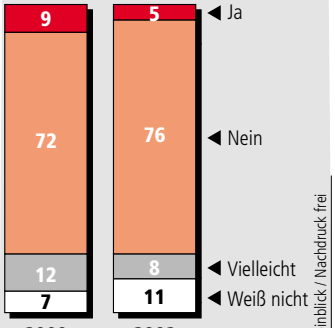
Die Bereitschaft zur Mitarbeit wächst

Die Bindungen der Gewerkschaftsmitglieder an ihre Organisation sind enger geworden: Der Anteil derjenigen, die sich einen Austritt aus der Gewerkschaft vorstellen können, hat sich in den vergangenen zwei Jahren halbiert. Das hat das Meinungsforschungsinstitut polis, München, herausgefunden. Im Auftrag des DGB interviewte polis im März und April 1310 ArbeitnehmerInnen.

Dass die Identifikation der Gewerkschaftsmitglieder mit ihrer Organisation gewachsen ist, lässt sich an drei Indikatoren ablesen:

- Hatten 2000 noch neun Prozent der Befragten erklärt, sie könnten sich durchaus vorstellen, aus der Gewerkschaft auszutreten, so sind es jetzt nur fünf Prozent.
- Der Anteil der Mitglieder, die die Gewerkschaften als einen „unverzichtbaren Bestandteil unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" ansehen, hat sich von 50 auf 55 Prozent vergrößert.
- Deutlich mehr Mitglieder als vor zwei Jahren können sich vorstellen, aktiv in ihrer Gewerkschaft mitzuarbeiten – ihr Anteil stieg von 36 auf 43 Prozent.

Austrittspotenzial schrumpft
Gewerkschaftsaustritt vorstellbar? (in Prozent)



Quelle: DGB-Trendbarometer 2002
DGB einblick / Nachdruck frei

Nur fünf Prozent der Gewerkschaftsmitglieder können sich vorstellen, aus der Gewerkschaft auszutreten – vor zwei Jahren waren es noch doppelt so viele.

Unverändert hoch ist das Mitgliederpotenzial der Gewerkschaften. Rund 30 Prozent der Nichtmitglieder geben an, sie würden „vielleicht zusagen", wenn sie darauf angesprochen würden, einer Gewerkschaft beizutreten. Rund 70 Prozent sind allerdings noch nie darauf angesprochen worden. Kommentar der polis-Forscher: „Natürlich sind solche Bekundungen zur Beitrittsbereitschaft ziemlich unverbindlich, aber sie dementieren die These, dass die Gewerkschaften keine Ausweitungspotenziale mehr hätten."

Gleichwohl haben sich Veränderungen in der Beurteilung der Gewerkschaften ergeben. Während vor zwei Jahren die Westdeutschen deutlich zufriedener waren als die Ostdeutschen, hat sich dieser Trend jetzt umgekehrt: Im Jahr 2000 bewerteten im Westen 51 Prozent die Leistungen der Gewerkschaften als positiv, heute sind es nur noch 44 Prozent. Im Osten wuchs die Zustimmung hingegen von 41 auf 53 Prozent.

Das Image der Gewerkschaften ist – wie 2000 – bei den Mitgliedern gut, bei den Nichtmitgliedern verbesserungsfähig. So halten rund drei Viertel der Mitglieder die Gewerkschaften für modern und zukunftsfähig, mehr als die Hälfte der Nichtmitglieder meint jedoch, die Gewerkschaften seien veraltete und schwerfällige Organisationen.

Deutlich verbessert hat sich das Image beim Thema Gleichstellungspolitik. 73 statt 64 Prozent attestieren den Gewerkschaften Engagement „für Frauenfragen und die Gleichstellung am Arbeitsplatz".

Auf die Frage nach den Gründen einer Mitgliedschaft nennen die meisten nach wie vor materielle Motive (Durchsetzung von Tariferhöhungen). Die Machtfrage („es muss ein Gegengewicht zu den Arbeitgebern geben") aber halten nur noch 32 Prozent für sehr wichtig (2000: 39 %). •

plusminusBERLIN

+ ***Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) will die Krankenkassen dazu verpflichten, den Eltern sterbenskranker Kinder Krankengeld ohne zeitliche Begrenzung zu zahlen. Bisher ersetzen sie nur den Lohn für zehn Pflegetage pro Jahr und Elternteil.***

– ***Dirk Niebel, der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, hat die Gewerkschaften aufgefordert „neue Wege" zu gehen: Statt für höhere Löhne zu streiken, sollten sie die Kaufkraft durch Beitragsrückerstattung an ihre Mitglieder erhöhen.***

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.dgb.de/dgbkongress/
Der DGB-Kongress online mit tagesaktuellen News während des Kongresses

Im Faxabruf
0211 / 43 01 657
„Wir müssen unsere Trägheit überwinden":
Im Interview zieht der scheidende DGB-Vorsitzende Dieter Schulte eine Bilanz seiner achtjährigen Amtszeit (Langfassung des Interviews aus einblickMagazin Nr. 8).

DGB-KONGRESS 2002 +++

Noch sind sie nur ***die Kandidaten:***

Michael Sommer, der stellvertretende Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der auf dem DGB-Kongress am 28. Mai in Berlin als Nachfolger von Dieter Schulte zum DGB-Vorsitzenden gewählt werden will, Ursula Engelen-Kefer, Heinz Putzhammer und Ingrid Sehrbrock, die erneut für den Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) kandidieren, und Dietmar Hexel, der bisherige Leiter des Bereichs Organisation der IG Metall, der Günter Dickhausen im GBV nachfolgen soll. ***einblick hat alle fünf Kandidaten gefragt, was aus ihrer Sicht das wichtigste politische Projekt für die kommenden vier Jahre ist.***



Nach dem Abschluss seines Politikstudiums an der FU Berlin war **Michael Sommer**, 50, Dozent am Bildungszentrum der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) in Gladenbach, ab 1981 Gewerkschaftssekretär in Bremen. Bereits ein Jahr später wurde er Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Hauptvorstand der DPG in Frankfurt/M. und 1988 Leiter der Grundsatzabteilung. 1993 wurde Sommer in den Geschäftsführenden Hauptvorstand der DPG gewählt, 1997 zum stellvertretenden Vorsitzenden. Seit der Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im März 2001 ist Sommer einer ihrer vier stellvertretenden Vorsitzenden. Er ist dort für die Bereiche Organisationspolitik, Mitbestimmung, Technologie und Senioren zuständig. Michael Sommer ist Mitglied der SPD.

„Mein erstes Ziel ist eine selbstbewusste, starke und attraktive Gewerkschaftsbewegung. Dies nicht als Selbstzweck, sondern weil es von uns in besonderer Weise abhängt, ob soziale Gerechtigkeit national, europäisch und auch global eine Chance hat. Die Arbeitgeberseite versucht überall – und nicht selten mit Erfolg – den Eindruck zu erwecken, ihre Interessen seien gleichbedeutend mit dem Allgemeininteresse. Das sind sie mitnichten. Es kann doch nicht sein, dass jede plumpe Arbeitgeberforderung bei der Politik sofort auf offene Ohren stößt, während zentrale Werte unseres Zusammenlebens wie soziale Gerechtigkeit, Geschlechterdemokratie, Bildung, Nachhaltigkeit unter „ferner liefen" abgehandelt werden. Wir müssen in die Offensive gehen und mit aufrechtem Gang und politikfähigen Antworten die Probleme anpacken. Mein entscheidender Satz heißt nicht *das müssen wir verhindern*, sondern *das müssen wir erreichen*."



Heinz Putzhammer, 61, hat nach seinem Lehramtsstudium in München 16 Jahre als Volksschullehrer in Bayern gearbeitet, bevor er 1980 in den Geschäftsführenden Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gewählt wurde. 1997 wurde Putzhammer zum stellvertretenden Vorsitzenden der GEW gewählt, im Juni 1998 in den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. Dort ist er für Wirtschafts-, Tarif- und Umweltpolitik sowie das Handwerk zuständig. Zudem ist Putzhammer Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union, der Zuwanderungskommission und des Rates für Nachhaltigkeit. Heinz Putzhammer ist Mitglied der SPD.

„Der DGB muss bei den für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtigen gesellschaftlichen Themen zu den Meinungsführern gehören. Das gilt vor allem für die Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik. Den unsäglich platten Thesen der Neoliberalen müssen wir noch überzeugender mehrheitsfähige Gegenkonzepte entgegensetzen, damit deutlich wird: Sie, die Neoliberalen, sind die Ewiggestrigen; der DGB und die Gewerkschaften stehen für eine sozial gerechte und beschäftigungswirksame Politik.
Die Meinungsführerschaft zurückgewinnen muss der DGB ganz besonders bei Themen, die für junge potenzielle Mitglieder attraktiv sind: Auf die Globalisierungsdebatte und kritische Gestaltungsvorschläge hat Attac kein Monopol, und der Diskurs über Nachhaltigkeit muss im Industriestaat Deutschland auch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestaltet werden.
Im Übrigen: Die nötige politische Artikulations- und Aktionsfähigkeit des DGB bedarf stabiler Finanzen. Sie zu sichern ist keine Aufgabe fürs Rampenlicht. Gleichwohl ist sie unentbehrlich. Auch hier gilt der Satz *Ohne Moos nichts los!*"



Dr. Ursula Engelen-Kefer, 58, hat nach ihrem Volkswirtschaftsstudium an der Universität Köln zunächst als Journalistin in New York gearbeitet. 1970 wurde sie Referatsleiterin für Arbeitsmarktpolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI), 1974 Referatsleiterin für Internationale Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Vier Jahre später wurde Engelen-Kefer in den Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit berufen, von 1984 bis 1990 war sie deren Vizepräsidentin, bevor sie zum DGB zurückkehrte – als dessen stellvertretende Vorsitzende. Im DGB-Vorstand ist sie für die Bereiche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Arbeitsrecht und Frauen zuständig. Ursula Engelen-Kefer ist Mitglied des Parteivorstands der SPD.

„Wir müssen den politischen Mainstream verändern, um den Sozialstaat zukunftsfest zu machen. Wir dürfen uns nicht länger einreden lassen, der Sozialstaat sei die Ursache für Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung. Im Gegenteil: Deregulierung, Sozialabbau und Sparprogramme auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschärfen die soziale Frage. Es muss uns gelingen, den Spieß umzudrehen. Immer noch wird der Sozialstaat durch die Folgen der deutschen Einheit zum Beispiel überfordert. Wir dürfen nicht auch noch zulassen, dass dadurch weitere Leistungskürzungen gerechtfertigt werden. Reformen sind unbestritten notwendig, Beispiel Arbeitsmarkt oder Gesundheit. Wir müssen klaren Kurs halten gegen die, die als Modernisierer verkleidet die Privatisierung des Sozialen wollen. Eigenverantwortung ja, aber in sozialer Verantwortung. Das ist Solidarität, die wir brauchen – in Zeiten des Wandels mehr denn je."

DGB-KONGRESS 2002



Ingrid Sehrbrock, 53, hat nach ihrem Lehramtsstudium acht Jahre als Studienrätin gearbeitet, bevor sie 1987 persönliche Referentin der Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten des Landes Hessen wurde. 1989 wurde Sehrbrock Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union und Leiterin der Abteilung Frauen- und Familienpolitik der CDU. Von 1997 bis 1999 war sie Sozialreferentin der Deutschen Botschaft in Prag und Bratislava, bevor sie im Dezember 1999 als Nachfolgerin von Regina Görner in den DGB-Vorstand gewählt wurde. Sie ist dort für die Bereiche Bildung, Jugend sowie Öffentlicher Dienst/Beamte zuständig. Ingrid Sehrbrock ist seit 1987 stellvertretende Bundesvorsitzende der CDA.

„Entgegen allen Unkenrufen belegen Studien, dass die Gewerkschaften das Vertrauen junger Menschen genießen – wenn sie uns kennen. Erschreckend ist allerdings, dass die meisten Jugendlichen nicht genau wissen, was Gewerkschaften tun.

Deshalb ist eines meiner Hauptanliegen, das gewerkschaftliche Vorfeld – Schulen und Hochschulen – zu „beackern".
So haben sich die Projektschultage von Courage im Rahmen der Arbeit gegen Rassismus bewährt. Ehrenamtlich gestalten Jugendliche ganze Unterrichtstage, motivieren SchülerInnen zum Mitmachen, bringen Alternativen zum normalen Schulalltag ein. Wir wollen mit Jugendlichen Thementage für Schulen entwickeln, unter dem Motto „Gewerkschaften – was tun die?" oder „Demokratie im Betrieb".
Auch an den Universitäten gibt es Potenzial für uns – immerhin sind zwei Drittel der Studierenden gezwungen, regelmäßig zu jobben. Wir wollen eine Online-Beratung speziell für erwerbstätige Studierende anbieten.
Ich bin davon überzeugt, dass wir mit unseren Ansätzen mehr junge Menschen als Mitglieder gewinnen können."



Dietmar Hexel, 52, war nach seiner Ausbildung als Chemielaborant von 1970 bis 1971 Jugendsekretär beim DGB Frankfurt/M., dann Gewerkschaftssekretär des IG Chemie-Bezirks Hessen. 1980 wechselte Hexel in die Vorstandsverwaltung der IG Chemie nach Hannover, 1984 wurde er dort Leiter der Abteilung Betriebsräte/Betriebsverfassung. 1986 kehrte Hexel nach Frankfurt/M. zurück, zunächst als Projektkoordinator Betriebs- und Kommunikationsstrukturen, seit 1991 ist er Leiter des Bereichs Organisation/Organisationsentwicklung der IG Metall. Dietmar Hexel ist Mitglied der SPD.

„Die wichtigsten Projekte der nächsten Zeit müssen im DGB-Bundesvorstand gemeinsam nach unserer Wahl entschieden werden. Nicht was wir fordern, sondern wie wir zu Lösungen kommen, ist einer meiner persönlichen Schwerpunkte. Wie können wir Themen wie Fairness, soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Chancengleichheit in der Gesellschaft wirksam beeinflussen? Welche Strukturen, Arbeitsformen und Informationswege brauchen wir auf regionaler und zentraler Ebene, damit unsere Ideen bei jedem Gewerkschaftsmitglied ankommen und vor allem besser in der Öffentlichkeit rüberkommen? Konkurrenz der Ideen und Kooperation im Handeln innerhalb des DGB, das ist mir wichtig.
Idee der Gewerkschaften ist es, Konkurrenz unter den Arbeitnehmern abzubauen. Der DGB hat die Autorität, dies organisationsintern zu unterstützen, Abgrenzungen zu vermeiden und die Beziehungen der Gewerkschaften untereinander weiterzuentwickeln. Vorhandene Unterschiede sind produktiv und geben uns Farbe! Der DGB ist der Chorleiter, der für eine bessere Wahrnehmung und einen guten Klang sorgt. Gute Melodien kommen an.
Der DGB hat sich in den vergangenen Jahren mit enormen Anstrengungen reformiert. Alle Gewerkschaften stellen sich neuen Aufgaben, wandeln sich. Bei den politischen Themen liegen mir besonders Chancengleichheit, Bildung und Schulpolitik, Neugestaltung der Arbeitsbeziehungen und Mitbestimmung am Arbeitsplatz am Herzen – und natürlich die Industriepolitik. Das gewerkschaftliche Füllhorn an Erfahrungen, Vorschlägen und guten Beispielen ist prall gefüllt. Vor allem brauchen wir Bewegung bei der Beschäftigung und praktische Beispiele intelligenter Arbeitsverteilung, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Neue Lösungen fördern und anwenden, das wird die falschen Propheten von Deregulierung und Armut aus dem Feld schlagen. Dabei will ich tatkräftig mithelfen."

SMS vom Kongress

Über Tausend Delegierte, Journalisten und Gäste werden zum DGB-Bundeskongress vom 27. bis 31. Mai 2002 im Internationalen Congress Centrum (ICC) in Berlin erwartet. Wer nicht dabei ist, kann den Kongress trotzdem verfolgen: Neben einer eigenen Kongress-Homepage (www.dgb.de/dgbkongress/), auf der alle Anträge, wichtigen Reden sowie alle zwei Stunden das aktuelle Wortprotokoll eingestellt werden, gibt es in diesem Jahr erstmals auf der DGB-Homepage auch einen Kongress-Ticker mit den aktuellen News zum Kongressverlauf und einen speziellen SMS-Service. Mehrmals täglich gibt es per Handy aktuelle News zu den wichtigsten Kongress-Highlights. Gedacht ist der Service für alle, die nicht permanent online sind und trotzdem jederzeit wissen wollen, was der Kongress beschlossen hat. Wer den Service nutzen will, kann seine Mobil-Nummer über die Kongress-Homepage anmelden.

Einen speziellen Kongressservice gibt es auch von der einblick-Redaktion. Unter www.einblick.dgb.de gibt es vom 28. bis 31. Mai parallel zum vierzehntäglich erscheinenden einblick einen täglich erscheinenden extrablick zum Download – ein vierseitiges Special mit den Highlights des Tages und einem Rückblick auf die wichtigsten Ereignisse und Beschlüsse vom Vortag.

IG Metall

Lebensrettende Großbuchstaben

In Leuchtlettern prangen die Namen von drei verfolgten Gewerkschaftern aus Äthiopien, Südkorea und der Türkei an Hauswänden der Nürnberger Innenstadt. Diese Aktion ist Teil einer gemeinsamen Kampagne von IG Metall und amnesty international mit dem Titel MAYDAY. Ihr Ziel ist die weltweite Unterstützung politisch verfolgter GewerkschafterInnen. Über die Namensaktion hinaus sollen Betriebe durch Patenschaften und Spenden die Betroffenen unterstützen und mit Öffentlichkeitsarbeit Druck auf die Regierungen ausüben. •

www.mayday.igmetall.de

DGB-Bildungswerk

Älter werden im Beruf

Das Altern im Beruf steht im Mittelpunkt des Workshops „Arbeitsfähigkeit 2010 – Was können wir tun, damit Sie gesund bleiben?" vom 2. bis 5. Juni 2002 in Berlin. Die Teilnahme an der vom DGB-Bildungswerk mitveranstalteten Tagung kostet 450 Euro. •

DGB-Bildungswerk
Tel. 0211/43 01 372
marianne.giesert@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de

Kooperationsstellen

Zukunft der Arbeitswelt

Wie können Beschäftigte dem Anspruch lebenslangen Lernens gerecht werden? Diese Frage diskutieren die TeilnehmerInnen der Tagung „Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe" am 19. Juni in Göttingen. Organisiert wird die Veranstaltung vom Netzwerk der Kooperationsstellen Hochschulen und Gewerkschaften in Niedersachsen und Bremen. Die Teilnahme an der Tagung ist kostenlos. Anmeldeschluss ist der 3. Juni. •

Tel. 0551/39 47 56
arbeitsgestaltung@uni-goettingen.de
www.kooperation-hochschule-gewerkschaft.de

Auto Club Europa

Überholstopp für Brummis?

Überholt ein Brummi einen anderen, führt das zu Stau, provoziert Verkehrsunfälle und zwingt die LasterfahrerInnen zum Überschreiten des Tempolimits. Das behaupten die Befürworter eines generellen Überholverbots für Lastkraftwagen. Wie die Mitglieder des Auto Club Europa (ACE) dazu stehen, das fragt der ACE die rund 1,6 Millionen LeserInnen seiner Clubzeitschrift *Lenkrad* und die BesucherInnen der ACE-Internetseiten. •

www.ace-online.de

Weiterbildung

Alle Ressourcen nutzen

„Nutzen Sie alle Ressourcen" – so wirbt das „Kompetenzzentrum für Chancengleichheitspolitik in der Arbeits- und Dienstleistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts", kurz CHAD, für ein neues Weiterbildungsangebot: Ab November können sich Führungskräfte oder PersonalentwicklerInnen zu „Gender-Change-ManagerInnen" ausbilden lassen.



Der Organisationswandel – Change-Management – ist zur permanenten Aufgabe von Organisationen geworden. Organisationsentwicklung und Personalmanagement sind die Change-Bereiche, in die Chancengleichheit primär integriert werden muss. Die Integration von Gender-Aspekten in diese Change-Bereiche ist Inhalt dieser Weiterbildung. Angesprochen sind Verantwortliche in der Personal- und Organisationsentwicklung in Betrieben, Gewerkschaften, Verbänden und Verwaltung. Projektleiterin Mechthild Kopel ist überzeugt: „Eine geschlechterorientierte Personal- und Organisationsentwicklung wird als Wettbewerbsfaktor immer wichtiger, um kompetente Fachkräfte langfristig an die Organisation zu binden."

Die Weiterbildung beginnt am 13. November und umfasst insgesamt vier dreitägige Module sowie ein Abschlusskolloquium. Sie kostet 3380 Euro plus Mehrwertsteuer (10 % Frühbucherrabatt bei Anmeldungen bis 10. Juni, 5 % bis 5. August). •

CHAD
Wallstraße 61 – 65, 10179 Berlin
Tel. 030/27 87 39 22
Fax 030/27 87 39 11
E-Mail: isa-b@isa-consult.de
www.chancengleichheit-21.de

Bundesanstalt für Arbeit

Sozialgesetzbuch jetzt im Internet

Hat man sich einen neuen Gesetzestext in Buchform angeschafft, ist er auch schon veraltet. Sage und schreibe 41 Mal wurde zum Beispiel das „Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung" (SGB III) seit seinem In-Kraft-Treten am 24. März 1997 geändert. Gut, dass es das Internet gibt. Denn auf der Homepage der Bundesanstalt für Arbeit ist das Regelwerk jetzt in der aktuellsten Fassung abrufbar. Während ein Teil der Paragraphen direkt zugänglich ist, müssen umfangreichere Teile zunächst auf dem eigenen Computer gespeichert werden. Das Gesetz versteckt sich in der Rubrik „Die Bundesanstalt für Arbeit stellt sich vor" hinter dem Link „Unsere rechtlichen Grundlagen". •

www.arbeitsamt.de

interregio

••• Der ***DGB Hannover*** organisiert gemeinsam mit anderen Verbänden ein ***Aktionswochenende*** zum Anti-Kriegstag 2002. Für die Zeit vom 30. August bis zum 1. September planen die Veranstalter einen SchülerInnen-Workshop zur Friedenspolitik, eine Anti-Minen-Ausstellung und einen Friedenskongress zum Thema „Ein Jahr Krieg gegen den Terror – Bilanz, Ausblick, Gegenwehr". Mehr Infos zum Kongress gibt es bereits jetzt im Internet: www.friedenskongress-hannover.de

••• Der ***DGB Sachsen*** hat ein ***10-Punkte-Programm*** mit Forderungen an die Regierung des neuen Ministerpräsidenten und Biedenkopf-Nachfolgers Georg Milbradt (CDU) vorgelegt. Dazu gehören verstärkte Sanierungshilfen für Betriebe in Insolvenz-Gefahr und der Aufbau von „Rückkehr-agenturen", die abgewanderte ArbeitnehmerInnen in den Freistaat zurückholen sollen. Das Programm ist im Internet abrufbar: www.dgb-sachsen.de

••• Der Landesausschuss der ***Studierenden in der GEW Nordrhein-Westfalen*** beteiligt sich an einer ***Unterschriftenaktion*** gegen die von der Landesregierung geplante Einführung von Studiengebühren. Unterschriftenlisten sind unter www.abs-nrw.de beim „Aktionsbündnis gegen Studiengebühren" (ABS) abrufbar.
Mehr Infos: www.gew-lass.de/nw

ÄltereArbeitnehmerInnen

Das unterschätzte Potenzial

Ein hehres politisches Ziel werden sich die Gewerkschaften auf dem DGB-Kongress in Berlin setzen: Sie wollen den Beschäftigten „eine befriedigende und verkraftbare Tätigkeit bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters" ermöglichen, heißt es im Leitantrag des DGB-Bundesvorstands zur Zukunft der Arbeit.

Die Fakten weisen allerdings in eine andere Richtung. Zwar ist der Bestand an Arbeitslosen, die 50 Jahre und älter sind, Ende 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 100 000 auf 1,16 Millionen gesunken; doch der Zugang an älteren Arbeitslosen hat sich im vergangenen Jahr um 20 500 auf 1,18 Millionen erhöht.

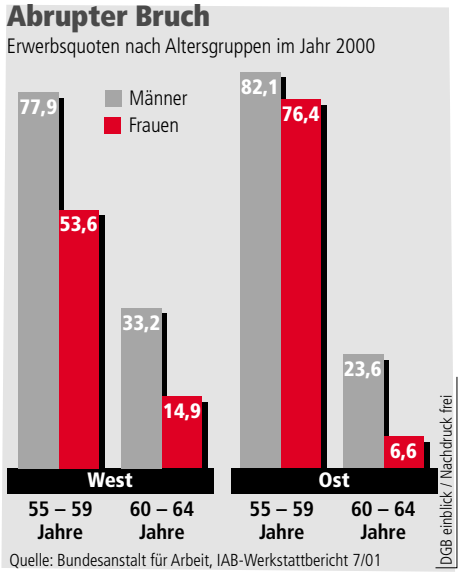
Auch wenn die New Economy ihren Glanz verloren hat, grassiert in vielen Betrieben noch immer der Jugendwahn. „In manchen Berufen gelten schon Arbeitnehmer über 35 Jahre als alt", sagt Werner Marquis, Sprecher des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen.

Dabei ist längst klar, dass angesichts der Bevölkerungsentwicklung Wirtschaft und Verwaltung künftig verstärkt auf ältere Arbeitskräfte zurückgreifen müssen. Der Anteil der Menschen über 50 (2000: 35,2 %) klettert bis 2010 auf 39,4 Prozent und beträgt weitere zehn Jahre später sogar 45,5 Prozent. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Jüngeren an der Bevölkerung. Das öffentliche Interesse an älteren Arbeitskräften hat also seinen guten Grund. Gerade diese Gruppe der Erwerbstätigen wird über kurz oder lang für die Unternehmen besonders wichtig.

Vorerst hat sie aber noch mit einer ganzen Reihe von Vorurteilen zu kämpfen. Ältere Arbeitskräfte gelten als unflexibel, stressanfällig und lernunwillig. Dabei hat das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung herausgefunden, „dass nicht mehr generell von einer niedrigeren formalen Qualifikation Älterer im Vergleich zu Jüngeren und von Weiterbildungsabstinenz älterer Arbeitnehmer gesprochen werden kann". Auch die von Unternehmern häufig vertretene und selbst von Belegschaften akzeptierte so genannte Defizit-Hypothese des Alterns, sprich die Vermutung eines altersbedingten Abbaus von Befähigungen, sei „empirisch nicht belegt". Das größte Handikap für Ältere seien „langzeitig ausgeführte Tätigkeiten, in denen es nichts zu lernen gibt, so dass über das Verlernen bereits erworbener Fähigkeiten hinausgehend sogar das Lernen verlernt wird".

Das bestätigt auch ein Forscherteam des Instituts für Arbeitswissenschaft der RWTH Aachen, das in den *WSI-Mitteilungen* 4/02 zu dem Ergebnis kommt: Die reduzierte berufliche Leistungsfähigkeit älterer ArbeitnehmerInnen gründe „weniger auf Leistungseinbußen als auf fehlenden Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung". Deshalb würden viele Ältere „in die Position einer Randbelegschaft" gedrängt, die über keine Schlüsselqualifikation mehr verfüge. Begründet werde der Ausschluss älterer Arbeitskräfte von beruflicher Weiterbildung damit, dass Leistungs- und Lerndefizite bereits ab 40 Jahren zunähmen, was jedoch nicht der Realität entspreche.

Die Gewerkschaften haben an dieser Entwicklung durchaus ihren Anteil. So hat Reinhard Bispinck, der Leiter des WSI-Tarifarchivs, die tariflichen Regelungen für ältere ArbeitnehmerInnen unter die Lupe genommen – und kommt zu dem Schluss, dass im Bereich von Arbeitsorganisation, Leistungspolitik und Qualifizierung „die bei weitem größten Defizite" festzustellen seien (nachzulesen im WSI-Tarifhandbuch 2002). Es gäbe kaum Tarifverträge, „die hier mit Blick auf die Probleme älterer ArbeitnehmerInnen gezielt Rahmenregelungen bereitstellen". Ausgerechnet das für die künftige Arbeitsmarktentwicklung und die Beschäftigungsperspektiven älterer ArbeitnehmerInnen zentrale Thema – nämlich Weiterbildung – entpuppe sich „als fast komplette tarifpolitische Leerstelle". •



Zwar sackt der Anteil der Erwerbstätigen ab 60 Jahre dramatisch ab. Doch die Behauptung, dass in dieser Altersgruppe niemand mehr arbeiten wolle, ist falsch. So entfiel zum Beispiel mehr als die Hälfte aller Rentenzugänge von Männern auf Altersrente wegen Arbeitslosigkeit, das heißt, die verringerte Erwerbstätigkeit ist größtenteils unfreiwillig.

Ältere sind kein „altes Eisen"

Ältere Beschäftigte zählen nicht automatisch zum „alten Eisen". Das hat eine Befragung des Allensbach-Instituts ergeben. Danach sagen knapp zwei Drittel der Menschen, der Wert eines Beschäftigten für den Betrieb hänge vor allem von seiner Erfahrung, seiner Persönlichkeit und seinen Aufgaben ab, nicht aber von seinem Alter.

Eine relative Mehrheit schätzt die Lebens- und Berufserfahrungen der Älteren mehr als die Leistungen Jüngerer. 21 Prozent der Befragten meinen, dass Unternehmen lieber Ältere einstellen oder halten sollten, statt sie durch Jüngere zu ersetzen. Nur 13 Prozent geben an, dass jüngeren Beschäftigten der Vorzug gegeben werden sollte.

Diese Ansicht, die von der Einstellungspraxis vieler Betriebe abweicht, zieht sich durch alle Berufsgruppen. So glauben nur 17 Prozent der Facharbeiter und nur 13 Prozent der Angestellten, dass eher jüngere MitarbeiterInnen für ein Unternehmen wertvoller sind als ältere. Dennoch sind 59 Prozent der Auffassung, dass die Unternehmen in Zukunft nicht mehr Wert darauf legen werden, ältere Beschäftigte zu behalten. Nur 18 Prozent vertreten die Meinung, dass die Betriebe künftig mehr Wert auf ältere MitarbeiterInnen legen werden.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

IG BAU und ver.di sind mit einer gemeinsamen Website zum Tariftreuegesetz online gegangen. Unter www.tariftreue.de informieren die beiden Gewerkschaften über Vorgeschichte und Ziele des Gesetzes und erläutern es.

Die GEW hat mit dem Bundeselternrat und der BundesschülerInnenvertretung ein „Bündnis der Verantwortung für bessere Schulen" geschlossen. Die Beteiligten wollen für gemeinsame Initiativen von Schülern, Eltern und Lehrern „an jeder einzelnen Schule" mobilisieren, um vor Ort für Reformen im Bildungswesen und eine bessere Ausstattung der Schulen zu werben.

Mit der vom Bundestag beschlossenen Abschaffung der Trinkgeldsteuer sieht der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg „eine langjährige Forderung der Gewerkschaft" erfüllt. Die „ungerechte und bürokratische" Steuer für die eine Million Beschäftigten im Gastgewerbe habe sich für die Finanzämter ohnehin nicht gelohnt.

TRANSNET und die im Deutschen Beamtenbund (DBB) organisierte Verkehrsgewerkschaft GDBA werden künftig in der Tarifpolitik kooperieren. Die ursprünglich ebenfalls geplante Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer (einblick 08/02) hingegen ist „geplatzt".

Arbeitslosenhilfe

Immer noch benachteiligt

Vor zwei Jahren, am 24. Mai 2000, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden: Einmalzahlungen wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld müssen bei der Berechnung „beitragsfinanzierter Lohnersatzleistungen" berücksichtigt werden (AZ: 1 BvL 1/98), sprich Einmalzahlungen erhöhen das Arbeitslosengeld. Wer danach allerdings auf die niedrigere Arbeitslosenhilfe angewiesen ist, hat immer noch das Nachsehen. Denn bei der Berechnung der Arbeitslosenhilfe werden Weihnachts- und Urlaubsgeld noch nicht berücksichtigt.

Das Bundesverfassungsgericht habe sich in seinem Urteil nur mit Versicherungsleistungen wie Arbeitslosengeld, nicht aber mit staatlich finanzierten Fürsorgeleistungen wie Arbeitslosenhilfe beschäftigt, begründet das Bundesarbeitsministerium diese juristisch umstrittene Sparaktion.

Die Bielefelder Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen hält die Benachteiligung der Arbeitslosenhilfe-Empfänger für rechtswidrig. Inzwischen hat auch das Sozialgericht Dortmund festgestellt, dass die Ungleichbehandlung von Arbeitslosenhilfe- und Arbeitslosengeld-Beziehern verfassungswidrig sei (AZ: S 5 AL 304/00).

Bis zu einer Entscheidung der Karlsruher Richter rät die Koordinierungsstelle den Betroffenen, von den Ämtern zu verlangen, dass über die Höhe ihrer Arbeitslosenhilfe nur „vorläufig" entschieden wird. Sollten sich die Verfassungsrichter dem Dortmunder Urteil anschließen, können Arbeitslose mit „vorläufigem Bescheid" – und nur sie – mit erheblichen Nachzahlungen rechnen.

Weitere Infos und Muster-Antragsformulare bei der Koordinierungsstelle (Marktstraße 10, 33602 Bielefeld, www.erwerbslos.de). •

SchülerInnen

Schnuppernd dabei?

Die DGB-Jugend von Nordrhein-Westfalen schlägt vor, für SchülerInnen allgemein bildender Schulen ein spezielles Serviceangebot zu entwickeln und ihnen eine Schnuppermitgliedschaft in der DGB-Jugend anzubieten. Damit soll frühzeitig der Kontakt zu Jugendlichen hergestellt werden, um sie so längerfristig an die Organisation zu binden. Über diese Initiative aus Nordrhein Westfalen wird im DGB derzeit diskutiert. •

Fragenan ...

Ein Jahr nach der Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft hat der ver.di-Vorstand eine Kommission eingesetzt, die die ver.di-Strukturen überprüfen soll. *einblick* hat Margrit Wendt, 50, Vorsitzende des Gewerkschaftsrats und Mitglied der Strukturkommission, nach den Zielen gefragt.



Foto: Aris

■ Warum stellt ver.di nur ein Jahr nach der Gründung die eigenen Strukturen auf den Prüfstand?

■ *Bei der ver.di-Gründung haben wir die unterschiedlichen Kulturen von fünf Gewerkschaften auf einen Nenner bringen müssen. Wenn man so etwas macht, gibt es immer Ecken und Kanten, die hinterher abgeschliffen werden müssen. Es gibt einzelne Traditionen, die sich in der ver.di-Praxis als nicht mehr notwendig erweisen. Das wollen wir jetzt korrigieren.*

■ Was sind die vordringlichen Themen?

■ *Vordringlich sind die Regelungen für die Organisationswahlen, die im Vorfeld des Bundeskongresses 2003 in diesem Jahr durchgeführt werden. Wir prüfen, ob Anzahl und Größe der Gremien und der Konferenzen noch dem entsprechen, was wir brauchen. Einzelne Gremien können verkleinert, Wahlverfahren gestrafft werden.*

■ Muss nicht auch der 19-köpfige Bundesvorstand verkleinert werden?

■ *Den Vorstand haben wir in der Gründungsphase bewusst so gebildet, um die größte Einzelgewerkschaft handhabbarer zu machen und die Vielfalt von ver.di widerzuspiegeln. Auch das werden wir überprüfen müssen, aber nicht jetzt. Dazu sind wir zu jung. Das würde nur alte Wunden aufreißen.*

■ Spielt die Angst vor einem Übergewicht der ehemaligen ÖTV noch eine Rolle?

■ *Die ÖTV hatte eine andere Organisationsstruktur als zum Beispiel die Gewerkschaft, aus der ich gekommen bin. In der DPG hatten die Ehrenamtlichen schon immer große Entscheidungskompetenzen. Aber die Verknüpfung der unterschiedlichen Kulturen haben wir im ver.di-Prozess ganz gut hingekriegt. Manchmal werden zwar im Alltag noch die alten Ängste hochstilisiert, aber sonst wären wir ja Engel. Was ich erlebe, ist etwas anderes, nämlich dass ver.di immer mehr gelebt wird, dass wir ver.di sein wollen. Im Übrigen gibt es etwas Merkwürdiges unter GewerkschafterInnen: Wenn ein großer Konzern gebildet wird, wundert sich niemand über die Zeitdauer, die eine Konzernintegration braucht, und dass es dort am Anfang Strukturen gibt, die im Laufe der Zeit optimiert werden. Wenn der gleiche Prozess bei uns abläuft, gehen plötzlich alle in Hab-Acht-Stellung.*

Bundestagswahl 2002

Fair und konstruktiv

Arbeit und soziale Gerechtigkeit werden wie 1998 auch 2002 die Bundestagswahl entscheiden. Davon ist Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), überzeugt. Für ihn ist die Bundestagswahl eine Richtungsentscheidung darüber, ob der Reformprozess fortgesetzt wird, den die SPD-geführte Bundesregierung eingeleitet hat. Einiges habe Rot-Grün auf den Weg gebracht, es bleibe aber noch viel zu tun, um den enormen Reformstau aufzulösen.



Hubertus Schmoldt, 56, ist Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie.

Wir stehen vor einem außerordentlich harten Wahlkampf – wie stets bei Richtungsentscheidungen. Es geht um die Fortsetzung des notwendigen Reformprozesses. Dabei dürfen die Arbeitnehmerinteressen nicht unter die Räder geraten, **wir werden uns also einmischen.** Klar ist, dass wir unsere parteipolitische Unabhängigkeit zu bewahren haben.

Zunächst ein paar grundsätzliche Dinge. Eine faire und konstruktive Auseinandersetzung mit der Politik der Bundesregierung und der Opposition sollte selbstverständlich sein, sie entspricht im Übrigen den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft.

Wenn wir eine kritische Bilanz von vier rot-grünen Jahren ziehen, dann können wir unsere eigenen Wunschvorstellungen nicht zum alleinigen Maßstab machen. Vielmehr haben wir zur Kenntnis zu nehmen und zu akzeptieren, dass jede Bundesregierung Verantwortung für das Ganze zu tragen und auch die Interessen anderer zu berücksichtigen hat.

Ich kann deshalb mit dem Bild vom „kleineren Übel" nichts anfangen. Übel bleibt Übel, mag es auch graduelle Unterschiede geben. Wer diesen Begriff benutzt, der leistet apolitischen Vorstellungen Vorschub. Vorstellungen, die in Wahlenthaltungen („Weshalb soll ich ein Übel wählen?") münden oder den Parteien mit den einfachen Lösungen am Rande des politischen Spektrums nutzen.

Es kommt auf die Wahrnehmungsfähigkeit und Perspektive an. Reformen und Veränderungen brauchen Zeit. Eine Legislaturperiode reicht nicht aus, um den enormen Reformstau aufzulösen. Unsere Bewertung der vergangenen vier Jahre lautet deshalb: Das Glas ist halb voll und nicht halb leer.

Wir sollten nicht außer Acht lassen, dass im Zeitalter der Globalisierung die nationalstaatliche Gestaltungsfähigkeit tendenziell schrumpft. Dies ist kein Plädoyer fürs Nichtstun, wir sollten uns allerdings der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge bewusst sein.

Vor diesem Hintergrund: Ist es wirklich wahr, dass die Bundesregierung einen einseitigen Sparkurs gefahren und darüber die Ziele Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Innovation vernachlässigt hat? Ist es nicht vielmehr so, dass konsolidierte Staatsfinanzen die Voraussetzung sind für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit? Überschuldung engt die vorhandenen Gestaltungsspielräume nur weiter ein. Außerdem: Wer hätte am Ende die Zinslast zu tragen, wer zahlte wohl die Zeche einer solchen Politik?

Um Missverständnissen vorzubeugen: Selbstverständlich sind weder Regierung noch Opposition, weder Kanzler noch Kandidat sakrosankt, wenn Kritik erforderlich ist, dann muss die auch klar und vernehmlich geäußert werden.

Wir sind mit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht zufrieden. Zwar hat die Bundesregierung einiges auf den Weg gebracht und die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung verbessert, es bleibt jedoch noch eine Menge zu tun. Zum Beispiel eine Reform der Bundesanstalt für Arbeit. Zukünftig muss es da vor allem um Vermittlung und Qualifikation gehen.

Eine solche Reform kann Arbeitslosigkeit verkürzen, schafft aber aus sich heraus keinen einzigen Arbeitsplatz. Da sind andere gefordert. **Die Arbeitgeber müssen die im Bündnis für Arbeit gegebenen Zusagen einlösen,** statt permanent beleidigt auf dem Sofa sitzen zu bleiben. Die Unternehmen haben nicht nur auf Börsenkurse zu schielen, sie tragen auch Verantwortung für das Gemeinwesen.

Im Übrigen: Hat man in den Chefetagen die Unternehmenssteuerreform schon vergessen? Die Zielrichtung dieser Reform war sicher in Ordnung; wieso jedoch Veräußerungsgewinne bei Beteiligungen zwischen Kapitalgesellschaften steuerfrei gestellt sind, konnte bislang niemand plausibel erklären.

Ein Wort zu unseren christdemokratischen Kolleginnen und Kollegen. Die Union und ihr Kandidat planen in Sachen Kündigungsschutz, im Arbeitsrecht oder zur Tarifautonomie **Dinge, die keinem Gewerkschafter gefallen können.** Es wäre gut, wenn der Arbeitnehmerflügel in CDU und CSU seinen Einfluss geltend machen könnte.

1998 haben wir „für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" und für einen Politikwechsel geworben. Arbeit und soziale Gerechtigkeit werden auch 2002 die Wahl entscheiden. Wir wollen dafür sorgen, dass in der Folge das Glas voll wird. •

Einmischen in die Politik

46 Prozent aller ArbeitnehmerInnen in der Bundesrepublik meinen, dass sich die Gewerkschaften aktiv in die Regierungspolitik einmischen sollten. Das ist ein Ergebnis des DGB-Trendbarometers 2002, der repräsentativen Befragung des Meinungsforschungsinstituts polis im Auftrag des DGB. Nur 33 Prozent halten eine solche Einmischung für falsch. Im Osten sind sogar 66 Prozent aller Befragten dafür, nur 13 Prozent dagegen.

Die Frage, wie sich die Gewerkschaften in den Bundestagswahlkampf einschalten, wird auch die Delegierten des DGB-Bundeskongresses vom 27. bis 31. Mai in Berlin beschäftigen.

Welche Forderungen wollen die Gewerkschaften bis September auf die politische Tagesordnung setzen? Zu dieser Frage hat einblick in der letzten Ausgabe mit einem Beitrag von Klaus Lang (IG Metall) die Debatte eröffnet. Für Lang ist eine SPD-geführte Bundesregierung gegenüber einer CDU/CSU-dominierten auf jeden Fall das kleinere Übel. Sie wäre die größere Chance – wenn die SPD mit ihrem Regierungsprogramm zeige, dass sie zu einem modernen sozialdemokratischen Konzept von Wohlfahrtsgesellschaft als einer Alternative zum Neoliberalismus bereit ist.

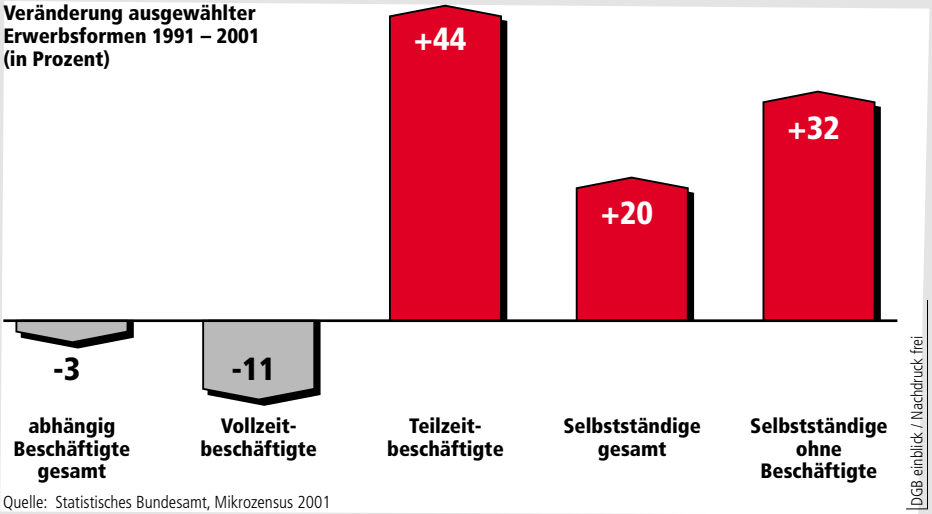
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSPLÄTZE: Mehr Teilzeit und Selbstständige

In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl aller Erwerbstätigen in Ost und West von 37,5 auf 36,8 Millionen gesunken. Gleichzeitig hat sich das Gewicht der Erwerbsformen deutlich verschoben: Während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 3,2 Millionen (minus 11 %) sank, stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 2,1 Millionen (plus 13 %), die der Selbstständigen um 513 000 (plus 20 %). Besonders stark war mit 32 Prozent der Zuwachs bei den Selbstständigen ohne eigene Beschäftigte.



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2001

personalien

••• ***Susanne Kolb,*** 35, Journalistin, ehemals freie Mitarbeiterin der *Süddeutschen Zeitung* und seit Januar 2001 Pressesprecherin des DGB-Bundesvorstands in Berlin, ist ab dem 1. Juni Leiterin der Pressestelle des DGB-Bezirks Bayern.

••• ***Georg Faupel,*** 62, ist neuer und alter Betriebsratsvorsitzender der DGB-Bundesvorstandsverwaltung in Düsseldorf. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde ***Doris Schneider-Zugowski,*** 56, gewählt, als weiteres Mitglied ***Wolfgang Möbius,*** 50. Wahlberechtigt waren 48 DGB-Beschäftigte.

14 TAGE

27.-31.5. 17. Ordentlicher DGB-Bundeskongress, ICC Berlin

29.5.-2.6. „Hände weg von der Arbeitslosenhilfe. Wir aktivieren den Sozialstaat!", Arbeitstagung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Bad Orb

31.5. Demonstration von IG BAU und ver.di zum Tariftreuegesetz, Berlin

4.6. „Prävention und Rehabilitation – Anforderungen an die heutige Sozialpolitik", Fachtagung des DGB und des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Behinderten, Berlin

5.6. DGB Baden-Württemberg, Jahrestagung des Netzwerks „Telearbeit und Frauen", Stuttgart

5.6. Hochschultag des DGB Niedersachsen/Bremen und des Wissenschaftsforums der SPD, Göttingen

9.6. DGB Niedersachsen/Bremen, Verleihung des DGB-Filmpreises im Rahmen des Emdener Filmfestivals, Emden

12.6. „Wir wollen eine andere Bildungspolitik", Demonstration der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Berlin

Tipp

„Neue Zeiten. Neue Chancen. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit". Das Motto des DGB-Kongresses in Berlin ist Thema des neuen *einblickMAGAZINs*. Ob Gleichstellung oder Globalisierung: Der Bund der Gewerkschaften ist in den neuen Zeiten angekommen. Politik, Kultur und jede Menge Service – der DGB und die Gewerkschaften haben viel zu bieten.

Das *einblickMAGAZIN acht* gibt's



kostenlos in den Geschäftsstellen des DGB und der Gewerkschaften.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Hier wird das Kind mit dem Bade gleich in den Gully gekippt."

Der CDA-Vorsitzende Hermann-Josef Arentz gegenüber der Rheinischen Post (15. Mai) zu den Forderungen der Arbeitgeberverbände, den Kündigungsschutz zu lockern und die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte zu reduzieren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 10.06.2002 11/02

DGB

Vor der Bundestagswahl

Tariftreuegesetz als Nagelprobe

Edmund Stoiber, der Kanzlerkandidat der Union, hat die Chance nicht genutzt: Hätte er bei seiner Rede auf dem DGB-Kongress in Berlin die Zustimmung Bayerns im Bundesrat zum Tariftreuegesetz signalisiert, wäre ihm der tosende Applaus der Delegierten sicher gewesen. Stattdessen riefen die unionsgeführten Ländern den Vermittlungsausschuss an. Begründet wird die Ablehnung mit der schwierigen Situation der ostdeutschen Bauwirtschaft, die des Wettbewerbsvorteils beraubt würde, im Westen ihre Dienstleistungen zum niedrigeren Osttarif anbieten zu können. Für sie müsste eine Sonderregelung getroffen werden.

Am 26. April hatte der Bundestag mit rot-grüner Mehrheit das Gesetz beschlossen, mit dem die Vergabe öffentlicher Aufträge im Bau- und Verkehrssektor künftig an die Einhaltung der am Ort der Leistung repräsentativen Tarife geknüpft werden soll. Auch in der Regierungskoalition war lange über das Gesetz gestritten worden, bis schließlich ein Kompromiss gefunden wurde: Nach einem Stufenplan müssen ostdeutsche Unternehmen erst 2005 im Westen die ortsüblichen Tarife zahlen.



Foto: Andreas Schoelzel

„Jetzt geht's los!" Demo für Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge am 31. Mai in Berlin. Hauptredner waren Klaus Wiesehügel (IG BAU), Michael Sommer (DGB) und Frank Bsirske (ver.di).

Eine solche Einschränkung sieht das bayerische Vergabegesetz nicht vor. Weil es auch im CDU-regierten Saarland ein Landesgesetz zur Tariftreue gibt, hatten die Gewerkschaften gehofft, dass das Bundesgesetz den Bundesrat passiert. „Der Wahlkämpfer Stoiber dürfte ein solch schizophrenes Verhalten niemanden erklären können" so der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. „Warum sollte das, was in Bayern gilt, nicht für die gesamte Bundesrepublik gelten?", fragte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Stoiber. Eine schlüssige Antwort blieb Stoiber schuldig. Einerseits bekannte er sich grundsätzlich zur Tariftreue und sprach sich gegen „ausländisches Lohndumping" aus, andererseits müsse man die Situation der ostdeutschen Unternehmen berücksichtigen. Ausländisches Lohndumping – nein, nationales Lohndumping – ja bitte? Der Hinweis auf die Situation im Osten sei fadenscheinig, kritisierte Sommer. Lohndumping bleibe Lohndumping. Für den DGB sei die Entscheidung über das Gesetz eine wichtige Nagelprobe. Die erste Quittung erhielt Stoiber prompt. Der DGB Bayern kündigte seine Mitarbeit im Beschäftigungspakt auf.

Die Zeit drängt. Die nächste Sitzung des Vermittlungsausschusses findet am 12. Juni statt. Die 32 Mitglieder müssen eine Lösung finden, die Zustimmung in Bundesrat und Bundestag findet. Falls das Gesetz dabei inhaltlich verändert würde, muss es erneut in den Bundestag. Dessen letzte Sitzung vor der Bundestagswahl findet am 5. Juli statt. Bis dahin muss ein Ergebnis vorliegen – andernfalls ist das Gesetz in dieser Legislaturperiode gescheitert. • *www.tariftreue.de*

plusminusBERLIN

+ ***Die Bundestagsabgeordneten Christian Lange (SPD) und Steffi Lemke (Bündnis 90/Grüne) fordern in einem Antrag ihrer Fraktionen, dass die Abgeordneten verpflichtet werden, Einkünfte aus Tätigkeiten außerhalb des Bundestags und Unternehmensbeteiligungen offen zu legen.***

– ***Christoph Böhr, Mitglied des CDU-Bundesvorstands, will Kindergeld nur für brave Kinder. Wenn Kinder „wiederholt Straftaten begehen oder mehrfach den Unterricht schwänzen", müsse das Kindergeld gestrichen werden. Schließlich hätten die Eltern ihre Erziehungsleistung „nicht erbracht".***

inhalt

Seite 3

Sommer-Zeit beim DGB
Der neue DGB-Vorsitzende will den DGB wieder zum Motor gesellschaftlicher Reformen machen und fordert einen Sozialkontrakt

Seite 5

Berliner Signale
Die wichtigsten Entscheidungen des Berliner DGB-Kongresses im Überblick: von der Chancengleichheit bis zum existenzsichernden Erwerbseinkommen

Seite 7

Außenansichten
Kongresseindrücke von Regina Görner, Arbeitsministerin im Saarland, Mila Lacanal, spanischer Gewerkschaftsbund UGT, und FAZ-Redakteur Nico Fickinger

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.einblick.dgb.de
Menüpunkt „aktuell"
Die extrablicke der einblick-Redaktion zum DGB-Kongress

Im Faxabruf

0211 / 43 01 655
Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem DGB-Kongress (Auszüge)

0211 / 43 01 660
Rede von Kanzlerkandidat Edmund Stoiber auf dem DGB-Kongress (Auszüge)

Bundestagswahl 2002

Die Forderungen des DGB

Sechs Forderungen stellt der DGB an die nächste Bundesregierung. Ihr gemeinsamer Titel lautet: „Der Mensch im Mittelpunkt – für eine gerechte Zukunft".

■ **Bildung demokratisieren**
Notwendig sei eine breit angelegte Bildungsreform, weil Kinder aus Haushalten mit niedrigem oder normalem Einkommen immer noch nicht die gleichen Bildungschancen haben wie der Nachwuchs aus gut situierten Familien.

■ **Familien und Beruf vereinbar machen**
Noch immer scheitere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an viel zu starren Arbeitszeitangeboten. Mehr Jobsharing und Teilzeitarbeit seien erforderlich.

■ **Den Arbeitsmarkt in Schwung bringen**
Unternehmen und Staat müssten mehr investieren. Die Bundesanstalt für Arbeit sollte zu einem Kompetenzzentrum für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickelt werden.

■ **Den Staat handlungsfähig machen**
Um eine moderne Infrastruktur zu gewährleisten, könne sich der Staat höher als geplant verschulden. Die Steuereinnahmen aus Gewinnen und Vermögen müssten steigen.

■ **Gesundheitssystem modernisieren**
Die Qualität der medizinischen Versorgung müsse verbessert und ihre Wirtschaftlichkeit erhöht werden. Aus der Arbeitnehmerversicherung müsse eine Erwerbstätigenversicherung werden.

■ **Arbeitnehmerrechte ausbauen**
Die Arbeitnehmerrechte im Falle einer Unternehmensinsolvenz müssten gestärkt, der Kündigungsschutz müsse reformiert, der Antistreikparagraph aufgehoben werden. Das Bündnis für Arbeit müsse fortgesetzt werden. Dazu müsste aber geklärt werden, wie die Verbindlichkeit von Verabredungen gesichert werden kann. •

Neue Befragung

WSI interviewt Betriebsräte

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung startet seine dritte Betriebs- und Personalrätebefragung. Sie findet stichprobenhaft in nahezu allen Wirtschafts- und Dienstleistungsbereichen statt. Thematisiert werden die Arbeitsbedingungen der Interessenvertreter sowie ihre Beziehungen zu Belegschaft, Arbeitgeber und Gewerkschaft. Auch die Betriebs- und Personalräte, die keinen Fragebogen zugeschickt bekommen, sind aufgerufen, sich an der Aktion zu beteiligen: Die Fragen können aus dem Internet heruntergeladen werden (www.wsi.de). Die Antworten werden anonymisiert. •

Fragen an ...



Foto: Jürgen Seidel

Ilse Piontek, 74, und Miriam Schneider, 22, die älteste und die jüngste Delegierte des DGB-Kongresses vom 27. bis 31. Mai in Berlin.
Beide sind Mitglied derselben Gewerkschaft (ver.di) und stammen auch aus derselben Organisation (DPG), beide haben zum ersten Mal an einem DGB-Kongress teilgenommen, und beide rauchen Filter-Lights. Kennen gelernt haben sie sich aber erst im Gespräch mit *einblick*. Kein Wunder: Schneider wohnt in München, Piontek in Wuppertal.

■ Euer Eindruck vom Kongress?
Schneider: *Ich war entsetzt, dass nur 24 der 378 Delegierten bis 28 Jahre alt waren. Und ziemlich traurig gemacht hat mich, dass nur ein paar Anträge der Jugend zur Annahme empfohlen worden sind; die meisten sollten abgelehnt oder bloß als Material zu anderen Anträgen angenommen werden.*
Piontek: *Das ist schlimm. Denn wenn wir die Jugend nicht fördern, fehlt uns der Nachwuchs.*
Schneider: *Ich bin froh, dass Michael Sommer zum DGB-Vorsitzenden gewählt worden ist. Er hat sich immer für die Jugend eingesetzt, hat sich immer für uns Zeit genommen und nie etwas zugesagt, was er nicht einhalten konnte. Hoffentlich bleibt er so.*
Piontek: *Es ist unheimlich schwer, Jugendliche für die Gewerkschaften zu begeistern.*
Schneider: *Weil ihnen in den Gewerkschaften zu wenig Chancen gegeben werden.*
Piontek: *Früher hat die Zahl der jungen Delegierten ihrem Anteil an der Mitgliedschaft entsprochen.*
Schneider: *Das können wir gern wieder einführen!*
Piontek: *Vergiss es!*

■ Jugend und Senioren sind Randgruppen im DGB. Warum seid ihr trotzdem gewerkschaftlich engagiert?
Schneider: *Ich bin von der Sache überzeugt. Das ist nicht immer einfach, klar. Aber dann muss man für seine Überzeugungen kämpfen. Und trotz aller Tiefpunkte – es gibt ja auch Höhepunkte.*
Piontek: *Ich bin oft wutentbrannt nach Hause gegangen und wollte alles hinschmeißen. Aber dann hab ich mir gesagt: Du gibst doch nicht auf, du bist doch nicht bekloppt. Ich gehe weiterhin auf die Straße, weil ich will, dass auch meine Enkel und Urenkel noch Arbeit finden.*
Schneider: *Das finde ich toll – und die Unterstützung der Jugend, die habt ihr.*

geplant ... beschlossen

Auch BeamtInnen sollen die neuen Möglichkeiten einer kollektiven privaten Altersvorsorge nutzen können. Deshalb werden der DGB, TRANSNET, GEW, ver.di, IG BAU und IG BCE gemeinsam mit ausgewählten Versicherungsunternehmen einen Vertrag abschließen. Das hat der DGB-Bundesvorstand am 4. Juni beschlossen.

Der DGB-Bundesvorstand hat die Sitzverteilung auf der Arbeitnehmerbank des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeit beschlossen. Danach erhält der DGB zwei der sieben Mandate, je eins geht an ver.di, IG Metall, IG BCE, IG BAU und NGG.

Für die Mitgliederarbeit sind die Gewerkschaften zuständig, ihre Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft können ArbeitnehmerInnen aber in Zukunft auch beim DGB direkt beantragen. Möglich geworden ist dieser neue Weg des Gewerkschaftsbeitritts durch einen kurz vor dem DGB-Kongress vereinbarten gemeinsamen Schein zur Aufnahme in eine DGB-Gewerkschaft. Das gemeinsame Formular soll den Eintritt in eine Gewerkschaft erleichtern.

Berliner Signale

Sommer-Zeit beim DGB

Die Gewerkschaften wollen gesellschaftlicher Reformmotor bleiben und gemeinsam dafür sorgen, dass die neuen Chancen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit genutzt werden. Fest im Blick haben sie dabei die Bundestagswahl am 22. September. Die Botschaften des Berliner Kongresses hat der neue DGB-Vorsitzende Michael Sommer in seiner Schlussrede zusammengefasst.

„Von diesem Kongress soll ein Signal ausgehen", erklärte Sommer. Die Gewerkschaften wüssten, dass sie in neuen Zeiten leben, sie müssten das als neue Chance begreifen. Wo diese neuen Chancen liegen, machte Sommer an fünf Themen fest: Mitgliederwerbung, Jugend, Europa, Globalisierung und Stärkung des DGB.

In Sachen Mitgliederwerbung stellte er fest, dass sich der DGB und die Gewerkschaften in der Vergangenheit manchmal zu sicher gewesen seien, dass die Menschen „von selbst zu uns finden". Diese Zeiten seien endgültig vorbei. Um neue Mitglieder zu gewinnen, müssten neue Angebote entwickelt und neue Wege erschlossen werden. Sommer ist überzeugt, „dass die gute alte Methode ‚Mensch zu Mensch'" immer noch die erfolgreichste Werbemethode ist.

Eine wichtige Aufgabe sei, mehr Jugend zu gewinnen: „In den Gewerkschaften sind viel zu wenig junge Menschen organisiert. Auch auf diesem Kongress ist uns das augenfällig demonstriert worden", so Sommer. Ausdrücklich bedankte sich der DGB-Vorsitzende bei den jugendlichen Delegierten, die „mit Lust auf Zukunft" die Beratungen bereichert hätten.

Ein soziales Europa mitzugestalten sei die dritte große Aufgabe und Chance der Gewerkschaften: „Wir müssen unsere gestaltende Rolle deutlich stärken. Denn wir brauchen ein soziales Europa."

Gleiches gelte in Sachen Globalisierung. Die Globalisierung gehe mit Macht- und Verteilungskämpfen einher. Immer wieder versuchten „die marktradikalen Verfechter"



Foto: Jürgen Seidel

der Globalisierung der Öffentlichkeit weiszumachen, Globalisierung erfordere die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten und Sozialleistungen. Dem setzten die Gewerkschaften den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit entgegen. „Und jene Fähigkeit, die uns zu dem gemacht hat, was wir sind: die Solidarität miteinander und in der internationalen Gewerkschaftsbewegung."

Um die neuen Chancen nutzen zu können, sei es auch wichtig, den DGB zu stärken. Sommer erinnerte an einen Satz von Ludwig Rosenberg, einem seiner Vorgänger als DGB-Vorsitzender, aus dem Jahr 1965: „Jede Organisation ist in Wirklichkeit nur so stark, wie wir alle zusammen sind. Die Stärke des DGB ist die Stärke der Gewerkschaften, seine Schwäche ist auch ihre Schwäche." Diese Aussage gelte auch heute. „Der DGB muss sich ändern, muss sich den neuen Zeiten öffnen und anpassen", so Sommer. „Das geht nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen, und zwar in dieselbe Richtung."

Die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte zu verteidigen und auszubauen, das sei klarer Auftrag des Kongresses: „Kein Unterlaufen des Tarifrechts, Verteidigung der Tarifautonomie, mehr statt weniger Mitbestimmung, kein Aufweichen des Kündigungsschutzes und natürlich kein Lohn- und Sozialdumping". Ein Signal von Berlin sei auch, dass DGB und Gewerkschaften Ernst machten mit der Verwirklichung der Geschlechterdemokratie und dem Gender-Ansatz, sowohl in der Betriebs- und Tarifpolitik als auch in der Personalpolitik der Gewerkschaften. •

Grundsatzrede: „Wir gehen in die Offensive"

Eine „Trendwende in Sachen soziale Gerechtigkeit" hat Michael Sommer in seiner Grundsatzrede gefordert. Um eine gerechtere Gesellschaft zu erreichen, forderte er Politik, Kirchen, Arbeitgeber und andere gesellschaftliche Gruppen dazu auf, gemeinsam mit dem DGB einen neuen, modernen Sozialkontrakt für Deutschland zu gestalten. Dieser solle der Rahmen für Reformen sein, die „diesen Namen wirklich verdienen". Ziel müsse die „sozial gerechte Modernisierung" Deutschlands sein. Dazu müssten „alle, die Steuern zahlen könnten, auch tatsächlich wieder Steuern zahlen". Denn „einen armen Staat können sich nur Reiche leisten". Man müsse endlich Abschied nehmen von dem Glauben, dass der Markt schon alles richte.

Für Sommer ist der neue Sozialkontrakt „kein modischer Gag für die Antrittsrede", es gehe ihm um verbindliche Abmachungen – um zum Beispiel endlich die Gleichstellung von Männern und Frauen durchzusetzen. „Wir gehen in die Offensive", versprach Sommer – sowohl gesellschaftspolitisch als auch innerhalb der Gewerkschaftsorganisation. „Der DGB und seine Gewerkschaften wollen tatsächlich Mittler und Motor der Diskussion über eine sozial gerechte Modernisierung sein."

Die Eier sind noch nicht gelegt

Eine historische Erinnerung von Michael Sommer an große Koalitionen beim CDU-Empfang während des Kongresses sorgte für viel Wirbel auf den Kongress-Fluren und in den Medien. In seiner Abschlussrede stellte Sommer klar: „Ich finde acht Jahre besser als vier, und die letzten vier waren besser als die 16 zuvor. Und 2002 ist auch nicht 1967. Ich bin überzeugt: Rot-Grün, Gerhard Schröder und Joschka Fischer, haben eine gute Chance. Wenn der Eindruck entstanden sein sollte, eine große Koalition wäre meine, gar unsere Option, dann ist dies falsch und bedauerlich. Es ist wohl immer ein Fehler, spekulativ zu diskutieren. In zugespitzten Zeiten sind selbst historische Erinnerungen missverständlich. Deshalb will ich mich ausdrücklich korrigieren: Über Koalitionsbildungen sollte man erst in Kenntnis der Wahlergebnisse reden. Das gilt auch für mich. Merke: Man soll die Eier erst färben, wenn sie gelegt sind."

Im Internet
www.einblick.dgb.de
Die Kongress-Reden Michael Sommers (Auszüge)

Im Faxabruf
0211 / 43 01 663
Vorstellung
0211 / 43 01 665
Grundsatzrede
0211 / 43 01 666
Abschlussrede

KONGRESS-IMPULSE KONG

kurz&bündig

Ein Jahr nach der Gründung von ver.di erhalten die 2,8 Millionen Mitglieder Post vom Vorsitzenden Frank Bsirske. Inhalt des Schreibens: der neue ver.di-Ausweis, der die Mitgliedsausweise der fünf Gründungsorganisationen ablöst. Der Ausweis soll einen schnellen Zugriff der Mitglieder auf die Dienstleistungen der Gewerkschaft ermöglichen.

„Offensive 2010. Chancen für eine bessere Zukunft" – unter diesem Titel hat die IG Metall ihr „Zukunftsmanifest" veröffentlicht, das die wichtigsten Ergebnisse ihrer Zukunftsdebatte zusammenfasst. „Offensive 2010" sei „kein Beschlusspapier der IG Metall", sondern die „Grundlage für die weitere Diskussion", so ihr Vorsitzender Klaus Zwickel. Diskutieren will die IG Metall das Manifest auf ihrem Zukunftskongress vom 13. bis 15. Juni in Leipzig. Erwartet werden neben 500 MetallerInnen auch 350 Gäste aus Wissenschaft, Politik und Medien. Im Internet: www.igmetall.de/themen/zukunft

Die Gewerkschaft TRANSNET fordert, die Transrapid-Projekte in NRW und Bayern „nochmals auf den Prüfstand" zu stellen. Ein Bericht des Bundesrechnungshofs zu den Kosten der Projekte müsse den Verantwortlichen „endlich zu denken geben", so der TRANSNET-Vorsitzende Norbert Hansen.



Foto: Jürgen Seidel

Zwei neue und drei vertraute Gesichter hat der neue Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB (GBV), dem die Delegierten am 28. Mai mit einem deutlichen Votum den Rücken für die politischen Auseinandersetzungen der kommenden vier Jahre stärkten: Die meisten Stimmen entfielen mit 364 von 387 abgegebenen Stimmen auf den neuen DGB-Vorsitzenden Michael Sommer (94 %). Ihm folgte mit 336 von 359 abgegebenen Stimmen der zweite Neue im GBV, Dietmar Hexel (94 %). Gute Ergebnisse erzielten auch DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer (85 % ; 1998: 89,5 %) und Heinz Putzhammer (93 % ; 1998: 67,8 %). Auf Ingrid Sehrbrock, die 1999 in den GBV nachgerückt war, entfielen 230 Stimmen (64 %).
Von links: Dietmar Hexel, Ursula Engelen-Kefer, Michael Sommer, Heinz Putzhammer, Ingrid Sehrbrock

Existenzsicherndes Erwerbseinkommen

DGB startet Kampagne

Mit großer Mehrheit haben die Delegierten den DGB-Bundesvorstand beauftragt, eine Kampagne „für ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen" zu starten.

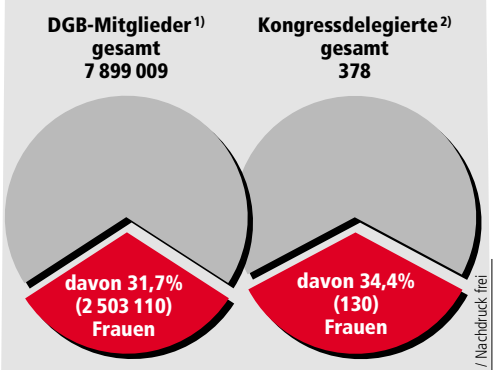
Diesem Beschluss war eine lange Diskussion vorausgegangen, weil die Antragsteller IG BAU, NGG und ver.di auch gefordert hatten, die Höhe dieses Einkommens mit 1500 Euro zu beziffern. Dem wollte aber weder die Antragsberatungskommission noch die IG Metall folgen. Die Sprecherin der Kommission, Margret Mönig-Raane, befürchtete, es könne in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entstehen, die Gewerkschaften forderten einen gesetzlichen Mindestlohn. Der IG Metall-Delegierte Hasso Düvel erklärte: „Wir produzieren Erwartungen, die wir nicht erfüllen können."

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hielt dem entgegen: „Wir brauchen eine Zielgröße, wir müssen Orientierung geben." Der IG BAU-Delegierte Hajo Wilms betonte, dass ohne eine konkrete Zahl die Kampagne keine Vision besitze. Zudem sei es nicht verboten, für ein – auch weit entferntes – Ziel zu kämpfen.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske machte den Kompromiss-Vorschlag, den Euro-Betrag erst „nach intensiver Beratung im DGB" zu definieren. Bsirske betonte aber gleichzeitig: „Wir brauchen einen Betrag." Diesen Vorschlag akzeptierte die Antragsberatungskommission – und die Delegierten stimmten zu. •

Erstmals über dem Durchschnitt

Anteil der Frauen an den DGB-Mitgliedern und den Delegierten des DGB-Bundeskongresses 2002



1) Stand: 31.12.2001
2) Von den 400 gemeldeten Delegierten waren bei Kongresseröffnung 378 anwesend.
Quellen: DGB-Bundesvorstand; Bericht der Mandatsprüfungskommission

DGB einblick / Nachdruck frei

Der Anteil der Frauen unter den Delegierten der DGB-Bundeskongresse ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen: von 22,7 Prozent 1990 auf 34,4 Prozent 2002. Erstmals lag in diesem Jahr der Anteil der Frauen unter den Delegierten sogar leicht über dem der Mitglieder (31,7 %).

Chancengleichheit

Aktionsprogramm beschlossen

Die Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Privatwirtschaft wird 2003 ein politischer Schwerpunkt von DGB und Gewerkschaften. Dazu hat der Kongress einstimmig ein Aktionsprogramm beschlossen.

Ob Kanzler Gerhard Schröder oder Fritz Kuhn, der Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen – die Kongressgäste waren sich einig: Deutschland ist in Sachen qualifizierte Ganztagsbetreuung ein Entwicklungsland. Und sowohl SPD und Grüne als auch DGB und Gewerkschaften setzen sich für massive Verbesserungen ein.

Doch um tatsächlich gleiche Chancen für Frauen und Männer im Beruf zu erreichen, ist es mit besseren Kinderbetreuungseinrichtungen allein nicht getan. Deshalb benennt das – auf Antrag der DGB-Frauen beschlossene – „Gleichstellungspolitische Aktionsprogramm" eine ganze Reihe weiterer Handlungsfelder. Dazu gehören neben Entgeltgleichheit, Berufsausbildung, Weiterbildung und Arbeitszeitgestaltung auch innergewerkschaftliche Felder wie Rechtsschutz und gewerkschaftliche Bildung. Das Aktionsprogramm markiert einen Aufbruch für Gleichstellung in Betrieben und Verwaltungen. Denn Rot-Grün hat auf eine gesetzliche Regelung zur Gleichstellung in der privaten Wirtschaft verzichtet.

Mit dem Aktionsprogramm sollen auch gewerkschaftliche Initiativen vorangebracht werden. Zum Beispiel in der Tarifpolitik. ver.di-Vize Gerd Nies verwies in der Debatte auf den Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern. Dieser Bericht zeigt nicht nur, dass Frauen wesentlich weniger verdienen als Männer, sondern auch, dass zahlreiche Tarifverträge nicht den europäischen und nationalen Rechtsnormen zur Entgeltgleichheit genügen. •

Bündnis für Arbeit

Kritiker werden nicht abgebügelt

Dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer ist es zu verdanken, dass ein kritischer Antrag zum Bündnis für Arbeit nicht abgelehnt worden ist. Die Antragsberatungskommission hatte die Ablehnung dieses Antrags empfohlen, in dem es heißt, das Bündnis für Arbeit sei „bis heute seinem Namen nicht gerecht geworden". Die Begründung der Kritiker aus dem DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg: Das Bündnis beziehe „die zentralen volkswirtschaftlichen Einflussgrößen für Beschäftigungspolitik" – die Geldpolitik der EZB, die Finanzpolitik der Bundesregierung, die Investitionspolitik der Wirtschaft und die Nutzung der Verteilungsspielräume – nicht in seine Politik ein.

Auf Bitte von DGB-Chef Sommer korrigierte die Antragsberatungskommission ihre Empfehlung in „Annahme als Material"; der Antrag wurde so beschlossen. •

DGB-Jugend

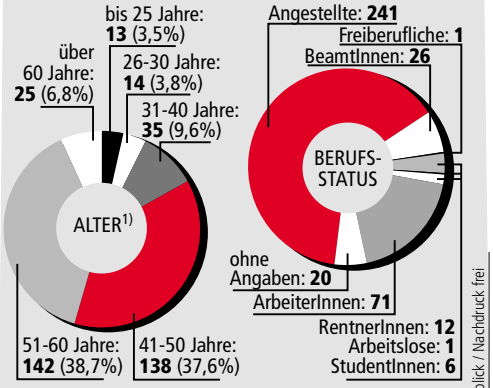
Erst verloren, dann gewonnen

17 Stimmen hatten dem Antrag der DGB-Jugend gefehlt, dem Bundesjugendausschuss die Möglichkeit zu geben, künftig drei Delegierte zum DGB-Kongress zu entsenden. Nur 205 Delegierte stimmten zu. 222 hätten es sein müssen, weil jede Satzungsänderung der Zweidrittelmehrheit bedarf. Die Antragsberatungskommission hatte Ablehnung empfohlen, die Entsendung von Delegierten sei Sache der Gewerkschaften. Viele RednerInnen sahen das anders.

Tags darauf wurde der Beschluss politisch korrigiert: Jetzt sollen der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand und der Bundesjugendausschuss gemeinsam überlegen, „wie die Beteiligung der DGB-Jugend als eigenständiger Jugendverband an den Organen des DGB sichergestellt werden kann". Damit soll dem „eindeutigen Votum" des Kongresses, der DGB-Jugend im DGB eine Stimme zu geben, entsprochen werden, so GBV-Mitglied Dietmar Hexel. Entscheiden soll der DGB-Bundesausschuss im März 2003. •

Um zwei Jahre gealtert

Alter und Berufsstatus der Delegierten des DGB-Bundeskongresses 2002 [1]



1) Von den 400 gemeldeten Delegierten waren bei Kongresseröffnung 378 anwesend; von 11 Delegierten lagen keine Altersangaben vor.

Quelle: Bericht der Mandatsprüfungskommission

DGB einblick / Nachdruck frei

Im Vergleich zum DGB-Kongress 1998 ist das Durchschnittsalter der Delegierten des DGB-Bundeskongresses 2002 um zwei Jahre gestiegen: von 48 auf 50 Jahre. Kaum verändert hat sich dagegen die Berufsstruktur der Delegierten: Mit 241 von 378 anwesenden Delegierten stellten die Angestellten weiter die klare Mehrheit, gefolgt von den ArbeiterInnen mit 71 Delegierten.

„Angenommen"

Der DGB-Bundesvorstand ist von den Delegierten aufgefordert worden, „die Voraussetzungen für eine Grundfinanzierung der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen Bielefeld zu schaffen".

Einstimmig angenommen worden ist der Antrag „Zukunft der Arbeit". Darin fordert der DGB
– „eine Geldpolitik, die auch Verantwortung für wachsende Beschäftigung übernimmt,
– die Ausweitung staatlicher Investitionen,
– eine beschäftigungsorientierte Arbeitszeitpolitik und
– eine ausgewogene Verteilungspolitik".
Im Faxabruf: 0211/43 01 669 Antrag Zukunft der Arbeit (Auszüge)

Ebenfalls einstimmig angenommen worden ist der Antrag „Zukunftsprojekt Bildung", in dem eine umfangreiche Weiterbildungsoffensive gefordert wird. Im Faxabruf: 0211/43 01 674 Antrag Zukunftsprojekt Bildung (Auszüge)

Beschlossen wurde eine „Kampagne für den Erhalt und Ausbau des solidarischen und sozialen Gesundheitswesens".

Der DGB-Kongress bekennt sich zur Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit. Zu deren Aufgaben zähle auch „die Benennung und Abberufung von Vorstand und Leitungskräften".

KONGRESS-SPLITTER

17. Ordentlicher Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes

■■■ Die ersten Kongressbesucher kamen in der Nacht, ungebeten und unerkannt: Sie ließen aus dem Arbeitsraum der Journalisten zwei Notebooks mitgehen. Trotz Wachdienst und verriegeltem Rolltor. ■■■ Erfreulich war dagegen der offizielle Auftakt des Kongresses mit **Tanz-Performance,** Kabarett, Musik von der Leipziger Band Die Prinzen und Eröffnungsreden von Dieter Schulte sowie Bundespräsident Johannes Rau: „Eine rundum gelungene Mischung aus Ernsthaftigkeit und heiteren, unterhaltenden Momenten", urteilte Karl-Heinz Köpke, Gasthörer und DGB-Senior, stellvertretend für viele. ■■■



„Der Markt kann weder Solidarität ersetzen noch Gerechtigkeit herstellen", sagte **Johannes Rau** in seiner Rede. Der Bundespräsident kritisierte, dass ein erheblicher Teil der Kosten der deutschen Einheit aus Sozialversicherungsbeiträgen finanziert werde und nicht aus Steuern. Raus Rede im Faxabruf unter 0211 / 43 01 679 ■■■ „Ich wär so gerne Millionär", sangen die Prinzen. Kabarettist Bodo Bach hakte nach: „Wer hier im Saal hat Aktien? Arme heben – Armut ist keine Schande!" Niemand bekannte sich. ■■■ Anders am folgenden Tag: 94 Prozent der Delegierten bescherten den beiden Neuen im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, Michael Sommer und Dietmar Hexel, einen Traumstart. Ein Ergebnis, das auch den Kanzler nicht kalt ließ: Die 94 Prozent, mit denen Michael Sommer zum DGB-Vorsitzenden gewählt wurde, scherzte Gerhard Schröder beim SPD-Empfang am Parteienabend, wolle er gar nicht, aber der Zahlendreher würde am 22. September schon reichen. ■■■ Die saarländische Sozialministerin Regina Görner (CDU) rettete die erste Rede des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer außerhalb des ICC. Als Sommer am Abend seiner Wahl mit dem Auto Richtung Spree davonbrauste, um auf einem Schiff zu den ausländischen Gästen des DGB-Kongresses zu sprechen, ließ er seine Rede auf dem Autodach liegen. Görner, zufällig Zeugin des Geschehens, sammelte die Blätter auf – und fuhr sie dem Vorsitzenden hinterher. Am Landungssteg trafen sich beide. Sommer, sichtlich erleichtert, bedankte sich: Die CDU Saar hat einen Termin beim DGB-Vorsitzenden gut. ■■■ Trotz Sommer-Start mussten sich Delegierte und Gäste warm anziehen. Kongresserfahren legte Dieter Scholz, Kongress-Vorsitzender am zweiten Tag, allen wärmstens ans Herz, wegen der Klimaanlage präventiv etwas gegen Erkältung zu tun: „Wenn nur einer von uns eine Erkältung hat, könnt ihr sicher sein: Am Freitag haben wir sie alle." ■■■ Warm anziehen musste sich auch Edmund Stoiber, der bayrische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der Union, bei seinem Auftritt. Ziemlich eisig wurde er von den Delegierten empfangen, zumal sie kurz vorher gehört hatten, dass er – trotz eigenem bayerischen Tariftreuegesetz – im Bundesrat gemeinsam mit den anderen unionsgeführten Ländern das von Rot-Grün im Bundestag beschlossene bundesweite Tariftreuegesetz blockieren würde. „Neun Sekunden Applaus für Stoiber – 82 Sekunden für Schröder", zählte eine Tageszeitung später. ■■■





„Umverteilung macht sexy. Tu's mal wieder, Gerhard!!!", ermunterte die Gewerkschaftsjugend im Piraten-Outfit **Bundeskanzler Schröder.** Er bekam wie Stoiber zu spüren, dass der Gewerkschaftsjugend der Einsatz für ihre Belange weder bei Regierung noch Opposition ausreicht. Nach Schröders Rede schenkte ihm Stefanie Rabe, 22, Vorsitzende der ver.di-Jugend, Golddukaten aus Schokolade – Schröder kassierte sie wortlos. Er äußerte sich auch nicht dazu, ob er ihrer Einladung nach Köln am 14. September folgen würde. Das Aktionsfestival ist Höhepunkt der Kampagne „Her mit dem schönen Leben!", mit der die Gewerkschaftsjugend im Wahljahr für ihre Ziele mobilisiert. ■■■ „Wir sind die Zukunft, nicht das Material" – Proteste der **Gewerkschaftsjugend** gab es auch zum Umgang mit den Anträgen der Jugend auf dem Kongress: Von den 20 Anträgen der Jugend hatte die Antragsberatungskommission den größten Teil mit der Empfehlung „Annahme als Material" versehen. ■■■ Von A wie AOK und Arbeitslosenzentrum bis V wie Volksfürsorge: Die BetreiberInnen der Infostände im ICC-Forum hatten sich eine Menge einfallen lassen, um die Aufmerksamkeit der KongressteilnehmerInnen auf sich zu ziehen. Böckler-Boxen basteln und Bücherpakete gewinnen konnten sie bei der Hans-Böckler-Stiftung, bei der GUV/Fakulta wurde mit einem Alkoholtester der Restalkohol vom Vorabend ermittelt, süße Überraschungen lockten nicht nur beim ACE. ■■■



Entspannung vom Kongress-Stress gab's am Stand der AOK bei einer **Shiatsu-Massage.** Durchschlagend war die Wirkung bei einem Kongressteilnehmer: Nach der Massage musste er geweckt werden. ■■■ Mit kreisenden Bewegungen der rechten Hand lief Jens Martens, DGB-Bildungswerk, durchs ICC. Der Grund: Martens Hand wurde von einem „Gyrotwister" in Bewegung gehalten, einem Gerät, das, einmal in Schwung versetzt, durch Fliehkräfte beinahe von allein weiterläuft. Die Kräfte, die das Gerät entfaltet, sind vor allem für ComputernutzerInnen hilfreich, die mit dem „Mausarm" zu kämpfen haben. Der Hersteller warnt, dass das Gerät „süchtig macht" – ein Phänomen, das in Berlin zu beobachten war: beim scheidenden GBV-Mitglied Günter Dickhausen wie in der *einblick*-Redaktion. ■■■





Es geht aufwärts mit der Mitgliederwerbung – sogar während des Kongresses. Erstes neues Mitglied im ICC war Jutta Klein, 52, Standbetreuerin des BHW, einen Tag später folgte **Moritz Waldhauser.** Als Wachmann jobbt der 18-Jährige derzeit für wenig Geld bei einer Security-Firma, die auch für den Kongress ihre Dienste leistete. „Die Richtung des DGB stimmt", begründete das neue ver.di-Mitglied den Beitritt. ■■■ „Einblick in den Sommer: ein unbeschwerter Tag, eine ausgelassene Nacht und ein Riesling, der mit Sonne und Mond um die Wette strahlt." Mit diesem Spruch wirbt ein Mosel-Winzer für seinen leichten Sommer-Wein namens **„Einblick N° 1",** den die *einblick*-Redaktion den neuen Vorstandsmitgliedern zum Abschluss des Kongresses im ICC schenkte. ■■■



Zu Ende war der Kongress mit dem Schlusswort im ICC noch nicht, offiziell beendet wurde er von Michael Sommer erst am folgenden Tag auf der Demo für ein Tariftreuegesetz, zu der IG BAU und ver.di aufgerufen hatten. Der Initiativantrag, der Kongress solle sich an der Demo beteiligen, war einstimmig angenommen worden.

Fotos: Jürgen Seidel (6); Wegewerk (1)

Außenansichten

Regina Görner, CDU, Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales im Saarland, beobachtete den Kongressauftakt.

„Außenansichten" stimmt für mich nur zum Teil – bis September 1999 gehörte ich selbst noch zum Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand. Ob Globalisierung, neue Arbeit oder Bildung: Die Probleme, um die es bei diesem Kongress geht, waren auch vor drei Jahren aktuell und beschäftigen mich nach wie vor sehr. Die Gewerkschaften haben keine leichte, keine attraktive Rolle. Sie müssen sich in einer Zeit, in der alles beliebig zu werden scheint, konsequent für Arbeit und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Das bedeutet auch, mal Nein zu sagen, und führt schnell dazu, mit dem Etikett der Modernisierungsverhinderer bedacht zu werden.

So richtig angelaufen ist der Kongress im Übrigen noch nicht. Auch sein Thema hat er noch nicht gefunden. Aber da es bereits mein vierter DGB-Bundeskongress ist, weiß ich: Das kommt noch! Zwischen den Zeilen hat der Kongress auch bereits erste klare Positionsbestimmungen abgegeben – über Beifall, weniger Applaus oder beredtes Schweigen.



Mila Lacanal vom Internationalen Sekretariat des spanischen Gewerkschaftsbundes UGT kommentiert den zweiten Kongresstag.

Wie sich Michael Sommer vorgestellt hat, das hat mich sehr stark beeindruckt. Er hat seine persönliche Biografie geschildert, er hat von seiner Mutter erzählt, er hat erzählt, was ihn geprägt hat, dass er Solidarität erfahren hat und von ihrer Kraft überzeugt ist. Das war menschlich. Ich denke, das hat auch das Herz der Delegierten bewegt.
Ich habe den Eindruck gewonnen, dass der DGB eine starke Organisation ist. Wer sich gegen ihn wendet, bringt alle Gewerkschaften gegen sich auf. Die Aufforderung von Michael Sommer an die Gewerkschaften, gesellschaftspolitisch in die Offensive zu gehen, war absolut glaubwürdig.



Die politischen Fragen, die wir uns in Spanien stellen, sind – bei allen Unterschieden im Einzelnen – die gleichen, die euch beschäftigen. Der Neoliberalismus grassiert überall in Europa.

Am dritten Tag schildert Nico Fickinger, 37, Wirtschaftsredakteur der FAZ in Berlin, seinen Eindruck vom DGB-Kongress.



Der DGB gibt sich modern: Statt eines Streicherquartetts spielen die Prinzen. Zum alten Ruf nach der Vermögenssteuer gesellt sich der neue nach einer Bit-Steuer auf Umsätze im Internet. Und das abgewirtschaftete Bündnis für Arbeit soll durch einen modernen Sozialkontrakt ersetzt werden. Ist der DGB in der Zukunft angekommen? Der Schein trügt. Der neue Vorsitzende Michael Sommer hat zwar einige Themen genannt, die zu Recht auf der gewerkschaftlichen Agenda der kommenden Jahre stehen müssen: der Ausbau der Kinderbetreuung als Beitrag zur Chancengleichheit der Frauen, die energische Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und die Suche nach einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit. Doch über die Wege schweigt er sich aus. Sein „Sozialkontrakt" ist die hübsch ummantelte Aufforderung zu höheren Ausgaben und mehr Regulierung. Dem Kanzler ist es gelungen, den Delegierten das unbeirrte „Weiter so" als Weg in die Zukunft schmackhaft zu machen. Der Kanzlerkandidat sollte die Gelegenheit nutzen, diesen Irrtum zu korrigieren.

Fotos: Jürgen Seidel

Presse-Stimmen

„Die 220 Seiten umfassenden Anträge machen eines deutlich: Die Gewerkschaften, die noch in den 90er Jahren vorsichtig auf neuen Kurs steuerten, rücken wieder ein Stück nach links."
Berliner Morgenpost, 28.5.2002

„Es lebe die Rückkehr zu alten Ritualen. 1998 hatte man Kohl satt, es gab den Reformstau, die Globalisierung stellte sich ungeregelt und bedrohlich dar. Nach beinahe vier Jahren Rot-Grün ist von all dem nicht mehr viel zu spüren."
Leipziger Volkszeitung, 28.5.2002

Die Gewerkschaften sollen wieder wachsen statt schrumpfen; dem schwächelnden DGB will er neue Kraft verleihen und eine Offensive für soziale Gerechtigkeit starten. Wer die Latte so hoch hängt, kann tief fallen."
Frankfurter Rundschau, 31.5.2002

„Ein paar schüchterne Modernisierungsandeutungen des neuen Vorsitzenden, eingemauert von den üblichen Anträgen: neue Steuern einführen, Arbeitszeit verkürzen, Staatsaufträge durch Tariftreue verteuern. Anders gesagt: Wenn der Markt vorlaut wird, stellen wir ihn einfach in die Ecke."
Süddeutsche Zeitung, 1.6.2002

„Was bleibt vom Bundeskongress des DGB? Am Ende nur eines: die Äußerung des neuen Vorsitzenden Michael Sommer, dass eine Große Koalition gar nicht so schlecht wäre für das Land."
Berliner Morgenpost, 1.6.2002

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

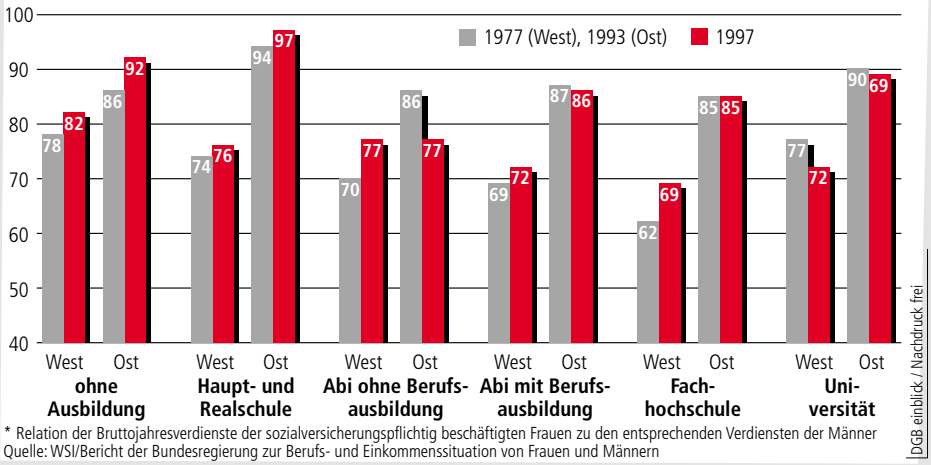
DIES & DAS

die DGB grafik

EINKOMMEN VON FRAUEN: Diskriminierung wächst mit Qualifikation

In Sachen „equal pay" (gleicher Lohn) gehört Deutschland zu den Schlusslichtern in Europa. Im Westen erhalten Vollzeit arbeitende Frauen 75 Prozent der Gehälter von Männern, im Osten 94 Prozent. Je höher das Ausbildungsniveau, desto größer fällt der geschlechtsspezifische Einkommensabstand aus. Zwar steigt mit zunehmender Qualifikation das Einkommen, aber eine gute Ausbildung zahlt sich für Frauen weniger aus als für Männer. Daran hat sich in den letzten 20 Jahren nichts geändert.

Verdienstrelationen* von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen und Männern (Vollzeit) nach dem Ausbildungsstand (in Prozent)



* Relation der Bruttojahresverdienste der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen zu den entsprechenden Verdiensten der Männer
Quelle: WSI/Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern

DGB einblick / Nachdruck frei

personalien

••• ***Ulla Derwein,*** 53, hat am 3. Juni ihre Funktion als Leiterin des Fachbereichs Gesundheit/Soziale Dienste im ver.di-Bundesvorstand niedergelegt. Derwein begründete ihren Schritt mit Differenzen bei der Durchführung der ver.di-Kampagne zur Gesundheitsreform und mit Veränderungen in ihrem familiären Umfeld.

••• ***Michaela Kalinka,*** 40, Verwaltungsangestellte des DGB-Bundesvorstands in Berlin, ist am 29. Mai zur Betriebsratsvorsitzenden der DGB-Bundesvorstandsverwaltung in Berlin gewählt worden. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde ***Jürgen Sendler,*** 57, als weitere Betriebsratsmitglieder wurden ***Ralf-Peter Hayen,*** 46, ***Silvia Grigun,*** 33, ***Manuela Kockro,*** 43, ***Horst Heuter,*** 40, und ***Marco Schmidt,*** 31, gewählt.

••• ***Ernst-Ludwig Laux,*** 52, stellvertretender Vorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, ist am 23. Mai zum Präsidenten der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) gewählt worden. Er folgt Ove Bengtsberg, 64, dem Vorsitzenden der schwedischen Baugewerkschaft Byggnads, der in Altersrente gegangen ist.

••• ***Edeltraud Kruse,*** 44, freiberufliche PR-Beraterin für kleine und mittlere Unternehmen, ist seit dem 15. April Pressereferentin des Bund-Verlags, Frankfurt/M.

14 TAGE

12.6. „Wir wollen eine andere Bildungspolitik", GEW-Demonstration, Berlin (18 Uhr, Gendarmenmarkt) – Auftakt der Kampagne „Rettet die Bildung"

13.-15.6. „Neue Wege wagen", Zukunftskongress der IG Metall, Leipzig

15.6. „Für eine gesunde Reform", ver.di-Kundgebung für eine solidarisch finanzierte Gesundheitspolitik, Hannover (www.gesundheitsdemo.de)

16.6. DGB Baden-Württemberg, Beteiligung am Aktionstag „Mobil ohne Auto"

17.-19.6. Bundesfrauenministerium, „equal pay", Internationale Konferenz über Modelle und Initiativen zur Entgeltgleichheit, Berlin (www.equal-pay.de)

19.6. „Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe", Tagung des Kooperationsnetzwerks Hochschule – Gewerkschaften des DGB Niedersachsen/Bremen, Göttingen

20.6. 24-stündiger Generalstreik der spanischen Gewerkschaften am Vortag des EU-Gipfels in Sevilla (21./22.6.)

20./21.6. Hans-Böckler-Stiftung, Symposium „Gesundheitsökonomische Grundlagen für die Gesundheitspolitik", Potsdam

25.6. Großkundgebung „Gegen die Berliner Kahlschlagpolitik" von DGB, GdP, ver.di und GEW, Berlin (19:30 Uhr, Bebelplatz)

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Notfalls müssen wir hier eine Kommission einrichten, die im Zweifel die Redner wegträgt."

Dieter Scholz, am 30. Mai Vorsitzender des DGB-Kongresses in Berlin, nachdem der IG Metall-Delegierte Erwin Vitt endlich seinen Redebeitrag beendet hatte. Zuvor hatte Vitt Scholz' Bitte, ein Ende zu finden, mehrfach ignoriert. Er redete unbeirrt weiter, obwohl die Delegierten klatschten und das Protokoll „große", „erneute" und „anhaltende Heiterkeit" registrierte.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 24.06.2002 12/02

DGB

Neue Pisa-Studie zur Bildungspolitik der Länder

Streit vorprogrammiert

In der Bildungspolitik spielt Deutschland in der zweiten Liga. Doch statt gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie das deutsche Bildungssystem international wieder nach vorn gebracht werden kann, droht ab dem 27. Juni ein neuer Parteienstreit. Denn an diesem Tag wollen die Kultusminister die ersten Ergebnisse der nationalen „Pisa-E"-Studie präsentieren.

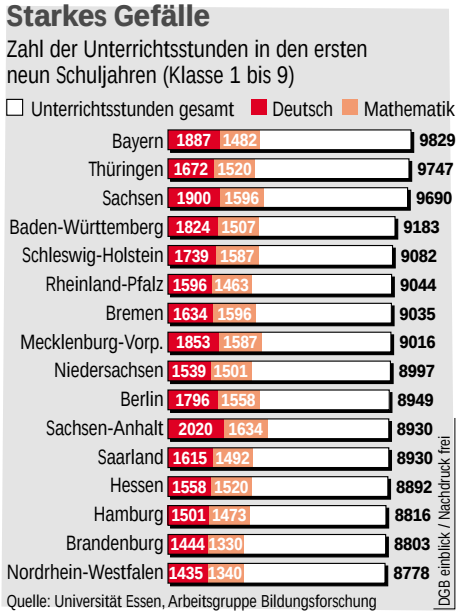
Pisa-E hat die Leistungen von 49 700 SchülerInnen aus 1280 Schulen untersucht, sechsmal so viel wie beim internationalen Pisa-Test. Noch ist die Auswertung nicht abgeschlossen. Die Kultusminister wollen aber bereits Ende Juni vorab die Leistungen der Gymnasien länderübergreifend vergleichen. Die Leistungen der übrigen Schulen sollen auf der Ebene des jeweiligen Bundeslandes ausgewertet werden. Ende November folgen dann die übrigen Pisa-Ergebnisse.

Ob es bei diesem Zeitplan bleibt, ist aber fraglich, denn drei Monate vor der Bundestagswahl wächst der Druck, die Bildungspolitik der CDU/CSU-geführten B-Länder gegen die der SPD-geführten A-Länder in Stellung zu bringen. Ein Vorgeschmack auf den drohenden Parteienstreit zeigte sich bereits Mitte Juni, als erste Zeitungen berichteten, Bayern und Baden-Württemberg lägen vorn.

Gewarnt hat vor diesem „Pateiengezänk auf dem Rücken der Kinder" die Bildungsgewerkschaft GEW. Sie fordert, die Defizite des Bildungssystems insgesamt unter die Lupe zu nehmen: „Wenn in Deutschland ein Viertel der heute 15-Jährigen nicht genug lesen und schreiben kann, müssten in der Gesellschaft rote Lampen angehen." Die GEW will Pisa als Chance nutzen, um „überfällige Reformen" im Bildungswesen durchzusetzen.

Dass in Deutschland mehr Geld in Bildung investiert werden muss, belegt auch eine Studie der Universität Essen. Bereits im Mai hatten die BildungsforscherInnen Gertrud Hovestadt und Klaus Klemm gezeigt, dass SchülerInnen im CSU-regierten Bayern erheblich mehr Unterricht bekommen als im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen.

Für Parteiengezänk gibt die Studie dennoch wenig Anlass. Denn Bayern liegt nicht nur bei der Bildungsbeteiligung auf dem letzten Platz, sondern auch bei der Abiturientenquote. In Bayern erwerben nur 19,7 Prozent der SchülerInnen die allgemeine Hochschulreife, bundesweit sind es 27,2 Prozent. In der internationalen Pisa-Studie liegen aber gerade die Länder vorn, „die besonders hohe Abiturquoten haben". •



Die Zahl der Unterrichtsstunden, die ein Schüler in den ersten neun Schuljahren erhält, schwankt zwischen 9829 Stunden in Bayern und 8778 Stunden in Nordrhein-Westfalen. Am Ende der neunten Klasse hat ein Schüler in Nordrhein-Westfalen ein Jahr weniger Unterricht bekommen als ein gleichaltriger Schüler in Bayern.

plusminusBERLIN

+ ***Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat den NRW-Ministerpräsidenten Wolfgang Clement wegen dessen Plänen zur Einführung von Studiengebühren kritisiert. Sie konterkarierten die SPD-Forderung nach „Chancengleichheit in der Bildungspolitik".***

- ***Friedrich Merz, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, fordert empfindliche Einschnitte für Arbeitslose. „Wer zum zweiten Mal eine zumutbare Arbeit ablehnt", verdiene seinen Lebensunterhalt „offenbar an anderer Stelle" und verliere „weitgehend seinen Anspruch auf Sozialhilfe".***

inhalt

Seite 3

Lahme Vermittlungsoffensive

Die Bilanz nach einem halben Jahr Job-Aqtiv-Gesetz ist ernüchternd

Seite 5

Finanzbasis sichern

Der DGB will die Unternehmen stärker an der Finanzierung kommunaler Aufgaben beteiligen

Seite 7

Weichenstellungen gefragt

Die Gewerkschaften streiten für einen neuen Sozialkontrakt, der den Menschen, nicht die Ökonomie in den Mittelpunkt rückt. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer will die Parteien daran messen, ob sie diese Forderung unterstützen.

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.baustreik.de

Täglich frische Informationen der IG Bauen-Agrar-Umwelt zum ersten bundesweiten Streik im Baugewerbe

Im Faxabruf

0211/43 01 670

Gesundheitspolitik: Solidarität statt Privatisierung und Marktorientierung Sondermemorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Kurzfassung)

Mit neuem Design und neuen Funktionen ist der DGB seit dem 19. Juni im Internet. Diskussionsforum, neue und überarbeitete Themenseiten, das Beitrittsformular, ein gesonderter Pressebereich und ein Beratungsangebot für Betriebsräte sind online zu finden.
www.dgb.de



EU-Gleichbehandlungsrichtlinie

Bis 2005 nationales Recht

Die geänderte EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Beschäftigung und Beruf (76/207/EWG) ist nach fast zweijährigen Verhandlungen zwischen Europa-Parlament und EU-Rat Mitte Juni vom Parlament verabschiedet worden. Als einen Meilenstein für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern bewertet sie Lissy Gröner, frauenpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im EU-Parlament. Erstmals gebe es nun eine europaweit geltende Definition für sexuelle Belästigung sowie mittelbare und unmittelbare Diskriminierung.

Auch der DGB begrüßt die Verabschiedung der geänderten Gleichbehandlungsrichtlinie. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer sieht in ihr klare Handlungsaufträge an die Bundesregierung. „Wir wollen ein unabhängiges Institut zur Verbesserung der Gleichberechtigung auf Bundesebene“, so Engelen-Kefer. Um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern, bedürfe es unabhängiger Untersuchungen, Berichte und Empfehlungen zur Herstellung der Chancengleichheit insbesondere in Betrieb und Verwaltung. Auch auf betrieblicher Ebene sollten unabhängige Stellen, zum Beispiel so genannte Gender-Anwaltschaften, eingerichtet werden. Sie könnten Beschwerden über geschlechtsspezifische Diskriminierungen entgegennehmen, Betroffene beraten und unterstützen.

Engelen-Kefer forderte auch die Arbeitgeber auf, ihrer neuen Verpflichtung nachzukommen, Betriebsprogramme für Gleichstellungsmaßnahmen zu erstellen und diese den Beschäftigten und ihren Vertretungen zur Kenntnis zu geben.

Die Richtlinie unterstreicht die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur Förderung der Gleichbehandlung. Bis 2005 soll sie in nationales Recht umgesetzt werden. •

Mehr zur EU-Gleichbehandlungsrichtlinie
Im Faxabruf: 0211 / 43 01 658
www.einblick.dgb.de

Erster Flächenstreik am Bau

Solidarität ausbaufähig

Der erste bundesweite Arbeitskampf im Baugewerbe, der am 17. Juni auf rund 500 Baustellen begonnen hat, wird von den europäischen Schwestergewerkschaften der IG BAU unterstützt. Bislang haben Bau-Gewerkschaften aus den Niederlanden, aus Schweden und Dänemark, Polen, der Slowakei, der Schweiz und Österreich ihre Solidarität erklärt. Deren Mitglieder sind auf Baustellen in Deutschland tätig. Nach Angaben der IG BAU haben der DGB, die IG Metall und die NGG logistische und personelle Unterstützung zugesagt (auf deren Homepages fehlen allerdings Hinweise auf den Streik). Darüber hinaus hat bislang nur die GEW eine Solidaritätserklärung abgegeben. Die NGG verteilte Wasser an Berliner Streikposten. •

wiewardiewoche?



Seit 1988 ist Erhard Pumm, 56, Vorsitzender des DGB Hamburg. Als Bürgerschaftsabgeordneter macht er seit 1991 Politik für die SPD – seit September letzten Jahres von der harten Oppositionsbank aus. Der Politik der rechtskonservativen Regierungskoalition kann er auch etwas Positives abgewinnen: Protestbewegung und Gewerkschaften wachsen in der Hansestadt wieder enger zusammen.

Von der Bürgerschaft aus beobachte ich die neue Regierungskoalition aus Schill-Partei/CDU/FDP, die nach 44 Jahren Regierungszeit die SPD abgelöst hat. Und ich habe den Eindruck, dass beinahe alle Hamburger die Veränderung in der Liberalität der Stadt spüren. Jetzt häufen sich allmählich die Protestveranstaltungen. Angefangen hat es mit der Kundgebung am 4. Juni auf dem Gänsemarkt: Über hundert Migrantengruppen und Flüchtlingsinitiativen hatten zu dieser Veranstaltung aufgerufen. Der Grund: Während Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU) für Hamburg als Austragungsort der Olympischen Spiele gerade mit dem Hinweis auf das internationale Flair wirbt, vergiftet Schill das politische Klima. Er diffamiert HamburgerInnen mit ausländischem Pass und meint, arbeitslose Ausländer „verfrühstücken den deutschen Wohlstand“. Es passt gut, wenn er eine massive Verschärfung des Asylrechts fordert und die harten neuen dänischen Gesetze als Vorbild nimmt. Zu dieser Politik passt ebenfalls, dass das Amt der Ausländerbeauftragten abgeschafft werden soll.

Nur drei Tage später gab es eine riesige Kundgebung mit 70 000 TeilnehmerInnen am Rathaus, bei der es um die katastrophalen Auswirkungen der geplanten Kürzungen im Bildungsbereich ging. Heute wehren sich die Beamten, deren Arbeitszeit auf 40 Stunden heraufgesetzt werden soll. Es gibt Proteste, weil die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zusammengestrichen werden, ja selbst bei der inneren Sicherheit und der Bildung – in beiden Bereichen hatten Beust und Schill vor der Wahl die Erhöhung der Mittel versprochen – sind drastische Kürzungen zu erwarten. Kurz: Alle Versprechungen stellen sich nun als Wahlbetrug heraus.

Trotzdem gibt es für uns als Hamburger Gewerkschaften in dieser auf Konflikt angelegten Situation einiges Positives. Wir lernen, mit den neuen politischen Konstellationen umzugehen, wenn es sein muss, im Konflikt. Ganz wesentlich dabei ist, dass die Gewerkschaften zu einem Schulterschluss finden, einer Gemeinsamkeit, wie es sie so vorher nicht gab. Die konfliktträchtige politische Situation führt zu einer Schärfung des gewerkschaftlichen Profils – und das führt letztlich auch zu neuen Mitgliedern.

Ein halbes Jahr Job-Aqtiv-Gesetz

Lahme Vermittlungsoffensive

„Wir haben in diesem Jahr mit dem Job-Aqtiv-Gesetz die größte Vermittlungsoffensive seit Bestehen der Bundesanstalt für Arbeit gestartet“, verkündete Bundesarbeitsminister Walter Riester im Januar stolz. Doch nach einem halben Jahr Job-Aqtiv ist die Bilanz ernüchternd.

Wichtigstes Element der Reform: Bei jedem Arbeitssuchenden müssen gleich zu Beginn der Arbeitslosigkeit Stärken und Entwicklungsmöglichkeiten ermittelt werden. Danach sollen schriftliche Eingliederungsvereinbarungen zwischen den Ämtern und den Arbeitslosen dafür sorgen, dass sich beide Seiten auf einen passgenauen und schnellen Kurs zur Wiedereingliederung ins Erwerbsleben festlegen. Vorteilhaft für die Betroffenen ist, dass damit „die künftigen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung“ (siehe Randspalte) schneller Thema werden. Die festgelegten Vermittlungsaktivitäten von Ämtern und Betroffenen sollen spätestens nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit überprüft werden.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden allerdings erst 180 000 Eingliederungsvereinbarungen abgeschlossen – bei insgesamt 2,5 Millionen neu gemeldeten Arbeitslosen bis Ende März 2002. Bis dahin hatte also noch nicht einmal jeder zehnte neue Arbeitslose mit dem Amt vereinbart, was er selbst und was die Behörde zur möglichst raschen Beendigung der Erwerbslosigkeit tun werden. Seit April gibt die Bundesanstalt (BA) keine Zahlen mehr heraus.

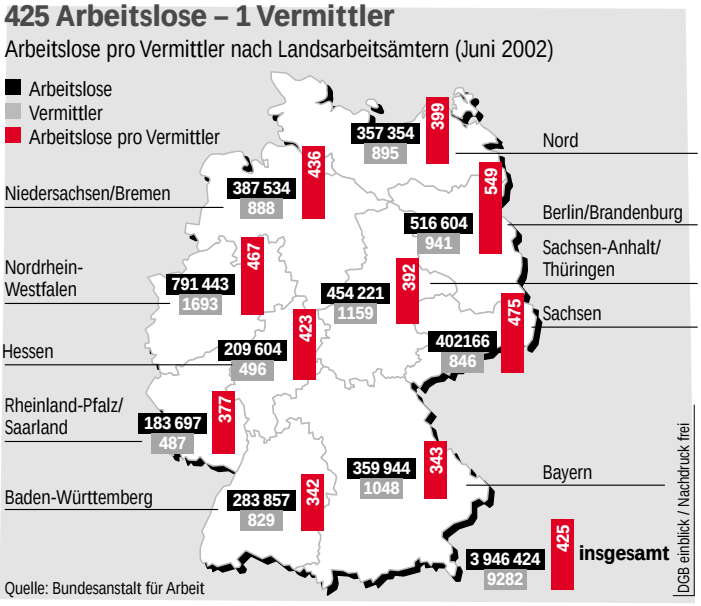
Etliche der bisher abgeschlossenen Vereinbarungen enthalten neben zahlreichen verpflichtenden „Eigenbemühungen“ der Betroffenen (Aufgabe von Stellenanzeigen, Initiativbewerbungen oder Dokumentation der Bewerbungsaktivitäten) kaum Vermittlungsleistungen der Arbeitsämter. Wenn auf den Formularvordrucken, die von Amt zu Amt unterschiedlich sind, gar nicht auf mögliche Mobilitätshilfen, Weiterbildungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hingewiesen wird, fehlen wesentliche Elemente der aktiven Arbeitsförderung.

Bei mehreren Ämtern werden die eigentlich obligatorischen Eingliederungsvereinbarungen kaum oder gar nicht abgeschlossen. „Das können wir gar nicht schaffen“, heißt es etwa beim Arbeitsamt Köln. Hier sind zwar seit Anfang des Jahres 20 neue Arbeitsvermittler hinzugekommen, trotzdem entfallen auf einen Vermittler immer noch rund 500 Arbeitssuchende. Im Durchschnitt bleiben da für jeden Arbeitslosen pro Monat lediglich ein bis zwei Minuten Zeit. „Für ein erstes klärendes Beratungsgespräch braucht man aber mindestens eine Stunde“, sagt ein erfahrener Arbeitsvermittler. Auf ein solches Erstgespräch müssen Neukunden im Kölner Arbeitsamt bis zu drei Monate warten. Dabei soll es nach dem Job-Aqtiv-Gesetz sinnigerweise sofort, also „spätestens nach der Arbeitslosmeldung“, erfolgen.

Ähnliche Probleme wie in Köln gibt es vielerorts. „Ein Gefühl der Ausweglosigkeit“ beklagte deshalb die Vorsitzende des NRW-Bezirkspersonalrates, Heidrun Lowien, angesichts „der Aufgabenflut“ und eines „nicht erkennbaren Gesamtkonzeptes“. Zwar räumt auch die BA-Zentrale ein, dass es „Umsetzungsschwierigkeiten“ und „Engpässe“ bei der Vermittlungsoffensive gebe. Doch sei die „Personalkapazität der Arbeitsvermittlung um 3000 Kräfte für die Dauer von drei Jahren erhöht worden“.

Diese Aufstockung ändert aber nichts an der Situation, dass ein Vermittler im Bundesdurchschnitt immer noch für weit mehr als 400 Arbeitslose zuständig ist. Bei mehr als 200 oder 250 Arbeitslosen pro Betreuer ist aber nicht für jeden eine Beratung möglich.

Mehr Stellenvermittlungen gegenüber dem Vorjahr konnte Job-Aqtiv bisher nicht bewirken. Auch die neuen Gutscheine für Dienste privater Vermittler halfen bislang kaum weiter. Bis Ende Mai wurden erst 500 Scheine wegen erfolgreicher Vermittlung eingelöst. •



Ein krasses Missverhältnis: Auf einen Arbeitsvermittler kommen im Schnitt 425 Arbeitslose.

Rechtsanspruch auf Eingliederungsvereinbarung

In den Vereinbarungen können sich die Arbeitsämter beispielsweise verpflichten zu:

- ***Hilfen bei der Bewerbung – etwa durch ein Coaching in Bewerbungszentren***
- ***Existenzgründungsberatung – für Arbeitslose, die sich selbstständig machen wollen***
- ***Orientierungshilfen in Assessment-Centern – bei der grundlegenden Suche nach beruflichen Perspektiven***
- ***Mobilitätshilfen – bei einem geplanten Umzug für einen neuen Job in eine andere Stadt***
- ***Berufliche Weiterbildung – zur Verbesserung der Qualifikation***
- ***Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – bei schlechten Möglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt.***

Grundsätzlich besteht ein Rechtsanspruch auf den Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung. Wenn Erwerbslose monatelang auf eine solche Vereinbarung warten müssen, können sie mit einer Untätigkeitsklage gegen das Arbeitsamt vorgehen. Sie können sich aber auch beim übergeordneten Landesarbeitsamt beschweren. Dann soll, so die Bundesanstalt für Arbeit, „umgehend ein Gesprächsangebot“ erfolgen.

PROJEKTE UND PARTNER

Arbeitgeberverbände

Alte Hasen fördern

Ältere MitarbeiterInnen besitzen viel Know-how. Wie der Chef die alten Hasen mit Weiterbildung und Personalpolitik richtig fördert, erklärt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in einem Ratgeber. Das kostenlose Heft „Ältere Mitarbeiter im Betrieb – Ein Leitfaden für Unternehmer" zeigt auch passende Instrumente der Arbeitsförderung.

Tel. 030 / 20 33 14 00
www.bda-online.de

Stiftung Warentest

Anleitung für die Börse

Die Börseneuphorie ist seit dem Zusammenbruch des Neuen Marktes verflogen. Dass sich Investitionen an der Börse trotzdem lohnen können, zeigt der Ratgeber „Wertpapiere" der Stiftung Warentest. Das 35 Euro teure Buch beschreibt leicht verständlich die Spielregeln der Kapitalmärkte, erklärt die wichtigsten Anlageformen und hilft beim Erstellen eines Risikoprofils. •

Tel. 0180 / 5 00 24 67
www.stiftung-warentest.de

DGB-Bildungswerk NRW

Naziterror in Osteuropa

Mit Naziverbrechen in Osteuropa beschäftigen sich zwei Reisen des DGB-Bildungswerks Nordrhein-Westfalen: Zu den Lagern Auschwitz und Majdanek führt die Fahrt „Stätten des Holocaust in Südpolen" (08. bis 15.09.02, 450 Euro). Beim Besuch des ehemaligen Prager Ghettos und des Lagers Theresienstadt geht's um die „Spuren des Naziterrors in Tschechien" (13. bis 20.10.02, 420 Euro). •

DGB-Bildungswerk NRW
Tel. 0211 / 36 83 147

Schimmel Verlag

Tagungshotels getestet

Über 170 Tagungshotels in ganz Deutschland stellt das Handbuch „Die besten Tagungshotels in Deutschland" vor. Ob Seminar, Klausur oder Event – hier steht genau, welches Haus wofür am besten geeignet ist. Ergänzt wird das Buch durch die Internetseite *www.toptagungshotels.de*. •

Boness, Hildebrand u. a., Die besten Tagungshotels in Deutschland – Ausgabe 2002/2003, Max Schimmel Verlag, Würzburg 2002, 320 Seiten, 24,90 Euro

Frau geht vor

Frauen in der Politik

Vom „Spaß an Millimeteroffensiven" handelt die neue Ausgabe des DGB-Info-Briefs *Frau geht vor*. Vier Monate vor der Bundestagswahl hat die Redaktion Frauen in der Politik beobachtet – junge Bundestagskandidatinnen und die unfreiwillige „Aussteigerin" Angelika Beer. Der Umgang der Medien mit Politikerinnen ist ebenso Thema wie die Frage, warum Politikerinnen Solidarität weder von Männern noch von Frauen erwarten können, über die die HBS-Direktorin und Ex-Ministerin Heide Pfarr nachdenkt. Sie empfiehlt jungen Einsteigerinnen in die Politik, sich coachen zu lassen. Eine frauenpolitische Bilanz der zu Ende gehenden Wahlperiode zieht Ursula Engelen-Kefer. Einen Ausblick auf die anstehenden Aufgaben gibt die Leiterin der DGB-Abteilung Frauenpolitik Anne Jenter. Einzelhefte gibt es für einen mit 0,77 Euro frankierten Rückumschlag (DIN C4). •

DGB, Abteilung Frauenpolitik, Postfach 11 03 72, 10833 Berlin

ver.di-Aktion zur WM

Fußballergebnisse am Arbeitsplatz

ver.di hat die Arbeitgeber aufgefordert, ihren Beschäftigten während der Fußball-Weltmeisterschaft den Zugriff auf Spielergebnisdienste im Internet zu gestatten. „Um Konflikte zu vermeiden, sollten die Arbeitgeber es zulassen, dass ihre Beschäftigten in einem geregelten Umfang Spielergebnisse über das Internet abfragen", appellierte Franz Treml vom ver.di-Bundesvorstand an die Unternehmen. Weitere Informationen zu Onlinerechten und Onlineverhalten am Arbeitsplatz sowie Links zu Tickerdiensten, die während der Weltmeisterschaft über Spielergebnisse informieren, gibt es im Internet unter

www.onlinerechte-fuer-beschaeftigte.de.

DGB-Bundesvorstand

Rot-grüne Steuerpolitik

Öko-Steuer, Familienförderung und Halbeinkünfteverfahren – eine Bilanz der „Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung" zieht die Abteilung Wirtschafts- und Tarifpolitik des DGB-Bundesvorstands. Über das bloße Fazit hinaus stellen die Experten auch Anforderungen an die Steuerpolitik nach der Bundestagswahl. Das kostenlose Heft ist Teil der Reihe „Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik". •

DGB-Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

interregio

••• Der ***DGB Niedersachsen - Bremen – Sachsen-Anhalt*** hat den diesjährigen ***DGB-Filmpreis*** an die RegisseurInnen Heike Schober und René Zeuner verliehen. Ihr Film „Platzangst" schildert die Geschichte eines jugendlichen Rechtsradikalen, der sich in eine junge Russin verliebt. Die Entscheidung über die mit 5000 Euro dotierte Auszeichnung fällte eine Publikumsjury im Rahmen des 13. Internationalen Filmfestes Emden. Infos: *www.nsb.dgb.de*

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** startet am 26. Juni eine ***Veranstaltungsreihe*** im Vorfeld der Bundestagswahl. Den Auftakt bildet eine Debatte mit Klaus Lang, Bereichsleiter 1. Vorsitzender der IG Metall. Die Veranstaltungsreihe soll „zur politischen Reflexion und Diskussion" anregen, statt über „vermeintliche Haarprobleme des Kanzlers zu philosophieren". Infos: Andrew Walde, Tel. 030 / 212 40 120.

••• Der ***DGB Hessen*** hat den Wahlparteitag der CDU am 17. Juni in Frankfurt/M. genutzt, um mit einer ***Postkartenaktion*** den Druck auf die unionsgeführten Bundesländer zu erhöhen, im Vermittlungsverfahren doch noch dem Tariftreuegesetz zuzustimmen. Die Karte zeigt den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und den Unions-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber: „Beide wollen Dumpinglöhne", kommentiert der DGB.



••• Die ***DGB-Jugend Bayern*** ist noch bis zum 28. Juni mit dem ***Info-Programm*** „Checkpoint-Job" auf Berufsschultour. VertreterInnen der Gewerkschaftsjugend bieten den Auszubildenden vor Ort Tipps und Infos zu Rechten und Pflichten von „Azubis".
Infos: *www.checkpoint-job.de*

Gemeindefinanzen

Den Städten eine Finanzbasis sichern

Ausgabenkürzungen allein können die Gemeindefinanzen nicht retten. Notwendig seien höhere Einnahmen durch Unternehmenssteuern. Diese Position vertreten die Gewerkschaften in der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen.

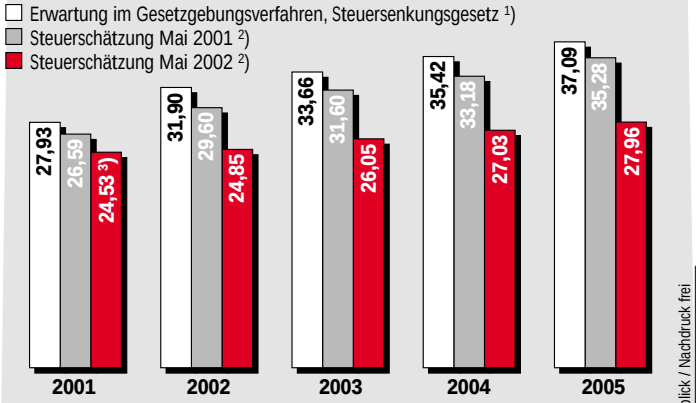
Kaum eine Kommune, die sich intakter Gemeindefinanzen rühmen kann. Die Einnahmen sinken von Jahr zu Jahr, alle Versuche, Ausgaben zu senken, scheitern bereits im Ansatz. Längst sind in fast allen Städten die Grenzen erreicht, wo noch Leistungen abzubauen oder zu kürzen wären. Nicht einmal mehr in Berlin ist alles möglich: So beantworteten etwa Hauptstadtbewohner den Versuch der Bäderbetriebe, auf Rutschenbenutzung ein Extra-Salär zu kassieren, mit einem Rutschenboykott. Das Fazit der Bäderbetriebe: Man bemühte sich um Sponsoren für das zusätzliche Vergnügen.

Beispiel Wiehl im Bergischen Land: Ein Minus von acht Millionen Mark an Gewerbesteuereinnahmen bereitet dem Kämmerer Kopfzerbrechen. Das ist zwar harmlos im Vergleich zu den Milliarden, die im Hauptstadthaushalt fehlen. Und doch sind die Folgen der Konjunkturschwäche, die natürlich auch bei den oberbergischen Unternehmen Spuren hinterlassen, für die Bürger-Innen spürbar. Steuern und Abgaben sollen erhöht werden, die Preise für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen steigen, Öffnungszeiten werden reduziert.

Ein Szenario, wie es landauf, landab zum Alltag gehört. So wurde denn auch die Einsetzung einer Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen durch die Bundesregierung allseits begrüßt. Die Gewerkschaften wollen die Arbeit der Kommission wie auch der Arbeitsgruppen mitgestalten. Sie wollen damit für mehr und sichere Arbeitsplätze und größere soziale Gerechtigkeit sorgen.

Gewerbesteuer sinkt

Gewerbesteueraufkommen alte und neue Länder insgesamt (in Mrd. Euro)



1) Steuerschätzung Mai 2000, unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Steuersenkungsgesetzes
2) Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen; 3) Tatsächliches kassenmäßiges Aufkommen
Quelle: Deutscher Städtetag

DGB einblick / Nachdruck frei

Die Finanzierung kommunaler Aufgaben wird immer schwieriger, die Flucht aus der Gewerbesteuer steht einem wachsenden Aufgabenkatalog gegenüber. So bedeutete schon der zu Kohls Zeiten vom Bund den Kommunen auferlegte Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz eine gigantische Mehrbelastung. Heute liegen die Gesamtbetriebskosten der Kindertagesstätten bei rund 13 Milliarden Euro.

Die Ursachen für die Probleme sehen Gewerkschaften neben den so nicht erwarteten konjunkturbedingten Einbrüchen vor allem in den drastischen Einnahmeausfällen durch „steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten insbesondere durch große Konzerne“, die – statt Steuern zu zahlen – bei den jeweiligen Finanzbehörden sogar noch die Hand aufhalten. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit führt darüber hinaus auf der Ausgabenseite zum Anstieg kommunaler Sozialausgaben. Ein Ausgabenanstieg, den die Kommunen durch Reduzierung von Investitionen in den Griff zu bekommen suchen – und damit in einen Teufelskreis führen. Die Rückführung kommunaler Investitionen ist nicht zuletzt verantwortlich für die neuerliche Krise am Bau.

Die Gewerkschaften fordern deshalb eine Reform der Gemeindefinanzen, die den Kommunen eine aufgaben- und bedarfsgerechte, solide und dauerhaft stabile Finanzausstattung gewährt. Andreas Botsch, zuständiger Referent beim DGB-Bundesvorstand, warnt: „Nur finanziell handlungsfähige Kommunen können gesellschafts- und wirtschaftspolitisch notwendige Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Erziehung sowie Infrastrukturaufgaben für die Bereiche Verkehr, Umwelt, Innenstädte sicherstellen.“

Zwar hätten die Kommunen darauf zu achten, dass die öffentliche Neuverschuldung zurückgeführt werde. Der Abbau der Neuverschuldung „allein über die Ausgabenseite“ führe zum Verlust von Wachstum, schafft weitere Ungerechtigkeit und Massenarbeitslosigkeit. Dabei sei es den abhängig Beschäftigten und den Verbrauchern nicht zuzumuten, dass allein sie die eingetretenen Finanzlücken mit ihren Steuern und Beiträgen wieder füllen sollen. •

Reform der Gemeindefinanzen

Nach Auffassung der Gewerkschaften muss eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen

- ***den Städten und Kommunen wieder eine nachhaltig verbesserte, ergiebige und stabile Finanzbasis sichern.***
- ***Das Gesamtvolumen der kommunalen Einnahmen muss gesteigert und die Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung deutlich reduziert werden.***
- ***Wer Leistungen einer Gemeinde in Anspruch nimmt, soll zu deren Finanzierung beitragen. Dabei sind Mehrbelastungen der ArbeitnehmerInnen zu vermeiden. Verstärkt einzubeziehen sind bisher nicht belastete Unternehmen und Selbstständige.***
- ***Statt Steuerwettbewerb sei ein stärkerer solidarischer Ausgleich zwischen reichen und armen Kommunen notwendig.***
- ***Die Gewerbesteuer ist grundlegend zu reformieren. Notwendig ist eine kommunale Unternehmenssteuer, bei der auch bisher nicht erfasste Unternehmen und Selbstständige einbezogen werden und die Bemessungsgrundlage erweitert wird. Freibeträge und Möglichkeiten der Gewinn- und Verlustverrechnung sind zu reduzieren. Die Gewerbesteuerlast darf nicht von der Wirtschaft auf die abhängig Beschäftigten verschoben werden.***

kurz&bündig

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat ein Gesetz zum Informantenschutz in der Futter- und Lebensmittelindustrie gefordert. Angesichts des Nitrofen-Skandals sei es notwendig, dass ArbeitnehmerInnen sich anonym an die Behörden wenden können „wenn ihnen unsaubere Machenschaften auffallen".

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat mit Gewerkschaften aus Großbritannien, Schweden und Frankreich eine Allianz für die Charterflieger der Preussag/TUI-Airlines Group gegründet. Mit der Kooperation soll das „Zusammenwachsen der Airlines im TUI-Konzern" gewerkschaftlich begleitet werden.

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt hat den erst im vergangenen Jahr in die IG BAU eingetretenen stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Jürgen Möllemann ausgeschlossen. Möllemann, der in den vergangenen Wochen wegen antisemitischer Äußerungen in die Kritik geraten war, könne als Inhaber eines Unternehmens nicht Mitglied einer Gewerkschaft sein.

ver.di hat Pläne des Südwestdeutschen Rundfunks (SWR) kritisiert, aus der gemeinsamen ARD-Finanzierung für heimatsprachliche Ausländerprogramme auszusteigen. Die Gewerkschaft fürchtet, andere ARD-Anstalten könnten dem Beispiel folgen.

Betriebsratswahlen 2002

Frauenanteil hat sich erhöht

Um vier Prozent hat sich der Frauenanteil in den Betriebsräten erhöht. Er beträgt jetzt knapp 23 Prozent, zwei Prozent mehr als der der Erwerbstätigen. Das zeigen die ersten Ergebnisse des „Trendreports Betriebsratswahlen 2002", den das Kasseler Büro für Sozialforschung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erarbeitet hat. Dem Report liegen die Wahlergebnisse aus fast 4000 Betrieben aus dem Organisationsbereich der IG Metall zugrunde. Das entspricht einem Zehntel aller Betriebsräte.

Nach dieser ersten Auswertung der Betriebsratswahlen 2002 hat sich die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes positiv ausgewirkt: Fast 40 Prozent der Betriebe mit 5 bis 50 Beschäftigten nutzten das vereinfachte Wahlverfahren. Die Zahl der Betriebsratsmitglieder ist aufgrund der erhöhten Mandatszahlen in einigen Betriebsgrößenklassen um elf Prozent gestiegen. Gesunken ist hingegen der Anteil der in der IG Metall organisierten InteressenvertreterInnen, um fast drei auf knapp 83 Prozent. Die Wahlbeteiligung ist leicht um ein Prozent gesunken, auf jetzt 80 Prozent.

Die ersten Ergebnisse des Trendreports erlauben nach Darstellung der Sozialforscher noch keine Hochrechnung auf das Endergebnis. Mit einer erweiterten Studie sei für September zu rechnen. •

Im Faxabruf: 0211/43 01 672
Trendreport Betriebsratswahlen 2002 – erste Wahlanalyse (Auszüge)

Fragenan ...

800 Delegierte und Gäste haben vom 13. bis 15. Juni in Leipzig über den Entwurf des Zukunftsmanifests der IG Metall diskutiert. *einblick* hat den IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel, 63, nach seiner Bewertung des Zukunftskongresses gefragt.



■ Der IG Metall-Vorstand will nach der Sommerpause einen überarbeiteten Entwurf des Zukunftsmanifests präsentieren. Was wird im neuen Entwurf anders sein?

■ *Das lässt sich noch nicht im Detail sagen, denn noch nie hat es auf einem Kongress so intensive Diskussionen über Zukunftsfragen gegeben. Die in den Kongressforen praktizierten Diskussions- und Beteiligungsformen sind – trotz anfänglicher Skepsis – positiv aufgenommen worden. Jetzt machen wir uns an die Überarbeitung des Zukunftsmanifests. Das Ergebnis dieser Diskussion kann ich nicht vorwegnehmen. Wir werden auf jeden Fall versuchen, möglichst viele Anregungen und Änderungswünsche zu berücksichtigen und die in manchen Bereichen entstandenen Missverständnisse auszuräumen. Eines dieser Missverständnisse ist die Befürchtung, die Empfehlungen des Zukunftsmanifests liefen auf eine „IG Metall ohne Zähne" hinaus. Das ist Unsinn. Ich will keine weich gespülte IG Metall. Ich will die Erneuerung der IG Metall vorantreiben. Ich will eine moderne IG Metall – attraktiv für alle Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.*

■ Viele TeilnehmerInnen haben sich gegen eine weitere Flexibilisierung des Flächentarifvertrags ausgesprochen. Sie fürchten eine Flexibilisierung nach unten.

■ *Zunächst: In Leipzig gab es auch viele Kolleginnen und Kollegen, die tarifvertragliche Differenzierungsregelungen eingefordert haben. Aber natürlich gibt es auch Ängste. Das ist doch völlig normal. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Arbeitgeber immer nur über Abweichungen im Tarifvertrag nach unten diskutieren. Das ist nicht meine Zielsetzung. Worüber wir reden müssen, ist: Wie eröffnen wir durch Tarifverträge Möglichkeiten zur Überschreitung des allgemeinen Tarifniveaus, die Differenzierung nach oben? Und das ist keine Sache, die Betriebsräte allein machen sollen. Tarifverhandlungen – auch über betriebliche Differenzierungen – sind und bleiben Sache der IG Metall. Über die Ausgestaltung müssen wir jetzt intensiv diskutieren. Aber eins ist für mich klar: Bis Ende kommenden Jahres brauchen wir ein offensives Differenzierungskonzept.*

■ Auf dem Kongress hast du angekündigt, die Reduzierung der Arbeitszeit wieder ins Zentrum der IG Metall-Politik zu rücken. Ist das mehrheitsfähig?

■ *Unstrittig ist in der IG Metall, dass wir eine Angleichung der Arbeitszeit in Ostdeutschland brauchen. In der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie werden immer noch 38 Stunden gearbeitet. Unser Ziel ist die 35-Stunden-Woche. Außerdem werden wir nach Lage der Dinge im kommenden Jahr die Tarifverträge mit den Arbeitszeitregelungen in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie kündigen. Dann geht es um die Frage, ob wir hier weitere generelle oder differenzierte Arbeitszeitverkürzungen für bestimmte Arbeitnehmergruppen fordern. Nach meiner Einschätzung brauchen wir mehr Zeitsouveränität, bessere Regelungen zur Arbeitszeitgestaltung, familienfreundlichere Arbeitszeiten, Elternfreizeiten und Ansprüche auf Qualifizierungszeiten.*

Bundestagswahl 2002

Politische Weichenstellung gefragt

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist parteipolitisch unabhängig, aber kein politisches Neutrum. Und deshalb wird er sich als „Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" auch in den Wahlkampf 2002 einmischen. Welche Themen und Forderungen dabei im Vordergrund stehen, beschreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.



Foto: Jürgen Seidel

Michael Sommer, 50, ist am 28. Mai zum neuen DGB-Vorsitzenden gewählt worden.

Den 22. September vor Augen, können die politischen Kommentatoren in den Redaktionen, Parteizentralen und Regierungsbüros gar nicht anders, als alles Tun und Lassen, jedes gesprochene Wort und jede unterbliebene Äußerung daraufhin zu begutachten, ob sie die Chancen des Kanzlers oder des Kandidaten vergrößern. Ob die Gewerkschaften sich laut zu Wort melden oder schweigen, ob sie ein paar Millionen Euro oder keinen Cent für Kommunikation zu Wahlzeiten ausgeben, immer werden politische Beobachter unterstellen, wir würden es für den einen oder zumindest gegen den anderen tun.

Wir können das nicht ändern, aber wir müssen nicht mitspielen. **Wir definieren unsere Ziele selbst.** Wir bestimmen unseren Kurs unabhängig von den Standpunkten anderer. Was wir mitmachen, wann wir protestieren und wo wir Druck machen, entscheiden wir mit Blick auf die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – ohne nach rechts oder links zu schielen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist kein politisches Neutrum und deshalb nicht meinungslos, aber er ist und bleibt parteipolitisch unabhängig. **Die Gewerkschaftspolitik nimmt im Wahlkampf keine Auszeit.** Wir wollen keines Wählers und keiner Wählerin Vormund sein, aber wir werden uns den Mund auch nicht verbieten lassen. Die Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit darf gerade in den Wochen vor der Wahl nicht zu überhören sein. Klarstellen, worum es geht, aber niemandem nach dem Mund reden, das ist nicht nur zu Wahlzeiten unsere Maxime.

Wir haben bereits am 1. Mai einen ersten politischen Schwerpunkt für das Wahljahr gesetzt: Globalisierung gerecht gestalten. Dass die Märkte global geworden, aber die Demokratien national geblieben sind, hat die sozialen Gegensätze verschärft, Ungleichheit und Ungerechtigkeit vergrößert. Die Politik ist gefordert. Alle Wahlkämpfer müssen zum Beispiel die Frage beantworten, welche Regeln sie international durchsetzen, welchen sozialen Normen sie weltweit Geltung verschaffen wollen. Was für die Globalisierung gilt, gilt für die Europäisierung erst recht. Wer von der europäischen Demokratie nicht reden will, soll von Europa schweigen. Dass Gewerkschaftsthemen auf der politischen Tagesordnung Spitzenplätze einnehmen, dafür wollen wir streiten. Für mich gehören dazu an prominenter Stelle die Gleichstellung und die Zukunft der Jugendlichen. Beide Themen sind direkt verknüpft mit Beschäftigung und Qualifizierung.

Das ist der Themenkorridor, zu dem sich die Parteien in der Wahlauseinandersetzung äußern müssen: **Die Zukunft der Einen Welt und Europas, die Fragen der Gleichstellung und die Probleme der Jugend.**

Und wir wollen natürlich auch wissen: Wie haltet ihr es mit der Gesundheitsreform? Mit uns legt sich jeder an, der die Zwei-Klassen-Medizin durch die Hintertür einführen will, wer am Prinzip der paritätischen Finanzierung rüttelt und die längst überfälligen Effizienzreformen verweigert.

Und wie geht es weiter im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, bei der Sicherung des Sozialstaats? Wird das bewährte Tarifsystem geschützt oder soll es durch Manipulationen am Tarifvorbehalt und Günstigkeitsprinzip sowie durch Lohndumping bei öffentlicher Auftragsvergabe unterminiert werden? Kann das Bündnis für Arbeit mehr liefern als nur neue Anlässe für Fototermine?

Wie die Parteien mit den gewerkschaftlichen Positionen und Anforderungen umgehen, das lässt sich nicht vorhersagen, aber wir werden das abfragen.

Klar ist: Wir streiten für eine sozial gerechte Modernisierung der Gesellschaft – für einen neuen Sozialkontrakt, der den Menschen, nicht die Ökonomie in den Mittelpunkt rückt.

Wir werden dazu Leitprojekte für die neue Legislaturperiode vorstellen. Gefragt sind dann die Politiker, die Ernst machen wollen mit dem „Vorrang für Arbeit und soziale Gerechtigkeit": Das wird ihnen umso leichter fallen, wenn die Wählerinnen und Wähler dafür Partei ergreifen. Und acht Millionen Gewerkschaftsmitglieder, ihre Familien und Freundeskreise sind ja auch Wählerinnen und Wähler, die Parteiprogramme lesen und Wahlbotschaften hinterfragen können. •

Dezentrale Aktionen

Die Sicherung der Tarifautonomie und der Arbeitnehmerrechte sowie die Gesundheitsreform sind die beiden politischen Schwerpunkte, mit denen sich der DGB in den Wahlkampf einmischen will. Das hat der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand am 10. Juni beschlossen. Geplant sind vor allem dezentrale Aktionen in den Regionen. Vorgesehen ist außerdem eine Großveranstaltung von DGB und Gewerkschaften im September.

In sechs Leitprojekten formuliert der DGB die wichtigsten Forderungen an die künftige Bundesregierung:

- ***Bildung demokratisieren***
- ***Familie und Beruf vereinbar machen***
- ***den Arbeitsmarkt in Schwung bringen***
- ***den Staat handlungsfähig machen***
- ***das Gesundheitssystem modernisieren***
- ***Arbeitnehmerrechte ausbauen***

www.dgb.de

Welche Forderungen wollen die Gewerkschaften bis September auf die Tagesordnung setzen? Zu dieser Frage hat einblick eine Debatte eröffnet.
Bisher erschienen:
Klaus Lang: ***Auf jeden Fall das kleinere Übel (einblick 9/02)***
Hubertus Schmoldt: ***Fair und konstruktiv (einblick 10/02)***

Die Debatte wird fortgesetzt.

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

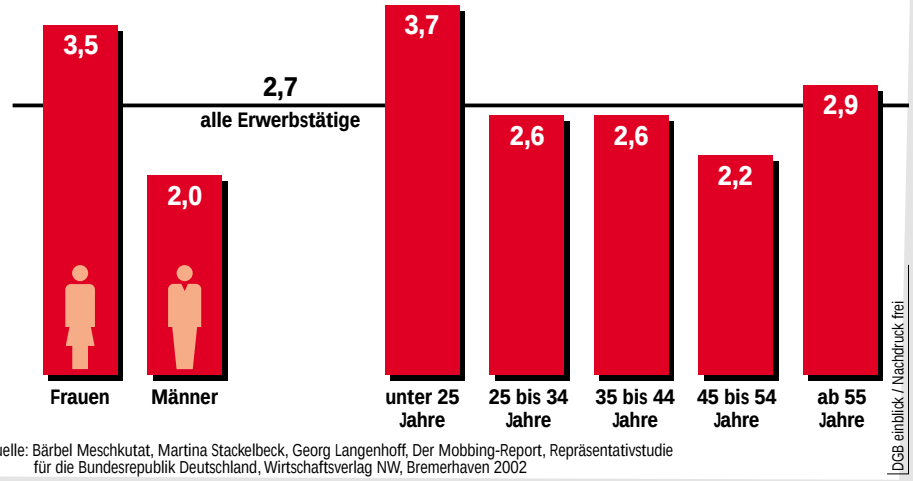
DIES & DAS

die DGB grafik

MOBBING: Frauen und junge Beschäftigte besonders betroffen

Mehr als eine Million Erwerbstätige, 2,7 Prozent der Beschäftigten, leiden akut unter systematischer Anfeindung und Ausgrenzung durch KollegInnen und Vorgesetzte. Das hat die erste, vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebene repräsentative Mobbing-Studie ergeben. Besonders betroffen sind Frauen sowie jüngere Erwerbstätige. Das Risiko von Frauen, Opfer von Mobbing zu werden, liegt um 75 Prozent über dem von Männern.

Anteil der Erwerbstätigen, die zum Zeitpunkt der Befragung Opfer von Mobbing waren (in Prozent)



Quelle: Bärbel Meschkutat, Martina Stackelbeck, Georg Langenhoff, Der Mobbing-Report, Repräsentativstudie für die Bundesrepublik Deutschland, Wirtschaftsverlag NW, Bremerhaven 2002

personalien

••• ***Christiane Zerfaß,*** 37, Pressesprecherin der in ver.di aufgegangenen Gewerkschaft HBV und seit August 2001 Büroleiterin Kommunikationsmanagement beim ver.di-Bundesvorstand in Berlin, ist seit dem 11. Juni für die strategische Planung beim DGB-Bundesvorstand verantwortlich.

••• ***Franz-Josef Möllenberg,*** 49, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten sowie der Haushaltskommission des DGB, ist am 28. Mai zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Sondermittel Rechtsschutz gewählt worden, die das auf vier Jahre angelegte Programm zur Modernisierung der DGB Rechtsschutz GmbH begleiten soll.

14 TAGE

25.6. DGB Berlin-Brandenburg, GEW, GdP, ver.di, Demonstration „Für eine andere Politik in Berlin", Berlin

27.6. DGB-Bundesvorstand, Workshop zur Bundestagswahl: „Heiligt der Zweck die Mittel? Populismus im Parteienwettstreit", Berlin

4./5.7. ver.di, Konferenz „Finanzpolitik für Arbeit und Gerechtigkeit", Berlin

9.7. Hans-Böckler-Stiftung, Verband der Rentenversicherungsträger, Arbeitstagung „Probleme der Rentenversicherung in Deutschland – unter Berücksichtigung der lateinamerikanischen Erfahrungen", Frankfurt/M.

Tipp

Buch: *Wolfram Wassermann,* ***Die Betriebsräte, Akteure für Demokratie in der Arbeitswelt,*** *Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2002, 24,80 €*

Warum wird die Mitbestimmung von einem Teil der Unternehmen hoch gelobt, während sie in anderen Wirtschaftsbereichen auch 50 Jahre nach In-Kraft-Treten des ersten Betriebsverfassungsgesetzes ohne nachhaltige Wirkung geblieben ist? Diese Frage steht am Anfang des Buchs von Wolfram Wassermann über die betriebliche Interessenvertretung. Wassermann gliedert sein Buch in drei Hauptkapitel: einen historischen Rückblick vom Betriebsrätegesetz der Weimarer Republik bis zur Betriebsratsreform 2001, eine Analyse der Mitbestimmungspraxis in zergliederten Unternehmen und eine kritische Bestandsaufnahme zur Situation der Betriebsräte in Klein- und Mittelbetrieben. Die Bedingungen, hier als Betriebsrat Fuß zu fassen, sieht Wassermann durch die Betriebsratsreform 2001 kaum verbessert. Er plädiert deshalb für ein öffentlich gefördertes Informationsprogramm über die Chancen der Mitbestimmung für mittelständische Unternehmen.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Schieß mal wieder ein Tor für uns, ansonsten wirst du ausgewechselt."

Simone Heinrich, 20, Industrieanlagenelektronikerin und Mitglied der IG Metall-Jugend, während des Zukunftskongresses ihrer Gewerkschaft in Leipzig zu Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die IG Metall-Jugend hatte Schröder einen Fußball überreicht, um ihrer Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe Nachdruck zu verleihen.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 08.07.2002 13/02

DGB

Hartz-Pläne zum Abbau der Arbeitslosigkeit

DGB übt sanfte Kritik

Der Wahlkampf fordert seinen Tribut: Auffallend zurückhaltend kritisiert der DGB die ersten Vorschläge von VW-Manager Peter Hartz, dem Vorsitzenden der Regierungskommission zur Reform der Arbeitsmarktpolitik, eine Woche nach ihrer werbewirksamen Veröffentlichung im *Spiegel*. Hartz verspricht die Halbierung der Arbeitslosenzahl bis Ende 2005.

Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt hatte sofort gewarnt, die Gewerkschaften dürften jetzt „nicht als grundsätzliche Ablehner jeder Reform" dastehen. Deshalb betont der DGB zunächst die Chancen der Hartz-Vorschläge; er unterstützt deren Zielsetzung „ausdrücklich", um ein „sozialverträgliches" Gesamtkonzept mitgestalten zu können. Eine endgültige Bewertung sei aber erst nach Vorlage des Gesamtkonzepts der Kommission am 16. August möglich.

Herzstück der Hartz-Reform sind die Personal-Service-Agenturen, die allen 181 Arbeitsämtern angegliedert werden sollen. Über sie können Unternehmen neue Mitarbeiter suchen, kostenlos auf Probe oder gegen Entgelt leihen. Lehnt ein Arbeitsloser die Einstellung in diese Agentur ab, wird sein Arbeitslosengeld gekürzt. Hatte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hinter diese „Verwandlung praktisch aller Arbeitslosen in Leiharbeitnehmer" anfänglich „Fragezeichen" gesetzt, gilt der Aufbau solcher Agenturen inzwischen als „interessante Innovation", die weiterentwickelt werden müsse.

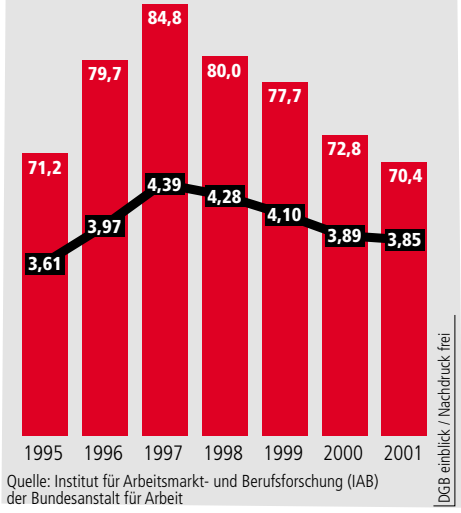
Das Ziel, Schwarzarbeit durch Förderung der Selbstständigkeit („Ich-AG" mit 10 % Pauschalsteuer) abzubauen, wird „voll unterstützt". Missbrauchseffekte, die entstehen, indem bisher voll steuerpflichtige Tätigkeiten künftig nur pauschal versteuert werden, müssten „weitgehend verhindert werden".

Der Pauschalierung des Arbeitslosengeldes in den ersten sechs Monaten stimmt der DGB zu, „wenn das Versicherungsprinzip nicht beeinträchtigt wird und keine Leistungskürzungen eintreten". Die Idee, den Bezug von Arbeitslosengeld auf ein Jahr zu begrenzen und es dann auf Arbeitslosenhilfe-Niveau zu reduzieren, hält er aber für „nicht akzeptabel".

Diese Kürzungen werden auch von der zuständigen Projektgruppe der Hartz-Kommission abgelehnt, so ver.di-Vorstand und Kommissionsmitglied Isolde Kunkel-Weber: „Wir gehen davon aus, dass die Kommission den Empfehlungen der Projektgruppe folgt." Zumal der Kommissionsvorsitzende diese Kehrtwende mittrage, so Kunkel-Weber gegenüber *einblick*. •

Arbeitslosen-Kosten sinken

Kosten der Arbeitslosigkeit (in Mrd.Euro) und Zahl der Arbeitslosen 1995 – 2001 (in Mio.)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit

DGB einblick / Nachdruck frei

Die Kosten der Arbeitslosigkeit sinken seit 1997, sie betrugen im vergangenen Jahr 70,4 Milliarden Euro. Das ist die Summe der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe einerseits sowie der Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen andererseits.

plusminusBERLIN

+ ***Der Vorsitzende der Enquete-Kommission zur Globalisierung, Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD), fordert von der Bundesregierung die Einführung einer „Devisentransaktionssteuer". Momentan bestehe ein „systematischer Abwärtstrend bei der Erhebung von Unternehmenssteuern".***

– ***SPD-Vize und NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement hat die Realisierung des Metrorapid zur Koalitionsfrage erklärt. Die mitregierenden Grünen in Düsseldorf hatten unter Berufung auf den Bundesrechnungshof die Risiken der Magnetschwebebahn betont.***

inhalt

Seite 3

Schwieriger Übergang
Vielen SchülerInnen fehlen Basisqualifikationen für den Wechsel ins Berufsleben

Seite 5

Der Vorhang fällt
Tarifrunde 2002 – ein Überblick über die wichtigsten Abschlüsse

Seite 7

Nicht der verlängerte Arm
Die Gewerkschaften müssen alle Parteien daran messen, wie sie die Arbeitslosigkeit beseitigen wollen, meint ver.di-Vorstand Kurt Martin (CDU)

BETRIEBSRATSWAHLEN
„Ich arbeite gut. Besser mit Betriebsrat." Das Kampagnen-Info des DGB

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.gender-mainstreaming.net
Gender Mainstreaming, die neue Strategie in der Gleichstellungspolitik: Definition, Beispiele, Hintergrundinfos, Literatur und Links

Im Faxabruf

0211 / 43 01 651
„13 Module zum Abbau der Arbeitslosigkeit" Die ersten Vorschläge der Hartz-Kommission

DGB zur Bundestagswahl

Großveranstaltung im September

„Es steht viel auf dem Spiel": So lautet das Motto, unter dem sich DGB und Gewerkschaften in den Bundestagswahlkampf 2002 einmischen wollen. Das hat der DGB-Bundesvorstand am 2. Juli beschlossen.

Auf dem Spiel stehen bei der Wahl im September zum Beispiel die Sicherung der Tarifautonomie und der Arbeitnehmerrechte sowie der Erhalt eines solidarisch finanzierten Gesundheitssystems. Diese beiden Themen sind die politischen Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Aktivitäten vor der Wahl.

Als „Wahlhelfer für die Durchsetzung von Beschäftigteninteressen" will der DGB die ArbeitnehmerInnen dazu bewegen, sich vor ihrer Wahlentscheidung am 22. September genau anzusehen, welche Positionen die Parteien zu Arbeitnehmerfragen vertreten.

Während die Gewerkschaften unterm Strich eine positive Bilanz von Rot-Grün ziehen, lassen die Ankündigungen der Opposition in Sachen Tarifautonomie, Arbeitnehmerrechte und Gesundheitsreform kaum Fortschritte hin zu einer sozial gerechten Modernisierung der Gesellschaft vermuten, wie sie der DGB fordert.

Mit ihrem Engagement vor der Bundestagswahl wollen die DGB-Gewerkschaften außerdem möglichst viele ArbeitnehmerInnen dazu motivieren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Unter der Überschrift „Der Mensch im Mittelpunkt – Für eine gerechte Zukunft" haben die DGB-Gewerkschaften in sechs Leitprojekten ihre wichtigsten Forderungen an die künftige Bundesregierung formuliert:

- Bildung demokratisieren
- Familie und Beruf vereinbar machen – Frauen die gleichen Chancen geben
- Den Arbeitsmarkt in Schwung bringen
- Den Staat handlungsfähig machen
- Das Gesundheitssystem modernisieren
- Arbeitnehmerrechte ausbauen

(Langfassung im Internet: *www.dgb.de)*

Neben zentraler Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie verschiedenen Broschüren sind vor allem dezentrale Aktivitäten in den DGB-Regionen und Bezirken vorgesehen. Unterstützung erhalten die Akteure vor Ort zum Beispiel durch Argumentationshilfen, Pressetexte für die lokalen Medien sowie Ideenskizzen für Veranstaltungen und Aktionen. Als ein Höhepunkt der Aktivitäten von DGB und Gewerkschaften vor der Bundestagswahl ist eine Kundgebung aller Gewerkschaften am 7. September in der Dortmunder Westfalenhalle geplant. •

wiewardiewoche?



Isolde Kerker-Godec, 37, Vorsitzende der Bundesfachgruppe Paket- und Expressdienste bei ver.di und seit drei Jahren Betriebsratsvorsitzende der Post Express-Niederlassung Speyer, „enterte" während der Aktionswoche „ver.di bewegt die KEP-Branche" Fahrzeuge der Kurier- und Expressbranche.

Mit hohen Tarifstandards dafür sorgen, dass die Beschäftigten ohne Nebenerwerb von ihrer Arbeit leben können – das war das Ziel unserer Aktion im Bereich Kurier-, Express- und Paketdienstleistungen. Gemeinsam mit der GUV FAKULTA haben wir uns an geeigneten Plätzen postiert, um sowohl die eigenen Leute als auch die vom United Parcel Service (UPS) anzusprechen. Die ersten, in der Regel noch nicht organisierten UPS-Fahrer waren interessiert, durften auch noch halten. Ihnen haben wir ver.di nahe gebracht und etwas über Fahrzeiten und Tarife erklärt. Nachdem ein ziemlich wütender Geschäftsführer unsere Stelle passiert hatte, wurde den Fahrern verboten zu stoppen. So haben wir uns dann etwas geschickter an insgesamt sieben Stellen postiert und weiter unsere Informationen verteilt – übrigens auch an die eigenen Post Express-Leute. Einerseits sind wir zwar Konkurrenten, andererseits aber haben natürlich die Beschäftigten der ganzen Branche dieselben Interessen.

Ganz ähnlich auch unsere Aktion im Speditionsbereich, die wir zusammen mit der Fachgruppe Speditionen organisiert haben. Wir haben Knotenpunkte der Trucker dicht gemacht und Informationen über Arbeitszeit, Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die gesetzlichen Bestimmungen verteilt. Mit guter Resonanz. Aber die Fahrer haben auch erheblichen Aufklärungsbedarf.

geplant... beschlossen

Mit dem Abschluss der regulären Betriebsratswahlen (1. März bis 31. Mai) ist auch die DGB-Kampagne zu den Betriebsratswahlen beendet. Rund ein Drittel der insgesamt 60 Einzelprojekte werden aber fortgeführt. Das hat der DGB-Bundesvorstand am 2. Juli zustimmend zur Kenntnis genommen. Ein Zwischenbericht wird in Kürze veröffentlicht. Wichtigstes Ziel aller weitergeführten Projekte ist es, die „weißen Flecken" zu erschließen und Betriebsratswahlen in betriebsratslosen Unternehmen zu initiieren. Noch bis zum Jahresende wird die Kampagnen-Website** *www.besser-mit-betriebsrat.dgb.de* **im Netz stehen. Auch die Telefon-Hotline 0180 2 / 34 00 00 bleibt bis 31.12. geschaltet. Mehr dazu im beiliegenden Kampagnen-Info.

Kfz-Handwerk

EU begünstigt Megastores

Ab Oktober sollen Europas Autohändler selbst entscheiden, wie viele Verkaufsstellen sie eröffnen und ob sie ihre Autos auch an Wiederverkäufer wie Supermärkte und Tchibo-Läden abgeben. Das sieht ein Entwurf von EU-Wettbewerbskommissar Monti zur Änderung der Gruppenfreistellungsverordnung (GVO) für das Kfz-Handwerk vor, über den die EU-Kommission am 17. Juli entscheidet.

Was auf den ersten Blick wie eine verbraucherfreundliche Initiative der EU aussieht, dürfte nach Berechnungen der IG Metall zu einem Verlust von mindestens 50 000 der bundesweit 532 000 Arbeitsplätze der Branche führen. Die Gewerkschaft fürchtet, dass die bislang überwiegend mittelständischen Autohäuser durch Megastores auf der grünen Wiese verdrängt werden.

Auch die Autokäufer gehören zu den Verlierern: Statt sinkender Preise müssten sie wegen höherer Logistik- und Transaktionskosten mit einem Preisanstieg von 350 Euro je Auto rechnen.

Gemeinsam mit der Autoindustrie und dem Handwerk hat die IG Metall die EU-Kommission aufgefordert, einem vom EU-Wirtschaftsausschuss bereits gebilligten Kompromiss zuzustimmen, nach dem der Gebietsschutz der Autohändler bis 2005 erhalten bleibt. Zudem müssten alle Händler verpflichtet werden, ortsnah Werkstattleistungen anzubieten. •

Die Bundesländer im Pisa-Test

Flächendeckender Reformbedarf

In Deutschland erlangt ein großer Teil der SchülerInnen nicht die notwendigen Basisqualifikationen, um ohne Probleme von der Schule ins Berufsleben zu wechseln. Das zeigt die Ende Juni erschienene nationale Pisa-E-Studie.

Bildung ist für den Industriestandort Deutschland eine Schlüsselqualifikation. Doch der Anteil der 15-jährigen SchülerInnen, die nur über die Fähigkeit zum Erfassen einfacher Texte verfügen und lediglich grundlegende mathematische und naturwissenschaftliche Aufgaben lösen können, liegt zwischen 15 und über 30 Prozent. In Bayern gilt dies bei der Lesekompetenz für 14,5 Prozent der 15-Jährigen, in Bremen für 28,8 Prozent. In Mathematik und den Naturwissenschaften liegt der Anteil der so genannten RisikoschülerInnen, die höchstens die erste von fünf Kompetenzstufen erreichen, in 10 von 14 Bundesländern (Hamburg und Berlin haben sich an Pisa-E nicht beteiligt) bei über 25 Prozent. Zum Vergleich: Im OECD-Durchschnitt liegt der Anteil dieser Risikogruppe, die beim Übergang in das Berufsleben Probleme hat, bei 18 Prozent, in Finnland, Kanada und Japan bei weniger als 10 Prozent. Zudem zeigt Pisa-E, dass die Bildungschancen in Deutschland stärker als in anderen Ländern von der Herkunft und der sozialen Situation der Familien abhängen.

Nach Meinung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bietet die neue Pisa-Studie trotz des aktuellen, wahltaktisch begründeten Streits um das Abschneiden einzelner Bundesländer die Chance zur Versachlichung der Bildungspolitik. Pisa-E ermögliche in der Schulpolitik einen „Wechsel von der Ideologie zur Empirie" und rücke Qualität und Chancengleichheit ins Zentrum. Seit Pisa International sei zudem klar, dass sich Qualität und Chancengleichheit nicht ausschließen, sondern „gegenseitig unterstützen". Nur in Deutschland würden „Leistung und Selektion noch gleichgesetzt". •

Fragen an ...



Marianne Demmer, 55, ist im Geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für Pisa zuständig.

■ Pisa-E hat erhebliche Leistungsunterschiede im Bildungssystem der Bundesländer offen gelegt. Warum sind Bayern und Baden-Württemberg keine Vorbilder?

■ *Die Südländer haben bei der sozialen Gerechtigkeit eine großes Defizit. In Bayern ist die Chance von Facharbeiterkindern, aufs Gymnasium zu kommen, zehnmal schlechter als von Akademikerkindern. Zudem hat Bayern eine außerordentlich geringe Abiturientenquote, die sich Deutschland nicht leisten kann.*

■ Bei Pisa-E haben die Bundesländer, die stärker auf Selektion setzen, besser abgeschnitten. Ist das das Ende der „Kuschelpädagogik"?

■ *Ich hoffe nicht. Lernen muss Freude machen – nicht weh tun. Kinder müssen unterstützt, nicht beschämt werden. Außerdem muss man sich das Selektionsmuster genau ansehen. Die Südländer selektieren eher in der Spitze. In Bayern machen nicht einmal 20 Prozent das Abitur, statt bundesweit 27 Prozent. In den Nordländern sind dagegen die Hauptschulanteile oft sehr klein, was riesengroße Probleme mit sich bringt. Die Ursachen für das schlechtere Abschneiden der Nordländer sehe ich nicht in der angeblichen „Kuschelpädagogik", sondern in Versäumnissen, die Bildungsangebote im unteren Leistungsbereich attraktiv und erfolgreich zu gestalten. Wenn wir uns die Länder ansehen, die international vorn liegen, Finnland und Kanada zum Beispiel, fällt zudem auf, dass dort die gesamte Lerngruppe lange zusammen bleibt. Das ist für den Erfolg offenbar wichtiger als eine frühe Selektion.*

■ Die GEW fordert mehr Kompetenzen für den Bund. Hat das föderale System versagt?

■ *Das föderale System hat im Schulwesen keine vergleichbaren Lebensbedingungen in allen Landesteilen geschaffen. Den Bundesländern ist bisher nichts eingefallen, wie sie die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Länder, bei der Arbeitslosigkeit und beim strukturellen Wandel kompensieren können. Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit wird praktisch ungebremst in das Bildungssystem weitergegeben. Das geht nicht. Es kann nicht sein, dass ein Kind, je nachdem, wo es aufwächst, derart unterschiedliche Bildungschancen hat.*

■ Die GEW will sich auch unangenehmen Ergebnissen von Pisa stellen. Von welchen lieb gewonnenen Vorstellungen muss sie sich verabschieden?

■ *Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Migrantenkinder in den südlichen Bundesländern offenbar mehr lernen, als etwa in Nordrhein-Westfalen. Sie haben dann jedoch schlechtere Chancen auf einen höherwertigen Schulabschluss. Und wir müssen über Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen neu nachdenken. Wir brauchen keine zentralen Prüfungen, aber wir brauchen gemeinsame Bildungsstandards.*

Pisa und die Folgen

Seit Jahren sinken die Bildungsausgaben, fällt Deutschland im internationalen Maßstab immer weiter zurück. Doch statt nüchterner Ursachenanalyse war die bildungspolitische Diskussion der vergangenen Jahre von parteipolitisch motivierten Auseinandersetzungen um das bessere Schulsystem geprägt.

Durch die Ende Juni präsentierten Ergebnisse der nationalen Pisa-E-Studie könnte das anders werden. Zwar überwiegen in den ersten Stellungnahmen Äußerungen, die in der Pisa-Studie einen Beleg für die Überlegenheit der CDU/CSU-geführten Bundesländer sehen, doch inzwischen ist Ernüchterung eingekehrt. Zum einen ist Pisa-E kein Beleg der Überlegenheit der Südgegenüber den Nordländern – dazu sind die Ergebnisse zu widersprüchlich. Zum anderen kommen selbst die besser bewerteten Bundesländer international kaum aus dem Mittelfeld heraus.

Im Internet
www.gew.de/aktuell/frame_pisa.htm
Pisa 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich

Im Faxabruf
0211 / 43 01 664
Pisa-E: Ergebnisse auf den ersten und zweiten Blick Analyse der GEW

Elternzeit

Weiterbildungs-Scheck sichert Kompetenz

Bundesweit einmalig ist ein Projekt des Überbetrieblichen Verbundes Region Wolfsburg e.V. zur Weiterbildung von Beschäftigten während der Elternzeit (früher: Erziehungsurlaub). Diese erhalten vom Arbeitgeber einen Weiterbildungs-Scheck im Wert von 30 Euro, der gegen eine kostenlose oder ermäßigte Weiterbildung und Beratung bei der Geschäftsstelle des Verbundes, der Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft, eingelöst werden kann. 32 Klein- und Mittelbetriebe mit rund 5500 MitarbeiterInnen sind zurzeit im Verbund organisiert. Themen der Weiterbildung sind u.a. Veränderungen in den Berufs- und Arbeitsfeldern, IT-Kompetenz und neue berufliche Perspektiven. Initiiert wurde das Projekt von der Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft Wolfsburg, Träger ist Arbeit und Leben Niedersachsen. Unterstützt wird das Projekt auch durch das Land Niedersachsen sowie dem Europäischen Sozialfonds. Zum Modellprojekt gibt es eine Broschüre für ArbeitgeberInnen. •

Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft
Tel. 0 53 61 / 2 42 11
Fax 0 53 61 / 2 25 44

Projektschultage

Jugendliche gesucht

Ab Herbst gibt's auch in Rheinland-Pfalz und im Saarland Projektschultage gegen Rassismus. Für die Klassenbesuche unter dem Motto „Für Demokratie Courage zeigen" suchen der DGB-Bezirk West und die Projektpartner Jugendliche ab 15 Jahren.

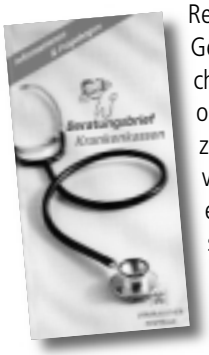
Die Projektinhalte und die pädagogischen Grundlagen vermittelt eine Fortbildung vom 4. bis 10. August im Bildungszentrum der Arbeitskammer des Saarlandes in Kirkel. Die Projektschultage wurden 1999 in Sachsen gestartet, inzwischen werden sie vom DGB in allen fünf ostdeutschen Bundesländern – mit großer Resonanz – angeboten. •

DGB-Bezirk West
Jugendsekretariat
Kaiserstraße 26 - 30
55116 Mainz
Tel. 0 61 31 / 28 16 28
michael.holdinghausen@dgb.de

Verbraucher-Zentrale

Tipps für den Kassenwechsel

Wer gesund ist, achtet beim Wechsel der gesetzlichen Krankenkasse meist nur auf den Beitragssatz. Doch im Krankheitsfall kommt es auf die Leistungen der Kasse an. Und die können sich etwa bei der Rehabilitation, der Gewährung häuslicher Krankenpflege oder bei der Bezahlung alternativer Heilmethoden erheblich unterscheiden. Welche gesetzliche Krankenversicherung für die individuellen Erwartungen die richtige ist, zeigt der „Beratungsbrief Krankenkassen" der Verbraucher-Zentrale Hessen. Der rund 60 Seiten starken Broschüre liegt ein Fragebogen bei. Wer ihn ausfüllt und zurückschickt, bekommt von den BeraterInnen eine Auswertung mit den individuell günstigsten Anbietern zugeschickt. Den Ratgeber gibt's bei allen Beratungsstellen in Hessen für 10,20 Euro. Für den Postweg kommen weitere zwei Euro dazu. •



Verbraucher-Zentrale Hessen
Große Friedberger Straße 13-17
60313 Frankfurt/M.
Tel. 069 / 97 20 10 30
Fax 069 / 97 20 10 40

Technologieberatung

Besseres Arbeitsumfeld

Steigender Leistungsdruck und wachsende Arbeitsanforderungen zählen in den meisten Betrieben zu den größten Problemen, aber nur ein kleiner Teil der Betriebsräte verfügt auf diesem Feld über Erfolg versprechende Handlungsstrategien. Wie im Betrieb ein leistungsförderndes Arbeitsumfeld gestaltet werden kann, das nicht zu Lasten der Gesundheit der Beschäftigten geht, diskutieren WissenschaftlerInnen und BetriebspraktikerInnen unter dem Titel „Leistung ja – Doping nein" am 7. und 8. September auf einer Tagung der Technologieberatungsstelle Nordrhein-Westfalen in Köln. •

Tel. 0221 / 9 13 97 0
Fax 0221 / 9 13 97 20
tbs-koeln@tbs-nrw.de
www.tbs-nrw.de

BIBB

Neue Wege der Berufsbildung

Veränderte Berufsfelder und aktuelle Erkenntnisse der Forschung fordern neue Wege in der Aus- und Weiterbildung. Wo es hingeht, zeigt der 4. Fachkongress „Berufsbildung für eine globale Gesellschaft – Perspektiven im 21. Jahrhundert" des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Die TeilnehmerInnen diskutieren vom 23. bis 25. Oktober in Berlin in elf Themenforen. Wer sich bis Ende Juli anmeldet, bezahlt 195 Euro, danach kostet die Teilnahme 265 Euro. Anmeldeschluss ist der 30. September. •

BIBB
Tel. 0228 / 107 28 29
Fax 0228 / 107 29 82
palmowski@bibb.de
www.bibb.de/fachkongress2002

interregio

••• Die ***DGB-Region Ostwestfalen / Bielefeld*** organisiert auch in diesem Jahr eine ***Fahrt zur Love Parade*** nach Berlin. Vom 12. bis 14. Juli geht es per Bus ab Bielefeld Richtung Hauptstadt. Zur Reise gehören zwei Übernachtungen mit Frühstück in einem Hotel nahe der Siegessäule. Der Preis für Fahrt und Hotel beträgt 125 Euro, Gewerkschaftsmitglieder zahlen nur 115 Euro. Das Mindestalter für die Teilnahme beträgt 18 Jahre. Infos und Anmeldung: DGB Ostwestfalen / Bielefeld, Tel. 0521 / 96 40 801, *www.bielefeld-dgb.de/projekte/parade.html*

••• Der ***DGB Bezirk Nord*** hat gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern den ***Medienpreis 2002*** verliehen. Ausgezeichnet wurden Reportagen in den Sparten Presse, Rundfunk und Fernsehen zu „gesellschaftlichen Vorgängen in Mecklenburg-Vorpommern, über die Menschen des Landes, ihre Freuden und Sorgen". Die diesjährigen PreisträgerInnen sind: Renate Meinhof für die Reportage „Das eisige Echo des Verdachts" über einen zu Unrecht wegen Mordes verurteilten DDR-Bürger in der *Süddeutschen Zeitung*. Alexa Hennings für das NDR 4-Porträt „Der alte Soldat und der Frieden" über einen ehemaligen NVA-Offizier des Fluggeschwaders Peenemünde. Den dritten der mit je 1000 Euro dotierten Preise erhielt Trevor Peters für seinen Fernsehbeitrag auf N3 „Nah an Polen – doch weit weg", der den Alltag deutscher und polnischer Jugendlicher vergleicht. Infos: DGB Nord, Alfons Grundheber-Pilgram, Tel. 040 / 28 58 207

Tarifrunde 2002

Abschlüsse bis zu 4 Prozent

Fast neigt sich die Tarifrunde 2002 ihrem Ende zu – doch noch haben nicht alle Gewerkschaften ihre Tarifverträge abgeschlossen.

Die großen Gewerkschaften hatten es vor der Tarifrunde angekündigt – mittlerweile ist sichtbar, wie ernst es ihnen damit ist. Nach der Zurückhaltung in den beiden vergangenen Jahren, für die die Arbeitgeber die Schaffung von Arbeitsplätzen versprochen hatten, sollten in diesem Jahr kräftige Lohnsteigerungen folgen. Mancherorts war von zweistelligen Forderungen die Rede. Dieses Ziel wurde nicht erreicht.

Die IG Metall zog als erste Gewerkschaft in diesem Jahr in eine größere Gehaltsrunde. Für die Metall- und Elektrobranche belief sich die Forderung auf 6,5 Prozent. Der Meilenstein für die folgenden Tarifkämpfe schien damit gesetzt.

Auch wenn sich die Metaller nach umfangreichen und erfolgreichen Warnstreiks, Urabstimmung sowie kurzen Schwerpunktstreiks mit den Arbeitgebern auf vier Prozent einigten – ungleich spektakulärer, vor allem für die Öffentlichkeit, waren die Streiks in der Baubranche. Nach einem überzeugenden Urabstimmungsergebnis von deutlich über 90 Prozent sorgte der Druck von bundesweit mehreren Zehntausend streikenden Bauarbeitern für einen Abschluss. Der erste Flächenstreik der Baubranche in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte brachte ein Ergebnis von 3,2 Prozent ab September 2002 zuzüglich einer Pauschale für die Monate Juni bis August.

Ob dieser Kompromiss letztlich hält, was er verspricht, entscheidet sich erst nach Redaktionsschluss. Die Erklärungsfrist der beteiligten Verbände endet am 4. Juli – und vor allem die Bauarbeitgeber Ost wollten keiner Lohnerhöhung zustimmen sowie mit der Kündigung des Rahmentarifs zahlreiche Verschlechterungen wie regelmäßige Samstagsarbeit und die Reduzierung des Urlaubs für die Beschäftigten der Branche durchsetzen. •

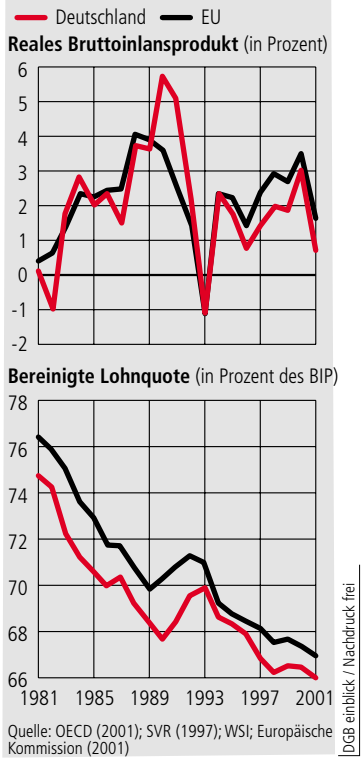
Tarifabschlüsse West und Ost für 2002

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
8.4.2002	Kfz-Gewerbe NRW	nach 1 Nullmonat: 2,4 % ab 04/02 0,8 % Stufenerhöhung ab 09/2002 bis 02/2003
18.4.2002	Chemische Industrie West	85 € Pauschale im ersten Monat 3,3 % für weitere 12 Monate regional unterschiedlich ab 1.4/1.5/1.6/2002 Einbeziehung Entgeltgarantie in Entgelttabelle
30.4.2002	Chemische Industrie Ost	3,3 % ab 05/2002, 2,8 % Stufenerhöhung ab 10/2002, anschließend stufenweise Angleichung an Westniveau bis 2009
15.5.2002	Metallindustrie Baden-Württemberg (Pilotabschluss)	120 € Pauschalzahlung für 05/2002 4,0 % ab 06/02 (davon 0,9 als ERA-Strukturkomponente) 3,1 % Stufenerhöhung ab 06/03 bis 12/03 (davon 0,5 % als ERA-Strukturkomponente) Einführung eines einheitlichen Entgeltrahmenabkommens (ERA)
17.5.2002	Holz verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe	20 € Pauschale für 05/2002 3 % ab 06/2002 bis 04/2003
28.5.2002	Papier verarbeitende Industrie	30 € Pauschale für 04/2002 3,4 % ab 05/2002 bis 02/2003
29.5.2002	Druckindustrie	43 € Pauschale für 04/2002 3,4 % ab 05/2002 bis 03/2003
11.6.2002	Deutsche Post AG	43 € Pauschale für 05/2002 3,5 % ab 06/2002 3,2 % Stufenerhöhung ab 06/2003 bis 04/2004
14.6.2002	Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen	50 € Pauschale für 06/2002 3, 6 % ab 07/2002 bis 08/2003
21.6.2002	Versicherungsgewerbe	100 € Pauschale für 06/2002 3,5 % ab 07/2002 bis 09/2003 Anschubfinanzierung für Altersversorgung
24.6.2002	Bauhauptgewerbe	nach 2 Nullmonaten: je 75 € Pauschale für 06-08/2002 (nur West) 3,2 % ab 09/2002 (Ost: nach 5 Nullmonaten) 2,4 % ab 04/2003 bis 03/2004 Anhebung der Mindestlöhne West und Ost sowie Einführung eines zweiten Mindestlohns für Fachwerker ab 09/2003
29.6.2002	Deutsche Telekom AG	nach 2 Nullmonaten: 4,1 % ab 07/2002 (davon 1 % für variable Vergütung) 3,2 % Stufenerhöhung ab 05/2003 bis 04/2004.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 26.06.2002

Lohnpolitik als Wachstumsbremse

Im Vergleich: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland und der EU und bereinigte Lohnquote



Quelle: OECD (2001); SVR (1997); WSI; Europäische Kommission (2001)

DGB einblick / Nachdruck frei

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung sieht in den sinkenden Löhnen eine Wachstumsbremse, die sich dämpfend auf die Nachfrage auswirkt.

Paradigmenwechsel

Wesentliches Element der Tarifrunde 2002 ist die Einigung in der Metallindustrie auf ein neues „Entgeltrahmenabkommen" (ERA). Dabei sollen Arbeiter und Angestellte künftig für gleiche und gleichartige Tätigkeiten gleiches Geld bekommen. ERA wird in den Betrieben ab dem 1. Januar 2005 bis spätestens 31. Dezember 2008 verbindlich eingeführt. In Betrieben, in denen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig sind, kann die ERA-Einführung bereits am 1. Januar 2004 beginnen.

Weil ERA vielen Beschäftigten mehr für Qualifizierung, Arbeitseinsatz und Leistung bringt, werden die Kosten der Umstellung der gesamten betrieblichen Eingruppierung zu einem Teil über eine Strukturkomponente im Metall-Tarifabschluss 2002 gedeckt.

In der Metallindustrie Nordrhein-Westfalens etwa werden von den ausgezahlten 4 Prozent ab dem 1. Juni 2002 nur 3,1 Prozent in die alten Lohn- und Gehaltstabellen eingerechnet. Die restlichen 0,9 Prozent stehen für eine künftige Entgeltstruktur zur Verfügung. Ein weiterer Anteil von 0,5 Prozent wird mit dem 1. Juni 2003 bei der ausgezahlten Einkommenserhöhung um 3,1 Prozent der künftigen Entgeltstruktur zugeschlagen.

Im Internet
www.boeckler.de/wsi/tarchiv/tarifrunde/

kurz&bündig

DGB

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer will die Europäische Zentralbank ins Bündnis für Arbeit einbinden. Außerdem verlangt Sommer, dass die Zentralbank neben den Stabilitätskriterien auf eine „gleichgewichtige Berücksichtigung von Wachstum und Beschäftigung" verpflichtet wird.

IG BAU

Die IG BAU unterstützt die Initiative von EU-Agrarkommissar Franz Fischler, die geplanten Direktzahlungen für die Bauern nicht ausschließlich an der Fläche und am Tierbestand auszurichten, sondern auch an der Zahl der Beschäftigten. Mögliche Einsparungen müssten der Landwirtschaft der EU-Beitrittsländer zugute kommen.

TRANSNET Gewerkschaft GdED

Der Konzernbetriebsrat der Deutschen Bahn hat die Betriebsvereinbarung „Ideenmanagement" gekündigt. 2001 seien 12 000 Verbesserungsvorschläge der Beschäftigten unbearbeitet geblieben. TRANSNET und Betriebsrat haben ein eigenes Konzept vorgelegt.

DGB

DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock und der Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW) Hans-Dieter Rinkens haben sich gegen Studiengebühren und für eine bessere Durchlässigkeit des Bildungssystems ausgesprochen. DGB und DSW wollen ihre Zusammenarbeit im Netzwerk „Wege ins Studium" verstärken.

Union-Druckerei

Fusion vernichtet Arbeitsplätze

Die gewerkschaftseigene Union-Druckerei (UD) in Frankfurt/M. und die Vereinigten Offsetdruckereien (VOD) in Heidelberg sollen zur Alpha Print Medien (APM) AG fusionieren, die Belegschaften beider Firmen halbiert werden. Das haben der UD-Aufsichtsratsvorsitzende Peter Schmidt (ver.di) und der alleinige geschäftsführende Gesellschafter der VOD, Erich Thomanek, in einer Absichtserklärung („Letter of Intent") am 21. Juni vereinbart. Andere Konzepte zur Rettung der UD sind zuvor verworfen worden.

Die neue Alpha Print Medien AG soll zu 60 Prozent Thomanek und zu 40 Prozent den bisherigen UD-Gesellschaftern – verdi, IG Metall, IG BAU und TRANSNET – gehören. Geplant sind Investitionen im „zweistelligen Millionenbereich" und der Aufbau eines Medienzentrums an noch unbekanntem Ort, in dem ab Mitte 2003 rund 200 Beschäftigte tätig sein sollen (zurzeit beschäftigen die UD 294 und die VOD 104 ArbeitnehmerInnen). Trotz Halbierung der Belegschaften soll der bisherige Umsatz von zusammen 70 Millionen Euro gehalten werden.

Die UD erwartet in diesem Jahr einen Verlust von knapp drei Millionen Euro; die VOD haben laut Geschäftsführer Thomanek in den vergangenen Jahren „Gewinn gemacht", nach Angaben des VOD-Betriebsrats steckt die Firma jedoch in „wirtschaftlichen Schwierigkeiten". Der Betriebsrat der Union-Druckerei erklärte, über die geplante Schließung sei er „weder rechtzeitig noch umfassend" informiert worden. •

Koordinierungsstelle

A wie arbeitslos

Genug zu tun hatten die Beschäftigten bis zuletzt, Anfang Juli verabschiedeten sie sich trotzdem in die Arbeitslosigkeit. Nachdem die Förderung der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen-initiativen durch das Arbeitsministerium eingestellt wurde, hatte der DGB-Bundeskongress Ende Mai den Bundesvorstand aufgefordert, „die Voraussetzungen für eine Grundfinanzierung der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen Bielefeld zu schaffen". Da die Bielefelder Ende Juni noch keinerlei konkrete Finanzierungszusage aus Berlin hatten, sind die Beschäftigten seit dem 1. Juli arbeitslos. •

DGB-Jugendmedien

Auf dem Prüfstand

Die im Rahmen der DGB-Haushaltsbegleitbeschlüsse beschlossene Evaluation der DGB-Jugendmedien soll nun umgesetzt werden. Das Problem dabei: Nach dem Rückzug des DGB aus der Jugendzeitschrift *ran*, die weiterhin im Eigenverlag erscheint, sind regelmäßige Publikationen für die Zielgruppe rar. Andere Produkte für spezielle Zielgruppen, wie z. B. Studierende, werden entweder gerade überarbeitet oder erst entwickelt. DGB-Bundesjugendsekretärin Claudia Meyer: „Da bräuchten wir die Hilfe von Experten, aber die dürfen wir nicht beauftragen." •

Schwerbehindertenvertretung

IG Metall und ver.di starten gemeinsame Kampagne

Unmittelbar nach dem Ende der Betriebsratswahlen 2002 stehen Unternehmen und Verwaltungen im Herbst neue Wahlen ins Haus: Vom 1. Oktober bis zum 30. November werden die Schwerbehindertenvertretungen (SBV) gewählt.

Die beiden größten DGB-Gewerkschaften, ver.di und IG Metall, wollen die Wahlen nutzen, um die Interessenvertretung der bundesweit 720 000 schwerbehinderten ArbeitnehmerInnen aus ihrem bisherigen Schattendasein herauszuführen, und haben eine gemeinsame Wahlkampagne gestartet. Wichtigstes Ziel der Kampagne ist eine Steigerung der Zahl der Betriebe und Verwaltungen, die über eine Schwerbehindertenvertretung verfügen: 75 Prozent aller Unternehmen mit Betriebsrat haben bislang keine. Während in oberen Bundes- und Landesbehörden, in größeren Verwaltungen und Unternehmen in der Regel eine Interessenvertretung für behinderte ArbeitnehmerInnen existiert, fehlt sie in kleineren Unternehmen und Verwaltungen meist.



Nutzen wollen die Gewerkschaften bei ihrer Kampagne die durch das neue SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen), gestärkte Stellung der Schwerbehindertenvertretung. Auch die Gewerkschaften selbst sollen für die Interessen behinderter ArbeitnehmerInnen sensibilisiert werden. Ihr Organisationsgrad ist mit 52 Prozent überdurchschnittlich. •

Bundestagswahl 2002

Wir sind nicht der verlängerte Arm

Mit der Bundestagswahl 2002 entscheiden die WählerInnen auch über die Zukunft der Arbeitsmarktpolitik, über die Verbindlichkeit von Tarifverträgen und eine gerechtere Steuerpolitik. Statt sich als verlängerter Arm der SPD zu begreifen, müssen die Gewerkschaften alle Parteien daran messen, wie diese die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit beseitigen und die Arbeitnehmerinteressen stärken wollen, rät ver.di-Vorstand und CDU-Mitglied Kurt Martin.

Gewerkschaften sind nicht der verlängerte Arm irgendeiner Partei. Sie tun daher gut daran, sich **mit Wahlempfehlungen für eine bestimmte Partei zurückzuhalten.** Das heißt aber keineswegs, dass sich die Gewerkschaften nicht in den Wahlkampf einmischen. Im Gegenteil: Selbstverständlich werden wir auch in diesem Jahr die Wahlaussagen und die tatsächliche Politik aller Parteien kritisch unter die Lupe nehmen. Gewerkschaften sollten aber auch die Kolleginnen und Kollegen motivieren, sich selbst in den Wahlkampf einzumischen. Das heißt zugleich, **für eine hohe Wahlbeteiligung zu mobilisieren.** Denn es wäre bedenklich für unsere Demokratie, wenn sich der Trend der letzten Landtagswahlen fortsetzen würde.

Wie auch immer die Wählerinnen und Wähler am 22. September entscheiden: Die größte Herausforderung für jede Regierung wird der **Abbau der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit** bleiben. Eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktlage wurde weder in den 16 Jahren Kohl-Regierung erreicht, **noch konnte der Kanzler der rot-grünen Koalition sein Versprechen einhalten.** Im Sommer 2002 liegt die Zahl der Arbeitslosen nur knapp unter der vor der letzten Wahl. Erhebliche Defizite bestehen auch bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, obgleich auch diese zur Chefsache erklärt worden war.

An alle Parteien ist die Frage zu richten, wie sie diese Ziele in den nächsten Jahren erreichen wollen. Eine Reform der Bundesanstalt für Arbeit allein wird den vorhandenen Mangel an Arbeitsplätzen nicht beseitigen können, auch wenn in der Vorwahldebatte zuweilen dieser Eindruck entsteht. Auch die von der Bundesregierung vorgenommenen Steuerentlastungen der Unternehmen haben nicht die erhofften Beschäftigungseffekte erbracht, sondern stattdessen zu einem massiven Einbruch bei den Steuereinnahmen geführt. Dadurch hat sich insbesondere die Finanzlage der Kommunen drastisch verschärft – während ihnen gleichzeitig neue Aufgaben übertragen wurden. Im Ergebnis läuft die Steuerpolitik der letzten Jahre darauf hinaus, dass die **abhängig Beschäftigten zunehmend die gesellschaftlichen Aufgaben allein finanzieren,** während sich die Unternehmen und Selbstständigen immer mehr ihrer Mitverantwortung entziehen. Diese Fehlentwicklung muss korrigiert werden. Wir brauchen eine grundlegende Steuerreform, die die gesellschaftlichen Lasten gerechter verteilt. Vordringlich ist eine Gemeindefinanzreform, die die Finanzkraft der Gemeinden wieder stabilisiert.



Kurt Martin, 56, ist Leiter des ver.di-Fachbereichs 7, Gemeinden, Tarifpolitik öffentlicher Dienst, Arbeiterinnen und Arbeiter, und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft christdemokratischer Gewerkschafter im DGB.

In Wahlkampfzeiten wird viel versprochen – aber auch viel verschwiegen. Den **Unionsparteien** ist entgegenzuhalten, **dass ihr Anspruch, Partei der „kleinen Leute" zu sein, mit Aussagen ihres Wahlprogramms nicht in Einklang steht.** Dies betrifft insbesondere den Umgang mit Arbeitnehmerrechten: Wer das Günstigkeitsprinzip im Tarifvertragsgesetz außer Kraft setzen und die Unterschreitung von tariflichen Standards auf der Betriebsebene erleichtern will, muss sich auf den Widerstand der Gewerkschaften gefasst machen. Und wer aus wahltaktischen Gründen die Verabschiedung des nach langem Zögern der Regierungskoalition endlich zu Stande gekommenen Tariftreuegesetzes verhindert – obwohl es gerade in unionsregierten Ländern entsprechende Regelungen gibt –, muss sich die Frage nach der Glaubwürdigkeit stellen. Schließlich muss eine Partei, die bei einem Wahlsieg eine Koalition mit der FDP anstrebt, auch die Frage beantworten, **wie sie es mit den Arbeitnehmerrechten halten will,** z. B. beim Kündigungsschutz, bei der Mitbestimmung und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Wer auch immer nach dem 22. September regiert – es ist das Ergebnis einer demokratischen Entscheidung. Und Gewerkschaften wissen: Wenn der Gesetzgeber mit Blick auf Arbeitnehmerinteressen gefordert ist, lassen sich **gewerkschaftliche Ziele am besten mit den Parteien in der Regierungsverantwortung** durchsetzen. •

Jeder vierte für die Union

Bei Wahlen schneidet die SPD bei Gewerkschaftsmitgliedern gewöhnlich besser ab als bei WählerInnen insgesamt. Bei der Bundestagswahl 1998 erreichte die SPD unter Gewerkschaftsmitgliedern mit 56 Prozent sogar die absolute Mehrheit. Das hat eine seinerzeit von der Redaktion einblick in Auftrag gegebene Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen ergeben.

44 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder wählten andere Parteien: 22 stimmten für die CDU/CSU, 6,4 Prozent für die PDS, 6,3 Prozent für Bündnis 90/Die Grünen, 2,9 Prozent für die FDP sowie 3,9 Prozent für rechte Parteien. Auch bei den Landtagswahlen der vergangenen zwei Jahre war der Anteil der CDU/CSU-WählerInnen unter den Gewerkschaftsmitgliedern unterdurchschnittlich:
Bei den Wahlen in Baden-Württemberg waren es 35 Prozent, in Rheinland-Pfalz 25 Prozent, in Hamburg 18 Prozent und in Berlin 21 Prozent. Nur bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im April 2002 lag die CDU bei den Gewerkschaftsmitgliedern mit 30 Prozent vor der SPD (27 Prozent).

An der einblick-Debatte über die Ziele der Gewerkschaften bei der Bundestagswahl haben sich bisher Klaus Lang (einblick 9/02), Hubertus Schmoldt (10/02) und Michael Sommer (12/02) beteiligt.

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

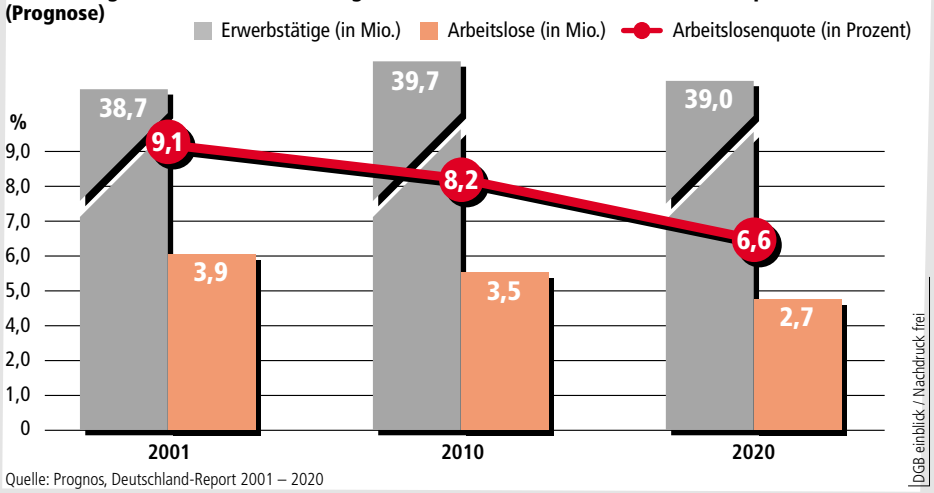
DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSMARKT: Entlastung erst nach 2010

Auch bei einem möglichen Wirtschaftswachstum von zwei Prozent sinkt die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen erst nach 2010 deutlich. Das hat das Baseler Forschungsinstitut Prognos in seinem Deutschland-Report 2002 – 2020 vorausgesagt. Grund ist die in den kommenden Jahren steigende Erwerbsneigung von Frauen und Älteren. Sie führt trotz des bereits 2005 einsetzenden Bevölkerungsrückgangs in den nächsten Jahren zu einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials um rund 700 000 Personen.

Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen, der Arbeitslosen und der Arbeitslosenquote 2001 – 2020 (Prognose)



Quelle: Prognos, Deutschland-Report 2001 – 2020

personalien

••• ***Margot Bengl,*** 54, Betriebsratsvorsitzende des DGB Bayern und seit März kommissarische Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats (GBR), ist seit dem 19. Juni Vorsitzende des neu gewählten GBR. Stellvertretender Vorsitzender ist ***Karl-Heinz Weber,*** 46, Sekretär beim DGB Baden-Württemberg.

••• ***Erich Standfest,*** 59, und ***Hermann Fischer,*** 57, sind Ende Juni aus ihrer Funktion als Vorstandssekretäre des DGB ausgeschieden. Erich Standfest ist seit dem 1. Juli in der Freistellungsphase der Altersteilzeit, Hermann Fischer geht im Herbst in Altersteilzeit.

••• ***Tina Kolbeck,*** 35, Studium der Landschaftsplanung und Freiraumgestaltung, Zusatzqualifikation für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, zuletzt Referentin für Frauen und Beschäftigungspolitik bei der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachen, ist seit dem 1. Juli Pressesprecherin des DGB-Bezirks Niedersachsen/Bremen – Sachsen-Anhalt.

••• Der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB hat die beiden Vorstandsmitglieder ***Ursula Engelen-Kefer,*** 59, und ***Dietmar Hexel,*** 52, als Arbeitnehmervertreter für den Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit vorgeschlagen. Die anderen fünf Arbeitnehmervertreter sollen von den Mitgliedsgewerkschaften gestellt werden: ***Horst Schmidthenner,*** 61, IG Metall, ***Christian Zahn,*** 53, ver.di, ***Veronika Keller-Lauscher,*** 54, IG Bergbau, Chemie, Energie, ***Ernst-Ludwig Laux,*** 58, IG Bauen-Agrar-Umwelt, und ***Werner Weck,*** 54, Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten. Als stellvertretende Mitglieder hat der GBV für den Verwaltungsrat vorgeschlagen: ***Wilhelm Adamy,*** 52, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik des DGB, ***Ursula Herdt,*** 60, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, ***Isolde Kunkel-Weber,*** 48, ver.di, ***Axel Gerntke,*** 38, IG Metall, sowie die DGB-Bezirksleiter ***Peter Deutschland,*** 57, Bezirk Nord, ***Hanjo Lucassen,*** 58, Bezirk Sachsen, und ***Stefan Körzell,*** 39, Bezirk Hessen – Thüringen.

14 TAGE

8./9.7. Klausur des Geschäftsführenden Bundesvorstands (GBV) des DGB

10.7. DGB-Bezirk Baden-Württemberg, GEW, GdP, ver.di, Arbeitstagung „Für ein Landesgleichstellungsgesetz mit Biss", Stuttgart

13.7. DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen, Fachtagung „Droht der Einstieg in die Zwei-Klassen-Medizin?", Düsseldorf

15.-20.7. DGB-Jugend, attac, Sommerakademie „Globalisierung von unten", Flecken Zechlin

18.7. DGB-Bezirk Bayern, Forum „Gesundheitspolitische Reformen für Versicherte und Patienten", Garching bei München

22.7. Letzte GBV-Sitzung vor der Sommerpause, Berlin

Schlusspunkt

„Die Interessen der Arbeitnehmer werden vom Senat vertreten, nicht von den Gewerkschaften."

Der Hamburger Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU) laut Frankfurter Rundschau vom 12. Juni 2002 in einem Brief an den Hamburger ver.di-Vorsitzenden Wolfgang Rose zur Forderung des DGB, mit den Gewerkschaften über die vom Hamburger Senat geplanten Einsparungen zu reden.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 22.07.2002 14/02

DGB

DGB-Aktivitäten zur Bundestagswahl

Es steht viel auf dem Spiel

Die Aktivitäten des DGB im Bundestagswahlkampf 2002 zeigen erste Wirkung – bereits vor ihrem offiziellen Auftakt. Kaum war bekannt geworden, dass sich der DGB und die Gewerkschaften unter dem Motto „Es steht viel auf dem Spiel. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" in den Bundestagswahlkampf 2002 einmischen, da sah bereits die Mittelstandsvereinigung von CDU/CSU (MIT) die Überparteilichkeit des DGB in Gefahr. Sie rief die unionsnahen Gewerkschaftsmitglieder zum Beitragsboykott auf. Die Ankündigung, dass DGB und Gewerkschaften auf einer Großveranstaltung am 7. September in Dortmund ihre Erwartungen an die künftige Bundesregierung deutlich machen wollen, reichte für die Vermutung aus: „Gewerkschaftsbeiträge werden für rotgrüne Stimmungsmache verschleudert", so Jürgen Presser, stellvertretender MIT-Vorsitzender.

Gelassen nimmt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer solche Reaktionen: „Ob die Gewerkschaften Reden schwingen oder schweigen, ob sie ein paar Millionen Euro oder keinen Cent für Wahlkampf-Kommunikation ausgeben, immer werden politische Beobachter unterstellen, wir würden es für den einen oder zumindest gegen den anderen tun." Er stellt klar: „Wir definieren unsere Ziele selbst. Was wir mitmachen, wann wir protestieren und wo wir Druck machen, entscheiden wir mit Blick auf die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – ohne nach rechts oder links zu schielen."



Die Broschüre „Der Mensch im Mittelpunkt – eine gerechte Zukunft wählen" stellt die sechs wichtigsten Forderungen der DGB-Gewerkschaften an die künftige Bundesregierung vor (*einblick 13/02*). Eine Übersicht über die Aktionsmaterialien und Aktivitäten gibt's ab 24. Juli unter *www.dgb.de* im Internet.

Wie sich die DGB-Gewerkschaften im Wahlkampf aufstellen, stellt Michael Sommer am 24. Juli auf einer Pressekonferenz vor. Insgesamt gibt der DGB für sein Wahlkampf-Engagement gut 600 000 Euro aus. Entwickelt wurde das Kommunikationsdesign von der Berliner Agentur Ahrens & Behrent. Neben zentraler Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Plakaten, Flyern und Give-Aways stehen dezentrale Aktionen in den DGB-Regionen und Bezirken im Mittelpunkt. Unterstützung erhalten die Akteure vor Ort durch ein bei der Agentur eingerichtetes Kampagnenbüro (Tel.: 030 / 24 08 66 80).

Zentrales Kommunikationsmedium ist das Internet *(www.dgb.de)*, in der heißen Wahlkampfphase werden die Infos laufend aktualisiert, auch ein Online-Spiel wird es geben. Im Netz steht bald auch der Aktionskalender, der die ganze Bandbreite der lokalen Aktivitäten vorstellt (Mail-Adresse: *kampagnebundestagswahl@bundesvorstand.dgb.de*). Höhepunkt ist die gemeinsame Kundgebung von DGB und Gewerkschaften am 7. September in der Dortmunder Westfalenhalle, die eingebettet ist in ein Familienfest. Ergänzt werden die DGB-Aktivitäten durch die Mitgliedsgewerkschaften. So mobilisiert die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ihre Mitglieder unter dem Motto „Der Unterschied zählt. Wählt!" Und die IG Metall hat ihre Aktivitäten unter das Motto „Wer wählt, entscheidet: Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" gestellt. Unter dem Slogan „Lieber ankreuzen als abhaken" gibt es Materialien für Multiplikatoren und Mitglieder. •

plusminusBERLIN

+ *Umweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/Grüne) fordert, dass sich die OECD-Staaten auf dem UN-Weltgipfel Ende August zu einem Abbau eines Teils ihrer 335 Milliarden Dollar Agrarsubventionen verpflichten, um den Entwicklungsländern Exportchancen zu eröffnen.*

– *Im Falle eines Wahlsieges will Schattengesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) die Ausgabenbudgets für Arzthonorare und Krankenhäuser aufheben. Die Mehrkosten sollen über Einsparungen, Steuern, höhere Beiträge und Selbstbeteiligungen finanziert werden.*

inhalt

Seite 3
Jetzt sind die Arbeitgeber dran
Beim Abbau der Arbeitslosigkeit sind auch die Manager gefordert. Sie müssen freie Stellen melden

Seite 5
Ewige Neinsager sind keine Meinungsführer
Interview: DGB-Vorsitzender Michael Sommer will die Meinungsführerschaft in gesellschaftspolitischen Fragen gewinnen

Seite 7
Raus aus der „Weichei"-Ecke
Wenn die Männer sich mehr um ihre Kinder kümmern wollen, brauchen sie mehr Freiräume am Arbeitsplatz, meint Thomas Gesterkamp

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.elbtec.de/download/onlinecheck.php
Test: Wird Überwachungssoftware am Arbeitsplatz eingesetzt?

Im Faxabruf
0211 / 43 01 662
Ein neuer Sozialkontrakt für Deutschland
Das Reformkonzept des DGB zur Erneuerung des sozialen Konsens

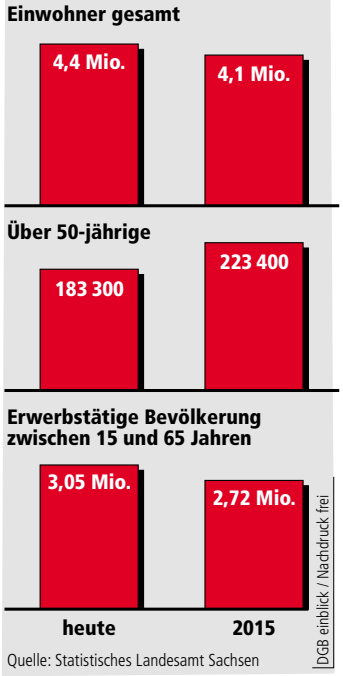
Neue Länder

Entvölkerung beschleunigt

Die Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland nimmt weiter zu. Beispiel Sachsen: Der Wanderungsverlust lag im Juli 2001 mit 3506 Menschen fast 30 Prozent über dem des Vorjahres. Setzt sich der Trend fort, ist der Aufschwung in dem ostdeutschen Musterland ernsthaft gefährdet. Dabei ist die Entwicklung kein sächsisches Problem. Jugendliche verlassen die neuen Länder, weil sie keinen Ausbildungsplatz bekommen, ausgebildete Fachkräfte gehen, weil sie im Westen deutlich mehr verdienen. In Regionen wie Magdeburg oder Leipzig klagen die Unternehmen bereits über einsetzenden Fachkräftemangel, suchen vergeblich nach ExpertInnen. Das Statistische Bundesamt hat für das Jahr 2000 errechnet, dass den 153 000 Zuzügen aus dem Westen im vergangenen Jahr 214 000 Menschen gegenüberstanden, die den Osten verlassen haben. Ein Minus von 61 000. In Thüringen hat die SPD deshalb bereits im vergangenen Jahr gefordert, der Abwanderung mit einer Angleichung der Tariflöhne zu begegnen. •

Abwanderung nimmt zu

Entwicklung der Bevölkerung Sachsens von heute bis 2015



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte gefährdet zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen.

DGB-Wahlhilfe

Programme auf dem Prüfstand

Präzise und klar stellt die DGB-Broschüre „Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte: Änderungen seit 1998 und geplante Neuregelungen" vor, was die Parteien bei einem Wahlsieg in Sachen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte beabsichtigen. Unkostenbeitrag: 1 Euro plus Versand- und Portokosten. •

Bestellungen bei:
toennes satz + druck,
Fax 0211 / 920 08 38
info@toennes-gruppe.de

„Genießen Sie Ihre 30 Tage Urlaub, so lange Sie sie noch haben …", mit dieser Empfehlung schickt der DGB Baden-Württemberg zurzeit auf Flughäfen und Bahnhöfen die UrlauberInnen in die schönsten Wochen des Jahres. Mit der Plakataktion will der DGB den ArbeitnehmerInnen die Idee schmackhaft machen, sich nach dem Urlaub die Wahlaussagen der Parteien genauer anzusehen. Denn Kanzlerkandidat Stoiber wolle „Mitbestimmung und Tarifverträge aushebeln", warnt der DGB im klein Gedruckten. Und das könnte bedeuten, dass die ArbeitnehmerInnen um ihre Rechte gebracht werden, zum Beipiel durch „freiwilligen Urlaubs- oder Lohnverzicht".



?...nachgefragt



Der DGB will die gewerkschaftliche Vorfeldarbeit an Schulen und Hochschulen verstärken. Erste neue Projekte laufen nach den Sommerferien an. *einblick* fragte Ingrid Sehrbrock, 53, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Vorstandes, nach den Planungen.

Zwei neue Projekte starten in Kürze – das Modellprojekt „Berufsschultage" sowie eine Kampagne, mit der wir die Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) im Herbst begleiten. Die Kampagne soll auf die JAV-Wahlen aufmerksam machen, junge Leute motivieren, zu kandidieren – und auch für die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft werben. Besonders spannend ist das Modellprojekt „Berufsschultage". Hier probieren wir einen neuen Ansatz für die künftige Berufsschularbeit der DGB-Jugend aus. Grundlage ist das Prinzip: „Jugend für Jugend". Statt Gewerkschaftssekretären werden junge, ehrenamtliche Teamer in die Berufsschulen gehen. Statt Frontalunterricht gibt's moderne erlebnisorientierte pädagogische Methoden. Vorbild ist das erfolgreiche Antirassismus-Projekt Courage aus den neuen Bundesländern. Wir bilden junge Leute aus, die dann in eigener Regie einen Berufsschultag zum Thema Gewerkschaften und Arbeitswelt gestalten. Meine Erwartungen an das Projekt sind hoch – schließlich haben auch die jungen Courage-TeamerInnen mehr bewegt, als es Erwachsene je könnten. Die Akzeptanz bei der Zielgruppe ist viel höher. Die ersten Schulungen sind abgeschlossen, und nach den Ferien geht's richtig los.

Das ist aber längst nicht alles, was wir in Sachen Vorfeldarbeit zu bieten haben. Einige Projekte laufen bereits. Sehr gut angenommen wird zum Beispiel das Schulprojekt „Workshop Zukunft". Das sind moderne Unterrichtseinheiten, die Jugendlichen helfen sollen, sich in der Arbeitswelt zurechtzufinden. Sie informieren über Arbeitsbeziehungen, geben auch ganz praktische Tipps zu Themen wie Berufswahl und Bewerben und vermitteln darüber hinaus Medienkompetenz. Bisher sind neun Hefte zu Themen wie Arbeitszeit, Tarifpolitik oder Berufswahl erschienen (www.workshop-zukunft.de). Wir haben aber noch mehr in der Pipeline, wie etwa das Projekt „Jobben im Studium", ein Beratungsprojekt für erwerbstätige Studierende. 60 Prozent aller StudentInnen jobben. Meist sind sie über ihre Rechte erschreckend schlecht informiert. Rat und Hilfe finden sie demnächst bei einer Online-Beratung der DGB-Jugend im Internet (www.jobbenimstudium.de). Die Anfangsberatung gibt's ohne Bedingungen, umfassende Unterstützung nur für Gewerkschaftsmitglieder. Der DGB Bayern hat ein solches Angebot bereits getestet – mit guter Resonanz.

Hartz-Kommission

Jetzt sind die Arbeitgeber dran

Die Arbeitslosen seien „nicht die Arbeitslosen der Bundesanstalt, sondern die der gesamten Gesellschaft", heißt es im letzten der 13 „Module zum Abbau der Arbeitslosigkeit" von VW-Manager Peter Hartz. Deshalb seien alle „Profis der Nation" gefordert. Zu ihnen zählt der Reformer auch seinesgleichen, die 1,7 Millionen Manager im Land.

Bislang werden die Arbeitgeber aber nicht in die Pflicht genommen, ihren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Zugemutet wird ihnen vorerst nur, gekündigte MitarbeiterInnen sofort – noch vor der Entlassung – zur Arbeitssuche freizustellen. Die Unternehmer zur Meldung offener Stellen zu verpflichten, wie IG Metall-Vize Jürgen Peters angeregt hat – davon ist nicht die Rede. Die Arbeitgeber sollen vielmehr „als zweite Kundengruppe" der Bundesanstalt für Arbeit (BA) besser betreut und auf diese sanfte Tour animiert werden, enger mit den Arbeitsämtern zu kooperieren. Einen Versuch wär's wert.

Zwar ist die Quote der gemeldeten Stellen schon gestiegen (s. Grafik), aber das ist in Zeiten des konjunkturellen Abschwungs normal. Wenn das Wirtschaftswachstum sinkt, neigen die Betriebe verstärkt dazu, Personal mit Hilfe der Arbeitsämter zu suchen.

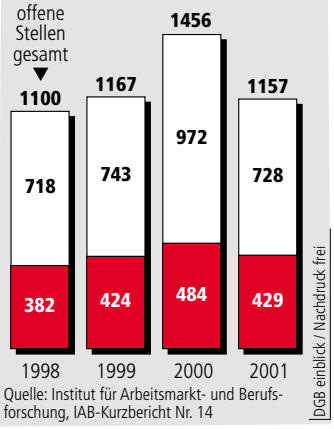
Gleichwohl kommen nach jüngster Hochrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Nürnberger BA zu den 429 000 gemeldeten Stellen 728 000 nicht gemeldete. Auch wenn sich laut IAB damit das Stellenangebot insgesamt um 300 000 auf 1,15 Millionen reduziert hat – zu vermitteln gäbe es viele.

Ob jedoch die angedachte Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln zu Lasten junger, allein stehender Arbeitsloser dabei hilfreich ist, ist fraglich. Deren Mobilität ist ohnehin sehr groß. Fast jeder Zweite (47 Prozent) ist bereit, im Falle von Arbeitslosigkeit seinen Wohnort zu wechseln, so das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Forsa-Instituts im Auftrag der TV-Illustrierten *Bildwoche*. Besonders mobil sind junge Leute (18 bis 29 Jahre): 60 Prozent würden in eine andere Stadt ziehen, wenn sie dort einen Job bekämen.

Auf welche Empfehlungen sich die 15 Mitglieder der Hartz-Kommission letztlich einigen, steht dahin, sie geben erst am 16. August ihren Bericht ab. DGB und Gewerkschaften sind aber entschlossen, die Gunst der Stunde zu nutzen – und den von Hartz & Co neu entfachten Reform-Elan zu befördern. Intern kursiert der Satz: „Wer nur nach den Haaren in der Suppe sucht, mag kurzfristig für seine Sucherfolge bewundert werden, schafft es aber mit Sicherheit nicht, als besserer Koch anerkannt zu werden."

Stellenangebot rückläufig

Dem Arbeitsamt ■ gemeldete und □ nicht gemeldete offene Stellen 1998 – 2001 (in Tausend), jeweils 4. Quartal



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Kurzbericht Nr. 14

DGB einblick / Nachdruck frei

Die Konjunkturschwäche hinterlässt deutliche Bremsspuren im Stellenangebot: Die Zahl der offenen Stellen hat im Herbst 2001 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 300 000 abgenommen. Gleichzeitig besserte sich das Meldeverhalten der Arbeitgeber: Die Quote der gemeldeten offenen Stellen erhöhte sich von 33 auf 37 Prozent.

Die von Hartz angestrebte „Projektkoalition" könnte sich als das bessere Bündnis für Arbeit entpuppen. Weil nicht der belohnt wird, der sagt, was nicht geht, sondern derjenige, der weiß, was zu tun ist, damit es geht.

In diesem Sinne, „konstruktiv-kritisch", gehen die Gewerkschaften an die Hartz-Vorschläge heran, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in einem *Zeit*-Interview. Schon am Tag ihrer Veröffentlichung im *Spiegel* hatte er die DGB-Position auf diese Kurzformel gebracht: „Schnellere und effektivere Vermittlung ja, Abbau von Rechten und Leistungen nein."

Sommer kann sich breiter Unterstützung sicher sein. Der Aufschrei der Empörung, den BA-Chef Florian Gerster in SPD und Gewerkschaften mit seiner Behauptung ausgelöst hat, die Hartz-Kommission werde für Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung eintreten, spricht Bände. ver.di-Vorstand und Kommissionsmitglied Isolde Kunkel-Weber sieht sich nach der Kommissionssitzung Mitte Juli in ihrer Zuversicht bestätigt, dass es nicht zu Leistungseinschnitten kommt – und verweist Gersters Spekulation ins Reich der Fabel. Zuvor schon hatte sich der DGB-Vorsitzende Sommer mit Bundeskanzler Gerhard Schröder getroffen – und kam zurück mit der Botschaft, der Kanzler habe „verstanden, wo unsere Schmerzschwelle liegt".

Einen triftigen Grund, Schröder zu trauen, nennt das *Handelsblatt:* „Entgleiten ihm die Vorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu einer Debatte über den Sozialabbau, dann hat er die Wahl endgültig verloren."

Wie dringend nötig aber eine Reform der Arbeitsmarktpolitik ist, beweisen die Arbeitslosenzahlen von Juni. Sie stiegen auf 3,954 Millionen. •

Stoibers „Märchenstunde"

Der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser hat dem bayerischen Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten von CDU/CSU, Edmund Stoiber, Doppelzüngigkeit beim Abbau der Arbeitslosigkeit vorgeworfen. Er setze seine Vorschläge für die Bundesebene – die „Offensive 2002", das Gegenkonzept zum Hartz-Plan – im eigenen Bundesland nicht um. Schösser: „Beenden Sie die Märchenstunde, Herr Stoiber."

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärte, die angemessene Überschrift für die Pläne des Unionspolitikers laute „Vorwärts, wir wollen zurück". Der Unionsplan basiere auf dem historisch vielfach widerlegten Irrtum, „je mehr Rechte und Freiheiten die Unternehmerseite habe, desto geringer werde die Arbeitslosigkeit".

Nach Auffassung von ver.di verpackt die Union bloß „wirkungslose Rezepte in moderne Rhetorik". Die IG Metall erklärte, Stoiber gieße „alten Wein in neue Schläuche".

Weder die Aushöhlung der Tarifautonomie und die Ausweitung des Niedriglohnsektors noch die Rücknahme des Betriebsverfassungsgesetzes, des 325-Euro-Gesetzes, des Teilzeitgesetzes und der Ökosteuerreform schaffe Arbeitsplätze.

Ökoline

Plattform im Internet

Fachinfos rund um den betrieblichen Umweltschutz bietet die Arbeitsgemeinschaft Ökoline im Internet. Neben Veranstaltungshinweisen, Gesetzestexten und betrieblichen Vereinbarungen finden sich auf der Plattform Broschüren zum Download, Literaturtipps und ein Glossar wichtiger Fachbegriffe. Zu den Initiatoren von Ökoline gehören ver.di, IG Metall und Hans-Böckler-Stiftung. •

www.oekoline.net

AiB-Verlag I

Beschäftigung sichern

Die gesetzlichen Regelungen zu Kündigungsschutz, Sozialplänen und Abfindungen sind Thema des Kongresses „Beschäftigungssicherung in den Betrieben", veranstaltet vom Verlag „Arbeitsrecht im Betrieb" (AiB-Verlag). Am 12. September in Köln referiert unter anderem der Bremer Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler. Wer sich bis 16. August anmeldet, bezahlt 580 Euro, danach kostet die Teilnahme 696 Euro. •

martina.voiss@aib-verlag.de

AiB-Verlag II

Datenschutz

Der Computer am Arbeitsplatz ermöglicht dem Chef eine lückenlose Überwachung der MitarbeiterInnen. Wie weit die Kontrolle gehen darf, zeigt der Kongress „Elektronische Kommunikation und Datenschutz" des Verlags „Arbeitsrecht im Betrieb" am 19. September in Potsdam. Wer sich bis 23. August anmeldet, bezahlt 580 Euro, danach kostet es 696 Euro. •

AiB-Verlag
Tel. 0 22 03 / 935 25 44
Fax 0 22 03 / 935 25 41

Hans-Böckler-Stiftung

Gesünder arbeiten

„Betriebliche Gesundheitspolitik – Forschungsinitiativen zum Wandel im Gesundheitswesen" ist der Titel einer kostenlosen Broschüre der Hans-Böckler-Stiftung. Themen des Hefts sind der Kostendruck in den Krankenhäusern, die Gesundheitsförderung im öffentlichen Dienst sowie Rückkehrgespräche nach der Krankheit. •

Der Setzkasten
Tel. 0211 / 408 00 90 0

Büchergilde Gutenberg

Junge AutorInnen ausgezeichnet

Die Preisträger des Essaywettbewerbs 2002 der Büchergilde stehen fest. Wegen ihres persönlichen und emotionalen Ausdrucks überzeugten Verena Richter (21) und Thomas Hajduk (19) die Jury. Für den Wettbewerb hatten 140 junge Autoren Beiträge eingereicht. Die zehn besten Texte erscheinen im Herbst in der „Edition Zeitkritik". •

www.buechergilde.de

DGB Rheinland-Pfalz

Zukunft der Bildung

Gleich zwei Veranstaltungen zur Zukunft der Bildung hat der DGB Rheinland-Pfalz im Sommerprogramm: „Neue Strukturen und Konzepte in der beruflichen Bildung" werden am 29. August bei einer Kooperationsveranstaltung von DGB und GEW diskutiert. „Lernen in den Zeiten nach Pisa" steht auf dem Programm einer bildungspolitischen Konferenz am 12. September. Veranstaltungsort beider Tagungen ist Mainz. •

DGB Rheinland-Pfalz
Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz
Tel. 0 61 31 / 28 16 34

Aktionswoche

Jobstress vermeiden

Rund 40 Millionen Menschen in Europa leiden unter Stress am Arbeitsplatz. Tipps zur Vermeidung psychosozialer Belastungen im Job ist das zentrale Anliegen der „Europäischen Woche für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit". Wie sich Unternehmen und Verbände an der Aktionswoche vom 7. bis 13. Oktober beteiligen können, weiß das Arbeitsministerium. Basisinformationen zur Aktionswoche stehen auch im Internet. •

Bundesarbeitsministerium
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin
www.de.osha.eu.int

TIB Hamburg

Vereinbarungen zur PC-Arbeit

Zum Computereinsatz im Büro gibt es eine Vielzahl erfolgreicher Betriebsvereinbarungen. Doch bei der Umsetzung in die Praxis hapert es oft. Wie Betriebs- und Personalräte den Überblick behalten und schnell auf technologische Neuerungen reagieren können, zeigt die Tagung „Neue Rahmen für die EDV?" Die Veranstaltung am 4. und 5. September in Hamburg wird von der Technologie- und Innovationsberatung für Arbeitnehmer (TIB) organisiert. Die Teilnahme kostet 560 Euro. •

TIB, Repsoldstraße 27
20097 Hamburg

interregio

••• ***IG Metall und ver.di Salzgitter*** haben eine ***Spendenaktion „Sorgenschacht"*** gestartet. Das Ziel: Gewerkschaftsmitglieder und Bewohner der Region sollen durch Einzelspenden in Höhe von fünf bis zehn Euro je Monat die Klage eines Landwirts gegen das erst vor kurzem genehmigte Atomendlager „Schacht Konrad" unterstützen. Die Klage gegen das Atomendlager hat aufschiebende Wirkung. Die Verfahrenskosten werden auf einen sechsstelligen Betrag geschätzt. Mehr Infos: Jutta Ehlers, Tel. 0 53 41 / 88 44 25, E-Mail: *jutta.ehlers@igmetall.de*

••• ***ver.di München*** hat gemeinsam mit attac und dem Bund Naturschutz in Bayern eine ***WasserAllianz München*** gegründet. Das Bündnis will die Privatisierung der Wasserwirtschaft verhindern und landesweit ähnliche Projekte anstoßen. Zudem planen die drei Organisationen eine gemeinsame Lobbyarbeit gegen die Liberalisierung des Wasser- und Abwassermarkts. Von der Bundesregierung fordert die WasserAllianz eine finanzielle Entlastung der Kommunen: Häufig seien Haushaltslöcher der Städte der Grund für den Verkauf kommunaler Wasserversorger. Mehr Infos: Marie-Luise Schapeler, Tel. 089 / 599 77 99 99.

••• Der ***DGB Sachsen-Anhalt*** hat eine neue ***Postkartenaktion*** gestartet. Die Karten zeigen die FDP-Landesvorsitzende Cornelia Pieper, Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) und Kanzlerkandidat Edmund Stoiber. Überschrift: „Sie sind für Dumpinglöhne". Hintergrund ist das Scheitern des Tariftreuegesetzes im Bundesrat. Die Postkarten werden in Kneipen und Cafés verteilt. Mehr Infos: *www.sachsen-anhalt.dgb.de*



Interview

Ewige Neinsager sind keine Meinungsführer

Der DGB soll Meinungsführer in sozialen und gesellschaftspolitischen Fragen werden. Das ist eines der zentralen Anliegen des neuen DGB-Vorsitzenden Michael Sommer.



Michael Sommer ist seit dem 28. Mai DGB-Vorsitzender.

Der GBV hat ein Arbeitsprogramm für die kommenden vier Jahre beschlossen. Wo liegen die Schwerpunkte?

■ *Das sind zum einen die sechs Leitprojekte, die auch im Mittelpunkt unserer Aktivitäten zur Bundestagswahl stehen, allen voran der Kampf für den Erhalt der Tarifautonomie. Je nach Wahlausgang erwarten wir harte Auseinandersetzungen. Zudem wollen wir in der Gleichstellungs- und in der Europapolitik Akzente setzen. Ich werbe dafür, dass sich die Gewerkschaften in die Debatte über eine europäische Verfassung einmischen. Und wir wollen die Ganztagsbetreuung von Kindern nach vorn bringen sowie die Themen Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen.*

Was sind die Kernelemente des von dir geforderten neuen Sozialkontrakts?

■ *Mir geht es um zweierlei: Zum einen will ich erreichen, dass sich die Stimmung im Land wieder dreht, dass es wieder eine Chance für eine wertorientierte Politik gibt. Dieser Bewusstseinswandel muss mit konkreten Projekten unterlegt sein: Erstens brauchen wir eine neue, moderne Arbeitsverfassung. Zweitens brauchen wir deutliche Fortschritte bei der Gleichstellung und drittens einen Schub im Bereich Bildung.*

Am 3. Juli hat der DGB-Bundesvorstand zum ersten Mal über den Sozialkontrakt diskutiert. Wie waren die Reaktionen?

■ *Wirklich positiv. Es gab natürlich den einen oder anderen Vorschlag, wie die Idee des Sozialkontrakts weiterentwickelt werden muss, aber das Ziel war unstrittig: In diesem Land gibt es einen enormen Modernisierungsbedarf, und diese Modernisierung muss mit sozialer Gerechtigkeit gekoppelt werden. Das ist das Gegenteil dessen, was die Arbeitgeber mit ihrer Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft" erreichen wollen. Wir brauchen kein Deregulierungsprogramm, sondern wir brauchen neue Wege, wie Sicherheit und Freiheit miteinander verknüpft werden können. Und wir brauchen eine gesellschaftliche Verständigung darüber, dass soziale Gerechtigkeit ein grundlegender Wert ist.*

Der DGB hat gut 950 Beschäftigte, und etliche Tausend engagieren sich ehrenamtlich. Wie sollen sie einbezogen werden?

■ *Wir wollen eine neue Kultur der Zusammenarbeit entwickeln. Kollegiale Führung heißt, mit den Menschen zu diskutieren und diejenigen mit einzubeziehen, die diese Ideen hinterher umsetzen sollen. Wir werden eine neue Kommunikationsstrategie entwickeln, und zwar sowohl nach innen als auch nach außen.*

Wie werden die Regionen beteiligt?

■ *In Zukunft wird sich der GBV zweimal im Jahr mit den Regionsvorsitzenden treffen. Mir ist es ein persönliches Anliegen, den Kollegen, die vor Ort die Arbeit machen, deutlich zu machen, dass sie zur Führungsspitze des DGB gehören – jeder auf seiner Ebene. Wir brauchen sie. Wir achten sie. Und wir wollen sie in eine gemeinsame Arbeit einbinden.*

Welche Ergebnisse hat das erste Treffen mit den Regionsvorsitzenden Mitte Juni gebracht?

■ *Zunächst einmal ist wichtig, dass es eine äußerst positive Resonanz gab, nicht nur bei denen, die eingeladen waren. Zweitens haben wir bei der Diskussion intensiv mitgeschrieben. Die Ergebnisse werten wir gerade aus – auch das, was die Kollegen an Verbesserungsvorschlägen gemacht haben. Und dann wird sich zeigen, was wir davon umsetzen können. Aber alles zu seiner Zeit, denn ich bin kein Anhänger einer bloßen Ankündigungspolitik. Aber was wir konkret umsetzen, werden wir auch öffentlich vorstellen. Im Übrigen ist der GBV jetzt wenige Wochen im Amt. Wir machen schon eine ganze Menge, aber auch Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden. Wunder dauern etwas länger, aber sie kommen.*

In wenigen Wochen steht die Bundestagswahl ins Haus. Der DGB will sich mit eigenen Aktionen im Wahlkampf zu Wort melden.

■ *Unter dem Motto „Es steht viel auf dem Spiel" wollen wir deutlich machen, welche Themen uns wichtig sind: Arbeitsplätze, der Schutz von Arbeitnehmerrechten, vor allem der Tarifautonomie, sowie der Erhalt einer solidarischen Gesundheitsversorgung für alle. Wir werden eine kritische Bilanz der letzten Jahre ziehen. Und dazu gehören nicht nur die letzten vier Jahre, sondern vor allem auch die sechzehn Jahre davor. Im Übrigen brauchen unsere Mitglieder keine Wahlempfehlung. Das ist auch nicht unser Ziel. Sondern wir wollen den Wahlkampf nutzen, um unsere Themen nach vorn zu bringen. Dass das gelingen kann, sehen wir an den Debatten über die Vorstellungen der Hartz-Kommission sowie über das Tariftreuegesetz. Dabei werden wir nicht vergessen, dass wir Edmund Stoiber auf dem DGB-Kongress gesagt haben, dass das Tariftreuegesetz unsere Nagelprobe auf seine Verlässlichkeit in puncto arbeitnehmergerechter Politik ist. Diese Nagelprobe hat er nicht bestanden.*

Du hast bei deinen Antrittsbesuchen bei der CSU, der SPD, oder dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden auch für den Sozialkontrakt geworben. Wie war die Resonanz?

■ *Erstaunlich positiv. Viele haben gesagt, sie fänden es gut, dass sich der DGB zur Modernisierung der Gesellschaft bekennt. Wer die Meinungsführerschaft gewinnen will, kann nicht der ewige Neinsager, der Blockierer und Bedenkenträger sein. Wir wollen Freiheit und Selbstverantwortung, aber wir wollen auch die Voraussetzungen schaffen, dass alle daran teilhaben können, und daran fehlt es in dieser Gesellschaft.*

Wie siehst du die Chancen für ein anderes gesellschaftliches Klima?

■ *Eines ist klar: Wenn dieses Land weiter auf Marktradikalismus und Deregulierung setzt, verspielen wir unsere Zukunft. Dann bekommen wir amerikanische Verhältnisse, dann kommt es zur Verslumung der Städte, zu einer Fragmentierung der Gesellschaft und zum Zwang, dass die Arbeitnehmer drei oder vier Jobs brauchen, um sich zu ernähren. Wir würden ein radikales Absinken der Produktivität erleben. Ich kann vor einer solchen Entwicklung nur warnen. Wer das Land nach vorn bringen will, muss auch für soziale Gerechtigkeit sorgen. Aber ich bin überzeugt, dass viele Menschen das inzwischen genauso sehen, übrigens auch viele Politiker.* ●

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 684
Langfassung des Interviews

kurz&bündig

TRANSNET hat sich gegen den Vorschlag der Monopolkommission ausgesprochen, eine Regulierungsbehörde für den Bahnbereich zu schaffen. Es gebe keine Benachteiligung von Mitbewerbern durch die Bahn AG.

Vier Monate nach der Verlegung des Büros ihres Vorsitzenden von Hilden nach Berlin hat die Gewerkschaft der Polizei am 3. Juli offiziell ihr neues, Berliner Bundesvorstandsbüro in der Stromstraße in Betrieb genommen. In den Räumen in der unmittelbaren Nähe des Innenministeriums sind auch die Abteilungen Beamtenrecht/Beamtenpolitik sowie die Pressestelle angesiedelt.

IG Metall und ver.di haben am 29. Juni auf einer gemeinsamen Betriebsrätekonferenz „mutige Reformen in der Aus- und Weiterbildung" gefordert. Bildung sei die „soziale Frage des 21. Jahrhunderts". Die Schwachpunkte des dualen Systems müssten beseitigt, Aus- und Weiterbildung stärker verzahnt werden.

Die NGG hat die Bundesregierung aufgefordert, angesichts des Skandals um hormonbelastete Abfälle in der Tiermast in der EU endlich eine Positivliste für Futtermittel durchzusetzen. Die Lehren, die bisher aus BSE gezogen wurden, seien „nur Stückwerk", Informationen über verunreinigte Lebensmittel flössen nur „spärlich oder spät".

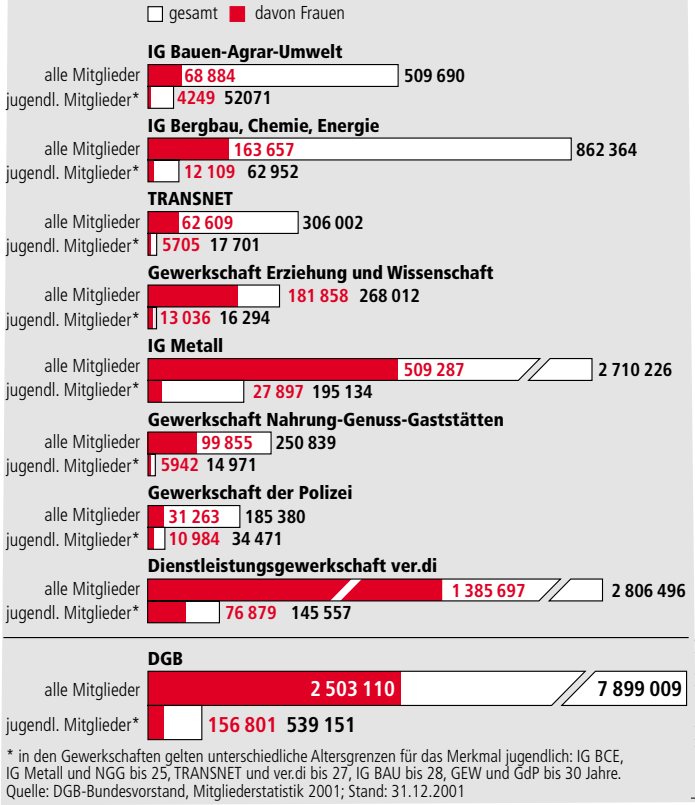
Berufsfortbildungswerk bfw

Tarifverhandlungen gescheitert

Die Tarifverhandlungen für die über 2000 Beschäftigten beim Berufsfortbildungswerk bfw des DGB sind sowohl im Osten wie im Westen gescheitert. Begleitet wurden die Auseinandersetzungen von Warnstreiks, an denen sich nach Angaben der zuständigen Gewerkschaft ver.di rund 1000 Beschäftigte beteiligten. Anfang September werden die Tarifkommissionen Ost und West über das weitere Vorgehen entscheiden. Während ver.di eine Erhöhung der Gehälter um sechs Prozent fordert, will die Geschäftsführung für 2002 eine Nullrunde durchsetzen sowie eine Reihe tariflicher Leistungen wie Fahrgeldzuschuss oder Weihnachtsgeld einschränken bzw. abbauen und insgesamt die Tarifstruktur verändern. Diese tariflichen Absenkungen seien notwendig, um das bfw dauerhaft zu sichern, so Geschäftsführer Edgar Schramm. In den letzten zwei Jahren habe das bfw Verluste gemacht, die Konkurrenz auf dem Weiterbildungsmarkt sei groß, und nur wenige der Wettbewerber seien tarifvertraglich gebunden. Nur für 20 Prozent der rund 120 000 Beschäftigten in der Branche gelten Tarifverträge, bestätigt Gerd Denzel, ver.di-Verhandlungsführer im Tarifkonflikt, unsichere Arbeitsverhältnisse sind die Regel. In dieser Hinsicht sei das bfw eine positive Ausnahme. Strittig ist zwischen beiden Parteien, wie es tatsächlich wirtschaftlich um das bfw bestellt ist. „Wir wissen zwar, dass das bfw 2001 kräftig in den Miesen war, gehen aber davon aus, dass es in diesem Jahr wesentlich besser aussieht", so Denzel. Aussagekräftige Zahlen habe die Geschäftsführung bisher nicht vorgelegt. Das soll jetzt geschehen. Schramm hat zugesagt, der Tarifkommission die Wirtschaftsdaten zu übermitteln, mit denen sie die von ihr geforderten tariflichen Einschnitte begründet. •

Junge Frauen gesucht

Struktur der DGB-Gewerkschaften nach Geschlecht und Alter



* in den Gewerkschaften gelten unterschiedliche Altersgrenzen für das Merkmal jugendlich: IG BCE, IG Metall und NGG bis 25, TRANSNET und ver.di bis 27, IG BAU bis 28, GEW und GdP bis 30 Jahre.
Quelle: DGB-Bundesvorstand, Mitgliederstatistik 2001; Stand: 31.12.2001

DGB einblick / Nachdruck frei

Nur 6,8 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder sind jugendlich, 31,7 Prozent sind Frauen. Dass die Gewerkschaften dennoch große Chancen haben, in beiden Gruppen an Attraktivität zu gewinnen, zeigt die seit Anfang Juli vorliegende differenzierte Mitgliederstatistik 2001: In immerhin fünf der acht DGB-Gewerkschaften (IG BCE, TRANSNET, GEW, GdP und ver.di) liegt der Anteil der Frauen bei den jüngeren Mitgliedern über dem bei allen Mitgliedern, in einer weiteren Gewerkschaft (NGG) ist er nahezu identisch. Geringer ist der Anteil jüngerer Frauen hingegen bei der IG BAU (8,2 statt 13,5 Prozent) und der IG Metall (14,3 statt 18,8 Prozent). Bei der IG Metall liegt das zum Teil an der niedrigeren Altersgrenze von 25 Jahren.

DGB-Beschäftigte

Tarifabschluss

Die DGB-Beschäftigten erhalten rückwirkend ab dem 1. Mai 2,5 Prozent mehr Gehalt und ab dem 1. Januar 2003 weitere 1,5 Prozent. Die Tariferhöhung ab Mai 2002 ist für die bislang geltende Gehaltsstruktur tabellenwirksam, die zweite Tariferhöhung ab Januar 2003 für die zwischen den Tarifparteien noch zu vereinbarende neue Gehaltsstruktur. Darauf haben sich die Vertreter des Geschäftsführenden Bundesvorstands (GBV) und des Gesamtbetriebsrats (GBR) des DGB am 10. Juli geeinigt. Das Volumen des 17 Monate laufenden Tarifvertrags liegt bei 3,3 Prozent, zuzüglich einer Einmalzahlung von 75 Euro für Dezember dieses Jahres. Zudem haben sich GBV und GBR über das weitere Vorgehen bei den bislang strittigen Themen Altersteilzeit und betriebliche Altersversorgung verständigt: Die Verhandlungen über eine betriebliche Altersteilzeitvereinbarung werden fortgesetzt. Diese soll frühestens zum 1. Oktober 2003 in Kraft treten. Frühestens Ende 2003 wollen GBV und GBR zudem Beratungen über eine betriebliche Altersversorgung für die nach dem 1. Januar 1996 eingestellten Beschäftigten aufnehmen. •

ver.di-Projekt „Vater und Beruf"

Raus aus der „Weichei"-Ecke

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, reicht selbst ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsbetreuung für Kinder nicht aus. Ohne eine Veränderung der traditionellen Vater-Rolle werden Frauen wie bisher „doppelt belastet" sein. Davon ist der Journalist Thomas Gesterkamp überzeugt. Impulse für ein neues Geschlechterverhältnis gibt eine virtuelle Beratungsstelle für aktive Väter, die ver.di Hessen im Internet eingerichtet hat.



Thomas Gesterkamp, 44, ist Koautor von „Hauptsache Arbeit? – Männer zwischen Beruf und Familie" (Rowohlt 1998). Im September erscheint sein Buch „gutesleben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe" (Klett-Cotta).

Familienpolitik ist zum Wahlkampfthema geworden. Die CDU-Opposition fordert ein Familiengeld von 600 Euro – die Summe hört sich gut an, würden hier nicht vorrangig bestehende Leistungen zusammengelegt und eine Art „Hausfrauenprämie" konzipiert, die vor allem Geringverdienerinnen von der Erwerbsarbeit abhalten soll. Nur wenig überzeugender wirken die alternativen Konzepte der amtierenden Regierung. Ständig, auch im Umfeld der Gewerkschaften, wird die Ganztagsbetreuung in Kindergarten und Schule eingefordert – und das lässt die Illusion aufkommen, damit seien alle Probleme gelöst.

Denn so wichtig und berechtigt dieses Anliegen ist: **Mit der Gleichstellung oder gar einer neuen privaten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern hat das wenig zu tun.** Der Appell, der Staat möge sich doch bitte mit zusätzlichen öffentlichen Angeboten um die lieben Kleinen kümmern, ist gerade deshalb so populär, weil auf diese Weise die traditionelle Vater-Rolle unangetastet bleiben kann – und die Unternehmen so weitermachen können wie bisher. Männer sollen im Betrieb verlässlich bleiben und sich wie gewohnt 150-prozentig verpflichten – während für Frauen „Mutti-Ecken" eingerichtet und die Möglichkeiten der (weiblichen) „Vereinbarkeit" verbessert werden.

Althergebrachte Rollenzuschreibungen in Frage zu stellen, war nie eine Stärke der Gewerkschaften. **Die Arbeitnehmerorganisationen scheuen sich, ihre Kernklientel zu verärgern:** den männlichen Facharbeiter mit seinen „genderpolitisch" eher konservativen Wertüberzeugungen. „Die Frau eines Stahlwerkers braucht nicht zu arbeiten", hieß es stolz in den fünfziger Jahren. Diese Phase mag vorbei sein, doch es hat seine (nicht nur verfassungsrechtlichen) Gründe, warum auch Rot-Grün nicht am Ehegattensplitting gerüttelt hat, dem wichtigsten Bonus für hart schuftende, aber zu Hause randständige Arbeitsmänner. Umso lobenswerter, wenn sich die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di jetzt um jene wachsende Minderheit kümmert, die einen anderen Lebensentwurf anstrebt: Im Internet hat ver.di Hessen eine **virtuelle Beratungsstelle für aktive Väter** eingerichtet.

Auf der ersten Seite des Internet-Auftritts bringt eine Karikatur die landläufige Meinung über Männer, die Elternzeit nehmen oder Teilzeit arbeiten, auf den Punkt: „Weichei" muss sich der Vorzeige-Papa von seinem eigenen Kind beschimpfen lassen. Mit viel Humor und Selbstironie präsentieren die Initiatoren ihr umfangreiches Angebot – etwa beim Vater-Test, bei dem Männer zeigen können, dass sie „Penaten" nicht für eine Insel der Balearen halten.

„Die Hemmschwelle, sich in der Arbeitswelt als Vater zu bekennen und entsprechend zu verhalten, ist hoch", weiß Projektleiter Walter Lochmann: „Das Internet kommt uns in einer solchen Situation entgegen." Veränderungsbereiten Männern fehlen oft die Gesprächspartner; in der Firma scheuen sie sich, ihre familiären Interessen offen zu vertreten. Sie fürchten um ihre Karriere, manchmal sogar um ihren Job, wenn sie signalisieren, weniger Zeit im Unternehmen verbringen zu wollen. Zähneknirschend harren sie aus beim Meeting am späten Nachmittag oder frühen Abend – mit der Folge, dass das gemeinsame Essen mit der Familie und die von Papa vorgelesene Gute-Nacht-Geschichte wieder mal ausfallen.

„Vereinbarkeit von Beruf und Familie" bedeutet mehr als den löblichen Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung. Ohne eine Veränderung im Geschlechterverhältnis werden die Frauen wie bisher „doppelt belastet" sein. Männer, die mehr von ihrem Nachwuchs mitkriegen wollen, brauchen vor allem größere Spielräume am Arbeitsplatz. Trotz der rhetorisch viel bemühten „Work-Life-Balance" gilt der Überstundenklopper dort meist mehr als der familienorientierte Teilzeit-Papa. Für engagierte Väter, die sich nicht in die „Weichei"-Ecke abdrängen lassen wollen, aber auch für Betriebsräte und Gewerkschafter, die eine väterfreundlichere Arbeitskultur unterstützen wollen, bietet die Homepage „vater und beruf" wertvolle Anregungen und Argumentationshilfen. •

Neue Männer im Netz

Zum Servicepaket der ver.di-Internetseite „Vater und Beruf" gehören Veranstaltungshinweise, Einladungen zu Seminaren, juristische Ratschläge, Literaturempfehlungen und positive Beispiele aus Unternehmen. Väter können nicht nur per Mausklick Tipps abrufen, sondern sich auch im Chatroom mit Gleichgesinnten austauschen.

www.sozialnetz.de/vater-und-beruf
Infos: Walter Lochmann, ver.di Hessen, Tel. 069 / 71 91 16 44.

Schultüten für Eltern

Zum Schuljahresbeginn startet ver.di eine ungewöhnliche Aktion zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Am zweiten Schultag will ver.di in verschiedenen Orten an Eltern Schultüten verteilen, gefüllt mit Infomaterialien zu den Themen „Ganztagsbetreuung", „Work-Life-Balance", „Väterrollen im Wandel" sowie „Kindern die Zukunft". Ab Anfang August wird dazu eine Homepage im Netz stehen: www.verdi-kidz.de Am 19. und 20. September, jeweils 12 bis 20 Uhr, gibt es Infos bei einer Telefon-Hotline: 0180 / 2 22 00 55

Infos: Werner Albrecht, ver.di, Tel. 0711 / 209 74 44

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

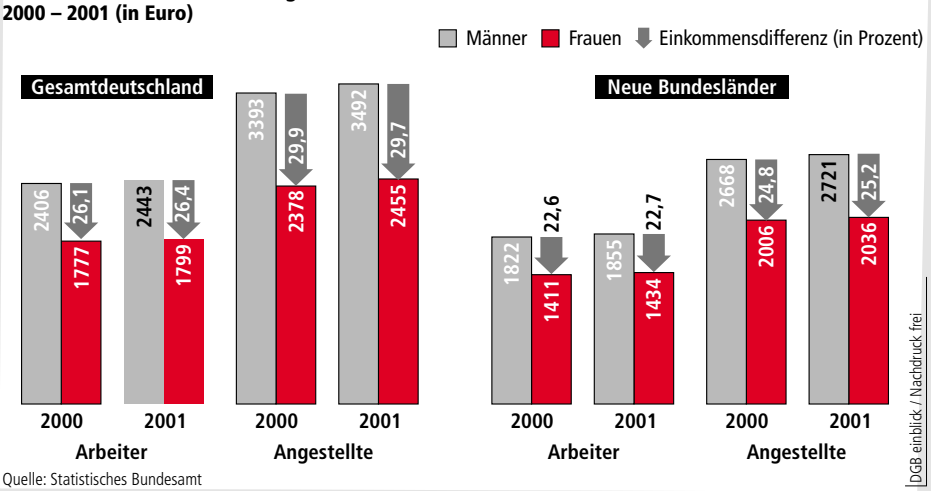
DIES & DAS

die DGB grafik

BERUFSTÄTIGE FRAUEN: Einkommensunterschied gestiegen

Im vergangenen Jahr ist der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern bei den Angestellten geringfügig von 29,9 auf 29,7 gesunken, bei den Arbeiterinnen ist er hingegen gestiegen, von 26,1 auf 26, 4 Prozent. In den neuen Ländern gilt das sogar für beide Gruppen, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau: Bei den ostdeutschen Arbeiterinnen wuchs der Einkommensunterschied zu den Männern von 22,6 auf 22,7 Prozent, bei den Angestellten von 24,8 auf 25,2.

Bruttoeinkommen erwerbstätiger Frauen in Gesamtdeutschland und in den neuen Bundesländern 2000 – 2001 (in Euro)



Quelle: Statistisches Bundesamt

personalien

••• ***Frank Becker,*** 53, Steuerberater und Prokurist der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG), ist seit dem 26. Juni Mitglied des dreiköpfigen Vorstands der BGAG-Stiftung Walter Hesselbach. ***Klaus Südhofer,*** 58, stellvertretender Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie, wurde in das Kuratorium der Stiftung berufen.

••• ***Gerd Nies,*** 58, stellvertretender Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, ist am 28. Juni in den Verwaltungsrat des ZDF gewählt worden. Er folgt dem ehemaligen DGB-Vorstandsmitglied ***Lothar Zimmermann,*** 72.

••• ***Sigi Engel,*** 47, Rechtssekretär in der Region Hessen/Thüringen, ist am 11. Juni als Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates (GBR) der DGB Rechtsschutz GmbH gewählt worden. Als stellvertretender GBR-Vorsitzender der Rechtsschutz GmbH wurde ***Frank Ott,*** 39, Rechtssekretär der Region Nordwest, gewählt.

42 TAGE

7.8. DGB Baden-Württemberg, „Piraten bergen die Schatztruhe", Aktion zum Thema Verteilungspolitik, Stuttgart

13.8. DGB Nord, „Sozialstaat erneuern – mehr Gerechtigkeit verwirklichen", Kiel

13.8. IG BCE, Konferenz „Zukunftsperspektive der Industriepolitik am Standort Deutschland", Gastredner Wirtschaftsminister Werner Müller, Berlin

14.8. DGB Saar, „Wahlprogramme der Parteien aus frauenpolitischer Sicht", Saarbrücken

17.8. IG BAU, Autaktveranstaltung zur Betriebsräte-Arbeit 2002 – 2006, Gastredner Bundeskanzler Gerhard Schröder, Dortmund

20.8. DGB Berlin-Brandenburg, Vorstellung des DIW-Gutachtens zu den finanzpolitischen Perspektiven des Landes und der Kommunen in Brandenburg, Potsdam

22.8. DGB Niedersachsen-Bremen, Sachsen-Anhalt, Gesundheitspolitische Konferenz, Hannover

25.-31.8. GEW Sommerschule, Sylt

28.8. IG Metall, Tagung „Tarifautonomie sichern", Berlin

29.8. DGB Berlin-Brandenburg, „Hirngespinst Vollbeschäftigung? Wie weiter mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik", Vortrag des ehemaligen Staatssekretärs Klaus Noè

29.8. DGB West, GEW Rheinland-Pfalz, Tagung „Neue Strukturen und Konzepte in der beruflichen Bildung", Mainz

31.8. GEW Nordrhein-Westfalen, „Bildungsspektakel", Düsseldorf

1.9. Antikriegstag, Veranstaltungen des DGB in Frankfurt/M., Saarbrücken, Berlin

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.
Die nächste *einblick*-Ausgabe erscheint am 2. September.

Schlusspunkt

„Nach Pisa-E beginnt für den GEW-Vorstand fugenlos die Phase Pisa-U (Pisa-Urlaub)."

Pressemitteilung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vom 3. Juli über die Erreichbarkeit der Bildungsgewerkschaft GEW während der Schulferien.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 02.09.2002 15/02

DGB

inhalt

Seite 3
Keine Rosinenpickerei
Die Umsetzung der Hartz-Vorschläge hat begonnen

Seite 5
Gegen den Trend
BGAG schüttet 15 Prozent Rendite aus

Seite 7
Das ist meine Messlatte
DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer zur Bundestagswahl

BUNDESTAGSWAHLEN
„Es steht viel auf dem Spiel. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit." Das Wahl-Info des DGB

Hochwasserkatastrophe

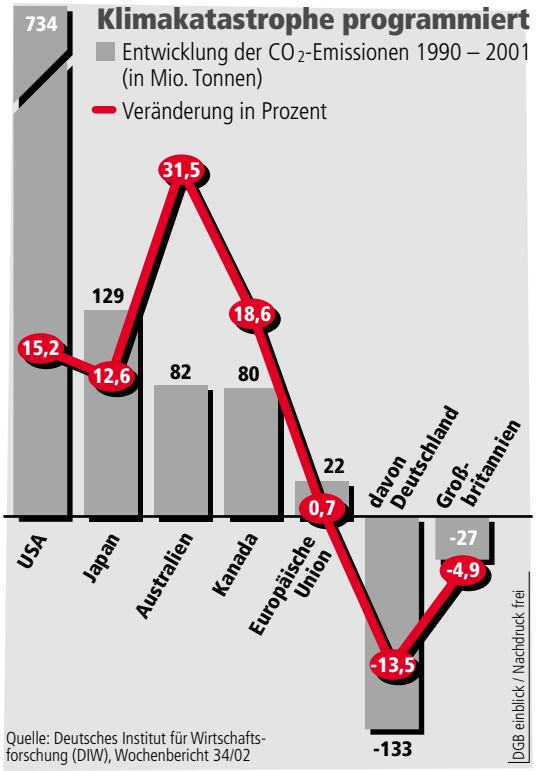
DGB und Gewerkschaften helfen Flutopfern

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ruft zur Solidarität mit den Opfern der Flutkatastrophe auf. Er hat ein zentrales Spendenkonto eingerichtet (Kontonummer 1000 200 607, SEB Bank AG Düsseldorf, Bankleitzahl 300 101 11, Stichwort „Gewerkschafter helfen"), dessen Gemeinnützigkeit inzwischen anerkannt ist, d.h., es können Spendenquittungen ausgestellt werden. Mit den Spenden sollen in erster Linie regionale Aufbauprojekte unterstützt werden, die keine andere Förderung erhalten. Antragsberechtigt sind DGB-Regionen und Einzelgewerkschaften der überschwemmten Regionen.

Die IG Metall hat 25 000 Euro als Sofort-Spende für die Hochwasser-Geschädigten bereitgestellt, die IG Bergbau-Chemie-Energie 15 000 Euro.

Einzelne Gewerkschaften können bereits laut Satzung betroffenen Mitgliedern eine Notfallunterstützung zahlen, andere überlegen Sonderbeschlüsse. Der gewerkschaftliche Auto Club Europa (ACE) stellt betroffene Mitglieder ein Jahr lang von der Beitragszahlung frei (mehr Infos unter 0180 2 / 33 66 77).

Flutopfern, denen die Kündigung droht, bietet der DGB arbeitsrechtliche Hilfe per Telefon an – unter der Hotline-Nummer 0180 3 / 11 83 37. „Niemand muss entlassen werden", erklärte DGB-Vorstand Dietmar Hexel. „Die Arbeitgeber können beim Arbeitsamt Kurzarbeit beantragen, alle bürokratischen Hürden sind beseitigt worden, auch die Sozialversicherungsbeiträge werden bezahlt."



Der Klimakiller Nr. 1 wird bedrohlicher: Ungebremst erhöhen die westlichen Industrieländer ihre Treibhausgas-Emissionen. Selbst die westeuropäischen Länder, die sich verpflichtet haben, bis 2008/12 ihren Ausstoß an Kohlendioxid um acht Prozent zu reduzieren, werden dieses Ziel voraussichtlich nicht erreichen. Rückläufig war die Entwicklung nur in Deutschland und Großbritannien.

Das geplante „Flutopfersolidaritätsgesetz" der rot-grünen Bundesregierung – die Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform von 2003 auf 2004 – trägt der DGB mit. Es sei „ein Akt der Solidarität mit den Menschen in den Überflutungsgebieten, jetzt auf Steuersenkungen zu verzichten", so DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer. Zufrieden ist er auch mit der befristeten Erhöhung der Körperschaftssteuer um 1,5 auf 26,5 Prozent.

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt hat logistische Hilfe beim Wiederaufbau in den Hochwassergebieten angeboten. „Es gibt Zehntausende arbeitslose Bauleute, Land- und Forstwirte, die helfen wollen und helfen können", sagte ihr Vorsitzender Klaus Wiesehügel. Als Soforthilfe hat die Gewerkschaft die Hotline 0800 / 442 28 01 geschaltet, um Helfer und Hilfsbedürftige zusammenzubringen.

Die Gewerkschaft TRANSNET hat im Internet unter *www.transnet. org* einen Solidaritätsmarkt eröffnet. Dort können Dinge des täglichen Lebens angeboten und nachgefragt werden. Außerdem hat sie – unter dem Motto „KollegInnen helfen KollegInnen" – ein Spendenkonto eröffnet. ver.di hat ebenfalls ein Sonderkonto einrichtet *(www.verdi.de).* Alle Infos über die Hilfen des Bundes unter *www.bma.de* •

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.globalisierung-online.de
Infos, Links und Foren zum Thema Globalisierung – ein neues Angebot des DGB-Bildungswerks

Im Faxabruf

0211 / 43 01 651
„Wege aus der Arbeitsmarktkrise" Der jüngste Werkstattbericht der Bundesanstalt für Arbeit (Auszüge)

DGB-Angebot „RentenPlus“

Auch Beamte sollen richtig riestern

Ein völlig neuer, exklusiver Mitglieder-Service: Der DGB bietet den 570 000 Gewerkschaftsmitgliedern im Beamtenverhältnis seit 1. September kostengünstige private Altersvorsorgeprodukte an. Gemeinsam mit den Gewerkschaften ver.di, GEW, TRANSNET, IG BAU und IG BCE hat er das Vorsorgepaket „RentenPlus“ geschnürt. Damit können auch BeamtInnen im Rahmen der Riester-Rente die Vorteile der betrieblichen Altersvorsorge nutzen. Bislang hatten sie diese Möglichkeit nicht.

„RentenPlus“ ist kein neues Versorgungswerk, das mit Kosten zu Lasten der Mitglieder verbunden wäre, sondern ein Rahmenvertrag mit einem Konsortium von sieben namhaften Unternehmen. Dazu gehören die Debeka als Konsortialführer, die BHW, die DBV-Winterthur, die DEVK, die HUK-Coburg, die Nürnberger Versicherungen und die Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen (DWS Investment GmbH). Angeboten werden drei Produkte: eine sicherheitsorientierte und eine renditeorientierte Rentenversicherung sowie ein Fondssparplan. Bei der Auswahl der Produkte hat sich der DGB vom Institut für Finanzdienstleistungen, der Bertelsmann-Stiftung und der Stiftung Warentest beraten lassen. Die Produkte erfüllen eine Vielzahl von Prüfkriterien: Die Kostenersparnisse der betrieblichen Altersrente erhöhen die garantierte Rente. Der Wechsel zwischen Anbietern und Produkten ist kostenlos, ebenso das Ruhenlassen von Verträgen. Angehörige können über reines Zulagensparen Verträge abschließen, sie müssen selbst keine Beiträge zahlen.

„RentenPlus“ soll nach den Worten von DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock „dazu beitragen, die Einschnitte in der Altersversorgung zu kompensieren“. Denn der Höchstsatz des Ruhegehalts (75 Prozent) wird ab 2003 auf 71,75 Prozent gesenkt. Das durchschnittliche Ruhegehalt sackt sogar auf fast 67 Prozent der letzten Dienstbezüge ab. •

www.das-rentenplus.de

?...nachgefragt



Foto: Manfred Witt

Am 22. September wird in Mecklenburg-Vorpommern auch ein neuer Landtag gewählt und über die Zukunft der ersten rot-roten Landesregierung entschieden. Vor vier Jahren erhielten SPD und PDS zusammen über 58 Prozent der Stimmen. Peter Deutschland, Vorsitzender des DGB Nord, zieht Bilanz.

Das Schweriner Regierungs-Prima-Klima ist vor allem durch Pragmatismus geprägt. Für überschwänglichen Jubel gab und gibt es keinen Grund.

Das Land hat nach wie vor ernste Probleme: eine hohe Arbeitslosigkeit, eine zu schmale industrielle Basis, eine unausgewogene Industriestruktur und einen breiten Niedriglohnsektor. Die hohe Abwanderungsrate führt langfristig zu einem verheerenden Fachkräftemangel, wenn sie nicht durch Zuwanderung ausgeglichen wird. Aber wer will für Niedrigstlöhne hier arbeiten? Der Rückgang bei den öffentlichen Investitionen hat die Lage noch verschärft.

Dementsprechend durchwachsen ist unsere Bilanz. Zwar gibt es eine enge und positive Zusammenarbeit in der Arbeitsmarktpolitik. Bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wurden Fortschritte gemacht. Für den öffentlichen Dienst schlossen wir eine beispielhafte Zielvereinbarung ab.

Aber beim Bildungsurlaub zeigte sich, dass auch diese Landesregierung im Zweifel eher für einen mageren Kompromiss ist als für eine echte innovative Lösung. Und beim wichtigen Thema Tariftreue hält sie (besser: der sozialdemokratische Part) niedrige Löhne für einen Wettbewerbsvorteil. Von einer neuen Landesregierung erwarten wir, dass sie sich in diesem Punkt bewegt und ein Landestariftreuegesetz verabschiedet. Ich glaube, dass unsere Vorstellungen von Arbeit und sozialer Gerechtigkeit bei einer rot-roten Koalition – bei allen Vorbehalten auf unserer Seite – eher gehört werden als bei den denkbaren Alternativen.

Zehn Forderungen des DGB Nord an die künftige Schweriner Regierung: ***www.nord.dgb.de***

wiewardiewoche?



Die Flutkatastrophe hat auch die gewerkschaftliche Alltagsarbeit in Mitleidenschaft gezogen. Besonders betroffen sind die sächsischen Gewerkschaften. Markus Schlimbach, 37, ist Pressesprecher des DGB Sachsen.

Der 13. August war kein Freitag, aber ein rabenschwarzer Tag. Alle Dresdner Gewerkschaftsbüros standen unter Wasser. Zum DGB-Haus am Schützenplatz war kein Durchkommen mehr. Die Weißeritz, normalerweise einige Kilometer entfernt, hat sich ihr altes Flussbett gesucht. Wir konnten das Gebäude nur aus der Ferne, vom Zwinger aus, sehen – es lag mitten in einem riesigen See, das Wasser schwappte fast anderthalb Meter im Erdgeschoss. Über Nacht war in der Stadt das totale Chaos ausgebrochen. Wir haben uns erst mal im Café getroffen, haben in der Bezirksgeschäftsstelle der LVA ein Notbüro eingerichtet und mühsam versucht, eine Infrastruktur aufzubauen, wieder ins Leben zu kommen. Erst jetzt haben wir gemerkt, wie abhängig wir von moderner Technik sind. Plötzlich ist man völlig von der Außenwelt abgeschnitten, kein Telefon, kein Mail, kein Fax. Wenn scheinbar Selbstverständliches wie Strom plötzlich weg ist, hat man das Heft des Handelns nicht mehr in der Hand. Wir mussten uns mit Handys behelfen – und das vielfach bis Ende August, weil Notstromaggregate knapp sind. Dabei sind wir noch vergleichsweise glimpflich davongekommen, aus den Bezirksbüros von ver.di und GEW in der Cottaer Straße ist eine komplette Wand mitsamt Stromkasten herausgerissen, die ver.di-Geschäftsstelle in Grimma bei Leipzig ist vollkommen weggespült worden.

An einem Tag konnten wir mit Gummistiefeln durch knöcheltiefen Schlamm ins Büro waten, haben Papiere und Laptops sichergestellt. Dann stieg der Elb-Pegel wieder. Natürlich haben wir uns am Sandsäckeschleppen beteiligt, haben geholfen, Keller leer zu pumpen. Gleichzeitig musste die politische Arbeit weitergehen. Der DGB Sachsen hat sich um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Kurzarbeitergeld für Flutopfer gekümmert. Wir haben ein Spendenkonto eingerichtet, wir koordinieren Spendengelder und Hilfsangebote, beteiligen uns an den Aufräumarbeiten – tja, und Bundestagswahl ist auch. Die Stadt macht einen gespenstischen Eindruck, jetzt erst sieht man die Verwüstung. Wer sich selbst einen Eindruck verschaffen will: Wir haben Bilder der Überschwemmung ins Internet gestellt: ***www.dgb-sachsen.de***

Hartz-Vorschläge

DGB will „keine Rosinenpickerei“

Kaum war das quietschgelbe, 343 Seiten dicke Gesamtkunstwerk Mitte August gedruckt, verschwand das öffentliche Interesse an den Hartz-Vorschlägen zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Dabei beginnt die Umsetzung der ungezählten Ideen, an denen die 15 Kommissionsmitglieder fast ein halbes Jahr getüftelt haben, erst jetzt.

Diesen Umsetzungsprozess will der DGB konstruktiv-kritisch begleiten. „Wir werden nicht mäkeln“, verspricht der Vorsitzende Michael Sommer. Der DGB-Bundesvorstand hat den von der Kommission einstimmig beschlossenen Abschlussbericht vielmehr einstimmig begrüßt und als „viel versprechendes Zukunftskonzept“ gelobt. Dabei handle es sich um „ein Drehbuch für wirklich wegweisende Reformen der Arbeitsvermittlung“, so Sommer, das „jetzt nicht zerredet, sondern umgesetzt werden“ solle. Alle gesellschaftlichen Gruppen seien aufgefordert, „nicht Rosinenpickerei zu betreiben“.

Nur ein Punkt erhält den Stempel „nicht akzeptabel“: Gemeint ist „die vorgeschlagene Aufhebung des Kündigungsschutzes für über 50jährige“. Doch diese Kritik war voreilig – dieser Vorschlag findet sich im Schlussbericht der Kommission nicht wieder.

Probleme bereitet es, das „Herzstück“ der Reformvorschläge – die Personal-Service-Agenturen (PSA) – mit Leben zu füllen. Arbeitslose, die dort eingestellt werden, um als Zeitarbeiter verliehen zu werden, sollen in der Probezeit einen Nettolohn in Höhe des Arbeitslosengeldes erhalten.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske erklärte auf einer Pressekonferenz: „Wir fordern ein Entgelt in Höhe des Arbeitslosengeldes plus X.“ Für entliehende PSA-Beschäftigte strebt ver.di nach seinen Worten eine „Annäherung an die Bedingungen in den ausleihenden Betrieben an.“ Im Hartz-Papier heißt es lediglich, die PSA müssten „in tarifliche Strukturen eingebunden“ sein. Die Erarbeitung entsprechender Tarifverträge hält Bsirske laut dpa für eine „bewältigbare Aufgabe“.

Vertreter von ver.di und IG Metall haben sich erstmals mit der Interessengemeinschaft Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) getroffen, um die Chancen eines Tarifvertrags für die Zeitarbeitsbranche auszuloten – und zwar mit Erfolg. Bereits in der nächsten Runde am 7. Oktober wollen die Tarifpartner Themen wie Mindestlohn, Akkordsätze und Arbeitszeiten konkretisieren. Die iGZ vertritt rund 800 Niederlassungen von Zeitarbeitsfirmen.

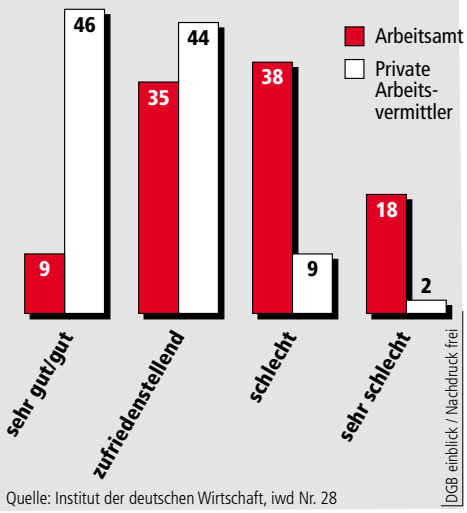
In der Diskussion des Hartz-Papiers weitestgehend untergegangen ist das 13., letzte und eigentlich wichtigste „Modul“: der so genannte Masterplan. Danach sind alle „Profis der Nation“ – beispielsweise die Beschäftigten der Arbeitsämter, Lehrer und Wissenschaftler, Geistliche, Künstler und Journalisten – aufgerufen, „anzupacken, wo immer es geht“, um zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen. Auch den „80 000“ Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten hat die Kommission eine Seite – Seite 303 – gewidmet.

An sie stellt die Kommission die Erwartung,

- Brückenmodelle auszugestalten, die den Übergang von der Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern.
- betriebliche Einstellkriterien und Qualifizierungsprogramme zu Gunsten der Benachteiligten auf dem Arbeitsmarkt zu entwickeln
- familienfreundliche Arbeitszeiten zu Gunsten von Frauen zu vereinbaren
- Projektvereinbarungen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu schließen
- flexible Arbeitszeiten zu nutzen, um Beschäftigung zu sichern
- regionale Verbundprojekte zur Förderung von Ausbildung und Beschäftigung zu starten. •

Unzufrieden mit dem Amt

So beurteilen Unternehmen die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamtes bzw. privater Vermittler



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, iwd Nr. 28

Firmen, die praktische Erfahrungen mit Arbeitsamt und privaten Vermittlern haben, stellen der Behörde kein gutes Zeugnis aus. Das ergab eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) bei 10 000 Unternehmen im Frühjahr 2002.

Ruck, zuck

Das rot-grüne Kabinett in Berlin hat 15 Eckpunkte zur Umsetzung des Reformkonzepts beschlossen:

- ***in jedem Arbeitsamtsbezirk Personal-Service--Agenturen einrichten***
- ***Beschäftigung in Privathaushalten fördern***
- ***Ich-AGs einführen***
- ***regionale Potenziale zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Ostdeutschland entwickeln***
- ***Job-Floater einführen***
- ***Beschäftigungsbilanzen einführen***
- ***Arbeitsämter zu Job-Centern umgestalten***
- ***Leistungsrecht vereinfachen, Meldepflicht bei Kündigung einführen***
- ***Kinderbetreuung ausbauen***
- ***Beweislast für Arbeitslose umkehren, neue Sanktionsmöglichkeiten schaffen***
- ***Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher fördern***
- ***Bridgesystem für Ältere aufbauen***
- ***Arbeitsförderung vereinfachen***
- ***Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenführen***
- ***Controlling der Bundesanstalt für Arbeit verbessern***

Im Internet

www.bma.de

Der Abschlussbericht der Hartz-Kommission

Im Faxabruf

0211 / 43 01 652

DGB-Stellungnahme zum Abschlussbericht der Hartz-Kommission

PROJEKTE UND PARTNER

Projekt TuWas

Leitfaden für Arbeitslose

Umfassend informiert der „Leitfaden für Arbeitslose" über die Rechte und Pflichten der Arbeitslosen gemäß dem aktuellen Stand des Job-Aqtiv-Gesetzes und der Arbeitslosenhilfeverordnung 2002. Er ist nicht nur für Arbeitslose und ihre Berater interessant, sondern auch für Arbeitgeber. Der Ratgeber, übersichtlich gestaltet und allgemein verständlich geschrieben, ist vom Arbeitslosenprojekt TuWas der Fachhochschule Frankfurt/M. entwickelt worden. Er hat 592 Seiten und kostet 11 Euro. •

Fachhochschulverlag
Fax: 069 / 15 33 28 40
bestellung@fhverlag.de

ran-Verlag

Der Wegweiser zur JAV-Wahl

Bei der Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) muss alles stimmen. Wo's lang



geht, sagen die ExpertInnen des Kölner ran-Verlags im Handbuch „JAV-Wahl" (12,50 Euro). Sie beantworten alle Fragen rund um die neue Betriebsverfassung und die neue Wahlordnung. Die „JAV-Wahlmappe" (19 Euro) enthält praktische Hilfen wie Formulare, Musterschreiben und Stimmzettel. •

ran-Verlag GmbH
Aduchtstraße 7
50668 Köln
Fax 0221 / 973 28 28
www.ranmagazin.de

Existenzgründung

Beratung für Frauen

Den Frauen, die ein Unternehmen gründen wollen, stehen spezielle Beratungsstellen zur Seite. Das „Deutsche Gründerinnen Forum" hat 500 solcher Einrichtungen untersucht. Die Studie „Frauenspezifische Beratungseinrichtungen für Existenzgründerinnen", im Auftrag des Bundesfrauenministeriums erstellt, gibt einen Überblick über Umfang, Qualität und Erfolg der Angebote. Sie ist kostenlos. •

Broschürenstelle des Ministeriums
Tel. 0180 / 53 29 329
broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de

Arbeitsschutz

Faltblatt zur Fachbibliothek

Die größte öffentliche Fachbibliothek Deutschlands rund um Gesundheit und Sicherheit im Beruf bietet die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). Ein neu aufgelegtes Faltblatt erklärt, wie die rund 200 000 Bücher und 1000 Periodika an den Standorten Dortmund, Berlin und Dresden genutzt werden können. Die Buchausleihe ist kostenlos. Literaturrecherchen erledigen die Bibliothekare gegen Entgelt. •

BAuA
Fax 0231 / 90 71 524

ACE für verständliche StVO

Hupe statt Schallzeichen

Die Straßenverkehrsordnung (StVO) muss nach Auffassung des Auto Clubs Europa (ACE) überarbeitet werden. Das Regelwerk sei für Laien weitgehend unverständlich, so ACE-Vorsitzender Wolfgang Rose. Im Auftrag des ACE hat der Journalist Wolf Schneider die StVO sprachlich entrümpelt und umgeschrieben. Aus „Schallzeichen" wurde Hupe, aus „Fahrtrichtungsanzeiger" Blinker. Entstanden ist laut ACE eine Verkehrsordnung, die jeder Verkehrsteilnehmer ohne Anwalt verstehen kann. Ihre Überarbeitung geht auf eine Initiative des Bundesverkehrsministeriums zurück. •

www.ace-online.de

Bundesanstalt für Arbeit

Frauen im Job benachteiligt

Frauen profitieren vom expandierenden Dienstleistungssektor. Gleichzeitig ist ihre Beschäftigung weiterhin mit geringer Entlohnung verbunden. Das ist ein Ergebnis der im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit erstellten Studie „Arbeitsmarktchancen für Frauen". Die Studie kostet 12,50 Euro. •

Zentralamt der Bundesanstalt für Arbeit
zentralamt.veroeffentlichungen@arbeitsamt.de

Europäisches Jahr

Teilhabe trotz Behinderung



Das Jahr 2003 ist vom Rat der Europäischen Union zum „Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen" erklärt worden. Infos zu Aktionen – darunter ein Marsch quer durch Europa – bündelt das Bundesarbeitsministerium auf einer Internetseite. Dort gibt's auch Antragsformulare für die Förderung von Projekten. Das Europäische Jahr steht unter dem Motto „Nichts über uns ohne uns" und wird am 14. November 2002 eröffnet. •

www.ejmb2003.de

DGB-Bildungswerk NRW

Ausbeutung in Südamerika

Soziale Ungerechtigkeit, korrupte Volksvertreter, Umweltverschmutzung und Staatsverschuldung – Südamerikas Probleme sind drängender denn je. Das Seminar „Die offenen Adern Südamerikas" des DGB-Bildungswerks NRW vom 11. bis 15. November in Münster thematisiert und analysiert Strategien gegen Ausbeutung. Die Teilnahme kostet 90 Euro. •

DGB-Bildungswerk NRW
Friedrich-Ebert-Straße 34-38
40210 Düsseldorf
Fax 0211 / 36 83 161

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Frankfurt/Main*** hat – noch bis zum 13. September – die ***Wanderausstellung „Tatort Stadion"*** ins DGB-Haus geholt. Sie dokumentiert Rassismus und fremdenfeindliche Tendenzen in deutschen Fußballstadien. Im Rahmenprogramm finden zwei Lesungen statt: Am 5. September liest der Mainz 05-Trainer Jürgen Klopp „Texte aus der Fankultur", am 12. September stellt Jörg Heinisch sein Buch „Abenteuer Groundhopping" vor. Die Ausstellung wird von der BGAG-Stiftung Walter Hesselbach unterstützt.
Infos: *www.tatort-stadion.de* oder *jugendbuero-frankfurt@dgb.de*

••• Der ***DGB-Bezirk West*** startet am 12. September mit einer ***Bildungspolitischen Konferenz*** in Mainz ein Bildungsprojekt. Die Konferenz diskutiert in vier Foren Themen von der Ganztagsschule bis zur „Beruflichen Bildung für Benachteiligte". Ziel des Projekts ist es, die durch PISA angestoßene Diskussion nicht bei allgemein bildenden Schulen enden zu lassen. Weitere Veranstaltungen sind geplant. Infos und Anmeldung: *www.dgb-rlp.de/Pisa.html* oder *Birgit Groß, Tel. 0 61 31 / 28 16 34*

BGAG erhöht Dividende

Gegen den Markttrend

Trotz Börsenkrise und ungünstiger Konjunktur hat die BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG, Frankfurt/M., im Jahr 2001 ihren Jahresüberschuss um 7,4 Prozent auf 29 Mio. Euro gesteigert. Gleichzeitig erhöhte sie ihre Gewinnausschüttung um 50 Prozent und beteiligt ihre gewerkschaftlichen Anteilseigner mit 15 Mio. Euro am Überschuss.

Gerade mal drei Jahre ist es her, dass die BGAG nach 15 Jahren erstmals wieder eine Dividende an die Gewerkschaften ausschüttete. Seitdem hat sich die Ausschüttung von Jahr zu Jahr erhöht. Bezogen auf das Grundkapital (100 Mio. Euro) ist sie von 8 Prozent für das Geschäftsjahr 1999 auf nunmehr 15 Prozent gestiegen. „Gewerkschaftsholding zahlt Traumrendite", titelte der Berliner *Tagesspiegel*. Selbst die Banken könnten derzeit auf eine solche Eigenkapital-Rendite neidisch sein. „Das Jahr 2001 zeigt erneut, dass die BGAG mit ihrer Neuausrichtung vor fünf Jahren den richtigen Weg eingeschlagen hat", freut sich Rolf-J. Freyberg, seit 1997 Sprecher des BGAG-Vorstandes und seit 2001 Vorstandsvorsitzender.

Mit der Gemeinwirtschaft früherer Zeiten hat die BGAG nichts mehr zu tun. Seit 1997 setzt sie konsequent auf eine wert- und wachstumsorientierte Unternehmenspolitik. „Wir bewegen uns am Markt und im Markt wie andere Unternehmen auch", so Freyberg. Kontinuierlich ging es mit der BGAG in den letzten Jahren aufwärts – nicht nur bei der Gewinnausschüttung, sondern auch beim Abbau von Verbindlichkeiten und der Ergebnisentwicklung insgesamt. So verbesserte sich das Ergebnis erneut, obwohl die Beteiligungserträge gegenüber dem Vorjahr von 173,7 Mio. Euro auf 126,9 Mio. Euro gesunken sind. Grund dafür ist, dass sich die Abschreibungen der BGAG auf Finanzanlagen und Wertpapiere deutlich verringert haben.

Trotz düsterer Konjunkturaussichten in diesem Jahr setzt sich der BGAG-Vorstand hohe Ziele. „Wir haben den Ehrgeiz, diese 15 Prozent Rendite zu halten", erklärt Freyberg. Das laufende Geschäftsjahr werde sicher kein Topjahr, aber alles in allem rechne er mit einem zufrieden stellenden Ergebnis.

Einen Grundstein für eine stabile Ergebnisentwicklung hat die BGAG bereits im März gelegt. Sie verkaufte 21 Prozent ihrer Anteile an der Direktbank DiBa an die ING-Gruppe, die damit 70 Prozent der DiBa-Anteile hält. 30 Prozent der Anteile verbleiben bei der BGAG. Mit dem Verkaufserlös will die BGAG ihre Verbindlichkeiten weiter abbauen.

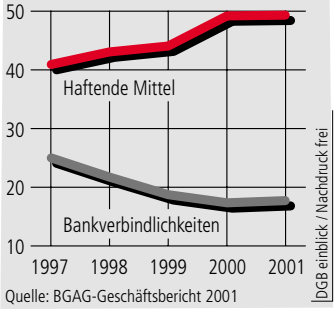
Ein solcher außerordentlicher Ertrag ist die Ausnahme. Die BGAG setzt darauf, sich in allen Beteiligungsbereichen auf Wachstumsmärkten zu positionieren.

Vor allem auf dem Markt für Altersvorsorge und private Vermögensbildung will die BGAG ihre Position weiter ausbauen. „Auch wenn das Geschäft mit Produkten rund um die Riester-Rente langsamer angelaufen ist als erwartet, kann man doch vom Aufbau privaten Kapitalvermögens für das Alter auf mittlere und längere Sicht ein kräftiges Wachstum erwarten", so Freyberg. Zu diesem Zweck hat die BGAG bereits 2001 zusammen mit der BHW-Gruppe und der Frankfurter ING BHF-Bank die Kapitalgesellschaft BHW Invest GmbH gegründet *(einblick 1/02)*. Ein großes Potenzial sieht sie insbesondere im Bereich der betrieblichen und tariflichen Vorsorge, nachdem die BHW-Gruppe bereits an der Metall-Rente beteiligt ist.

Trotz erfreulicher Entwicklungen ist die BGAG in den letzten Wochen negativ in die Schlagzeilen geraten – wegen ihres Investments an der Hunzinger Information AG. Das Unternehmen Agathon, das die BGAG gemeinsam mit dem Beamtenbund betreibt, hält rund 11 Prozent der Aktien an dem Unternehmen des umstrittenen PR-Beraters Moritz Hunzinger. Eingestiegen war Agathon dort in einer Zeit, in der „einhellige Euphorie" über die Chancen des Neuen Marktes herrschte, so Freyberg. Nur kurz währte die Freude an der Kapitalanlage. Mit dem Niedergang des Neuen Marktes stürzte auch die Hunzinger-Aktie in den Keller.

Finanzstruktur verbessert

Haftende Mittel und Bankverbindlichkeiten (in Prozent der Bilanzsumme)



Quelle: BGAG-Geschäftsbericht 2001

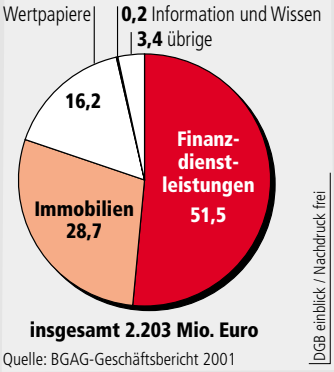
Die Finanzlage der BGAG hat sich 2001 weiter verbessert. Während die Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Gesellschaftern um 16,4 auf 839,5 Mio. Euro zurückgegangen sind, erhöhte sich die Eigenkapitalquote von 42,7 auf 43,1%. Bezieht man nachrangige Darlehen der Anteilseigner mit ein, beträgt die Deckung der Bilanzsumme mit haftenden Mitteln nun 49 %. Fünf Jahre zuvor lag diese Quote noch bei 38.5 %.

Selbst wenn dieser Aktienbesitz den Gewerkschaften heute ziemlich peinlich ist, die Hunzinger-Verluste werden den nächsten BGAG-Jahresabschluss nicht beeinträchtigen. Die Verluste hat Agathon zum größten Teil bereits 2001 abgeschrieben. Der Rest-Buchwert beträgt gemessen am gesamten Portfolio der BGAG weniger als 0,1 Prozent. Beraten lassen haben sich BGAG und Gewerkschaften von Hunzinger nie. Was mit der „ärgerlichen Fehlinvestition" (Freyberg) geschehen soll, ist noch offen. •

***Die BGAG** managt als strategische Beteiligungs- und Managementholding einen großen Teil des Vermögens der Gewerkschaften und des DGB.*

Finanzdienstleistungen überwiegen

Beteiligungs- und Immobilienvermögen, Stand: 31.12.2001 (in Prozent)



Quelle: BGAG-Geschäftsbericht 2001

Insgesamt betreute die BGAG Ende 2001 ein Beteiligungs-, Immobilien- und Wertpapiervermögen im Wert von 2,2 Mrd. Euro. Den Schwerpunkt bilden Finanzdienstleister sowie Immobilienunternehmen. Hinzu kommen kleinere Beteiligungen im Bereich Information und Wissen (Bund-Verlag, ISA Consult GmbH).

Wichtigste Beteiligungen: BHW Holding AG (BGAG-Anteil: 34,2 %), Allgemeine HypothekenBank Rheinboden AG (50 %), Allgemeine Deutsche Direktbank AG DiBa (30 %), BauBeCon Holding AG (99 %)

Anteilseigner sind die Vermögens- und Treuhandgesellschaften von IG Metall (24,97 %), IG BCE (24,88 %), DGB (20,48%), ver.di (11,62%), IG BAU (8,17 %), andere Gewerkschaften (9,88 %)

Mehr Infos: www.bgag.de

kurz&bündig

Das IG Metall-Mitgliedermagazin metall steht ab sofort auch sehbehinderten und blinden Mitgliedern zur Verfügung. Sehbehinderte können sich eine grafisch vergrößerte Ausgabe auf den PC laden, Blinden steht eine Textversion zur Verfügung, die mittels Sprachmodul vorgelesen wird. Beide Versionen können per E-Mail bestellt werden: edith.hackenberg@igmetall.de

Mit einem neuartigen Konzept will TRANSNET die Schließung von acht Instandhaltungswerken der Bahn AG verhindern. Danach sollen ausgemusterte Lokomotiven nicht verschrottet, sondern modernisiert und anschließend verkauft werden. Insgesamt könnten dadurch 6000 Arbeitsplätze erhalten werden.

ver.di hat gegen die geplante Einstellung der Ausländer-Hörfunkprogramme von Radiosendern der ARD protestiert. Die Abschaffung der muttersprachlichen Sendungen missachte den Grundversorgungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Außerdem seien die Millionen ausländischen MitbürgerInnen auch Gebührenzahler.

Die IG Metall hat einen mit 3000 Euro dotierten Wettbewerb für Comic-ZeichnerInnen ausgeschrieben. Thema: Chancengleichheit – Frauenalltag". Einsendeschluss ist der 26. September. Infos: bianka.huber@igmetall.de

ver.di-Jugend

Stinkefinger gegen Rechts



„Fuck Rassismus!" und „Der RECHTSweg ist ausgeschlossen!" lauten die Slogans der neuen Postkarten- und Plakataktion der ver.di-Jugend. „Bild- und wortgewaltig" will sie damit ein Zeichen gegen Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit setzen.

Vorgestellt wurden beide Motive auf der ersten Antirassismus-Konferenz der ver.di-Jugend Ende August in Gladenbach. Rund 100 jugendliche GewerkschafterInnen haben an dem dreitägigen Treffen teilgenommen. Die Koordination ihrer Aktionen gegen Rechts stand im Vordergrund der Konferenz. „Teilweise liefen zeitgleich zwei Aktionen im selben Ort – und die Leute wussten nicht einmal etwas voneinander", so Mark Hagen von der ver.di-Bundesvorstandsverwaltung.

Informationen zur Bestellung der Postkarten und Plakate gibt es per E-Mail bei: *Mark.Hagen@verdi.de* •

?...nachgefragt



Foto: ver.di-Pressestelle

Vor fünf Monaten, im April, begannen die Tarifauseinandersetzungen im Bankgewerbe und dauern bis heute an. Die Banken wollen einen tarifpolitischen Systemwechsel durchdrücken, erklärt Hinrich Feddersen, 57, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und Bundesfachgruppenleiter Finanzdienstleistungen. *einblick* fragte ihn nach dem aktuellen Stand des Tarifkonfliktes.

Es ist unglaublich: Die Banken wollen mit Macht Wahlkampfpläne von CDU/CSU und FDP durchdrücken! Als Vorbedingung für Gehaltserhöhungen fordern sie eine Öffnungsklausel, wie es im Wahlprogramm der konservativ-liberalen Parteien steht: Durch Betriebs- bzw. Dienstvereinbarung soll von den Tarifgehältern abgewichen werden – nach unten. Die Banken verlangen die Absenkung der heutigen Tarifgehälter um bis zu 35 Prozent. Mit undurchsichtigen Provisionsregelungen wollen sie die Beschäftigten über den Verlust von bis zu 15 000 Euro jährlich „hinwegtrösten".

Wir wehren uns gegen Absenkungen der Tarifgehälter. Wenn man solche Verhandlungen in den Betrieben zulassen würde, gerieten die Betriebs- und Personalräte unter Druck! Die Tarifgehälter werden zum Spielball des Wettbewerbs, der Flächentarifvertrag wird durchlöchert, am Ende zerstört. Für die Bankkunden wird's auch nicht besser. Wenn Kundenberater ihr Einkommen durch Provisionen erzielen müssen, dann leiden Seriosität und Qualität der Beratung.

ver.di will das nicht. Zehntausende Banker haben bereits gestreikt. Wir setzen uns für eine angemessene Gehaltserhöhung und beschäftigungssichernde Maßnahmen ein – ohne Öffnungsklauseln.

Die Realisierung der Pläne von Stoiber und Westerwelle werden wir in der Tarifpolitik nicht zulassen. Das sagen wir auch offen in den Betrieben. Und wenn die Bankkunden ihrer Bank offen die Meinung sagen, dann ziehen wir an einem Strang: für Arbeitnehmer- und Kundeninteressen im Bankgewerbe. Wir bitten die Bankkunden um Unterstützung. Die ver.di-Büros stellen dafür Protest-Postkarten zur Verfügung.

Infos: www.fidi.verdi.de

Aktion KIDZ

Hotline für Väter

Zum Schuljahresbeginn 2002 gab's diesmal auch für viele Eltern von I-Dötzchen eine Schultüte – überreicht von ver.di und gefüllt mit Infomaterialien. Die Infotütenaktion kam bei Vätern wie Müttern gut an – und geht weiter: Am 2. September werden in NRW, am 9. September in Baden-Württemberg und am 17. September in Bayern Eltern mit Infos und Tipps zu Themen wie Ganztagsbetreuung, Work-Life-Balance oder Väterrollen im Wandel versorgt. Unter dem Motto „KIDZ – Kindern die Zukunft" wendet sich ver.di derzeit mit verschiedenen Aktionen rund um die Themen Erziehung, Bildung und Betreuung zu Wort. Am 19. und 20. September wird in der Zeit von 12 bis 20 Uhr unter der Nummer 0180 2/ 22 00 55 auch eine Hotline für Väter geschaltet. •

Infos: www.verdi-kidz.de

Union-Druckerei

Vorläufig doch kein Job-Abbau

Der Betriebsrat der gewerkschaftseigenen Union Druckerei (UD), Frankfurt/M., hat in den Verhandlungen mit der Geschäftsführung einen ersten Erfolg erzielt. Alle 294 Arbeitsplätze bleiben bis zur Betriebsaufnahme am neuen Standort Dietzenbach bei Frankfurt erhalten. Das soll nach Angaben der Geschäftsführung in zwölf bis 14 Monaten der Fall sein. Für den neuen Standort ist aber laut Betriebsrat noch kein Bauantrag gestellt worden. Ursprünglich sollte bereits in dieser Übergangszeit die Belegschaft um die Hälfte reduziert werden.

Die UD befindet sich seit 1. August in Liquidation und soll mit der Vereinigten Offsetdruckerei (VOD) zur Alpha Print Medien (APM) AG fusionieren. •



Ursula Engelen-Kefer, 59, ist stellvertretende DGB-Vorsitzende

Bundestagswahl

„Das ist meine Messlatte"

Was wurde zu Gunsten der Beschäftigten und Arbeitslosen erreicht? Das ist die Messlatte für DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer bei der Bundestagswahl am 22. September.

Wir haben die Wahl! Am 22. September 2002 ist unsere Stimme gefragt.

Ihr habt – vielleicht – auch die Qual: Welche Partei soll gewählt werden?

Messlatte ist für mich, was zu Gunsten der Beschäftigten und Arbeitslosen, der Frauen und Männer bereits erreicht worden ist. Da fällt mein Votum eindeutig aus. Denn in den letzten vier Jahren **sind schwerwiegende Verschlechterungen im Arbeits- und Sozialrecht zurückgenommen worden.** Und es hat Fortschritte bei den Arbeitnehmerrechten, wie z.B. den Teilzeitanspruch, Verbesserungen beim Erziehungsurlaub und für Behinderte, in der Mitbestimmung von Beschäftigten und der Förderung von Arbeitslosen, gegeben. Auch die unsäglichen Zuzahlungen bei Erkrankungen für den Einzelnen sind vermindert worden. **Der Weg zu einer zukunftsgerichteten Gesundheitspolitik ist beschritten worden,** wie z.B. die Regelungen zur verbesserten Behandlung von chronischen Erkrankungen. Auch durch die Gesundheitsreform 2000 sind wichtige Möglichkeiten für eine integrierte Versorgung in Angriff genommen worden.

Messlatte sind aber auch die Vorstellungen und Äußerungen, wie es in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, bei den Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten weitergehen soll.

Ich möchte mit meiner Meinung nicht hinter dem Berg halten: Wer den Ausstieg aus einem einheitlichen Leistungskatalog in der gesetzlichen Krankenversicherung für alle Versicherten unter dem Schein einer Wahl von mehr oder weniger Leistungen gegen mehr oder weniger Beitrag will, geht an die Grundfesten einer dauerhaften Gesundheit für alle. **Wir wollen die Weiterentwicklung der Solidarität.** Denn was wird eigentlich aus denen, die Leistungen abgewählt haben, wenn sie krank werden? Sie müssten diese aus eigener Tasche bezahlen. Denn einmal abgewählt heißt immer abgewählt. Kranke, ältere Menschen und Familien müssen dann die Rechnung mit höheren Beiträgen zur Krankenversicherung begleichen. Das ist nicht gerecht!

Wer Tarifvertragsrechte verschlechtern, wer Kündigungsschutz abbauen und befristete Beschäftigung – ohne Sachgrund – ausweiten will, der plant einen Angriff auf die grundlegenden Arbeitnehmerrechte. Denn **Tarifverträge und Kündigungsschutz sind tragende Säulen unseres Arbeitsrechtssystems und unserer Gesellschaft.** Wer sie antastet, ist unser politischer Gegner. Er legt die Axt an die Grundfesten unserer Demokratie. Wer Reformen wie die des Betriebsverfassungsgesetzes und den Anspruch auf Teilzeitarbeit zurückdrehen will, der hat nichts mit Fortschritt im Sinn, sondern ist für eine Beibehaltung des „ewig Gestrigen". Denn eine seit vielen Jahren notwendige Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, die Durchsetzung des Anspruchs auf Teilzeitarbeit, wo alle Welt nach Flexibilität ruft und sie von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verlangt, das ist eine, wenn nicht gar überfällige, zumindest zeitgemäße Politik des sozialen Ausgleichs.

Für die Gesundheitsreform gilt: aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und wissen, dass mit Reformen zu Lasten der Versicherten und Patienten die Versorgung nicht verbessert wird, die Unwirtschaftlichkeit nicht abnimmt, die Qualität nicht erhöht wird und die Kosten nicht gesenkt werden. Deshalb wollen wir einen Ausbau der Solidarität, einen einheitlichen Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung, eine paritätische Finanzierung und einen konsequenten Ausbau der Qualität der Gesundheitsversorgung für alle. **Dafür wird der DGB bei jeder Regierungskoalition streiten: für Arbeit und soziale Gerechtigkeit.**

Gehen wir zur Wahl! Es steht viel auf dem Spiel! Es geht um unser aller Zukunft. •

Es steht viel auf dem Spiel

„Jede Stimme zählt" heißt es im DGB-Wahlaufruf 2002. Denn die Wahlentscheidung am 22. September stelle auch die Weichen für die Zukunft Deutschlands. Folgende Punkte sind dem DGB dabei besonders wichtig:

- ***Die Hartz-Vorschläge müssen als Chance zum Abbau von Arbeitslosigkeit genutzt werden.***
- ***Nicht die Arbeitslosen, die Tarifverträge oder Arbeitnehmerrechte sollen bekämpft werden, sondern die Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit.***
- ***Die neue Betriebsverfassung gehört zu einer modernen Wirtschaft, sie muss gesichert und weiterentwickelt werden.***
- ***Der Kündigungsschutz muss für alle Beschäftigten gelten und soll eine verlässliche Grundlage für die eigene Lebensplanung bieten.***
- ***Für ein partnerschaftliches Teilen von Familienarbeit und Berufsaufgaben müssen die notwendigen Rahmenbedingungen, z. B. Einrichtungen zur Ganztagsbetreuung, geschaffen werden.***
- ***Die öffentlichen Auftraggeber dürfen das Unterlaufen von Tarifverträgen nicht begünstigen. Wir brauchen deshalb ein bundesweit bindendes Tariftreuegesetz.***
- ***Erstklassige medizinische Betreuung und einen gleichen Zugang zur Bildung und zum Wissen muss es für alle geben, nicht nur für die großen Geldbeutel.***
- ***Wir dürfen uns an das Risiko von Umweltkatastrophen nicht gewöhnen, deshalb muss beim Klimaschutz, bei der Energieversorgung und beim Verbraucherschutz auch an die nachhaltige Wirkung politischer Entscheidungen gedacht werden.***

Im Wortlaut: *www.dgb.de*

Kampfansage

Ob in Sachen Steuergerechtigkeit, Chancengleichheit, Gesundheitsreform oder Tariftreue: Der ver.di-Vorsitzende* Frank Bsirske *sieht viele Unterschiede zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb. „Der Unterschied zählt": In den verbleibenden Wochen bis zur Wahl will ver.di mit einer eigenen Kampagne die ArbeitnehmerInnen „für die zur Wahl stehenden Unterschiede sensibilisieren". Vieles aus den schwarz-gelben Konzepten sei eine Kampfansage an die ArbeitnehmerInnen.

Die Sicherung der Tarifautonomie, von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten stehen für die IG Metall im Zentrum der Wahlentscheidung. CDU/CSU und FDP wollten die Reform der Betriebsverfassung rückgängig machen, den Kündigungsschutz aufweichen und die Tarifpolitik in die Betriebe verlagern, so der IG Metall-Vorsitzende* Klaus Zwickel. *„Das wäre der Durchbruch des Neoliberalismus."

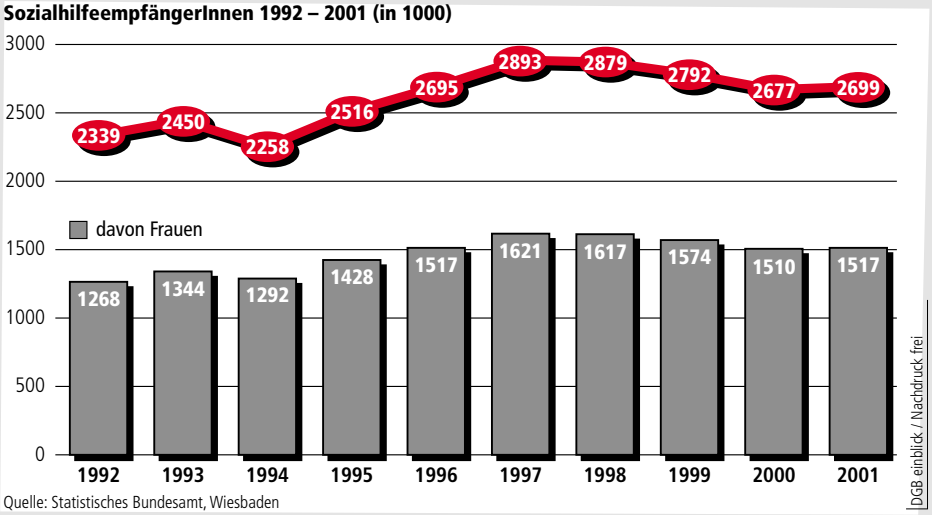
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

SOZIALHILFE 2001: Anstieg im Osten, Stillstand im Westen

Erstmals seit 1998 ist die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen gestiegen – Ende 2001 zählte das Statistische Bundesamt 22 000 mehr SozialhilfeempfängerInnen als Ende 2000 (plus 0,8 Prozent). Rund 2,7 Millionen Menschen (3,3 Prozent der Bevölkerung) in 1,42 Millionen Haushalten erhielten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. In Ostdeutschland erhöhte sich ihre Zahl um 7,5 Prozent, in Westdeutschland blieb sie unverändert.



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

personalien

••• ***Helga Nielebock,*** 43, Leiterin der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht des DGB, und ***Gunter Barnbeck,*** 55, Leiter der Abteilung Organisation/Personal des DGB, sind zu Vorstandssekretären für den Vorstandsbereich Ursula Engelen-Kefer bzw. Dietmar Hexel ernannt worden. Sie folgen ***Erich Standfest,*** 59, und ***Hermann Fischer,*** 57, die Ende Juni bzw. Ende August in Altersteilzeit gegangen sind.

••• ***Dr. Katharina Erdmenger,*** 31, Europareferentin des Diakonischen Werks der EKD, ist seit dem 1. September Referatsleiterin für Struktur- und Umweltpolitik beim DGB-Bundesvorstand in Berlin. Sie folgt ***Hans Gabriel,*** 52, der Anfang Februar zum ver.di-Bundesvorstand gewechselt ist.

••• ***Hermann Nehls,*** 47, Geschäftsführer des Vereins zur Jugendförderung des DGB und Leiter der Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin, ist seit dem 1. September Referatsleiter für Grundsatzfragen der Berufsbildungspolitik des DGB. Er folgt ***Heinz-Peter Benetreu,*** 58, der Ende 2001 in Altersteilzeit gegangen ist.

••• ***Karl Feldengut,*** 55, Koordinator des DGB-Projekts EU-Osterweiterung, übernimmt ab 15. September in Slowenien die Leitung des EU-Projekt „Verbesserung des sozialen Dialogs".

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

14 TAGE

5.9. DGB Berlin-Brandenburg, „Plakate für mehr Demokratie", Ausstellungseröffnung Klaus Staeck, Berlin

6.-8.9. DGB Hessen, bundesweiter SchülerInnenkongress sowie Präsenz von „DGB-Jugend on tour", Darmstadt

7.9. DGB-Bundesvorstand, Großveranstaltung zur Bundestagswahl „Es steht viel auf dem Spiel – für Arbeit und soziale Gerechtigkeit", Dortmund

7.9. DGB Thüringen, „Go west? Ausbildung für eine Zukunft hier!", Erfurt

12.9. DGB Rheinland-Pfalz, Bildungspolitische Konferenz „Lernen in Zeiten nach PISA", Mainz

14.9. DGB-Jugend, attac, Aktionsfestival „Her mit dem schönen Leben – eine andere Welt ist möglich", Köln

Tipp

Buch: Revision: Arbeit und Gewerkschaft. Flexibel, aber sicher, ***Nest-Verlag, Frankfurt/M. 2002, 128 S., 6 Euro plus Versand***

„Ein Streik ist für eine Gewerkschaft, was für Parteien der Wahlkampf und Weihnachten für Christen ist: der emotionale Höhepunkt des Jahres. Aber die Zukunft der Gewerkschaften … entscheidet sich nicht in diesen seltenen Momenten", schreibt CDU-Querdenker Warnfried Dettling. Wie die Gewerkschaften ihre Politik modernisieren müssen, um wieder eine gesellschaftliche Reformkraft zu werden, beschreiben mehr als 20 AutorInnen in dieser aktuellen, gut lesbaren Bestandsaufnahme zur Zukunft der Gewerkschaften.

Schlusspunkt

„Fehlt nur noch, dass die besten Sätze anschließend in Zeitlupe wiederholt werden."

Bernd Gäbler, Geschäftsführer des Adolf-Grimme-Instituts, über die Inszenierung des ersten TV-Duells zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Kanzlerkandidat Edmund Stoiber in der taz vom 24. August 2002

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 16.09.2002 16/02

DGB

inhalt

Seite 3
DGB-Wahlfestival
11 000 zeigen Flagge gegen „soziale Kälte“

Seite 5
„Wahlfreiheit“ mit Pferdefuß
Die Unions-Pläne zur Gesundheitsreform kommen allen Versicherten teuer zu stehen

Seite 7
Bundestagswahl
Richtungsentscheidung auch in der Familienpolitik

Streitpunkt Tarifautonomie

Sommer droht mit heißem Herbst

Schweres Geschütz fährt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer gegen die Union auf. Er wirft ihr vor, die Tarifautonomie zerstören zu wollen, und warnt: „Wer das macht, kriegt Ärger – und zwar richtig Ärger.“

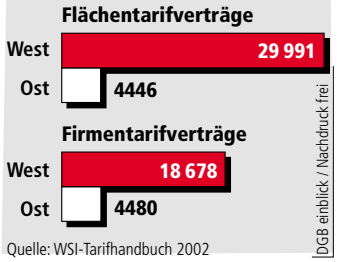
Stein des Anstoßes sind drei harmlos klingende, verklausuliert formulierte Sätze im „Startprogramm“ von CDU/CSU: „Zur Erweiterung des Spielraumes für betriebliche Bündnisse für Arbeit werden wir die notwendige tarifrechtliche Flankierung ermöglichen. Neben Lohn und Arbeitszeit werden künftig auch die Beschäftigungsaussichten in den Günstigkeitsvergleich einbezogen werden können. Den Tarifparteien wird zur Sicherung der Tarifautonomie ein begründetes Einspruchsrecht bleiben.“ Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) verdichtete diese Ankündigung zu der Meldung „Union will Betriebsräte stärken“. Tatsächlich will sie das gesamte Tarifsystem aushebeln.

Denn das so genannte Günstigkeitsprinzip ist ein zentraler Bestandteil der Tarifordnung; danach sind betriebliche Abweichungen vom Tarifvertrag nur zulässig, wenn sie für die Beschäftigten günstiger sind. Auf der Hand liegt, dass mehr Lohn günstiger ist als weniger und kürzere Arbeitszeiten günstiger sind als längere. Aber ist es auch günstiger, weniger zu verdienen und länger zu arbeiten, statt den Arbeitsplatz zu verlieren? CDU/CSU meinen Ja. Das Bundesarbeitsgericht hat dieser Auffassung jedoch einen Riegel vorgeschoben: Geld könne grundsätzlich nur mit Geld, Arbeitszeit nur mit Arbeitszeit verglichen werden. Es sei denn, die Tarifvertragsparteien entscheiden anders. Sie sind sogar in dieser Frage autonom. Der Gesetzgeber hat der Tarifautonomie nämlich absolute Priorität eingeräumt – sie lässt sich aus der in Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes verankerten Koalitionsfreiheit ableiten. Deshalb heißt es im Betriebsverfassungsgesetz auch, dass Arbeitsbedingungen, die tariflich geregelt sind, nicht betrieblich geregelt werden können.

Dass Lohnverzicht allemal besser ist als gar kein Lohn, scheint zunächst plausibel zu sein. Letztlich gefährdet diese Idee aber mehr Arbeitsplätze, als sie zu retten vorgibt. Denn Tarifverträge haben eine Kartellfunktion, sie schaffen einheitliche Wettbewerbsbedingungen. Wer sie untergräbt, setzt einen endlosen Unterbietungswettbewerb in Gang.

Ginge es der Union tatsächlich nicht darum, die Gewerkschaften zu schwächen, ließe sie die Finger von der Tarifautonomie. Die Tarifverträge sind weitaus anpassungsfähiger, flexibler und differenzierter als ihr Ruf. In Krisenzeiten können jetzt schon Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich reduziert, Tarifvergütungen gesenkt oder Tariferhöhungen ausgesetzt werden, Einmalzahlungen der Betriebsgröße angepasst und niedrigere Einstiegstarife vereinbart werden. Öffnungsklauseln machen's möglich – und Krisen beherrschbar. •

Bunte Tariflandschaft
Zahl und Struktur der Tarifverträge West und Ost 2001



Quelle: WSI-Tarifhandbuch 2002

Bundesweit existieren rund 57 600 gültige Tarifverträge. 30 000 davon sind so genannte Ursprungstarifverträge, von denen 38 Prozent auf Flächentarifverträge und 62 Prozent auf Firmentarifverträge entfallen. Allein 2001 sind 6752 Tarifverträge neu abgeschlossen worden. Die meisten Beschäftigten werden von Branchentarifverträgen erfasst (62 % im Westen, 46% im Osten); keinen Tarifvertrag haben 30 bzw. 45 Prozent (West/Ost) der Beschäftigten (Stand 2000).

plusminusBERLIN

+ ***Die hochschulpolitische Sprecherin der PDS, Maritta Böttcher, hält die Aufnahme der Bremer Privatuni IUB in die Hochschulbauförderung für „Etikettenschwindel“: Die IUB erhalte öffentliche Gelder ohne sich an öffentliche Standards wie den freien Hochschulzugang zu halten und bitte ihre Studierenden mit horrenden Gebühren zur Kasse.***

– ***Dem Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) ist in der laufenden Tarifrunde jedes Mittel recht: Laut BVR-Präsident Christopher Pleister sei der Verband mit 16 Millionen Euro von der Flut betroffen. Da sei es „purer Populismus“, durch Streiks einen vernünftigen Banken-Tarifvertrag zu verhindern.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.wahl-o-mat.de
Welcher Partei stehe ich nahe? Die Antworten auf 27 Thesen verraten es. Ein Projekt der FU Berlin und der Bundeszentrale für politische Bildung

Im Faxabruf

0211 / 43 01 657
Was erreicht wurde Ein Vergleich der DGB-Forderungen von 1998 mit der rot-grünen Politik bis 2002

Ausbildungsplätze

Arbeitgeber patzen erneut

557 500 Ausbildungsplätze haben Industrie und Handwerk in diesem Jahr bereitgestellt, 50 000 weniger als ein Jahr zuvor. Erneut haben die Arbeitgeber damit ihr Versprechen gebrochen, für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Für Bundesbildungsministerin Bulmahn sind die neuesten Zahlen dennoch ein Erfolg. Die „rechnerische Lücke" sei von 112 000 auf 77 000 gesunken, und damit „im Trend stärker als im gleichen Zeitraum des Vorjahres".

DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock wirft den Arbeitgebern hingegen vor, „offensichtlich das Interesse an der dualen Berufsausbildung zu verlieren". Zugleich kritisiert Sehrbrock die Bundesregierung. Die SPD hätte noch in der letzten Legislaturperiode die Umlagefinanzierung „per Gesetzentwurf gefordert", gehandelt habe Rot-Grün aber nach dem Motto „keine Belastung für die Betriebe", so Sehrbrock am 12. September auf einer Gewerkschaftskonferenz über „Wege aus der Bildungsmisere". Von der Bundesregierung fordert Sehrbrock zudem, das Berufsbildungsgesetz zu modernisieren. Der DGB will seinen Forderungen für eine Reform des bereits 30 Jahre alten Gesetzes mit einer Kampagne Nachdruck verleihen. •

Hartz-Kommission

Kündigungsschutz für Ältere weg?

Der DGB hält an seiner punktuell harschen Kritik am Schlussbericht der Hartz-Kommission fest. Er wirft der Kommission vor, den Kündigungsschutz für Ältere aufheben zu wollen. Zwar findet sich dieser Vorschlag im Schlussbericht wortwörtlich „nicht wieder" *(einblick 15/02)*. Trotzdem sei er darin enthalten – versteckt, im Kapitel „Förderung älterer Arbeitnehmer", erklärt Helga Nielebock, DGB-Vorstandssekretärin und Leiterin der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht. Dort wird vorgeschlagen, die Altersgrenze für die „erweiterte Befristungsregelung" von 58 auf 50 Jahre vorzuverlegen. Diese Formulierung, so Nielebock, verweise auf Paragraph 14 Absatz 3 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. In der Begründung dieses Absatzes heißt es, unter erweiterten Befristungsmöglichkeiten sei zu verstehen, dass die Begrenzung befristeter Arbeitsverhältnisse auf eine Gesamtdauer von zwei Jahren und höchstens dreimalige Verlängerung „nicht gilt".

Ginge es nach der Hartz-Kommission, schlussfolgert Nielebock, wären künftig Befristungen „ohne jegliche Einschränkungen", also „Kettenverträge ohne Ende" möglich – und das sei gleichbedeutend mit einer Aufhebung des Kündigungsschutzes. •

DGB hilft Flutopfern

Schon 370 000 Euro im Spendentopf

Auf das DGB-Sonderkonto 1000 200 607 „Gewerkschafter helfen" bei der SEB Bank Düsseldorf (BLZ 300 101 11) zu Gunsten der Flutopfer sind inzwischen 370 000 Euro eingegangen. Das hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer beim Dortmunder Festival am 7. September bekannt gegeben.

Sommer hat sich dafür ausgesprochen, die in den deutschen Hochwassergebieten nicht benötigten Sachspenden an Tschechien weiterzuleiten. Die Not in den dortigen Überschwemmungsgebieten sei nicht weniger groß. Zusätzlich zur Telefon-Hotline 0180 3 / 11 83 37, unter der Flutopfer arbeitsrechtliche Infos erhalten, bietet der DGB auch eine E-Mail-Adresse an: *flut-info@dgbrechtsschutz.de*. Die IG Metall, die Verbraucherzentralen und das Hamburger Institut für Finanzdienstleistungen haben ein Webportal mit Beratungshilfen für Flutopfer gestartet: *www.finanzen-in-not.de*. Bereits Ende August hat die Gewerkschaft für ihre von der Katastrophe betroffenen Mitglieder ein mehrere Millionen Euro schweres Hilfspaket geschnürt. „Wir lassen keines unserer Mitglieder im Stich", sagte der Vorsitzende Klaus Zwickel zu dieser bisher einmaligen Hilfsaktion seiner Organisation. Jedes Mitglied kann bis zu 1000 Euro erhalten. Die IG Metall geht von mehreren tausend Mitgliedern aus, die Flutopfer sind. •
www.igmetall.de/nachrichten/flut

wiewardertag?



Mit dem DGB-Festival am 7. September in Dortmund sind die Gewerkschaften in den Schlussspurt ihrer Wahlkampfaktivitäten gestartet. Christiane Zerfaß, 37, Leiterin der Abteilung Strategische Planung beim DGB-Bundesvorstand, war für die inhaltliche Koordination des Festivals zuständig.

Schön war's – das Festival war eine gelungene Mischung aus Politik, Party und Kultur. Dank der vielen helfenden Hände, die dafür gesorgt haben, dass die Rahmenbedingungen stimmten – sei es bei den Vorbereitungen in den Wochen zuvor oder am Veranstaltungstag selbst. Für die tolle Atmosphäre haben die über 11 000 TeilnehmerInnen, die von überall in der Bundesrepublik nach Dortmund reisten, allein gesorgt. Zum Glück spielte auch das Wetter mit: Das Rahmenprogramm vor der Westfalenhalle war auf Sonnenschein angelegt. Nicht gerechnet hatten wir damit, dass am diesem Tag mit der Autobahn A45 eine der wichtigsten Zufahrtsstraßen zeitweilig gesperrt war. Dennoch erreichten fast alle der 320 Sonderbusse aus den DGB-Regionen noch rechtzeitig das Festivalgelände. Natürlich gab es sowohl vor wie auch während des Festivals immer wieder Schreckmomente, das meiste hatten wir aber schnell im Griff. Wenn eine solche Veranstaltung reibungslos über die Bühne gegangen ist, sind alle erleichtert, und meist ist wenig Raum für eine vernünftige Auswertung. Dabei haben wir Organisatoren einiges gelernt, und viele der Erfahrungen oder Recherchen lassen sich auf andere Großveranstaltungen übertragen. Wir wollen deshalb Stärken wie auch Schwächen der Planung festhalten, um beim nächsten Event darauf aufbauen zu können.
Mit dem Festival haben DGB und Gewerkschaften noch einmal gemeinsam bekräftigt, welche Forderungen sie an die künftige Regierung haben. Es sollte aber auch der Mobilisierung dienen – nach außen wie nach innen. Unsere wichtigste Botschaft an alle Wahlberechtigten: Geht wählen – denn bei dieser Wahl steht viel auf dem Spiel. Sie stellt die Weichen für die Zukunft des Arbeitsmarktes, des Gesundheitswesens und des Tarifrechtes. Damit es gelingt, diese Tragweite möglichst vielen Menschen zu verdeutlichen, müssen wir für den Endspurt des Wahlkampfes noch einmal alle Kräfte mobilisieren. Ich hoffe, dass das Festival dafür ein wenig zusätzliche Power gegeben hat.

DGB-Wahlfestival

11 000 zeigen Flagge gegen „soziale Kälte“

Der Countdown läuft. Nur noch wenige Tage bis zum 22. September. Motiviert vom erfolgreichen Aktionsfestival am 7. September in Dortmund mischen sich DGB und Gewerkschaften auch in den heißen Wahlkampf kräftig ein. Wichtigstes Ziel: möglichst viele Wahlberechtigte bewegen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.



Mehr als 11 000 GewerkschafterInnen zeigten in der Dortmunder Westfalenhalle, was sie von den Parteien in Sachen Tarifautonomie, Arbeitnehmerrechte oder Gesundheitsreform erwarten. Unter dem Motto „Wir haben die Musik. Ihr habt die Stimme“ begeisterte das Festival die TeilnehmerInnen mit einer bunten Mischung aus Politik und Kultur, aus Solidaritätsaktion und Familienfest.

„Die Wahl ist noch nicht entschieden“, erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und appellierte an alle Wahlberechtigten: „Gehen Sie wählen!“ Er rief dazu auf, vor der Stimmabgabe am 22. September genau zu prüfen, was den ArbeitnehmerInnen mehr gebracht habe: „die neoliberale Deregulierungspolitik von Kohl und Rexrodt oder der couragierte Versuch von Rot-Grün, die Gesellschaft sozial gerecht zu modernisieren“.

Sommer betonte, die Union habe mit der Vorlage ihres Startprogramms den Gewerkschaften den Kampf angesagt. „Wir wollen den Kampf nicht, aber wenn er geführt werden muss, werden wir ihn führen.“ In Angela Merkels und Edmund Stoibers 100-Tage-Programm wehe „der Wind sozialer Kälte“. Die von ihnen geplanten Einschnitte bei der Tarifautonomie seien der fundamentalste Angriff auf die Arbeitnehmerrechte seit 50 Jahren.

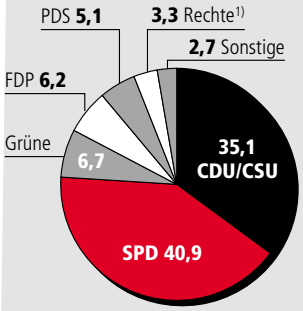
Auch bei Rot-Grün sei nicht alles Gold, was glänzt, so Sommer. „Aber die Richtung stimmt – von den Arbeitnehmerrechten bis zur Gesundheitsreform.“ Sommer machte außerdem den Arbeitgebern den Vorwurf, gezielt mit Entlassungen zu drohen und damit die Arbeitslosigkeit als Waffe gegen die rot-grüne Regierung einzusetzen. Er rief die Arbeitgeber dazu auf, ihre „Beschäftigungs- und Ausbildungsblockade“ zu beenden.

Der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel warf in seinem Statement CDU/CSU und FDP vor, mit ihren Angriffen auf die Tarifautonomie „einen Grundpfeiler des modernen und sozialen Deutschlands“ zu zerstören. Er wies nachdrücklich die von der Union geplanten Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes sowie die Einschränkung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer zurück. Setzten sich Stoiber und Westerwelle durch, werde die soziale Balance in Deutschland aus den Fugen geraten.

Neben politischen Forderungen kamen beim DGB-Festival, moderiert von der Schauspielerin Renan Demirkan, auch Spaß und Kultur nicht zu kurz. So traten u.a. die Kölner Rockband BAP, der Sänger Konstantin Wecker, die Bands Bell, Book & Candle und Orange Blue sowie der Kabarettist Thomas Freitag auf. Die KünstlerInnen riefen nicht nur dazu auf, wählen zu gehen, sondern bezogen zum Teil deutlich Position. „Ich will nicht, dass die Uhr in Deutschland wieder zurück gedreht wird – und deshalb lieber Rot-Grün als Stoiber“, erklärte zum Beispiel Wolfgang Niedecken von BAP. •

Wahl '98: GewerkschafterInnen für Rot-Grün

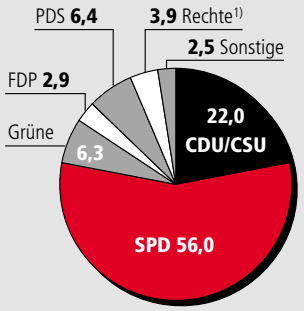
Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1998 (in Prozent)



Alle Wähler

1) DVU, Republikaner, NPD

Quelle: Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl 1998



Gewerkschaftsmitglieder 2)

1) Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. DAG, Beamtenbund)

Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag von *einblick*

DGB einblick / Nachdruck frei

Auch bei der Bundestagswahl 1998 stand eine Richtungsentscheidung an. Mit 82,2 Prozent war '98 die Wahlbeteiligung deutlich höher als 1990 (77,8 %) und 1994 (79,0 %). Aktuelle Umfragen zeigen, dass immer mehr Menschen am 22. September auf ihr Wahlrecht verzichten wollen. Mit der Kampagne „Es steht viel auf dem Spiel“ will der DGB Wahlverdrossene bewegen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Endspurt

Unter dem Motto „Ich gehe wählen! Du doch auch?“ hat der DGB-Bezirk West zwei Wochen vorm Wahltag eine Kampagne gegen Wahlmüdigkeit gestartet. Neben Großflächen-Transparenten setzt der DGB West auch Plakate, Auto- und Briefaufkleber sowie Türanhänger ein.

Infos: 0681 / 40 00 123

Eine Blitzumfrage unter allen 105 hessischen DirektkandidatInnen hat der DGB Hessen gemacht. Ihre Positionen zum Thema Kündigungsschutz oder zur Gesundheitspolitik hat der DGB ausgewertet, in einer Broschüre zusammengefasst und ins Internet gestellt.

Infos: www.hessen.dgb.de

Auch der DGB Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt hat die KandidatInnen befragt und ihre Antworten ins Netz gestellt. Außerdem hat er vier Postkarten zur Wahl aufgelegt.

Infos: www.nsb.dgb.de

„Es steht viel auf dem Spiel. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit.“
Infos zu den DGB-Aktivitäten im Wahlkampf:
www.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

Sozialhilfe-Ratgeber

Mehrbedarf & Co

Zwischen Regelsatz, Freibetrag und Mehrbedarf verlieren BezieherInnen von Sozialhilfe schon einmal den Durchblick. Deshalb haben IG Metall und die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen ihren Ratgeber „Sozialhilfe, Tipps und Hilfen für den Umgang mit den Sozialämtern" auf den neuesten Stand gebracht. Die Broschüre bietet neben aktuellen Zahlen Tipps für verschiedene Fallgruppen. Der Ratgeber kann per Post mit einem beigelegten 5-Euro-Schein bestellt werden. •

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen Marktstraße 10, 33602 Bielefeld

Fachtagung

Migration gestalten

Zuwanderung hat nicht nur volkswirtschaftliche, sondern auch soziale und kulturelle Aspekte. Dieses Spektrum deckt die Fachtagung „Sozialpolitische Gestaltung der Zuwanderung zwischen Integrationsanforderungen und kultureller Vielfalt" der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt am 10. und 11. Oktober in Hennef (Sieg) ab. Die Teilnahme ist kostenlos, Übernachtung plus Frühstück können für 41,60 Euro gebucht werden. •

SozialerFortschritt@t-online.de

Otto-Brenner-Stiftung

Gerechtigkeit globalisieren

Regieren uns Schröder, Fischer und Stoiber oder längst Vodafone, Microsoft und Credit Suisse? Und was bedeutet Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert? Diese Fragen beschäftigen die Otto-Brenner-Stiftung auf ihrer Jahrestagung unter dem Titel „Globalisierung und Gerechtigkeit?" am 30. und 31. Oktober in Berlin. Zu den ReferentInnen gehören DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer, der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel und der ehemalige Berliner Wirtschaftssenator Gregor Gysi. Anmeldung bis zum 15. Oktober per Online-Formular. •

www.otto-brenner-stiftung.de



Mit Europäischer und Internationaler Sozialpolitik – so auch der Titel – befasst sich eine neue Zeitschrift der Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Internationale Sozialpolitik des DGB-Bundesvorstandes. Die gerade erschienene zweite Ausgabe beschäftigt sich im internationalen Teil mit dem Ausschuss für Vereinigungsfreiheit der IAO, der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation und der IAO in der globalisierten Wirtschaft. Im Teil Europäische Sozialpolitik geht es um die EU-Richtlinie zur Information und Konsultation, um Fortschritte in der EU-Sozialpolitik und um Mindestlöhne. Die Zeitschrift erscheint alle vier Monate, Einzelexemplare sind kostenlos.

DGB-Bundesvorstand, Abt. Arbeitsmarkt und Internationale Sozialpolitik, Postfach 11 03 72, 10833 Berlin



Noch bis Ende September ist beim DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg eine Ausstellung politischer Plakate von Klaus Staeck zu sehen. Im Foyer des Gewerkschaftshauses zeugen alte und neue Plakate von politischen Auseinandersetzungen, bei denen Staeck als engagierter Künstler und Querdenker Position bezogen hat. Die Ausstellung ist Bestandteil der DGB-Kampagne zur Bundestagswahl.

Nord-Süd-Netz

Reichtum als Problem

Wer die weltweite Armut bekämpfen will, muss auch über den weltweiten Reichtum sprechen. Diesen Ansatz verfolgt die Jahrestagung „Entwicklungsfalle Reichtum?" des Nord-Süd-Netzes am 28. und 29. September im DGB-Bildungszentrum Hattingen. Der Teilnahmebeitrag von 30 Euro ist inklusive Unterkunft und Verpflegung. Anmeldung bis zum 20. September. •

nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

interregio

••• Das „Gewerkschaftliche Netzwerk gegen den Krieg" hat den ***DGB-Bundesvorstand*** aufgefordert, den ***sechs DGB-Forderungen*** an die neue Bundesregierung einen weiteren Punkt hinzuzufügen: unter dem Motto „Frieden schaffen – Probleme ohne militärische Gewalt lösen" hat das Netzwerk einen Text erarbeitet, den bereits rund 400 GewerkschafterInnen aus ganz Deutschland unterzeichnet haben. Zu den Erstunterzeichnern gehören der thüringische DGB-Vorsitzende Frank Spieth und der ehemalige hessische DGB-Vorsitzende Dieter Hooge. Die Forderungen: den „Antiterror-Krieg" beenden, Waffenexporte einstellen und Entwicklungspolitik ausweiten. Mehr Infos: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., Tel. 069 / 24 24 99 50

••• Die ***DGB-Jugend Hamburg*** und verschiedene Elternverbände der Hansestadt wollen Bürgerschaft und Senat per ***Volkspetition*** zur Rücknahme der beschlossenen Kürzungen im Bildungsbereich bringen. Besonders kritisiert die Gewerkschaftsjugend Kürzungen von über zehn Prozent im Etat der Gesamtschulen, die mangelnde Ausstattung von Berufsschulen und die Streichung von Förderstunden. Die Volkspetition können alle Hamburger BürgerInnen unterzeichnen – also auch SchülerInnen und ausländische MitbürgerInnen. Kommen 10 000 Unterschriften zusammen, muss sich die Bürgerschaft mit den Forderungen beschäftigen. Unterschriftenlisten gibt es zum Download unter *www.dgb-jugend-hamburg.de/Volkspetition.htm*. Mehr Infos: Olaf Schwede, Tel. 040 / 28 58 223

••• Der ***DGB Hessen*** hat seine ***Website*** völlig neu gestaltet. Besonderer Clou zum Neustart sind die online abrufbaren Ergebnisse der „Blitzumfrage" des DGB Hessen zur Bundestagswahl: 44 hessische Direktkandidaten der fünf Bundestagsparteien haben auf die Fragen des DGB zu arbeitspolitischen Themen geantwortet. Eine Auswertung der Antworten und die Fragebogen aller KandidatInnen gibt es unter *www.hessen.dgb.de*

Evangelische Akademie

Hartz praktisch betrachtet

Kein arbeitspolitisches Konzept hat in diesem Jahr für mehr Wirbel gesorgt als die Vorschläge der Hartz-Kommission. Deshalb fragen die Evangelische Akademie Baden und die DGB-Region Mittelbaden auf einer Tagung: „Mehr Privatisierung? Über die Zukunft der Arbeitslosen" am 11. und 12. Oktober in Bad Herrenalb. Diskutiert wird, ob die Vorschläge überhaupt praktikabel sind. Tagungsgebühren betragen einschließlich Unterkunft und Verpflegung 35 Euro. Anmeldung bis zum 4. Oktober. •

Evangelische Akademie Baden Tel. 0721 / 91 75 361 nagel@ev-akademie-baden.de

Gesundheitspolitik vor Richtungswechsel

„Wahlfreiheit" mit Pferdefuß

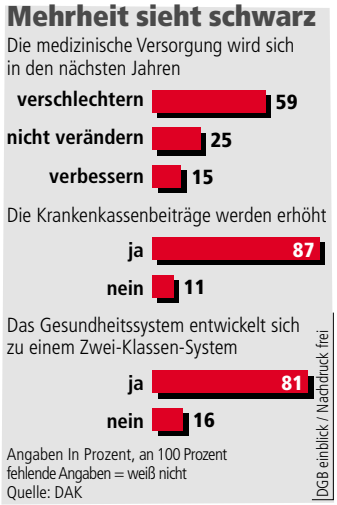
Egal wer die Bundestagswahl gewinnt – die nächste Gesundheitsreform kommt bestimmt. Die Bundesregierung will sie, auch die Opposition. Allerdings unterscheiden sich die Pläne von Rot-Grün und CDU/CSU diametral. Laut DGB steht eine „Richtungsentscheidung" an.

Kerstin Kreuger ist Handlungsreisende in Sachen Gesundheitspolitik. Die Fachfrau des DGB-Bundesvorstands tourt kreuz und quer durch die Republik, stellt die gesundheitspolitischen Forderungen der Gewerkschaften vor, steht auf zahlreichen Veranstaltungen Rede und Antwort – und macht immer wieder eine erstaunliche Erfahrung: „Die Leute meinen, es gäbe jetzt schon eine Zwei-Klassen-Medizin." Der Eindruck rührt daher, dass viele Ärzte – um ihre Einnahmen zu erhöhen – ihren Patienten vorgaukeln, bestimmte Krebsvorsorge-Untersuchungen zum Beispiel würden nicht mehr von der Krankenkasse bezahlt, sondern müssten privat beglichen werden. Kreuger hält stets dagegen: „Es gibt hier zu Lande keine Zwei-Klassen-Medizin, alles medizinisch Notwendige wird bezahlt."

Damit das so bleibt, macht sich der DGB für die Modernisierung des solidarisch finanzierten Gesundheitssystems stark (s. Kasten). Mit der SPD ist er sich weitestgehend einig, die Vorstellungen dieser Partei gingen „im Wesentlichen in die richtige Richtung", sagt die stellvertretende Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer. Erhebliches Bauchgrimmen verursacht ihr das Wahlprogramm von CDU/CSU. Danach sollen die Versicherten „künftig eine größere Wahlfreiheit über den Umfang ihres Versicherungsschutzes erhalten". Das klingt verlockend – wer will nicht frei sein und die Wahl haben, „bei gleichzeitiger Beitragsermäßigung Leistungen abwählen" zu können, wie CDU/CSU versprechen. Junge und Gesunde dürfte es – zunächst – freuen, denn Beitragsermäßigung bedeutet Einkommenserhöhung. Ihnen könnte es lohnend erscheinen, Leistungen abzuwählen. Das Nachsehen hätten Alte, Kranke und Familien, also die besonders Schutzbedürftigen. Für sie hätte die Wahlfreiheit der anderen zwangsläufig zur Folge, dass ihre Beiträge steigen. Denn die Beitragssenkung der Gesunden lässt die Einnahmen der Krankenkassen schrumpfen, deren Ausgaben aber blieben gleich.

Aber auch für die Gesunden ist die Wahlfreiheit nur ein kurzes Vergnügen. Wer einmal den vollen Versicherungsschutz abgewählt hat, erhält ihn nie wieder zurück. Einmal abgewählt – immer abgewählt. Das ist versicherungsrechtlich nicht anders möglich. Wer sich der Solidarität entzieht, kann sie nicht erwarten, wenn er sie benötigt. Abgewählte Leistungen müssen im Krankheitsfall privat finanziert werden. Die Wahlfreiheit wird zum Bumerang.

Der DGB urteilt drastisch: Die von CDU/CSU offerierte Wahlfreiheit sei „das Ende der Solidarität im Gesundheitswesen" und „der Einstieg in die Zwei-Klassen-Medizin". ●



Äußerst negativ schätzen die meisten BürgerInnen die Zukunft des Gesundheitssystems ein. Das hat Ende Juli/Anfang August eine Forsa-Umfrage im Auftrag der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK) ergeben. Vielleicht gerade deshalb ist eine Mehrheit von 75 Prozent dafür, dass am Solidaritätsprinzip „nichts geändert" werden sollte.

„Gesundheit für alle" – Die Forderungen des DGB

- ***Vorbeugung stärker fördern:*** *Mit mehr Prävention und Gesundheitsförderung ließen sich die Kosten im Gesundheitswesen massiv reduzieren. Notwendig sind Kampagnen zur Vorbeugung so genannter Volkskrankheiten, gesündere Arbeits- und Umweltbedingungen.*
- ***Qualität und Wirtschaftlichkeit verbessern:*** *Beide Ziele ließen sich erreichen, wenn Haus- und Facharzt, Krankenhaus und Rehabilitation Hand in Hand arbeiten, überflüssige Untersuchungen und Anwendungen vermieden werden.*
- ***Mehr Wettbewerb einführen:*** *Im Rahmen der ambulanten Versorgung sollten Krankenkassen künftig mit Ärzten Direktverträge schließen können – auf der Grundlage qualifizierter Behandlungsmethoden und unter Ausschluss der Kassenärztlichen Vereinigung. Das würde einen Wettbewerb um die beste Versorgung eröffnen.*
- ***Finanzierung gerechter gestalten:*** *Am Prinzip der Gesetzlichen Krankenversicherung, wonach Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen einzahlen, soll festgehalten werden. Gleichwohl sollten die Lasten auf mehr Schultern verteilt werden – durch Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze (sie gibt vor, bis zu welcher Einkommenshöhe sich Beschäftigte in einer gesetzlichen Kasse versichern müssen) und durch Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze (sie definiert die Einkommenshöhe, bis zu der Beiträge in die gesetzliche Kasse eingezahlt werden müssen). Diese Mehreinnahmen sollten ausschließlich dazu dienen, die Beiträge zur Krankenversicherung insgesamt zu senken. Außerdem sollte die Erweiterung der Versicherungspflicht auf Selbstständige und Beamte geprüft werden.*

Keine Panik

Die Gesetzliche Krankenversicherung ist in die roten Zahlen gerutscht. Die Kassen häuften im ersten Halbjahr 2002 ein Defizit von 2,4 Milliarden Euro an. Trotzdem hofft Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD), die Beiträge zur Krankenversicherung von durchschnittlich knapp 14 Prozent stabil halten zu können. Die Arbeitgeber rechnen mit einer Anhebung von bis zu 0,5 Prozentpunkten.

Das sei „vorschnell", so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Die aktuelle Kassenlage erlaube keine Rückschlüsse auf das Gesamtergebnis der Krankenversicherung am Jahresende. Das Defizit sei kein Grund zur Panikmache. „Die von den Gewerkschaften erkämpften guten Tarifabschlüsse und das Weihnachtsgeld werden sich positiv auf die Finanzsituation auswirken".

Hauptgründe für die Finanznöte der Kassen sind der anhaltende Anstieg der Arzneikosten, Einnahmeausfälle durch Arbeitslosigkeit und der Wechsel zu den Privatkassen. Bis Ende Juni stiegen die Ausgaben um drei Prozent auf 70,2 Milliarden, die Einnahmen aber nur um 0,7 Prozent auf 67,8 Milliarden Euro.

kurz&bündig

Die IG BCE sucht einen neuen Namen für ihre Mitgliederzeitschrift magazin. Ab 2003 soll die Zeitschrift nicht nur inhaltlich und grafisch aufgefrischt werden, sondern auch einen neuen Titel erhalten. Der Grund: Mitglieder hatten den Namen magazin als „wenig profiliert" kritisiert. Viele erinnerten sich noch an die Zeitschriften der Vorläufergewerkschaften Chemie, Bergbau und Leder. Vorschläge können bis zum 20. Oktober an die Pressestelle geschickt werden: presse@igbce.de

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will im öffentlichen Dienst ein „diskriminierungsfreies Tarifrecht" durchsetzen. Die „geschlechtsspezifische Benachteiligung" bei den Bewertungskriterien der Arbeit müsse beseitigt, „die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden", so ver.di-Vorstand Kurt Martin auf dem Weltkongress der Internationale der öffentlichen Dienste in Ottawa (Kanada).

Eine bessere Kinderbetreuung rechnet sich auch volkswirtschaftlich. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der GEW in Auftrag gegebene Studie der Universität Bielefeld. Den Kosten eines Kindergartenplatzes von 4100 Euro stehe eine Wertschöpfung durch höhere Familieneinkommen, Steuern und Sozialbeiträge von 15 800 Euro gegenüber.

Neue Organisationsstruktur beim DGB

17 statt 14 Abteilungen

Der DGB-Bundesvorstand hat seit dem 1. September 17 statt bislang 14 Abteilungen. Neben der neuen Abteilung für „Strategische Planung" im Vorstandsbereich Sommer wird im Vorstandsbereich Hexel eine Abteilung „Rechtspolitik und Mitbestimmung" aufgebaut, der die Arbeitsbereiche „Justitiariat und Unternehmensmitbestimmung" und das Referat „Betriebliche Mitbestimmung" zugeordnet sind.

Zu den Schwerpunktaufgaben der neuen Abteilung gehört auch die „Steuerung der Rechtsschutz GmbH". Außerdem wird die ebenfalls im Vorstandsbereich Hexel angesiedelte Zuständigkeit für den Bereich „Organisation/Personal" wieder in zwei Abteilungen gegliedert: „Personal" und „Organisation und Kommunikation". Das hat der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) am 26. August beschlossen.

Veränderungen des Aufgabenzuschnitts gibt es zudem in der Abteilung „Frauenpolitik" im Vorstandsbereich Engelen-Kefer, die künftig für „Gleichstellungs- und Frauenpolitik" zuständig ist, und in der Abteilung Bildung im Vorstandsbereich Sehrbrock, die künftig unter „Bildung und Qualifizierung" firmiert.

Im Detail ergibt sich daraus folgende Arbeitsteilung im GBV: Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer ist für die Abteilungen „Strategische Planung", „Grundsatz", „Öffentlichkeitsarbeit" sowie die „Internationale und Europäische Gewerkschaftspolitik" zuständig. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer verantwortet die Abteilungen „Arbeits- und Sozialrecht", „Arbeitsmarktpolitik und Internationale Sozialpolitik", „Gleichstellungs- und Frauenpolitik" sowie die „Sozialpolitik". Dietmar Hexel übernimmt die Abteilungen „Personal", „Organisation und Kommunikation" sowie „Mitbestimmung und Rechtspolitik", Ingrid Sehrbrock die Abteilungen „Öffentlicher Dienst/Beamte", „Jugend" sowie „Bildung und Qualifizierung" und Heinz Putzhammer den „Bereich Finanzen", die beiden Abteilungen „Struktur- und Umweltpolitik/Handwerkssekretariat" und „Wirtschafts- und Tarifpolitik" sowie das „Tarifsekretariat". •

Koordinierungsstelle

Vorläufig nur ehrenamtlich

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen (KOS) in Bielefeld ist ehrenamtlich „weiter besetzt und politisch aktiv", teilt der Vorsitzende des Fördervereins der KOS, Jürgen Schumann, im September-Info des Vereins mit. Dabei handle es sich aber nur um eine Übergangslösung. Gemeinsam mit den Gewerkschaften solle der Beschluss des DGB-Kongresses vom Mai umgesetzt werden, die KOS über eine gewerkschaftliche Grundfinanzierung zu erhalten.

Schumann verteidigt die Entscheidung des Fördervereins, allen MitarbeiterInnen gekündigt zu haben; sie sei die einzige Möglichkeit gewesen, „den Verein vor Insolvenz zu schützen". Sobald das neue politisch-organisatorische Konzept und die Grundfinanzierung der KOS stehen, sollen die ehemaligen MitarbeiterInnen, falls ihre Qualifikation mit dem Anforderungsprofil in Einklang stehe, „bevorzugt für eine Beschäftigung angesprochen werden". •



Postkartenaktion des DGB NRW zum Landes-Tariftreuegesetz: Nachdem das bundesweite Tariftreuegesetz am Veto der CDU-geführten Länder im Bundesrat gescheitert ist, hat nun nach Niedersachsen auch die rot-grüne Koalition in NRW einen Entwurf für ein landesweites Tariftreuegesetz in den Landtag eingebracht. Die Kabinettsvorlage sei ein „positives Signal für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit", so der DGB-Bezirksvorsitzende Walter Haas. Der DGB NRW werde das weitere Gesetzgebungsverfahren konstruktiv begleiten. Nachbesserungsbedarf gebe es zum Beispiel beim Schwellenwert. Bereits bei öffentlichen Aufträgen ab 10 000 Euro sollten die beauftragten Firmen zur Einhaltung der ortsüblichen Tarife verpflichtet werden.

DGB-Vorstoß

Von weniger Arbeit leben

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat in einem dpa-Gespräch eine Rückkehr zur Arbeitszeitverkürzung gefordert. Die Wochenarbeitszeit müsse in absehbarer Zeit weiter sinken, „nicht für alle gleichzeitig und gleichmäßig, aber spürbar". Zudem müsse es „auch bei kürzerer Arbeitszeit" möglich sein, „von seiner Arbeit zu leben". Die Forderung nach einer Rückkehr zur Arbeitszeitverkürzung ist auch eine der Thesen des Zukunftsmanifestes der IG Metall. •

Bundestagswahl:

Richtungsentscheidung auch in der Familienpolitik

Flächendeckender Ausbau von Ganztagseinrichtungen oder Familiengeld: Auch in Sachen Vereinbarkeit von Familie und Beruf fällen die WählerInnen am 22. September eine Richtungsentscheidung. Davon ist Anne Jenter, Leiterin der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand, überzeugt.



Anne Jenter, 49, leitet die Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Frauen möchten endlich frei entscheiden können, ob sie erwerbstätig sein wollen und ein eigenes existenzsicherndes Einkommen verdienen. Nach wie vor wirkt aber die Erziehung von Kindern als Beschäftigungs- und Aufstiegshemmnis für Frauen. Es ist ein Skandal, wenn im 21. Jahrhundert noch immer Millionen gut qualifizierter Frauen nicht oder nur in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen erwerbstätig sein können, nur weil es in den westlichen Bundesländern kaum Krippen- oder Hortplätze, wenig Ganztagskindergärten und Ganztagsschulen gibt. Auch volkswirtschaftlich besteht Handlungsbedarf – die Wirtschaft kann vom großen Potenzial der Frauen nur eingeschränkt profitieren.

Noch nie hat dieses vermeintliche „Nischenthema" eine solch große Rolle in einem Wahlkampf gespielt wie 2002. Jetzt kann jeder und jede wählen zwischen dem alten, traditionellen Familienmodell und einem modernen, partnerschaftlichen Rollenverständnis.

Die rot-grüne Bundesregierung stellt den Kommunen und Länder vier Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt für den Ausbau von Ganztagsangeboten zur Verfügung. Mit diesem Einstieg in den Ausbau eines flächendeckenden Ganztagsangebots in den Schulen setzt sie ein richtiges Zeichen. Ausreichen werden die vier Millarden Euro nicht, aber sie sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wie in den meisten europäischen Ländern muss in Deutschland der Staat seine Pflicht umfassender wahrnehmen. Schließlich ist Kindererziehung kein Privatvergnügen, die gesamte Gesellschaft profitiert davon. Eine Auffassung, die auch von einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung bestätigt wird. Sie bilanziert, dass die bisherige deutsche Familienpolitik viel zu stark auf Geldleistungen fixiert sei, und fordert mehr Kinderbetreuung.

Anders die Union: Statt die Ganztagsbetreuung auszubauen, wollen CDU/CSU ein einkommensunabhängiges, gestaffeltes „Familiengeld" in Höhe von 150 bis 600 Euro, je nach Alter des Kindes, einführen. Das Familiengeld führt in die Irre – nicht nur weil es nicht finanzierbar ist. 30 Milliarden Euro hat die Union dafür veranschlagt, aber nicht erklärt, woher sie das Geld nehmen will.

Der Staat kann das Geld für Familien mit Kindern nur einmal ausgeben, entweder als Kinderkopf-Prämie für die Mütter oder für verlässlichere und bessere Kindertageseinrichtungen. Ich weiß genau, was mir lieber ist: Mit einem öffentlich finanzierten, ganztägigen Kinderbetreuungsangebot können sich Frauen für die Berufstätigkeit entscheiden. Mit dem Familiengeld dürfen sie wählen, ob sie die Oma für die Kinderbetreuung bezahlen oder ob sie das Geld für Lebensmittel ausgeben. Bei der Bundestagswahl entscheiden wir auch über die Chancengleichheit für Kinder und Mütter. Mütter brauchen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt und Kinder in der Bildung – und vor allem brauchen Kinder andere Kinder, auch im Vorschul- und Kleinkinderalter.

Es steht viel auf dem Spiel am 22. September – gerade auch für Frauen, ob sie nun Kinder haben oder keine. In keiner der beiden großen Parteien ist der Einfluss der Frauen ausreichend. Auch Rot-Grün hat nicht alles durchgesetzt, was es den Frauen vor vier Jahren versprochen hat – wie etwa ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft.

Dennoch sind die Unterschiede enorm – in den Inhalten und Programmen wie auch im Personal: auf der einen Seite Stoibers Kompetenzteam, eine Altherrenriege mit Katharina Reiche als modernes weibliches Aushängeschild, auf der anderen Seite Schröders Kabinett mit einer Ministerinnenriege, wie sie noch keine Bundesregierung bislang aufweisen konnte. Einiges haben die Ministerinnen in vier Jahren erreicht, und Gerhard Schröder schmückte sich im letzten TV-Duell voller Stolz mit ihren Leistungen. Es sieht so aus, dass Schröder inzwischen erkannt hat, dass Frauen- und Familienpolitik kein „Gedöns" ist – dank der starken Frauen in seinem Umfeld. Wir wollen aber mehr: Es geht nicht darum, „gut zu den Frauen zu sein". Nein, **es ist an der Zeit, Frauen endlich ans Ruder zu lassen** und ihre Lebenssituationen ernst zu nehmen. Jeder und jede sollte sich am 22. September fragen: Welchem Kandidaten traue ich mehr Lernfähigkeit bei der Gleichstellung von Frauen und Männern zu? •

Niedrige Löhne – mehr Jobs?

Dieser Frage geht der aktuelle DGB-Infobrief „Frau geht vor" mit dem Schwerpunkt Arbeitsmarktpolitik nach. Das Heft bietet eine Analyse existierender Kombilohnmodelle und ein Gespräch mit Isolde Kunkel-Weber (ver.di), der einzigen Frau in der Hartz-Kommission. Kunkel-Weber mahnt, darauf zu achten, dass die Hartz-Vorschläge bei der Realisierung „gegendert" werden. „Von einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen und optimalen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind wir leider noch weit entfernt", sagt die ver.di-Vorstandsfrau.

Einzelhefte von „Frau geht vor" gibt es für einen mit 0,77 € frankierten Rückumschlag (DIN C 4) bei der DGB-Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik Postfach 11 03 72 10833 Berlin

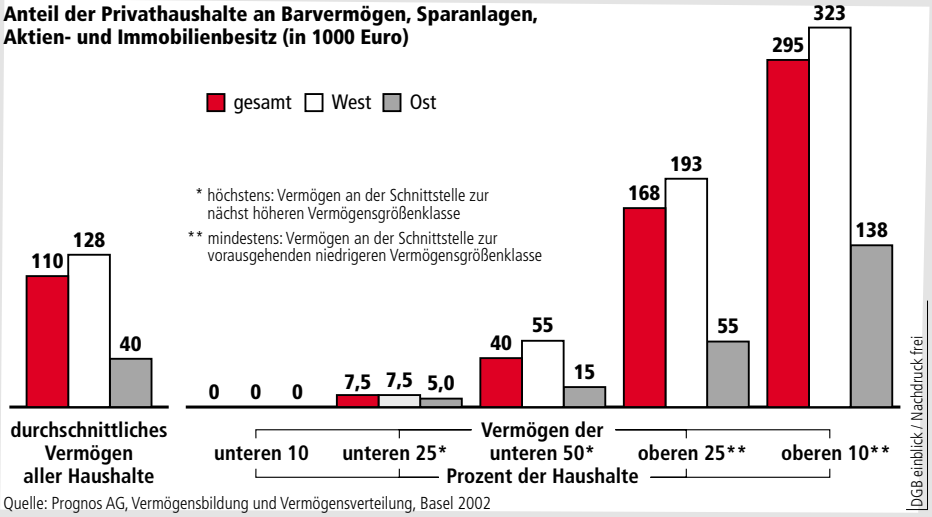
In dem Faltblatt „Familie und Beruf: Wer die Wahlfreiheit will, geht am 22. September wählen" hat die DGB-Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik die wichtigsten Argumente und Fakten zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammengefasst. Der Folder liegt dieser Ausgabe des einblick bei und kann auch im Internet als pdf-Datei heruntergeladen werden: www.dgb.de

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

VERMÖGENSVERTEILUNG: Die meisten gehen leer aus

Zwei Drittel aller Haushalte haben nur ein geringes oder gar kein Vermögen, das hat die Baseler Prognos AG auf der Basis der Einkommens- und Vermögensstichprobe 1998 im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung ermittelt. Ursache ist die ungleiche Verteilung: Während im Schnitt auf jeden Haushalt Vermögen von 110 000 Euro entfallen (128 000 Euro im Westen, 40 000 Euro im Osten) beträgt das tatsächliche Vermögen eines mittleren Haushalts lediglich 40 000 Euro (55 000 Euro im Westen, 15 000 Euro im Osten). Ein Viertel aller Haushalte verfügt über höchstens 7500 Euro.



Quelle: Prognos AG, Vermögensbildung und Vermögensverteilung, Basel 2002

personalien

••• ***Marie Seyboth,*** 45, Referatsleiterin in der Grundsatzabteilung des DGB sowie Justiziarin des DGB-Bundesvorstands, ist seit dem 1. September Leiterin der Abteilung Mitbestimmung und Rechtspolitik im Vorstandsbereich Hexel.

••• ***Ralf-Peter Hayen,*** 46, Referatssekretär in der Abteilung Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Vorstandsbereich Engelen-Kefer, ist seit dem 1. September Referatssekretär in der Abteilung Mitbestimmung und Rechtspolitik im Vorstandsbereich Hexel.

••• ***Nicole Wagner,*** 19, macht seit dem 1. September beim DGB-Bundesvorstand eine Ausbildung als Veranstaltungskauffrau.

14 TAGE

17.9. DGB Nord, „Reform des Gesundheitswesens – Gerechtigkeit verwirklichen", mit Ursula Engelen-Kefer, Angela Merkel und Dietmar Bartsch, Lübeck

17./18.9. IG Metall, Fachtagung „Arbeitszeit und Beschäftigung", Berlin

22.9. Bundestagswahl und Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern

23.9. Rhein-Main-Runde zur Gewerkschaftspolitik, „Nach der Wahl: Wohin steuert Deutschland?", Frankfurt/M.

26.-28.9. „Für soziale Gerechtigkeit und Solidarität", Branchenkonferenz Holz und Kunststoff der IG Metall, Erfurt

Tipp

***Film:** Ken Loach, **The Navigators,** Kinostart: 10. Oktober 2002*

Einen Tag nach der Privatisierung der Britischen Eisenbahn werden die Firmenschilder ausgewechselt und die Mitarbeiter vor die Wahl gestellt, mit einer Abfindung das Unternehmen zu verlassen oder neue, deutlich schlechtere Verträge zu akzeptieren. Gleichzeitig geht mit der Privatisierung ein radikaler Wandel der Unternehmenskultur einher. Und so drückt es der neue Geschäftsführer im Film konkret aus: „Bisher haben wir nur gearbeitet. Zukünftig müssen wir sagen, was wir tun wollen – und es dann tun."

Die Eisenbahner verstehen, was gemeint ist, und kommentieren die Worte ihres neuen Chefs mit viel Witz und Ironie. Bis sie bemerken, dass ihnen Witz und Ironie auf die Dauer nicht helfen, Antworten auf die Neuordnung ihrer Arbeitsbereiche zu finden. Denn diese Neuordnung wirkt sich in einer Weise auf ihr Leben aus, die weit ins Private hinein reicht. Der Film zeigt auf packende Weise, wie die Privatisierung der Britischen Eisenbahn in der Thatcher-Ära – und vieler anderer staatlicher Unternehmen – zu längst überwunden geglaubten beinahe frühkapitalistischen Zuständen zurück führt.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Die Beschäftigten erhalten tarifliche Bedingungen, allerdings in Teilbereichen dann auf einem anderen Lohnlevel als die Stammbelegschaft."

Der ehemalige ÖTV-Vorsitzende und jetzige Arbeitsdirektor des Frankfurter Flughafens (Fraport) Herbert Mai in einem Interview in der Frankfurter Rundschau vom 4. September über die Ziele des geplanten Outsourcings bei der Fraport

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 30.09.2002 17/02

DGB

DGB bietet Rot-Grün Zusammenarbeit an

Sommer: „Die Zeit ist reif für Taten"

Aufbruchstimmung und Erleichterung: „Jetzt Deutschland sozial gerecht modernisieren!" So lautet nach Auffassung des DGB-Bundesvorstandes die zentrale Botschaft der WählerInnen an die neue Bundesregierung. Er fordert deshalb von ihr „eine konsequente Offensive für mehr Beschäftigung" – und bietet Rot-Grün dabei seine Mitarbeit an. „Die Zeit ist reif für Taten", erklärte DGB-Vorsitzender Michael Sommer in Anspielung auf den Slogan des Ex-Kanzlerkandidaten der Union, Edmund Stoiber. Seine Freude über die Wiederwahl der SPD-geführten Regierung verhehlt er nicht: „Dass wir nach vorne schauen, dass wir Zukunftsaufgaben anpacken können, das ist für mich das Beste am rot-grünen Wahlsieg."

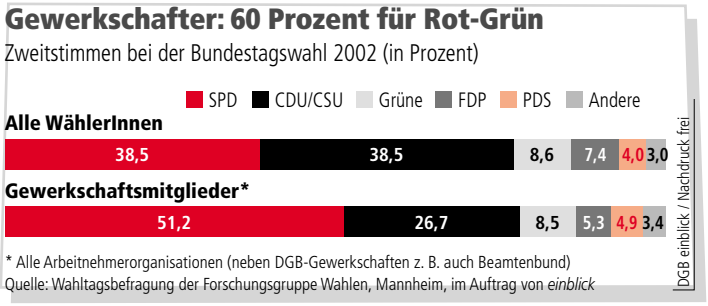
Der DGB sei nicht gezwungen, die Schlachten von gestern zu schlagen. Der Diskussion darüber, ob die DGB-Spitze im Wahlkampf das Prinzip der Einheitsgewerkschaft verletzt habe, sieht Sommer „gelassen entgegen".

Mit der Arbeitsmarktbilanz der alten und neuen Regierung ist der DGB laut Sommer nicht zufrieden. Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit sei deshalb oberstes gewerkschaftliches Ziel. Einen Beitrag dazu leisteten die Vorschläge der Hartz-Kommission. Daran halte der DGB auch nach der Wahl fest. Die Hartz-Pläne müssten jetzt zügig umgesetzt werden, wobei an der einen oder anderen Stelle Korrekturbedarf bestehe, zum Beispiel bei der Aufhebung des Kündigungsschutzes für Ältere.

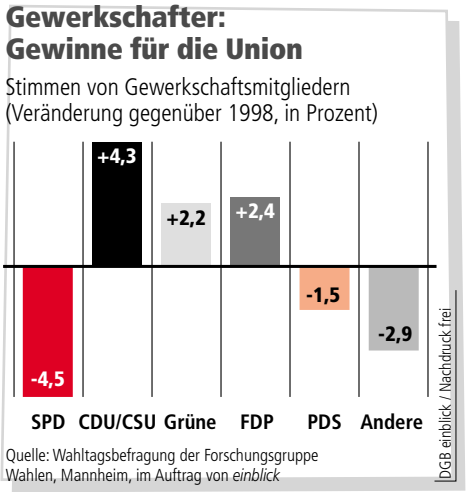
Die Arbeitsvermittlung zu optimieren genüge jedoch nicht. Auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik müsse die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ihrem Ziel erklären, fordert der DGB-Vorsitzende: „Sparpolitik ist dort falsch, wo sie Beschäftigungspolitik blockiert." Zum Beispiel müsse die Reform der Gemeindefinanzen die Handlungsfähigkeit der Kommunen wieder herstellen und sie schon 2003 zu höheren Investitionen befähigen.

Sommer plädiert für eine Neuauflage des Bündnisses für Arbeit. Das Bündnis sei aber kein Platz für allgemeingesellschaftliche Debatten, damit es konstruktiv sein könne, müsse es auf das Thema Arbeit begrenzt bleiben. Voraussetzung für die Weiterführung des Bündnisses ist laut DGB-Bundesvorstand die Bereitschaft von Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften zu gegenseitig verpflichtenden Verabredungen.

Druck machen will der DGB aber nicht nur beim Abbau von Arbeitslosigkeit, sondern auch bei der Gleichstellung der Geschlechter. „Ich will nicht akzeptieren", so Michael Sommer, „dass ein Kind für eine Frau de facto immer noch einen Karriereknick bedeutet." Notwendig seien wesentlich mehr Ganztagsangebote und flexible Arbeitszeiten, „damit Mütter und Väter ohne schlechtes Gewissen ihrem Beruf nachgehen können". •



47,1 Prozent aller WählerInnen stimmten für Rot-Grün, bei den Gewerkschaftsmitgliedern waren es dagegen 59,7 Prozent.



Gegenüber 1998 nahm der Stimmenanteil von SPD und PDS unter den GewerkschafterInnen ab, dagegen konnten CDU/CSU, Grüne und FDP mehr gewerkschaftlich organisierte WählerInnen für sich gewinnen.

inhalt

Bundestagswahl 2002

So haben GewerkschafterInnen gewählt **Seite 2**

„Wir haben verstanden", verspricht Bundesarbeitsminister Walter Riester **Seite 3**

„Viel Porzellan zerschlagen", christliche-soziale GewerkschafterInnen kritisieren das Wahlkampf-Engagement der Gewerkschaften **Seite 5**

DGB-Sprecher Hans-Jürgen Arlt plädiert dafür, mit Rot-Grün ein linkes Modernisierungsprojekt der Arbeit zu entwickeln **Seite 5**

Welche GewerkschafterInnen in den Bundestag gewählt worden sind, steht auf den Seiten 3, 5 und 7

SPEZIAL: Internet

Arbeitsplatzkontrolle – Big Brother liest mit

Die Homepages der Gewerkschaften – Kurzdarstellung und Bewertung

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.prognos.com/html/p_techatlas.html

Der Prognos-Technologieatlas 2002: Deutschlands Regionen im Wettbewerb

Im Faxabruf

0211 / 43 01 653

Trendreport Betriebsrätewahlen 2002 Erweiterte Analyse des Büros für Sozialforschung Kassel

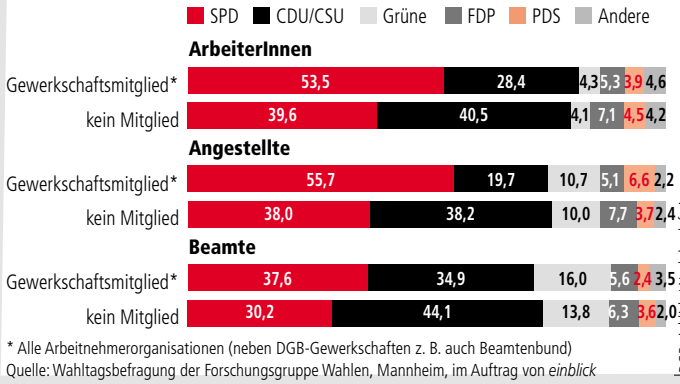
BUNDESTAGSWAHL

Im Rahmen ihrer Wahltagsbefragung am 22. September hat die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen insgesamt rund 20 000 WählerInnen interviewt, knapp 20 Prozent der Befragten gehören Arbeitnehmerorganisationen an.

Ob ArbeiterInnen, Angestellte oder Beamte – bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen liegt in allen Berufsgruppen die SPD vor der CDU/CSU. Während vor vier Jahren 60,9 Prozent der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen für die SPD votierten, waren es 2002 noch 53,5 Prozent. Gestiegen ist der Stimmenanteil der Sozialdemokraten dagegen bei den Angestellten, die einer Gewerkschaft angehören – von 52,5 Prozent vor vier Jahren auf 55,7 Prozent bei der Wahl 2002.

Gewerkschafter: SPD noch vorn

Zweitstimmen von Berufstätigen bei der Bundestagswahl 2002 nach Berufsgruppen und Gewerkschaftszugehörigkeit (in Prozent)



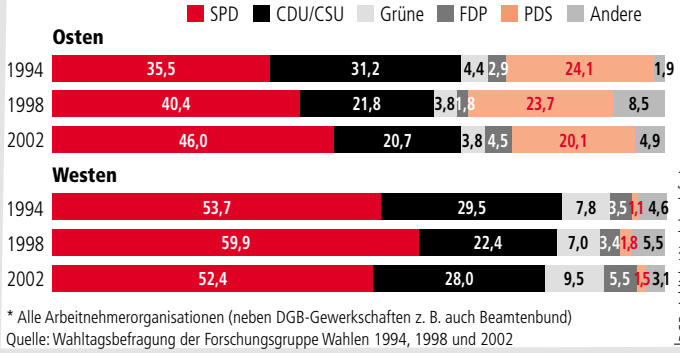
* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

DGB einblick / Nachdruck frei

Im Osten hat sich der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder, die SPD wählen, von 1994 bis 2002 kontinuierlich auf 46,0 Prozent erhöht. Im Westen haben sich gegenüber 1998 dagegen 7,5 Prozent weniger Gewerkschaftsmitglieder für die SPD entschieden. Gleichzeitig stieg der Anteil der gewerkschaftlich organisierten CDU/CSU-WählerInnen um 5,6 Prozent. Auch Grüne und FDP konnten im Westen mehr GewerkschafterInnen gewinnen (Grüne: plus 2,5 Prozent; FDP: plus 2,1 Prozent).

SPD: Gewinne im Osten, Verluste im Westen

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 in Ost und West (in Prozent)



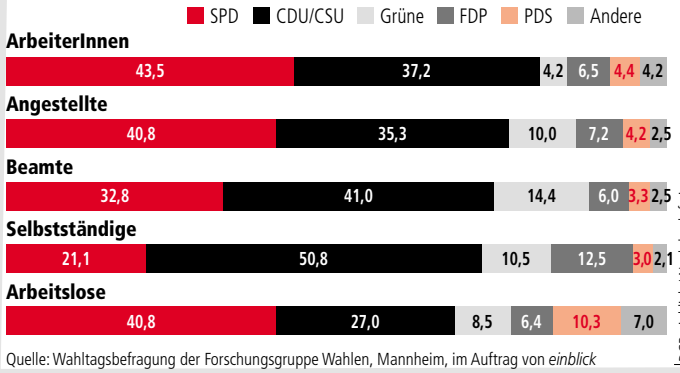
* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen 1994, 1998 und 2002

DGB einblick / Nachdruck frei

Insgesamt liegt bei Beamten und Selbstständigen die Union vorn, bei ArbeiterInnen und Angestellten trotz Verlusten nach wie vor die SPD. Arbeitslose haben mit 40,8 Prozent überdurchschnittlich SPD gewählt. Auffallend hoch ist unter den Erwerbslosen mit 10,3 Prozent insbesondere der Anteil der Stimmen für die PDS.

Arbeitslose wählen Rot

Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2002 nach Berufsstatus (in Prozent)



Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

DGB einblick / Nachdruck frei

Stimmen zur Wahl

Zwickel fordert Gegenleistung – Schmoldt will „mehr Dampf"

Wahltag ist Zahltag. Getreu diesem Motto erwartet der IG Metall-Vorsitzende **Klaus Zwickel** von SPD und Grünen, dass sie rasch „das Gespräch mit denen suchen, die sie in der Wahlauseinandersetzung unterstützt haben". Die Stimmen der SPD seien nicht in der Mitte, sondern bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewonnen worden. Noch vor Beginn der Koalitionsverhandlungen sollten beide Parteien mit den Gewerkschaften reden, erklärte Zwickel am Tag nach der Bundestagswahl.

Der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie, Energie (BCE), **Hubertus Schmoldt,** betonte hingegen, seine Gewerkschaft habe im Wahlkampf für keine bestimmte Partei oder Parteienkonstellation geworben, wohl aber für eine bestimmte Politik. Es gehe jetzt darum, die bereits eingeleiteten Reformen fortzusetzen. „Und zwar mit mehr Dampf." Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit müsse das innenpolitische Thema Nummer eins bleiben. Die Vorschläge der Hartz-Kommission müssten zügig und konsequent umgesetzt werden. Gleichzeitig spricht sich Schmoldt für die Fortsetzung des Bündnisses für Arbeit aus. Die dort getroffenen Vereinbarungen müssten allerdings verbindlicher werden. Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt der IG BCE-Vorsitzende steuerliche Anreize vor. Bespielsweise sollten Betriebe, die Teilzeitarbeit fördern, steuerlich entlastet werden.

Auch nach Auffassung des IG Metall-Vorsitzenden Zwickel muss die neue Parlamentsmehrheit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Der einst beschrittene „Weg in die Mitte" sei kein überzeugendes Mehrheitsprojekt gewesen". •

Versprechungen und Erwartungen

Walter Riester: „Wir haben verstanden“

Die Stimmen der ArbeitnehmerInnen bei der Bundestagswahl seien „das Fundament der neuen Regierungspolitik“, versicherte Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) gegenüber einblick. „Es sind Stimmen für Modernisierung und soziale Gerechtigkeit. Wir haben diese Botschaft verstanden.“

Der Arbeitsminister kündigte an, das Reformtempo in der neuen Legislaturperiode werde so hoch sein wie in der vergangenen: „Reform von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, damit verknüpft die Reform der Gemeindefinanzen. Neuordnung der Rentenbesteuerung, Reform der Bundesanstalt für Arbeit und der Arbeitsförderung. Das alle sind große Räder, die es zum Nutzen der Beschäftigten, der Arbeitssuchenden und der nicht mehr Aktiven zu drehen gilt. Und zwar immer in enger Kooperation mit den Gewerkschaften.“

Unterschiedliche Akzente in der Kommentierung des Wahlergebnisses setzen die Gewerkschaftsvorsitzenden Frank Bsirske (ver.di), Franz-Josef Möllenberg (Nahrung-Genuss-Gaststätten) sowie Eva-Maria Stange (Erziehung und Wissenschaft): **Bsirske** wertet den Wahlausgang als einen Erfolg für ArbeitnehmerInnen, „wenn man bedenkt, was vor allem die FDP an Einschnitten in Arbeitnehmerrechte angekündigt hatte.“ Jetzt gehe es darum, die angekündigten Vorhaben umzusetzen: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müsse verbessert, das Angebot an Ganztagsschulen und Kinderbetreuungsplätzen erweitert werden. Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen müssten gesteigert, die Hartz-Pläne konkretisiert und die öffentlichen Investitionen verstärkt werden.

Nach Einschätzung von **Möllenberg** ist Rot-Grün „mit einem blauen Auge davongekommen“. Ohne die Kampagne der Gewerkschaften zum Erhalt der Tarifautonomie sähe das Wahlergebnis anders aus. Den Grünen rät der NGG-Vorsitzende, „nicht übermütig“ zu werden. Für die GEW-Vorsitzende **Stange** ist das wichtigste Ergebnis der DGB-Wahlkampagne, „dass die Wahlbeteiligung nicht so dramatisch gesunken ist, wie das zu befürchten war“. Dank des Wahlergebnisses könne „der Aufbruch in der Bildungspolitik fortgesetzt werden“.

Der bayerische DGB-Vorsitzende und SPD-Abgeordnete **Fritz Schösser** freut sich zwar ebenfalls über den Fortbestand der rot-grünen Koalition. Sorgen bereitet ihm jedoch der größere Einfluss des kleinen Koalitionspartners. „Er könnte den Gewerkschaften viel Kopfzerbrechen bescheren.“

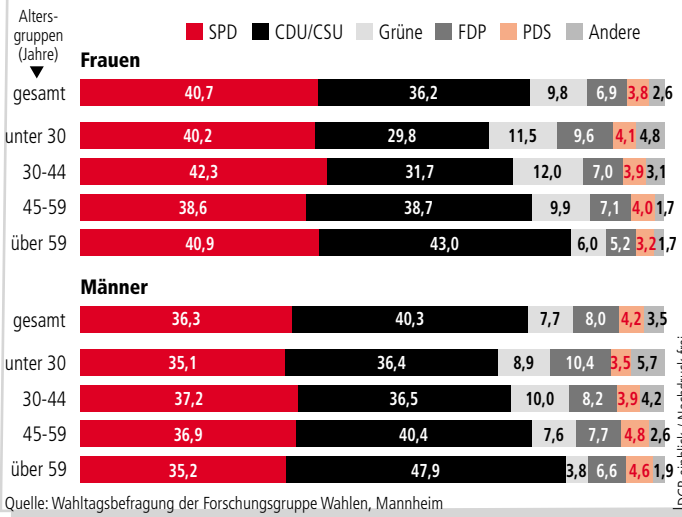
Sabine Zimmermann, Vorsitzende der sächsischen DGB-Region Vogtland-Zwickau, hofft darauf, „dass der Osten sich inhaltlich wie personell stärker in der Regierung wiederfindet“. Schließlich habe Rot-Grün die Wahl im Osten gewonnen. „Von den ostdeutschen Abgeordneten von SPD und Grünen erwarte ich mehr Druck.“

Der Kölner DGB-Regionsvorsitzende **Wolfgang Uellenberg-van Dawen** interpretiert das Wahlergebnis als „deutliche Mahnung an alle politischen Parteien, mit neuen Initiativen die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen“.

Für den SPD-Abgeordneten und 1. Bevollmächtigten der IG Metall Gütersloh, **Klaus Brandner,** kommt es jetzt darauf an, „gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern die Arbeitsmarktpolitik zu reformieren“. Dabei sollten die Gewerkschaften mit der Regierung fair umgehen. „Freunde überfordert man nicht. Gemeinsamkeiten zu pflegen macht mehr Sinn, als nach Trennendem zu suchen.“ •

Frauen wählen Rot-Grün

Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht und Alter (in Prozent)



Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

DGB einblick / Nachdruck frei

50,5 Prozent aller Wählerinnen votierten für Rot-Grün, dagegen nur 44,0 Prozent der Männer. In allen Altersgruppen ist der Stimmenanteil für Rot-Grün bei den Frauen höher als bei den Männern. Sie haben mit dafür gesorgt, dass der Frauenanteil im Bundestag von 30,9 Prozent in der letzten Legislaturperiode auf nun 31,5 Prozent gestiegen ist. Mit 58,2 Prozent weist die grüne Fraktion den höchsten Frauenanteil auf, gefolgt von der SPD mit 37,5 Prozent. 22,2 Prozent der CDU-Abgeordneten sind weiblich, Schlusslicht ist die FDP mit 21,3 Prozent weiblichen Abgeordneten.

So wurden sie gewählt

Es gibt kein Verzeichnis aller Gewerkschaftsmitglieder im deutschen Bundestag. Und dennoch gehört mehr als ein Drittel aller Abgeordneten dazu: In der letzten Wahlperiode galt das immerhin für 277 der 669 Abgeordneten.

Nicht alle haben den Sprung in den neuen Bundestag geschafft. Zum Teil sind sie nicht mehr angetreten, wie der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (IG Metall) oder der frühere Kölner DGB-Vorsitzende Konrad Gilges, andere verpassten den Wiedereinzug ins Parlament.

Prominentestes Opfer ist der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel, dessen dritter Listenplatz in Hessen wegen der vielen Direktmandate für die SPD nicht zog. Andere GewerkschafterInnen sind neu ins Parlament gekommen, unter ihnen die ehemalige Hamburger Senatorin und DGB-Vorsitzende Nordmark Karin Roth (IG Metall).

einblick stellt die Wahlergebnisse von einigen der gewählten Gewerkschaftsmitglieder vor. Ein Verzeichnis aller Abgeordneten, die Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sind, werden wir veröffentlichen, sobald alle Daten vorliegen.

***Gerd Andres,** parlamentarischer Staatssekretär, bis 1998 Sekretär beim Hauptvorstand der IG BCE, SPD, Hannover I, 55 % der Erststimmen / 50,9 % der Zweit-*

weiter auf Seite 5 →

PROJEKTE UND PARTNER

ver.di-Kongress

Wissensmanagement: „Wissen ist was wert“



Um das Gold in den Köpfen der Menschen geht es beim Kongress „Wissen ist was wert“ vom 11. bis 13. Februar 2003 im Maritim Kongress-Zentrum in Bremen, den ver.di gemeinsam mit der Arbeitnehmerkammer Bremen durchführt. Erwartet werden neben ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften insbesondere rund 500 Betriebs- und Personalräte.

Ziel von Unternehmen in der Wissensgesellschaft ist es, den Produktionsfaktor Wissen besser zu nutzen. Durch Wissensvorsprünge versprechen sie sich eine bessere Wettbewerbsfähigkeit und den Beschäftigten sichere Arbeitsplätze. Doch Wissensmanagement ist mehr als das Sammeln von Daten. Wer bekommt Zugang zu welchen Informationen? Hat jemand Chancen auf ein besseres Gehalt, weil er mehr weiß? Wie müssen lernförderliche Arbeitsbedingungen aussehen? Wie können Betriebsräte Chancen von Wissensmanagement-Systemen nutzen? Welche Betriebsvereinbarungen gibt es bereits? Und was müssen Betriebsräte mit welchen Zielen wie gestalten? 80 ReferentInnen werden Wissensmanagement-Methoden vorstellen.

Die Teilnahme kostet 850 Euro, FrühbucherInnen (bis 31.10.) bekommen 100 Euro Rabatt. •

Tel. 069 / 66 95 33 01
info@wissen-ist-was-wert.de
www.wissen-ist-was-wert.de

AiB-Kongress

Betriebsrente neu gestalten

„Neue Herausforderungen in der betrieblichen Altersvorsorge“ lautet das Thema eines Kongresses, den der gewerkschaftliche AiB-Verlag, Köln, am 29. Oktober in Berlin veranstaltet. Im Mittelpunkt stehen die Gestaltungsmöglichkeiten des neuen Betriebsrentenrechts. Es referieren Experten wie Heribert Karch, Geschäftsführer der MetallRente, und Klaus Stiefermann, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung. Die Teilnahme kostet 600 Euro. •

Tel. 0 22 03 / 93 52 546
martina.voiss@aib-verlag.de

Metall-Projekt Personaltransfer

Hilfe bei Entlassungen

„Personaltransfer Informationsstelle“ nennt sich ein gemeinsames Projekt der IG Metall Berlin und des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie von Berlin-Brandenburg. Ein Wortungetüm, hinter dem sich eine segensreiche Einrichtung verbirgt: Stehen irgendwo in der Bundeshauptstadt oder im Land Brandenburg Entlassungen an, soll die Informationsstelle mit Rat und Tat helfen. „Personaltransfer“ informiert über Fördermöglichkeiten bei der Qualifizierung oder bei der Übernahme der von Entlassungen Betroffenen in Transfergesellschaften. Das Angebot richtet sich nicht allein an Großunternehmen. Auch kleinen Betrieben steht die Hilfe der Personaltransferstelle zur Verfügung, weil vor allem dort oft das erforderliche Know-how fehlt, wie notwendige Personalanpassungsmaßnahmen sozial verträglich gestaltet werden können. Das Aushandeln eines Sozialplans bleibt Betriebsrat und Geschäftsführung überlassen. •

www.personaltransfer-berlin.de

BHW Invest GmbH

Neue Konzepte für die Rente

Die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG) hat gemeinsam mit der BHF-Bank und der BHW-Gruppe die Kapitalanlagegesellschaft BHW Invest GmbH mit Sitz in Frankfurt/M. gegründet. Ihr Zweck ist die Entwicklung von Investmentfonds-Konzepten für die private und betriebliche Altersversorgung. Das Unternehmen will in ein paar Jahren Anlagen im Wert von einigen Milliarden Euro managen. •

www.bhw-invest.de

union.gleichjetzt.de

„Rettet die Union-Druckerei“

Der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg hat eine Initiative zum Erhalt der gewerkschaftlichen Union-Druckerei (UD), Frankfurt/M., gestartet. Das Traditionsunternehmen befindet sich seit 1. August in Liquidation. „Bitte diskutiert in euren Gewerkschaften über diesen Skandal“, heißt es auf der Homepage der Initiative. •

http://union.gleichjetzt.de

interregio

••• ***DGB und IG Metall Düsseldorf*** organisieren gemeinsam mit anderen Verbänden vom 3. Oktober bis 6. November ***Interkulturelle Filmtage.*** Unter dem Titel „Fremde Heimat im Kino“ laufen insgesamt zehn Spielfilme rund um Migration, Zu- und Einwanderung im Filmmuseum an der Schulstraße. Die Serie startet am 3. Oktober mit „Lost Killers“, einer skurrilen Ganovenkomödie über zwei Auftragsmörder aus Mannheim. Mehr Infos zu den Filmtagen: Filmmuseum, Tel. 0211 / 899 24 90

••• Der ***DGB Hessen*** hat einen ***12-Punkte-Katalog*** zur Integration von SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt vorgelegt. Zu den Vorschlägen zählen „Mobilitätshilfen“ für TeilnehmerInnen an Fortbildungsmaßnahmen aus ländlichen Gebieten und die Bildung von „Jobkooperationen“, bei denen ArbeitnehmerInnen zwei zeitlich aufeinander abgestimmte Teilzeitjobs per Kooperationsvertrag zu einer Vollzeitstelle zusammenfassen können. Mit den zwölf Punkten reagiert der DGB auf die Bundesratsinitiative „Offensiv-Gesetz“ der hessischen Landesregierung, die Empfänger von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe mit Sanktionen zur Annahme „zumutbarer Arbeit“ zwingen will. Mehr Infos:
www.hessen.dgb.de/themen/vorschlaege_integration

••• ***Drei nordrhein-westfälische DGB-Regionsvorsitzende*** haben sich als Mitglieder der Regionalräte Düsseldorf, Münster und Arnsberg für den Bau der ***Metrorapid-Strecke*** zwischen Düsseldorf und Dortmund ausgesprochen. Die Regionalräte hatten das Transrapid-Projekt zuvor mehrheitlich abgelehnt. Das verstößt für Hanna Paul-Calm (DGB-Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein), Josef Hülsdünker (DGB-Region Emscher-Lippe) und Heinz Rittermeier (DGB-Region Südöstliches Westfalen) jedoch „klar gegen Arbeitnehmerinteressen“. Der TRANSNET-Vorsitzende Norbert Hansen übte hingegen erneut Kritik an der Magnetschwebebahn. Der Metrorapid sei „nicht solide finanziert“ und mache „verkehrspolitisch keinen Sinn“.

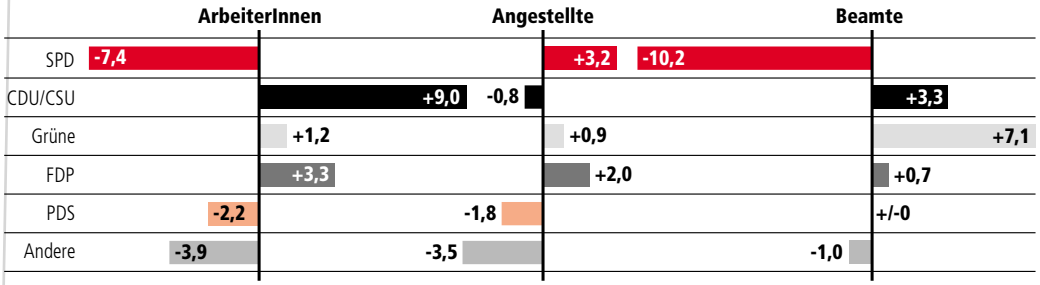
Kritik an DGB-Aktivitäten im Wahlkampf

„Viel Porzellan zerschlagen“

Blick zurück im Zorn: Für Ingrid Sehrbrock, das einzige DGB-Vorstandsmitglied mit CDU-Parteibuch, hat die Parteinahme von DGB und Gewerkschaften zu Gunsten von Rot-Grün „Flurschaden“ angerichtet. Laut Hermann-Josef Arentz, dem Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), war die gewerkschaftliche Wahlempfehlung „brutaler als die der Deutschen Bischofskonferenz vor 20 Jahren“.

Gewerkschafter: SPD verliert bei Arbeitern, gewinnt bei Angestellten

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Bundestagswahl 2002 nach Berufsgruppen
(Veränderung gegenüber 1998, in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

DGB einblick / Nachdruck frei

Im Verhältnis der christlich-sozialen GewerkschafterInnen zum DGB sei „viel Porzellan zerschlagen worden“, sagt DGB-Vorstand Sehrbrock. Ob es gekittet werden könne, hält die stellvertretende CDA-Vorsitzende für fraglich. Das Bekenntnis zur – parteipolitisch unabhängigen – Einheitsgewerkschaft sei „kein Schild, das man sich nur an die Wand hängt“, betont die Gewerkschafterin. Es verpflichte vielmehr dazu, selbst in Wahlkämpfen, auch wenn das „ohne Zweifel schwer“ sei, parteipolitisch neutral zu bleiben. Außerdem täte sich niemand mit Wahlempfehlungen einen Gefallen. Sie bedeuteten „ein Stück Entmündigung unserer Mitglieder – und das muss nicht sein“.

Dass die CDU unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern neun Prozentpunkte zugelegt und die SPD sieben verloren hat, ist nach Einschätzung des CDA-Vorsitzenden Arentz „eine schallende Ohrfeige für Sommer und Co.“ Offensichtlich hätten die gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre mit ihrem Aufruf zur Wiederwahl von Rot-Grün nicht die Meinung ihrer Mitglieder wiedergegeben. Der Gesprächsfaden zwischen DGB und CDA sei zwar nicht abgerissen, das Verhältnis aber stark belastet, meint Ingrid Sehrbrock. „Zumal die CDA-Mitglieder, die sich weiterhin zu den DGB-Gewerkschaften bekennen, es jetzt schwerer haben in der CDU.“ •

Die Union konnte ihren Stimmenanteil bei den gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen um 9,0 Prozent erhöhen.

?...nachgefragt



Klaus Wiesehügel, 49, Vorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, kandidierte zum zweiten Mal für den Bundestag und ist überraschend nicht mehr im Parlament vertreten.

„Wenn man so will, dann bin ich Opfer des Erfolgs meiner Partei geworden. Die Situation in Hessen ist ja, dass wir so viele Wahlkreise für Direktkandidaten gewonnen haben, dass über die Liste lediglich ein prominentes Mitglied – Hans Eichel – in den Bundestag eingezogen ist. In der Vergangenheit hatten wir immer ein Vorstandsmitglied aus einer Gewerkschaft im Bundestag. Das ist in der nun beginnenden Legislaturperiode nicht mehr der Fall. Im Gegensatz zu den Unternehmerverbänden – die können auch weiter ihre Lobbyarbeit im Parlament machen.
Bedauerlich ist das Ergebnis auch, weil wir in der Vergangenheit so einige Impulse setzen konnten. Beispiel Tariftreue: Das Gesetz habe ich – gegen den Widerstand parlamentarischer Staatssekretäre – fast allein geschrieben und auf den Weg gebracht.
Privat ist mein Ausscheiden aus dem Bundestag nicht ganz so fürchterlich. Immerhin können meine Frau und ich jetzt den einen oder anderen freien Sonntag miteinander verbringen. Und trotzdem: Wenn ich das alles mit einem lachenden und einem weinenden Auge sehe, überwiegt das weinende. Wir haben schließlich ein bisschen was bewegen können.“

So wurden sie gewählt

stimmen, Doris Barnett, Leiterin des Sozialverwaltungsamtes der Stadt Ludwigshafen, zuvor Rechtsschutzsekretärin der ÖTV, SPD, Ludwigshafen/Frankenthal, 47,3/41,3; Klaus Barthel, Gewerkschaftssekretär der ÖTV-Bezirksverwaltung Bayern, SPD, Starnberg, 22,0/19,5 (Liste); Kurt Bodewig, Bundesverkehrsminister, ehemaliger Abteilungsleiter des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen, SPD, Neuss I, 44,8/38,6; Klaus Brandner, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Gütersloh, SPD, 40,4/37,1 (Liste), Willi Brase, DGB-Regionsvorsitzender, SPD, Siegen-Wittgenstein, 44,3/41,8; Hans Büttner, ehemaliger DGB-Kreisvorsitzender Ingolstadt, Chefredakteur der Zeitschrift „Soziale Sicherheit“, SPD, Ingolstadt, 23,7/25,5 (Liste); Peter Dreßen, bis 1994 Vorsitzender des DGB-Kreises Freiburg/Breisgau, SPD, Emmendingen/Lahr, 41,9/36,2 (Liste), Thea Dückert, ehemalige Leiterin der Kooperationsstelle Hochschule/Gewerkschaften in Oldenburg, Mitglied der GEW, Bündnis 90/Die Grünen, Oldenburg – Ammerland, 10,8/11,3 (Liste), Rainer Eppelmann, Mitglied der IG BAU, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), CDU, Märkisch-Oberland/Barnim II, 21,0/21,0 (Liste); Walter Hoffmann, ehemaliger Vorsitzender des DGB-Kreises Stakenburg, SPD, 48,4/40,1,

weiter auf Seite 7 →

kurz&bündig

Der ver.di-Fernsehpreis geht in diesem Jahr an Ruth Thoma für ihr Drehbuch zum Fernsehfilm „Romeo" und an Barbara Albert für die Regie in „Nordrand". Die beiden im ZDF ausgestrahlten Filme regten „die Bereitschaft zum politischen Engagement für Freiheit und Demokratie" an, so die Jury. Dotiert sind beide Preise mit je 7500 Euro.

Über 400 000 Euro sind mittlerweile auf das Spendenkonto des DGB zu Gunsten der Flutopfer eingegangen. Die Mittel sollen Anfang Oktober an einzelne Gewerkschaftsmitglieder und gemeinnützige Projekte vergeben werden. Die Entscheidung treffen der Vorstand des Vereins „Gewerkschafter helfen", sprich die Mitglieder des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, und die Landesbezirksvorsitzenden der fünf von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Bundesländer. Die Vorschläge zur Mittelvergabe stammen aus den dortigen DGB-Regionen. Sie müssen von den Kommunen beglaubigt sein.

Die Gewerkschaft TRANSNET hat am 20. September mit der Gewerkschaft Deutscher Bahnbeamter (GDBA) eine Tarifgemeinschaft geschlossen. Diese Vereinbarung ist laut TRANSNET die erste ihrer Art zwischen einer Gewerkschaft des DGB und des Deutschen Beamtenbundes.

Europäische Verkehrsgewerkschaft

TRANSNET sprengt Grenzen

Bis 2012 soll sich die Gewerkschaft TRANSNET mit anderen Eisenbahngewerkschaften zu einer europäischen Verkehrsgewerkschaft zusammenschließen. Das hat der TRANSNET-Vorsitzende Norbert Hansen am 19. September auf einer Funktionärskonferenz vorgeschlagen. Die neue Gewerkschaft wäre die erste europaweite Mitgliedsgewerkschaft.

Mit der Idee einer europäischen Verkehrsgewerkschaft reagiert TRANSNET auf die rasanten Veränderungen im Verkehrs- und Transportsektor. Die Verkehrssysteme würden in Zukunft durch grenzüberschreitende Transporte und europaweit agierende Verkehrskonzerne geprägt, so Hansen gegenüber *einblick*. Diese Entwicklung werde sich in den kommenden Jahren durch die EU-Erweiterung noch beschleunigen. Ziel von „TRANSNET Europa" sei es nicht, von anderen Gewerkschaften Mitglieder abzuwerben, sondern eine bessere Vertretung der Beschäftigten auf europäischer Ebene sicherzustellen.

Ob die Idee bei den Gewerkschaften der anderen europäischen Länder auf Gegenliebe stößt, muss sich zeigen. Haupthindernis ist die starke Zergliederung der dortigen Gewerkschaftslandschaft. Skeptisch werden die TRANSNET-Pläne von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di beurteilt, die selbst einen Teil der Transportbranche organisiert. „Mittel- bis langfristig gibt es Chancen für eine europaweite Gewerkschaft", meint ver.di-Organisationsexperte Franz-Josef Fuchs, aber die Zeit müsse dafür reif sein. „Fusionen brauchen ein Zeitfenster: Wenn das zu lange offen steht, ist das Risiko des Scheiterns groß." •

DGB-Broschüre

Erwartungen an neue Regierung

Ihre Anforderungen für die Legislaturperiode 2002 bis 2006 hat die Abteilung Arbeits- und Sozialrecht beim DGB-Bundesvorstand in einer Broschüre formuliert. Sie ist kostenlos erhältlich. •

DGB, Abteilung Arbeits- und Sozialrecht, michaela.goerner@bundesvorstand.dgb.de

Fragen an ...

„In Sicherheit leben" lautet das Motto des Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vom 7. bis 10. Oktober in Magdeburg. *einblick* hat den GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg, 51, gefragt, wie er ein Jahr nach den Terroranschlägen von New York die innere Sicherheit in Deutschland beurteilt und warum bei den meisten Polizisten der Frust über die Arbeitsbedingungen wächst.



■ Im Leitantrag kritisiert die GdP die mangelnde Finanz- und Personalausstattung der Polizei. Warum reicht die seit den siebziger Jahren bestehende Polizeidichte „ein Polizist auf 400 Bürger" nicht?

■ *In den siebziger Jahren hat man mit der Polizeidichte erstmals eine Berechnungsgröße für die Polizeiarbeit entwickelt. Das war mehr als eine Daumenpeilung, warf aber viele Fragen auf: Was ist, wenn die Einwohner weit auseinander wohnen und die Einsatzwege lang sind? Was ist, wenn in einer friedlichen Region plötzlich ein Kernkraftwerk gebaut wird und sich eine vielleicht unfriedliche Protestbewegung aufbaut? Heute helfen diese Berechnungsgrößen nicht mehr weiter, wenn man bedenkt, dass die Polizei zum Teil ganze Dienststellen über Tage räumen muss, um Großeinsätze zu bewerkstelligen. Außerdem ist der Polizei in den letzten zwanzig Jahren ein gewaltiges Aufgabenpaket aufgeladen worden: Bekämpfung der Umweltkriminalität, explodierendes Verkehrsgeschehen, Rauschgiftbekämpfung, Rechtsextremismus, Menschenhandel, Terrorismus, um nur einige Stichworte zu nennen.*

■ Neue Aufgaben gibt es auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Warum lässt sich das nicht durch Umschichtung finanzieren?

■ *Diese Umschichtung findet ja schon statt, aber zum Leidwesen der Bürger. Der Unmut, dass die Polizei immer seltener auf der Straße zu sehen ist, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, wächst. Die Prioritätensetzung, zu der die Polizei mangels Personal gezwungen wird, führt dazu, dass die Massenkriminalität immer weniger bekämpft und das Verkehrsgeschehen immer weniger kontrolliert werden kann.*

■ Die GdP streitet dafür, Grundrechte nur in dem Umfang einzuschränken, wie dies zur Gewährleistung der inneren Sicherheit unabdingbar ist. Ein Jahr nach dem 11. September wird in der Öffentlichkeit die Kritik an den Sicherheitsgesetzen lauter.

■ *Die beiden Sicherheitspakete der Bundesregierung waren notwendig, sie betreffen aber in erster Linie die Bundesbehörden von Polizei und Nachrichtendiensten. In den Ländern sind nicht mal alle gesetzlichen Änderungen nachvollzogen worden, von den personellen und finanziellen ganz zu schweigen.*

Rot-Grün, die Zweite

Aus der Episode eine Ära machen

Gemeinsam ein linkes Modernisierungsprojekt der Arbeit zu entwickeln, das könnte ein Zukunftskonzept für die viel zitierte „konstruktive Zusammenarbeit" zwischen der neu gewählten Regierung und den Gewerkschaften sein. Meint Hans-Jürgen Arlt, Kommunikationsexperte des DGB.

Als ungeplante Nebenfolge einer akuten Schwarzkohl-Allergie wählten 1998 genau 47,6 Prozent SPD-Rot und Bündnisgrün an die Macht. Die politischen Beobachter waren sich einig: Es gibt keine gewachsene rot-grüne Mehrheit, noch einmal wird das den Deutschen nicht passieren.

2002 haben 47,1 Prozent Schröder-Fischer wieder gewählt – trotz vier Millionen registrierter Arbeitsloser, trotz eines am Ende selbst arbeitslos herumhängenden Bündnisses für Arbeit, trotz eines grandiosen Fehlstarts, tränenreicher Zerreißproben auf grünen Parteitagen. Trotz alledem, Rot-Grün hat sich auf der Zielgeraden die Chance erkämpft, aus einer Episode eine Ära zu machen. Was könnte sie daran noch hindern? Vielleicht der amerikanische Präsident, bestimmt die deutsche Wirtschaft, die deutsche Gewerkschaftsbewegung auch? Perspektivisch – das ist die These – wird die rot-grüne Koalition **ohne ein linkes Modernisierungsprojekt der Arbeit keinen stabilen Boden unter die Füße bekommen.**

Unsere Gesellschaft ist eine Arbeitsgesellschaft, dazu fehlt ihr nichts außer mehreren Millionen bezahlbarer Arbeitsplätze. Edmund Stoiber, Kandidat im Schafspelz, aber aus Wolfratshausen, predigte: „Sozial ist, was Arbeit schafft." Er wollte mit dem Thema Arbeitslosigkeit die Wahl gewinnen, aber sein rechtes, postkohlistisches Konzept hat nicht gezogen.

Arbeitslose leben am Rande unserer Gesellschaft, entweder mit unerschöpflichen Finanzmitteln hofiert am oberen oder mit schwer erträglichen Geldnöten diffamiert am unteren. Was tun, wenn die Arbeitslosigkeit nicht mehr kommt und geht, sondern chronisch bleibt, weil die Produktivität das Wachstum übertrifft und die Individualisierung mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt treibt? Wir erleben es: **Rechte Politik bestraft Arbeitslose, um die Abschreckungswirkung der Arbeitslosigkeit zu erhöhen.** Ein möglichst armes Leben für alle ohne Arbeit, damit sie jede schlechte Arbeit annehmen, das ist die rechte Praxis. Sie verrät: Das Problem Arbeitslosigkeit ist nur die andere Seite des Schicksals der lebendigen Arbeit. Diese muss aus rechter Sicht möglichst billige Arbeit sein.

Gute Arbeit und ein möglichst reiches Leben für alle, das ist ein linkes Projekt. Globalisierung und technologische Revolution verschärfen die Alternative, ob Arbeit zur hässlichen Restgröße des Wertschöpfungsprozesses wird oder als gute Arbeit die Basis bildet für die Verwirklichung des Mottos der Gewerkschaftsjugend „Her mit dem schönen Leben".



Foto: Rüdiger Möller

Hans-Jürgen Arlt, 54, leitet die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit beim DGB-Bundesvorstand.

Grün-rote Postmoderne sollten genauer hinschauen: Dass in der Arbeitswelt nur noch zeitsouveräne, kreativ schaffende, gewinnbeteiligte, selbstbestimmte ArbeitsbürgerInnen vorkommen, ist so realistisch wie die Vorstellung, dass die Tierwelt aus Goldeseln, Friedenstauben und Osterhasen besteht. Es gibt sie nicht, die schöne neue Arbeitswelt – aber die altbekannte auch nicht mehr. Rot-rote Helden gewerkschaftlicher Abwehrschlachten sollten rechtzeitig merken: **Den Propheten der neuen Problemlosigkeit die alten Probleme und die herkömmlichen Lösungen entgegenzuhalten, bringt es nicht mehr.** Wer für kritische Fragen zu Tarifverträgen, Sozialsystemen und Mitbestimmungsregeln nur die Killerphrase „neoliberal" hat, dem wird für seine Monologe demnächst das Publikum ausgehen.

Unter den Bedingungen industrieller Massenproduktion sind kollektive Lösungen im Prinzip zugleich die individuelle Lösung. Das gilt für die Organisation des Produktionsprozesses und auch für die Regelungen des Arbeitsverhältnisses. Hingegen weisen alle Charakteristika moderner Lebensverhältnisse darauf hin, dass kollektive Antworten und individuelle Erwartungen nicht mehr deckungsgleich sein können. Die Pointe ist, dass einzig über die Anerkennung der Unterschiede Gemeinsamkeit aufgerufen werden kann. Deshalb brauchen wir **offene Prozesse mit breiter Beteiligung anstelle einsamer Beschlüsse mit lauter Verkündigung.**

Das gilt gerade für die viel zitierte „konstruktive Zusammenarbeit" zwischen der neu gewählten Regierung und den alt bewährten Gewerkschaften. Sich erst dreieinhalb Jahre wechselseitig auf die Nerven gehen, hier ein wenig nörgeln, dort ein bisschen sticheln und dann kurz vor der Wahl beteuern, wie sehr man sich gegenseitig braucht, ist kein dauerhaftes Erfolgsrezept. Die gemeinsame – streitbar-kritische – Anstrengung eines linken Modernisierungsprojekts der Arbeit wäre eines. Ernst Bloch, der Philosoph der Hoffnung, hat Recht: „Man muss in das Gelingen verliebt sein, nicht in das Scheitern." •

So wurden sie gewählt

***Jan-Peter Janssen,** bis 1996 Betriebsratsvorsitzender des VW-Werks Emden, IG Metall, SPD, Aurich/Emden, 61,7/61,4; **Karl-Josef Laumann,** Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied der IG Metall, Steinfurt III, 41,8/36,5 (Liste), **Erika Lotz,** bis 1998 stellvertretende Vorsitzende des DGB Hessen, SPD, Lahn-Dill, 46,9/41,9; **Walter Riester,** Bundesarbeitsminister, bis 1998 2. Vorsitzender der IG Metall, SPD, Göppingen 39,7/35,6 (Liste); **Fritz Romer,** bis 1998 Betriebsratsvorsitzender der Lindenmaier Präzision AG, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft CDA-DGB, Mitglied der IG Metall, CDU, Biberach 57,7/54,2; **Karin Roth,** 1994 – 1998 Vorsitzende des ehemaligen DGB-Landesbezirks Nordmark (Hamburg, Schleswig-Holstein), bis 2001 Senatorin für Arbeit und Soziales in Hamburg, Esslingen 41,6/35,5 (Liste); **Fritz Schösser,** DGB-Bezirksvorsitzender Bayern, München-Ost, SPD, 37,5/28,9 (Liste); **Jörg Tauss,** ehemaliger Pressesprecher der IG Metall Baden-Württemberg, SPD, Karlsruhe-Land, 39,0/35,3 (Liste); **Jella Teuchner,** Gewerkschaftssekretärin IG Metall, SPD, Passau, 20,2/21,7 (Liste); **Franz Thönnes,** bis 1994 Geschäftsführer der damaligen IG Chemie – Papier – Keramik in Hamburg, SPD, Segeberg/Stormann-Nord, 46,7/41,2.*

Gewerkschaften nutzen immer stärker das Medium Internet für ihre Arbeit. einblick hat sich die verschiedenen Auftritte angesehen, nennt Mängel und bewertet. Aber auch auf Nebenaspekte derartiger Netznutzung weisen wir hin: Vorsicht beim Mailen und Surfen. Der Chef liest oft genug mit.

ARBEITSPLATZKONTROLLE: Big Brother liest mit

Der Chef liest mit: Immer häufiger haben deutsche Richter über Abmahnungen und Entlassungen zu entscheiden, bei denen es im Hintergrund auch um die Überwachung der Datennetze, der Arbeitsplatzcomputer oder gar der Beschäftigten selbst geht.

Oftmals werden E-Mails darauf gescannt, ob sich etwa vorher festgelegte Stichwörter darin befinden. Tastaturprotokolle erfassen Taste für Taste, was die Beschäftigten eingeben. Selbst vor Screenshots – Fotos des jeweiligen Bildschirminhalts – und Fotos der Beschäftigten selbst mit Hilfe von Webcams macht die eingesetzte Software nicht Halt. Für den normalen Computernutzer dürfte es indes schwierig sein, die Präsenz – die ja für sich noch nicht gegen Gesetze verstößt – und den Einsatz möglicher Überwachungsprogramme festzustellen. Programme wie PestPatrol, SpyCop und lokal installierte Firewalls helfen dabei.

Doch längst nicht alle Überwachungsprogramme werden auf diese Art und Weise gefunden. Zum einen wächst ihre Zahl rapide – allein im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Überwachungsprogramme beinahe verdreifacht –, zum anderen kommen sie oft genug unter einem legalen Deckmäntelchen daher. Programme zur Fernadministrierung wie etwa PC Anywhere, Timbuktu und andere eignen sich bestens dazu, den Desktop des Arbeitsplatzrechners auszuspähen.

Gibt es den begründeten Verdacht, dass E-Mail und Arbeitsplatz überwacht werden, sollte man sofort den Betriebsrat aufsuchen. Nach § 87 BetrVG muss der Betriebsrat der Überwachung zuvor seine Zustimmung erteilt haben.

Aber auch ein anderes Szenario ist denkbar: ein Hackerangriff auf das Netz des Unternehmens. Deshalb ist nach dem Betriebsrat die Unternehmensleitung einzuschalten. Wird dieser Schritt unterlassen, könnte das Unternehmen versuchen, den Anwender für Schäden haftbar zu machen.

Online-Rechte für Beschäftigte

Die Probleme mit Überwachung und fehlendem Datenschutz am Arbeitsplatz sind bekannt. International setzt sich die Kampagne „Online-Rights for Online-Workers" dafür ein, derartige Praktiken zu ächten bzw. zu verbieten. Auf Initiative von ver.di ist auch ein deutscher Ableger entstanden: Online-Rechte für Beschäftigte ist im Internet erreichbar unter www.onlinerechte-fuer-beschaeftigte.de

Gewerkschaften im Internet

NAME + URL / ANGEBOTSBESCHREIBUNG

DGB:* *www.dgb.de
Infos und Hintergrundmaterial zu Themen wie Bündnis für Arbeit Mobbing und Riester-Rente, aktuelle Meldungen, diverse Downloads

INTERAKTIVITÄT: findet – außer in Form eines Memory-Spiels zu den Wahlen – nicht statt
BEWERTUNG: ausbaufähig



ver.di:* *www.verdi.de
News, eine Fülle von Material und Informationen zu arbeitnehmernahen Themen, zu Aufbau und Struktur von ver.di und den Internet-Auftritten der Printmedien, Veranstaltungen und Seminare, Kontaktmöglichkeiten, Links zu den Bezirken

INTERAKTIVITÄT: schwach, keine Tarifdatenbank, keine Online-Mitgliedschaft, nur Formular-Download
BEWERTUNG: gut bis befriedigend. Häufig sehr informativ, schwer durchschaubare Struktur. Wesentlich für das verhältnismäßig schlechte Urteil ist das Fehlen interaktiver Bereiche.



TRANSNET – Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands:* *www.transnet.org* und *www.gded.de
News (ein Newsletter unterrichtet auf Wunsch über neue Nachrichten), diverses Hintergrundmaterial, Lohn- und Vergütungstabellen, Online-Beitritt

INTERAKTIVITÄT: Möglichkeit, sich online über Tarife zu informieren; Online-Mitgliedschaft
BEWERTUNG: befriedigend



Gewerkschaft der Polizei:* *www.gdp.de
Sehr übersichtlich, aber: Nachrichten könnten so auch in der „Innenpolitik" vieler Zeitungen auftauchen, ansonsten reicht das Angebot von Mitgliederprojekten über Downloads bis zur Linkauswahl

INTERAKTIVITÄT: Nicht einmal der Beitritt ist online möglich.
BEWERTUNG: befriedigend bis ausreichend



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft:* *www.gew.de
Sehr übersichtliche, klare Navigation, hintergründig und aktuell; die GEW hat Foren eingerichtet, in denen online diskutiert wird!

INTERAKTIVITÄT: Leider gibt es die Beitrittserklärung nur in Form eines Downloadformulars. Online-Diskussionsforen.
BEWERTUNG: gut



BEWERTUNG



= weiter so (heißt nicht, dass es nichts zu verbessern gibt: z. B. Suchfunktion einrichten, Broschüren oder Dokumente zum Downloaden bereitstellen oder etwas für den Spaßfaktor tun)



= Seiten sind nicht schlecht, sollten aber überarbeitet werden



= na ja



= hier muss was getan werden

Gewerkschaften im Internet

NAME + URL / ANGEBOTSBESCHREIBUNG	
Gewerkschaft Nahrung–Genuss–Gaststätten: www.gewerkschaft-ngg.de Gut gemachte, übersichtliche Site zu allen Themen, die ArbeitnehmerInnen angehen. Tarifinfos leider nur in Form von: „x Prozent Erhöhung". **INTERAKTIVITÄT:** keine interaktiven Funktionen. Beitritt per Formular und anschließendem Ausdruck **BEWERTUNG:** gut bis befriedigend	
IG Bauen–Agrar–Umwelt (IG BAU): www.igbau.de Übersichtliche Navigation, aktuelle Meldungen und Downloads, diverse Tarifdaten ohne Zugangsbeschränkungen einsehbar, Beitrittsformular per Download oder direkt online **INTERAKTIVITÄT:** neben den Standards (E-Mail, Kontakt) keine interaktiven Elemente **BEWERTUNG:** befriedigend	
IG Bergbau, Chemie, Energie: www.igbce.de Die IG Bergbau Chemie Energie ist online – und das mit aller Konsequenz. Sehr gute und übersichtliche Eingangsseite im Stil von News-Sites. Nachrichten produziert man nur eingeschränkt selbst, stattdessen wird verlinkt; geschlossener Bereich für Mitglieder, in dem es auch Tarifinfos gibt. **INTERAKTIVITÄT:** Pinnwand, Diskussionsforum, Netzwerke. Beitritt leider nur per Downloadformular **BEWERTUNG:** gut bis sehr gut	
IG Metall: www.igmetall.de Die IG Metall hat in den neunziger Jahren als erste deutsche Gewerkschaft konsequent auf das Internet gesetzt. Entsprechend umfangreich ist das Angebot: Tarifdaten, Berufseinsteigerinfos, Materialien, Materialien, Materialien. Und weil die Site wirklich kontinuierlich und kompetent gepflegt wird, ist sie mit all ihren Seitenablegern die wohl beste Gewerkschaftssite im deutschen Netz. **INTERAKTIVITÄT:** Pinnwand, Diskussionsforen, diverse Netzwerke, Umfragetool **BEWERTUNG:** top	

Umfeld

NAME + URL / ANGEBOTSBESCHREIBUNG	
Arbeitsrecht im Betrieb Verlagsgesellschaft mbH (AIB-Verlag): www.aib-verlag.de Zeitschriften und Seminare des Verlages online: Sammlung verschiedener Urteile aus dem Arbeits- und Sozialrecht, Link- u. Materialsammlung für Betriebsräte **INTERAKTIVITÄT:** E-Mail **BEWERTUNG:** gut bis befriedigend	
Bildungsurlaub: www.bildungsurlaub.de Informationen zum Thema Arbeitnehmerweiterbildung, Seminardatenbank und Seminaranbieter, gezielte Suche möglich **INTERAKTIVITÄT:** Forum **BEWERTUNG:** gut	
Bund-Verlag: www.bund-verlag.de Nahezu identisch mit dem Online-Angebot des AIB-Verlages	
Arbeit und Leben: www.arbeitundleben.de Umfangreiches Weiterbildungsangebot in der politischen Bildung **INTERAKTIVITÄT:** Wenigstens eine Suchfunktion wäre wünschenswert **BEWERTUNG:** befriedigend bis ausreichend	
DGB-Bildungswerk: www.dgb-bildungswerk.de Über 400 Seminare zum Arbeits- und Sozialrecht, Computer, Unternehmensstrategien, Globalisierung; übersichtliche Nutzerführung, nicht ohne Witz **INTERAKTIVITÄT:** Beispielmodule für E-Learning, Komfort-Suche **BEWERTUNG:** sehr gut	
e-cademy (auf Computerthemen spezialisierter „Ableger" des DGB Bildungswerkes): www.e-kademie.de IT-Akademie für Spezial-Software-Trainings mit Zertifikat, Seminarthemen rund um den IT-Bereich; klar strukturierte Benutzerführung, keine Spielereien **INTERAKTIVITÄT:** zeitweise Foren **BEWERTUNG:** gut bis befriedigend	

Umfeld

NAME + URL / ANGEBOTSBESCHREIBUNG

Ergo-online (Informationsdienst ARBEIT und GESUNDHEIT, Schwerpunkt Bildschirmarbeit): www.ergo-online.de
Von Arbeitsplatzgestaltung bis Software-Ergonomie – ergo-online widmet sich ganz dem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz; aktuelle Meldungen und Materialien zum Downloaden

BEWERTUNG: befriedigend



Gewerkschaftliche Monatshefte: www.gmh.dgb.de
Klare Struktur, einige Leseproben aus der Theorie-Zeitschrift des DGB

BEWERTUNG: ansprechend, aber zu geringes Informationsangebot



Hans-Böckler-Stiftung: www.boeckler.de und www.tarifarchiv.de und www.wsi.de
Ein umfangreiches, nicht immer übersichtliches Angebot im wissenschaftlichen Umfeld von Arbeit und Qualifizierung. Richtig gut: Die Böckler-Boxen bringen mit wenigen Klicks das know-how zu sechs Themen aus dem Bündnis für Arbeit auf den Bildschirm. Ebenfalls erwähnenswert: das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts.

INTERAKTIVITÄT: schnelle Suchmaschine
BEWERTUNG: Das Design ist wohl nicht im Bewusstsein – mit Ausnahme der Böckler-Boxen. Aber sonst: gut



Online-Rechte für Beschäftigte (Kampagnensite für eine arbeitnehmerorientierte Gestaltung des Wandels zur Online-Gesellschaft): www.onlinerechte-fuer-beschaeftigte.de
Ursprünglich Online-Rechte für Online-Beschäftigte, inzwischen wurde die Kampagne auf das generellere Motto „Online-Rechte für Beschäftigte" ausgedehnt. Hintergrundmaterialien, Wissenswertes und Politisches zum Thema Arbeitnehmerdatenschutz: Ergebnisse einer Umfrage unter den Bundestagsparteien

INTERAKTIVITÄT: Foren, Chats, E-Cards
BEWERTUNG: gut



connexx-av (bietet Medienschaffenden im privaten Rundfunk, in Film, AV-Produktion und Internet erste Hilfe und Interessenvertretung im Konfliktfall): www.connexx-av.de
Berufliche Tipps, Tarifinformationen, Branchennews und mehr, was die Arbeit in alten und neuen Medienbetrieben betrifft. Connexx-av schreibt Beratung groß.

INTERAKTIVITÄT: Diskussionsforen
BEWERTUNG: gut



OnForte (wie „Online-Rechte" und connexx-av ein ver.di-Projekt): www.onforte.de
Die erste arbeitnehmerorientierte Telearbeitsberatung mit Tipps und Unterstützung, Best-Practice-Beispielen, Informationen für Freiberufler und abhängig Selbstständige; systematisierte Betriebsvereinbarungen, Hinweise zum Gesundheits- und Datenschutz, Vermittlung von ExpertInnen in Technik und Datenschutz

BEWERTUNG: gut bis befriedigend



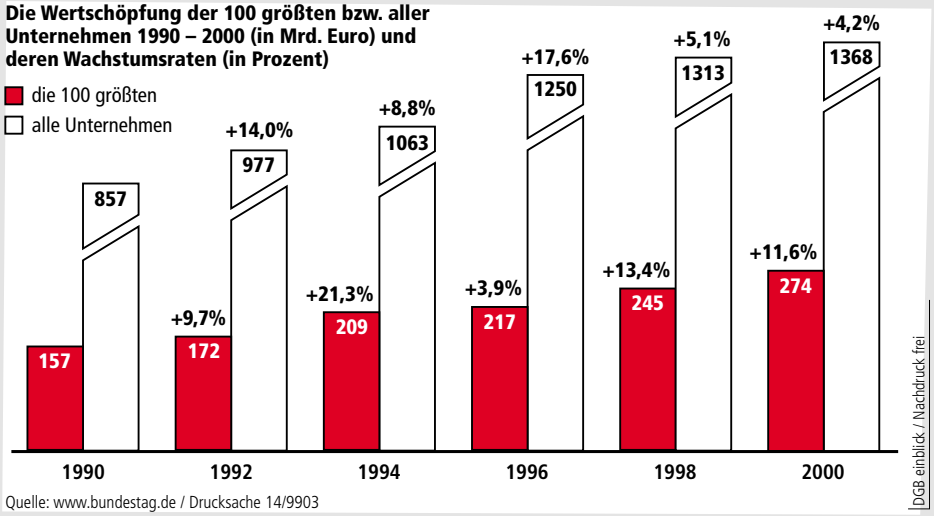
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

WERTSCHÖPFUNG: Die 100 Größten legten überdurchschnittlich zu

Die Wertschöpfung der 100 größten Unternehmen ist zwischen 1998 und 2000 um 11,6 Prozent gestiegen, die aller Unternehmen nur um 4,2 Prozent. Das geht aus dem jüngsten Hauptgutachten der Monopolkommission hervor. Der Anteil der 100 Größten an der Wertschöpfung aller Unternehmen erreichte somit erstmals einen Anteil von 20 Prozent. Unter Wertschöpfung wird der Wert der in einem Unternehmen selbst produzierten Waren und Dienstleistungen – nach Abzug aller Vorleistungen – verstanden. Die Summe dieser Werte ergibt das Bruttoinlandsprodukt.



Quelle: www.bundestag.de / Drucksache 14/9903

Tipp

Buch: *Holger Paetow, Manfred Fiedler, Marion Leonhardt (Hrsg.),* ***Therapien für ein krankes Gesundheitswesen – Orientierungspunkte für Versicherte, PatientInnen und Beschäftigte,*** *VSA-Verlag, Hamburg 2002, 224 S., 17,50 Euro*

Dieser Sammelband unterscheidet sich von der Vielzahl vergleichbarer Veröffentlichungen in zweifacher Hinsicht: Zum einen sind die HerausgeberInnen und AutorInnen überwiegend GewerkschafterInnen oder WissenschaftlerInnen, die den Gewerkschaften nahe stehen. Zum anderen greifen sie Themen auf, die nicht oder noch nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen, gleichwohl aber hochbrisant sind. Beispielsweise die Situation der Beschäftigten im Gesundheitswesen und der nachteilige Einfluss des Kassenwettbewerbs auf das Solidarprinzip in der Gesundheitsversorgung.

Die Beiträge sind – trotz hohem fachlichem Anspruch – verständlich geschrieben. Und ergebnisorientiert. Sie enthalten konkrete Handlungsvorschläge für die Reform der Gesundheitspolitik.

Das Buch richtet sich an gesundheitspolitisch Interessierte und Entscheidungsträger.

personalien

••• ***Dr. Heinz Stapf-Finé,*** 40, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Gesundheits- und Sozialforschung, seit 1999 Referent für Politik bei der Deutschen Krankenhausgesellschaft, ist ab dem 1. Oktober Leiter der Abteilung Sozialpolitik des DGB.

••• ***Josef Bergmann,*** 50, Sekretär im Funktionsbereich Organisation/Organisationsentwicklung der IG Metall, ist ab dem 1. November Leiter der neuen Abteilung Organisation des DGB.

••• ***Ralf-Peter Hayen,*** 46, ist seit dem 1. September Referatsleiter und nicht wie im *einblick 16/02* gemeldet Referatssekretär in der neu gegründeten Abteilung Mitbestimmung und Rechtspolitik des DGB.

14 TAGE

1.10.-30.11. Neuwahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)

1.10.-30.11. Neuwahl der Schwerbehindertenvertretung (SBV)

7.-10.10. „In Sicherheit leben", Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei, Magdeburg

8.10. DGB-Bundesvorstand, ver.di, Workshop zur Gemeindefinanzreform, Berlin

9.10. IG Metall-Vorstand, Verabschiedung des Zukunftsmanifests „offensive 2010"

16.10. DGB Niedersachsen, Bildungspolitische Konferenz, Hannover

17.10. DGB-Bundesvorstand, Hearing „Reformoptionen im Beihilfesystem", Berlin

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Berlin und München, München und Berlin, das ist ja auch entfernungsmäßig immer wieder ein Transportproblem."

Der geschlagene Kanzlerkandidat von CDU/CSU, Edmund Stoiber, laut taz vom 24. September 2002, bevor er am Tag nach der Wahl von München zur CDU-Präsidiumssitzung nach Berlin aufbrach

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.10.2002 18/02

DGB

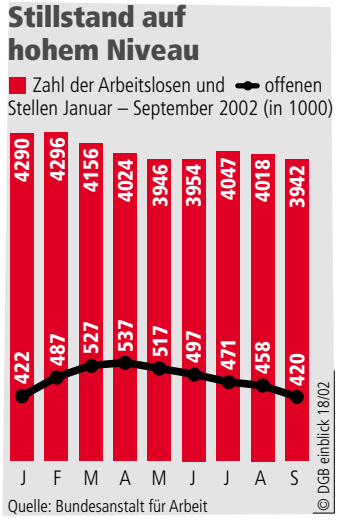
Bündnis für Arbeit

DGB für Neuauflage ohne Illusionen

Totgesagt und wieder auferstanden: Nur acht Mal haben sich die Bündnispartner von Rot-Grün, den DGB-Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden von Ende 1998 bis Anfang 2002 getroffen – zuletzt quälten sie sich am 25. Januar über die Runden. Die anfängliche Begeisterung war längst allgemeiner Enttäuschung und gegenseitiger Schuldzuweisung gewichen. Trotzdem ist das Bündnis plötzlich wieder in aller Munde. Denn Wahlkampf und Wahl sind vorbei, die Bündnispartner richten sich auf ein neues Miteinander ein.

Die Suche nach neuen Arbeitsformen und -inhalten hat begonnen, jedenfalls in den Gewerkschaften. Nüchtern und pragmatisch, eher aus Pflichtgefühl als in der Erwartung, große Würfe nachzuholen.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat bisher die klarsten Aussagen getroffen: „Wir müssen die Treppe von oben nach unten kehren", sagte er der *Berliner Zeitung*. „Es muss klare Verabredungen der Spitzen und klare Arbeitsaufträge nach unten geben." Bislang war's meist so, dass die Chefs vorgefertigte Kommuniqués diskutierten und dann den ungeduldig wartenden Journalisten präsentierten. Das Bündnis war kein Arbeitsgremium, sondern entwickelte sich zur öffentlichen Arena. Die Verpflichtung auf das gemeinsame Ziel, die Arbeitslosigkeit abzubauen, geriet aus dem Blick. „Kleinkarierte Interessenegoismen" hätten hinter diesem Ziel zurückzustehen, mahnte der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt.



Wesentlich geändert haben sich die Arbeitslosenzahlen seit Jahresanfang nicht. Im Jahresdurchschnitt 1999 bis 2001 sind sie von 4,10 auf 3,85 Millionen gesunken.

Sollte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt darauf beharren, die Tarifpolitik zum Pflichtprogramm der Bündnisgespräche zu erklären, würden alle Wiederbelebungsversuche im Keim erstickt. „Tarifpolitik machen die Tarifparteien", so Michael Sommer. Gleichwohl wird über „tarifpolitische Rahmenbedingungen" (IG BCE-Chef Schmoldt) zu reden sein: Wer zum Beispiel für mehr Ausbildungsplätze sorgen will, kann auf tarifpolitische Initiativen nicht verzichten.

Die DGB-Grundsatzabteilung hebt gemeinsame Zuständigkeiten der Bündnispartner auf sechs Feldern hervor: bei der Verbesserung des quantitativen und des qualitativen Angebots an Aus- und Weiterbildung, beim Aufbau einer familienfreundlicheren Arbeitswelt, beim Abbau von Geschlechterdiskriminierung in der Arbeitswelt, bei der Förderung technischer Innovationen und bei der Sicherung sozialer Standards im Zuge der EU-Osterweiterung.

Ziel des Bündnisses könne es sein, „auf solchen Feldern nach dem größtmöglichen Nenner zu suchen", heißt es in einem internen Papier, „und vorrangig jene Aufgaben anzugehen, die sich am ehesten im Konsens bewältigen lassen".

Bleibt die Frage, wie die Verbindlichkeit von Verabredungen erhöht werden kann. Ein Vorschlag lautet: Es gilt – zeitlich befristet – der Vorrang freier Absprachen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Bleiben sie ergebnislos, wird der Gesetzgeber aktiv. •

plusminusBERLIN

+ ***FDP-Fraktionsvize Werner Hoyer erhofft sich vom Europäischen Konvent eine Stärkung der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments. Hoyer kritisierte Konventspräsident Valéry Giscard d´Estaing, der den Europäischen Rat, also die nationalen Regierungen, als Entscheidungsorgan wieder stärken will.***

– ***Ex-Gesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) will mehr Geld ins Gesundheitssystem pumpen. Zur Lösung der angeblichen Einnahmeprobleme der Krankenversicherung schlägt er eine Kombination aus gesetzlicher und privater Versicherung vor, sprich die Aufgabe der paritätischen Finanzierung.***

inhalt

Seite 3
Aufgeklärt, nicht wachgerüttelt
Die wenigsten Rentenversicherten nutzen bislang die staatlich geförderte Zusatzrente, die Riester-Rente droht zum Ladenhüter zu werden

Seite 5
Ein Sozialkontrakt für Europa
Der DGB mischt sich in die europäische Verfassungsdebatte ein

Seite 7
Auf das Wachstum kommt es an
DGB-Vorstand Heinz Putzhammer plädiert für eine bessere Wirtschaftspolitik

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.uni-leipzig.de/~medpsy/pdf/presse_rechtsextrem.pdf

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland – eine Studie der Uni Leipzig

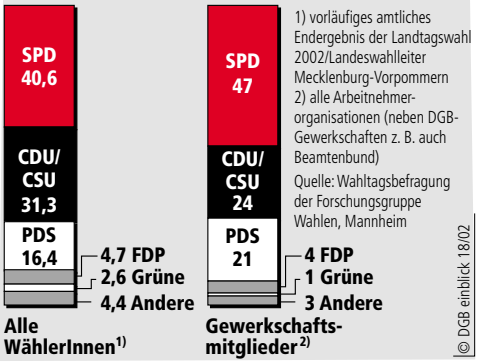
Im Faxabruf

0211 / 43 01 659

Argumente für die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Anhebung der Erbschaftsteuer und die Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen. Das DIW-Gutachten im Auftrag von ver.di und IG Metall (Auszüge)

Gewerkschafter für Rot-Rot

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 22.09.2002 (in Prozent)



Während 57 Prozent aller WählerInnen in Mecklenburg-Vorpommern ihre Stimme der Regierungskoalition von SPD und PDS gaben, schnitt Rot-Rot bei den Gewerkschaftsmitgliedern noch besser ab: Insgesamt 68 Prozent von ihnen votierten für SPD und PDS.

DGB hilft Flutopfern

Spenden werden jetzt verteilt

Rund 509 000 Euro sind bislang auf das DGB-Sonderkonto zu Gunsten der Hochwassergeschädigten eingegangen. Zwei Drittel der Spenden kommen betroffenen Gewerkschaftsmitgliedern zu Gute, ein Drittel fließt in gemeinnützige Projekte. Das hat der DGB-Verein „Gewerkschafter helfen" Anfang Oktober entschieden. Die Einzelfallhilfe beträgt 250 bis 500 Euro bei einem glaubhaft gemachten Mindestschaden von 10 000 Euro. Die rund 1500 Einzelfallhilfen gehen ausschließlich nach Sachsen und Sachsen-Anhalt, weil nur aus diesen DGB-Landesbezirken Anträge vorliegen. Projekthilfen können noch bis Ende Oktober beantragt werden. Die Spendensumme setzt sich aus rund 1700 Einzelspenden von GewerkschafterInnen, Gewerkschaftsgruppen und Belegschaften zusammen. Der DGB hat 50 000 Euro gespendet. Das Sonderkonto 1000 200 607 „Gewerkschafter helfen" (SEB, BLZ 300 101 11) bleibt vorerst bestehen. Der gleichnamige Verein entscheidet Mitte November über die weitere Vergabe der Gelder. Vereinsvorsitzender und DGB-Vorstand Dietmar Hexel: „Wir helfen schnell und unbürokratisch." •

?...nachgefragt



Im Rahmen des Hartz-Konzepts ist die Gründung von PersonalServiceAgenturen (PSA) geplant. Bieten sie Chancen für die Problemgruppen des Arbeitsmarktes, gibt es Risiken? Das fragte *einblick* die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer.

Das Ziel der PersonalServiceAgenturen ist, insbesondere schwer vermittelbare Arbeitslose durch einen neuen Mix von Leiharbeit, Arbeitsförderung und Qualifizierung besser und schneller in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. In diesen vermittlungsorientierten Agenturen sehen wir eine Chance. Sie dürfen jedoch nicht zu Lohndumping und Drehtüreffekten führen. Deshalb sind einheitliche tarifvertragliche Standards und gesetzliche Rahmenbedingungen zwingend notwendig.

Tarifliche Regelungen müssen sich am Ziel der Gleichbehandlung von Leiharbeitskräften mit regulär Beschäftigten orientieren. Der Tarifvertrag von START NRW bietet hierfür wichtige Anhaltspunkte. Auch in vielen europäischen Ländern ist das Prinzip bereits gesetzlich verankert. Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie den Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie zur Regelung der Arbeitsbedingungen von Leiharbeitskräften unterstützt. Leiharbeit darf nicht länger Arbeit zweiter Klasse sein. Auch deshalb muss die Steuerung und Kontrolle der PersonalServiceAgenturen bei Vorstand und Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit liegen. Schließlich darf die Einführung der PSA nicht dazu führen, bestehende soziale Regulierungen bei der gewerblichen Leiharbeit aufzuweichen. Vielmehr sollte die Chance genutzt werden, Leiharbeit sozialverträglicher zu gestalten, als dies bisher der Fall war.

wiewardiewoche?



Foto: Ole Stichling

Karin Roth, 53, war Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Nordmark, bevor sie im April 1998 Senatorin für Arbeit und Soziales in Hamburg wurde. Am 22. September wurde sie in Baden-Württemberg für die SPD in den Bundestag gewählt. Ihre Meinung vom neuen Amt: Man muss wissen, wo man seine Wurzeln hat, aber auch die eigene Unabhängigkeit bewahren.

Ich habe mich erst einmal über das Ergebnis gefreut. 41,6 Prozent im ersten Anlauf, das ist gar nicht so schlecht, auch wenn es noch nicht für ein Direktmandat im Wahlkreis gereicht hat. Zwei Tage später war ich bereits in Berlin. Das war schön, weil sich die neue Fraktion zum ersten Mal getroffen hat, auch mit denen, die ausscheiden. Ich habe dabei viele Bekannte getroffen, Adi Ostertag zum Beispiel, der dem neuen Bundestag nicht mehr angehört und dessen Mitarbeiter ich übernehmen konnte. Auch das ist ein Stück Kontinuität, so wie die ganze Kandidatur überhaupt.

In Berlin will ich an die Themen anknüpfen, die mich schon in Hamburg bewegt haben, als Arbeitssenatorin und auch vorher beim DGB. Deshalb habe ich mich für eine Mitarbeit im Arbeits- und Sozialausschuss entschieden. Die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Möglichkeit, Karriere und Beruf in den Blick zu nehmen, ohne die Familie zu vernachlässigen – dieses Ziel zieht sich wie eine Grundlinie durch meine Biographie. Das zu gewährleisten ist ja auch ein Eckpfeiler der neuen Legislaturperiode, neben der Umsetzung der Hartz-Vorschläge und der Durchsetzung einer Wirtschafts- und Zinspolitik, die wieder Investitionen ermöglicht.

Wie sich die konkrete Arbeit an diesen Zielen im Bundestag entwickelt, werde ich sehen. Aber eines ist für mich wichtig: Wer in die Politik geht, muss wissen, wo seine Wurzeln liegen, aber er muss auch seine Unabhängigkeit bewahren. Ich bin natürlich Gewerkschafterin. Aber durch meine Regierungsarbeit in Hamburg habe ich mir Freiräume verschafft, bestimmte Dinge anders zu sehen. Das tut übrigens beiden gut, auch den Gewerkschaften.

Ladenhüter Riester-Rente

Aufgeklärt, nicht wachgerüttelt

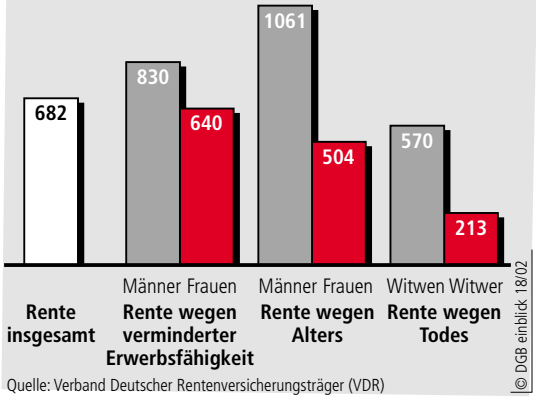
Die Rente wird transparenter, allein die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) verschickt seit Juni täglich rund 25 000 Renteninformationen. Sie geben Auskunft über die Höhe der zu erwartenden Rente. Die Reaktion der Versicherten ist erstaunlich – gleich null. „Wir schaffen es nicht, die Leute wachzurütteln", heißt es in der BfA.

Bis 2004 sollen alle 42 Millionen Beitragszahler die Rentenauskunft erhalten und wissen, was sie im Alter erwartet. „Für viele wird es eine böse Überraschung geben, wenn sie sehen, wie wenig da rauskommt", befürchtet Thomas Bieler von der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Und das glaubt nicht nur er. Das ist einhellige Expertenmeinung. Möglicherweise muss sie revidiert werden, falls sich bestätigt, was die BfA nach dem Versand von über zwei Millionen Renteninformationen feststellt: Die Rücklaufquote beträgt nicht einmal fünf Prozent. Und die meisten Versicherten melden nur fehlende Versicherungszeiten, Fragen zur privaten oder betrieblichen Altersvorsorge stellt kaum jemand. Die viel zitierte Versorgungslücke im Alter schreckt nicht; der Appell, privat oder betrieblich vorzusorgen, weil die gesetzliche Rente sinkt, verhallt.

Trotzdem passt dieses Verhalten ins Gesamtbild: Die Riester-Rente ist kein Verkaufsschlager. Nach Angaben des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) wurden im ersten Halbjahr 2002 erst 2,3 Millionen staatlich geförderte Altersvorsorgeverträge abgeschlossen. Bis Jahresende rechnet der Verband mit höchstens fünf Millionen Verträgen. Kalkuliert hatte die Branche mit acht bis zehn Millionen. Die Ursachenforschung hat inzwischen einen bunten Strauß an Erklärungen parat: Das Marketing der Riester-Rente sei „wirklich miserabel", klagte unlängst Victoria-Direktor Frank Neuroth im SPD-Blatt *vorwärts*. Ständig habe Arbeitsminister Walter Riester den Leuten gesagt, sie sollten sich Zeit lassen. Neuroth: „Kein Wunder, dass die Leute die Riester-Rente auf die lange Bank schieben." Als der Minister gegensteuerte und die Parole ausgab, „jetzt ist Zeit, sich zu entscheiden", wollte das niemand hören.

Keine großen Sprünge

Durchschnittliche Rentenzahlungen nach Rentenarten
Ende 2001 (in Euro)



Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR)

Die so genannte Standardrente, der 45 Versicherungsjahre mit Durchschnittsverdienst zugrunde liegen – was 70 Prozent des letzten Netto entspricht –, beträgt zur Zeit 1072 Euro im Westen und 941 Euro im Osten. Tatsächlich ausgezahlt werden in der Regel geringere Beträge.

Dann kam die Krise der Lebensversicherungen, die auf Grund der Börsenschwäche einen herben Imageschaden erlitten haben. Franz Ruland, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR): „Die Zurückhaltung bei den Abschlüssen lässt sich auch darauf zurückführen." Der Geschäftsführer von BHW-Invest, Hans-Jürgen Dannheisig, kennt dafür noch andere Gründe: Die „harte publizistische Dauerkritik" an der neuen Förderrente – die außerdem noch im Wahlkampf von der Opposition in Frage gestellt worden ist – habe die Menschen verunsichert. Auch hätten die Tarifparteien „länger als erwartet" gebraucht, Tarifverträge zur betrieblichen Altersvorsorge abzuschließen. Zwar lägen inzwischen gut 450 Tarifverträge für mehr als 17 Millionen Beschäftigte vor, „aber vom Tarifvertrag zum Angebot für den Beschäftigten dauert es auch noch einmal drei bis sechs Monate".

3578 Altersvorsorgeprodukte – Rentenversicherungen, Bank- und Fondssparpläne – hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BAFin) bis Anfang Oktober zertifiziert. Die wichtigste Orientierung durch diesen Dschungel bietet die Stiftung Warentest. Ob die Empfehlungen ihrer Zeitschrift *FINANZtest* („Riestern lohnt sich") den durchschlagenden Verkaufserfolg bringen, bleibt abzuwarten. Ab 16. Oktober ist das Novemberheft im Handel – mit dem Schwerpunktthema Betriebsrente. Der erwartete Testbericht dazu kommt aber erst 2003.

Ein Selbstläufer ist auch die neue Betriebsrente nicht. Die MetallRente, das Versorgungswerk von Gesamtmetall und IG Metall, hat sogar Mühe, sich in den eigenen Reihen durchzusetzen. Die Tarifparteien im Kfz-Handwerk von NRW fanden ihr Angebot nicht attraktiv genug und bevorzugten das der Nürnberger Versicherungsgruppe. Mehr Glück hatte die MetallRente beim DGB: Der Vorstand bietet sie allen DGB-Beschäftigten an. Und die bei der Entgeltumwandlung eingesparten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung gibt der DGB an seine Beschäftigten weiter. •

Geringere Beitragssätze, höhere Renten

Eine Rentenversicherung, die die gesamte Bevölkerung einbezieht, würde sowohl niedrigere Beitragssätze als auch höhere Durchschnittsrenten ermöglichen. Zudem sei eine solche „Volksversicherung" verfassungsrechtlich zulässig. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer Studie für die Hans-Böckler-Stiftung. DIW-Forscher Volker Meinhardt: „Hauptziel einer Alterssicherung ist es, den Lebensunterhalt aller Personen in ausreichendem Maße zu sichern. Dies ist im gegenwärtigen System gefährdet. Ein Vorschlag, um eine umfassende Alterssicherung auch zukünftig finanzieren zu können, ist eine universelle, die gesamte Bevölkerung einbeziehende Pflichtversicherung."

Die Studie „Finanzielle Konsequenzen eines universellen Systems der gesetzlichen Alterssicherung" (12 Euro) ist in der Edition der Hans-Böckler-Stiftung erschienen.

Bestellungen an:
Der Setzkasten
Fax: 0211 / 408 00 90 40
lavista@setzkasten.de

Im Internet
www.bfa.de
www.lva.de
www.stiftung-warentest.de
Mehr Infos zur Rente

Im Faxabruf
0211 / 43 01 681
Checkliste für die zusätzliche Altersvorsorge des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR)

PROJEKTE UND PARTNER

Projekt „Ein-Jahr-ran-für-Neue"

Berufseinsteiger binden



Um junge Gewerkschaftsmitglieder stärker an ihre Organisation zu binden, schlägt die Redaktion des gewerkschaftlichen Jugendmagazins *ran* den Gewerkschaften vor, neu eingetretenen BerufseinsteigerInnen ein Jahr lang die *ran* kostenlos nach Hause zu schicken.

BerufsanfängerInnen fehlen oft zielgruppenspezifische Informationen darüber, was die Gewerkschaften ihnen bieten. Infos dazu und jede Menge Berufsservice finden sich Monat für Monat in *ran.* Damit auch Jugendliche außerhalb von Großbetrieben die Chance haben, über die *ran* die Gewerkschaften kennen zu lernen, hat die Redaktion das Angebot „Ein-Jahr-ran-für-Neue" entwickelt. Es richtet sich an gewerkschaftliche Verwaltungsstellen. Für 24,60 Euro pro Jahres-Abo liefert der *ran* Verlag den Neuen das Blatt frei Haus. „Eine super Idee", meint Dietmar Bell, Geschäftsführer von ver.di Wuppertal-Niederberg. „Internet und einmalige Broschüren zum Berufsanfang reichen nicht aus." •

ran Verlag GmbH
Tel. 0221 / 973 28 16
Fax 0221 / 973 28 28

DGB-Bildungswerk

Globalisierung meistern

Die Globalisierung stellt Unternehmen vor neue Herausforderungen. Wie Betriebs- und Personalräte helfen können, diese zu meistern, zeigen zwei Seminare des DGB-Bildungswerks in Hattingen: „Wie unter den Bedingungen der Globalisierung Betriebsratspolitik orientieren?" (10. bis 13.November 2002) und „Wie kann der Betriebs-/Personalrat bei Unternehmensbeteiligungen, Outsourcing und Fusion handeln?" (27. bis 31. Oktober 2002). •

DGB-Bildungszentrum Hattingen
Tel. 02324 / 50 81 03
Fax 02324 / 50 83 00
hattingen@dgb-bildungswerk.de

DGB-Bildungswerk

Neuer Kurs in Zivilcourage

Auf Grund der großen Nachfrage bietet das DGB-Bildungswerk ein weiteres „Training für Zivilcourage" an. Vom 1. bis 6. Dezember lernen die TeilnehmerInnen im ver.di-Bildungszentrum Saalfeld, wie sie gegen fremdenfeindliche Äußerungen und rassistische Gewalt vorgehen können. •

DGB-Bildungswerk
Tel. 0211 / 43 01 197
Fax 0211 / 43 01 134
www.migration-online.de

Junges Forum

Höhepunkte der UnArt

Improvisation und Wortwitz vom Lustigsten garantiert Bülent Ceylan mit seinem Programm „Produzier mich net". Beim Festival „UnArt 2002" des Jungen Forums in Recklinghausen ist sein Auftritt am 28. November im Ruhrfestspielhaus einer von sechs Höhepunkten. Vom 14. November bis 20. Dezember begeistern außerdem russische Clowns, sizilianischer Gesang, Musikkabarett und Jazzimprovisationen die Besucher. Karten kosten regulär 13 und ermäßigt 11,50 Euro. •

Junges Forum
jungesforum@kulturinfo.de
www.kulturinfo.de

DGB-Jugend NRW

Seminare für Streber

Kritisches Mitdenken ist Pflicht. Mit dem Spruch von Joseph Beuys, „Wer nicht denken will fliegt raus", wirbt die DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen für ihr aktuelles Bildungsprogramm. Unter dem Titel „Streber" stehen rund 50 Seminare zu Politik, Geschichte und Arbeitswelt auf dem Stundenplan. Die Veranstaltungen im DGB-Bildungszentrum Hattingen richten sich an Jugendliche zwischen 15 und 26 Jahren. •

DGB-Bildungszentrum Hattingen
Tel. 0 23 24 / 59 52 00
Fax 0 23 24 / 59 52 20
info@streber-online.de
www.streber-online.de

Arbeitsministerium

Hotline zum Arbeitsrecht

Zu Fragen über Mitbestimmung, Kündigungsschutz oder Mobbing hat das Bundesarbeitsministerium eine kostenlose Telefonhotline eingerichtet. Sie vermittelt auch weitere Infos und Kontakte. Der Service ist von montags bis donnerstags zwischen 8 und 20 Uhr erreichbar. •

Hotline 0800 / 15 15 15 7

Job-Aqktiv-Gesetz

Startgeld für Selbstständigkeit

Seit In-Kraft-Treten des Job-Aqktiv-Gesetzes gibt's leichter staatliche Hilfe für die Existenzgründung. Wurde Überbrückungsgeld früher nur an Erwerbslose gezahlt, reicht jetzt bereits der Anspruch auf Arbeitslosengeld. Dann unterstützt der Staat Jungunternehmer sechs Monate lang mit Geld in Höhe der Lohnersatzleistung plus Sozialversicherungspauschale. Allein in Nordrhein-Westfalen wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres 15 780 Selbstständige gefördert. •

Infos zur Existenzgründung unter http://195.185.214.164/ex

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Bayern*** ist noch bis zum 18. Oktober mit ihrer ***Aktion Checkpoint-Job*** an bayerischen Berufsschulen unterwegs. Im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Du hast die Wahl! DGB-Jugend on Tour" informieren die jungen GewerkschafterInnen dabei vor allem über die im Oktober und November stattfindenden Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV). Zudem können die Azubis Fragen zu den rechtlichen Aspekten ihres „Jobs" stellen – vom Urlaubsanspruch bis zur zulässigen Wochenarbeitszeit. Mehr Infos: www.checkpoint-job.de/dgbjugend und Tanja Fischer, Tel. 089 / 517 00 225

••• Der ***DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg*** lädt gemeinsam mit der Vereinigung der Unternehmensverbände und der FU Berlin zu einer ***Fachtagung*** am 25. Oktober ein. Unter dem Motto „Arbeitslosigkeit ohne Ende? Arbeitsmarktpolitik in Deutschland – Dänemark – Holland im Vergleich" diskutieren Arbeitsmarktexperten darüber, ob sich die arbeitsmarktpolitischen Erfolgsrezepte der Nachbarn auf Deutschland übertragen lassen. Anmeldung: FU Berlin, Referat Weiterbildung, Tel. 030 / 83 85 14 14

••• Die ***IG Metall-Bezirksleitung Hannover*** protestiert in einem ***Offenen Brief*** an den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer (CDU), gegen geplante Einschränkungen im Bildungsfreistellungsgesetz. Die Landesregierung will keine politische Weiterbildung mehr anerkennen. Mehr Infos: *www.igmetall-bezirk-hannover.de*

Erwartungen des DGB an den EU-Konvent

Ein neuer Sozialkontrakt für Europa

Der Zeitplan ist eng: Spätestens im Juni 2003 will der EU-Konvent einen Vorschlag für eine europäische Verfassung vorlegen. Auch der DGB mischt sich in die Verfassungsdebatte ein. Das Ziel: Das europäische Sozialmodell soll im reformierten EU-Vertragswerk solide verankert werden.

Von Beginn an verfolgt der DGB den Reform-Konvent mit großer Aufmerksamkeit und legte bereits im April eine erste Stellungnahme vor. „Dem Konvent bietet sich eine große politische Chance, mit einem einfachen, klar gegliederten und die Ziele der Union beschreibenden Verfassungsentwurf die Einheit Europas zu vertiefen und zu stabilisieren", meint der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und zeigt die Richtung auf: „Vom gemeinsamen Markt zu einer sozialen Union, vom Primat der Ökonomie zu einem neuen europäischen Sozialkontrakt – dies ist der Weg, der mit einer Verfassung für Europa beschritten werden sollte."

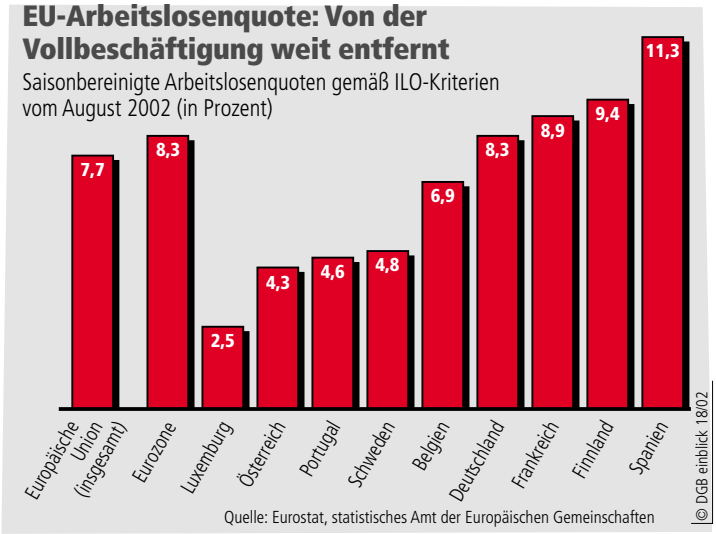
So ist für den DGB unverzichtbar, dass die auf dem EU-Gipfel von Nizza verabschiedete Charta der Grundrechte rechtsverbindlich in die Verfassung aufgenommen wird. Das europäische Sozialmodell sollte im Reformvertrag verankert werden. „Hierzu gehört die Aufnahme des Vollbeschäftigungsziels genauso wie ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft", erläutert Sommer. Mitte September hat der DGB seine Forderungen an den Konvent in dem detaillierten Papier „Ein neuer Sozialkontrakt für Europa" präzisiert. Die EU braucht:

- eine integrierte Wirtschafts- und Sozialpolitik
- Mitbestimmung
- den Sozialen Dialog
- eine tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen

Gefordert wird eine Neugestaltung der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik bzw. eine Verschmelzung der beiden Politikfelder zu einem Handlungsrahmen. „Ein beschäftigungs- und stabilitätsorientierter makroökonomischer Policy-Mix muss Vollbeschäftigung wiederherstellen und die Beschäftigungspotenziale der Union ausschöpfen." Die gegenwärtige Vertragslage und -praxis stelle keine ausreichende Grundlage dafür dar. Detailliert werden dazu Vorschläge angeführt, mit denen sich die Arbeitsgruppe „Ordnungspolitik/Economic Governance", die von dem Sozialdemokraten Klaus Hänsch (SPD) geleitet wird, befassen sollte. Sie ist eine von insgesamt zehn Arbeitsgruppen des Konventes, deren Berichte bis Ende Dezember vorliegen sollen. Doch es ist fraglich, ob es dieser Arbeitsgruppe gelingt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben. Zu gegensätzlich scheinen die Positionen: Insbesondere die Vertreter der spanischen, irischen und britischen Regierung sperren sich etwa dagegen, sich im Verfassungsvertrag auf „soziale Marktwirtschaft" explizit zu beziehen.

Zudem sollte sich diese Arbeitsgruppe insgesamt mit sozialen Fragen befassen, schafft das aber angesichts der Fülle ihrer Aufgaben nicht. „Die Werte und Grundsätze des europäischen Sozialmodells müssen in den künftigen Vertrag aufgenommen werden", mahnt Emilio Gabaglio, EGB-Generalsekretär und Beobachter im Konvent.

Nicht nur die Gewerkschaften kritisieren, dass die Forderungen nach einem sozialen Europa bisher in den Beratungen des Konvents kaum eine Rolle spielen. Unterstützt von 45 Konventsmitgliedern aus allen politischen Lagern forderten der österreichische Grüne Johannes Voggenhuber, die belgische Sozialistin Anne van Lancker sowie Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS) die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Soziales Europa" sowie endlich eine Sozial-Debatte im Konvent. Am 3. Oktober wurde über beide Anträge diskutiert, und am Ende beschied Valéry Giscard d'Estaing, der Präsident des Konventes, dass man sich mit dieser Thematik befassen würde, wenn die Arbeitsgruppe Ordnungspolitik ihre Ergebnisse präsentierte. Für mehr Druck soll nun eine Unterschriftenaktion für eine „Gemeinsame Erklärung der fortschrittlichen Kräfte für ein solidarisches Europa" sorgen. •



Der DGB fordert, Vollbeschäftigung als Ziel der Europäischen Union in die europäische Verfassung aufzunehmen.

Europäischer Konvent

Am 28. Februar 2002 hat der Konvent zur Zukunft Europas seine Arbeit aufgenommen. Er soll bis Mitte 2003 Reformvorschläge für die Institutionen der Europäischen Union entwickeln und den Entwurf eines europäischen Verfassungsvertrags vorlegen. Die Vorschläge sollen gewährleisten, dass die EU auch nach der Erweiterung handlungsfähig ist und ihre Entscheidungsprozesse für die BürgerInnen transparenter werden.

Der Konvent setzt sich zusammen aus 105 VertreterInnen der nationalen Parlamente, des Europäischen Parlamentes, der Regierungen und der Europäischen Kommission. Die Parlamentarier sind in der Mehrheit, und neben den Mitgliedsstaaten sind auch die Beitrittsländer im Konvent vertreten. Die europäischen Gewerkschaften haben im Konvent offiziellen Beraterstatus.

Mehr Infos:
http://european-convention.eu.int/
www.europa-digital.de/aktuell/dossier/konvent/

„Gemeinsame Erklärung der fortschrittlichen Kräfte für ein solidarisches Europa":
www.greens-efa.org

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 688
Ein neuer Sozialkontrakt für Europa – Empfehlungen des DGB an den Konvent

kurz&bündig

Die IG BCE setzt sich für eine „branchenbezogene Ausbildungsquote" ein. Die Idee: Betriebe, die diese Quote unterschreiten, zahlen in einen Branchenfonds ein; Betriebe, die sie erfüllen, erhalten Unterstützung aus dem Fonds. Die konkrete Ausgestaltung müsse aber „selbstredend" bei den Tarifparteien liegen, so der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt. Auch die IG BAU hatte sich für eine Ausbildungsumlage ausgesprochen. IG BAU-Vorstand Dietmar Schäfers forderte jedoch, „im Zweifelsfall" die Ausbildungsbereitschaft der Arbeitgeber „mit den Mitteln des Gesetzgebers" zu erhöhen.

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AjuM) der GEW bietet eine Online-Datenbank mit Rezensionen von Kinder- und Jugendbüchern. Preis, Seitenzahl und empfohlenes Lesealter zu über 150 Werken und ausführliche Beurteilungen der einzelnen Bücher können unter *www.ajum.de* abgerufen werden.

ver.di beteiligt sich am 15. Oktober am weltweiten Aktionstag „Übermüdung tötet!" der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) gegen zu lange Arbeitszeiten von Fahrpersonal im Straßenverkehr. Neben Infoveranstaltungen sind auch Aktionen an Grenzübergängen zu sieben Nachbarländern Deutschlands geplant.

Zukunftsmanifest der IG Metall

Jobvielfalt als neue Normalität

Zwei Jahre nach dem Start ihrer Zukunftsdebatte hat der Vorstand der IG Metall am 8. Oktober ein Zukunftsmanifest verabschiedet. Das 75 Seiten starke Papier zeigt Wege auf, wie die IG Metall auf den anhaltenden Wandel der Industriegesellschaft, den rasanten Bedeutungszuwachs neuer Arbeitsformen und die schwindende Bindungskraft traditioneller Formen der Interessenvertretung reagieren kann. Die IG Metall bekennt sich darin zum Leitbild der Vollbeschäftigung. Dies schließe aber „eine neue Normalität der Vielfalt" unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse ein.

Zu der Forderung nach einer weiteren, generellen Reduzierung der Arbeitszeit heißt es im Manifest, dass die Arbeitszeit im Laufe dieses Jahrzehnts deutlich sinken müsse. Dazu seien drei Wege denkbar: eine differenzierte Senkung der durchschnittlichen individuellen Arbeitszeit, eine gezielte Reduzierung für besonders belastete Gruppen und eine generelle Arbeitszeitverkürzung. Bezugsgröße für die tarifliche Arbeitszeit solle aber zunächst die „35-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit" bleiben. Sie müsse in allen Tarifgebieten und in allen Branchen durchgesetzt werden. •

www.igmetall.de/zukunft

Tarifkonflikt beim bfw

Zurück an den Verhandlungstisch

In den seit Monaten andauernden Tarifauseinandersetzungen beim Berufsfortbildungswerk bfw des DGB *(einblick* 14/02) sind die Tarifparteien wieder an den Verhandlungstisch zurückgekehrt. Während die zuständige Gewerkschaft ver.di eine Erhöhung der Gehälter der über 2000 bfw-Beschäftigten um sechs Prozent gefordert hatte, hielt die bfw-Geschäftsführung tarifliche Absenkungen für erforderlich, um das bfw dauerhaft wirtschaftlich zu sichern. Nach drei Verhandlungsrunden erklärten die zuständigen Tarifkommissionen von ver.di die Gespräche für gescheitert und leiteten die Urabstimmung ein. Fast 1000 Beschäftigte des bfw haben sich Anfang Oktober an Streikmaßnahmen beteiligt. •

WSI-Tarifarchiv

Deutsche Tarife Schlusslicht

Deutschland und Italien waren 2001 die einzigen europäischen Länder, in denen die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen mussten. Zu diesem Ergebnis kommt der Europäische Tarifbericht 2001/2002 des WSI-Tarifarchivs.

Insgesamt hat die Tarifrunde 2001 in Europa zu einer deutlich verbesserten Verteilungsbilanz geführt. „In den meisten europäischen Ländern kam es zu Lohnsteigerungen, die die nationalen Verteilungsspielräume ausschöpfen oder sogar leicht übertreffen konnten, ohne dass hiervon nennenswerte Gefahren für die Preisstabilität ausgegangen wären", so Thorsten Schulten, WSI-Experte für europäische Tarifpolitik. •

Der Bericht im Internet:
www.boeckler.de/wsi/tarchiv/tarifpolitik_in_europa_2001-2002.pdf

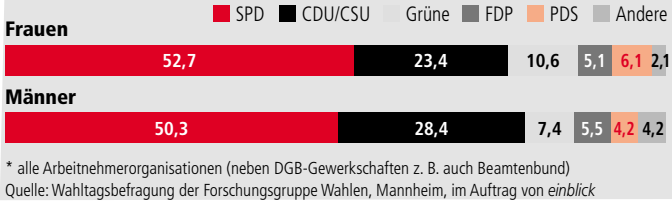
JAV-Wahlen

DGB-Jugend on tour

Mit Materialien und Aktionen unterstützt der DGB die noch bis zum 30. November laufenden Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV). So tourt die DGB-Jugend derzeit mit gelben Bussen durch die Republik und fährt Berufsschulen an, im Gepäck Info-Material für BerufsanfängerInnen. Wer die Tour verpasst, kann sich unter www.dgb-jugend.de über seine Rechte in der Ausbildung informieren, Tipps zur Wahl der JAV abholen oder am Gewinnspiel der DGB-Jugend beteiligen. •

Bundestagswahl: Gewerkschaftsfrauen bringen Rot-Grün nach vorn

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht (in Prozent)



* alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

© DGB einblick 18/02

Frauen haben einen großen Anteil am Wahlerfolg von Rot-Grün: Während 50,5 Prozent aller Wählerinnen bei der Bundestagswahl für SPD und Grüne stimmten, waren es nur 44,0 Prozent der Männer. Auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern gibt es deutliche Unterschiede im Wahlverhalten der Geschlechter. 63,3 Prozent der Gewerkschaftsfrauen votierten für Rot-Grün, aber nur 57,7 Prozent ihrer Kollegen.

Plädoyer für eine bessere Wirtschaftspolitik

Auf das Wachstum kommt es an

Wie immer der Streit um Reformen am Steuersystem zwischen den Koalitionsparteien und innerhalb der SPD ausgehen mag, für den DGB ist klar: Ein bloßes „Weiter so!" in der Haushaltspolitik darf es in dieser Legislaturperiode nicht geben. Meint DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer.

Die neue Bundesregierung wäre gut beraten, endlich eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die diesen Namen auch verdient. Derzeit wird nach altbekanntem Muster ein steriles Bühnenstück aufgeführt: Die einen wollen die Steuern erhöhen, die anderen kürzen lieber bei den Ausgaben. Es geht aber um mehr. Gefordert ist eine **grundlegende Weichenstellung für mehr Wachstum** in der deutschen und europäischen Wirtschaftspolitik.

An erster Stelle ist die Europäische Zentralbank (EZB) gefordert. Die Geldpolitik hat in den vergangenen Jahren ihre Spielräume für mehr Wachstum nicht ausreichend genutzt, obwohl die Preisstabilität zu keinem Zeitpunkt bedroht war. Dass das Wachstum unter die Beschäftigungsschwelle gesunken ist, ist in erster Linie der restriktiven Politik der EZB zu verdanken, die sich in ihrer Autonomie wie ein Staat im Staate verhält. Vor allem die wirtschaftlich aufholenden EU-Länder weisen derzeit höhere als von der EZB tolerierte Preissteigerungsraten auf – mit dem perversen Effekt, dass die zwei großen, preisstabilen Länder Deutschland und Frankreich mit hohen Realzinsen „bestraft" werden. Die europäische Notenbank muss daher neben der Geldwertstabilität auf einen möglichst hohen Beschäftigungsgrad in Europa verpflichtet werden. Der europäische Verfassungskonvent bietet eine Gelegenheit hierzu.

Zweitens: **Die Finanzpolitik muss der Konjunktur mehr Luft zum Atmen verschaffen.** Das Argument, jede Form der Neuverschuldung stelle eine unangemessene Belastung zukünftiger Generationen dar, ist so eingängig wie falsch. Da wird der Vergleich bemüht, es sei das Bestreben eines jeden Familienvaters, den Kindern ein schuldenfreies Haus zu hinterlassen. Abgesehen davon, dass schon der Vergleich eines privaten Einzelhaushaltes mit dem eines öffentlichen Gemeinwesens nicht statthaft ist: Was geschieht, wenn es hineinregnet und das Haus wegen mangelnden Unterhalts langsam verrottet? Der Wohlstand unserer Kinder und Enkel hängt doch vor allem davon ab, welchen Kapitalstock sie erben und welche Ausbildung ihnen ermöglicht wird. Gerade wegen der rückläufigen Geburtenentwicklung dürfen die (dann höheren) Ausgaben der Zukunft nicht auf die (geringere) Bevölkerungszahl der (schlechter ausgestatteten) zukünftigen Generationen abgeschoben werden – das ist Generationengerechtigkeit.

Die öffentliche wie private Investitionstätigkeit in Deutschland ist seit Jahren zu schwach und liegt im europäischen Vergleich am unteren Ende der Skala. Sparprogramme führen nicht zu mehr Wachstum, sondern enden in der Verschuldungsfalle. **Aus der Verschuldung kann man sich nicht heraussparen, man muss aus ihr herauswachsen.** Die bisherige Konsolidierungspolitik hat sich hierauf nicht positiv ausgewirkt, sondern wirkt im Gegenteil wachstumshemmend. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) bedarf daher dringend einer Korrektur, da er ohne Rücksicht auf die Konjunktur die Wirtschaftspolitik der öffentlichen Hand auf eine schlichte Haushaltspolitik reduziert und die Regierungen zu einer falschen, prozyklischen Finanzpolitik zwingt. Ein vom Kopf auf die Füße gestellter SWP würde dagegen antizyklisch wirken. Er ließe im Abschwung höhere Defizite als drei Prozent des Bruttosozialprodukts zu, würde dafür aber den Ausgabenanstieg in guten Zeiten begrenzen und die reichlicher fließenden Steuereinnahmen zum Abbau der Defizite und der Staatsverschuldung verwenden.



DGB-Vorstand Heinz Putzhammer, 61, fordert „eine Wirtschaftspolitik, die diesen Namen auch verdient".

Die Unternehmen müssen wieder stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Hierbei geht es erstens um eine generelle Überprüfung und Korrektur der steuerlichen Vorschriften zu Unternehmensumstrukturierungen, um weitere Steuereinbrüche bei Körperschaftsteuer (KöSt) und Gewerbesteuer zu verhindern. Ein beliebtes Spiel der höheren Etagen in Kapitalgesellschaften ist es, steuerbefreite Gewinne wie abzugsfähige Verluste aus Veräußerungen an Anteilsbesitz buchungstechnisch entstehen zu lassen. Zweitens hat das geltende Übergangsverfahren vom System der Vollanrechnung auf das Halbeinkünfteverfahren bei der Körperschaftsteuer in vielen Fällen dazu geführt, dass aus der Einnahmequelle KöSt eine Nettorückgabe an die Unternehmen geworden ist. Drittens ist die Steuerbefreiung von Kapitalgesellschaften bei Veräußerungsgewinnen aus Anteilsbesitz durch eine Mindestbesteuerung rückgängig zu machen. •

Machtwort

„Es wird keine Steuererhöhungen geben." Dem Machtwort des Kanzlers zum Trotz beharren die Gewerkschaften auf ihrer Forderung nach einer Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Es könne nicht sein, dass die Arbeitnehmer jeden Cent versteuerten und die Besitzer großer Vermögen sich immer weniger an der Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben beteiligten, erklärte der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane rechnete vor: „Bei einem Freibetrag von 500 000 Euro und einer Besteuerung mit einem Prozent würde dies zu Mehreinnahmen von 16 Milliarden Euro führen."

Im letzten Jahr ihrer Erhebung, 1996, brachte die Vermögensteuer 4,6 Milliarden Euro ein. Die schwarz-gelbe Bundesregierung schaffte sie 1997 ab, nachdem das Bundesverfassungsgericht die ungleiche Besteuerung verschiedener Vermögensarten beanstandet hatte.

Eine Vermögensteuer wird sowohl in den USA als auch in vielen westeuropäischen Ländern erhoben.
Die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, Sigmar Gabriel und Kurt Beck (beide SPD), haben die Wiedereinführung der Vermögensteuer ins Spiel gebracht, um damit erhöhte Bildungsausgaben zu finanzieren.

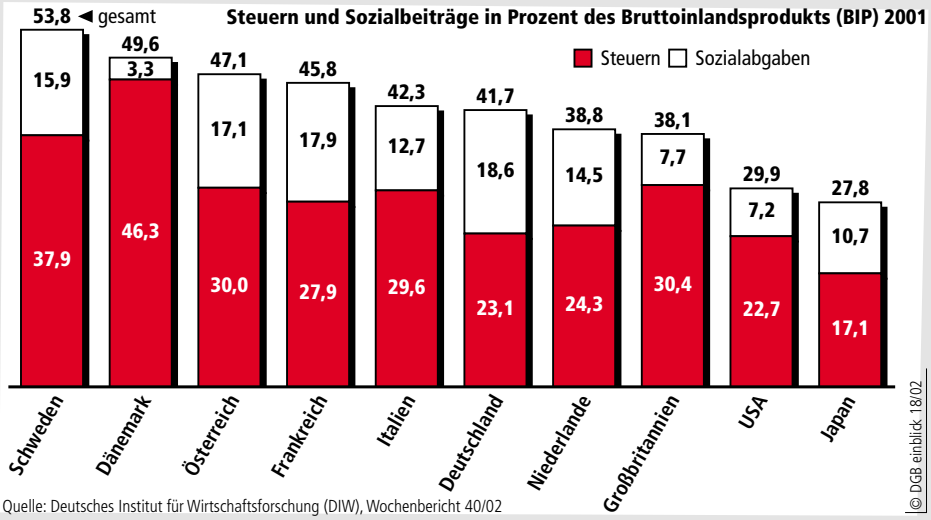
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

ABGABENQUOTEN: Deutschland rangiert im Mittelfeld

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland bei den staatlichen Einnahmen im Mittelfeld. Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) berechnet. Danach ist Deutschland weder ein Hochsteuerland, noch liegt es in Sachen Sozialabgaben an der Spitze. Höhere Abgaben sind in Schweden, Dänemark, Österreich, Frankreich und Italien fällig. Deutschland ist laut DIW sogar das einzige Land, „in dem die Steuerquote 1999 nicht höher war als 1965".



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 40/02

14 TAGE

16.10. DGB Niedersachsen/Bremen, Bildungspolitische Konferenz, Hannover

17.10. DGB-Bundesvorstand, Hearing „Reformoptionen im Beihilfesystem", Berlin

22.10. TRANSNET, Start der Regionalkonferenzen für Betriebsräte zur Vertrauensoffensive der Deutschen Bahn AG, Berlin

24./25.10. ver.di, Tagung „Migration und Gewerkschaften – ein Handlungsfeld für die Zukunft", Berlin

25./26.10. Gewerkschaft NGG, Frauenkonferenz, Halle

29.10. DGB Berlin-Brandenburg, „Rot-grüner Reformkurs braucht mehr Druck von links", Vortrag von Oskar Lafontaine, Berlin

29.10. DGB Niedersachsen/Bremen, Fachtagung Call-Center, Bremen

29./30.10. ver.di, Tagung „Entgeltgleichheit, Arbeitsbewertung auf dem Prüfstand", Berlin

personalien

••• ***Konrad Freiberg,*** 51, ist am 8. Oktober vom Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) als Vorsitzender wiedergewählt worden. Zu den vier stellvertretenden Vorsitzenden wurden ***Bernhard Witthaut,*** 47, GdP-Vorsitzender im Saarland, ***Heinz Kiefer,*** 54, stellvertretender GdP-Vorsitzender in Bayern, und ***Kerstin Philipp,*** 39, stellvertretende GdP-Vorsitzende in Berlin, gewählt. Witthaut, Müller und Kiefer wurden wiedergewählt, Philipp folgt ***Helmut Hinsenhofen,*** 62, der aus Altersgründen nicht mehr angetreten ist. Zudem bestätigten die Delegierten Bundeskassierer ***Andreas Schuster,*** 43, den stellvertretenden Bundeskassierer ***Jörg Radek,*** 42, den Schriftführer ***Frank Richter,*** 43, sowie ***Detlef Rieffenstahl,*** 52, und ***Elisabeth Uzunoglu,*** 44, als weitere Vorstandsmitglieder.

••• ***Dr. Arne Heise,*** 42, bis Juni 2000 Referent des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, ist seit dem 1. September Professor für Finanzwissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg.

••• ***Annelie Buntenbach,*** 47, von 1994 bis 2002 Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied der Enquetekommission Globalisierung, ist seit 1. Oktober Leiterin der Abteilung Sozial- und Bildungspolitik der IG Bauen–Agrar–Umwelt mit Sitz in Berlin.

••• ***Dr. Gerd Bäcker,*** 55, bis 1996 Referent des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, dann Professor für Soziologie an der Fachhochschule Niederrhein in Mönchengladbach, lehrt seit dem 1. September praxisorientierte Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Unternehmen müssen besteuert werden"

Der baden-württembergische Finanzminister Gerhard Stratthaus (CDU) laut dpa vom 2. Oktober. Stratthaus hat eine Bundesratsinitiative zur Unternehmensbesteuerung angekündigt, denn die großen Aktiengesellschaften und GmbH zahlten „praktisch keine Ertragssteuer mehr".

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 28.10.2002 19/02

DGB

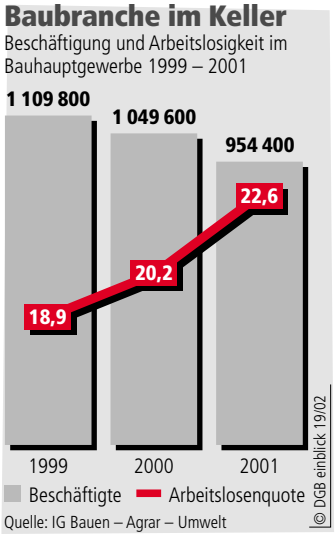
Kritik am rot-grünen Koalitionsvertrag

DGB macht sich für Arbeitslose stark

Im Grundsatz stehen die Gewerkschaften hinter dem Koalitionsvertrag von SPD und Grünen. „Die Richtung stimmt und verdient gewerkschaftliche Unterstützung", so DGB-Vorsitzender Michael Sommer. Doch vor allem die angekündigten Kürzungen zu Lasten von Arbeitslosen und Häuslebauern stoßen ihm sauer auf. Sommer: „Beides wollen wir nicht schlucken."

Äußerst skeptisch beurteilt DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer die Absicht der Regierung, der Bundesanstalt für Arbeit 2003 keinen Zuschuss mehr zu zahlen. Die Sparvorgabe von 4 Milliarden Euro sei nur erfüllbar, wenn die Zahl der Arbeitslosen deutlich sinke.

Mit Blick auf die geplanten Abstriche bei den Arbeitslosen appellierte sie an die SPD, „die Schmerzgrenze der Gewerkschaften nicht zu überschreiten". Obwohl die Regierung die Vorschläge der Hartz-Kommission eins zu eins umsetzen will, schießt sie darüber hinaus und will 1,3 Milliarden Euro einsparen: Das Arbeitslosengeld soll nicht mehr der Lohnentwicklung angepasst werden. Die Unterstützung für Arbeitslose mit Kindern soll von 67 auf 60 Prozent des letzten Nettoeinkommens gekürzt und stattdessen eine Pauschale von 35 Euro pro Kind gezahlt werden. Weitere Vorhaben: UmschülerInnen erhalten kürzere Zeit Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe bei Fortbildung sinkt. Beim Bezug von Arbeitslosenhilfe werden Ersparnisse und Partnereinkommen stärker angerechnet. Kollektive Kürzungen entziehen aber laut DGB-Chef Sommer der Zustimmung der Gewerkschaften zu Hartz die Grundlage.



Die Krise am Bau verschärft sich weiter: Bundesweit sind jetzt nur noch 861 000 Bauleute beschäftigt, aber schon 228 000 arbeitslos.

Als „Katastrophe" für die ohnehin schon gebeutelte Baubranche bezeichnet der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel die Beschneidung der Eigenheimzulage. Die Grundförderung von 2556 Euro soll gestrichen und das Baukindergeld von 764 auf 1200 Euro erhöht werden. Damit entfalle ein Drittel der Förderung. Gegenüber der jetzigen Regelung – die Eigenheimzulage wird acht Jahre lang gezahlt – fehlen einem Ehepaar ohne Kinder letztlich 20 448 Euro. Es bräuchte sechs Kinder, um diesen Verlust wettzumachen.

Für „akzeptabel und sozial ausgewogen" hält der DGB hingegen die Erhöhung des Rentenbeitrags um 0,2 auf 19,3 Prozent und die der Beitragsbemessungsgrenze von 4500 auf 5100 Euro im Westen und von 3750 auf 4275 Euro im Osten (Mehrkosten: bis 50/60 Euro Ost/West).

Mehr Lob als Tadel kassiert Rot-Grün auch von ver.di. Positiv kommentiert wird, dass die Einkommen im öffentlichen Dienst Ost bis 2007 dem Westniveau angeglichen werden sollen; negativ die Absicht, Kunstgegenstände mit dem vollen Mehrwertsteuersatz zu belegen.

Die IG Metall begrüßt die geplante Mindestbesteuerung von Unternehmen, die Steuerpflicht für Veräußerungsgewinne aus Wertpapiergeschäften und die generelle Besteuerung von Aktienverkäufen.

Rundum zufrieden ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft damit, dass der Bund 4 Milliarden Euro für den Bau von 10 000 Ganztagsschulen und jährlich 1,5 Milliarden Euro für mehr Krippenplätze ausgeben will: „Rot-Grün hat Wort gehalten." •

plusminusBERLIN

+ ***Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Peter Götz, kritisiert die geplante Streichung der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden für kulturelle und gemeinnützige Einrichtungen. Sport und Kultur bräuchten Spenden. Spender seien zu „ermutigen, nicht abzustrafen".***

– ***Dieter Thomae, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, wirft der Koalition vor, „gnadenlos Gleichmacherei" zu betreiben. Rot-Grün will Berufsanfängern den Wechsel in eine private Krankenkasse erschweren und die Versicherungspflichtgrenze erhöhen.***

inhalt

Seite 3

Hartz-Vorschlag verstößt gegen Europa-Recht

Interview mit dem Rechtswissenschaftler Wolfhard Kohte zum Hartz-Vorschlag, die Arbeitsverträge Älterer ohne Einschränkung zu befristen

Seite 5

Bsirskes erste Bewährungsprobe

ver.di wagt den Tabubruch, ihre Tarifforderung für den öffentlichen Dienst kommt dem – voraussichtlichen – Ergebnis bereits sehr nahe

Seite 7

Beendet das Schweigen

Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, ruft dazu auf, gegen den drohenden Irak-Krieg Stellung zu beziehen

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb-jugend.de

Tipps und Infos zur Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)

Im Faxabruf

0211/43 01 655

DGB-Stellungnahme zum Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Auszüge)

BIBB-Studien

Kosten der Ausbildung

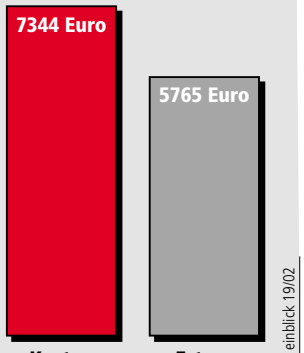
Einer repräsentativen Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zufolge können ausbildende Betriebe durchaus eine positive Bilanz ziehen. Das ergab ein Kosten-Nutzen-Vergleich bei einer repräsentativen Befragung von 2500 Unternehmen.

Den Berechnungen des BIBB zufolge fällt die Bilanz eindeutig positiv zu Gunsten der Ausbildung im eigenen Betrieb aus, wenn berücksichtigt wird, dass sich viele Ausbilder nicht ausschließlich um die Azubis kümmern. Auch der nicht in Geld bezifferbare Nutzen wie etwa das Fehlbesetzungsrisiko bei Einstellungen müsse in einer solchen Bilanz berücksichtigt werden.

Im Jahr 2000 investierten deutsche Unternehmen 27,68 Milliarden Euro in die betriebliche Ausbildung, nach Abzug der von den Azubis erwirtschafteten Erträge bleiben Nettokosten von 14,66 Milliarden Euro. Mit mehr als 23 Milliarden Euro wurde in den alten deutlich mehr als in den neuen Ländern in Ausbildung investiert. •

Ausbilden lohnt sich

Durchschnittliche Kosten und Ertrag eines Auszubildenden nach drei Lehrjahren



Quelle: BIBB

© DGB einblick 19/02

Schon ein simpler Kosten-Nutzen-Vergleich ergibt: Die Ausbildung des eigenen Nachwuchses ist für Unternehmen meist billiger als Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu suchen und anzulernen.

EU-Kommissar Monti

Lohnsubventionen deckeln

EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti plant Eingriffe in die nationale Beschäftigungspolitik. Wiedereingliederungsbeihilfen für benachteiligte Arbeitnehmer sollen künftig eine Schwelle von 50 Prozent der Lohnkosten nicht überschreiten dürfen. Die EU-Kommission will die Verordnung am 30. Oktober beschließen. Da weder die Zustimmung des Ministerrats noch des Europaparlaments notwendig sind, wäre sie unmittelbar rechtskräftig. •

Solidarpakt Berlin

Streiks nicht ausgeschlossen

Im Ringen um einen Ausweg aus der Finanzmisere Berlins sind die Solidarpakt-Gespräche gescheitert, der Senat setzt nun auf Konfrontation. „Harte Schritte" hatte der Regierende Bürgermeister bereits im Vorfeld der letzten Gesprächsrunde angekündigt, nun sollen Beamte ab 2003 länger arbeiten. Von 40 auf 42 Stunden soll die Arbeitszeit erhöht werden. Außerdem will die Bundeshauptstadt aus dem bundesweiten Flächentarif aussteigen, über eine Bundesratsinitiative will Klaus Wowereit eine Öffnungsklausel im Beamtenbesoldungsrecht erreichen. Die Gewerkschaften haben dagegen Widerstand angekündigt. „Eine Arbeitszeitverlängerung und ein Einstellungsstopp bei Beamten sind das vollkommen falsche Signal", so ver.di-Vorstand Christian Zahn. DGB-Vize Bernd Rissmann betonte, die Aushöhlung des Flächentarifs sei mit den Gewerkschaften nicht verhandelbar. Sollte der Senat auf seiner Linie beharren, seien Streiks nicht ausgeschlossen. •

geplant... beschlossen

Der Geschäftsführende Bundesvorstand hat einen Zeitplan für das Projekt Neuer Sozialkontrakt beschlossen: Bis zum 10. Dezember sollen Leitfragen für die Teilprojekte vorliegen. Anschließend sollen auf einem Start-Workshop mit allen TeilnehmerInnen die Teilprojektpläne entwickelt werden. Eine erste Präsentation des Projekts ist für die Klausur des DGB-Bundesvorstands vom 20. bis 22. Januar 2003 geplant.

„Jetzt nicht locker lassen: Gleiche Chancen in Betrieb und Verwaltung", unter diesem Motto beteiligen sich die Gewerkschaften am 8. März am Internationalen Frauentag. Das hat der Bundesfrauenausschuss beschlossen.

wiewardiewoche?



5000 Münchner BürgerInnen haben am 12. Oktober den Zug tausender Neonazis quer durch die Innenstadt verhindert – trotz gerichtlicher Genehmigung. Heinrich Birner, 42, Geschäftsführer des ver.di-Bezirks München, hat den Widerstand gegen den Nazi-Aufmarsch mit organisiert.

Es gibt in München viele Traditionen, nicht nur die des Feierns und des Oktoberfestes, sondern auch die Tradition des Widerstands gegen Nazis. Schon 1997 und 2000 haben wir einen Nazi-Aufmarsch verhindert. Dass uns Münchnern das am 12. Oktober erneut gelungen ist, macht mich schon ein wenig stolz.

Organisiert hatte den Widerstand gegen den Nazi-Aufmarsch, der auch am ver.di-Haus in der Bayerstraße vorbeiführen sollte, ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Kirchen und politischen Organisationen. Ob die Nazis durch München marschieren können, war bis zuletzt unklar. Zwar hatte die Stadt zum zweiten Mal in der Geschichte den unechten Polizeinotstand erklärt und den Nazi-Aufmarsch mit Verweis auf die zu erwartenden Gegendemonstrationen als nicht beherrschbares Sicherheitsrisiko verboten, aber nur 24 Stunden vor dem geplanten Aufmarsch wurde das Demonstrationsverbot vom bayerischen Verwaltungsgerichtshof wieder kassiert. Ein Zeitpunkt, der uns kaum noch Zeit zur erneuten Mobilisierung gelassen hat. Trotzdem sind 5000 Münchner dem Aufruf des Bündnisses gefolgt. Wir haben uns um zehn Uhr auf dem Marienplatz zu einer Gegenkundgebung getroffen. Anschließend stellten sich viele Teilnehmer schützend vor das ver.di-Haus in der Bayerstraße und das DGB-Haus in der gegenüberliegenden Schwanthaler Straße. Als sich abzeichnete, dass die Polizei die Nazis nicht mehr auf der genehmigten Route am ver.di-Haus vorbeimarschieren lässt, sind viele zum Goetheplatz weitergezogen, um die Alternativroute der Rechtsradikalen zu blockieren. Auch das ist uns gelungen. Statt tausende von Gegendemonstranten wegzuschieben hat die Polizei nach nur 300 Metern den Aufmarsch der Nazis gestoppt und sie zu ihren Bussen zurück begleitet. Dass es möglich ist, einen Nazi-Aufmarsch zu verhindern, haben in München nicht nur viele Gewerkschaftsmitglieder gezeigt, sondern vor allem junge Menschen. Auch das ist eine tolle Erfahrung.

Streitpunkt Ausweitung der Befristung

Hartz-Vorschlag widerspricht Europa-Recht

Weniger Kündigungsschutz führt nicht zu mehr Beschäftigung und verstößt gegen geltende EU-Richtlinien, meint der Hallenser Rechtsprofessor Wolfhard Kohte in einem Gutachten für den DGB. einblick hat nachgefragt.



Foto: Martin Jehnichen

Wolfhard Kohte, 56, ist Professor für bürgerliches Recht sowie deutsches und europäisches Arbeits-, Unternehmens- und Sozialrecht an der Martin-Luther-Universität in Halle.

■ Ältere sind auf dem Arbeitsmarkt unterrepräsentiert. Ändert sich das, wenn – wie von der Hartz-Kommission vorgeschlagen – ihre Arbeitsverträge künftig ohne jegliche Einschränkung befristet werden können?

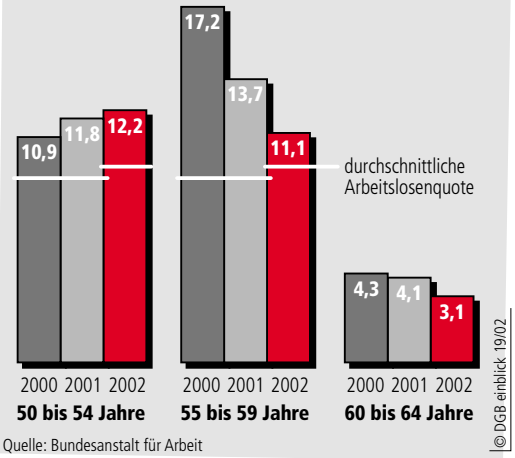
■ *Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit hat prognostiziert, dass dieser Vorschlag nicht zu einer höheren Beschäftigung älterer Arbeitnehmer führen wird. Die Erfahrungen mit der Absenkung der Befristungsgrenze auf 58 Jahre seit Anfang 2001 haben gezeigt, dass sich die Beschäftigungschancen Älterer nicht verbessert haben. Die Erwerbsquote Älterer ist in den letzten zwei Jahren durch den Ausbau der Altersteilzeit gestiegen. Dies ist ein empirisch besser gesicherter Weg.*

■ Wie gehen andere Länder mit dem Problem der mangelhaften Beschäftigung Älterer um?

■ *Zahlreiche europäische Länder haben eine deutlich höhere Erwerbsquote Älterer – jedoch nicht durch eine solche Absenkung der Schutzstandards Älterer, sondern durch Unterstützung der Weiterbildung und der betrieblichen Gesundheitsförderung, Korrektur der Frühverrentungspolitik und Ausbau der Teilzeitarbeit, zum Teil in Kombination mit Teilrente. Wenn es Befristungsregelungen für Ältere gibt, dann gelten sie nur vorübergehend und sind oft von staatlichen Fördermitteln flankiert.*

Überproportional betroffen

Arbeitslosenquoten Älterer 2000 – 2002 (jeweils September)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Seit Jahren liegt die Arbeitslosenquote Älterer über dem Durchschnitt. Die der 50- bis 54-Jährigen ist sogar kontinuierlich gestiegen, die der 55- bis 59-Jährigen allerdings gefallen. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein über 55-jähriger Arbeitsloser wieder beschäftigt wird, liegt nur bei 25 Prozent.

■ Ist der Hartz-Vorschlag, die Befristungen für Ältere auszuweiten, mit der EU-Politik, zum Beispiel den beschäftigungspolitischen Leitlinien, in Einklang zu bringen?

■ *In diesen Leitlinien wird Deutschland aufgefordert, die Erwerbsquote Älterer deutlich zu erhöhen. Als Mittel werden vor allem eine Politik des lebenslangen Lernens und der altersgerechten Arbeitsorganisation genannt. Von diesen Elementen ist im jetzigen Gesetzgebungsvorhaben noch nichts zu sehen.*

■ Die Befristungsrichtlinie der EU lässt nur unter bestimmten Voraussetzungen Befristungen zu. Steht der Vorschlag der Hartz-Kommission nicht im Widerspruch dazu?

■ *Diese Richtlinie sieht den unbefristeten Arbeitsvertrag als Regelfall und akzeptiert eine einschränkungslose Befristung allenfalls für den ersten Vertrag. Jede weitere Befristung muss entweder durch einen sachlichen Grund, durch eine Höchstdauer in überschaubarer Zeit oder durch eine Begrenzung der Zahl der befristeten Verträge eingeschränkt sein. Dies ist bereits heute bei den Regelungen für 58-jährige Arbeitnehmer nicht der Fall. Die Europarechtswidrigkeit dieser Regelung wird durch die neuen Vorschläge vergrößert und nicht verringert.*

■ Beißt sich der Hartz-Vorschlag auch mit der Antidiskriminierungsrichtlinie der EU, die eine Ungleichbehandlung wegen Alters verbietet?

■ *Der Vorschlag, alle Arbeitnehmer ab 50 Jahre unbegrenzt befristen zu können, ist eine Benachteiligung wegen des Alters, denn er ist nicht geeignet, die Erwerbsquote Älterer real zu erhöhen. Außerdem ist er nicht erforderlich, denn es gibt andere Möglichkeiten, wie sozialwissenschaftliche Studien und die Erfahrungen unserer Nachbarländer zeigen.*

■ Die Antidiskriminierungsrichtlinie ist noch nicht umgesetzt, muss sie trotzdem schon beachtet werden?

■ *Diese Richtlinie muss 2003 umgesetzt werden. Kurz vor Ablauf einer solchen Frist darf ein Mitgliedsstaat nicht das Gegenteil einführen. Im Übrigen kann eine Regelung keine positiven Effekte auf dem Arbeitsmarkt haben, wenn jeder weiß, dass sie in wenigen Monaten völlig korrigiert werden muss. Gerade eine solche Zickzackpolitik ist für den Arbeitsmarkt besonders nachteilig.* •

Der Stein des Anstoßes

Die Erwerbsbeteiligung Älterer zu erhöhen, ist ein Hauptziel der europäischen Beschäftigungspolitik. Danach soll die Beschäftigungsquote in der EU für Männer und Frauen zwischen 55 und 64 Jahren bis 2010 auf 50 Prozent steigen. Davon ist Deutschland noch weit entfernt, hier betrug die Quote im Jahr 2000 nur 37,4 Prozent. Deshalb kam die Hartz-Kommission auf die Idee, die Altersgrenze für nicht begründungsbedürftige befristete Arbeitsverträge auf 50 Jahre abzusenken.

Für 58-Jährige sind Befristungen ohne Sachgrund, ohne zeitliche Begrenzung und ohne Begrenzung der Anzahl der Verlängerungen schon seit Anfang 2001 möglich. Paragraph 14.3 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes erlaubt's. Gefallen hat das dem DGB schon damals nicht. Gegen die geplante Ausweitung dieser Praxis auf 50-Jährige erhebt er lautstark Protest.

Sein Credo: Schrankenlose Befristungen hebeln den Kündigungsschutz aus. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer: „Würde die unbegrenzte befristete Beschäftigung schon ab 50 Jahren eingeführt, würden 20 Prozent der Erwerbspersonen in Deutschland bei Arbeitslosigkeit vom Kündigungsschutz ausgeschlossen."

WSI-Tarifarchiv

Neue Konzepte für Ältere gesucht

Die Tarifpolitik für ältere ArbeitnehmerInnen weist erhebliche Regelungslücken auf. Zu diesem Ergebnis kommt das WSI-Tarifarchiv in einer neuen Untersuchung („Tarifpolitik für ältere ArbeitnehmerInnen", 47 Seiten, 10 Euro). Danach ist die Verdienstsicherung für Ältere zwar weit, aber keineswegs flächendeckend verbreitet. Nur wenige Tarifverträge sehen für Ältere geringere Wochenarbeitszeiten oder zusätzliche freie Tage vor. Die größten Defizite für ältere Beschäftigte existieren bei der tariflichen Regelung von Arbeitsorganisation, Leistungspolitik und Qualifizierung. •

WSI-Tarifarchiv
Fax 0211 / 77 78 250
tarifarchiv@wsi.de



„Arbeitsrecht in der Rechtsprechung" heißt eine neue Fachzeitschrift des Kölner AiB-Verlags, die im April 2003 auf den Markt kommen soll. Die neue Zeitschrift wertet systematisch alle praxisrelevanten Entscheidungen von Arbeitsgerichten aus und stellt wichtige Urteile im Wortlaut vor. Zudem ist ein ergänzendes Internetportal geplant, mit dem alle in der Printversion veröffentlichten Entscheidungen sowie weitere Urteile in ungekürzter Form abgerufen werden können. Wer nicht bis April warten will, kann bereits jetzt ein kostenloses Probeheft von „Arbeitsrecht in der Rechtsprechung" anfordern. *Tel. 0 60 74 / 82 92 22, E-Mail: service@buchundmehr.de*

DGB-Bildungswerk

Seminare für 2003

Mehr als 500 Seminare zu den verschiedensten Themen – von Betriebsratspolitik über Computerwissen bis zu Sozialkompetenz – stehen im prallvollen Programm des DGB-Bildungswerks fürs kommende Jahr. Besonderer Service: Bei zahlreichen Seminaren ist Kinderbetreuung möglich. •

DGB-Bildungswerk
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel. 0211 / 43 01 318

GEW-Film

Schulen am Wendekreis

Wie kommt es, dass die Schulen in Skandinavien so erfolgreich sind? Woran liegt es, dass sich in Finnland und Schweden ein Innovationsklima ausbreitet? Kann man die Spitze stärken und zugleich das allgemeine Niveau heben? Das sind nur einige der Fragen, denen der Dokumentarfilm „Spitze! Schulen am Wendekreis der Pädagogik" der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nachgeht. Am liebsten würde Filmemacher Reinhard Kahl die Deutschen selbst auf Klassenfahrt nach Skandinavien schicken, denn wichtiger als die Kritik an den deutschen Schulen sind die Bilder davon, wie es anders sein, und die Beispiele, wie es besser gehen könnte.

Den Film „Spitze! Schulen am Wendekreis der Pädagogik" gibt es für 15 Euro als zwölfminütige Kurzfassung und als 52 Minuten lange Dokumentation auf VHS-Kassette. •

GEW-Hauptvorstand
Postfach 90 04 09
60444 Frankfurt/M.
sr9@gew.de

interregio

••• Die ***DGB-Industrieregion Mittelfranken*** lädt am 23. November zur ***Uraufführung*** von Bertolt Brechts „Koloman Wallisch Kantate" nach Nürnberg ein. Das Stück erzählt die Geschichte des 1934 hingerichteten österreichischen Arbeitersekretärs Wallisch und seines Kampfs gegen eine faschistische Regierung. Die Inszenierung entstand im Rahmen des Programms „Jugend für Toleranz und Demokratie". Zu den Paten des Projekts der jugendlichen Darsteller aus Bremen, Hamburg und Niedersachsen gehören der DGB Nord und der Vorsitzende des DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, Stefan Körzell. Eintrittskarten für die Uraufführung gibt es für 10 Euro (ermäßigt 8 Euro) beim DGB Mittelfranken, Kornmarkt 5–7, 90402 Nürnberg, Tel. 0911 / 24 91 66

••• Bereits zum dritten Mal beteiligt sich der ***DGB Trier*** an den ***„Informationen für Grenzgänger"*** des örtlichen Arbeitsamtes. Letzter Termin für dieses Jahr ist der 29. Oktober in Konz. Die Veranstalter bieten neben arbeitsrechtlichen auch finanzielle und versicherungstechnische Informationen für Pendler in oder aus den Nachbarstaaten. Mit dabei sind auch VertreterInnen des luxemburgischen und des belgischen Arbeitsamtes, der deutschen Rentenversicherer, des Finanzamtes und der AOK. Mehr Infos: Helmut Mors, Tel. 0651 / 991 47 47

DGB-Bildungswerk

Jenseits der Arbeitswelt

Erfolgreiche Initiativen gegen Arbeitslosigkeit in Deutschland und Südafrika präsentiert die Tagung „Jenseits der Arbeitsgesellschaft" vom 29. November bis 1. Dezember in Hattingen. Vom Alltag am Kap berichten MitarbeiterInnen der Selbsthilfeeinrichtung „Workers College" im südafrikanischen Durban. Die Veranstaltung wird organisiert vom Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks, den Evangelischen Akademien in Deutschland sowie der Koordination Südliches Afrika (KOSA). Die Teilnahme kostet 50 Euro. Anmeldeschluss ist der 20. November. •

Nord-Süd-Netz
Tel. 0211 / 43 01 592
Fax 0211 / 43 01 500
www.nordsuednetz.de

Heinrich-Böll-Stiftung

Arbeit der Zukunft

Auswege aus der Massenarbeitslosigkeit und der Krise der Sozialsysteme diskutieren die TeilnehmerInnen der Tagung „Soziale Innovationen" am 2. November in Berlin. Im Zentrum stehen dabei die Zukunft des Flächentarifs sowie die Arbeit in kleinen und mittleren Unternehmen. Die Veranstaltung wird organisiert von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem ökologisch orientierten Wirtschaftsverband Unternehmensgrün. Die Teilnahme kostet 25 Euro. •

Heinrich-Böll-Stiftung
Rosenthaler Straße 40/41
10178 Berlin

Technologieberatung NRW

Ratgeber zu E-Business

Vom Einkauf über die Verwaltung bis zum Vertrieb hat das Internet den Geschäftsverkehr revolutioniert. Chancen und Gefahren der neuen Technik für ArbeitnehmerInnen nennt der Ratgeber „E-Business – arbeitsorientiertes Leitbild und Gestaltungsfelder" der Technologieberatungsstelle Nordrhein-Westfalen. Das Heft kostet 4 Euro plus Versand. •

TBS NRW
Lothringer Straße 62
46045 Oberhausen

Tarifrunde im öffentlichen Dienst

Bsirskes erste Bewährungsprobe

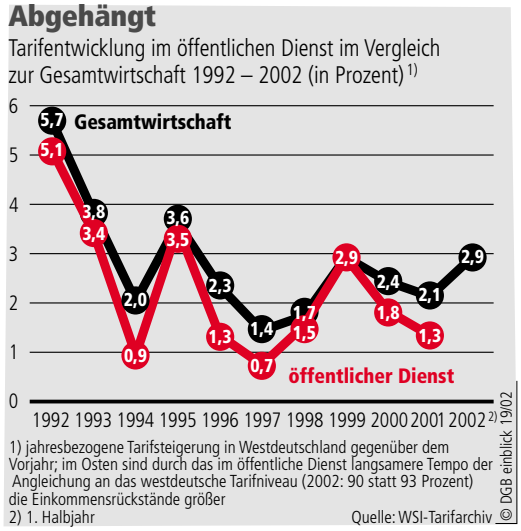
Eine Tariferhöhung deutlich über drei Prozent, die Angleichung der Ost- an die Westgehälter bis 2007 und eine vollständige Übertragung der Tariferhöhung für die Arbeiter und Angestellten auf die Beamten – die Forderungen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für die am 15. November beginnenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst sind ein Tabubruch. Statt wie üblich Gehaltssteigerungen von sechs bis sieben Prozent zu fordern, hat die Tarifkommission von ver.di eine Forderung präsentiert, die bereits sehr nahe an dem liegt, was die Gewerkschaft am Ende auch durchsetzen kann. Notfalls mit Streik.

Dass die Verhandlungen hart werden, haben beide Tarifparteien bereits deutlich gemacht. Während die Arbeitgeber auf die leeren Kassen verweisen und, wie der Bochumer Oberbürgermeister und Verhandlungsführer der kommunalen Arbeitgeber Ernst-Otto Stüber (SPD), eine Nullrunde fordern, wollen die Beschäftigten nach Jahren des Gehaltsverzichts wieder Anschluss an die Entwicklung in der Privatwirtschaft finden. Vorbild sind die Tarifabschlüsse von IG Metall mit umgerechnet auf Jahresbasis 3,31 Prozent, von IG Chemie mit 3,34 Prozent und die von ver.di selbst durchgesetzten Abschlüsse bei der Post (3,48 Prozent) und in der Druckindustrie (3,3 Prozent).

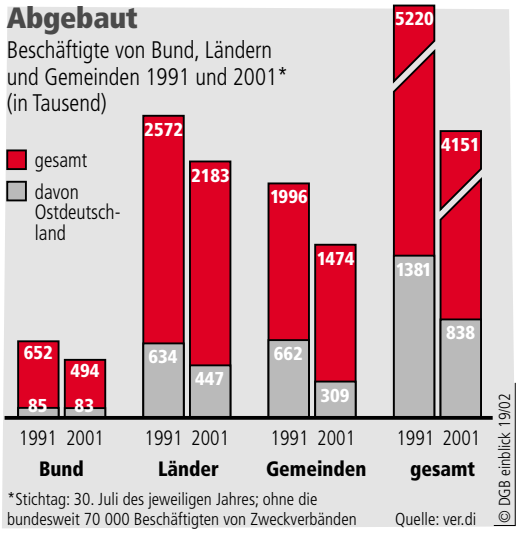
650 Millionen Euro kostet nach ver.di-Berechnungen eine Tariferhöhung für die 2,8 Millionen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes um ein Prozent. Bei einer Tariferhöhung von drei Prozent liegen die Mehrkosten bei 1,95 Milliarden, bei einer Steigerung von 3,5 Prozent bei 2,28 Milliarden Euro. Bayerns Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU) geht unter Einbeziehung der 1,7 Millionen Beamten sogar von Kosten von über 6 Milliarden Euro aus. Eine gigantische Summe angesichts der dramatischen Staatsverschuldung.

ver.di verweist auf andere Zahlen. Zum einen ist die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren mit Ausnahme von 1999 immer hinter der in der Privatwirtschaft zurückgeblieben. Zum anderen hat die öffentliche Hand in den vergangenen Jahren den Anteil ihrer Personalkosten durch Stellenabbau und niedrigere Eingruppierung dramatisch gesenkt, von 12,0 auf 9,9 Prozent beim Bund, von 41,6 auf 38,1 Prozent bei den Ländern und von 31,3 auf 27,3 Prozent bei den Gemeinden. Zudem setzt ver.di auf den Refinanzierungseffekt der Tariferhöhung. Mehr als 40 Prozent fließen wieder an den Staat zurück – in Form von Steuern und Sozialabgaben.

Dennoch rechnet ver.di mit erheblichem Widerstand, vor allem von Seiten der Städte. Aber die Verhandlungskommission steht auch unter starkem Druck der Mitglieder, vor allem im Süden. Ihnen ist die von der Tarifkommission mit 154 von 165 Stimmen beschlossene Tarifforderung zu niedrig. „Unter sieben Prozent brauchst du gar nicht erst wiederzukommen", hatten Mitglieder dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske gedroht, als er vor einigen Wochen ihren Bezirk besuchte. Auch wenn die Forderung nicht realistisch sei, müsse er es „doch wenigstens versuchen". •



In den vergangenen zehn Jahren ist die Einkommensentwicklung der Beschäftigten von Bund, Ländern und Gemeinden nahezu durchgängig hinter dem Lohn- und Gehaltszuwachs aller Beschäftigten zurückgeblieben.



Bund, Länder und Gemeinden haben seit 1991 mehr als jede fünfte Stelle abgebaut. In den ostdeutschen Städten und Gemeinden wurde die Zahl der Beschäftigten sogar mehr als halbiert: von 662 000 auf 309 000.

Keine Kompensation

2002 soll es im öffentlichen Dienst eine reine Lohn- und Gehaltsrunde geben. Kompensationsgeschäfte, bei denen die ArbeitnehmerInnen einen Teil der Gehaltserhöhung durch Abschläge beim Weihnachts- oder Urlaubsgeld, durch einen höheren Eigenanteil bei der Altersvorsorge oder durch längere Arbeitszeiten selbst finanzieren, soll es in diesem Jahr nicht geben. Die Chancen, dass ver.di sich mit dieser Forderung durchsetzen kann, stehen gut:

Die Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst ist bereits im vergangenen Jahr neu geregelt worden. Beide Tarifparteien haben sich auf eine schrittweise Ablösung der Umlagefinanzierung durch ein Kapitaldeckungsverfahren geeinigt, der Eigenanteil der Beschäftigten ist festgeschrieben.

Zudem wollen sich beide Tarifparteien am 7. November, also noch vor Aufnahme der eigentlichen Tarifverhandlungen, auf eine Zielvereinbarung zur Reform des BAT, des Manteltarifvertrags für den öffentlichen Dienst, verständigen. ver.di hatte hierzu bereits im April weit reichende Reformvorschläge präsentiert (einblick 8/02). Die eigentlichen Verhandlungen zur Reform des Manteltarifvertrags sollen dann im neuen Jahr nach Abschluss der Gehaltsverhandlungen beginnen.

kurz&bündig

Mit einer bundesweiten Kampagne „Aktion Lohnabrechnung" prüft die IG BAU, ob die zum 1. September tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen von den Arbeitgebern tatsächlich gezahlt werden. Die Beschäftigten können telefonisch unter der Hotline 0180 / 144 22 83 oder per E-Mail unter lohnabrechnung@igbau.de ihre Abrechnung prüfen lassen.

Die IG Metall will eine Fusion der fünf regionalen Berufsgenossenschaften der Metallindustrie durchsetzen. Ein Zusammenschluss könnte bundesweit einheitliche Arbeitsschutzvorschriften sicherstellen und sei auch für die Arbeitgeber interessant.

Bis zu 20 Milliarden Euro könnten im Gesundheitswesen durch den Abbau von Über-, Fehl- und Unterversorgung eingespart werden, so ver.di-Vorstand Beate Eggert. Unnötige Kosten entstünden vor allem durch „nicht sinnvolle Mehrfachuntersuchungen" und durch die doppelte Vorhaltung von Fachärzten in Krankenhäusern.

Die Gewerkschaft TRANSNET hat am 22. Oktober ihre „Aktion Ticket" gestartet, mit der sie gegen die von der Bahn geplante Halbierung der Zahl der Reisezentren protestieren will. Durch das ab Dezember geltende neue Preissystem werde der Beratungsbedarf der Bahnkunden stark wachsen.

Organisationsabgrenzung ver.di – GdP

ver.di will politische Lösung

Zwischen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist eine Auseinandersetzung um die Frage entbrannt, welche Gewerkschaft in Zukunft für die Organisierung der Berliner Feuerwehr, für die Justizverwaltung in Schleswig-Holstein, für den Zoll, für ausgegliederte Dienstleistungen wie Werkstätten und EDV sowie für den Verfassungsschutz zuständig sein soll.

Hintergrund des neuen Organisationsstreits innerhalb des DGB ist eine Satzungsänderung, die der GdP-Kongress Mitte Oktober beschlossen hat. Danach kann der Organisationsbereich der GdP, der bislang auf „die Beschäftigten der Polizei" beschränkt war, „erweitert werden". Diese Entscheidung darf nach der geänderten Satzung nur der Bundeskongress treffen. Gleichzeitig hatten die Delegierten einen Bestandsschutz für die bereits in einzelnen Landesbezirken erfolgte Aufnahme von Mitgliedern außerhalb des unmittelbaren Polizeidienstes beschlossen. Die bis zum Zeitpunkt des GdP-Kongresses bestehenden „landesbezirksspezifischen Gegebenheiten" blieben „unberührt". Mit dieser Satzungsänderung war der GdP-Bundesvorstand einem weiter gehenden Antrag des Landesbezirks Schleswig-Holstein zuvorgekommen, der den Organisationsbereich der GdP auf „alle Beschäftigten der Inneren Sicherheit im Bereich des öffentlichen Dienstes" ausdehnen wollte.

Wie der neue Organisationsstreit gelöst werden kann, ist noch unklar. Während die GdP argumentiert, dass es ihr nicht um die Abwerbung von ver.di-Mitgliedern gehe, sondern darum, ArbeitnehmerInnen zu gewinnen, die sonst gar nicht Mitglied einer DGB-Gewerkschaft werden, fürchtet ver.di ein kaum zu kontrollierendes Ausfransen an den Rändern. Dennoch setzen beide Gewerkschaften auf eine politische Lösung des Konflikts. „Wir werden freundschaftlich mit ver.di sprechen", so der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg gegenüber *einblick*. Auch ver.di will vor einer möglichen Anrufung des DGB-Schiedsgerichts zunächst ausloten, was sich auf Gesprächsebene zwischen beiden Gewerkschaften bewerkstelligen lässt. „Wir werden sachlich die offenen Fragen abarbeiten und dann politisch entscheiden", so ver.di-Organisationsexperte Franz-Josef Fuchs. Dazu gehöre auch die Frage, was die GdP-Landesbezirke nach ihrer eigenen Satzung dürfen. •

Neues Serviceprojekt des DGB

Students at work



1,2 Millionen StudentInnen arbeiten regelmäßig neben ihrem Studium – zwei Drittel aller StudentInnen überhaupt. Anfang Dezember will der DGB für sie unter dem Slogan „Students at work" ein neues Serviceangebot starten. Students at work beruht auf drei Säulen: Ein eigener Online-Service übernimmt die Anfangsberatung der StudentInnen und vermittelt ihnen gezielte Kontakte zu den Gewerkschaften vor Ort und zu den Betriebsräten in den Unternehmen, in denen die StudentInnen jobben. Nach Anlauf der Online-Beratung soll in einer zweiten Phase an den Hochschulen ein Netz von DGB-Campus-Offices für die persönliche Beratung vor Ort entstehen. Organisiert werden soll das Angebot mit Hilfe der örtlichen DGB-Jugend, den StipendiatInnen der HBS und den GEW-Hochschulgruppen. Als dritte Säule ist der Aufbau einer eigenen Service-Homepage geplant.

Vorbild des neuen DGB-Services ist ein im vergangenen Jahr gestartetes Pilotprojekt der DGB-Jugend München. Deren Homepage *www.jobbenimstudium.de* zeigt, was das neue DGB-Projekt den StudentInnen bieten will. Auch die Leistung der Gewerkschaften soll dabei nicht versteckt werden. Eine der Botschaften des neuen Service-Projekts heißt: „Get organised, get paid." – Mit Tariflohn fährst du besser. •

Christliche Gewerkschaft

Tariffähigkeit aberkannt

Das Arbeitsgericht Gera hat in erster Instanz der Christlichen Gewerkschaft Deutschlands (CGD) den Gewerkschaftsstatus aberkannt und ihre für das Tischlerhandwerk abgeschlossenen Tarifverträge für nichtig erklärt. Nach Meinung des Arbeitsgerichts Gera hätte die CGD reine „Gefälligkeitstarifverträge" mit den Arbeitgebern abgeschlossen.

Die Entscheidung liegt auf einer Linie mit einer bereits im Januar ergangenen Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, das eine Tarifregelung der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) für das Elektrohandwerk Thüringen für nichtig erklärt hatte. Nach diesem Tarifvertrag sollten die Beschäftigten weniger Urlaubsgeld erhalten, als ihnen nach dem Bundesurlaubsgesetz zusteht. Die Verfahren waren von der IG Metall und der IG BAU angestrengt worden. •

Die Gewerkschaften und der Irak-Krieg

Beendet das Schweigen

Die Gefahr wächst, dass die USA den Irak angreifen. Auch wenn der UN-Sicherheitsrat einen Militärschlag bislang mehrheitlich ablehnt. Der hessische DGB-Vorsitzende Stefan Körzell fordert die Gewerkschaften auf, ihr Schweigen zu beenden und gegen den drohenden Krieg Stellung zu beziehen.

Seit Kriegsende fordern die deutschen Gewerkschaften „Nie wieder Krieg!" Dies im klaren Bewusstsein, dass Krieg noch nie zur Lösung politischer Probleme beigetragen hat und es für militärische Gewalt keine Solidarität geben darf. Die Gewerkschaften muss es deshalb im höchsten Maße beunruhigen, wenn die Vereinigten Staaten im Geleitzug mit Großbritannien einen **Freibrief für militärische Gewalt gegen den Irak** einfordern. Es hat nichts mit Anti-Amerikanismus zu tun, wenn wir als Gewerkschaften das offensichtliche Ziel der Vereinigten Staaten, den Rest der Welt nach ihrem Bild zu gestalten, kritisieren, Zweifel an der Strategie des Weißen Hauses äußern und die aufgebaute Drohkulisse argwöhnisch beleuchten. Ich werte es als einen unfreundlichen Akt, die uneingeschränkte Solidarität, von der Bundeskanzler Gerhard Schröder im vergangenen Jahr nach dem 11. September gesprochen hat, so zu interpretieren, dass die europäischen Verbündeten den amerikanischen Kriegskurs mitzutragen haben.

1991, **während des Golfkrieges, sind in Frankfurt tausende von jungen Menschen vor das Gewerkschaftshaus gezogen** und haben ein Ende der militärischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und dem Irak gefordert. Die jungen Menschen haben darauf gewartet, dass sich die Gewerkschaften, die sich ja auch immer als ein Teil der Friedensbewegung definiert haben, mit ihnen solidarisieren und gegen den Krieg demonstrieren. Es ist also auch **eine Frage der Glaubwürdigkeit gegenüber der jungen Generation,** ob und in welcher Form Gewerkschaften sich gegen einen weiteren Krieg, ob im Irak, Iran oder in Nordkorea, stellen. Die von den USA heraufbeschworene „Achse des Bösen" kann kein Maßstab dafür sein, den USA ohne die Zustimmung der Vereinten Nationen die Ermächtigung dazu zu geben, einen anderen Staat anzugreifen. Die selbst ernannte „Supermacht des Guten" würde damit selbst in die Rolle des bösen, des angreifenden Staates geraten.

Der US-Haushaltsexperte Kent Conrad hat vorgerechnet, dass ein **drei Monate andauernder Krieg und fünf Jahre Besatzung im Irak rund 272 Milliarden Dollar kosten** würden. Der Preis für den Wiederaufbau ist darin noch gar nicht enthalten. Profitieren würden von diesem Krieg die amerikanischen Erdölkonzerne. Zweifelhaft ist, ob sie auch nur einen Dollar für die geschundene irakische Zivilbevölkerung ausgeben würden. Es ist unnötig, im Irak ein weiteres Kapitel der Geschichte vermeidbarer menschlicher Tragödien zu schreiben, zu denen gerade Washington und London in den vergangenen zehn Jahren mehr als andere Staaten beigetragen haben. **Jeden Monat sterben im Irak durchschnittlich 5000 bis 6000 Kinder an Unterernährung,** an verseuchtem Wasser und weil Medikamente fehlen. Das haben jene Staaten zu verantworten, die mit ihrer Politik dafür sorgen, dass Ausrüstung und Materialien nicht freigegeben werden. Durch einen Krieg wird weder das Problem des Terrorismus gelöst noch das Problem der Umverteilung von den Reichen zu Gunsten der armen Länder. **US-Präsident Bush, der unbeirrt weiter auf den Krieg zumarschiert, muss Einhalt geboten werden.** Nicht Krieg, sondern soziale Gerechtigkeit ist weltweit das beste Mittel, den Frieden zu sichern. Gerade die Gewerkschaften wissen aus bitterer Erfahrung, dass Terror nicht durch Gegenterror gebrochen werden kann, sondern nur durch vernünftiges, solidarisches Handeln. **Die Gewerkschaften haben aus ihrer Geschichte heraus den Auftrag, für den Frieden zu kämpfen.** Daran sollten wir uns gerade jetzt in dieser angespannten, atmosphärisch aufgeheizten Zeit erinnern. Im Oktober 1981 haben über 300 000 Menschen für Abrüstung und Entspannung in Europa demonstriert. Das könnte uns wieder gelingen. Wer verstärkt Sinn und Unsinn eines solchen Krieges hinterfragt, muss dessen fatale Folgen für die Gesellschaft hier und anderswo deutlich machen. Oder um es mit dem ermordeten Bürgerrechtler Martin Luther King zu sagen: **„Es gibt eine Zeit, da Schweigen Verrat ist."** Ich glaube, diese Zeit ist jetzt da. •



Stefan Körzell, 39, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, sieht durch das fehlende Engagement der Gewerkschaften gegen den drohenden Krieg im Irak deren Glaubwürdigkeit gefährdet.

Krieg abgelehnt

In der Debatte über einen möglichen Irak-Krieg spielen die Gewerkschaften bislang keine Rolle. Auch auf ihren Internet-Sites gibt es kaum aktuellen Informationen und Stellungnahmen zum Irak-Krieg.

Positioniert hat sich hingegen der DGB-Bundeskongress im Mai in Berlin. Unter dem Titel „Krieg ist keine Lösung, auch nicht für den Irak!" fordern die Delegierten einen Verzicht auf militärische Gewalt: „Ein militärischer Feldzug gegen den Irak wäre mit höchst problematischen politischen Konsequenzen und nicht berechenbaren humanitären Risiken verbunden. Er würde das Ende der Allianz gegen den Terrorismus und eine neue Spaltung zwischen den großen Industrieländern und der islamischen Welt provozieren und wäre mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit noch viel höheren zivilen Opfern als der Afghanistan-Krieg verbunden."

Zudem fordern die Delegierten, den politischen Druck auf den Irak zu erhöhen, „damit neutrale und von der UN bestellte Waffeninspektoren zugelassen werden". Erst die Waffeninspektionen könnten Aufschluss darüber geben, „ob der Irak, wie von den USA behauptet, über neue Massenvernichtungspotenziale verfügt".

Im Internet
www.mdr.de/nachrichten/welt/173998.html
Glossar zur Krisenregion Irak

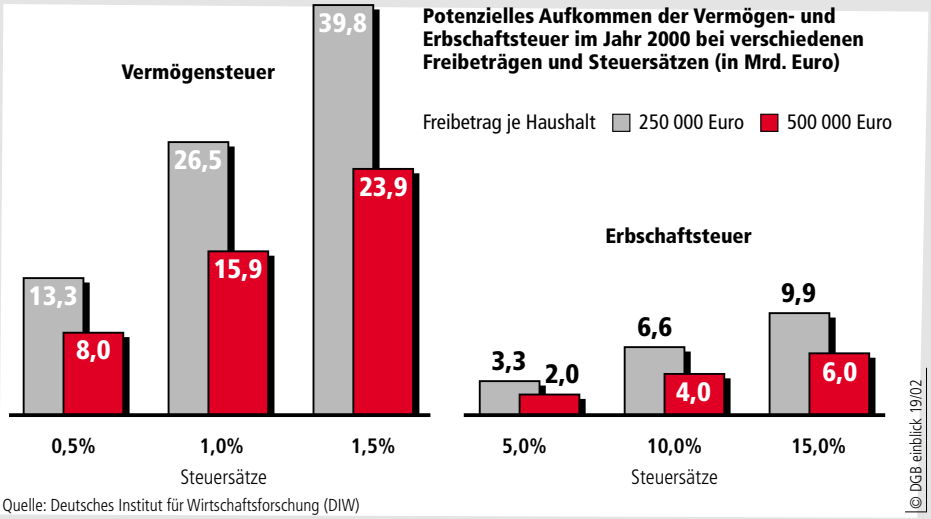
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

VERMÖGEN- UND ERBSCHAFTSTEUER: 20 Milliarden Euro sind drin

Die Wiedereinführung der Vermögen- und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer könnte trotz moderater Steuersätze und hoher Freibeträge 20 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spülen. Ein Steuersatz von einem Prozent auf Vermögen würde 15,9 Milliarden Euro bringen, eine Anhebung der Erbschaftsteuer auf zehn Prozent weitere vier Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis kommt der Forschungsbericht „Perspektiven der Vermögensbesteuerung in Deutschland" des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

personalien

••• ***Franz Treml,*** 58, von März 2000 bis zur ver.di-Gründung Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands der Deutschen Postgewerkschaft, ist am 14. Oktober als Nachfolger von Michael Sommer zum stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden gewählt worden. Treml ist für die Bereiche Organisation, Mitbestimmung und Tarifpolitik zuständig.

••• ***Beate Eggert,*** 52, Leiterin des Bereichs Personal im ver.di-Bundesvorstand, übernimmt in dem von 19 auf 18 Mitglieder verkleinerten Vorstand auch den Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen.

••• ***Gerd Nies,*** 59, von 1992 bis März 2001 stellvertretender Vorsitzender der IG Medien und seither stellvertretender ver.di-Vorsitzender, tritt Ende des Jahres zurück. Ob seine Funktion neu besetzt oder der Vorstand weiter verkleinert wird, entscheiden die Delegierten der IG Medien für den ver.di-Gründungskongress.

••• ***Matthias Schlenzka,*** 33, Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität in Berlin, ist ab dem 1. November Referatssekretär für allgemeines Beamtenrecht in der Abteilung Öffentlicher Dienst/Beamte des DGB.

••• ***Sonja Deffner,*** 34, Studium der Soziologie an der FU Berlin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Brandenburgischen TU in Cottbus, ist ab dem 1. November wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „LEA – Lernen und Arbeit" des DGB.

••• Der DGB-Vorsitzende ***Michael Sommer,*** 50, DGB-Vorstand ***Heinz Putzhammer,*** 61, und der Vorstandsvorsitzende der BGAG, ***Dr. Rolf-J. Freyberg,*** 59, sind vom DGB als Mitglieder für den Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgeschlagen worden. Heinz Putzhammer ist vom Geschäftsführenden Bundesvorstand zudem als Vertreter des DGB für den Zuwanderungsrat der Bundesregierung vorgeschlagen worden.

••• ***Dr. Wolfgang Storz,*** 48, bis September 2000 Chefredakteur der IG Metall-Publikationen *metall* und *direkt,* seither stellvertretender Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau,* ist seit dem 15. Oktober deren Chefredakteur.

14 TAGE

29./30.10. ver.di, Tagung „Entgeltgleichheit, Arbeitsbewertung auf dem Prüfstand", Berlin

30./31.10. „Globalisierung oder Gerechtigkeit?", Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung, Berlin

31.10. ver.di, Tagung „Qualität und Effizienz – Gesundheitspolitik für Menschen", Berlin

2.11. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Tagung „Rechtspopulismus in Europa", Hannover

5.11. DGB Berlin-Brandenburg, Büchergilde Gutenberg, „Die Republik vor Gericht", Gespräch mit Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Berlin

8./9.11. IG Metall, Tagung „Gute Arbeit – Menschengerechte Arbeitsgestaltung", Dortmund

12./13.11. DGB-Bundesvorstand, Regionaltagung, Eisenach

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Das Herz schlägt links, das Blut ist rot. Und der Rest ist Tarnung."

Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) am 20. Oktober in einem Interview mit dem Berliner Tagesspiegel auf die Frage, ob der Geist links steht

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 11.11.2002 20/02

DGB

Mehr Frauenerwerbstätigkeit

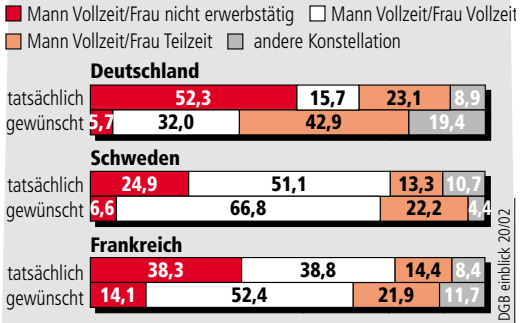
Neuer Schwung auf dem Arbeitsmarkt

Volkswirtschaften, die Frauenerwerbstätigkeit fördern, funktionieren besser: Sie weisen eine geringere Arbeitslosenquote und einen größeren Dienstleistungssektor auf als die Länder, in denen weniger Frauen berufstätig sind. Das ist das Ergebnis eines Gender-Checks in Sachen Beschäftigungspolitik, der im Rahmen des Bündnisses für Arbeit erstellt wurde.

Im Oktober 2001 erhielt die Benchmarking-Gruppe des Bündnisses den Auftrag, dessen Ergebnisse daraufhin zu untersuchen, ob sie zur Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen beitragen. Betraut wurde mit dieser Aufgabe Heide Pfarr, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung und einzige Frau unter den fünf Wissenschaftlern in der Benchmarking-Gruppe. Gemeinsam mit Elisabeth Vogelheim, Ex-Vorstandsmitglied der ÖTV, erarbeitete sie einen Bericht, der als Arbeitsgrundlage für das Papier der Benchmarking-Gruppe dient und in Kürze als HBS-Publikation veröffentlicht wird. Pfarr und Vogelheim haben dabei insbesondere auch die Situation in der Bundesrepublik mit Volkswirtschaften in Beziehung gesetzt, die eine hohe Frauenerwerbstätigkeit aufweisen.

Erwerbstätige Mütter: Wenig Chancen in Deutschland

Tatsächliche und gewünschte Erwerbsmuster von Paaren mit Kindern unter 6 Jahren (in Prozent, 1998)



Quelle: OECD Employment, Outlook 2001/Bertelsmannstiftung 2002

© DGB einblick 20/02

In keinem EU-Land sind so viele Mütter kleiner Kinder ungewollt nicht berufstätig wie in Deutschland. Bei 52,3 Prozent der Paare mit Kindern unter sechs Jahren waren die Frauen nicht berufstätig. Gewünscht wurde dies nur von 5,7 Prozent.

Der internationale Vergleich widerlegt all diejenigen, die behaupten, dass ein Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit vor allem für einen stärkeren Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt sorge. Genau das Gegenteil treffe zu, meint Heide Pfarr. „Erwerbstätige Frauen nehmen nicht Arbeitsplätze weg, sondern eine hohe Frauenerwerbstätigkeit schafft neue Arbeitsplätze." Der Bericht fasst zusammen: „Ausmaß und Qualität der Frauenerwerbstätigkeit sind nicht nur Indikatoren, sondern auch Voraussetzungen für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik."

Im Länder-Vergleich sei eine Korrelation zwischen dem Ausbau von Dienstleistungen und der Frauenerwerbsquote feststellbar. Das sei insofern plausibel, als jeder Anstieg der Frauenerwerbsquote Lebensstile verändere: „Erhöht sie sich, wirkt sich das positiv auf die Nachfrage nach Gütern und öffentlichen wie privaten Dienstleistungen aus."

Beispiel Schweden: Dort ist die Beschäftigungsquote von Frauen im Dienstleistungssektor hoch, gleichzeitig bietet das Land ein gut ausgebautes Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen sowie ein quantitativ hohes Niveau bei persönlichen Dienstleistungen – gute Voraussetzungen, Frauenbeschäftigung zu fördern.

Heide Pfarrs Fazit: „Wer erfolgreich Arbeitslosigkeit abbauen und Beschäftigung aufbauen will, der muss die Frauenerwerbstätigkeit fördern. Wenn es gelingt, mehr Frauen in Arbeit zu bringen, wirkt sich das positiv auf die Beschäftigungsquote insgesamt aus." •

plusminusBERLIN

+ *Michael Müller*, Fraktionsvize der SPD, hat den von der Industrie durchgesetzten Weiterbetrieb des AKW Obrigheim als Rückschlag beim Ausstieg aus der Atomenergie kritisiert. Die Suche nach einem dringend benötigten Atommüllendlager werde erschwert.

– *Peter Paziorek*, umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU, glaubt, dass Umweltminister Jürgen Trittin Schuld an der Blockadehaltung der USA auf der UN-Klimakonferenz in Neu-Delhi war. Wer „seine Hausaufgaben nicht schafft", könne von anderen keine Opfer verlangen.

inhalt

Seite 3

Schuss ins Knie

Die drastische Kürzung der Eigenheimzulage beschert der rot-grünen Koalition noch mehr Arbeitslose und verschärft die Krise am Bau

Seite 5

Der Fortschritt – eine Schnecke

Der DGB dringt auf Verbesserung der Mitbestimmung in Europäischen Aktiengesellschaften

Seite 7

Angst vorm Kulturkampf

Mit dem Verzicht auf eine Umgestaltung des Ehegattensplittings hat sich Rot-Grün von einem wichtigen familienpolitischen Reformvorhaben verabschiedet. Meint der Journalist Thomas Gesterkamp

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.was-wir-essen.de

Wissenswertes rund um Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz

Im Faxabruf

0211 / 43 01 666

Für eine Europäische Union der Solidarität. Gemeinsame Erklärung von Abgeordneten des EU-Parlaments, des EGB-Generalsekretärs sowie VertreterInnen europäischer NGOs zum Reformkonvent (mit Unterschriftenaktion)

OECD-Studie

Defizite in der Weiterbildung

ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen haben in Deutschland im internationalen Vergleich nur unterdurchschnittlichen Zugang zur Weiterbildung. Das zeigt eine neue OECD-Studie. DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock fordert als Konsequenz aus der Studie, den Zugang von Erwachsenen mit unzureichender Erstqualifikation deutlich zu erhöhen. Sonst würde das hohe Maß struktureller Ungleichheit des deutschen Schulsystems, auf das die Bildungsstudie PISA aufmerksam gemacht hat, in die Erwachsenenbildung verlängert. Insgesamt, so die Studie, ist der Anteil der Deutschen, die sich weiterqualifizieren, überdurchschnittlich. •

?...nachgefragt



Erst sechs Prozent der ArbeitnehmerInnen haben laut Emnid eine Riester-Rente abgeschlossen. Was passiert, wenn die staatlich geförderte Zusatzrente weiter floppt? Das fragte *einblick* DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer.

Die Erklärungen für die Zurückhaltung bei der zusätzlichen privaten Altersvorsorge sind vielfältig, die tatsächlichen Ursachen aber unklar. Das Hauptproblem sehe ich im mangelnden Vertrauen. Vor allem derjenigen, die eine Ergänzung der gesetzlichen Rente am nötigsten hätten, sprich der jungen Generation. Sie wissen nicht, welchem Anbieter von Altersvorsorgeverträgen sie vertrauen können. Hier ist also noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Im Übrigen würden sonst die Renten im nächsten Jahr steigen; denn die Einkommen, an die die Berechnung der Rentensteigerung gebunden ist, blieben höher als ursprünglich angenommen. Und das würde die Beitragszahler weiter unter Druck bringen.

Hoffnung habe ich allerdings, dass die von den Gewerkschaften vereinbarten Tarifverträge zur betrieblichen Altersvorsorge auf breiter Basis in Anspruch genommen werden. Zumal der Betriebsrente deutlich höhere Renditen nachgesagt werden als der Riester-Rente. Das bestätigt auch eine aktuelle Untersuchung des Finanzdienstleisters Delta Lloyd, der die betriebliche Altersvorsorge als „Hoffnungsträger" einstuft.

Nun hat Bundeskanzler Schröder eine Ausweitung der zusätzlichen Altersversorgung angekündigt. Das ist zu unterstützen; vor allem wenn er damit die betriebliche Altersversorgung meint. Schon vor der Wahl war aus den Reihen der Koalition zu hören, dass der Vorschlag der Gewerkschaften, die betriebliche Altersversorgung zu einer flächendeckenden Zusatzversorgung auszubauen, doch näher erwogen werden sollte.

EU-Konvent

Arbeitsgruppe soziales Europa

Die sozialen Aspekte einer europäischen Verfassung müssen stärker in den Beratungen des EU-Konventes berücksichtigt werden. Das hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in einem Brief an Außenminister Joschka Fischer, dem neuen deutschen Regierungsvertreter im Konvent, gefordert und ihn gebeten, sich für die Einrichtung einer Konventsarbeitsgruppe zur sozialen Dimension Europas einzusetzen. Spätestens im Juni 2003 soll ein Vorschlag für eine europäische Verfassung vorliegen.

Von Beginn an verfolgt der DGB den Reform-Konvent mit großer Aufmerksamkeit und hat bereits mehrfach detailliert Stellung genommen (*einblick* 18/02). Am 5. November tagte der DGB-Bundesvorstand in Brüssel und nutzte dabei die Gelegenheit zu einem ausführlichen Meinungsaustausch mit Romano Prodi, dem Präsidenten der EU-Kommission, und mit Jean-Luc Dehaene, dem Vize-Präsidenten des EU-Konventes. •

wiewardiewoche?



Fahrkarten bitte?! Die Aufforderung von ZugbegleiterInnen der Bahn an die Reisenden bekommt fast eine zynische Note. Denn nach dem Willen der Bahn AG soll die Zahl der Fahrkartenverkaufsstellen drastisch reduziert werden. Norbert Köppl, 45, in der Hauptverwaltung von TRANSNET für den Bereich Reise und Touristik zuständig, hatte die „Aktion Ticket" mit vorbereitet, mit denen TRANSNET Widerstand gegen den massiven Service-Abbau der Bahn leistet.

Begonnen hat alles damit, dass die Bahn AG nach dem Willen des Konzernvorstandes bis 2005/2006 börsenfähig sein soll. Ohne Rücksicht wurden alle Teile des Konzerns auf dieses Ziel eingeschworen. Die Konsequenz: Der personenbediente Fahrkartenschalter soll bundesweit die Ausnahme werden. 1800 von 3000 Stellen sollen entfallen. Die Anzahl der Reisezentren soll auf 440 reduziert werden, die der Reisebüro-Partner von 3700 auf 800. Zwar dementiert die Bahn AG diese Zahlen – fest steht jedoch, dass es um drastische Personaleinsparungen geht. Entscheidungen über Erhalt oder Wegfall von Ticketverkaufsstellen werden auf Grund regionaler Bedingungen getroffen: nach Postleitzahlen. Geht es um Kur- oder Ferienorte, sind die Chancen für den Erhalt des Kartenverkaufs gut. Gleiches gilt, wo Verkehrsverbünde eine Beratung erfordern. In Mecklenburg-Vorpommern etwa sollen TRANSNET-Berechnungen zufolge 60 von 103 Vorverkaufsstellen geschlossen werden. Ähnlich dürfte es bald überall in der Fläche aussehen.

Mit Unterschriftenaktionen und Flugblättern haben wir in den letzten Wochen massiv gegen die Bahnpläne Stellung bezogen. Angefangen von Berlin über Hamburg, München und Stuttgart haben wir inzwischen auch die ländlichen Regionen erreicht. Vorläufiges Fazit: Die Resonanz bei den Reisenden ist fast nicht in Worte zu fassen. In München waren innerhalb einer Stunde 300 Unterschriften beisammen, per Internet und Fax erreichten unsere Hauptverwaltung in Frankfurt inzwischen ebenfalls mehrere tausend Unterschriften gegen den Kahlschlag bei der Bahn. Ob's hilft? Die Beschäftigten jedenfalls sind nicht mehr länger bereit, jede Kürzung des Konzerns stillschweigend hinzunehmen. Das Betriebsverfassungsgesetz hält ja auch für uns einige Möglichkeiten bereit, auf die wir notfalls zurückgreifen werden.

Arbeitsmarkt Bau

Perspektiven – wo sind sie?

In der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit sind Wachstumsmärkte rar geworden. Trotz des zum Teil immer noch hohen Handlungsbedarfs infolge der Wiedervereinigung und der Zerstörungen durch die Flutkatastrophen im letzten Sommer – der Bausektor gehört mit Sicherheit nicht dazu.

EU-Osterweiterung heißt das Stichwort auf der einen Seite: Mit der Ausdehnung der Gemeinschaft wird sich auch eine qualitative Veränderung ergeben. Zu dem Club relativ hoch entwickelter Industriestaaten stoßen Beitrittsländer, deren Wirtschaftsleistung weit unter dem durchschnittlichen Bruttosozialprodukt der Mitgliedsstaaten liegt. Ein Anlass für Befürchtungen, dass es zu Wanderungsbewegungen kommt, die auch den hiesigen Arbeitsmarkt bedrohen? Die Erfahrungen mit Beitrittsländern der Vergangenheit wie Spanien und Portugal zeigt, dass die anstehenden Probleme leicht überschätzt werden. Nicht zuletzt werden Übergangsfristen dazu beitragen, dass die Wanderungsbewegungen auf den Arbeitsmärkten beherrschbar bleiben. Tarifliche und arbeitsrechtliche Bestimmungen, allgemein verbindliche Löhne sowie Kontrolle und Selbstkontrolle der Akteure auf dem Bausektor sind auch nach Meinung der IG BAU geeignete Instrumente, um die EU-Osterweiterung zu gestalten.

Eine andere, näher liegende Bedrohung für den Bau-Arbeitsmarkt sind die derzeitigen Pläne der Bundesregierung zur Reduzierung der Eigenheimzulage. So kritisierte der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel bereits Mitte Oktober: „Unter dem falschen Stichwort ‚Sparpolitik' zieht die Koalition der mittelständischen Bauwirtschaft den Teppich unter den Füßen weg." Falls die Pläne umgesetzt werden, ist die Existenz vieler mittelständischer Baubetriebe bedroht und damit Zehntausende Arbeitsplätze.

Mit einem Anteil von 57,8 Prozent bilden die Investitionen in den Wohnungsbau nach wie vor den Schwerpunkt der Bautätigkeit. Mehr als die Hälfte entfällt auf den Bau von Eigenheimen. Dabei ist der Wohnungsbau traditionelles Aufgabenfeld der mittelständischen Baubetriebe, die wiederum den Löwenanteil der Beschäftigung auf dem Bausektor garantieren.

Nach den Plänen der Regierungskoalition soll die Grundförderung beim Eigenheimbau gestrichen werden, dafür soll das Baukindergeld auf 1200 Euro erhöht werden. Unabhängig von der Einkommenssituation würden kinderlose Familien künftig keine Förderung mehr, Familien mit einem Kind nur noch 1200 Euro statt wie in der Vergangenheit 3320 Euro erhalten. 70 Prozent derjenigen, die ein eigenes Haus bauen, kommen aus diesen sozialen Gruppen. Wie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung berechnet hat, würde die Zahl der Förderfälle ab 2003 jährlich um rund ein Drittel sinken – von 600 000 auf 400 000. Verzichten 10 Prozent von diesen 200 000 auf den Bau eines eigenen Heims, bedeutet das eine Reduzierung des Bauvolumens um 3,3 Milliarden Euro und einen Beschäftigungsabbau von rund 45 000 Arbeitsplätzen im Bausektor sowie 45 000 weiteren in der Holz- und Möbelindustrie und in der Teppichherstellung. Die damit verbundenen Ausfälle an Steuern und Abgaben sowie die Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte durch Arbeitslosigkeit betragen zusammen rund 2 Milliarden Euro. Verglichen mit dem geplanten Einsparvolumen bleibt am Ende ein Negativsaldo von rund 1,5 Milliarden Euro. •

Fragen an ...



Ernst-Ludwig Laux, 53, stellvertretender Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt

■ EU-Osterweiterung in Kürze, drastische Einschränkung der Eigenheimzulage sofort, was wird aus dem Bau-Arbeitsmarkt?

■ *Was die Osterweiterung angeht, so wurden ja Übergangsfristen ausgehandelt – wie auch immer das jetzt konkret formuliert werden wird. Und was das Thema Lohndumping angeht, da brauchen wir ohnehin nicht auf Esten, Letten oder die anderen neuen EU-Mitglieder zu warten. Wir haben jetzt schon die Situation, dass ostdeutsche Betriebe Leistungen im Westen zu Ostbedingungen anbieten. Das ist ein eindeutiger Verstoß gegen Tarifverträge. Da muss sich die Bauwirtschaft als Ganzes neue Instrumente überlegen.*

■ Das hilft nicht bezüglich der Eigenheimförderung.

■ *Richtig. Und das ist nicht nur für Bauherren ein Problem, sondern es ist besonders tragisch für die Beschäftigten im Eigenheimbau. Denn in diesem Bereich ist die Arbeitsleistung besonders beschäftigungsintensiv, das meiste ist hier noch Handwerk. Die Streichungen werden zehntausenden Bauarbeitern den Arbeitsplatz kosten. Viele Familien werden sich den Bau eines eigenen Hauses nicht mehr leisten können. Und weil beides so ist, wird letztlich kein Spareffekt für den Staatshaushalt erreicht werden.*

Fördermaßnahmen

Wer als Bauherr noch in den Genuss der Förderung nach altem Recht kommen will, muss dem Bundesfinanzministerium zufolge einen notariellen Vertrag oder die Abgabe des Bauantrags vor dem 31.12.2002 nachweisen. In den Genuss des vollen Förderzeitraums von acht Jahren kommen Käufer nur, wenn sie noch im Jahr der Anschaffung einziehen. Allerdings könne vertraglich die Übergabe im folgenden Jahr vereinbart werden.

Eigenheim- und gegebenenfalls Ökozulage sollen zukünftig nur dann gewährt werden, wenn Kinder steuerlich zu berücksichtigen sind. Geplant ist eine Zulage von 1200 Euro je Kind. Die Einkommensgrenzen sollen von 81 807/163 614 Euro auf 70 000/140 000 Euro (ledig/verheiratet) gesenkt werden. Sie beziehen sich wie bisher auf die zusammengerechneten Einkünfte zweier Jahre. Personen ohne Kinder erhielten also künftig keine Zulagen.

Bis Ende des Jahres gelten noch die bisherigen Summen, also jährlich 2556 Euro für Neubauten und 1278 Euro für Altbauten für den Zeitraum von acht Jahren. Die Förderung in bisheriger Höhe erhalten künftig nur noch Familien mit mindestens sechs Kindern. Über einzelne Regelungen wird in der Koalition zurzeit noch diskutiert.

PROJEKTE UND PARTNER

WSI-Herbstforum

Was bringt neue Jobs?

Wege zu mehr Beschäftigung suchen unter dem Titel „Mehr Markt auf dem Arbeitsmarkt?" die TeilnehmerInnen des WSI-Herbstforums 2002 am 28. und 29. November in Düsseldorf. Kontroverse Diskussionen garantieren hochkarätige ReferentInnen, darunter Klaus Zimmermann vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, Hans-Peter Klös vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln sowie Professor Rudolf Hickel von der Uni Bremen. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos. •

Tel. 0211 / 77 78 111
www.boeckler.de

GUV/FAKULTA

Geld für Flutschäden

Bis zu einer Million Euro für die Opfer der Flutkatastrophe stellt die Gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtung für Verkehrsteilnehmer der DGB-Gewerkschaften (GUV/FAKULTA) bereit. Das Geld bekommen Mitglieder der Unterstützungseinrichtung, wenn ihr Privatfahrzeug durch die Flut beschädigt worden ist. Die Höhe der Unterstützung hängt vom Verkehrswert des Autos ab und liegt bei maximal 2000 Euro. Frist für die Antragstellung ist der 31. Dezember. Formulare gibt's im Internet, Fragen beantwortet die Hotline zum Ortstarif. •

Tel. 0 18 01 / 22 44 22
www.guv-fakulta.de

DGB-Bildungswerk NRW

Seminare fürs Frühjahr

Drei Termine stehen auf dem Frühjahrsplan des DGB-Bildungswerks NRW: Unter dem Titel „Die offenen Adern Lateinamerikas" geht's um Wirtschaftsmisere und Ausbeutung in Südamerika (10. bis 14. März 2003, Bad Westernkotten, 90 Euro). Chancen und Risiken moderner Medizin erläutert das Seminar „Gentechnologie – Hoffnung oder Alptraum?" (24. bis 28. März 2003, Soest, 90 Euro). Deutsche Vergangenheit und Gegenwart ist Thema der Reise „Neue Hauptstadt Berlin" (24. bis 28. März 2003, Berlin, 395 Euro). •

DGB-Bildungswerk NRW
Tel. 0211 / 36 83 138

Flexible Arbeitszeiten

Anonyme Befragung

Die Gestaltung der Arbeitszeit wird zu einem immer wichtigeren Bestandteil der Arbeitsorganisation. Welche Formen der Arbeitsgestaltung in der Praxis entstanden sind und wie sich die Belastung der Beschäftigten durch die Flexibilisierung verändert hat, untersucht ein Forschungsprojekt der Universität Oldenburg im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Wegen der mangelnden Bereitschaft der Unternehmen, der Universität einen Zugang zu ihren MitarbeiterInnen zu ermöglichen, steht der Fragebogen jetzt auch im Internet. Beschäftigte mit flexiblen Arbeitszeiten können anonym an der Befragung teilnehmen. •

www.e-tide.de

Geschichtswettbewerb

Gründe für Migration

„Weggehen – Ankommen. Migration in der Geschichte" ist das Thema des 18. Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten. SchülerInnen sollen nach Gründen suchen, warum Menschen Deutschland verlassen oder hier eine neue Heimat gesucht haben. Die besten Nachwuchshistoriker werden mit Preisen im Gesamtwert von 250 000 Euro belohnt. Der Wettbewerb wird alle zwei Jahre von der Körber-Stiftung ausgerichtet. •

Körber-Stiftung
Postfach 54 03 05
22503 Hamburg

SEB AG

Raten zahlen trotz Jobverlust

Wer seinen Job verliert, dem fällt die Rückzahlung von Krediten schwer. Gegen dieses Risiko können sich private KreditnehmerInnen der SEB AG (ehemals BfG Bank AG) jetzt absichern. Die Restschuldversicherung der Bank schließt neben Tod und Arbeitsunfähigkeit auch unverschuldete Arbeitslosigkeit ein. Die Versicherung übernimmt dann 24 Monate lang Tilgungen bis zu 1000 Euro. •

www.seb.de

Bildungsministerium

Einfacher Weg zum BAföG

Studierende und SchülerInnen können ihren Antrag auf Ausbildungsförderung jetzt mit einigen Mausklicks am Computer erstellen. Der „BAföG-Rechner PLUS" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zeigt, wie viel BAföG jedem zusteht und hilft beim Ausfüllen sowie Ausdrucken der Formulare. Das Programm gibt's kostenlos auf CD-ROM und zum Herunterladen im Internet. •

Tel. 0180 5 / 26 23 01
www.das-neue-bafoeg.de

Gewerkschaftsjugend

Netzwerke nach Osten

Die politische Vergrößerung der Europäischen Union (EU) ist nah. Strategien für eine gesamteuropäische Solidarität ersinnen junge GewerkschafterInnen aus ganz Europa während der Konferenz „Im Osten geht die Sonne auf – Die EU-Osterweiterung". Die internationale Veranstaltung vom 7. bis 14. Dezember wird organisiert vom Haus der Gewerkschaftsjugend (HdGJ) in Oberursel. Die Teilnahme kostet 55 Euro. •

info@hdgj.de
www.hdgj.de

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Bayern*** hat die ***Dokumentation*** „1952–2002. 50 Jahre Gedenken an die Pogromnacht von 1938" herausgegeben. Die Gewerkschaftsjugend im Freistaat erinnert darin an ihre jährlichen Gedenkveranstaltungen zum Jahrestag der Pogromnacht in den KZ-Gedenkstätten Flossenbürg und Dachau. Dokumentiert sind Themen und Reden von Gedenkfeiern aus mehreren Jahrzehnten. Mehr Infos und Bestellung per E-Mail: *info@dgb-jugend-bayern.de*



••• Der ***DGB Hamburg*** präsentiert vom 11. November bis zum 6. Dezember eine ***Ausstellung*** zum Thema Obdachlosigkeit mit Bildern und Collagen von Maren Fiebig im Foyer des Gewerkschaftshauses im Besenbinderhof. Organisiert wird das Projekt von der Obdachlosen-Begegnungsstätte „Café mit Herz e.V.", die auf die zunehmende Vertreibung Obdachloser aus der Hamburger Innenstadt seit dem Regierungswechsel in der Hansestadt hinweist. Anlässlich der Ausstellungseröffnung am 11. November um 18.30 Uhr wird außerdem der Filmbeitrag „Alles muss raus" zur Vertreibungsthematik gezeigt. Die Exponate können werktags bis 20 Uhr besichtigt werden.
Mehr Infos: Heinrich Schümann, E-Mail *schue@dgb.de*

Mitbestimmung

Europäische Dimensionen erreichen

In knapp zwei Jahren, am 8. Oktober 2004, endet die dreijährige Frist, innerhalb deren die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Richtlinie 2001/86/EG umsetzen müssen. Die Beteiligung von ArbeitnehmerInnen an der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) via Information, Konsultation und Mitbestimmung ist eine unerlässliche Voraussetzung für die wirksame Vertretung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der ArbeitnehmerInnen.

Das vereinte Europa braucht nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Dimension. Europaweit setzen sich deshalb Gewerkschaften dafür ein, neben den wirtschaftlichen Aspekten auch der sozialen Demokratie das ihr zukommende Gewicht zu verleihen. Derzeit wird die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen auf drei verschiedenen Ebenen diskutiert.

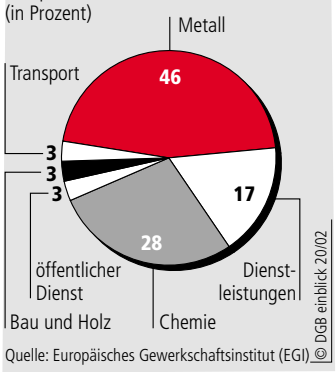
Arbeitnehmerbeteiligung in der SE

In freien Verhandlungen wird der Grad der Mitbestimmung in der SE zwischen den beteiligten Unternehmen und den ArbeitnehmerInnen durch das „Besondere Verhandlungsgremium" (BVG) festgelegt, dessen Zusammensetzung nach einem vorher festgelegten Schlüssel geregelt ist.

Nach dem Willen des DGB sollen die deutschen Mitglieder des BVG vom Konzernbetriebsrat oder Gesamtbetriebsrat bestellt werden. Marie Seyboth, Justiziarin und in der Abteilung Mitbestimmung und Rechtspolitik beim DGB-Bundesvorstand zuständig für nationale und europäische Unternehmensmitbestimmung: „Um die Unterstützung durch die Gewerkschaften während der Verhandlungen sicherzustellen, ist es erforderlich, dass sie auch einen Sitz im BVG haben." Außerdem müsse verhindert werden, dass die SE-Gründungen instrumentalisiert werden, um ArbeitnehmerInnen Beteiligungsrechte vorzuenthalten. Die Mitbestimmung müsse deshalb nicht nur bei der Gründung der SE geregelt werden, sondern im Falle von Fusionen oder der Integration anderer Unternehmen angepasst werden. Der DGB verlangt deshalb einen Verhandlungsanspruch, wenn sich Strukturen der SE substanziell ändern.

Metallsektor am stärksten vertreten

Europäische Betriebsräte nach Branchen (in Prozent)



Quelle: Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI)

Jeder zweite Europäische Betriebsrat (46 Prozent) kommt aus der Metallindustrie, knapp ein Drittel (28 Prozent) aus der Chemiebranche.

Derzeit erarbeiten DGB und Mitgliedsgewerkschaften eine Stellungnahme, die voraussichtlich Ende November vorliegen wird.

Überprüfung der Eurobetriebsratsrichtlinie

Durch die Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat (RL 94/45/EG vom 22. September 1994), die 1996 in nationales Recht umgesetzt worden ist, wurde das Recht auf Unterrichtung und Anhörung der ArbeitnehmerInnen auf europäischer Ebene gestärkt. Auf der Grundlage dieser Richtlinie ist die Zahl der Europäischen Betriebsräte von 40 zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Richtlinie auf etwa 650 im Jahr 2001 gestiegen. Artikel 15 der Richtlinie verpflichtet die EU-Kommission, die Anwendung der Richtlinie bis „spätestens zum 22. September 1999" zu überprüfen, insbesondere die Zweckmäßigkeit der Schwellenwerte für die Beschäftigtenzahl. Bislang beschränkt sich die Überprüfung jedoch auf einige Gutachten und Gespräche mit den Sozialpartnern.

Der DGB hält es für wichtig, bei der anstehenden Revision der Richtlinie die Rechte der betrieblichen Interessenvertretungen in Sachen Mitwirkung auszugestalten, ihre Handlungsmöglichkeiten durch Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen zu verbessern sowie das Zutrittsrecht der Gewerkschaften zu stärken. Schon 1999 hat der DGB dazu ein Positionspapier beschlossen.

Umsetzung der Richtlinie „Information und Konsultation"

Die IuK-Richtlinie (RL 2002/14/EG vom 11.3.2002) legt einen allgemeinen Rahmen für die Unterrichtung und Anhörung der ArbeitnehmerInnen in der EU fest. Je nach Entscheidung des Mitgliedsstaates werden Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten bzw. Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten verpflichtet, ihre Belegschaft über wirtschaftliche und strategische Entwicklungen zu informieren und zu konsultieren. Außerdem verpflichtet sie zur rechtzeitigen Information über Entscheidungen zur Arbeitsorganisation und über Vertragsbeziehungen. Die IuK-Richtlinie ist eine sinnvolle Ergänzung zum Betriebsverfassungs- und (Bundes-)Personalvertretungsgesetz, denn so Ralf-Peter Hayen, Referatsleiter in der Abteilung Mitbestimmung und Rechtspolitik „erstmals sieht eine EU-Richtlinie Verfahrensregelungen und Sanktionsmechanismen für den Fall der Nichteinhaltung vor. Bei der Umsetzung in nationales Recht ist daher ein allgemeiner Unterlassungsanspruch vorzusehen". •

Betriebsräte brauchen Rechtsanspruch

(Auszug aus der DGB-Analyse der IuK-Richtlinie)

„Die Modalitäten von Unterrichtung und Anhörung sind vom Arbeitgeber und von den Arbeitnehmervertretern festzulegen. Der Anspruch auf Information und Konsultation ist kollektivrechtlich auszugestalten und auszuüben.

Erhebliche Änderungserfordernisse ergeben sich für das Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht bei der Umsetzung. So hat die Unterrichtung der Arbeitnehmervertreter so frühzeitig zu erfolgen, dass das Ziel einer (Betriebs- bzw. Dienst-)Vereinbarung zu diesen Entscheidungen erreicht werden kann.

Eine Umsetzung der RL in nationales Recht muss bis zum 23. März 2005 erfolgen.

Als ‚geeignetes Verwaltungs- und Gerichtsverfahren' für die sich aus der RL ergebenden Verpflichtungen des Arbeitgebers ist den Betriebs- und Personalräten ein gesetzlicher Unterlassungsanspruch zwingend einzuräumen."

Im Internet

www.einblick.dgb.de

→ Langfassung der Analyse zur IuK-Richtlinie

→ Positionen des DGB zur Revision der Richtlinie zum Eurobetriebsrat

→ Kernforderungen des DGB zur Europäischen Aktiengesellschaft

kurz&bündig

Die europäischen Polizeigewerkschaften haben sich unter dem Namen „European Confederation of Police" (EuroCOP) zu einem neuen Dachverband zusammengeschlossen. EuroCOP löst den bisherigen Dachverband „Union Internationale des Syndicats de Police" (UISP) ab und steht auch den Gewerkschaften der EU-Betrittsländer offen. Die 25 EuroCOP-Gewerkschaften organisieren über 500 000 Mitglieder.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat eine Liste von Vergabekriterien für die europaweite Ausschreibung von Aufträgen für das Duale System Deutschland (DSD) vorgelegt: Auch von Entsorgungsunternehmen aus dem EU-Ausland erwartet die Gewerkschaft eine Tariftreueerklärung und die Einhaltung ökologischer Standards. Die bisherigen Verträge des DSD mit den örtlichen Entsorgern laufen Ende 2003 aus.

Auch die DGB-Regionen, in denen es keinen Sitz einer Handwerkskammer gibt, erhalten in Zukunft die viermal im Jahr erscheinenden „Informationen für Funktionäre im Handwerk", herausgegeben vom Handwerkssekretariat des DGB. Geliefert werden fünf Exemplare für die Handwerksgewerkschaften IG BAU, IG BCE, IG Metall, NGG und ver.di. Weitere Exemplare können kostenlos übers Internet bestellt werden: *www.dgb.de/themen/Handwerk*

IG Metall & TRANSNET

Chancengleichheit praxisnah



Mit der Reform der Betriebsverfassung sind die Möglichkeiten für Betriebsräte erweitert worden, Chancengleichheit für Frauen und Männer im Betrieb durchzusetzen. Einen ungewöhnlichen Zugang, darüber zu informieren, bietet die Broschüre „1x1 = mehr als Eins – Stationen auf dem Weg zur Chancengleichheit", ein gemeinsames Projekt von IG Metall und TRANSNET. Geführt von „Lisa Pauer" und „Anne Klug", Betriebsrätinnen aus Ost und West, führt das Buch anschaulich und lebendig in das Thema ein und ist zugleich ein Nachschlagewerk für den betrieblichen Alltag.

Es lenkt den Blick auf die zahlreichen Formen von Diskriminierung und zeigt Wege in eine gleichberechtigt gestaltete Arbeitswelt auf. Praxisnah wird die Anwendung von Gesetzen, betrieblichen und tarifvertraglichen Regelungen dargestellt. Ergänzt wird der Band durch Musterstatistiken für betriebliche Gender-Analysen sowie Checklisten für die Umsetzung von betrieblichen Maßnahmen.

Das Buch, von einem Salzburger Autorinnen-Team erarbeitet, basiert auf wissenschaftlichen Untersuchungen, Interviews mit Beschäftigten, Betriebsräten, Geschäftsführungen und gewerkschaftlichen FunktionärInnen. Es kostet 1,95 Euro (plus Versandkosten). Bestellungen: IG Metall, Fax 069/66 93 20 07, E-Mail frauen@igmetall.de, oder an: TRANSNET, Fax 069/753 64 51, E-Mail heike.borth@transnet.org •

MetallRente

1300 Firmen unter Vertrag

MetallRente, das gemeinsame Versorgungswerk von IG Metall und Gesamtmetall, hat inzwischen über 1300 Unternehmen mit insgesamt einer Million Beschäftigten unter Vertrag genommen. Ihnen bietet das Versorgungswerk der Metall- und Elektroindustrie, dem sich auch die Branchen Holz und Kunststoff, Textil und Bekleidung sowie Stahl angeschlossen haben, alle staatlich geförderten Durchführungswege der betrieblichen Altersvorsorge an: Direktversicherung, Pensionskasse und Pensionsfonds. Geschäftsführer Heribert Karch: „Nun sind die Beschäftigten am Zug, sich die Vorteile der Riester-Reform noch im Jahr 2002 zu sichern." Gerade jetzt sei die Gelegenheit günstig, in den Betrieben über die Umwandlung von Teilen des Weihnachtsgeldes in eine betriebliche Altersvorsorge zu sprechen. •

Mehr Infos: www.metallrente.de

NGG-Homepage

Relaunch geplant

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hat auf ihrer Homepage www.ngg.net eine Umfrage zu Qualität und Nutzung ihres eigenen Internetauftritts gestartet. Die Ergebnisse sollen bei dem geplanten Relaunch der Website berücksichtigt werden, der bis zum NGG-Kongress im Oktober 2003 erfolgt sein soll. •

IG BCE startet Stark

Alles soll auf den Prüfstand

Weniger Mitglieder, niedrigere Beitragseinnahmen – das klingt vertraut, schaut man sich die Lage der Gewerkschaften an. Auch der IG BCE, vor fünf Jahren aus dem Zusammenschluss von IG Chemie-Papier-Keramik, IG Bergbau und Energie sowie der Gewerkschaft Leder entstanden, ergeht es nicht anders. Von mehr als einer Million Mitgliedern sind weniger als 850 000 übrig geblieben, die Beitragseinnahmen sanken um zehn Prozent.

In einem aufwändigen Projekt stellt sich die Organisation nun selbst auf den Prüfstand. Mit dem Zukunftsprozess „Stark" will sie sich fit machen für die Zukunft. Mit einer Reihe von internen Präsentationsveranstaltungen ist dazu eine breit angelegte Debatte angestoßen worden. Nach Ansicht von Rainer Zech, dem Leiter des Instituts für kritische Sozialforschung und Bildungsarbeit in Hannover, „hat es dies in einer deutschen Arbeitnehmerorganisation in diesem Ausmaß wohl noch nicht gegeben".

Durch Befragungen hat die IG BCE in den vergangenen Jahren eine Fülle von Daten über ihre Mitglieder, über deren Erwartungen und Ansprüche gewonnen. Dieses Material ist die Grundlage für den Diskussionsprozess, der – frei von Tabus – auf allen Organisationsebenen geführt werden soll. Die Debatten wünscht man sich zwar „ergebnisoffen", doch das Ziel lässt sich schon formulieren: eine erfolgreichere Interessenvertretung, die sich auf einen tragfähigen Unterbau stützen kann und auch als Reformkraft ernst genommen wird. Dass die IG BCE es sich zutraut, zeigt der Leitsatz ihres Reformprojekts: „Stark genug für neue Wege". •

Reizthema Ehegatten-Splitting

Angst vor dem Kulturkampf

Das Ehegattensplitting sollte zu Gunsten der Förderung von Kindern umgestaltet werden, kündigten SPD und Grüne vor der Wahl an. Davon ist im Koalitionsvertrag keine Rede mehr. Rot-Grün hat sich von einem wichtigen familienpolitischen Reformvorhaben verabschiedet. Meint der Journalist Thomas Gesterkamp.

Vier Jahre lang hat sich Rot-Grün nicht herangetraut an **den zentralen Baustein des patriarchalen Sozialstaates: Das Ehegattensplitting,** in Sonntagsreden immer wieder kritisiert, blieb stets unangetastet. Nach der Bundestagswahl, unter dem Druck von Haushaltslöchern und hohem Investitionsbedarf für die öffentliche Kinderbetreuung, tauchte der Dauerbrenner jeder Frauentagung plötzlich im politischen Alltagsgeschäft auf. Sollte tatsächlich Schluss sein mit der als „Familienförderung" kaschierten Subventionierung der Alleinverdienerehe?

Im Koalitionsvertrag ist vom Splitting keine Rede mehr. Sang- und klanglos und auch ohne große öffentliche Proteste der Gewerkschaften haben sich die beiden Regierungsparteien von einem wichtigen Reformvorhaben verabschiedet. Selbst zu dem kleinen, längst überfälligen Schritt, den Steuervorteil in den obersten Einkommensgruppen zu „kappen", konnten sich Sozialdemokraten und Grüne nicht durchringen. Da mag in den Wahlprogrammen stehen, was will: Es bleibt für jeden gut verdienenden Zahnarzt äußerst lohnend, seine Sprechstundenhilfe zu heiraten. **Denn nicht Kinder oder Familien werden gefördert, sondern Ehemänner, die sich eine fürsorgliche Gattin zu Hause leisten.** 23 Milliarden Euro jährlich lassen sich die Finanzämter durch die Splittingbesteuerung entgehen. Zwischen 1,5 und 2,5 Milliarden, also maximal ein Zehntel davon, waren jetzt zur Finanzierung der (dringend gebrauchten) Horte und Krippen vorgesehen.

Doch vor allem die SPD fürchtete einen Kulturkampf. Ein Aufschrei ging durch die konservative Presse, als stünde der Untergang des Abendlands bevor. Von „Bestrafung der Familien" war die Rede, von „Misstrauen gegen die private Erziehung", von einem „missionarischen Kreuzzug der Grünen": „Sie wollen anderen Menschen, in diesem Fall Müttern, ihr bindungsloses Lebensideal aufzwingen", geiferte etwa die *Rheinische Post*, die das katholische Traditionsmilieu am linken Niederrhein bedient. Die CDU drohte in bewährter Manier gleich mit dem Bundesverfassungsgericht, das sich schon in der Vergangenheit eher für die Ehe als für die Familie eingesetzt hat. Angesichts der Widerstände führte die Koalition keine Auseinandersetzung über unterschiedliche Wertorientierungen, sondern knickte sofort ein. Sie verzichtet nun auf jede Veränderung.

Dabei wollte sie am Kern der Steuersystematik ohnehin nie rütteln: Belohnt werden weiterhin familiäre Arrangements, wo der eine (fast immer männliche) Elternteil viel und der andere (weibliche) wenig oder gar nichts verdient. Eine finanzielle Steuerung, die dem Wort Steuer alle Ehre macht: Schon wegen des Geldes verpflichtet sich Papa nach der Geburt seines Kindes erst recht dem Job, während Mama (vorläufig, wie sie meist betont) zu Hause bleibt. Diese traditionelle Bereichsteilung praktizieren beileibe nicht nur CDU-Wähler, sondern auch die Mehrheit der rot-grünen Klientel. Argumentiert der Facharbeiter mit proletarischem Ernährerstolz, dass „meine Frau nicht arbeiten zu gehen braucht", so findet sich im grünen Umfeld eher der Widerspruch zwischen emanzipiertem Gerede und tatsächlicher Zementierung alter Rollen. Vom Ehegattensplitting jedenfalls profitieren beide Milieus, und weil dessen Abschaffung als faktische Gehaltskürzung wahrgenommen werden könnte, hüteten sich die Politiker vor einem klaren Signal.

In der Splitting-Debatte geht es weniger um Steuerpolitik. **Es geht um die staatlichen Rahmenbedingungen, auf deren Basis Eltern die Aufteilung von Erziehungs- und Erwerbsarbeit gestalten, mithin um Lebensstile und Lebensentwürfe.** In der Tat: Niemandem ist vorzuschreiben, wie er zu leben hat. Wer sich dafür entscheidet, Haushalt und Kinder seiner Frau zu überlassen, sollte nicht benachteiligt, aber eben auch nicht bevorzugt werden. Unterstützung verdienen alle Menschen, die Kinder großziehen. Mindestens fünf Milliarden Euro jährlich verpuffen per Splitting an kinderlose Paare. Auch ältere Eheleute, deren erwachsene Kinder weder mit ihnen zusammenleben noch in der Ausbildung stecken, brauchen keinen Steuernachlass mehr. **Das Ehegattensplitting, das es in vielen europäischen Ländern gar nicht gibt oder längst durch kinderfreundliche Regelungen ersetzt wurde, ist ein überholtes Privileg.** Es stammt aus einer Zeit, als der Mann noch seiner Frau die Erwerbsarbeit verbieten durfte. Der modernen Vielfalt dessen, was Familie ausmacht, wird es nicht gerecht. Mehr Mut und weniger Rücksicht auch auf die eigenen Anhänger hätten der rot-grünen Entscheidungsfindung gut getan. •

Familienfeindlich

(Aus: DGB-Grundsatzabteilung/ Abt. Frauenpolitik „Für einen durchgreifenden Wandel in der Familienpolitik", April 2002)

„Das steuerliche Ehegattensplitting begünstigt die so genannte Hausfrauenehe bzw. die Zuverdienerrolle der Ehefrauen und diskriminiert unverheiratete Elternteile und Alleinerziehende. Die Anreize aus dem Ehegattensplitting tragen nicht dazu bei, die neuen Familienformen zu unterstützen. Familienfeindlich ist es, weil nicht die erhöhte Kostenbelastung der Kinder haben den, sondern nur die alleinige Tatsache der Ehe zur Steuerersparnis führt. So wird geschätzt, dass von den Steuervergünstigungen des Ehegattensplittings etwa zu einem Drittel Ehepaare ohne (betreuungsbedürftige) Kinder profitieren. (...)"

„Das Ehegattensplitting ist auf eine individuelle Einkommensbesteuerung umzustellen. (...)"



Thomas Gesterkamp, 44, ist Koautor von „Hauptsache Arbeit? Männer zwischen Beruf und Familie" (Rowohlt 1998). In seinem gerade erschienenen Buch „gutes leben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe" (Klett-Cotta 2002) beschreibt er die „deutschen Sonderwege der Familienpolitik".

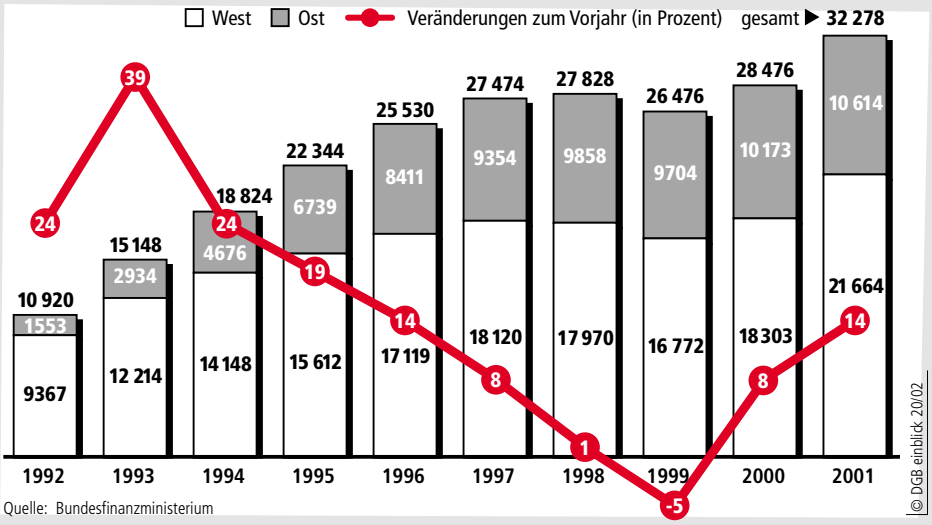
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3 - 5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

UNTERNEHMENSPLEITEN: Dramatischer Anstieg

In den letzten Jahren ist die Zahl der Unternehmenspleiten stark gestiegen, von 26 476 im Jahr 1999 auf 32 278 im vergangenen Jahr. Mit 14 Prozent lag der Zuwachs der zahlungsunfähigen Firmen im vergangenen Jahr allerdings noch unter dem der letzten konjunkturellen Abschwungphase zu Beginn der neunziger Jahre. Ein Teil des Anstiegs ist zudem auf das neue Insolvenzrecht zurückzuführen, nach dem Firmenpleiten früher angezeigt werden müssen. Die Zahl der Insolvenzanträge, die mangels Masse abgelehnt worden sind, ist seit 1998 von 72 auf 54 Prozent gesunken.



Quelle: Bundesfinanzministerium

Tipp

Buch: ***Ekkehart Frieling, Osvaldo Cristante, Isabelle Le Mouillour (Hrsg.), Kompetenz- und Organisationsentwicklung in Non-Profit-Organisationen. Gewerkschaften, Bildungsträger und öffentliche Verwaltung im Wandel, Münster, New York 2002, 284 Seiten, 19,90 Euro***

Der Band stellt die Ergebnisse von drei Pilotstudien vor, in denen ein Forscherteam der Gesamthochschule Kassel Wege zur Verbesserung der Dienstleistungsfunktion von öffentlichen Verwaltungen und Non-Profit-Organisationen untersucht hat. Trotz aller Unterschiede der drei Projektbeteiligten, der Bauverwaltung der Stadt Kassel, der IG BCE und der Zweigniederlassung Saarbrücken des Berufsfortbildungswerks des DGB, zeigen alle drei Projekte erstaunliche Parallelen: Organisationsentwicklungsprozesse müssen, um erfolgreich zu sein, nicht nur in eine Gesamtstrategie der Organisation eingebettet sein, sondern von oben gewollt sein. Das gilt insbesondere für Non-Profit-Organisationen, in denen Sachentscheidungen oft hinter Machtkompromissen zurückstehen.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

personalien

••• ***Dr. Günther Horzetzky,*** 51, ehemaliger Bundesvorstandssekretär des DGB und seit Januar 2001 Sozialreferent an der deutschen Botschaft in Washington, ist ab Mitte November Leiter der Abteilung Sozial-, Gesellschafts- und Umweltpolitik im Bundeskanzleramt.

••• ***Dr. Martina Panke,*** 45, Arbeitspsychologin und seit 1997 Referentin der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin, ist seit dem 1. Oktober deren Leiterin.

••• ***Dr. Erich Standfest,*** 59, bis Juni 2002 Leiter der Abteilung Sozialpolitik des DGB, hat am 1. November den jährlich wechselnden Vorsitz im Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) übernommen. Er folgt ***Jürgen Husmann,*** 60, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Der Vorsitz in der Mitgliederversammlung ist vom bayerischen DGB-Vorsitzenden ***Fritz Schösser,*** 55, auf den stellvertretenden Hauptgeschäftsführer der Metall- und Elektroindustrie NRW ***Karl Ernst Schmitz-Simonis,*** 59, übergegangen.

14 TAGE

13.11. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, „EU-Erweiterung: Herausforderung für ArbeitnehmerInnen", Wolfsburg

15.11. DGB Berlin-Brandenburg, Tagung „Verantwortlichkeiten von Steuerungs- und Selbstverwaltungsorganen", Berlin

19.11. DGB Nordrhein-Westfalen, „Ganztagsbetreuung – der Schlüssel zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie", Dortmund

Schlusspunkt

„Deutschland hat unter Helmut Kohl unter Droge gelebt. Was wir jetzt machen, ist nicht ganz der kalte Entzug."

SPD-Generalsekretär Olaf Scholz am 30. Oktober in der ARD-Sendung Friedman über die Pläne der Bundesregierung zur Reform des Renten- und Gesundheitssystems

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 25.11.2002 21/02

DGB

inhalt

Seite 3
Umbau eingeleitet
Der Bundestag hat den ersten Teil des Hartz-Konzepts auf den Weg gebracht

Seite 5
Wer zu spät kommt, verliert Geld
Der DGB rührt die Werbetrommel für die staatlich geförderte Zusatzrente

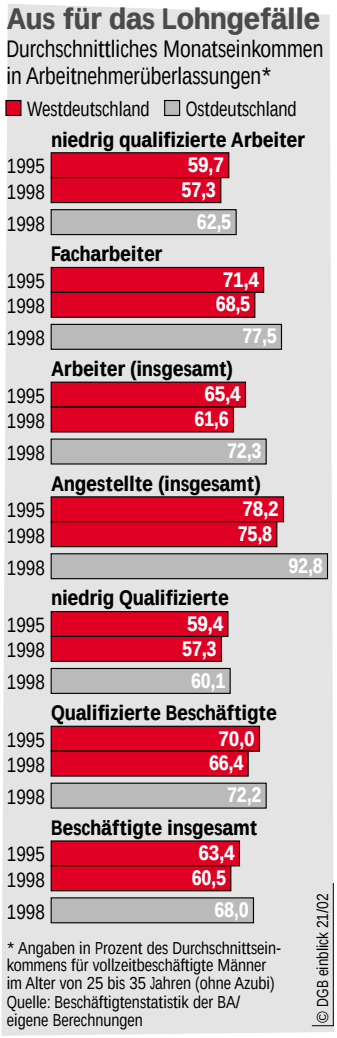
Seite 7
Europa muss sozialer werden
Nach vielen Protesten will der EU-Konvent nun endlich eine Arbeitsgruppe zur sozialen Dimension Europas einrichten. DGB-Vorsitzender Michael Sommer formuliert seine Erwartungen an die künftige EU-Verfassung

Neues Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Was über einen langen Zeitraum kaum denkbar war und an den Zeitarbeitgebern scheiterte – die Regelung von Leiharbeitsverhältnissen per Tarifvertrag –, ist nun durch die Hartz-Kommission möglich geworden. Bundesregierung, Gewerkschaften und Teile der Zeitarbeitsbranche haben sich auf eine Einstufung von Leiharbeitern geeinigt, derzufolge das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" in den Mittelpunkt der Vermittlung von Arbeitskräften tritt. Dabei trifft das verabschiedete Gesetz für „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" sowohl auf die neuen Personal-Service-Agenturen als auch auf die gewerbliche Leiharbeit zu. Dem Gesetz zufolge erhalten die zeitweise Beschäftigten nach einer Übergangszeit ab Januar 2004 während der Verleihdauer das Gehalt gezahlt, das im Betrieb des Entleihers üblich ist.

Bis Ende 2003 haben Gewerkschaften und Leiharbeitsfirmen Zeit, einen Tarifvertrag auszuhandeln. Auch wenn Teile der Zeitarbeitnehmerverbände Sturm gegen das neue Gesetz laufen, es bleibt ihnen kaum anderes übrig, als sich auf die Verhandlungen einzulassen.



Ein Bild, das bald der Vergangenheit angehört: Mit Leiharbeit Lohndumping zu fördern wird Anfang 2004 nicht mehr möglich sein. Einzig für Benachteiligte sind zurzeit Tariföffnungsklauseln im Gespräch.

Denn einerseits fordert auch die „Equal Pay"-Richtlinie der EU gleichen Lohn für gleiche Arbeit – und ihr müssen die Mitgliedsstaaten folgen, wollen sie kein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof riskieren. Und andererseits heißt es in Berlin, dass die gesetzliche Übergangsregelung so lange in Kraft bleibt, bis ein Tarifvertrag zwischen den Parteien vereinbart ist. Tritt ein Tarifvertrag „Leiharbeit" noch vor dem Ende der Übergangsfristen in Kraft, kann der Lohngleichheitsgrundsatz bereits zu diesem Datum einsetzen.

Nun sollen zügig Verhandlungen mit der Verleiherbranche aufgenommen werden – sowohl für die gewerblichen Arbeitnehmerüberlassungen als auch für die künftigen Zeitarbeitsagenturen der Arbeitsämter, die Personal-Service-Agenturen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer forderte die Verbände und Unternehmen umgehend zu Gesprächen auf: „Die Tarifgemeinschaft des DGB steht, die Verhandlungen können sofort beginnen." Alle acht DGB-Gewerkschaften sind in der Tarifgemeinschaft vertreten. Unter Federführung von IG Metall und ver.di, die beide schon Verhandlungserfolge im Ringen um Tarifverträge für ZeitarbeiterInnen vorweisen können, sollen die Tarifverträge verhandelt werden. Durch diese Gemeinschaft werden allgemeine Standards garantiert, und der Einfluss jeder Gewerkschaft wird gesichert. •

plusminusBERLIN

+ ***Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) will den Verbraucherschutz bei 190er Telefonnummern stärken. Dienstanbieter sollen registriert und bei Missbrauch mit Sanktionen durch die Regulierungsbehörde belegt werden.***

– ***Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Gerhardt will verhindern, dass neben den Arbeitseinkommen auch Veräußerungsgewinne von Immobilien besteuert werden. Die geplante Wertzuwachssteuer sei der „größte Angriff auf das Eigentum", den er je erlebt habe.***

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.foodwatch.de
Informationen über alles, was auf den Teller kommt, aber dort nicht hingehört

Im Faxabruf
0211/43 01 660
Tarifpolitische Aspekte der neuen Leiharbeit

connexx-av

Befragung in der New-Media-Branche

Die Arbeitsverhältnisse in der Multimediabranche transparenter zu machen, ist Ziel einer Umfrage von connexx-av. Mit der Untersuchung sollen Handlungsmöglichkeiten für fest und frei Beschäftigte, Betriebsräte und Arbeitgeber der Branche erfragt werden. Die Studie wird von der „Arbeitsgemeinschaft Befragung im Betrieb“ und der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt, eine Kooperation, die es bereits vor über zwei Jahren im privaten Rundfunk und in der Filmproduktion mit ähnlicher Zielsetzung gegeben hat. Unter dem Titel „Nicht nur Traumjob – vom Arbeiten und Verdienen in den Medien“ hatte connexx-av wesentlich dazu beigetragen, über die realen Arbeitsbedingungen zu informieren.

Die neue Umfrage befasst sich mit der beruflichen und betrieblichen Struktur, mit Arbeits- und Urlaubsregelungen und mit der Einkommenssituation in der New-Media-Branche. Die Rolle von Gewerkschaften und Betriebsräten, aber auch das Selbstverständnis der Beschäftigten und damit die Arbeits- und Lebensbedingungen stehen im Fokus der Studie. Mit den Ergebnissen ist im



Frühjahr 2003 zu rechnen. Frühere Untersuchungen über die Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse sind mindestens zwei Jahre alt und datieren daher aus einer Zeit, in der noch Goldgräberstimmung in der Branche herrschte. •

Online-Fragebogen unter www.connexx-av.de/nmfragebogen.php3

wiewardiewoche?



Der bayerische DGB-Vorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Schösser, 55, ist am 13. November an die Spitze des Verwaltungsrats des Bundesverbands der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) gewählt worden. Das neue Amt will er nutzen, um auch in den Gewerkschaften neue Akzente in der Gesundheitspolitik zu setzen.

Renten und Krankenversicherung gehören schon lange zu den Schwerpunkten meiner Arbeit, aber die Wahl zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats der AOK war dann doch etwas Besonderes. Die AOK ist nicht nur die größte Krankenkasse, sondern besteht auch aus eigenständigen Länderkassen. Für die Versicherten bietet es durchaus Vorteile, wenn über Gesundheitspolitik nah am Nerv der Region entschieden wird. Weil die AOK gleichzeitig Marktführer ist, hat sie aber auch auf Bundesebene ein gewichtiges Wort mitzureden. Diesen Einfluss will ich nutzen, um für den Erhalt einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung für alle ArbeitnehmerInnen zu kämpfen. Im Moment haben wir doch die paradoxe Situation, dass viel über die Senkung der Lohnnebenkosten geredet wird, aber kaum darüber, was das Gesundheitssystem leisten soll.

Wenn wir uns als Gewerkschafter in der Selbstverwaltung engagieren, reicht es nicht, nur die Kosten für den Krankenversicherungsbeitrag zu sehen. Wir müssen stärker einen Blick darauf werfen, welchen Wert die Leistung der Krankenversicherung für Versicherte und ArbeitnehmerInnen hat.

Ein weiteres Thema in dieser Woche war die Umsetzung der Hartz-Vorschläge, über die der Bundestag beraten hat. Es ist ein Irrglaube, dass Niedriglöhne dazu führen, dass mehr Arbeitsplätze entstehen und dadurch mehr Geld in die Sozialkassen fließt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Gefahr, dass Arbeitsplätze des ersten Arbeitsmarktes dabei unter die Räder geraten, ist riesengroß. Geschieht dies, wären die Hartz-Vorschläg kontraproduktiv.

Ausbildungsmarkt

Lernen jenseits der Grenze

Lehrlinge sollen ihre Berufsausbildung künftig verstärkt im europäischen Ausland machen können. Auf dieses Ziel haben sich die Bildungsminister der 15 EU-Staaten am 12. November in Brüssel verständigt. Geplant sind unter anderem Pilotprojekte zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung und eine leichtere Anerkennung von im EU-Ausland erworbenen Teilqualifikationen. Mobilität dürfe sich „nicht auf Menschen mit den höchsten beruflichen Qualifikationen beschränken“, so die Ratsvorsitzende und dänische Bildungsministerin Ulla Tørnæs. Elektriker, Schmiede und Zimmerleute müssten die gleichen Möglichkeiten bekommen. •

Arbeitslosigkeit

Mehr Obdachlose

Nach Beobachtungen der Evangelischen Obdachlosenhilfe ist die Zahl der Menschen ohne feste Unterkunft im vergangenen Jahr wieder gestiegen. Darauf deute der Anstieg der Beratungsfälle in den Ballungsräumen um bis zu 30 Prozent hin. Einschließlich der Dunkelziffer schätzen die SozialberaterInnen den Anstieg sogar auf 50 Prozent. Bereits im Jahr zuvor galten in Deutschland 500 000 Menschen als obdachlos, 90 000 davon sind Frauen, 85 000 Kinder und Jugendliche. Ursache der zunehmenden Obdachlosigkeit ist nach Ansicht des Sozialverbands die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. •

geplant... beschlossen

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer und der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel sollen als Vertreter der Gewerkschaften in der neuen Rürup-Kommission zur Reform der Renten- und der Gesundheitsversicherung mitarbeiten. Das hat der DGB der Bundesregierung vorgeschlagen. DGB-Vize Engelen-Kefer steht zudem an der Spitze der vom DGB eingerichteten eigenen Kommission zur Gesundheitsreform, die als Expertenrunde die Arbeit der Rürup-Kommission fachlich begleiten soll.

Neue Bahnpreise

Viele fahren schlechter

Statt günstiger, wie von der Bahn AG versprochen, werden Bahnfahrten für die meisten Reisenden ab dem 15. Dezember deutlich teurer. Selbst Familien müssen oft mehr zahlen. Zu diesem Urteil kommt die Stiftung Warentest, die für mehr als 800 Reisen die besten alten und die günstigsten neuen Preise verglichen hat. Durch die Reduzierung des Rabatts für Bahncardinhaber auf 25 Prozent steigen für Alleinreisende laut Stiftung Warentest im Regionalverkehr viele Preise. •

Hartz-Reform

Umbau des Arbeitsmarktes eingeleitet

Wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt hat die rot-grüne Bundesregierung die Ergebnisse der Hartz-Kommission in Gesetzesform gegossen.

Das bis zur letzten Minute mehrfach geänderte Reformpaket – offiziell: Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – besteht nun aus zwei Gesetzen, da Teile der Reform der Zustimmungspflicht des Bundesrates unterliegen.

Frühzeitige Meldepflicht: Mit der Reform wird eine Verpflichtung eingeführt, sich im Kündigungsfall frühzeitig arbeitssuchend zu melden (§ 37 b SGB III E). Gleichzeitig wird der Arbeitgeber verpflichtet, ArbeitnehmerInnen in der Phase zwischen Kündigung und Ende des Arbeitsverhältnisses für Bewerbungen oder „aktivierende Maßnahmen“ freizustellen (629 a BGB-E).

Herzstück Personal-Service-Agentur: Die Personal-Service-Agenturen (PSA) sind das Herzstück der Reform. Um Zeitarbeit als Vermittlungsinstrument zu nutzen, werden flächendeckend PSA eingerichtet. Sie sollen die „Brücke für eine schnelle Rückkehr in den Arbeitsmarkt” sein. Sie stellen Arbeitslose als ZeitarbeiterInnen ein und verleihen sie nach einer Übergangszeit zu üblichen Tarifbedingungen an Entleihbetriebe. Nicht gestattet ist es den Personal-Service-Agenturen, Arbeitslose an den früheren Arbeitgeber zu verleihen. So sollen Mitnahmeeffekte vermieden werden.

„Ich-AG” und Mini-Jobs: Mit den neuen Instrumenten „Ich-AG” und Mini-Job will Rot-Grün Schwarzarbeit eindämmen. Bei der „Ich-AG” erhalten Arbeitslose bis zu drei Jahre lang Unterstützung durch das Arbeitsamt als Existenzgründer-Zuschuss. Die neuen Selbstständigen erhalten im ersten Jahr einen Zuschuss von 600 Euro monatlich, im dritten Jahr noch 240 Euro. Das Gesetz ist bis Ende 2005 befristet – die Bundesregierung rechnet mit rund 40 000 Förderfällen.

Die Geringfügigkeitsgrenze für Mini-Jobs im Haushaltsbereich steigt von derzeit 325 auf 500 Euro im Monat. Für derartige Jobs wird eine Sozialversicherungspauschale von zehn Prozent erhoben, die Kosten für die Haushaltshilfe sind bis zu einem Höchstbetrag von 360 Euro im Jahr von der Steuer absetzbar.

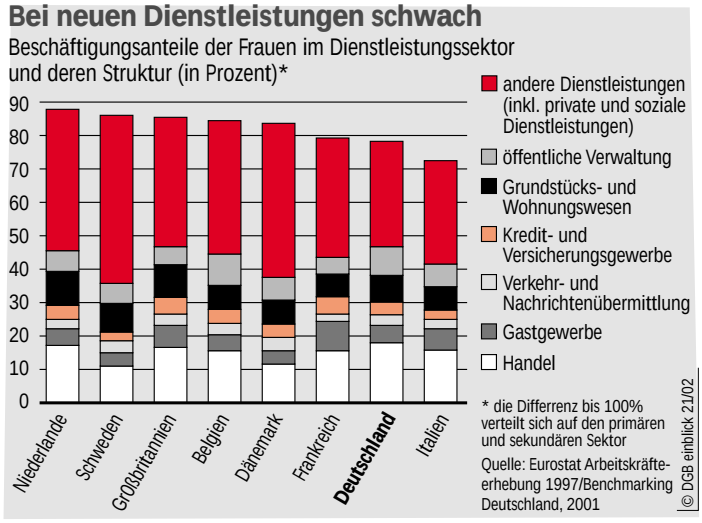
Job-Center: Arbeits- und Sozialämter sollen schrittweise gemeinsame Job-Center bilden. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Job-Center alle Beratungs-, Vermittlungs- sowie Geldleistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhalts integrieren. Die Job-Center sind für alle gedacht, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Ältere ArbeitnehmerInnen: Wer älter als 55 Jahre ist, erhält Zuschüsse zur Einkommenssicherung, sofern er oder sie eine schlechter bezahlte Tätigkeit annimmt. Wer nicht mehr vermittelt werden will, kann ein „Brückengeld” erhalten. Arbeitgeber, die über 55-Jährige einstellen, müssen keine Sozialabgaben zahlen.

Arbeitslosenunterstützung: Arbeitslosengeld und -hilfe werden von der Lohnentwicklung abgekoppelt. Für Langzeitarbeitslose gelten verschärfte Anrechnungsregelungen. So werden Vermögen und Einkommen auch des Partners zur Berechnung herangezogen. Statt wie bisher 33 600 Euro bleibt bei allein stehenden HilfeempfängerInnen nur noch Vermögen von bis zu 13 000 Euro anrechnungsfrei.

Kapital für Arbeit: Zinsverbilligte Kredite können Klein- und Mittelbetriebe erhalten, wenn sie Arbeitslose einstellen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau rechnet mit bis zu 50 000 neuen Arbeitsplätzen.

Gezielte Förderung Jugendlicher: Mit gezielter Förderung und Hilfe bei der Vermittlung sollen Jugendliche auf das Berufsleben vorbereitet werden. Das von der Hartz-Kommission vorgesehene Ausbildungszeit-Wertpapier wurde zunächst fallen gelassen. Allerdings soll das Bildungsministerium prüfen, wie Teile der Berufsausbildungsvorbereitung auf die spätere Berufsausbildung angerechnet werden können. •



Die Beschäftigung in den modernen Dienstleistungsberufen liegt in Deutschland deutlich niedriger als in Europa. Ob das beschlossene Reformpaket das ändert, wird sich erst langfristig zeigen.

Streit um Hartz geht weiter

Für den DGB begrüßte Michael Sommer die Verabschiedung der Arbeitsmarktreform, damit sei ein weiterer Schritt zur sozial gerechten Modernisierung des Landes gemacht. „Das gilt insbesondere für die Leiharbeit. Endlich werden Leiharbeiter und Stammbelegschaft gleich gestellt”, sagte der DGB-Vorsitzende nach der Verabschiedung des Gesetzes in Berlin.

Mit der Reform werde es gelingen, insbesondere die Leiharbeit in den Personal-Service-Agenturen (PSA) unter fairen Bedingungen als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt zu gestalten. „Flexibilität darf nicht mit geringerem Lohn bestraft werden.”

Gleichzeitig macht sich an der gewerkschaftlichen Basis Unwillen breit. So hat sich unter anderem ver.di Berlin gegen die Hartz-Pläne positioniert. Die Berliner laden zu einer Veranstaltung am 4. Dezember, Motto: „Was tun gegen Hartz?“ Auch in der IG Metall kritisieren einige Vertrauensleute und Betriebsräte das Konzept.

Im Internet

www.einblick.dgb.de

Übersicht über die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

PROJEKTE UND PARTNER

TBS NRW

Beratung zu E-Business

Nutzt ein Unternehmen das Internet für Kommunikation oder Vertrieb, hat dies Konsequenzen für die Beschäftigten. Aber wie lassen sich BetriebsrätInnen von der Wichtigkeit des Themas „E-Business“ überzeugen? Dieser Frage widmet sich der Workshop „Netzwerk E-Business“ am 11. Dezember in Köln, Teil des Projekts „e@rbeit“ der Technologieberatungsstelle (TBS) NRW. •

Tel. 0221 / 91 39 70
katharina.just-hahn@tbs-nrw.de
www.e-arbeit.biz

Arbeitsschutz

Sicherheit im Betrieb

Mit „Betriebssicherheit – Veränderung durch die neue Betriebssicherheitsverordnung“ beschäftigt sich die Frühjahrstagung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). Die Veranstaltung am 6./7. Mai 2003 in Dortmund richtet sich an Führungskräfte und Sicherheitsfachleute auf inner- und überbetrieblicher Ebene. •

Tel. 0231 / 90 71 292
www.baua.de



Wer ReferentInnen für Veranstaltungen sucht, kann seit dem 15. November online auf eine gemeinsam von den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ und dem DGB-Bildungswerk eingerichtete Referenten- und Autorendatenbank zurückgreifen. Die Datenbank ermöglicht den kostenlosen Zugriff auf Name und Anschrift von knapp dreihundert ExpertInnen. Um einen Missbrauch der Daten zu vermeiden, müssen die NutzerInnen ihren Namen und ihre Funktion bei jeder Anfrage auf einem Rechercheformular eintragen. Anschließend werden die erfragten Daten automatisch per Mail übermittelt.
Im Internet unter: www.gmh.dgb.de und www.dgb-bildungswerk.de (Pfad: Datennetze)

Frauentag 2003

Jetzt nicht lockerlassen

„Jetzt nicht lockerlassen“, so lautet das DGB-Motto zum 8. März 2003, dem Internationalen Frauentag. Welche Themen an diesem Tag und im gleichstellungspolitischen Aktionsprogramm, das der DGB-Kongress im Mai für 2003 beschlossen hat, im Vordergrund stehen, zeigt der aktuelle Info-Brief „Frau geht vor“. Die Redaktion hat ExpertInnen interviewt und sich vor Ort umgeschaut: zum Beispiel in Stuttgart, wo Mentorinnen un- und angelernte Frauen bei der beruflichen Weiterbildung begleiten, oder bei Siemens, wo sich Betriebsrätinnen Gedanken darüber gemacht haben, wie sie die Forderung nach Entgeltgleichheit unterstützen können. Die Sozialwissenschaftlerin Edeltraud Ranftl erläutert, was andere Länder in Sachen Entgeltgleichheit bieten, und ISA-Consult-Beraterin Mechthild Kopel erklärt, wie Frauen beim betrieblichen Strukturwandel am Ball bleiben. Einzelhefte gibt es für einen mit 77 Cent frankierten Rückumschlag (DIN C 4) beim DGB, Abteilung Frauenpolitik, Postfach 11 03 72, 10833 Berlin. •

Friedrich-Ebert-Stiftung

Globale Partnerschaft

Wie die Industrieländer soziale Verantwortung für Entwicklungs- und Schwellenländer übernehmen können, ist Thema der Veranstaltung „Soziale Sicherung in Zeiten der Globalisierung“ am 27. November in Berlin. Vorgestellt wird unter anderem das Projekt „Globale soziale Partnerschaft“ der International Labour Organization (ILO). Veranstalterinnen sind neben der ILO auch die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. •

Tel. 0228 / 88 35 17
klemma@fes.de
www.fes.de

WEED

Ethik im Welthandel

Welche Pflichten Unternehmen künftig bei Investitionen im Ausland haben, soll eine Neuauflage des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI) festlegen. Wie sich Gewerkschaften in die Verhandlungen der Welthandelsorganisation einbringen können, klärt die Tagung „Auslandsinvestitionen zwischen ökonomischer Liberalisierung und sozial-ökologischer Regulierung“ am 5./6. Dezember in Berlin. Veranstalter sind die Organisation für Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED), das DGB-Bildungswerk und terre des hommes. •

Tel. 0228 / 76 61 30
www.weedbonn.org

migration-online

Umfrage zum Internetauftritt

„migration-online“ ist die integrationspolitische Plattform des DGB-Bildungswerks im Internet. Um die Qualität des Online-Auftritts zu verbessern, bittet das Netzwerk jetzt die NutzerInnen der Seite um Verbesserungsvorschläge. Das Internetangebot gibt es seit November 2001. Es wird durch das Xenos-Programm der Europäischen Union gefördert. •

www.migration-online.de/umfrage

DGB-Bildungswerk

Videothek zur Migration

Rund 100 Filme zu Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus sowie der Situation von AusländerInnen in Deutschland bietet das DGB-Bildungswerk zur Ausleihe. Ein Verzeichnis gibt's im Internet unter www.migration-online.de. Es wird auch gedruckt angeboten. •

Tel. 0211 / 408 00 90 0
lavista@setzkasten.de

interregio

••• Der ***IG BAU-Bezirk Rhein-Main*** hat ***Unterrichtseinheiten*** für Berufsschulen zum Thema „Illegale Beschäftigung und Fremdenfeindlichkeit im Baugewerbe“ entwickelt. Behandelt werden Themen wie Schwarzarbeit, ungleiche Entlohnung in Europa oder solidarische Zusammenarbeit. Das im Kontext des von der Bundesregierung initiierten „Bündnisses für Toleranz“ erstellte Unterrichtsmaterial soll allen Berufsschulen im Raum Darmstadt-Frankfurt zur Verfügung gestellt werden. Infos: IG BAU Rhein-Main, Tel. 069 / 24 26 27

••• Mit der Novellierung der Betriebsverfassung hat die Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen als Handlungsfeld von BetriebsrätInnen an Bedeutung gewonnen. Am 4. Dezember will der ***DGB Berlin-Brandenburg*** auf der ***Fachtagung*** „Chancengleichheit in der Privatwirtschaft darf kein Zufall bleiben“ anhand von Praxisbeispielen aus Unternehmen konkrete Handlungsmöglichkeiten vorstellen. Die Tagung findet in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum CHAD statt. Infos: Tel. 030 / 27 87 39 22

Zusätzliche Altersvorsorge

Wer spät kommt, verliert Geld

Der DGB rührt die Werbetrommel für die staatlich geförderte Zusatzrente. Wer in den vollen Genuss der Förderung kommen wolle, müsse noch in diesem Jahr einen Vertrag abschließen, betont DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer.

„Am besten ist es, die Vorteile der betrieblichen Altersversorgung zu nutzen und vom Recht auf Entgeltumwandlung Gebrauch zu machen“, empfiehlt sie. Von der Betriebsrente seien auf Grund der niedrigeren Verwaltungskosten in der Regel höhere Renditen zu erwarten als von der privaten Zusatzvorsorge.

Hinzu kommt noch ein besonderer Vorteil der Betriebsrente, der sich – sozusagen unbeabsichtigt – durch die aktuelle Rentenreform ergeben hat. ArbeitnehmerInnen können von ihrem Arbeitgeber verlangen, dass sie per Entgeltumwandlung bis zu vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der Rentenversicherung auf ihr Betriebsrentenkonto einzahlen. Das waren bislang 2160 Euro jährlich. Weil die BBG am 1. Januar aber von 4500 auf 5100 Euro steigt, erhöht sich auch die staatlich geförderte Vorsorge – auf 2448 Euro (zum Vergleich: der staatlich geförderte private Altersvorsorgeaufwand beträgt 2002/2003 maximal 525 Euro).

Um ArbeitnehmerInnen die Entscheidung zu erleichtern, sich noch in diesem Jahr die Vorteile einer Betriebsrente zu sichern, hat DGB-Vize Engelen-Kefer die häufigsten Fragen zum Thema aufgegriffen und beantwortet: nachzulesen unter www.dgb.de/themen/Altersvorsorge/altersvorsorge_faq. Die Betriebsrente sei zwar „sicher für viele erst mal ein schwieriges Thema“, räumt sie ein, aber „kein Buch mit sieben Siegeln“.

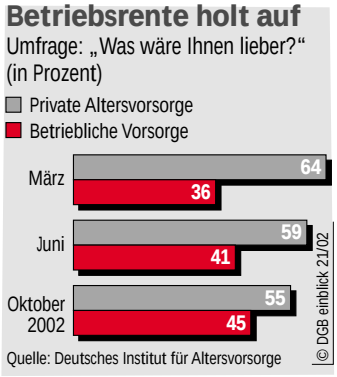
Dass nach Angaben des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft bis Ende September erst 2,5 Millionen Rentenversicherte eine Riester-Rente abgeschlossen haben, enttäuscht Bundessozialministerin Ulla Schmidt (SPD) nicht. „Die Erkenntnis, dass zusätzliche Vorsorge für das Alter zur Lebensstandardsicherung notwendig ist, muss sich erst durchsetzen“, erklärte sie im Internetportal der Landesversicherungsanstalten, www.ihre-vorsorge.de.

Schmidt gibt sich optimistisch: Bis Jahresende werde die Zahl der Riester-Verträge „erheblich“ zunehmen, „weil viele ihr Weihnachtsgeld für die Einzahlungen verwenden werden“. Davon, die Riester-Rente zu reformieren, will sie jetzt nichts mehr wissen, nachdem sie die alte Idee einer Pflicht-Zusatzrente in die Diskussion gebracht hat und dafür öffentlich geprügelt worden ist. Jetzt will Schmidt erst einmal den Rentenversicherungsbericht 2005 abwarten, „dann haben wir eine tragfähige Grundlage für Änderungsdiskussionen“.

So lange will Stefanie Wahl, Mitstreiterin des Renten-Kritikers Meinhard Miegel, nicht warten, dafür sei der Reformbedarf zu groß. „Die Riester-Rente ist zu klein“, zitiert sie der Berliner *Tagesspiegel*. „Die Bürger wissen gar nicht, wie schlimm es um die gesetzliche Rente steht.“ Wüssten sie's, würden sie private Vorsorgeverträge schließen – aus eigenem Antrieb.

Sicher ist das nicht. Das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA) hat per Umfrage herausgefunden, dass 84 Prozent der Befragten meinen, sie müssten zusätzlich privat vorsorgen. Das ist zwar ein neuer Höchststand, aber „der Weg von der Erkenntnis bis zum eigenverantwortlichen Handeln ist lang – häufig zu lang“, bedauert DIA-Sprecher Bernd Katzenstein. Er macht mit einem abgewandelten Gorbatschow-Spruch Druck: „Wer zu spät kommt, den bestraft der Zinseszinseffekt.“ Die finanziellen Nachteile eines verspäteten Einstiegs in einen geförderten Sparplan seien selbst dann groß, wenn es sich nur um eine Verzögerung von einem Jahr handele.

Ein Beispiel: Ein 35-jähriger verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern und einem Durchschnittseinkommen von 28 000 Euro verliere 1564 Euro Vorsorgekapital, wenn er erst 2003 statt 2002 ein Riester-Konto eröffne. Dem stehe ein eingesparter Eigenbeitrag von 150 Euro gegenüber. DIA-Mann Katzenstein: „In diesem Fall verzichtet der Arbeitnehmer auf das Zehnfache seines Sparbeitrags.“ •



Die betriebliche Altersvorsorge erfreut sich steigender Beliebtheit. Immerhin 45 Prozent der Befragten ziehen die Betriebsrente der privaten Zusatzrente vor. Das aktuelle Rentenbarometer des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) nennt dafür auch einen Grund: „Arbeitgeber und Gewerkschaften holen langsam den Informationsvorsprung der Finanzdienstleister auf.“ Bis Oktober seien 38 Prozent der ArbeitnehmerInnen von ihnen auf das Thema Rentenreform angesprochen oder angeschrieben worden – acht Prozent mehr als im Juni.

Blinder Alarm

Die Rentenpläne von Rot-Grün reißen ein Loch in die Betriebsrente, berichtete Mitte des Monats „Die Welt“ – wie auch zwei Wochen zuvor die „FAZ“ – unter Berufung auf die Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V. (aba).

Der Hintergrund: In vielen arbeitgeberfinanzierten, nur für Spitzenverdiener geltenden Vorsorgemodellen ist die Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der Rentenversicherung eine wichtige Bezugsgröße für die Höhe der Betriebsrente, d.h., der größere Teil der Versorgungszusage bezieht sich auf den über der BBG liegenden Teil des Gehalts. Das hat zur Folge, dass die Betriebsrente sinkt, wenn – wie beschlossen – die BBG steigt. Ein Beispiel: Ein Arbeitnehmer mit 6000 Euro Monatsgehalt muss nach 35 Jahren Betriebszugehörigkeit ab 2003 mit 1207,50 Euro Betriebsrente zufrieden sein, also mit rund 100 Euro weniger als zurzeit.

Für normal verdienende ArbeitnehmerInnen gilt das nicht. DGB-Rentenexpertin Martina Perreng: „Betriebsrenten, die nach dem Prinzip der Entgeltumwandlung funktionieren, sind nicht betroffen.“

Im Internet

www.aba-online.de/seiten/glossarmitte.html

Ein Glossar zur Betriebsrente – von „Anpassung“ bis „Versorgungslücke“

kurz&bündig

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat am 24. November erstmals den ver.di-Fernsehpreis verliehen. Der mit 7500 Euro dotierte Preis ging an die Regisseurin Barbara Albert für den ZDF-Film „Nordrand" und an Ruth Toma für das Drehbuch zu „Romeo". Mit dem neuen Preis setzt ver.di die Tradition des DAG-Fernsehpreises fort.

Die IG Metall will die 25 größten multinationalen Unternehmen ihres Organisationsbereichs verpflichten, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einzuhalten. Die Selbstverpflichtung der Unternehmen soll auf die Gesetzgebung in den Entwicklungs- und Schwellenländern ausstrahlen, in denen die Konzerne tätig sind.

ver.di will die Wahl von Betriebsräten bei der Drogerie-Kette Schlecker forcieren. In den 10 000 Filialen des Unternehmens gibt es nach ver.di-Angaben nur rund 100 Arbeitnehmervertretungen. Die Aktion knüpft an die DGB-Kampagne „Besser mit Betriebsrat" vom Frühjahr an.

Der DGB hat sein neues Internetportal für jobbende StudentInnen gestartet. Unter *www.studentsatwork.org* ***gibt es Basisinfos zum Thema Arbeiten im Studium sowie eine Übersicht über die Beratungsangebote der Gewerkschaften für Studierende.***

Berufsfortbildungswerk bfw

Einigung im Tarifkonflikt

In der monatelang währenden Tarifauseinandersetzung beim Berufsfortbildungswerk bfw des DGB (*einblick* 18/02) haben die Tarifparteien Mitte November eine Einigung erzielt. Vereinbart wurde für die Altbeschäftigten eine Gehaltserhöhung um 2,3 Prozent, die ab 1. Februar 2003 wirksam werden soll (Laufzeit: 11 Monate), sowie eine Einmalzahlung in Höhe von 15 Prozent eines Monatsgehaltes im Tarifgebiet bfw-West für den Zeitraum vom 1. Mai 2002 bis 31. Januar 2003 bzw. 21,67 Prozent im Tarifgebiet bfw-Ost für den Zeitraum vom 1. Januar 2002 bis 31. Januar 2003. Verschlechterungen im Bereich des Manteltarifs soll es weder für Altbeschäftigte noch für Neueingestellte geben. Eingeführt werden sollen ab dem 1. Dezember aber zwei um jeweils fünf Prozent abgesenkte Eingangsstufen für neu Eingestellte im Westen bzw. eine im Osten.

Einigkeit erzielten die bfw-Geschäftsführung und die zuständige Gewerkschaft ver.di auch über ein zweistufiges Verhandlungs- und Schlichtungsverfahren, das eine Neugestaltung des gesamten Tarifwerkes zum Gegenstand hat. Die lineare Gehaltserhöhung um 2,3 Prozent soll davon unberührt bleiben. Noch in diesem Jahr wollen die Tarifparteien die Verhandlungen über das neue Tarifsystem aufnehmen, das am 1. Mai nächsten Jahres in Kraft treten soll. Falls es Ende Februar 2003 noch große Differenzen zwischen den Tarifparteien gibt, werden sie einen Schlichter hinzuziehen. Sind seine Vermittlungsbemühungen erfolglos, kann er eine für beide Seiten verbindliche Regelung treffen.

Aus Sicht der ver.di-Tarifkommissionen für die Tarifgebiete bfw-West und -Ost ist das Verhandlungsergebnis ein akzeptabler Kompromiss, der den Interessen der bfw-Beschäftigten, aber auch den aktuellen Problemen der Weiterbildungsbranche gerecht wird. In einer zweiten Urabstimmung müssen nun bis zum 2. Dezember die beim bfw beschäftigten ver.di-Mitglieder über die Annahme entscheiden. 25 Prozent von ihnen müssen zustimmen, damit das Verhandlungsergebnis angenommen werden kann. •

Bundestagsabgeordnete

Jeder Dritte ist DGB-Mitglied

211 der 603 Abgeordneten des im September gewählten 15. Deutschen Bundestags sind Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. Im letzten, größeren Deutschen Bundestag galt das noch für 277 der damals 699 Abgeordneten.

Mit Ausnahme der SPD-Fraktion, in der 186 von 251 Mitgliedern gewerkschaftlich organisiert sind, zählen DGB-Mitglieder in allen Fraktionen zur Minderheit. Bei der CDU/CSU sind nur zehn von 248 Abgeordneten Gewerkschaftsmitglied, bei Bündnis 90/Die Grünen gilt das für 13 von 55 Abgeordneten, und in der FDP-Fraktion ist ein Abgeordneter gewerkschaftlich organisiert. Von den fraktionslosen beiden Abgeordneten der PDS ist nur Petra Pau Gewerkschaftsmitglied. Das hat der DGB auf der Basis der Mitgliedsverzeichnisse der Gewerkschaften ermittelt.

Aufgeschlüsselt nach Gewerkschaften, sind einschließlich der sechs Doppelmitgliedschaften in zwei Gewerkschaften 113 Abgeordnete Mitglied der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, 28 Mitglied der IG Metall, 24 Mitglied der IG BCE, elf Mitglied der IG BAU, 36 Mitglied der GEW, vier Mitglied der GdP, und ein Abgeordneter ist Mitglied der NGG. •

Im Internet: www.einblick.dgb.de
Im Faxabruf: O211 / 43 01 663
DGB-Mitglieder unter den Abgeordneten des 15. Deutschen Bundestags

DGB-Tagung

Trendscouting – Mode oder Methode?

Zur Tagung „Trendscouting – Mode oder Methode? Von der Folgenabschätzung zur Gestaltung" lädt der DGB-Bundesvorstand am 10. Dezember Betriebs- und Personalräte ein. Der DGB bereitet die systematische, kontinuierliche Beobachtung von Trends und Forschungsergebnissen hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Arbeitswelt und für gewerkschaftliches Handeln vor. Im Rahmen eines solchen „Trendscoutings" sollen nicht nur technologische Trends, sondern auch ökonomische und soziokulturelle Entwicklungen beobachtet und bewertet werden. Die Ergebnisse werden für Akteure auf allen Ebenen nutzbar gemacht. Auf der Tagung werden die Möglichkeiten und Grenzen von Zukunftsforschung, Methoden, inhaltliche Schwerpunkte und Kriterien diskutiert. Mitveranstalter und Initiator der Tagung ist der ver.di-Bereich Innovations- und Technologiepolitik. •

Infos und Anmeldungen:
steffi.vogel@bundesvorstand.dgb.de
Tel. 030 / 240 60 726
Fax 030 / 240 60 111

Europäischer Verfassungsvertrag

Soziale Dimension berücksichtigen

Die soziale Dimension Europas ist bisher in den Beratungen des EU-Konvents zu kurz gekommen. Wie sozialstaatliche Prinzipien in einem europäischen Verfassungsvertrag verankert werden können, damit soll sich nun eine eigene Arbeitsgruppe des Konvents befassen. Was aus Sicht der Gewerkschaften auf ihre Agenda gehört, beschreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Der DGB hat die bisherigen Debatten im Europäischen Konvent intensiv begleitet und in zwei Stellungnahmen eigene inhaltliche Beiträge geleistet. Wir haben dies getan, weil die Verfassungsdebatte **die einmalige Chance bietet, auch auf europäischer Ebene über einen „Neuen Sozialkontrakt" zu sprechen.** Gewerkschaften in ganz Europa wissen, dass hier die rechtlichen Grundlagen auch für gewerkschaftliches Handeln für die kommenden Jahre gelegt werden.

Der DGB-Bundesvorstand hat Anfang November in Brüssel getagt. Wir hatten dabei die Gelegenheit, nicht nur mit Kommissionspräsident Romano Prodi, sondern auch mit einem der Vize-Präsidenten des Europäischen Konvents, dem Belgier Jean-Luc Dehaene, ausführlich über den Stand der Beratungen zu einem europäischen Verfassungsvertrag zu diskutieren. Wir haben unseren Gesprächspartnern gegenüber kritisch angemerkt, dass in den bisherigen Konventsberatungen die soziale Dimension Europas zu wenig Beachtung findet.

Die Gewerkschaften stehen mit dieser Sorge nicht allein. Auch viele Mitglieder des Konvents wollen das Thema des sozialen Europas endlich zum Beratungsgegenstand in diesem Forum machen. Der Konventspräsident Valéry Giscard d'Estaing hat sich nun diesem internen und unserem öffentlichen Druck gebeugt: Spät, aber hoffentlich nicht zu spät wird jetzt eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet, um darüber nachzudenken, wie sozialstaatliche Prinzipien in einem europäischen Verfassungsvertrag verankert werden können. Für uns sind dabei einige Kernelemente unverzichtbar:

- **Die Charta der Grundrechte muss rechtsverbindlich in die Verfassung aufgenommen werden.** Der DGB hat ihre feierliche Verabschiedung auf dem Gipfel von Nizza begrüßt, auch wenn sie im Detail nicht allen unseren Anforderungen entspricht. Sie ist nach schwierigen Verhandlungen im Grundrechte-Konvent zu Stande gekommen und bildet den politischen Konsens, auf den sich alle Mitgliedsstaaten verständigen konnten. Sie stellt in der Absicherung sozialer Grundrechte und Arbeitnehmerrechte einen echten Fortschritt dar.



Michael Sommer, 50, DGB-Vorsitzender

- **Die Vollbeschäftigung muss in den Zielkatalog der Union aufgenommen werden.** Ein hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen, so wie es bisher im Vertrag steht, ist nicht ehrgeizig genug. Um Vollbeschäftigung zu erreichen, müssen die vertraglichen Grundlagen für die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik aus einem Guss geschaffen werden.
- **Die soziale Marktwirtschaft muss als wirtschaftliches Leitprinzip der Union anerkannt werden.** Ein ausschließlich an marktliberalen Kriterien ausgerichtetes ökonomisches Selbstverständnis der Union darf nicht den neuen Verfassungsvertrag prägen.
- **Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sind Bestandteil des Europäischen Sozialmodells.** Sie sind durch die für ihre Durchführung und Organisation demokratisch legitimierten Gebietskörperschaften auf möglichst hohem qualitativen Niveau unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips sicherzustellen. Wir fordern deshalb, sie als ein der Wettbewerbspolitik und der Schaffung eines gemeinsamen Marktes gleichwertiges Politikziel zu verankern.
- **Die Rolle der Sozialpartner als Mitgestalter des sozialpolitischen europäischen Rechtsrahmens muss in einem künftigen Verfassungsvertrag verankert und gestärkt werden.** Dies gilt nicht nur für ihre Funktion im bilateralen sozialen Dialog, sondern für alle Verfahren der Konsultation, mit denen sie an den Entscheidungsprozessen in allen sie betreffenden Politikbereichen der Union beteiligt sein müssen. Die herausgehobene Funktion der europäischen Sozialpartner bedarf der klaren Abgrenzung gegenüber einem zivilen Dialog, in dem sich künftig Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft stärker in die politische Willensbildung auf Unionsebene einbringen sollen.

Unser Grundgesetz definiert unser Land als demokratischen und sozialen Rechtsstaat (Artikel 20 GG). Dieser Geist muss auch den europäischen Verfassungsvertrag prägen. Ohne die soziale Dimension wird die Neuordnung des europäischen Vertragswerkes Stückwerk bleiben, mit dem sich die Bürgerinnen und Bürger einer erweiterten Union nicht identifizieren können. •

EU-Konvent

Der EU-Konvent soll bis Mitte 2003 den Entwurf eines europäischen Verfassungsvertrags vorlegen, damit der im Juni 2003 in Thessaloniki tagende Europäische Rat den Entwurf abschließend beraten und an die EU-Regierungskonferenz in Rom übergeben kann. Im Dezember 2003 könnte diese eine europäische Verfassung beschließen und am gleichen Ort, an dem mit den Römischen Verträgen 1957 der Grundstein für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gelegt wurde, eine neue Ära einläuten.

Derzeit befasst sich der Konvent mit den Endberichten seiner bisher zehn Arbeitsgruppen. Ziel ist es, Reformvorschläge auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen und einen umfassenden Textentwurf vorzubereiten. Grundzüge eines solchen Vertragswerkes hat Giscard d'Estaing, Präsident des Konvents, am 28. Oktober vorgelegt. Gewerkschaften wie Konventsmitglieder kritisieren, dass bisher die soziale Dimension Europas im Konvent kaum eine Rolle spielt, und haben die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Soziales Europa" gefordert (einblick 18/02) – mit Erfolg: Am 21. November soll sie vom Präsidium des Konvents beschlossen werden.

Im Internet

http://european-convention.eu.int/

www.europa-digital.de/aktuell/dossier/konvent/

Mehr Infos zum EU-Konvent

einblick 21/02

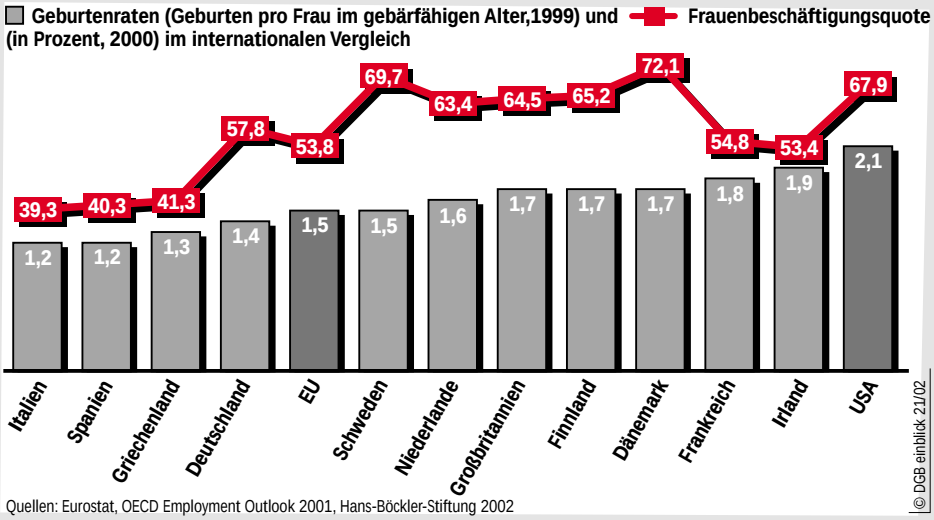
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

GEBURTENQUOTE: Unabhängig von Frauenerwerbstätigkeit

In der öffentlichen Diskussion wird der Rückgang der Geburten in Deutschland oft mit der steigenden Berufstätigkeit von Frauen in Verbindung gebracht. Ländervergleiche räumen mit diesem Irrglauben auf. In Italien, dem EU-Land mit der niedrigsten Frauenbeschäftigungsquote (39,3 %), gebären Frauen durchschnittlich 1,2 Kinder, in Dänemark dagegen, das die höchste weibliche Beschäftigung in der EU aufweist (72,1 %), beträgt die Geburtenrate 1,7 (Deutschland: Geburtenrate: 1,4 , Frauenbeschäftigungsquote: 57,8 %).



Quellen: Eurostat, OECD Employment Outlook 2001, Hans-Böckler-Stiftung 2002

Tipp

Buch: *Heide Pfarr/ Elisabeth Vogelheim,* ***Zur Chancengleichheit von Frauen und Männern im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit,*** *Edition der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 13080, 12 Euro, Bestellungen: Der Setzkasten, Fax: 0211/408 00 80, lavista@setzkasten.de*

Im Oktober 2001 erhielt die Benchmarking-Gruppe des Bündnisses für Arbeit den Auftrag, dessen Ergebnisse daraufhin zu untersuchen, ob sie zur Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen beitragen. Der Bericht von Pfarr und Vogelheim diente der Benchmarking-Gruppe als Arbeitsgrundlage. Die Autorinnen haben die Bündnis-Ergebnisse einem Gender-Check unterzogen und die Situation in der Bundesrepublik mit Volkswirtschaften, die eine hohe Frauenerwerbstätigkeit aufweisen, verglichen. Ihr mit vielen Fakten belegtes Fazit: Chancengleichheit in der Arbeitswelt hat im Bündnis kaum eine Rolle gespielt. Sollte sie aber – denn Volkswirtschaften, die Frauenerwerbstätigkeit fördern, weisen eine geringere Arbeitslosenquote und einen größeren Dienstleistungssektor auf als die, in denen weniger Frauen berufstätig sind.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030/85 99 46 24, Fax: 030/85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

personalien

••• ***Ingo Kolf,*** 37, bisher Referent der SPD-Bundestagsfraktion, ist ab dem 1. Dezember Referatssekretär in der Abteilung Arbeitsmarkt- und Internationale Sozialpolitik des DGB.

••• ***Andrea Nahles,*** 32, bis September SPD-MdB, ist seit dem 18. November Referentin im Berliner Büro des Vorstands der IG Metall.

••• ***Hilmar Höhn,*** wirtschaftspolitischer Korrespondent im Berliner Büro der *Frankfurter Rundschau*, wird ab 1. Januar 2003 neuer Leiter der DGB-Bundespressestelle. Der bisherige Pressesprecher ***Dr. Hans-Jürgen Arlt*** lässt sich für mehrere Jahre beurlauben, um wissenschaftlich zu arbeiten mit dem Schwerpunkt „Zukunft kommunikativer Dienstleistungen".

14 TAGE

25.11. Bundesweiter Aktionstag „Nein zur Gewalt an Frauen", Terre des Femmes und DGB

28.11. WSI-Herbstforum „Mehr Markt auf dem Arbeitsmarkt?", Düsseldorf

28.11. DGB NRW, Fachtagung „Zusatzqualifikation in der Erstausbildung", Siegburg

29./30.11. DGB Berlin – Brandenburg, Tagung „Arbeit in der neuen Zeit", Berlin

4.12. DGB Frankfurt, Diskussion über die Hartz-Pläne, u. a. mit Hartz-Kommissions-Mitglied Isolde Kunkel-Weber (ver.di), Frankfurt

5.12. DGB Hamburg, ver.di, GEW, „Aufstehen für eine solidarische Stadt", Demonstration anlässlich der Haushaltsberatungen, Hamburg

Schlusspunkt

„Die Hölle kennt nicht so viel Glut, wie sie von enttäuschter Liebe erzeugt wird."

Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle laut Süddeutscher Zeitung vom 20. November über sein zerbrochenes Verhältnis zu seinem früheren Stellvertreter Jürgen W. Möllemann

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 09.12.2002 22/02

DGB

Mai-Motto 2003

Frische Farbe ins Land

Die sozial gerechte Modernisierung Deutschlands gehört 2003 auf die politische Tagesordnung. Diese Botschaft will der DGB im nächsten Jahr auch am 1. Mai transportieren. „Menschlich modernisieren, gerecht gestalten“, so lautet entsprechend das Mai-Motto, das der DGB-Bundesvorstand am 3. Dezember beschlossen hat. „Mit diesem Slogan reklamiert der DGB seinen Anspruch auf Mitwirkung an einem positiven Veränderungsprozess, der die Ansprüche und Bedürfnisse der Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellt“, erklärt die Dortmunder Agentur bild-werk, die Motto und Plakat entwickelt hat.



„Der DGB und seine Gewerkschaften wollen Mittler und Motor der Diskussion über eine sozial gerechte Modernisierung sein“, hatte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bei seiner Antrittsrede auf dem DGB-Kongress in Berlin angekündigt – und bald darauf zeigten die Gewerkschaften durch ihre Mitarbeit am Hartz-Konzept, dass sie nicht nur grundlegende Reformen einfordern, sondern auch gewillt sind, sie mitzugestalten. Dabei sind sie auch bereit, Positionen zu überprüfen und zu ändern – auch wenn in der Öffentlichkeit derzeit vor allem das alte Bild der Gewerkschaften als Bremser und Blockierer beschworen wird.

Beispiel Leiharbeit: Noch vor zehn Jahren forderten die Gewerkschaften ihr gesetzliches Verbot, jetzt erkennen sie Zeitarbeit als Instrument für eine moderne, flexible Personalreserve an, mit der Unternehmen Spitzen ihres schwankenden Personalbedarfs abdecken können – sofern das Prinzip gilt: Leiharbeiter und Stammbelegschaft werden gleich bezahlt und behandelt. Lohnabschläge für Langzeitarbeitslose nehmen die Gewerkschaften in Kauf, doch nicht um jeden Preis: Die Abschläge müssen per Tarifvertrag geregelt werden. Gleichzeitig bieten Tarifverträge auch die Chance, die Branche aus der „Schmuddelecke“ zu holen.

„Wir wollen gesellschaftliche Reformprozesse keinesfalls blockieren, sondern im Gegenteil all unsere Möglichkeiten einsetzen, um sie zum Erfolg zu bringen“, so Sommer. Als Modernisierungsstrategie hat Sommer gleich bei seinem Amtsantritt einen neuen Sozialkontrakt vorgeschlagen und alle Akteure der Zivilgesellschaft eingeladen, mit den Gewerkschaften Lösungen für die dringendsten Probleme zu suchen. Dabei geht es nicht um ein Bündnis für alle, auch nicht um ein Vertragsdokument: „Wir verstehen den Sozialkontrakt vielmehr als ein thematisches Dach für konkrete politische Projekte“, so Sommer. Eines dieser Projekte könnte der Ausbau eines flächendeckenden ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebots für alle Kinder bis 14 Jahre sein – ein Vorhaben, das weder die Bundesregierung noch eine andere gesellschaftliche Gruppe allein zu bewältigen vermag. Die Vorbereitungen für den Sozialkontrakt laufen, und schon bald wird der DGB Projekte vorstellen. Sicher ist: Modernisierung wird 2003 beim DGB nicht nur am 1. Mai auf der Agenda stehen. •

plusminusBERLIN

+ ***Max Stader, beamtenpolitischer Sprecher der FDP, ist gegen Öffnungsklauseln bei den Beamtenbezügen. Sie seien eine „Ermächtigung, die Bezüge zu kürzen“. Der in der Öffentlichkeit erweckte Eindruck, es gebe eine „Überversorgung bei Beamten“, sei falsch.***

- ***Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement, will die Tarifhoheit einschränken. Mit einer Verfassungsänderung will er „zunächst den ostdeutschen Bundesländern die Möglichkeit geben, durch Landtagsbeschluss bestimmte bundesrechtliche Regelungen auf Zeit außer Kraft zu setzen“.***

inhalt

Seite 3
Globalisierungskritiker nicht länger getrennt
DGB, VENRO und attac legen erstes gemeinsames Positionspapier vor

Seite 5
Leider nur für Insider
Die Intranet-Angebote von DGB und Gewerkschaften

Seite 7
Zeit des Wundenleckens
Bei der Kampagne gegen Rot-Grün stehen auch die Gewerkschaften im Scheinwerferlicht. Sie sollten das öffentliche Interesse nicht missverstehen, rät Dieter Pienkny

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.labourstart.org/actnow/20021028.shtml
Solidarität beim Kampf für einen Firmentarifvertrag

Im Faxabruf
0211/43 01 665
Auswirkungen einer Integration von Arbeitslosen- und Sozialhilfe Gutachten der Bertelsmann-Stiftung (Auszug)

Bundesland Berlin

Arbeitsniederlegungen drohen

Nachdem der Berliner Senat die Gespräche mit den Gewerkschaften auch weiterhin als „reine Verkündigungstermine“ nutzt, denken die Gewerkschaften nun über Gegenmaßnahmen nach. So kündigte die GEW nach der Verlängerung der Arbeitszeit auch für LehrerInnen an, dass man nach den Weihnachtsferien über Kampfmaßnahmen beraten werde.

Die Gewerkschaften machen dem rot-roten Senat der Hauptstadt den Vorwurf, ohne Sinn und Verstand radikal zu sparen, während auf der anderen Seite die Nutznießer des Berliner Bankenskandals unverändert in den Genuss ihrer Renditen kommen. „Dem Sparkurs des Berliner Senats fehlt nach wie vor die soziale Balance: In der Stadt mit der zweithöchsten Millionärsdichte dürfen nicht einseitig die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes belastet werden“, so Dieter Scholz, Vorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg. Der Bund solle bei der Sozialhilfe stärker einbezogen werden, „schließlich basiert sie auf einem Bundesgesetz“. Eine entsprechende Initiative habe das Land Niedersachsen bereits 1988 gestartet. •

Arbeitsschutz

Ein Prozent für Prävention

15 Milliarden Euro kostet nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin jedes Jahr die Behandlung arbeitsbedingter Erkrankungen. Die IG Metall hat die Bundesregierung aufgefordert, in dieser Legislaturperiode wenigstens ein Prozent dieser Summe – 40 Millionen Euro jährlich – für Präventionsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Die bereits im vergangenen Jahr vom damaligen Arbeitsminister Walter Riester gestartete „Initiative Neue Qualität der Arbeit“ (INA) müsse auf eine finanziell breitere Basis gestellt werden, so der IG Metall-Vize Jürgen Peters. •

Arbeitsmarkt

Memo-Gruppe warnt vor Hartz

Vor einem Kahlschlag bei der Arbeitsförderung hat die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (Memo-Gruppe) in einem Sondermemorandum zum Hartz-Konzept gewarnt. Sie kritisiert vor allem, dass sich die Bundesanstalt für Arbeit aus der Arbeitsförderung zurückziehen soll, ohne dass dies durch andere steuerfinanzierte Programme aufgefangen werde. Das sei vor allem für Ostdeutschland eine Katastrophe. „Wir haben kein Vermittlungsproblem, sondern ein Problem, Arbeitsplätze zu generieren“, so der Sozialwissenschaftler Achim Trube. 6 Millionen benötigten Stellen in der Bundesrepublik stehen rund 1,2 Millionen freie Arbeitsplätze gegenüber. Abhilfe könne hier eher ein arbeitsmarktpolitisches Sofortprogramm im Umfang von 4 Milliarden Euro schaffen. Mit ihm sollten Arbeitslose bis zu drei Jahre in Projekten des Gemeinwohls beschäftigt werden. So ließen sich kurzfristig 250 000 Arbeitsplätze schaffen.

Kritisch sehen die Wissenschaftler auch die so genannten „Ich-AGs“. Da Existenzgründer ihre Einkommen drei Jahre lang nur mit zehn Prozent pauschal versteuern müssten und Zuschüsse für die Sozialversicherung erhielten, sei dies eine Einladung zum „Missbrauch“. Unternehmen würde die Möglichkeit eingeräumt, bis zu 50 Prozent ihrer Arbeitsplätze über die staatlich geförderten Ich-AGs zu besetzen, anstatt reguläre Arbeitsverhältnisse zu schaffen. •

www.memo.uni-bremen.de

wiewardiewoche?



Foto: Carsten Dannel

Christian Kühbauch (33), Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand, ist zuständig für das Projekt „students at work“. Mit einer Beratungs-Homepage und Veranstaltungen vor Ort wendet sich der DGB an die rund 1,18 Millionen erwerbstätigen Studierenden („Jobber“) in Deutschland. Der Online–Service des DGB übernimmt die Anfangsberatung der StudentInnen und vermittelt Kontakte zu Gewerkschaften vor Ort.

Diese Woche waren wir vollauf mit Vorbereitungen für den offiziellen Start der Studierenden-Kampagne beschäftigt. Plakate und Flugblätter für die lokalen „DGB Campus–Offices“ mussten verschickt, die Auftakt-Pressekonferenz in Berlin vorbereitet werden. Sie findet in einem Internetcafé im Sony-Center statt. Geplant ist, die Presse durch als Weihnachtsmänner verkleidete Studenten zu empfangen. An der Beratungsplattform www.studentsatwork.org haben wir gerade in den letzten Tagen nochmals fieberhaft gearbeitet. Auf ihr werden die wichtigsten Themen für studentische Erwerbstätige behandelt: Steuern, Sozialversicherung oder 325-Euro-Jobs. Auch über Themen wie BAföG oder „Studieren mit Kind“ informiert die Site. Wenn jemand mit diesen Infos noch nicht zufrieden ist, kann er sich per E-Mail an unser BeraterInnenteam wenden. Unser Ziel ist es, die Studierenden „an die Hand zu nehmen“, bis sie genau beim richtigen gewerkschaftlichen Ansprechpartner landen. Eine bloße Weitergabe von Telefonnummern kommt nicht in Frage.

Ziel des Projektes ist die Schaffung von positiven Kontakten zwischen Studierenden und Gewerkschaften. Langfristig auch eine Verbesserung des Images – und viele neue und engagierte Gewerkschaftsmitglieder. Erste positive Signale gibt es: Bereits vor Start der Kampagne treffen zahlreiche Anfragen auf der Website ein.

geplant... beschlossen

Drei Jahre nach dem Umzug der ersten MitarbeiterInnen schließt der DGB-Bundesvorstand seinen Umzug nach Berlin zum Jahreswechsel 2002/2003 ab. Die Arbeitsverhältnisse der noch in Düsseldorf verbliebenen 27 Beschäftigten der Bundesvorstandsverwaltung (BVV) werden mit Wirkung zum 31. Dezember 2003 beendet. Das hat der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) beschlossen. Bis zum Wirksamwerden der Kündigung sollen die Beschäftigten in zwei Pools für die Bereiche Haustechnik sowie Sekretariats- und Sachbearbeitung tätig sein. Das haben der Betriebsrat der BVV Düsseldorf und der GBV vereinbart. Die Poolbildung soll dazu führen, Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb des DGB zu entwickeln.

Der DGB-Bundesvorstand wird am 27. Januar 2003 mit einer Veranstaltung im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen der Opfer des Nationalsozialismus aus den Reihen der Gewerkschaften gedenken.

DGB, VENRO und attac

Globalisierungskritiker nicht länger getrennt

Der DGB, der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) und die Antiglobalisierungsinitiative attac wollen künftig enger zusammenarbeiten. Unter dem Titel „Globalisierung gerecht gestalten" haben sie am 5. Dezember erstmals ein gemeinsames Positionspapier vorgestellt.

Ziel der gemeinsamen Initiative ist nicht die Zurückdrängung der Globalisierung, sondern deren Gestaltung: „Globale Märkte müssen auf globalen Regeln und Institutionen beruhen, die eine menschenwürdige Entwicklung und das Allgemeinwohl über die Interessen von Unternehmen und nationale Vorteile stellen", fordern DGB, VENRO und attac. Schwerpunkte der elf Seiten umfassenden gemeinsamen Erklärung sind die weltweite Bekämpfung der Armut, der Vorrang des Prinzips der Nachhaltigkeit und des schonenden Umgangs mit den natürlichen Ressourcen sowie die Forderung nach einer Reform der internationalen Finanzarchitektur, mit deren Hilfe weltweite Finanzspekulationen beschränkt und illegale Transfers verhindert werden sollen.

Ein eigenes Kapitel widmen die drei Organisationen zudem der sozialen Gestaltung des Welthandels. Handelshemmnisse gegenüber den Entwicklungsländern müssten aufgehoben, Verpflichtungen zur Liberalisierung eingeschränkt werden, wenn sie einer nachhaltigen Entwicklung entgegenstehen. Zudem fordern DGB, VENRO und attac, dass grundlegende Arbeitnehmer- und Menschenrechte sowie ökologische Mindeststandards in das multilaterale Handels- und Investitionsregime eingeführt werden.

Wirklich neu sind die meisten Forderungen nicht. Sie finden sich in ähnlicher Form auch in anderen aktuellen Positionspapieren aller drei Organisationen. Neu ist dagegen, dass zum ersten Mal alle drei Institutionen – trotz aller Unterschiede in ihrer Organisationskultur – auf einer gemeinsamen Plattform auftreten.

„Das abgestimmte Verhalten erhöht die Erfolgsquote, dass DGB, VENRO und attac auf internationaler Ebene etwas bewegen", erläutert Werner Österheld vom Nord-Süd-Netz des DGB die neue Strategie. Denn auf der internationalen Bühne sind alle drei zu klein – trotz der fast acht Millionen Mitglieder, die allein der DGB hat.

Einwirken wolle alle drei Organisationen nicht nur auf die Institutionen, die die Regeln des Welthandels bestimmen, sondern auch auf die Bundesregierung. Sie soll gedrängt werden, neben der Innenpolitik „die Problemlagen, die sich aus der Globalisierung ergeben, nicht zu vernachlässigen", so VENRO-Vorsitzender Reinhard Hermle. Die gemeinsame Pressekonferenz von DGB, VENRO und attac Anfang Dezember war eine Premiere. Für attac-Sprecher Peter Wahl zeigt sie, „dass die Zivilgesellschaft angesichts der zunehmenden Krisenerscheinungen, die die neoliberale Globalisierung hervorbringt, enger zusammenrückt".

Auch DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer betont den Wert der neuen Allianz. Aufgabe der Gewerkschaften sei es dabei, faire Arbeitsbedingungen in einer globalisierten Weltwirtschaft durchzusetzen. Ein großer Teil der international gehandelten Waren stamme gerade aus den Ländern, „die Arbeiterrechte systematisch unterdrücken".

DGB, VENRO und attac wollen ihre Zusammenarbeit fortsetzen. Geplant sind neben der Entwicklung vonr Workshops und Projekten auch gemeinsame Auftritte bei den Ministerkonferenzen der Welthandelsorganisation (WTO). •

Forderungen an die Bundesregierung

Ein Teil der Forderungen, die DGB, VENRO und attac geltend machen, richten sich unmittelbar an die Bundesregierung. Sie soll

- sich per Gesetz verpflichten, die deutsche Entwicklungsfinanzierung bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode zu verdoppeln;
- multinationale Unternehmen mit Sitz in Deutschland mit Nachdruck zur Einhaltung des IAO-Verhaltenskodex auffordern;
- Exportkredite nur noch gewähren, wenn sich die Unternehmen zur Einhaltung der OECD-Guidelines verpflichten;
- die entwicklungspolitische Verträglichkeit der deutschen und europäischen Agrar- und Außenwirtschaftspolitik durch die Streichung sämtlicher ökologisch und sozial schädlicher Exportsubventionen gewährleisten;
- sich für eine internationale Investitionsordnung einsetzen, die soziale, umweltpolitische und menschenrechtliche Mindeststandards zur Grundlage hat;
- die Diskussion über die Einführung aktiver Finanzierungsquellen auf internationaler Ebene vorantreiben (Besteuerung von Devisentransaktionen/Tobin-Steuer).

Spannende Koalition

Mit DGB, VENRO und attac suchen drei unterschiedliche politische Organisationen den Schulterschluss, die sich in der Kritik an der neoliberalen Gestaltung der Globalisierung treffen.

Während die Gewerkschaften auf eine bis ins 19. Jahrhundert reichende Tradition zurückblicken, in der die „internationale Solidarität" eine zentrale Rolle spielt, sind attac und VENRO erst in den letzten Jahren entstanden.

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) wurde 1994 gegründet. VENRO ist ein Dachverband von über 100 Organisationen. Mitglied sind nahezu alle, die im Nord-Süd-Dialog eine Rolle spielen, von „Ärzte ohne Grenzen" bis zu „Brot für die Welt". Auch das Nord-Süd-Netz des DGB ist VENRO-Mitglied.

attac ist noch jünger. Das Netzwerk der internationalen Globalisierungskritiker entstand im Dezember 1998 in Paris. attac-Gruppen gibt es in 33 Ländern.

Mehr Informationen:
www.nord-sued-netz.de
www.venro.org
www.attac.org

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 682
Globalisierung gerecht gestalten. Gemeinsame Erklärung von DGB, VENRO und attac

PROJEKTE UND PARTNER

GEW-Konferenz

Mehr Qualität in der Bildung

Chancengleichheit und Leistung statt Auslese und Freudlosigkeit sollen deutsche Schulen international konkurrenzfähig machen. Wege dahin diskutieren die TeilnehmerInnen der GEW-Konferenz „Qualität im Bildungswesen“ (QuiB) am 13. und 14. Dezember in Berlin – unter anderem mit Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn und dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. •

Tel. 069 / 789 73 320
meisnera@gew.de

Leben und Arbeiten

Modellversuch Bildungscoach

Kontinuierliche Qualifizierung entscheidet über Karriere und Joberhalt. Doch vor allem in kleineren Unternehmen kommt die Personalentwicklung oft zu kurz. Diese Lücke will der DGB mit dem Modellprojekt „Leben und Arbeiten“ (LEA) schließen. In einem Testversuch soll ein so genannter „Bildungscoach“ Beschäftigte rund um die Qualifizierung beraten. Derzeit werden noch die Anforderungen an den Beraterjob definiert und eine Testbranche wird ausgewählt. Kommt das Angebot bei den Beschäftigten an, könnten etwa nach Ablauf der Probephase geschulte Betriebs- und Personalräte die Beratungsleistung anbieten. Das Projekt läuft bis August 2005 und ist eine Kooperation von DGB, Berufsfortbildungswerk bfw und dem Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation. •

Tel. 030 / 240 60 648
sonja.deffner@bundesvorstand.dgb.de



Ab Mitte Dezember liegt das neue *einblick*MAGAZIN Nummer neun, randvoll mit Infos und Service zur beruflichen Weiterbildung, in DGB-Regionen und Gewerkschaftsbüros bereit. Eine Orientierungshilfe für alle, die neue Bildungswege entdecken wollen.

DGB-Bildungswerk

Integration braucht Teilhabe

Die Integration von AusländerInnen in Deutschland gelingt nur durch Chancengleichheit bei Arbeit und Ausbildung. Die Tagung „kommen – bleiben – teilhaben!“ des DGB-Bildungswerks zeigt, wie es geht und was Gewerkschaften dafür tun können. Die Veranstaltung am 10. Dezember in Düsseldorf ist kostenlos. •

Tel. 0211 / 43 01 141
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Arbeitslosengruppen

Absage an die Hartz-Reform

Als sozial ungerecht kritisiert der Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit die Hartz-Reform in der aktuellen Ausgabe seines Newsletters *AL info*. Während hohe Einkommen und Vermögen verschont blieben, würden die BezieherInnen von Arbeitslosengeld und -hilfe vor allem bei der beruflichen Weiterbildung zusätzlich belastet. •

Tel. 0521 / 967 84 0
info@erwerbslos.de
www.erwerbslos.de

ver.di-innotec

Beschäftigung durch Innovation

Der Betriebsrat darf dem Arbeitgeber Vorschläge zur Sicherung und Förderung von Beschäftigung machen. Wie Betriebsräte dabei am besten vorgehen vermittelt das Seminar „Innovationsmanagement und Beschäftigungsförderung mit Paragraph 92 a BetrVG“ der ver.di-innotec GmbH. Das Pilotseminar läuft am 25./26. Februar und am 22./23. April 2003 in Frankfurt/M. •

Tel. 069 / 66 95 33 02
info@verdi-innotec.de

Jugendbildung

Seminare fürs kommende Jahr

Gibt es ein Recht auf Faulheit? Was bringt die Osterweiterung der Europäischen Union? Was taugen die Geschlechterrollen? Diese und andere Fragen stellen politische Jugendseminare im kommenden Jahr. Was das Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel zu bieten hat, steht im druckfrischen Kursprogramm. •

Tel. 0 61 71 / 59 03 0
Fax 0 61 71 / 59 03 27
info@hdgj.de
www.hdgj.de

interregio

••• „Heile Welt und Scherbenhaufen – Politische Jugendbildung macht Theater“ – so lautet der Titel eines ***Projektes,*** das der ***Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben*** gemeinsam mit den Ruhrfestspielen Recklinghausen durchführt. Mit öffentlichkeitswirksamen Aufführungen im Rahmen der Ruhrfestspiele 2003 und an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik soll der Stellenwert der außerschulischen politischen Jugendarbeit für eine demokratische gesellschaftliche Entwicklung verdeutlicht werden. Das Projekt verbindet Intentionen und Inhalte der politischen Jugendbildung mit künstlerisch-kreativen Ausdrucksformen wie Theater und Comedy. Infos: Lothar Jansen, 0211 / 43 01 149, E-Mail: *jansen@arbeitundleben.de*

••• Um für die Integration von Behinderten in der Öffentlichkeit zu werben, hat der ***DGB Baden-Württemberg*** einen ***Werbevertrag*** mit der sehbehinderten Ski-Langlauf- und Biathlon-Sportlerin Verena Bentele abgeschlossen. Bentele, eine der erfolgreichsten deutschen Athletinnen der letzten Jahre (u.a. zweifache Olympiasiegerin, Weltmeisterin, Weltcup-Siegerin) wird in der Saison 2002/2003 mit dem DGB zusammenarbeiten. „Wir wollen zeigen, dass auch Behinderte Hervorragendes leisten können“, so der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener. Der Behindertensport verdiene mehr Anerkennung. Bliesener appellierte an die Arbeitgeber, mehr für die berufliche Integration von Behinderten zu tun. Diese werde häufig mehr durch Vorurteile als durch objektive Hindernisse erschwert. Infos: Jürgen Klose, DGB Baden-Württemberg, 0711 / 20 28 213

DGB-Bildungswerk

Lehrgang zur Evaluation

Wer Qualität von Bildung messen will, muss die richtigen Fragen stellen und Antworten korrekt interpretieren können. Die Kunst der „Evaluation in der Jugendhilfe“ vermittelt ein Lehrgang des DGB-Bildungswerks und des Instituts für praxisorientierte Sozialwissenschaft der Uni Duisburg. Der Kurs umfasst vier Blockseminare in Hattingen und richtet sich an HochschulabsolventInnen mit Berufserfahrung. Kosten: 2000 Euro. •

Tel. 0211 / 43 01 318
karin.berstl@dgb-bildungswerk.de

DGB-Intranet

… leider nur für Insider

Auf den ersten Blick sieht der Laie kaum einen Unterschied. Doch wer genau hinsieht, wird bald bemerken, dass er nicht im Internet-Angebot des DGB surft, sondern in dessen Intranet.

Seit dem vergangenen Juli arbeiten die Organisationsfachleute an dem DGB-weiten Netzwerk, seit Anfang September nutzen vor allem die DGB-Regionen das neue Werkzeug im Pilotbetrieb. Ein Netz, das wie das Internet funktioniert und auch ganz ähnliche Dienste anbietet.

Für Unternehmen sind geschlossene Netze nichts Neues. So nutzen weltweit tätige Konzerne Internettechnologien schon seit geraumer Zeit, um in passwortgeschützten Bereichen und geschlossenen Benutzergruppen Informationen in kürzester Zeit um die ganze Welt zu schicken. Das funktioniert rund um die Uhr, nur ein Telefon- oder Internetanschluss ist Bedingung. Dabei sind den Anwendungsformen keine Grenzen gesetzt: Vom schlichten Versand einer E-Mail innerhalb einer solchen Netzstruktur bis hin zur Videokonferenz oder zu Business-TV ist alles machbar. Elektronische Arbeitspläne, Formulare, Produktinformationen, selbst Bestellformulare und netzweit identische Telefonverzeichnisse, Termin- und Ressourcenkalender sowie Buchungssysteme und andere Werkzeuge, die in der täglichen Routine vonnöten sind, können die Arbeit vereinfachen.

Am Pilotprojekt DGB-Intranet beteiligen sich 18 Vorsitzende von DGB-Regionen interaktiv. Dabei ist man in den Mitgliedsgewerkschaften noch längst nicht an diesem Punkt angelangt. Lediglich ver.di kann auf eine vernetzte Struktur für die gewerkschaftliche Arbeit zurückgreifen. Da ver.di mit differenzierten Zugangsrechten arbeitet, können auch Extranet-Funktionen genutzt werden, Ehrenamtliche also mit Ehrenamtlichen diskutieren, Tarifdaten heruntergeladen werden und, und, und … Die meisten anderen Gewerkschaften befinden sich dagegen noch in der Orientierungsphase bzw. arbeiten mit streng abgeschotteten Intranets. Die GEW etwa hat Netzstrukturen, da dort aber auch Finanz- und Personaldaten die Leitungen kreuzen, verhindert der Datenschutz eine mögliche Öffnung für die ehrenamtliche Arbeit. Bei der IG Metall existieren zahlreiche Netzwerke, etwa eins im IT-Bereich, ein anderes vernetzt regionale Strukturen der Holzarbeiter – eine Struktur die, weil gewachsen, eher anarchisch denn geplant erscheint. Die Datenströme bei IG BCE, GdP, NGG und TRANSNET sind isoliert. Lediglich die IG BAU ist ebenfalls so weit, dass sie in Kürze per Extranet die Arbeit der Ehrenamtlichen vernetzen will.



Netzzugänge von IG Metall, ver.di und DGB

Die Pilotphase des DGB-Intranets soll Mitte Dezember enden – zunächst mit einer Umfrage bei allen Beteiligten. Auf das Ergebnis darf man gespannt sein – täuscht der Eindruck nicht, nimmt der Großteil der am Pilotprojekt Beteiligten das Netz dankbar an. Kein Wunder, kaum ein Werkzeug im Büroalltag dürfte so viel an einer Stelle zu bieten haben: Auch wenn betont wird, dass der Datenbestand noch nicht vollständig ist, finden sich bereits zahlreiche Dokumente in der Datenbank. Das DGB-weite Telefonbuch bietet die Telefonnummer des gewünschten Partners nach Eingabe des Nachnamens. Unter *Dialog* finden sich bereits zahlreiche Themen, wobei nicht verschwiegen werden soll, dass sich naturgemäß der ein oder andere noch mit dem Instrumentarium um selbst beschäftigt.

Während der DGB-Regionaltagung im November in Eisenach waren schon einzelne Stimmen zu vernehmen, dass man das Intranet für die DGB-Beschäftigten öffnen solle. Und auch im Board wünscht sich ein Projektteilnehmer im Beitrag: „An dieser Stelle noch einmal der Wunsch – für die anderen Beschäftigten geäußert – das Intranet möglichst schnell für alle anderen zu öffnen. Mittlerweile ist es rund, dass es so etwas bei uns gibt."

Jörg-Peter Ludwig, der organisatorisch für das Intranet zuständig ist, und es während der Regionaltagung präsentierte, ist zuversichtlich. „Rund 140 TeilnehmerInnen sind es nun insgesamt" – Stand November 2002. Und noch während der Tagung wurde die Öffnung des Intranets für weitere TeilnehmerInnen diskutiert.

Einen kleinen Haken gibt's derzeit noch: Das Design interner Seiten sollte genauso um die Aufmerksamkeit der MitarbeiterInnen und Ehrenamtlichen werben, wie eine externe Homepage es versucht. Dann sehen sie sicher auch öfter mal nach, ob es was Neues gibt. •

Neues auch im Internet

Mit neuem Design und neuer Struktur präsentiert sich der DGB Nordrhein-Westfalen im Internet. Er ist der zweite Landesbezirk, der die „Corporate Identity" der Bundesebene aufgreift, vorher wurde das Design bereits vom hessischen DGB genutzt. Die einheitliche Gestaltung soll den Wiedererkennungswert stärken. Walter Haas, DGB-Bezirksvorsitzender: „Ziel ist, eine kunden- bzw. nutzerfreundliche Präsentation. Dafür wurde eine strukturierte Benutzeroberfläche geschaffen, die ein leichtes Zurechtfinden ermöglicht."

Ebenfalls eine Neuerung finden Internet-Surfer künftig auf den Seiten des DGB-Bundesvorstandes. Mit einem thematisch zunächst offenen Diskussionsforum wird ein neuer Schwerpunkt auf interaktive Elemente gelegt. Wer will, kann sich auf der Site registrieren lassen und ein neues Thema eröffnen oder auf existierende Beiträge antworten. Das Forum wird moderiert.

Die IG BAU will noch vor Jahreswechsel mit einem Web-Portal online gehen, das die Regionen, Bezirke und Berufsgruppen der IG BAU bedient. Im zweiten Schritt soll den Mitgliedern ein Extranet zur Verfügung gestellt werden.

www.nrw.dgb.de
www.dgb.de/forum/index_html
www.igbau.de

kurz&bündig

Die GdP fordert, Steuersünder stärker mit kurzfristigen Haftstrafen zu belegen statt mit Geldbußen. „Geld hätten die meisten Täter ja genug“, so der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg.

ver.di hat mit den Bauarbeiten für die neue Zentrale in der Nähe des Berliner Ostbahnhofs begonnen. Das 110 Millionen Euro teure Gebäude bietet 1080 MitarbeiterInnen Platz. Neben dem Bundesvorstand soll dort im Juli 2004 auch der Landesverband Berlin–Brandenburg einziehen. Die finanzielle Belastung durch den Neubau ist laut ver.di deutlich niedriger als am jetzigen Standort Potsdamer Platz.

Die IG Metall will ihre Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche in den neuen Bundesländern notfalls per Streik durchsetzen. Sollten die Tarifverhandlungen Anfang 2003 nicht zu einem akzeptablen Ergebnis führen, sollen die Arbeitszeitbestimmungen der Manteltarifverträge spätestens bis zum 30. April gekündigt werden. Im Osten gilt in der Metall- und Elektroindustrie noch die 38-Stunden-Woche.

Der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt hat gefordert, dass Betriebe, die Teilzeitarbeit ausbauen, „Steuergutschriften“ erhalten. Zudem müsse die Bundesanstalt für Arbeit die Rentenbeiträge für Teilzeitbeschäftigten aufstocken, um Altersarmut zu vermeiden.

DGB-Beschäftigte

Neues Gehaltssystem angepeilt

Ab Januar 2003 sollen die bundesweit 935 Beschäftigten des DGB nach einem neuen Gehaltssystem bezahlt werden. Statt zwölf wird es künftig zehn Entgeltgruppen geben. Zudem ist eine stärkere Spreizung der Einkommen nach Leistung und Berufserfahrung geplant. Das geht aus den Eckpunkten für ein neues DGB-Entgeltsystem hervor, über die der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) zurzeit mit dem Gesamtbetriebsrat (GBR) verhandelt.

Von den zehn neuen Gehaltsgruppen sind einschließlich einer Überlappung mit der jeweils höheren Gruppe je vier für den Bereich Büroassistenz (Gruppe 1 bis 4), administrative Sachbearbeitung (Gruppe 4 bis 7) sowie politische Sachbearbeitung/Führungsaufgaben (Gruppe 7 bis 10) vorgesehen. Zudem soll das Gehalt innerhalb der Gruppen stärker differenziert werden. Geplant ist nach den Vorstellungen des GBV die Einführung einer zeitlich befristeten Eingangsstufe. Außerdem ist die Einführung von zwei Zusatzstufen je Gruppe vorgesehen, mit der ein überdurchschnittliches Maß an Flexibilität, Verantwortung und Kooperationsleistung honoriert werden soll, sowie eine leistungsorientierte Zusatzbezahlung.

Ob das neue Gehaltssystem schon zum 1. Januar 2003 das bisherige 28 Jahre alte Tarifsystem ablösen kann, ist noch nicht entschieden. Während Gunter Barnbeck, Abteilungsleiter Personal des DGB, auf den „weit vorgeschrittenen Verhandlungsstand“ verweist und betont, dass das neue System „nicht zu einer Verringerung der Gehaltskosten genutzt werden soll“, will der GBR vor allem die geplante Einführung einer leistungsabhängigen Komponente nicht mittragen. GBV und GBR wollen ihre Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung über das neue Gehaltssystem vom 16. bis 18. Dezember fortsetzen.

?...nachgefragt



Hilmar Höhn, 34, bislang wirtschaftspolitischer Korrespondent der Frankfurter Rundschau in Berlin, ist ab 1. Januar 2003 neuer Leiter der DGB-Bundespressestelle. Der gelernte Verlagskaufmann und Journalist hat als freier Mitarbeiter oder Festangestellter für eine ganze Reihe Medien – von den *Badischen Nachrichten* und der *taz* bis zu *Stern*, *Woche* und *Zeit* – Wirtschafts- und Sozialpolitik kommentiert und analysiert. Jetzt wechselt er die Perspektive. *einblick* fragte ihn, was ihn an seiner neuen Aufgabe reizt.

Auch als DGB-Pressesprecher bleibe ich den Themen treu, die sich wie ein roter Faden durch meine Arbeitsbiographie ziehen: Arbeit, sozialer Ausgleich und die Bedingungen, unter denen Menschen leben und arbeiten. Zugegeben, ich stamme nicht aus einem klassischen Gewerkschaftsmilieu. Aber auch von meinen Eltern konnte ich lernen, wie wichtig gerade in beruflich schwierigen Zeiten eine starke Organisation und ihre Experten sind, die dir den Rücken freihalten. In meiner Arbeit als Journalist ist mir dieses Thema immer wieder begegnet – etwa in den Krisenjahren ‘92/93. Da habe ich oft über Firmenpleiten und Massenentlassungen geschrieben. Dabei habe ich viel über die realen Machtverhältnisse gelernt: Unternehmer gehen vielfach mit einem blauen Auge raus, den Beschäftigten aber bricht die Existenz unterm Arsch weg. Viele meiner Kollegen realisieren nicht, dass sie über Existenzen schreiben, wenn sie Flexibilisierung oder Deregulierung des Arbeitsmarktes fordern.

Ich gebe zu, mir ist der Abschied von der „Rundschau“ nicht leicht gefallen. Aber für die Gewerkschaften zu arbeiten, ist vielleicht sogar eine konsequente Fortsetzung meiner bisherigen Arbeit. Auch engagierte Journalisten schreiben nur über Themen, sie agieren nicht. Irgendwann stellt sich die Frage, ob man bereit ist, sich selbst zu engagieren.

Vor allem geht es in dem Job darum, das Image des DGB und der Gewerkschaften der Wirklichkeit anzunähern. Klar, die Gewerkschaften werden von den Verlegern und vielen Journalisten nie nur geliebt werden. Aber die Wahrheit ist doch, wenn es um Reformen geht, verlassen Gewerkschafter nie den Verhandlungstisch. Und bei der Umsetzung der Hartz-Vorschläge zur Arbeitsmarktreform sind es gerade die Gewerkschaften, die sich offensiv für Veränderungen stark machen. Diese Reformfreudigkeit ist damit nicht erlahmt. Aber: Gewerkschaften verhandeln für die Arbeitnehmer und ihre Familien. Deshalb können sie neue Wege nur dann beschreiten, wenn es dafür als Gegenleistung Sicherheiten für die Arbeitnehmer gibt. Das Image von den Funktionären als Betonköpfen ist einfach falsch. Wegen der öffentlichen Kritik dürfen wir uns jetzt nicht beleidigt zurückziehen, aber auch nicht blind in jedes Mikrophon beißen.

Kampagne gegen Rot-Grün

Zeit des Wundenleckens



Foto: Stefan Nowak

Dieter Pienkny, 48, ist Pressesprecher des DGB-Bezirks Berlin – Brandenburg.

Knappe Niederlagen tun besonders weh. Deshalb wird es dauern, bis der auch von Journalisten betriebene Wahlkampf gegen die gerade gewählte Bundesregierung wieder einer nüchternen Bilanz ihrer Arbeit weicht. Statt von der eigenen Überschätzung in der Öffentlichkeit zu zehren, sollten die Gewerkschaften diese Zeit nutzen, um selbst politische Pflöcke einzuschlagen, rät Dieter Pienkny.

Für Schnäppchenjäger herrscht Hochkonjunktur: Karstadt wirft mit Rabatten nur so um sich; mein vegetarisches Bistro spendiert auf acht bezahlte Mahlzeiten eine kostenlose; wer das BVG-Ticket erwirbt, bekommt ein Zeitungsabo als Zugabe. Das amerikanische „Get three for one" hält Einzug. Dennoch ließ uns dieser Tage die Hauptstadtpresse wissen, „Die Konsumenten verweigern den Konsum". Natürlich, wir wollen nur die Händler ärgern, um dann am 23. Dezember richtig abzuräumen. Die Debatte um Kaufkraftverlust, vermeintliche Nullrunden im öffentlichen Dienst und den Ausverkauf rot-grüner Steuerpolitik treibt seltsame Blüten: Der *Spiegel* will uns allen Ernstes vorrechnen, wie stark **die Spekulationssteuer auf Aktien gerade den durchschnittlichen Facharbeiter belastet.**

Die veröffentlichte Meinung scheint sich einig: „Eichels Sparkurs gescheitert" *(SZ)*, „Was kostet uns eigentlich Rot-Grün?" *(taz)*. Kein Tag vergeht, an dem nicht die Bundesregierung und ihre Steuerpolitik vorgeführt werden. Doch wer die Prozentrechnung beherrscht, hätte schon früher merken können, dass die Rechnung ohne den Wirt gemacht wurde: **40 Milliarden Euro an Steuerentlastung für die Wirtschaft** 2001, ohne dass es zu einem Jobboom gekommen wäre; Kommunen, die von „ihren" Unternehmen kaum noch Gewerbesteuern erhalten, und europäische Steueroasen, in denen fröhlich deutsches Kapital auf die hohe Kante gelegt wird: ein finanzieller Aderlass, der jede Volkswirtschaft in die Knie zwingt und ein Sozialsystem kaputt macht. Doch Verteilungsgerechtigkeit und die Schieflage bei der Besteuerung von Gewinnen und Löhnen sind nicht unbedingt Themen, die neoliberal imprägnierte Wirtschaftsredakteure der deutschen Infoelite zumuten wollen. Kein Sozialneid, bitte!

1999 haben die DGB-Bezirke Berlin–Brandenburg und Bayern die Wiedereinführung der Vermögensteuer gefordert: Wir wurden damals beschimpft oder ignoriert. Mittlerweile scheint der Problemdruck so groß, dass selbst die SPD-Fraktion sich dafür erwärmen kann. Und es wuchs die Erkenntnis, dass Besserverdienende in den Gesetzlichen Kassen gehalten werden müssen, sonst wandern sie zu den Privaten ab, und die Finanzlöcher in der AOK wachsen noch weiter. Natürlich ist es überfällig, versicherungsfremde Leistungen über Steuern zu finanzieren und nicht die Rentenversicherung zu belasten. Natürlich müssen auch Selbstständige und Beamte einzahlen in unser Sozialsystem. Die soziale Balance muss in diesem Lande wiederhergestellt werden. Es darf auch **kein Kungeln mehr geben in Sachen Gesundheitsreform, nur weil eine Gewerkschaft ihre Lobbyfunktion überbewertet:** Wenn schon, dann sind wir Lobbyisten der ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen und nicht der Pharmakonzerne.

Spiegel, Welt und *Financial Times Deutschland (FTD)* werden dieser Tage nicht müde, die Gewerkschaften als Bremser zu brandmarken. Dabei schlagen sie den Sack und meinen den Esel. Gewerkschafter hätten den Bundestag unterwandert, **der Kanzler wäre nur eine willige Marionette der Arbeiterführer** und die Kommissionen von Hartz und Rürup würden permanent mit DGB-Bedenken torpediert. So einfach kann Politik sein. „Der Gewerkschaftsstaat droht", pflegte die *Zeit* schon in den siebziger Jahren mit Vorliebe zu titeln. Dass die Meinungsmacher mit ihrem Niederschreiben der Bundesregierung lediglich Stoibers durchsichtige Strategie flankieren, mit Hilfe eines Untersuchungsausschusses über Wahlversprechen das **zu erreichen, was ihm an den Wahlurnen misslang,** wollen sie nicht wahrhaben. Der Imperativ der Aufklärung, „Wage zu wissen", inspiriert sie schon lange nicht mehr. Stimmungsmache verheißt nämlich höhere Auflagen.

Was könnten wir erst bewegen in dieser Republik, wenn wir uns von dieser Stimmungsmache nicht länger selbst in den Bann schlagen ließen. Wenn die Ideen unserer Zukunftswerkstätten **nicht nur am Sonntag Gehör fänden, sondern in konkrete (Gewerkschafts-)Politik einflössen?** Wenn es statt der gewerkschaftlichen Kakophonie zum Hartz-Konzept ein pointiertes DGB-Statement gäbe? Wenn die Meinungsführerschaft bei Themen wie Wirtschaftsentwicklung und Sozialpolitik nicht schleichend auf ver.di überginge? Wir mögen noch von unserer Überschätzung in der Öffentlichkeit zehren; doch kommt der DGB nicht daran vorbei, Pflöcke einzuschlagen. •

Konzeptionsschwäche der Union

Die Gewerkschaften „sind nicht mehr die Gesprächspartner aller politischen Parteien, sondern unsere parteipolitischen Gegner", lautet der Vorwurf, den der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Friedrich Merz Ende November in der Aachener Zeitung erhoben hat. Sie hätten sich „auf die Seite der SPD geschlagen".

Besonders scharf kritisierte Merz die Vorsitzenden Michael Sommer (DGB), Klaus Zwickel (IG Metall) und Frank Bsirske (ver.di). Sie würden „im Verborgenen" agieren und hätten „mehr Einfluss auf die Gesetzgebung als der gesamte Bundestag". Um den Einfluss der Gewerkschaften zurückzudrängen, fordert Merz eine „Deregulierung des Tarif- und Arbeitsrechts". Das „Tarifkartell" müsse ein Stück weit aufgebrochen werden.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer konterte auf das Merz-Interview kühl: Es offenbare nur die Konzeptionsschwäche der Union. „Wer keine eigenen Konzepte vorlegen kann und deswegen Fundamentalopposition gegen die Tarifautonomie betreibt, diskreditiert sich selbst."

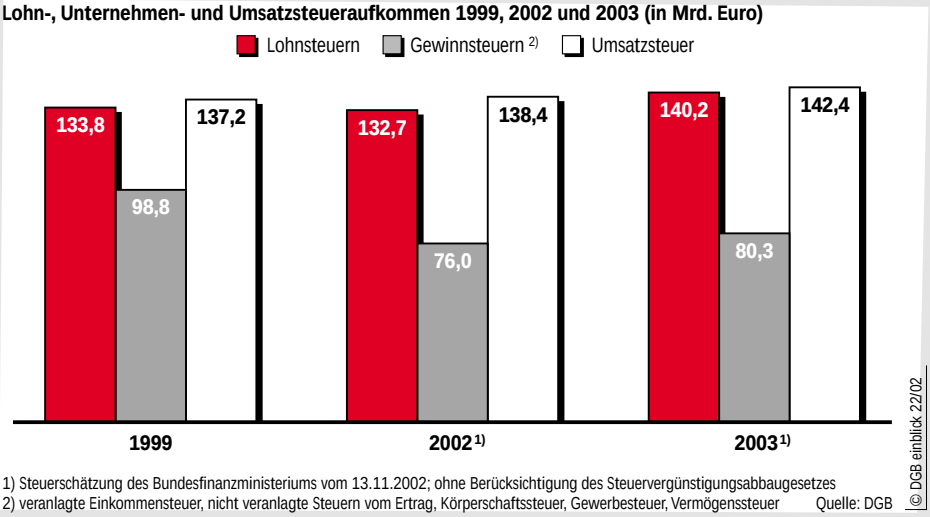
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

DIES & DAS

die DGB grafik

STEUERN: Unternehmen bleiben bevorzugt

Auch im kommenden Jahr bleiben die Unternehmen bei der Besteuerung ihrer Gewinne gegenüber den ArbeitnehmerInnen bevorzugt. Während das Lohnsteueraufkommen nach der jüngsten Steuerschätzung des Bundesfinanzministeriums 2003 von 132,7 auf 140,2 Milliarden Euro steigt, erhöht sich das Aufkommen aus Gewinnsteuern lediglich von 76,0 auf 80,3 Milliarden. Verstärkt wird die Schieflage durch eine Umsatzsteuerlast von 142,4 Milliarden Euro, die ebenfalls zum größten Teil von den ArbeitnehmerInnen aufgebracht wird.



personalien

••• ***Frank Werneke,*** 35, Leiter des ver.di-Fachbereichs 8, Medien, Kunst, Kultur, industrielle Dienste, ist auf Vorschlag der Vertreter der ehemaligen IG Medien vom Gewerkschaftsrat zu einem der vier stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden gewählt worden. Er folgt ***Gerd Nies,*** 59, der aus Altersgründen zum Jahresende ausscheidet.

••• ***Silke Raab,*** 39, bis 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Technischen Hochschule Aachen, danach Volontariat beim Fachverlag Meyer & Meyer in Aachen, ist seit dem 19. November Referatssekretärin für „Modernisierung des öffentlichen Dienstes und beamtenpolitische Veröffentlichungen" des DGB.

••• ***Brigitte Johst,*** 48, Beraterin der DGB-Technologieberatung Berlin–Brandenburg, und ***Frank Rzeppa,*** 34, Referent im Projekt Organisationsentwicklung der GEW, sind ab dem 1. Januar Referatssekretär/in in der Abteilung Organisation und Kommunikationssysteme des DGB.

••• ***Bernd Bajohr,*** 47, Betriebsratsvorsitzender des ver.di-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, ist am 22. Oktober zum Vorsitzenden des ver.di-Gesamtbetriebsrates gewählt worden.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/24060544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.
Der nächste *einblick* erscheint am 20. Januar 2003.

42 TAGE

10.12. DGB-Bundesvorstand, Tagung „Trendscouting – Mode oder Methode? Von der Folgeabschätzung zur Gestaltung", Berlin

10.12. DGB-Region Frankfurt – Rhein – Main, Demonstration „Nein zum Krieg gegen den Irak", Frankfurt/M.

10.12. DGB-Bildungswerk, Tagung „kommen – bleiben – teilhaben, Anforderungen an die Integrationspolitik", Düsseldorf

10.12. DGB Hessen – Thüringen, Evangelische Fachhochschule Darmstadt, Fachtagung „Soziale Ausgrenzung", Schwalmstadt

16.12. DGB Sachsen, Regionalkonferenz „Die EU-Erweiterung sozial gestalten", Plauen

14.01. Neujahrs-Pressekonferenz des DGB, Berlin

Tipp

Buch: ***Thomas Gesterkamp, gutesleben.de. Die neue Balance zwischen Arbeit und Liebe; Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2002, 237 Seiten, 18 Euro***

Was wird aus den Familien in einer Zeit, in der Erwerbsarbeit keine klaren Grenzen mehr kennt? Die alten Zuordnungen der Geschlechter in Beruf und Privatem gelten nicht mehr. Pointiert nimmt Gesterkamp „deutsche Sonderwege der Familienpolitik" aufs Korn und beschreibt Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse im digitalen Zeitalter. Sein Fazit: Zwischen Arbeit und Liebe baut sich jede(r) ein anderes Konzept des guten Lebens.

Schlusspunkt

„Auch Schmidt gibt Projekt 18 auf"

Headline der Frankfurter Rundschau vom 27. November zu einem Artikel über die von Sozialministerin Ulla Schmidt angekündigte Erhöhung des Rentenbeitrags auf 19,5 Prozent